

Hannes Siegrist, Jon Mathieu (Hg.)

Föderale Staatsbildung und gesellschaftliche Integration in der Republik der Drei Bünde

Neue Forschungen zur Geschichte und
Erinnerungskultur im europäischen Kontext
(16.–21. Jahrhundert)



Hannes Siegrist, Jon Mathieu (Hg.)

Föderale Staatsbildung und gesellschaftliche Integration in der Republik der Drei Bünde

**Neue Forschungen zur Geschichte und
Erinnerungskultur im europäischen Kontext
(16.–21. Jahrhundert)**

CHRONOS

Veröffentlichung im Rahmen des Jubiläumsjahres «500 Jahre Freistaat der
Drei Bünde» aus Mitteln des Kantons Graubünden

Wir danken den folgenden Personen und Organisationen für ihre Unterstützung und
ihr Engagement:

Società Storica Bregaglia
Centro Giacometti Stampa
Historische Gesellschaft Graubünden
Società Storica Comense
Società Storica Valtellinese

Augusta Corbellini, Massimo Della Misericordia, Marco Giacometti,
Georg Jäger, Sergio Lazzarini, Leonhard Mörikofer, Clà Riatsch,
Paolo Schwendimann, Lilli Sprecher Siegrist, Gian Andrea Walther

Comune di Bregaglia, Fernando Giovanoli
Bregaglia LAB, Onna Rageth
Bregaglia Turismo, Tosca Giovanoli
Graubündner Kantonalbank
Kulturförderung Graubünden
Region Maloja

Umschlagbild: Drei Wappen auf einer Kanone der Drei Bünde 1533, Nationalmuseum,
Zürich, LM 20 027.

© 2025 Chronos Verlag, Zürich
ISBN 978-3-0340-1826-5
<https://doi.org/10.33057/chronos.1826>



Chronos Verlag
Zeltweg 27
CH-8032 Zürich
www.chronos-verlag.ch
info@chronos-verlag.ch

Produktsicherheit
Verantwortliche Person gemäss EU-Verordnung 2023/988 (GPSR)
GVA Gemeinsame Verlagsauslieferung Göttingen GmbH & Co. KG
Postfach 2021
37010 Göttingen
Deutschland
T +49 551 384 200 0
info@gva-verlag.de

Inhalt

Einleitung: Die Bedeutung der frühneuzeitlichen Republik der
Drei Bünde in der Geschichte der Staaten und Gesellschaften Europas 7
Hannes Siegrist

Introduzione: L'importanza della Repubblica delle Tre Leghe
nella prima età moderna nella storia degli Stati e delle società europee 23
Hannes Siegrist

I Historische Momente und Wendepunkte (frühes 16. Jahrhundert)

Der Bundsbrief der Drei Bünde von 1524: Entstehung, Inhalt, Wirkung 41
Florian Hitz

Le Comuni Tre Leghe nel primo Cinquecento. Da repubblica democratica
a principato collettivo, da principato ecclesiastico a
federazione di chiese comunitarie 69
Guglielmo Scaramellini

Il marchesato di Musso, tallone d'Achille delle Tre Leghe. Espansione
territoriale e dinamiche belliche nella stipula della Carta del 1524 91
Saveria Masa

Acquisto e mantenimento del dominio lariano di Gian Giacomo de' Medici
sul lago di Como. Vita e carriera di un nemico dei Grigioni nelle guerre
europee del Cinquecento 109
Franco Minonzio

II Herrschaft der Gemeinen Drei Bünde (16.–18. Jahrhundert)

Politische Kultur und Verfassung in der Eidgenossenschaft und den
Drei Bünden (ca. 1500–1700) 137
Andreas Würzler

Welcher Bundsbrief? Die Nutzung der Fundamentalsatzungen in den konfessionellen Konflikten der Drei Bünde im 17. Jahrhundert <i>Ulrich Pfister</i>	161
---	-----

«Der Reif, durch den das sprichwörtliche Fass zusammengehalten wird». Inszenierungen und Bedeutung von Schwuranlässen in den Drei Bünden <i>Manfred Veraguth</i>	173
---	-----

Der Kataster als Mittel und Produkt moderner Staatsbildung: Graubünden im Vergleich <i>Jon Mathieu</i>	191
---	-----

III Erinnerungsgeschichte und Geschichtskultur (19.–21. Jahrhundert)

Der lange Weg zum 500-Jahr-Jubiläum Graubündens im Jahr 2024 <i>Reto Weiss</i>	215
---	-----

Die Feierlichkeiten des Jubiläumsjahrs 2024 <i>Florian Hitz</i>	235
--	-----

Geschichte, Gesellschaft und Wissenschaft. Kommentare und Fragen zu «500 Jahre Freistaat der Drei Bünde» aus wissenschaftlicher Sicht <i>Jon Mathieu</i>	249
---	-----

Autor:innen	263
Register	267

Einleitung: Die Bedeutung der frühneuzeitlichen Republik der Drei Bünde in der Geschichte der Staaten und Gesellschaften Europas

Hannes Siegrist

Der vorliegende Band behandelt Probleme der Staatsbildung, Staatlichkeit, Verfassung, institutionellen Ordnung, politischen Kultur und Governance in der Frühen Neuzeit anhand der Geschichte der im frühen 16. Jahrhundert formierten und 1803 in die Eidgenossenschaft integrierten Republik der Drei Bünde mit ihren Untertanengebieten im Veltlin, in Chiavenna und in Bormio. Er untersucht ausserdem den späteren Umgang mit dieser Vergangenheit in der Geschichtsschreibung und Erinnerungskultur sowie Gedächtnis- und Geschichtspolitik des schweizerischen Kantons Graubünden und der italienischen Provinz Sondrio, das heisst in den politisch-administrativen Nachfolgegebieten des Dreibündestaates. Der Band präsentiert empirische und systematische Forschungen sowie thematisch, zeitlich und räumlich übergreifende Überblicke, Essays und Berichte über Strategien, Prozesse und Praktiken der Staatsbildung, der gesellschaftlichen Integration und der Geschichts- und Erinnerungskultur insbesondere in der Schweiz und in Italien.

Der konkrete historische Ausgangspunkt beziehungsweise Referenzpunkt, auf den sich die einzelnen Beiträge aus verschiedenen thematischen, regionalen und zeitlichen Perspektiven beziehen, ist der Bundsbrief der Drei Bünde von 1524. Das ist der vor fünfhundert Jahren geschlossene verfassungsähnliche Vertrag zwischen dem Grauen oder Oberen Bund, dem Gotteshausbund und dem Zehngerichtebund, der heute als Gründungsdokument des Freistaates der Drei Bünde gilt. Der Kanton Graubünden hat im Jahr 2024 an den Gründungsvertrag des Dreibündestaates erinnert, indem er unter dem Titel «500 Jahre Freistaat der Drei Bünde» Feste, Umzüge, Ausstellungen, Theaterinszenierungen und Musikkonzerte unterstützt und historische Forschungsprojekte und Publikationen gefördert hat. Er hat in diesem Zusammenhang gemeinsam mit der südbündnerischen Gemeinde Bergell/Bregaglia und weiteren Unterstützern auch eine öffentliche wissenschaftliche Tagung von Historikern und Historikerinnen aus der Schweiz und aus Italien und Deutschland gefördert, aus der die vorliegende Publikation hervorgegangen ist.¹ Die Tagung hat am 8. und 9. Juni 2024 unter dem Titel «Der

¹ Für die wissenschaftliche Konzeption und Leitung der Tagung verantwortlich war Hannes Siegrist (Universität Leipzig und Vorstandsmitglied der Società Storica Bregaglia). Für die Organisation vor Ort und das Tagungsmanagement war Marco Giacometti (Centro Giacometti, Stampa) zuständig, dem ich für die konstruktive und angenehme Zusammenarbeit danke. Ein grosser Dank geht an Jon Mathieu (Universität Luzern), der mich bei der Tagungsvorbereitung

Bundsbrief der Drei Bünde von 1524 in der Geschichte und Erinnerungskultur Graubündens und seiner Nachbarn. Regionale, nationale und europäische Perspektiven» im historischen Ballsaal des Hotels Maloja Palace in der Gemeinde Bergell stattgefunden. Sie hatte das Ziel, die historische Forschung und Diskussion über den Staat und die politische Kultur Graubündens mithilfe von Perspektiven und Ansätzen zu stimulieren, die in der nationalen und internationalen Forschung über den Staat, die Staatlichkeit und die Kultur des Politischen in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten eine innovative Rolle gespielt haben. Damit verbunden war das Ziel, die Kommunikation zwischen der akademischen Geschichtswissenschaft, den Spezialisten für Kantons-, Regional- und Lokalgeschichte, den regionalen Geschichtsvereinen, Geschichtslehrern und Journalisten sowie historisch interessierten Bürgerinnen und Bürgern aus Graubünden und den angrenzenden Regionen zu beleben. Das Jubiläum war der Anlass für Vorträge und Diskussionen über die Hervorbringung, Plausibilität, Begründung, Verbreitung, Rezeption und Verwendung rivalisierender – traditioneller und neuer – Geschichtsbilder. Zum Rahmenprogramm gehörten Grussworte des Regierungspräsidenten des Kantons Graubünden, des Präsidenten der Gemeinde Bergell, der Präsidenten bündnerischer und italienischer Geschichtsvereine, sowie ein musikalisches Abendprogramm mit Werken aus dem 16. und 17. Jahrhundert.

Thematische, methodische, räumlich-zeitliche und argumentative Schwerpunkte

Die Beiträge des Bandes untersuchen die Bedeutung und den Gebrauch des Bundsbriefts in wechselnden historischen Situationen, Konstellationen und Kontexten. Sie behandeln historische Entwicklungen und Erzählungen, die sich mit dem Bundsbrief verbinden, mit den Mitteln einer multiperspektivischen und pluralistischen Geschichtswissenschaft. Sie zeigen, was und wer jeweils über den Sinn und die Ein- oder Mehrdeutigkeit historischer Fakten, Texte, Ereignisse, Strukturen, Motive und Handlungen bestimmt; warum die Geltung und der Nutzen historischen Wissens sowie historischer Erinnerungen, Mythen und Meistererzählungen je nach Zeit, Ort, Position, Mentalität und Interessenlage erheblich schwankt; und wie Geschichtsbilder konstruiert, entdeckt, transferiert, ausgehandelt, homogenisiert, normiert – und periodisch und zyklisch dekonstruiert werden.

Der Band relativiert einige der in der traditionellen kantons-, regions- und nationalgeschichtlichen Historiografie und Erinnerungskultur vorherrschenden Erzählungen über die Einzigartigkeit oder den historischen Sonderweg der jeweiligen politisch-gesellschaftlichen Einheit. Zudem reflektiert er über damit

beraten hat und später seine Bereitschaft erklärt hat, sich an der Herausgabe der Tagungsreferate zu beteiligen; sowie an Gian Andrea Walther, Lilli Sprecher Siegrist und Leonhard Mörikofer von der Società Storica Bregaglia für weiterführende Gespräche und vielfältige Unterstützung bei der Tagungsvorbereitung und Herausgabe des vorliegenden Bandes.

verbundene identitätspolitisch motivierte Homogenisierungs-, Standardisierungs-, Disziplinierungs-, Anerkennungs- und Distanzierungsstrategien, die sich jeweils an die einheimische Bevölkerung oder an externe Akteure richten, um das Eigene oder das Andere zu unterstreichen. Im Ergebnis werden auch grenzüberschreitende Ähnlichkeiten und Annäherungen deutlich, die in der Vergangenheit meist eher im Schatten geblieben sind. Der Band möchte mithilfe historisch-komparativer, transfer- und/oder verflechtungsgeschichtlicher Ansätze das Verhältnis zwischen dem jeweils Besonderen und dem Allgemeinen klären.

Unter geschichtswissenschaftlichen Gesichtspunkten geht es vor allem darum, die Geschichte der untersuchten Regionen beziehungsweise politisch-territorialen Einheiten empirisch, begrifflich und theoretisch miteinander in Beziehung zu setzen und zu vergleichen. Das verbessert die Anschlussfähigkeit der Forschung über Spezialthemen und kleine Staaten, Gesellschaften und Kulturen und erhöht die Chance, dass die Ergebnisse auch ausserhalb exklusiver Fachkreise und regionaler Milieus aufgenommen und genutzt werden. Die einzelnen Beiträge konzentrieren sich auf einen (bisweilen zwei) der folgenden Schwerpunkte und ergänzen sich im Rahmen der Leitfragestellungen des Bandes.

Erstens geht es um Voraussetzungen, Inhalte, Formen und Folgen rechts- und verfassungsgeschichtlicher Entwicklungen im Dreibündestaat beziehungsweise in seinen Teilgebieten, insbesondere um die Bedeutung, die Funktion und den Gebrauch des Bundsbriefts in rechtlichen, sozialen und politischen Beziehungen und Prozessen. Damit befassen sich die Beiträge von Florian Hitz und Ulrich Pfister.

Eng damit verbunden ist ein *zweiter* Schwerpunkt mit Beiträgen zur Rolle und Bedeutung des Schwörens in der politischen Inszenierungs- und Versammlungskultur Dreibündens von Manfred Veraguth und zur staatlichen Jubiläums-, Feier- und Festkultur des Kantons Graubünden im 19. und 20. Jahrhundert von Reto Weiss.²

Im *dritten* Schwerpunkt erweitert sich der Blick: vom Dreibündestaat ausgehend, beziehungsweise dessen Teil- und Nachfolgegebieten, auf weitere Staaten und substaatliche Organisationen in Europa. Andreas Würigler behandelt in seinem quantitativen und qualitativen «politisch-konstitutionellen Strukturvergleich» zentrale Dimensionen von Staat, Politik und Gesellschaft in den Drei Bünden sowie in den 13 Orten der Alten Eidgenossenschaft (eingeschlossen deren Untertanengebiete und gemeinsame Herrschaften) vom 16. bis zum 18. Jahrhundert. Jon Mathieu untersucht in seiner vergleichenden Langzeit-Studie über den «Kataster als Mittel und Produkt moderner Staatsbildung» das Verhältnis von Staat und Gesellschaft anhand der Registrierung und Besteuerung von Bodeneigentum in den Drei Bünden und in den Herzogtümern Savoyen und Kärnten. Guglielmo Scaramellini vergleicht in seinem historisch-komparativen und verflechtungsge-

² Dazu gehörte an der Tagung in Maloja auch der zwischenzeitlich an anderer Stelle in digitaler Form veröffentlichte Vortrag von Jon Mathieu, Der Bundsbrief und der Wein. Loyalitätsmittel in der Bündner Politik der Frühen Neuzeit, www.academia.edu.

schichtlichen Aufsatz die Rolle der Eliten und der Religion in den Drei Bünden und in den Untertanengebieten im Anschluss an eine Frage, die der Florentiner Staatstheoretiker Niccolò Machiavelli in seinen 1531 erschienenen «Discorsi» zur Diskussion gestellt hatte; nämlich ob eine Republik Untertanen haben und dauerhaft behalten darf.

Im *vierten* Schwerpunkt steht die Rolle von Krieg, Gewalt, Militärwesen und Söldnerunternehmern bei der Formierung und Transformierung von Staaten und Staatlichkeit in den ersten Jahrzehnten des 16. Jahrhundert im Mittelpunkt. Saveria Masa und Franco Minonzio zeigen in ihren sozial- und politikgeschichtlichen Beiträgen über die sogenannten Müsserkriege in den 1520er- und frühen 1530er-Jahren, wie die Drei Bünde ihre 1512 erworbene Herrschaft über das Veltlin und die Grafschaften Chiavenna und Bormio schliesslich definitiv sichern konnten, das Gebiet der Drei Gemeinden (Tre Pievi) am oberen Comersee jedoch an das Herzogtum Mailand verloren. Dieses wurde nach dem Tod des letzten Herzogs aus der Familie Sforza im Jahr 1535 nach längeren Erbstreitigkeiten zwischen dem spanisch-habsburgischen Kaiser Karl V. und dem französischen König Franz I. in die spanische Monarchie integriert.³

Im *fünften* Schwerpunkt schliesslich geht es um das gegenwärtige Verhältnis zwischen Geschichtswissenschaft, Erinnerungskultur und Geschichtspolitik: Wie und in welchen sozialen, symbolischen und medialen Formen wird Wissen über die Geschichte heute hervorgebracht, ausgedrückt, vermittelt, inszeniert, rezipiert und bewertet? Darüber berichtet Florian Hitz in seinem Arbeits- und Ergebnisbericht über Veranstaltungen, Feiern und Publikationen, die der Kanton Graubünden im Jahr 2024 unter dem Titel «500 Jahre Freistaat der Drei Bünde» auf den Weg brachte. Daran schliesst das Schlusskapitel mit kritischen und weiterführenden Kommentaren von Jon Mathieu und schweizerischen sowie italienischen Historikern zur Forschung über die Geschichte Graubündens und seiner (ehemaligen) Untertanengebiete und zum Verhältnis zwischen akademischer Geschichtswissenschaft, Geschichtsvermittlung, Public History und Geschichtspolitik in der Gegenwart an.

Die Beiträge zeigen den Nutzen einer multiperspektivischen Geschichtswissenschaft bei der Überprüfung und Kritik verbreiteter historischer Stereotype und Meistererzählungen, die sich ursprünglich im Rahmen einer monoperspektivischen, historistischen und teleologischen Regional- und Nationalgeschichte etabliert haben. Und sie regen zum Nachdenken über den Gebrauch und den Nutzen unterschiedlicher wissenschaftlicher und medialer Formate an, in denen Vergangenheit, Erinnerungen und Erfahrungen dargestellt werden, und von denen in offenen, dynamischen, kompetitiven und pluralistischen Gesellschaften erwartet wird, dass sie sowohl Orientierungswissen und Urteilskompetenz vermitteln als auch Prozesse der politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Integration

3 Domenico Sella, *Lo Stato di Milano in età spagnola*, Turin 1987.

unterstützen. Im weiteren Verlauf der Einleitung vertiefe und erweitere ich einige der Leitfragen des Bandes.

Staat, Herrschaft und Regierung in der Geschichte und Geschichtswissenschaft

Der Staat und seine Entwicklung gehören seit der Frühen Neuzeit zu den bevorzugten Themen der Geschichtsschreibung. Mit der Formierung und Transformation des modernen Staates bildeten sich auch die Geschichts-, Rechts-, Staats-, Gesellschafts- und Kulturwissenschaften aus. In den Beiträgen dieses Bandes wird wiederholt darauf hingewiesen. Das Wissen über die Geschichte des Staates und der Staaten gehörte zum Kernbestand des Herrschafts-, Orientierungs- und Reflexionswissens der Macht- und Funktionsebenen. Das ist auch im 19. und 20. Jahrhundert ein Stück weit so geblieben, als sich das Spektrum der Wissenschaften und der von ihnen behandelten Themen beträchtlich erweiterte und ausdifferenzierte. In der Geschichtswissenschaft sind seit den 1970er-Jahren neue Schwerpunktbereiche wie die Sozial-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte, später die Geschlechtergeschichte, die Umweltgeschichte etc. hinzu gekommen.

Dieser Wandel hat auch die Geschichtsschreibung über den Kanton Graubünden und die italienischen Nachbargebiete in der Lombardei und in der Provinz Sondrio geprägt. Ein Beispiel dafür ist die Strukturierung des im Jahr 2000 veröffentlichten innovativen «Handbuchs der Bündner Geschichte». Dort finden sich im Teilband über die frühe Neuzeit neben Kapiteln über die Bündner Staatsbildung im 16. Jahrhundert Artikel zu politischen Kräften und Ereignissen im 17. und 18. Jahrhundert, zu Beziehungen zu den Untertanengebieten und zu Aussenpolitik sowie Kapitel über ländliche Gesellschaft, Konfessionskirchen und Glaubenspraxis, Handwerk, Verkehr und Handel, Architektur, Plastik und Malerei.⁴ Noch deutlicher kommt die fortschreitende Ausdifferenzierung in historische Subdisziplinen und Spezialrichtungen in dem im Jubiläumsjahr erschienenen «Atlas zur Geschichte Graubündens 1524–2024» zum Ausdruck, der zwischen Wissenschaft und Unterricht vermitteln möchte.⁵ Darin wird die Geschichte Graubündens anhand von fünfzig Themenschwerpunkten behandelt. Das thematische Spektrum reicht von Topografie, Klima, Bevölkerung und Sprache, über Waldwirtschaft, Wasserkraft und Tourismus bis zu Musik, Theater, Brauchtum und Sport. Politik in einem älteren Verständnis ist noch mit fünf Themen (Herrschaft und Recht, Politik und Verwaltung, Partizipation, Kriege und Konflikte, Militär und Ausenbeziehungen) vertreten.

4 Handbuch der Bündner Geschichte, Bd. 2: Frühe Neuzeit, hg. vom Verein für Bündner Kulturforschung, Chur 2005 (1. Auflage 2000).

5 Atlas zur Geschichte Graubündens 1524–2024, hg. vom Institut für Kulturforschung Graubünden, Baden 2024, <https://kulturforschung.ch/atlasgr>.

In den Geschichtswissenschaften, den Rechtswissenschaften und Teilen der Sozialwissenschaften gehören der Staat und das Regieren indessen weiter zu den klassischen Themenfeldern. Im Folgenden stelle ich einige neuere und für die Zwecke des vorliegenden Bandes besonders interessante Studien, Befunde, Forschungsansätze, Typologien, Begriffe, Strukturen und Narrative vor. Ich beziehe mich dabei auf vergleichende Überblickswerke und Monografien über den Wandel von Staat und Staatlichkeit in Europa, die dem Thema mehr Interesse entgegenbringen als eine ältere Staaten- oder Nationsgeschichte, die den Fokus auf Herrscher, Staatsmänner, Schlachten, Diplomatie, Kriege und Friedensschlüsse legte und die bis vor einigen Jahrzehnten die Darstellung der Vergangenheit in der Wissenschaft, Schule und öffentlichen Gedächtnis- und Erinnerungskultur dominierte.

In der Frühen Neuzeit veränderten, rivalisierten, überlagerten und vermischten sich unterschiedliche Strategien und alte und neue Prozesse der Staatsbildung. Die neuere Staaten- und Verfassungsgeschichte beschreibt, analysiert und interpretiert diese Entwicklungen mithilfe einer Kombination traditioneller und innovativer Fragestellungen und Ansätze. Sie begreift den Staat als komplexe, mehr oder weniger differenzierte, multifunktionale, souveräne und doch durchlässige Organisation in der jeweiligen historischen Konstellation und Entwicklung. Sie untersucht Prozesse und Strategien der Kommunikation, Institutionalisierung und Organisation auf mehreren Ebenen: innerhalb des Staates, zwischen Staaten und in übergreifenden zwischen-, trans- oder suprastaatlichen Grossverbänden. Sie fragt historisch und systematisch nach Ähnlichkeiten, Unterschieden und Interferenzen zwischen Staaten und behandelt die Rolle des Staates bei der räumlichen und zeitlichen Strukturierung politischer, sozialer, rechtlicher, wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen und Ordnungen.⁶

Als Stichworte, kurze Charakterisierungen und Thesen für den Wandel von Staat und Staatlichkeit in Europa im Zeitraum von ca. 1400 bis 1800 seien hier genannt:

- Der Übergang von der Lehensverfassung beziehungsweise dem feudalen Personenverbandsstaat zum territorialen Fürstenstaat;
- Die zunehmende Unterordnung der meisten Städte, Stadtrepubliken und kleinen weltlichen und kirchlichen Herrschaftsverbände unter einen Fürstenstaat,

6 Dazu Charles Tilly, *Coercion, Capital and European States, AD 990–1990*, Cambridge MA 1990; Wim Blockmans, André Holenstein, Jon Mathieu (Hg.), *Empowering Interactions. Political Cultures and the Emergence of the State in Europe 1300–1900*, Farnham 2009; Wolfgang Reinhard, *Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart*, München 2000 (1. Auflage 1999); Georg Schmidt, *Geschichte des Alten Reiches. Staat und Nation in der Frühen Neuzeit 1495–1806*, München 1999; Barbara Stollberg-Rilinger, *Des Kaisers alte Kleider. Verfassungsgeschichte und Symbolsprache des Alten Reiches*, München 2013 (1. Auflage 2008); Hannes Siegrist, *Advokat, Bürger und Staat. Sozialgeschichte der Rechtsanwälte in Deutschland, Italien und der Schweiz (18.–20. Jh.)*, 2 Bände, Frankfurt a. M. 1996; Carlo Capra, *La Lombardia austriaca nell'età delle riforme 1706–1796*, Turin 1987.

unter eine der damals wenigen souveränen, sich zunehmend in Richtung Oligarchie entwickelnden Republiken oder unter eine der frühen protonationalstaatlichen Grossmonarchien, wie England, Frankreich und Spanien;

- Die Dynamik zwischen dem spätmittelalterlichen/frühneuzeitlichen römisch-deutschen «Universalreich» und den grossen und mittleren Fürstenstaaten im Zeitalter von Reichsreformen, Glaubensspaltung und Konfessionalisierung;
- Die Machtverschiebungen zwischen Staaten und Reichen und die Bildung maritimer Imperialstaaten mit Gebieten ausserhalb Europas (verbunden mit dem relativen Abstieg Spaniens und dem Aufstieg der Niederlande und Englands seit dem 17. Jahrhundert);
- Die Eindämmung des Dauerkrieges in Europa durch die Einrichtung eines anerkannten Systems souveräner Staaten seit dem Westfälischen Frieden in der Mitte des 17. Jahrhundert;
- Schliesslich die grossen Staats- und Gesellschaftsreformen des 17. und vor allem des 18. Jahrhunderts mit zunehmender Zentralisierung, Hierarchisierung, Rationalisierung, Bürokratisierung, Professionalisierung, Verrechtlichung von Herrschaft und Verwaltung und dem Ausbau der staatlichen Steuerung und Kontrolle in immer mehr Lebensbereichen.

In den letzten Jahren hat auch die Forschung über Verstaatlichung, Kommerzialisierung und Privatisierung von Krieg und Gewalt, über Miliz- und Söldnerarmeen und über die Militarisierung von Gesellschaft und Kultur, wieder vermehrt an Aufmerksamkeit gewonnen; insbesondere dank der Einbettung der älteren Gewalt-, Militär- und Kriegsgeschichte in grössere politik-, sozial-, geschlechter-, wirtschafts-, technik- und kulturgeschichtliche Zusammenhänge.⁷ Neue Fragestellungen und Ansätze haben in den letzten Jahrzehnten auch die Forschungen über Staat, Verfassung, Recht, Gesellschaft und Umwelt vorangebracht. Exemplarisch seien hier die vergleichenden Untersuchungen von Jon Mathieu über alpine und voralpine Gebiete Europas genannt, in denen er Landschaften, Dörfer und Städte aus dem Gebiet der Republik der Drei Bünde und aus dem ganzen Alpenbogen behandelt; diese erforschte er im Hinblick auf den Zusammenhang zwischen Familientypen, Besitz- und Eigentumsverhältnissen, Formen der Besteuerung und politisch-rechtlicher Ordnung auf der Gemeinde-, Provinz- oder Staatsebene.⁸ Ähnlich innovativ sind in Bezug auf das Staatsverständnis und die symbolische Repräsentation von

7 Peter H. Wilson, Eisen und Blut. Die Geschichte der deutschsprachigen Länder seit 1500, Darmstadt 2023; Philippe Henry, Philipp Krauer, Fremde Dienste, in: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/008608/2023-10-31>, konsultiert am 1. 6. 2025; Hermann Romer, Militärunternehmer, in: HLS, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/024643/2009-11-10>, konsultiert am 3. 6. 2025; Kaspar von Geyerz, André Holenstein, Andreas Würigler (Hg.), Soldgeschäfte, Klientelismus und Korruption in der Frühen Neuzeit. Zum Soldunternehmertum der Familie Zurlauben im schweizerischen und europäischen Kontext, Göttingen 2018.

8 Jon Mathieu, Geschichte der Alpen 1500–1900. Umwelt, Entwicklung, Gesellschaft, Wien 2001 (1. Auflage 1998), hier insbesondere S. 129–196. Italienische Ausgabe: Jon Mathieu, Storia delle Alpi 1500–1900. Ambiente, sviluppo e società, Bellinzona 2004.

Staat und Staatlichkeit in der frühneuzeitlichen Eidgenossenschaft die Verflechtungs- und transfergeschichtlich angelegten historisch-semantic Studien von Thomas Maissen mit einem Kapitel über Graubünden.⁹

Staatsbildung, Staatlichkeit und Regierungstätigkeit in den Drei Bünden aus organisations- und institutionshistorischer Sicht

Die Geschichte des Dreibündestaates und seiner italienischen Untertanengebiete eröffnet vielfältige Perspektiven auf Formierungs- und Transformationsprozesse von Staaten und Gesellschaften im frühneuzeitlichen Europa. Damals wurden der Territorialstaat und die staatsförmig verfasste beziehungsweise staatsähnlich organisierte Gesellschaft zu allgemeinen und vielfältig variierten Leitmustern für die Organisation und Institutionalisierung von Macht, Gewalt, Herrschaft, Regierung, Verwaltung und Kooperation in grösseren sozialen Verbänden. Im 16. Jahrhundert gab es in Europa mehrere hundert staatsartige oder staatsähnliche Gebiete. Immer mehr davon wurden nach dem Muster des dynastischen Fürstenstaates organisiert und regiert.

Zahlreich waren die Staaten im mittleren Teil Europas, der sich von Italien über die Schweiz bis in die damals spanisch-burgundischen Niederlande im Nordwesten des Kontinents erstreckte. Frankreich, England und Spanien waren damals monarchische Grossstaaten, in denen der König den Adel, die Städte und die Kirche durch neue Hierarchien und Formen des Regierens, der Besteuerung, der Rechtsprechung und der Verwaltung disziplinierte und integrierte. Im Osten und Südosten Europas dominierte der Typus des monarchischen Feudalstaates oder autokratischen Feudalreichs (Osmanisches Reich, Russland).

Das war die Konstellation, in der sich die Drei Bünde in einem jahrzehntelangen Prozess, der sich zwischen 1512 und den frühen 1530er-Jahren beschleunigte und intensiverte, in einen Staat verwandelten.¹⁰ Die Gründer und Trägergruppen des Dreibündestaates orientierten sich dabei an Mustern aus der Nachbarschaft im mittleren Bereich des europäischen Kontinentes. Zur Staatsbildung gehörten damals auch das Beutemachen, die Eroberung grösserer zusammenhängender Territorien und die Unterordnung von Städten, Grundherren, Klöstern, Kaufleuten, Handwerkern und Besitzbauern mittels Verwaltung, Judikatur, Justiz und Besteuerung.

Die schon länger kooperierenden drei Bünde hatten 1512 ein gemeinsames, an Südbünden anschliessendes Untertanengebiet erobert, das aus dem Veltlin, den ehemaligen Grafschaften Chiavenna und Bormio und den Drei Gemeinden am

⁹ Thomas Maissen, *Die Geburt der Republic. Staatsverständnis und Repräsentation in der frühneuzeitlichen Eidgenossenschaft*, Göttingen 2006, insbesondere S. 498–510.

¹⁰ Randolph C. Head, *Die Bündner Staatsbildung im 16. Jahrhundert: Zwischen Gemeinde und Oligarchie*, in: *Handbuch der Bündner Geschichte*, Bd. 2: Frühe Neuzeit, hg. vom Verein für Bündner Kulturforschung, Chur 2005, S. 86–112.

oberen Comersee bestand. Dieses war in den 1520er- und frühen 1530er-Jahren aufgrund wiederholter militärischer Angriffe und (Rück-)Eroberungskriege des Herzogs von Mailand und seiner wechselnden europäischen Verbündeten umstritten und vorübergehend verloren gegangen.¹¹ Damals sahen sich die drei Bünde gezwungen, sich enger zusammenzuschliessen, um ihr ohne Planung begonnenes Staatsbildungsprojekt fortsetzen zu können. Das war der Anlass für den Bundsbrief der Drei Bünde von 1524, in dem sich die Initianten und Unterzeichner über grundlegende Ziele, wie die Sicherung von Landfrieden, Verkehrswegen und Handel sowie über Verfahren der Entscheidungsfindung im Falle von Konflikten, Kriegen und Friedensschlüssen verständigten. Rechtlich griffen sie dabei auf Vertragsmuster zurück, die sie in ähnlicher Form schon bei früheren Anlässen verwendet hatten und jetzt noch einmal spezifizierten.¹² Ebenso wichtig wie die rechtliche Form und Qualität des Bundsbriefs war seine symbolische Funktion als Versprechen für die dauerhafte Kooperation.

Organisatorisch, institutionell und in der Praxis handelte es sich bei den Drei Bünden und ihren Untertanengebieten um einen zusammengesetzten Staat, in dem alte und neue Regeln, Ämter, Pflichten, Rechte, Hierarchien, Organisationsformen sowie Patronage- und Klientelsysteme koexistierten und relativ wenig Anstrengungen zur Vereinheitlichung und Effizienzsteigerung unternommen wurden. Das war im Zeitalter der ständigen, kompetitiven und kriegerischen Gründung, Expansion, Eroberung und Umgründung von Staaten kein Sonderfall, sondern eher der Normalfall. In den Drei Bünden gingen dann allerdings auch später die Standardisierungsbemühungen infolge des geringen Zentralisierungsgrads besonders langsam voran, in Graubünden dauerte dies bis ins 19. Jahrhundert.

Aussenpolitisch war der neue Staat auch nach seiner formellen Gründung in den nächsten Jahrzehnten in hohem Masse abhängig von Konstellationen und Entwicklungen in den Konflikten und Kriegen zwischen dem französischen König Franz I. und dem habsburgisch-spanischen römisch-deutschen Kaiser Karl V.¹³ Zu den Erfolgsstrategien der Drei Bünde gehörte seit dem Schwabenkrieg von 1499 die enge politische und militärische Kooperation mit eidgenössischen Vertrags- und Bündnispartnern. Die Tagsatzung und einzelne Orte der Eidgenossenschaft sorgten auch später durch Vermittlung in kriegerischen Konflikten und in den Konfessionskämpfen des 17. Jahrhunderts für die Sicherung und das Fortbestehen

¹¹ Vgl. die Beiträge von Saveria Masa und Franco Minonzio in diesem Band.

¹² Vgl. den Beitrag von Florian Hitz in diesem Band sowie Florian Hitz, Immacolata Saulle Hippenmeyer, Der Bundsbrief vom 23. September 1524. Beitrag zum Jubiläum «500 Jahre Freistaat der Drei Bünde», Ennenda 2024.

¹³ Martin Bundi, Die Aussenbeziehungen der Drei Bünde, in: Handbuch der Bündner Geschichte, Bd. 2: Frühe Neuzeit, hg. vom Verein für Bündner Kulturforschung, Chur 2005, S. 173–202; Rainer Babel, Deutsch-Französische Geschichte 1500 bis 1648, Darmstadt 2005; Heinz Schilling, Karl V. Der Kaiser, dem die Welt zerbrach, München 2020; Alfred Kohler, Karl V. 1500–1558, München 2014 (1. Auflage 1999); Ignacio Czeguhn, Heiner Lück (Hg.), Kaiser Karl V. und das Heilige Römische Reich. Normativität und Strukturwandel eines imperialen Herrschaftssystems am Beginn der Neuzeit, Stuttgart 2022.

des Dreibündestaates.¹⁴ Von Zeitgenossen und in späteren historischen Darstellungen und geografischen Karten wurde beziehungsweise wird deshalb oft nicht zwischen den beiden unterschieden. Vielfach wurden die Drei Bünde der Eidgenossenschaft oder den Schweizern zugerechnet. Obwohl sie als Staat rechtlich und formell immer eine gewisse Distanz zu diesen aufrechterhielten.

Die Drei Bünde legten grossen Wert auf ihren Status als finanziell unabhängiger, vertragsfähiger und souveräner Staat. Im Unterschied zu vielen Fürstenstaaten, die sich wegen der hohen Kosten für die Kriegsvorbereitung, Söldnerheere und Repräsentation massiv verschuldeten und deshalb nach Wegen suchten, die Einnahmen durch den Auf- und Ausbau zum Steuerstaat oder Fiskalstaat zu erhöhen, war ihre finanzielle Lage in der Regel solide. Die Einnahmen stammten grösstenteils aus Steuern, Gebühren und Abgaben aus den Untertanengebieten, aus den Soldverträgen mit Frankreich, Spanien und Venedig sowie aus den Einnahmen für säkularisierte Güter der katholischen Kirche. Die höchsten Ämter im Veltlin und in der Finanzverwaltung der Drei Bünde waren Kaufämter. Der Kaufpreis ging als Darlehen an den Staat, der dem Amtsinhaber dafür die späteren Einnahmen aus dem Amt überliess. Das war damals zum Beispiel auch in Frankreich bei höheren und mittleren staatlichen Ämtern weit verbreitet. Im Dreibündestaat sorgte die Käuflichkeit von Ämtern sowie das damit verbundene Klientelwesen und System der Patronage und des Stimmenkaufs früher oder später immer wieder zu partei- und interessenpolitisch motivierten Protesten. Im Unterschied zu Frankreich flossen die Ämtergelder nicht nur nach oben oder in die Taschen der Amtsinhaber, sondern auch nach unten, nämlich in die Gemeindekassen und zum Teil sogar an die Bürger. Das zeigt den lokalistischen Charakter des Dreibündestaats auf besonders klare Weise.

Die allgemeinen historischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedingungen der Bündner Staatsgründung lassen sich folgendermassen zusammenfassen: Die Gebiete der Drei Bünde, der Lombardei, der Eidgenossenschaft, Süddeutschlands, des Tirols und von Venedig standen seit dem Hochmittelalter in dynamischen klein-, mittel- und grossräumigen Kooperations- und Tauschbeziehungen. Entwicklungen im Alpenraum und in den Hügellzonen und Ebenen nördlich und südlich der Alpen bedingten und verstärkten sich wechselseitig. Die Drei Bünde lagen in einer mitteleuropäischen Grossregion, in der sich die sozialen, materiellen und kulturellen Verhältnisse im späten 15. und frühen 16. Jahrhundert im Zuge eines grossen wirtschaftlichen Aufschwungs, technischer und medialer Innovationen sowie sozialer und religiöser Aufbrüche und Umbrüche massiv veränderten. Hier boten sich vielfältige Gelegenheiten, traditionelle und innovative Wissensformen und Praktiken miteinander zu vergleichen. In den Spannungen und Konflikten zwischen dem Alten und dem Neuen und vor dem Hintergrund sich verschärfender Konflikte über die Verteilung von Ressourcen und Fähigkeiten intensivierte sich damals die Suche nach organisatorischen und

¹⁴ Vgl. den Beitrag von Andreas Würzler in diesem Band.

institutionellen Mustern für die Regulierung und Steuerung von Macht- und Kooperationsprozessen.

Die Gründer der Republik der Drei Bünde verfügten über das organisatorische, institutionelle, rechtliche, kulturelle und militärische Wissen, das für den Aufbau eines Staates erforderlich war, und sie waren bereit, dieses gemeinsam weiterzuentwickeln. Das ist aus der Sicht der neueren historischen Forschung über Organisation, Management, Leitung und Verwaltung für den Erfolg eines solchen politischen Unternehmens ganz zentral. Die Führung lag in den ersten Jahrzehnten in den Händen eines ständisch und regional gemischten Machtkartells, das sich – nach dem raschen Rückzug beziehungsweise der Flucht des Bischofs von Chur, das heisst des obersten Lehensherrn des Gotteshausbundes – aus Notablen zusammensetzte, die in der Stadt Chur oder in den weltlichen und geistlichen Grundherrschaften, Gerichtsgemeinden, Nachbarschaften und Korporationen gut verankert waren.¹⁵ Es war das ein Kreis von kleinadeligen, (ehemaligen) dienstadeligen, bürgerlichen und geistlichen Herren, Händlern, Transport-, Söldner-, Zoll- und Bergwerksunternehmern, Gastwirten, Gewerbetreibenden, Zunftvorsitzenden, vermögenden Bauern und Pfarrern. Diese waren mobil, interlokal vernetzt und aufgrund ihres Vermögens abkömmlich genug, um politische, zivile und militärische Führungsfunktionen nicht nur in ihren Herkunftsgebieten, sondern auch auf der staatlichen Ebene ausüben zu können.¹⁶ Dazu gehörten auch bürgerliche Notare sowie Juristen aus Südbünden mit seiner italienischen Rechtskultur, die sich mit öffentlichen Satzungen ebenso gut auskannten wie mit der Sicherung von Eigentumstiteln, der vertraglichen Abwicklung von Immobilien- und Handelsgeschäften sowie der Führung von Privatprozessen.

Diese Kreise sorgten dafür, dass die Staatsbildung in Verbindung mit Strategien der Kommunalisierung oder des Kommunalismus,¹⁷ Konfessionalisierung,¹⁸ Militarisierung, Sicherung des privaten, genossenschaftlichen und korporativen

15 Vgl. dazu und zum Folgenden Head (wie Anm. 10); Paul Eugen Grimm, *Die Anfänge der Bündner Aristokratie im 15. und 16. Jahrhundert*, Zürich 1981; Jon Mathieu, *Die ländliche Gesellschaft*, in: *Handbuch der Bündner Geschichte*, Bd. 2: Frühe Neuzeit, hg. vom Verein für Bündner Kulturforschung, Chur 2005, S. 11–55, hier S. 46–49; Max Hilfiker, *Handwerk und Gewerbe, Verkehr und Handel*, in: ebd., S. 55–83; Prisca Roth, *Korporativ denken, genossenschaftlich organisieren, feudal handeln. Die Gemeinden und ihre Praktiken im Bergell des 14.–16. Jahrhunderts*, Zürich 2018.

16 Eindrückliche zeitgenössische Schilderungen und Einschätzungen von Personen und Familien dieser Kreise in Chur und in den Tälern und Dörfern Graubündens finden sich in Ulrich Campells Beschreibung der Drei Bünde von 1573. Ulrich Campell, *Das alpine Rätien. Topographische Beschreibung von 1573*, hg. vom Institut für Kulturforschung Graubünden, bearbeitet von Florian Hitz et al., 3 Bände, Zürich 2021.

17 Vgl. Peter Blickle, *Kommunalismus und Republikanismus revisited*, Graubünden als Paradigma, in: Florian Hitz, Christian Rathgeb, Marius Risi (Hg.), *Gemeinden und Verfassung. Bündner Politik und Gebietsstruktur gestern, heute, morgen*, Glarus 2011, S. 13–34; Jon Mathieu, *Gemeinde als sozialer Prozess. Der Freistaat der Drei Bünde 1500–1800*, in: ebd., S. 35–50.

18 Ulrich Pfister, *Konfessionskirchen und Glaubenspraxis*, in: *Handbuch der Bündner Geschichte*, Bd. 2: Frühe Neuzeit, hg. vom Verein für Bündner Kulturforschung, Chur 2005, S. 203–236.

Eigentums, partieller Enteignung von Kircheneigentum, Reduzierung von Lehenszinsen und kirchlicher Gerichtsbarkeit sowie moderater Professionalisierung von reformierten Pfarrern gelang. In diesen Milieus waren traditionelle Vorstellungen – etwa über den Primat des Herrennutzens gegenüber dem Gemeinnutzen, über lehensrechtlich oder herrschaftsrechtlich begründete Privilegien, Monopole und Regalien oder über die prinzipielle Unterordnung privateigentumsartiger Verfügungs- und Nutzungsrechte unter das fürstliche Obereigentum – schon länger erodiert und durch Vorstellungen über republikanische Bürgertugenden, die den Ausgleich zwischen Privatnutzen und Allgemeinnutzen sichern sollten, überlagert oder ersetzt worden.

Es war das ein polyarchischer Staat: ohne Fürst, ohne erbliche Dynastie, ohne Hof und auf Distanz zum römisch-deutschen Reich und seinen habsburgisch-spanischen Kaisern. Die Staatsbildung erfolgte nicht allein von oben oder von unten. Die Republik der Drei Bünde war das Projekt der gesellschaftlichen Mitte und einer Zeit, in der traditionelle ständestaatliche Vorstellungen verblassten und wiederholt grundsätzlich in Zweifel gezogen wurden. Für den Erfolg des Projektes ganz zentral waren die Einbeziehung kommunalistischer und genossenschaftlicher Elemente und die Berücksichtigung besitzbauerlicher und kleinbürgerlicher Forderungen nach Stärkung eigentumsartiger Verfügungsrechte, Reduktion von Abgaben sowie Abschaffung kirchlicher Zinsen und Herrschaftsrechte. In den Jahren um 1525, als in deutschen und österreichischen Fürstenstaaten in den sogenannten Bauernkriegen ähnliche Forderungen und soziale Bewegungen durch den Einsatz von Söldnerheeren brutal niedergeschlagen wurden,¹⁹ wirkte die Bereitschaft des bündnerischen Machtkartells zur Herstellung eines neuen sozialen Ausgleichs in den Drei Bünden ganz ausserordentlich. Mehr Zwang setzten die Drei Bünde damals bei der Wiedereroberung der italienischen Untertanengebiete in den Müsserkriegen und seit den 1530er-Jahren gegen Widerstände von Seiten mancher Grundherren und der katholischen Kirche im Veltlin ein. Dort erschien der Wechsel vom Herzogtum Mailand zur Republik der Drei Bünde vielen als neue Variante einer Staatsbildung von aussen und von oben, die die Drei Bünde gleichsam in die Rolle des Fürsten brachte.

Die Drei Bünde waren im 16. Jahrhundert ein Staat, der sich unter den wechselhaften machtpolitischen Konstellationen im Zeitalter der italienischen und europäischen Kriege trotz mancher Rückschläge behaupten und sein ausenpolitisches Profil schärfen konnte. Er war zeitweise eine militärische Mittelmacht, die mit ihren aus einheimischen Söldner- und Miliztruppen bestehenden Kampfhäufen in wechselnden Allianzen kriegerische Auseinandersetzungen auch gegen Armeen der damals mächtigsten Staaten, Dynastien und Imperien gewinnen

19 Gerd Schwerhoff, *Der Bauernkrieg. Geschichte einer wilden Handlung*, München 2024, insbesondere S. 497–502 (mit einem Unterkapitel «Überwintern in Graubünden» über die Flucht des Tiroler Bauernführers und ehemaligen Hauptmanns Michael Gaismaier Ende 1525 nach Klosters, den Versuch der Innsbrucker Regierung, die Auslieferung zu erzwingen, und über die positive Einstellung der Bündner und Zürcher gegenüber den Forderungen des Bauernkrieges).

konnte. Als Söldnerstaat und Passstaat wurden die Drei Bünde zum attraktiven Partner für Staaten, die damals noch keine grossen stehende Heere unterhielten, sondern, vielfach mithilfe von Krediten, Gewaltdienstleistungen einkauften. Die Drei Bünde schlossen mit Frankreich, Spanien und Venedig zwischenstaatliche Verträge ab, womit die Organisation, der Unterhalt, die Bezahlung und der Einsatz von Söldnerarmeen sowie militärische Durchmarschrechte für fremde Truppen dauerhaft geregelt wurden.

Als «Pufferstaat» im Alpenraum zwischen den Macht- und Einflussphären der österreichischen und spanischen Habsburger einerseits, Frankreich und Venedig andererseits, betrieben sie gegenüber den damaligen Grossmächten eine entgegenkommende Pforten- und Passagenpolitik. Im Inneren und im grenzüberschreitenden Fernverkehr sorgte der Dreibündestaat mit seinen Gemeinden und Korporationen für sozial und wirtschaftlich geordnete Verhältnisse im Transportwesen und für den Zugang, den Unterhalt, die Nutzung und die Sicherheit von Alpenpässen und Transitwegen. Als Handelsstaat verhandelte er über die Regeln für Importe und Exporte, Grenz- und Strassenzölle.²⁰

Krise des Dreibündestaates im Zeitalter des Dreissigjährigen Krieges

In der Zeit des Dreissigjährigen Krieges verschärften sich konfessions- und machtpolitisch motivierte Konflikte in weiten Teilen Europas. Davon erfasst wurden wegen innerer Spannungen sowie aufgrund massiven Drucks und kriegerischer Interventionen von aussen auch die Drei Bünde. Deren staatliche Eliten verloren dabei zwischen 1620 und 1639 vorübergehend die im Jahrhundert zuvor etablierte organisatorische und institutionelle Kontrolle und ihre politische Handlungsfähigkeit.²¹

In Europa hatte sich in den hundert Jahren zwischen dem frühen 16. und dem frühen 17. Jahrhundert der Wettbewerb zwischen den Staaten um Macht und Einfluss noch einmal verschärft und dazu geführt, dass der institutionelle, organisatorische und finanzielle Aufwand für die Festigung, Sicherung und Expansion eines Staates, für Kriegsvorbereitungen aller Art und für die Anwerbung immer grösserer Söldnerarmeen auf immer neue Höhen stieg. Machtallianzen wechselten rasch und in unberechenbarer Weise. Die Unterschiede zwischen kleinen, mittleren und grossen Staaten nahmen noch einmal zu. Einige Staaten waren mächtiger und effizienter geworden und in der Hierarchie der Mittel- und Gross-

²⁰ Hilfiker (wie Anm. 15); Bundi (wie Anm. 13).

²¹ Randolph C. Head, Jenatschs Axt. Soziale Grenzen, Identität und Mythos in der Epoche des Dreissigjährigen Krieges, Chur 2012; Silvio Färber, Politische Kräfte und Ereignisse im 17. und 18. Jahrhundert, in: Handbuch der Bündner Geschichte, Bd. 2: Frühe Neuzeit, hg. vom Verein für Bündner Kulturforschung, Chur 2005, S. 113–140; Guglielmo Scaramellini, Die Beziehungen zwischen den Drei Bünden und dem Veltlin, Chiavenna und Bormio, in: ebd., S. 141–171.

mächte aufgestiegen, nachdem sie neue Formen der Organisation, Regulierung und Finanzierung eingeführt hatten. Viele andere hingegen konnten ab einem gewissen Punkt nicht mehr mithalten.

Die Drei Bünde gehörten zu der grossen Gruppe von Staaten, die an traditionellen oder mit geringen Kosten verbundenen sozialen, symbolischen, rechtlichen, militärischen Strategien und Mustern für die Sicherung und weitere Stärkung ihres einmal eingerichteten Staates festhielten. Aufgrund der langfristig abnehmenden Kompromissfähigkeit der politischen und wirtschaftlichen Eliten in den Drei Bünden, in denen sich die Anhänger des französischen und des spanischen Lagers oft unversöhnlich gegenüberstanden, wurden organisatorische, institutionelle und rechtliche Reformen verhindert, die notwendig gewesen wären, um politische und wirtschaftliche Interessenkonflikte zu lösen und um die Qualität und Akzeptanz der Rechtsprechung durch vermehrte Gewaltenteilung zu verbessern. Hinzu kam, dass die Drei Bünde im internationalen Massstab ihren ursprünglichen Innovationsvorsprung im Kriegswesen (infanteristische Kampfhäufen und staatlich kontrolliertes Söldnergewerbe) sowie im Umgang mit der Glaubensspaltung (kommunalistische Organisation der Konfessionen, Schwächung traditioneller Rechtsansprüche von Kirchen und Konfessionen in Gerichten und Verwaltungen, Reduzierung von kirchlichen Abgaben und Säkularisation von Gütern der katholischen Kirche usw.) nach und nach verloren hatten.

Während sich die meisten Orte der Alten Eidgenossenschaft aus den kriegesischen Konflikten des Dreissigjährigen Krieges heraushalten konnten, ging der Dreibündenstaat in den sogenannten Bündner Wirren fast zugrunde. Sein Überleben verdankte er vermutlich in erster Linie dem Gemeindeleben in den zahlreichen, über 7100 qkm Berglandschaft verstreuten Dörfern. Was blieb, war das Trauma der weiterhin inhomogenen staatlichen Elite, politisch, institutionell, organisatorisch und militärisch gescheitert zu sein, woraus sehr verschiedene politische Schlüsse gezogen wurden.

Im Rahmen der auf den Westfälischen Frieden zurückgehenden Garantien für ein europäisches System souveräner Staaten konnte sich der Dreibündenstaat in der Mitte des 17. Jahrhunderts in neuen Machtkonstellationen und angepassten Formen neu erfinden und rekonstituieren. Grundlagen dafür waren schon in dem von Spanien diktierten Mailänder Kapitulat von 1639 gelegt worden, das allerdings die politische Souveränität des Dreibündenstates in den Untertanengebieten einschränkte, indem es dafür sorgte, dass dort die Rechte der Katholiken massiv aufgewertet wurden und der dauerhafte Aufenthalt von Reformierten erschwert wurde.

Schluss und Ausblick: Zum Verhältnis zwischen Geschichtswissenschaft, Geschichts- und Gedächtnispolitik sowie öffentlicher Erinnerungskultur

Die Beiträge des Bandes machen deutlich, dass es in Graubünden wie im Veltlin und in der Region Chiavenna zu jeder Zeit Akteure und Instanzen gab, die eine höhere Zuständigkeit und Autorität im Umgang mit materiellen und symbolischen Relikten aus der Zeit der Drei Bünde beanspruchten und sich bei der Herstellung und Verbreitung von Geschichtsbildern, historischen Erzählungen, Erinnerungen und Traditionen engagierten. Sie wollten damit Orientierung stiften und Prozesse der Vergesellschaftung und Vergemeinschaftung steuern und beeinflussen.

Die Geschichtsschreibung, Gedächtnispolitik und Erinnerungskultur in den Kerngebieten, Untertanengebieten und Nachfolgegesellschaften der Drei Bünde schwankten im Laufe der Jahrhunderte zwischen Annäherung, Distanzierung und Entfremdung. Die einen verbanden mit dem Bundsbrief von 1524 positive Fortschrittserzählungen, die anderen bestenfalls ambivalente Geschichtsbilder. Für die Dritten spielte dieser kaum eine Rolle: In Erzählungen von politischer Marginalisierung, Rechtslosigkeit, sozialer, kultureller und konfessioneller Diskriminierung, Willkürherrschaft und Ausbeutung hatte er keine vorrangige Bedeutung.

Aus der Sicht einer traditionellen Staats- und Verfassungsgeschichte, die sich auf schriftliche Prinzipien, Normen und Regeln konzentriert und die Praxis und Rituale im Umgang mit Rechtstexten eher ausblendet, erscheint der Bundsbrief als Ausgangspunkt und Schlüsselereignis einer kontinuierlichen Geschichte von Rechtsfrieden, Föderalismus und Gemeindemokratie, die auf den heutigen Kanton Graubünden zuläuft. Einige der in diesem Band vorgestellten empirischen Befunde über den tatsächlichen Umgang mit dem Bundesbrief in verschiedenen politischen Milieus und Kontexten relativieren das. Seine Bedeutung war mitunter auch in den Kerngebieten des Dreibündestaates umstritten oder verblasst.²²

Die in diesem Band veröffentlichten Beiträge italienischer Historiker betonen eher die Ambivalenzen in den jeweiligen historischen Situationen, Konflikten, Konstellationen und Kontexten; sowie die Notwendigkeit einer kritischen historisch-systematischen Neubewertung des Bundsbrief und seiner Folgen in der Geschichtswissenschaft und Erinnerungskulturforschung. Sie geben dabei auch zu bedenken, dass die im 19. und 20. Jahrhundert herrschenden historischen Deutungen in den nach dem Wiener Kongress zuerst habsburgischen,²³ dann seit 1859 italienischen Nachfolgegebieten der Drei Bünde vielfach durch dynastisch, lokalistisch, konfessionalistisch und nationalistisch eingefärbte Geschichtsbilder mitgeprägt waren.

Im Rahmen einer vergleichenden europäischen Staaten- und Verfassungsgeschichte der frühen Neuzeit erscheint das Ereignis «Bundsbrief 1524» in einigen

²² Vgl. die Beiträge von Ulrich Pfister, Manfred Veraguth und Reto Weiss in diesem Band.

²³ Marco Meriggi, *Il Regno Lombardo-Veneto*, Turin 1987.

Hinsichten als ausserordentlich und bemerkenswert, in anderen als normal. Die immer wieder konstatierte Mehrdeutigkeit dieses Textes legt es nahe, diesen als historischen Erinnerungsort zu begreifen, auf den man sich aus wechselnden Perspektiven und Positionen ohnehin beziehen kann und auch immer wieder bezogen hat.

Das Konzept der historischen Erinnerungsorte verweist auf symbolische und materielle Artefakte (wie Texte, Verträge, Landschaften, Gebäude) sowie Figuren und Ereignisse, worauf sich Individuen und Gruppen unter wechselnden historischen Verhältnissen, aus unterschiedlichen Perspektiven, über Generationen hinweg, relativ kontinuierlich, bisweilen aber auch mit langen Unterbrechungen, berufen (haben), um ihre Nähe oder Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft, Gesellschaft, Tradition, Kultur oder zu einem Staat zu bekunden; oder, umgekehrt, um ihre Ablehnung auszudrücken.²⁴ Im Vergleich mit den zahlreichen anderen Ereignissen, Orten, Texten, Gegenständen und Figuren aus der Bündner Geschichte, an die im Jubiläumsjahr auf Initiative von gesellschaftlichen Gruppen, Vereinen, Kultureinrichtungen und politischen Behörden erinnert worden ist, wirkt der Bundsbrief als historischer Erinnerungsort Graubündens und einer grenzüberschreitenden (früheren) Geschichtsregion ganz plausibel.

Die Forschung von Historikern und Historikerinnen und die öffentliche Geschichts- und Gedenkpolitik haben sich in den letzten Jahrzehnten auf andere Schlüsselereignisse und Schlüsseltexte der frühen Neuzeit gerichtet. Dazu zählen die Calvenschlacht von 1499, die für die konfessions- und sozialpolitische Ordnung zentralen Ilanzer Briefe von 1524 und 1526, politische Morde und Figuren wie Jenatsch im frühen 17. Jahrhundert und die Befreiung des Untertanengebietes von den Drei Bünden im Jahr 1797. Umso wertvoller erscheint die Initiative der Kantonsregierung, die 500-jährige Wiederkehr der Ausstellung des Bundsbrief anno 1524 mit einer gross angelegten Jubiläumsfeier herauszustreichen – und bei dieser Gelegenheit auch die historische Forschung und Geschichtsvermittlung zu fördern.

²⁴ Vgl. zum Einstieg und für weiterführende Literatur Cornelia Siebeck, *Erinnerungsorte, Lieux de Mémoire*, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 2. 3. 2017, http://docupedia.de/zg/Siebeck_erinnerungsorte_v1_de_2017, DOI: <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.2.784.v1>.

Introduzione: L'importanza della Repubblica delle Tre Leghe nella prima età moderna nella storia degli Stati e delle società europee

Hannes Siegrist

Traduzione dal tedesco di Gian Andrea Walther

Il presente volume tratta i problemi della formazione dello Stato, della statualità, della Costituzione, dell'ordine istituzionale, della cultura politica e della governance nella prima età moderna sulla base della storia della Repubblica delle Tre Leghe, costituita all'inizio del XVI secolo e integrata nella Confederazione svizzera nel 1803, con i suoi territori soggetti in Valtellina, Chiavenna e Bormio. Esamina inoltre il modo in cui questo passato è stato successivamente affrontato nella storiografia, nella cultura del ricordo, nella politica del patrimonio e in quella della memoria della storia del Cantone svizzero dei Grigioni e della provincia italiana di Sondrio, ovvero dei territori politico-amministrativi sotto lo Stato delle Tre Leghe. Il volume presenta ricerche empiriche e sistematiche specializzate, nonché panoramiche tematiche, temporali e spaziali, saggi e relazioni sulle strategie, i processi e le pratiche di formazione dello Stato, l'integrazione sociale e la cultura storica e della memoria, in particolare in Svizzera e in Italia.

Il punto di partenza storico concreto e di riferimento su cui convergono i singoli contributi da diverse prospettive tematiche, regionali e temporali, è la Carta federale delle Tre Leghe del 1524. Il trattato, simile a una costituzione, stipulato cinquecento anni fa tra la Lega Grigia o Lega Superiore, la Lega della Casa di Dio e la Lega delle Dieci Giurisdizioni, è oggi considerato il documento costitutivo delle Tre Leghe. Nel 2024 il Cantone dei Grigioni ha commemorato i «500 anni del Libero Stato delle Tre Leghe» sostenendo feste, sfilate, mostre, rappresentazioni teatrali e concerti musicali e promuovendo progetti di ricerca storica e pubblicazioni. In questo contesto, insieme al Comune di Bregaglia (nei Grigioni meridionale) e ad altri sostenitori, ha anche promosso un convegno di storiche e storici provenienti dalla Svizzera, dall'Italia e dalla Germania, da cui è nata la presente pubblicazione.¹

¹ Il responsabile dell'elaborazione scientifica e della direzione del convegno è stato Hannes Siegrist (Università di Lipsia e membro del comitato direttivo della Società Storica Bregaglia). L'organizzazione in loco e la gestione del convegno sono state curate da Marco Giacometti (Centro Giacometti, Stampa), che ringrazio per la collaborazione costruttiva e piacevole. Un grande ringraziamento va a Jon Mathieu (Università di Lucerna), che mi ha fornito consulenza nella preparazione del convegno e che in seguito si è dichiarato disponibile a partecipare alla

Il convegno, dal titolo «La Carta federale delle Tre Leghe del 1524 nella storia e nella cultura della memoria dei Grigioni e dei loro vicini. Prospettive regionali, nazionali ed europee», si è tenuto l'8 e il 9 giugno 2024 nella storica sala da ballo dell'Hotel Maloja Palace nel Comune di Bregaglia.

Il suo obiettivo era quello di stimolare la ricerca storica e il dibattito sullo Stato e sulla cultura politica dei Grigioni attraverso prospettive e approcci che negli ultimi due o tre decenni hanno svolto un ruolo innovativo nella ricerca nazionale e internazionale sullo Stato, la statualità e la cultura politica. Il convegno si prefiggeva anche di favorire la comunicazione tra la storiografia accademica, gli specialisti di storia cantonale, regionale e locale, le associazioni storiche regionali, gli insegnanti di storia e i giornalisti, nonché i cittadini interessati alla storia dei Grigioni e delle regioni limitrofe.

L'anniversario dei 500 anni del Libero Stato delle Tre Leghe ha fornito l'occasione per conferenze e dibattiti sulla creazione, plausibilità, fondatezza, diffusione, ricezione e sull'utilizzo di visioni storiche rivali, tradizionali e nuove. Il programma collaterale comprendeva i saluti del presidente del Cantone dei Grigioni, del presidente del Comune di Bregaglia, dei presidenti delle associazioni storiche grigioni e italiane, nonché un programma musicale serale con brani del XVI e XVII secolo.

Punti chiave tematici, metodologici, spazio-temporali e argomentativi

I contributi del volume esaminano il significato e l'uso della Carta federale in situazioni, costellazioni e contesti storici mutevoli. Inoltre, trattano gli sviluppi storici e i racconti legati alla Carta federale con i metodi della scienza storica multi-prospettica e pluralistica. Ancora, mostrano cosa e chi determina il significato e l'univocità o l'ambiguità dei fatti, dei testi, degli eventi, strutture, motivi e azioni. In aggiunta, i contributi si addentrano nel perché la validità e l'utilità della conoscenza storica, dei ricordi storici, dei luoghi della memoria, dei reperti, dei miti e delle narrazioni variano notevolmente a seconda del tempo, del luogo, della posizione, della mentalità e degli interessi. Infine, analizzano come le immagini storiche vengono costruite, scoperte, trasferite, negoziate, omogeneizzate, normalizzate e periodicamente e ciclicamente demolite.

Il volume relativizza alcune delle narrazioni predominanti nella storiografia tradizionale cantonale, regionale e nazionale e nella cultura della memoria riguardo all'unicità, al carattere eccezionale o al percorso speciale delle rispettive entità politico-sociali, come le Tre Leghe, i Grigioni, la Valtellina, la Svizzera o l'Italia. Inoltre, riflette sulle strategie di omogeneizzazione, standardizzazione, disciplina,

pubblicazione degli atti dello stesso. Un grazie anche a Gian Andrea Walther, Lilli Sprecher Siegrist e Leonhard Mörkofer della Società Storica Bregaglia per i colloqui approfonditi e il sostegno su vari aspetti nella preparazione del convegno e nella pubblicazione del presente volume.

riconoscimento e distanziamento motivate dalla politica identitaria, rivolte alla popolazione locale o ad attori esterni, al fine di sottolineare ciò che è proprio o ciò che è altro. Il risultato evidenzia, però, anche somiglianze e avvicinamenti transfrontalieri che in passato sono rimasti spesso nell'ombra. Il volume intende chiarire il rapporto tra il particolare e il generale con l'ausilio di approcci storico-comparativi, di trasferimento e/o di interconnessione storica.

Dal punto di vista storico-scientifico, l'obiettivo principale è quello di mettere in relazione e confrontare empiricamente, concettualmente e teoricamente la storia delle regioni o delle entità politico-territoriali oggetto di studio. Ciò migliora la connettività della ricerca su argomenti specifici e su «piccoli» Stati, società e culture e aumenta la possibilità che i risultati vengano accolti e utilizzati anche al di fuori di circoli specialistici esclusivi e ambienti regionali. I singoli contributi si concentrano sui seguenti temi principali e si completano a vicenda nell'ambito delle questioni chiave trattate nel volume.

In primo luogo si tratta dei presupposti, dei contenuti, delle forme e delle conseguenze degli sviluppi giuridici e costituzionali nello Stato delle Tre Leghe e nelle sue regioni, in particolare sul significato, sulla funzione e l'uso della Carta federale nelle relazioni giuridiche, sociali e politiche (cfr. i contributi di Florian Hitz e Ulrich Pfister).

A questo tema è strettamente legato un secondo punto centrale con contributi sul ruolo e sul significato del giuramento nella cultura politica e popolare, nelle rappresentazioni e nelle assemblee delle Tre Leghe (Manfred Veraguth) e sulla cultura delle ricorrenze, delle celebrazioni e delle feste nel Cantone dei Grigioni nel XIX e XX secolo (Reto Weiss).²

In un terzo punto chiave lo sguardo si allarga, partendo dai territori dello Stato delle Tre Leghe, ad altri Stati e organizzazioni sub-nazionali in Europa, sulla base di confronti sistematici multidimensionali delle strutture e dei processi politici, sociali e giuridici. Nel suo «confronto strutturale politico-costituzionale» quantitativo e qualitativo, Andreas Würzler tratta le dimensioni centrali dello Stato, della politica e della società nelle Tre Leghe, nonché nei 13 cantoni dell'antica Confederazione e nei rispettivi territori soggetti. In uno studio a lungo termine sul «catasto come mezzo e prodotto della moderna formazione dello Stato», Jon Mathieu esamina il rapporto tra Stato e società sulla base della registrazione e della tassazione della proprietà fondiaria nelle Tre Leghe, nei Grigioni e nei ducati di Savoia e Carinzia.

Nel suo saggio storico-comparativo e di storia delle interconnessioni, Guglielmo Scaramellini confronta il ruolo delle élite e della religione nei territori centrali e in quelli soggetti alle Tre Leghe, riprendendo una questione sollevata dal teorico politico fiorentino Niccolò Machiavelli nei suoi «Discorsi», pubbli-

² Tra questi contributi figurava anche la relazione di Jon Mathieu, «La carta federale e il vino. Mezzi di lealtà nella politica grigione dell'inizio dell'età moderna», pubblicata nel frattempo in formato digitale su academia.edu.

cati per la prima volta nel 1531, ovvero se una repubblica possa avere sudditi e mantenerli a lungo termine.

Un quarto punto chiave è costituito dal ruolo della guerra, della violenza, dell'esercito e dei mercenari nella formazione e nella trasformazione degli Stati nei primi decenni del XVI secolo. I contributi di Saveria Masa e Franco Minonzio mostrano, sulla base delle cosiddette guerre di Musso negli anni Venti e nei primi anni Trenta del XVI secolo, come le Tre Leghe riuscirono infine ad assicurarsi definitivamente il dominio sulla Valtellina e sulle contee di Chiavenna e Bormio, perdendo però il territorio delle Tre Pievi nella parte superiore del lago di Como a favore del Ducato di Milano. Dopo la morte dell'ultimo duca della famiglia Sforza nel 1535, a seguito di lunghe dispute ereditarie tra l'imperatore spagnolo-asburgico Carlo V e il re francese Francesco I, esso fu integrato nella monarchia spagnola.³

Infine, un quinto punto chiave riguarda il rapporto tra scienza storica, cultura della memoria e politica storica nel presente: in che modo e in quali forme sociali, simboliche e mediatiche viene oggi prodotta, espressa, messa in scena, recepita e valutata la conoscenza della storia? Florian Hitz ne parla nel suo rapporto di lavoro tirando le somme sui risultati ottenuti nel contesto di eventi, celebrazioni e pubblicazioni nell'ambito dell'anniversario «500 anni dello Stato libero delle Tre Leghe» nel 2024. Il capitolo conclusivo si chiude con commenti critici e approfonditi di Jon Mathieu e di storici svizzeri e italiani sulla ricerca storica dei Grigioni e dei suoi (ex) territori soggetti nonché sul rapporto tra scienza storica accademica, divulgazione storica, storia pubblica e politica storica nel presente.

I contributi dimostrano l'utilità di una storiografia multi-prospettica nella verifica e nella critica degli stereotipi storici diffusi e dei racconti dominanti che si sono originariamente affermati nell'ambito di una storiografia regionale e nazionale mono-prospettica, storicistica e teleologica che talvolta riescono a persistere con tenacia. Inoltre stimolano la riflessione sull'uso e l'utilità dei diversi formati scientifici e mediatici in cui vengono rappresentati il passato, i ricordi e le esperienze dai quali, in società aperte, dinamiche, competitive e pluralistiche, ci si attende che trasmettano conoscenze orientative e capacità di giudizio, oltre a sostenere i processi di integrazione politica, sociale e culturale. Nel proseguimento dell'introduzione approfondisco e amplio alcune delle questioni chiave del volume.

Stato, potere e governo nella storia e nella scienza storica

Lo Stato e il suo sviluppo hanno rappresentato, sin dall'inizio dell'età moderna, uno dei temi preferiti della storiografia. Con la formazione e la trasformazione dello Stato moderno si sono sviluppate anche le scienze storiche, giuridiche, politiche, sociali e culturali. Ciò viene ripetutamente sottolineato nei contributi di questo volume. La conoscenza della storia dello Stato e degli Stati era parte

3 Domenico Sella, *Lo Stato di Milano nell'età spagnola*, Torino 1987.

integrante del sapere di governo, del sapere orientativo e riflessivo delle élite di governo. Ciò è rimasto in parte vero anche nel XIX e XX secolo, quando lo spettro delle scienze e dei temi da esse trattati si è notevolmente ampliato e differenziato. La storiografia ha subito un cambiamento significativo a partire dagli anni Settanta del XX secolo, quando si sono aggiunti nuovi ambiti di interesse come la storia sociale, economica e culturale e successivamente la storia di genere, la storia ambientale, ecc.

Questo cambiamento ha influenzato anche la storiografia in relazione al Cantone dei Grigioni e ai suoi territori confinanti italiani in Lombardia e nella provincia di Sondrio. Ne è un esempio la struttura dell'innovativo manuale di storia grigione pubblicato nel 2000. Nella sezione dedicata all'età moderna, oltre ai capitoli sulla formazione dello Stato grigione nel XVI secolo, sulle forze politiche e gli eventi del XVII e XVIII secolo, sui rapporti con i territori soggetti e sulla politica estera, ci sono capitoli della stessa lunghezza dedicati alla società rurale, alle chiese confessionali e alla pratica religiosa, all'artigianato, ai trasporti e al commercio, all'architettura, alla scultura e alla pittura.⁴ La progressiva differenziazione in sottodiscipline e l'ampliamento dello spettro tematico trovano espressione ancora più chiara nell'«Atlante storico dei Grigioni 1524–2024», pubblicato in occasione dell'anniversario, che intende fungere da ponte tra scienza e insegnamento.⁵ In esso la storia viene trattata sulla base di cinquanta temi principali, dalla topografia e il clima, la popolazione e la lingua, passando per la silvicoltura, l'energia idroelettrica e il turismo, fino alla musica, al teatro, alle tradizioni e allo sport, ciascuno dei quali viene presentato in brevi articoli informativi. La «politica» in senso tradizionale è rappresentata da cinque temi (autorità e diritto, politica e amministrazione, partecipazione alla vita politica, guerre e conflitti, settore militare e relazioni esterne).

Nella storiografia, nella giurisprudenza e in alcuni ambiti delle scienze sociali, lo Stato e il governo continuano tuttavia a rientrare tra i temi classici. Di seguito presenterò alcuni studi, risultati, approcci di ricerca, tipologie, concetti, strutture e narrazioni recenti e particolarmente interessanti ai fini del presente volume. Mi riferisco a opere comparative e monografie sul cambiamento dello Stato e della statualità in Europa che suscitano maggiore interesse rispetto alla storia che una vecchia storiografia degli Stati o delle nazioni, incentrata su sovrani, uomini di Stato, battaglie, diplomazia, guerre e trattati di pace e che fino a pochi decenni fa dominava la rappresentazione del passato nella scienza, nella scuola e nel ricordo pubblico.

Con l'inizio dell'età moderna, diverse strategie e processi vecchi e nuovi di formazione dello Stato si sono modificati, rivaleggiati, sovrapposti e mescolati. La storia recente degli Stati e delle Costituzioni descrive, analizza e interpreta questi sviluppi

4 Manuale Storia dei Grigioni, vol. 2: L'età moderna, a cura dell'Istituto per la ricerca sulla cultura grigione, Coira 2005 (1ª edizione 2000).

5 Atlante storico dei Grigioni 1524–2024, a cura dell'Istituto per la ricerca sulla cultura grigione, Baden 2024, <https://kulturforschung.ch/atlasgr>.

utilizzando una combinazione di questioni e approcci tradizionali e innovativi. Essa concepisce lo stato come un'organizzazione complessa, più o meno differenziata, multifunzionale, sovrana e tuttavia permeabile nella rispettiva costellazione storica e nel suo sviluppo. Esamina i processi e le strategie di comunicazione, istituzionalizzazione e organizzazione a più livelli, all'interno dello Stato, tra Stati e in grandi associazioni interstatali, transnazionali o sovranazionali. Esamina storicamente e sistematicamente le similitudini, le differenze e le interferenze tra gli Stati e tratta il ruolo dello Stato nella strutturazione spaziale e temporale delle relazioni e degli ordini politici, sociali, giuridici, economici e culturali.⁶

Come parole chiave, brevi caratterizzazioni e tesi per il cambiamento dello Stato e dello statalismo in Europa nel periodo tra il 1450 e il 1800 circa, si possono citare:

- il passaggio dal sistema feudale, ovvero dallo Stato feudale, basato su un'associazione di persone, allo Stato territoriale principesco;
- la crescente sottomissione della maggior parte delle città, delle repubbliche cittadine e delle piccole confederazioni secolari ed ecclesiastiche a uno Stato principesco o a una delle poche repubbliche sovrane dell'epoca, che si stavano progressivamente trasformando in oligarchie o a una delle prime grandi monarchie proto-nazionali, come Inghilterra, Francia e Spagna;
- la dinamica tra il «regno universale» Sacro Romano Impero del tardo Medioevo/inizio dell'età moderna e i grandi e medi Stati principeschi nell'era delle riforme imperiali, della divisione religiosa e del confessionalismo;
- i cambiamenti di potere tra gli imperi continentali e gli imperi marittimi mondiali (legati al relativo declino della Spagna e all'ascesa dei Paesi Bassi e dell'Inghilterra a partire dal XVII secolo);
- il contenimento della guerra permanente tra Stati attraverso l'istituzione di un sistema universalmente riconosciuto di cosiddetti Stati sovrani in seguito alla pace di Vestfalia a metà del XVII secolo;
- infine, le grandi riforme statali del XVII e soprattutto del XVIII secolo con una maggiore centralizzazione, gerarchizzazione, razionalizzazione, burocratizzazione, professionalizzazione, giuridificazione del potere e dell'amministrazione e l'espansione del controllo e della gestione statale in sempre più ambiti della vita.

6 Cfr. Charles Tilly, *Coercion, Capital and European States, AD 990–1990*, Cambridge MA 1990; Wim Blockmans, André Holenstein, Jon Mathieu (a cura di), *Empowering Interactions. Political Cultures and the Emergence of the State in Europe 1300–1900*, Farnham 2009; Wolfgang Reinhard, *Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart*, München 2000 (1ª edizione 1999); Georg Schmidt, *Geschichte des Alten Reiches. Staat und Nation in der Frühen Neuzeit 1495–1806*, München 1999; Barbara Stollberg-Rilinger, *Des Kaisers alte Kleider. Verfassungsgeschichte und Symbolsprache des Alten Reiches*, München 2013 (1ª edizione 2008); Hannes Siegrist, *Advokat, Bürger und Staat. Sozialgeschichte der Rechtsanwälte in Deutschland, Italien und der Schweiz (18.–20. Jh.)*, 2 vol., Frankfurt a. M. 1996; Carlo Capra, *La Lombardia austriaca nell'età delle riforme 1706–1796*, Torino 1987.

Negli ultimi anni anche la ricerca sulla statalizzazione, commercializzazione e privatizzazione della guerra e della violenza, sui cambiamenti nel rapporto tra eserciti di milizia e mercenari, sull'evoluzione delle armi e delle tecniche belliche e sulla militarizzazione della società ha suscitato un rinnovato interesse, in particolare grazie alla combinazione di approcci politici, sociali, economici, tecnici e storico-culturali.⁷ Durante gli ultimi decenni, nuove domande e approcci hanno fatto avanzare anche la ricerca su Stato, Costituzione, diritto, società e ambiente. A titolo esemplificativo, si citano qui le ricerche comparative di Jon Mathieu sulle regioni alpine e prealpine d'Europa, in cui l'autore tratta dei paesaggi, dei villaggi e delle città della Repubblica delle Tre Leghe e dell'intero arco alpino, con particolare riferimento al rapporto tra tipi di famiglia, rapporti di proprietà, forme di tassazione e ordine politico-giuridico a livello comunale, provinciale o statale.⁸ Altrettanto innovativi, per quanto riguarda la concezione dello Stato e la rappresentazione simbolica dello stesso nella Confederazione svizzera dell'età moderna nel contesto europeo, sono gli studi storico-semantiche di Thomas Maissen, incentrati sulla storia comparativa, delle interconnessioni e dei trasferimenti, con un capitolo dedicato ai Grigioni.⁹

Formazione dello Stato, statualità e governo nelle Tre Leghe dal punto di vista storico-organizzativo e istituzionale

La storia dello Stato delle Tre Leghe e dei suoi territori soggetti italiani apre molteplici prospettive sui processi di formazione e trasformazione degli Stati e delle società nell'Europa dell'età moderna. A quel tempo, lo «Stato territoriale» e la «società» costituita come Stato divennero modelli generali e diversificati per l'organizzazione e l'istituzionalizzazione del potere, della violenza, del dominio, del governo, dell'amministrazione e dell'intensa cooperazione in associazioni sociali più grandi. Nel XVI secolo in Europa esistevano diverse centinaia di territori statali o simili a Stati. Sempre più spesso questi erano organizzati e governati secondo il modello dello Stato principesco dinastico.

Questo era particolarmente vero nella parte centrale dell'Europa, che si estendeva dall'Italia alla Svizzera, alle regioni a ovest e a est del Reno, fino alle

7 Peter H. Wilson, Eisen und Blut. Die Geschichte der deutschsprachigen Länder seit 1500, Darmstadt 2023; Philippe Henry, Philipp Krauer, Fremde Dienste, in: Dizionario storico della Svizzera (DSS), <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/008608/2023-10-31>, 1. 6. 2025; Hermann Romer, Militärunternehmer, in: DSS, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/024643/2009-11-10>, 3. 6. 2025; Kaspar von Geyerz, André Holenstein, Andreas Würzler (a cura di), Soldgeschäfte, Klientelismus und Korruption in der Frühen Neuzeit. Zum Soldunternehmertum der Familie Zurlauben im schweizerischen und europäischen Kontext, Göttingen 2018.

8 Jon Mathieu, Geschichte der Alpen 1500–1900. Umwelt, Entwicklung, Gesellschaft, Wien 2001 (1ª edizione 1998), p. 129–196. Edizione italiana: Jon Mathieu, Storia delle Alpi 1500–1900. Ambiente, sviluppo e società, Bellinzona 2004.

9 Thomas Maissen, Die Geburt der Republic. Staatsverständnis und Repräsentation in der frühneuzeitlichen Eidgenossenschaft, Göttingen 2008².

regioni spagnole e borgognone dei Paesi Bassi nel nord-ovest del continente. Gran parte di questa vasta fascia era ancora legata al Sacro Romano Impero. La Francia, l'Inghilterra e la Spagna erano allora grandi Stati monarchici con ambizioni più o meno imperiali, in cui la nobiltà, le città e le chiese venivano in parte disciplinate e integrate nello Stato attraverso nuove gerarchie e forme di governo, tassazione, giurisdizione e amministrazione. Nell'Europa orientale e sud-orientale dominava il tipo di Stato feudale monarchico o di impero feudale autocratico (Impero ottomano, Russia).

Questo era il contesto in cui si formò il Libero Stato delle Tre Leghe in un processo decennale, iniziato già tra il 1512, accelerato e intensificato nei primi anni 1530, trasformandosi in uno Stato.¹⁰ I fondatori e i sostenitori dello Stato delle Tre Leghe si ispirarono a modelli provenienti dai paesi vicini o più lontani dell'Europa centrale. All'epoca, la formazione dello Stato comprendeva anche il saccheggio, la conquista di territori contigui più vasti e la sottomissione di città, proprietari terrieri, monasteri, mercanti, artigiani e contadini proprietari attraverso l'amministrazione, la giurisdizione, la giustizia e la tassazione.

Le Tre Leghe, che già da tempo collaboravano strettamente tra loro, conquistarono nel 1512 un territorio soggetto comune confinante con i Grigioni meridionale, costituito dalla Valtellina, dalle ex contee di Chiavenna e Bormio e dalle Tre Pievi sulla parte superiore del lago di Como. Tuttavia, questo territorio andò temporaneamente perso negli anni Venti e nei primi anni Trenta del Cinquecento a causa dei ripetuti attacchi militari e delle guerre di (ri)conquista del duca di Milano e dei suoi mutevoli alleati europei.¹¹ A quel tempo le Tre Leghe si videro costrette a unirsi più strettamente per poter continuare il loro progetto di formazione dello Stato, avviato senza una grande pianificazione.

Questo fu il motivo alla base della Carta federale delle Tre Leghe, nella quale i promotori e i firmatari concordarono obiettivi fondamentali, quali la garanzia della pace interna, delle vie di comunicazione e del commercio, nonché le procedure decisionali in caso di conflitti, guerre e trattati di pace. Dal punto di vista giuridico, essi fecero ricorso a modelli di contratto già utilizzati in precedenza e di uso comune.¹² Altrettanto importante quanto la forma giuridica e la qualità della Carta federale, era la sua funzione simbolica come promessa di cooperazione duratura in una confederazione di leghe che stava diventando uno Stato.

Dal punto di vista organizzativo, istituzionale e pratico, le Tre Leghe e i loro territori soggetti costituivano uno «Stato composito»: coesistevano regole, diritti e doveri tradizionali, autoctoni e stranieri, acquisiti con l'espansione dello

¹⁰ Randolph C. Head, La formazione dello stato grigione nel XVI secolo, tra comune e oligarchia, in: *Manuale Storia dei Grigioni*, vol. 2: L'età moderna, a cura dell'Istituto per la ricerca sulla cultura grigione, Coira 2005, p. 92–118.

¹¹ Cfr. i contributi di Saveria Masa e Franco Minonzio in questo volume.

¹² Cfr. il contributo di Florian Hitz sulla Carta delle Tre Leghe in questo volume; Florian Hitz, Immacolata Saulle Hippenmeyer, La Carta federale del 23 settembre 1524. Contributo per l'anniversario «500 anni Libero Stato delle Tre Leghe», Ennenda 2024.

Stato. Organizzazioni, istituzioni, gerarchie, uffici, ruoli funzionali e professionali, sistemi di patronato e clientelismo e figure professionali provenienti da contesti diversi venivano rese in qualche modo compatibili per mantenere lo Stato in funzione. Venivano compiuti pochi sforzi per uniformare e aumentare l'efficienza. Le Tre Leghe non erano un caso particolare in questo senso, ma piuttosto la norma in un'epoca caratterizzata dalla continua competizione e dai conflitti per la fondazione, l'espansione, la conquista e la rifondazione di Stati e società. Tuttavia, a causa del basso grado di centralizzazione, gli sforzi di standardizzazione nelle Tre Leghe procedettero molto lentamente, nei Grigioni fino al XIX secolo.

Dal punto di vista della politica estera, nei trent'anni successivi alla sua fondazione ufficiale, il nuovo Stato fu fortemente influenzato dalle costellazioni e dagli sviluppi dei conflitti e delle guerre tra il re francese Francesco I e l'imperatore del Sacro Romano Impero Carlo V, della dinastia asburgico-spagnola, che si contendevano il predominio in Europa con guerre in Italia e in altre regioni.¹³ Tra le strategie di successo delle Tre Leghe vi fu la stretta cooperazione politica e militare con i cantoni della Confederazione svizzera e altri alleati, a partire dalla guerra sveva del 1499 e poi ripetutamente nelle guerre d'Italia. La Dieta federale e i singoli cantoni della Confederazione si impegnarono ripetutamente per la risoluzione dei conflitti giuridici e confessionali del XVII secolo e per garantire la sicurezza e la sopravvivenza delle Tre Leghe.¹⁴ Per questo motivo i contemporanei e le successive rappresentazioni storiche e carte geografiche spesso non hanno fatto distinzione tra i due. In molti casi le Tre Leghe e i loro territori soggetti furono attribuiti alla Confederazione o alla Svizzera, sebbene dal punto di vista giuridico e formale abbiano sempre mantenuto una certa distanza da questi ultimi e siano entrati a far parte della Svizzera solo nel 1803, con l'Atto di Mediazione di Napoleone.

Le Tre Leghe conferivano grande importanza al loro status di Stato indipendente e sovrano. A differenza di molti Stati principeschi, che si indebitavano pesantemente a causa degli elevati costi per la preparazione alla guerra, gli eserciti mercenari e la rappresentanza, cercando quindi modi per aumentare le entrate tramite la creazione e l'espansione di uno «Stato fiscale» o «Stato tributario», la situazione finanziaria nelle Tre Leghe era generalmente solida. Le entrate provenivano principalmente da tasse, imposte e tributi dai territori soggetti, dai proventi doganali, da pensioni provenienti da Francia, Spagna e Venezia (servizio mercenario), nonché dai proventi della vendita dei beni secolarizzati della chiesa

13 Martin Bundi, *Le relazioni estere delle Tre Leghe*, in: *Manuale Storia dei Grigioni*, vol. 2: *L'età moderna*, a cura dell'Istituto per la ricerca sulla cultura grigione, Coira 2005, p. 178–206; Rainer Babel, *Deutsch-Französische Geschichte 1500 bis 1648*, Darmstadt 2005; Heinz Schilling, *Karl V. Der Kaiser, dem die Welt zerbrach*, München 2020; Alfred Kohler, *Karl V. 1500–1558*, München 2014 (1ª edizione 1999); Ignacio Czeguhn, Heiner Lück (a cura di), *Kaiser Karl V. und das Heilige Römische Reich. Normativität und Strukturwandel eines imperialen Herrschaftssystems am Beginn der Neuzeit*, Stuttgart 2022.

14 Cfr. il contributo di Andreas Würigler in questo volume.

cattolica. Le cariche più alte nella Valtellina e nell'amministrazione delle Tre Leghe erano acquistabili. Il prezzo veniva versato sotto forma di prestito allo Stato che in cambio concedeva al titolare della carica i futuri introiti derivanti dalla stessa. All'epoca questa pratica era molto diffusa anche in Francia, ad esempio per le cariche pubbliche di livello medio-alto. A differenza della Francia, però, i proventi delle cariche pubbliche non finivano solo «in alto» o nelle tasche dei titolari, ma anche «in basso», ovvero nelle casse comunali e in parte persino nelle tasche dei cittadini. Ciò sottolinea in modo particolare il carattere localistico dello Stato delle Tre Leghe, dove la venalità delle cariche e il clientelismo, il sistema di patronato e l'acquisto di voti ad esso collegati avrebbero suscitato proteste motivate da interessi politici, locali o di partito.

Le condizioni sociali, economiche e culturali generali alla base della fondazione dello Stato grigione possono essere riassunte come segue: i territori delle Tre Leghe, della Lombardia, della Confederazione, della Germania meridionale, del Tirolo e di Venezia erano coinvolti fin dall'Alto Medioevo in relazioni dinamiche di cooperazione e scambio su piccola, media e grande scala. Gli sviluppi nella regione alpina e nelle zone collinari e pianeggianti a nord e a sud delle Alpi si condizionarono e rafforzarono a vicenda. I territori del (successivo) Libero Stato delle Tre Leghe si trovavano in una grande regione dell'Europa centrale, in cui le condizioni sociali, materiali e culturali alla fine del XV e all'inizio del XVI secolo subirono profondi cambiamenti nel corso di una grande ripresa economica, di innovazioni tecniche e mediatiche, nonché di rivoluzioni e sconvolgimenti sociali e religiosi. Qui si sono presentate numerose opportunità per confrontare forme di conoscenza e pratiche tradizionali e innovative. Le tensioni tra vecchio e nuovo, sullo sfondo di conflitti sempre più aspri in merito distribuzione delle risorse e delle competenze, hanno intensificato la ricerca di modelli organizzativi e istituzionali per la regolamentazione e il controllo del potere e dei processi di cooperazione.

I fondatori della Repubblica delle Tre Leghe disponevano delle conoscenze organizzative, istituzionali, giuridiche, culturali e militari necessarie per la costituzione di uno Stato ed erano disposti a svilupparle ulteriormente insieme. Dal punto di vista delle recenti ricerche storiche sull'organizzazione, la gestione, la direzione e l'amministrazione, ciò era fondamentale per il successo di un'impresa di questo tipo. Nei primi decenni la leadership era nelle mani di un cartello di potere misto, composto da rappresentanti di diversi ceti sociali e regioni, che – dopo il ritiro o la fuga del vescovo di Coira, ovvero il feudatario supremo della Lega della Casa di Dio – era composto da notabili ben radicati nella città di Coira o nei feudi secolari o ecclesiastici, nei comuni giudiziari, nelle vicinanze e nelle corporazioni.¹⁵ Si trattava di un circolo della piccola nobiltà, (ex) nobili di servizio, borghesi ed

15 Cfr. In aggiunta: Head (vedi nota 10); Paul Eugen Grimm, *Die Anfänge der Bündner Aristokratie im 15. und 16. Jahrhundert*, Zürich 1981; Jon Mathieu, *La società rurale*, in: *Manuale Storia dei Grigioni*, vol. 2: *L'età moderna*, a cura dell'Istituto per la ricerca sulla cultura grigione, Coira 2005, p. 12–54, qui p. 46–49; Max Hilfiker, *Artigianato e industria, traffico e commercio:*

ecclesiastici, commercianti, imprenditori minerari e dei trasporti, condottieri, doganieri, locandieri, artigiani, presidenti di corporazioni, contadini benestanti e parroci. Questi erano mobili, collegati a livello interregionale e, grazie al loro patrimonio, abbastanza disponibili da poter esercitare funzioni politiche, civili e militari non solo nelle loro regioni d'origine, ma anche a livello statale.¹⁶ Tra questi figuravano anche notai e giuristi borghesi provenienti dai Grigioni meridionale, con la sua cultura giuridica italiana, che conoscevano bene sia gli statuti pubblici che la tutela dei titoli di proprietà, la gestione contrattuale di transazioni immobiliari e commerciali e la conduzione di processi privati.

Questi circoli fecero in modo che la formazione dello Stato avvenisse in combinazione con strategie di comunalizzazione,¹⁷ confessionalizzazione,¹⁸ militarizzazione, tutela della proprietà privata e corporativa, espropriazione parziale dei beni ecclesiastici, riduzione dei canoni feudali e della giurisdizione ecclesiastica, nonché moderata professionalizzazione dei pastori riformati.

In loro era venuta meno la fiducia nei concetti tradizionali: l'idea che gli interessi dei signori fossero sempre superiori al bene comune, che i privilegi e le regalie fossero più importanti di un diritto generale e che i diritti di proprietà privata fossero sempre limitati dal diritto di proprietà superiore del principe era oramai stata erosa e sostituita o sovrastata da idee di virtù civica repubblicana che garantisce l'equilibrio tra il bene privato e il bene comune.

Era uno Stato poliarchico: senza principe, senza dinastia ereditaria, senza corte e in netto contrasto con il Sacro Romano Impero. La formazione dello Stato non avvenne solo «dall'alto» o «dal basso». La Repubblica delle Tre Leghe era il progetto della «classe media» e di un'epoca in cui le concezioni tradizionali dello Stato corporativo stavano svanendo e venivano ripetutamente messe in discussione. Fondamentali per il successo del progetto furono l'integrazione di elementi comunistici e cooperativi e la presa in considerazione delle richieste dei contadini proprietari e della piccola borghesia di rafforzare i diritti di proprietà, ridurre le tasse e abolire gli interessi ecclesiastici e i diritti di dominio. Negli anni intorno al 1525, quando nei principati tedeschi e austriaci, durante le cosiddette guerre contadine, richieste simili e movimenti sociali furono brutalmente repressi

ibidem, p. 58–87; Prisca Roth, *Korporativ denken, genossenschaftlich organisieren, feudal handeln. Die Gemeinden und ihre Praktiken im Bergell des 14.–16. Jahrhunderts*, Zürich 2018.

16 Descrizioni e valutazioni contemporanee rilevanti di persone e famiglie di questi ambienti a Coira e nelle valli e villaggi dei Grigioni si trovano nella descrizione delle Tre Leghe di Ulrich Campell del 1573. Ulrich Campell, *Das alpine Rätien. Descrizione topografica del 1573*, edita dall'Istituto di ricerca sulla cultura grigione, a cura di Florian Hitz e altri, 3 vol., Zurigo 2021.

17 Cfr. Peter Blickle, *Kommunalismus und Republikanismus revisited, Graubünden als Paradigma*, in: Florian Hitz, Christian Rathgeb, Marius Risi (a cura di), *Gemeinden und Verfassung. Bündner Politik und Gebietsstruktur gestern, heute, morgen*, Glarus 2011, p. 13–34; Jon Mathieu, *Gemeinde als sozialer Prozess. Der Freistaat der Drei Bünde 1500–1800*, in: ibidem, p. 35–50.

18 Ulrich Pfister, *Chiese confessionali e pratica religiosa*, in: *Manuale Storia dei Grigioni*, vol. 2: *L'età moderna*, a cura dell'Istituto per la ricerca sulla cultura grigione, Coira 2005, p. 210–243.

dall'uso di eserciti mercenari,¹⁹ la disponibilità del cartello di potere grigione a creare un nuovo equilibrio sociale nelle Tre Leghe ebbe un effetto straordinario nel suo interno. Le Tre Leghe esercitarono una maggiore coercizione durante la riconquista dei territori soggetti italiani nelle guerre di Musso e, a partire dagli anni Trenta del XVI secolo, contro le resistenze di alcuni proprietari terrieri e della chiesa cattolica in Valtellina. Qui il passaggio dal Ducato di Milano alla Repubblica delle Tre Leghe apparve a molti come una nuova variante di formazione dello Stato «dall'esterno» e «dall'alto» che di fatto conferì alle Tre Leghe il ruolo di principe.

Nel XVI secolo le Tre Leghe erano uno Stato che, nonostante alcune battute d'arresto, riuscì ad affermarsi e ad affinare il proprio profilo di politica estera nel mutevole scenario politico all'epoca delle guerre italiane ed europee. A volte era una potenza militare di medio livello che, con le sue truppe di fanteria composte da mercenari e milizie locali, riusciva a vincere conflitti bellici anche contro gli eserciti degli Stati più grandi, delle dinastie più potenti e degli imperi dell'epoca, grazie ad alleanze mutevoli. In quanto «Stato mercenario» e «Stato di passaggio», le Tre Leghe divennero un partner attraente per gli Stati che all'epoca non disponevano ancora di grandi eserciti permanenti, ma acquistavano truppe mercenarie, spesso con l'aiuto di prestiti. Le Tre Leghe stipularono trattati interstatali con Francia, Spagna e Venezia che regolavano l'organizzazione, il mantenimento, la retribuzione e l'impiego di eserciti mercenari e i diritti di transito militare per le truppe straniere.

In quanto «Stato cuscinetto» nella regione alpina tra le sfere di potere e influenza degli Asburgo austriaci e spagnoli da un lato e della Francia e Venezia dall'altro, essi perseguivano nei confronti delle grandi potenze dell'epoca una politica accomodante di «porti e passaggi». All'interno e nel traffico transfrontaliero a lunga percorrenza, lo Stato delle Tre Leghe, con i suoi comuni e le sue corporazioni, garantiva condizioni sociali ed economiche ordinate nel settore dei trasporti e l'accesso, la manutenzione, l'utilizzo e la sicurezza dei passi alpini e delle vie di transito. In quanto Stato commerciale, negoziava le regole per le importazioni e le esportazioni, i dazi doganali e stradali.²⁰

19 Gerd Schwerhoff, *Der Bauernkrieg. Geschichte einer wilden Handlung*, München 2024, in particolare p. 497–502 (con un sottocapitolo intitolato «Svernare nei Grigioni» sulla fuga del capo contadino tirolese ed ex capitano Michael Gaismaier alla fine del 1525 a Klosters, sul tentativo del governo di Innsbruck di ottenere la sua estradizione e sull'atteggiamento positivo dei grigioni e degli zurighesi nei confronti delle richieste della guerra dei contadini).

20 Hilfiger (vedi nota 15); Bundi (nota 13).

La crisi dello Stato delle Tre Leghe durante la guerra dei Trent'anni

Durante la guerra dei Trent'anni i conflitti motivati da ragioni confessionali e di potere si acuirono in gran parte dell'Europa. Anche le Tre Leghe ne furono coinvolte a causa delle tensioni interne, e delle forti pressioni e degli interventi bellici dall'esterno. Tra il 1620 e il 1639, le élite statali persero temporaneamente il controllo organizzativo e istituzionale e la loro capacità di agire politicamente che avevano stabilito nel secolo precedente.²¹

In Europa nei cento anni tra l'inizio del XVI e l'inizio del XVII secolo la competizione tra gli Stati per il potere e l'influenza si era nuovamente intensificata, portando a un aumento senza precedenti degli oneri istituzionali, organizzativi e finanziari necessari per consolidare, proteggere ed espandere uno Stato, per prepararsi alla guerra in tutti i suoi aspetti e per reclutare eserciti di mercenari sempre più numerosi. Le alleanze di potere cambiavano rapidamente e in modo imprevedibile. Le differenze tra Stati piccoli, medi e grandi aumentarono di nuovo. Alcuni Stati erano diventati più potenti ed efficienti e avevano scalato la gerarchia delle potenze medie e grandi dopo aver introdotto nuove forme di organizzazione, regolamentazione e finanziamento. Molti altri, invece, a un certo punto non riuscirono più a tenere il passo.

Le Tre Leghe appartenevano al grande gruppo di Stati che si attenevano a strategie e modelli sociali, simbolici, giuridici e militari tradizionali o a basso costo per garantire e rafforzare ulteriormente il proprio Stato o la propria proprietà una volta istituiti. A causa della capacità di compromesso piuttosto in declino, nel lungo periodo delle élite politiche ed economiche in cui i sostenitori del campo francese e di quello spagnolo erano spesso inconciliabili, furono impedito le riforme organizzative, istituzionali e giuridiche che sarebbero state necessarie per moderare efficacemente i conflitti o garantire l'accettazione delle decisioni politiche e giudiziarie. A ciò si aggiungeva il fatto che le Tre Leghe avevano gradualmente perso, su scala internazionale, il loro originario vantaggio innovativo in campo militare (formazioni di fanteria e mercenari controllati dallo stato) e nella gestione della divisione religiosa (attraverso l'organizzazione comunistica delle confessioni, l'indebolimento dei diritti tradizionali delle chiese e delle confessioni nei tribunali e nelle amministrazioni, la riduzione delle tasse ecclesiastiche e la secolarizzazione dei beni della chiesa cattolica).

Mentre la maggior parte dei territori dell'antica Confederazione svizzera riuscì in qualche modo a tenersi fuori dai conflitti della guerra dei Trent'anni, lo Stato delle Tre Leghe rischiò di andare in rovina durante i cosiddetti Torbidi dei Grigioni. Probabilmente la sua sopravvivenza fu dovuta principalmente alla

²¹ Randolph C. Head, *Jenatschs Axt. Soziale Grenzen, Identität und Mythos in der Epoche des Dreissigjährigen Krieges*, Chur 2012; Silvio Färber, *Le forze e gli avvenimenti politici nei secoli XVII e XVIII*, in: *Manuale Storia dei Grigioni*, vol. 2: *L'età moderna*, a cura dell'Istituto per la ricerca sulla cultura grigione, Coira 2005, p. 122-149; Guglielmo Scaramellini, *Rapporti fra le Tre Leghe, la Valtellina, Chiavenna e Bormio*: ibidem, p. 152-174.

vita comunitaria nei numerosi villaggi sparsi su oltre 7100 km² di territorio montuoso. Ciò che rimase fu il trauma di un'élite statale ancora disomogenea, fallita dal punto di vista politico, istituzionale, organizzativo e militare, da cui furono tratte conclusioni politiche molto diverse.

Nel quadro delle garanzie per un sistema europeo di Stati sovrani risalenti alla pace di Vestfalia, lo Stato delle Tre Leghe poté ritrovare e ricostituirsi nella metà del XVII secolo in nuove costellazioni di potere e forme adeguate. Le basi per questo erano già state gettate nel Capitolato di Milano del 1639, dettato dalla Spagna, che limitava la sovranità politica dello Stato delle Tre Leghe nei territori soggetti, assicurando che il rapporto tra le confessioni si spostasse massicciamente a favore dei cattolici.

Conclusione e prospettive sul rapporto tra scienza storica, politica della storia e della memoria e cultura della memoria

I contributi del volume evidenziano che nei Grigioni, come in Valtellina e nella regione di Chiavenna, ci sono sempre stati attori e istituzioni che hanno rivendicato una maggiore competenza e autorità nella gestione dei reperti materiali e simbolici risalenti al periodo delle Tre Leghe e che si sono impegnati nella creazione e diffusione di immagini storiche, narrazioni storiche, ricordi e tradizioni. In questo modo intendono fornire un orientamento e guidare e influenzare i processi di socializzazione e comunitarizzazione.

Nel corso dei secoli la storiografia, la politica della memoria e la cultura commemorativa nei territori centrali, nei territori soggetti e nelle società che hanno fatto seguito allo Stato delle Tre Leghe hanno oscillato tra avvicinamento, allontanamento e alienazione. Alcuni associavano alla «Carta federale del 1524» narrazioni positive di progresso, altri, nella migliore delle ipotesi, immagini storiche ambivalenti. Per altri ancora la Carta federale non ha quasi alcuna importanza, perché rispetto a emarginazione politica, assenza di diritti, discriminazione sociale, culturale e confessionale, governo arbitrario e sfruttamento, non sembrava avere un significato prioritario.

Dal punto di vista della storia tradizionale dello Stato e della Costituzione che si concentra su principi, norme e regole scritti e tende a ignorare la pratica e i rituali legati all'uso dei testi giuridici, la Carta federale appare come il punto di partenza e l'evento chiave di una storia continua di pace giuridica, federalismo e democrazia comunale. Ciò ha portato a lungo termine all'attuale Cantone dei Grigioni. Alcuni dei risultati empirici presentati in questo volume sull'effettivo utilizzo della Carta federale in diversi ambienti e contesti politici relativizzano questa visione. La sua importanza era talvolta controversa o sbiadita anche nelle zone centrali dello Stato delle Tre Leghe.²²

22 Cfr. i contributi di Ulrich Pfister, Manfred Veraguth e Reto Weiss in questo volume.

I contributi degli storici italiani pubblicati in questo volume sottolineano piuttosto le ambivalenze delle rispettive situazioni storiche, dei conflitti, delle costellazioni e dei contesti, nonché la necessità di una rivalutazione critica, storica e sistematica della Carta federale e delle sue conseguenze nella scienza storica e nella ricerca sulla cultura della memoria. Essi fanno inoltre notare che le opinioni e le visioni storiche prevalenti nel XIX e XX secolo nei territori che succedettero alle Tre Leghe, inizialmente asburgici²³ e dal 1859 italiani, erano spesso influenzate da visioni storiche di stampo dinastico, localista, confessionale e nazionalista.

Nel contesto di una storia comparativa degli Stati e delle Costituzioni europee dell'inizio dell'età moderna, l'evento della «Carta federale del 1524» appare in alcuni aspetti straordinario e degno di nota, in altri invece «normale». L'ambiguità di questo testo, ripetutamente constatata, suggerisce tuttavia di considerarlo come un «luogo della memoria storica» a cui è possibile fare riferimento da prospettive e posizioni diverse, come è sempre stato fatto. Il concetto di luoghi della memoria storica rimanda a reperti simbolici e materiali (come testi, trattati, paesaggi, edifici), nonché a personaggi ed eventi a cui individui e gruppi, in mutevoli contesti storici, da diverse prospettive, nel corso delle generazioni, in molteplici varianti, in modo relativamente continuo, ma talvolta anche con lunghe interruzioni, fanno (o hanno fatto) riferimento per manifestare la loro vicinanza o appartenenza a una comunità, a una società o a una tradizione, a una cultura o a uno Stato. Oppure, al contrario, per esprimere il loro rifiuto o la loro distanza.²⁴ Rispetto ai numerosi altri eventi, luoghi, testi, oggetti e personaggi della storia grigione commemorati nell'anno dell'anniversario su iniziativa di vari gruppi sociali e istituzioni culturali, la Carta federale appare del tutto plausibile come luogo della memoria storica dei Grigioni e di una regione storica transfrontaliera (un tempo esistente) che negli ultimi decenni, in una certa misura, è tornata a crescere.

Negli ultimi decenni la ricerca storica e la politica pubblica in materia di storia e memoria si sono concentrate su altri eventi e testi chiave dell'età moderna, come la battaglia di Calven del 1499, gli Articoli di Ilanz del 1524 e del 1526, fondamentali per l'ordine confessionale e socio-politico, singoli eventi, omicidi politici e personaggi come Jenatsch all'inizio del XVII secolo e storie del periodo della guerra dei Trent'anni e la fondazione delle repubbliche rivoluzionarie italiane dopo la separazione dallo Stato delle Tre Leghe negli anni Novanta del Settecento. Appare quindi ancora più preziosa l'iniziativa del governo cantonale di celebrare il 500° anniversario della promulgazione della Carta federale del 1524 con una grande festa commemorativa, cogliendo l'occasione per promuovere la ricerca storica e la divulgazione della storia.

23 Marco Meriggi, *Il Regno Lombardo-Veneto*, Torino, 1987.

24 Cfr. per esempio Cornelia Siebeck, *Erinnerungsorte, Lieux de Mémoire, Luoghi di memoria*, Version: 1.0, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 2. 3. 2017, http://docupedia.de/zg/Siebeck_erinnerungsorte_v1_de_2017, <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.2.784.v1>.

I Historische Momente und Wendepunkte (frühes 16. Jahrhundert)

Der Bundsbrief der Drei Bünde von 1524: Entstehung, Inhalt, Wirkung

Florian Hitz

Mit dem Bundsbrief vom 23. September 1524 schlossen sich der Obere Bund, der Gotteshausbund und der Zehngerichtebund zusammen. Die Bünde bildeten ihrerseits Zusammenschlüsse von Gerichtsgemeinden. Dem Oberen Bund gehörten jedoch auch drei feudale Territorialherren an, wobei diese hier sogar eine führende Rolle spielten.

Schon seit dem frühen 15. Jahrhundert hatte sich durch eine Reihe von Bündnissen eine Verflechtung zwischen den Bünden ergeben, ohne dass ein Vertrag zwischen allen drei Bünden zustande gekommen wäre. Nach dem gesamt- oder gemeinbündnerischen Zusammenschluss von 1524 wurden die Drei Bünde dann vermehrt als eigenständiges Staatswesen, als Freistaat oder Republik, wahrgenommen, und dies sowohl von innen wie von aussen.

Im Folgenden geht es um den Inhalt, die Voraussetzungen und die Vorgeschichte des Bundsbriefs von 1524, sodann auch um seine Wirkung und Bedeutung für den Freistaat der Drei Bünde. Unter welchen Zeitumständen entstand der Bundsbrief? Lassen sich die Ursachen seiner Entstehung benennen? An welchen Mustern orientierte sich der Text? Wirkte der Bundsbrief tatsächlich – wie allgemein angenommen wird – als Verfassung des Freistaats? Inwiefern definierte er die freistaatlichen Institutionen? Bot er ein Regelwerk, nach dem sich das politische Leben in den Drei Bünden ausrichtete?

Vom Bundsbrief aus noch etwas weitergehend, fragt sich sodann: Wie sah das bündnerische Staatsverständnis in der Frühen Neuzeit aus? Wie stellte sich das bündnerische Staatswesen im Diskurs gelehrter Bündner Autoren dar? Mit welchen Leitbegriffen wurde die politische Identität der Bundsleute festgehalten und gestärkt?

All diesen Fragen soll im Folgenden nachgegangen werden.

Gehalt und Entstehungszusammenhang des Bundsbriebs von 1524

Inhalt

Am 23. September 1524 schlossen die drei rätischen Bünde einen Bündnisvertrag miteinander. Als Bündnispartner traten auf: Abt Andreas von Disentis, Hans von Marmels als Herr von Rhäzüns – also zwei der drei «Hauptherren» des Oberen Bundes – und sämtliche Gerichtsgemeinden, «all gemainden gemayner dry pündt».¹

Die Bündnispartner sichern einander Hilfe und Beistand, den Schutz der Strassen und freien Handelsverkehr zu. Ohne Zustimmung der anderen soll kein Teil einen Krieg beginnen oder Frieden schliessen. Wird aber ein Bündnispartner bedroht oder angegriffen, so sind die anderen nach entsprechender Aufforderung zur Hilfe verpflichtet. Den Zuzug leistet jeder Bund auf eigene Kosten und innerhalb seiner Grenzen. Bewegliche Kriegsbeute ist unter den beteiligten Personen gleichmässig aufzuteilen. Werden jedoch Land und Leute gewonnen, so erhält jeder Bund den gleichen Anteil.

Die übrigen Bündnisbestimmungen gelten der Konfliktregelung nach innen: Streitigkeiten sind auf dem Rechtsweg zu erledigen; für Einzelpersonen ist das Gericht am Wohnort zuständig. Bei Streit unter den Bündnispartnern soll ein Schiedsgericht urteilen, in das jeder Bund drei oder vier Mann abordnet; der Obmann wird durch die Drei Bünde gewählt. Streitigkeiten zwischen zwei Bünden werden vom dritten Bund beurteilt, der auf Kosten jener beiden ein Schiedsgericht bestellt. Bei Streitigkeiten unter den Gerichtsgemeinden ein und desselben Bundes entscheidet das nächstgelegene ordentliche Gericht dieses Bundes. Streitigkeiten zwischen Gerichtsgemeinden aus zwei verschiedenen Bünden entscheidet ein Schiedsgericht der Drei Bünde.

Im Weiteren regelt der Bundsbrief die Organisation des Gesamtbundes. Die Versammlungen der Gerichtsgemeinde-Abgeordneten sollen abwechselnd in Ilanz, Chur und Davos stattfinden, jedoch doppelt so oft an den beiden erstgenannten Orten und nur jedes fünfte Mal in Davos. Sind sich zwei Bünde in einer Frage einig, so hat der dritte Bund Folge zu leisten. Der Bundsbrief, der ewig gültig ist, soll alle zwölf Jahre in jeder Gerichtsgemeinde neu beschworen werden. Alle früheren Verpflichtungen und Verträge zwischen den Bünden verlieren hingegen ihre Gültigkeit, mit Ausnahme des Ersten Ilanzer Artikelbriebs, den die Drei Bünde am 4. April 1524 in Kraft gesetzt haben.

Der Bündnisschluss vom 23. September 1524 war kein Staatsgründungsakt. Mit diesem Schritt konsolidierte sich vielmehr ein politischer Verband, der schon seit Jahren von den europäischen Grossmächten als politische Entität anerkannt wurde. Nach Form und Inhalt war das Bündnis von 1524 ein Landfriedensbündnis. An solchen Zusammenschlüssen – eine verbreitete Erscheinung des Spätmittelalters – waren oftmals Stadt- oder Landgemeinden beteiligt, wenn es dabei nicht

¹ Textedition in Florian Hitz und Immacolata Saulle Hippenmeyer, Der Bundsbrief der Drei Bünde vom 23. September 1524. Ein Beitrag zum Jubiläum «500 Jahre Freistaat der Drei Bünde», Chur 2024, S. 126–133.

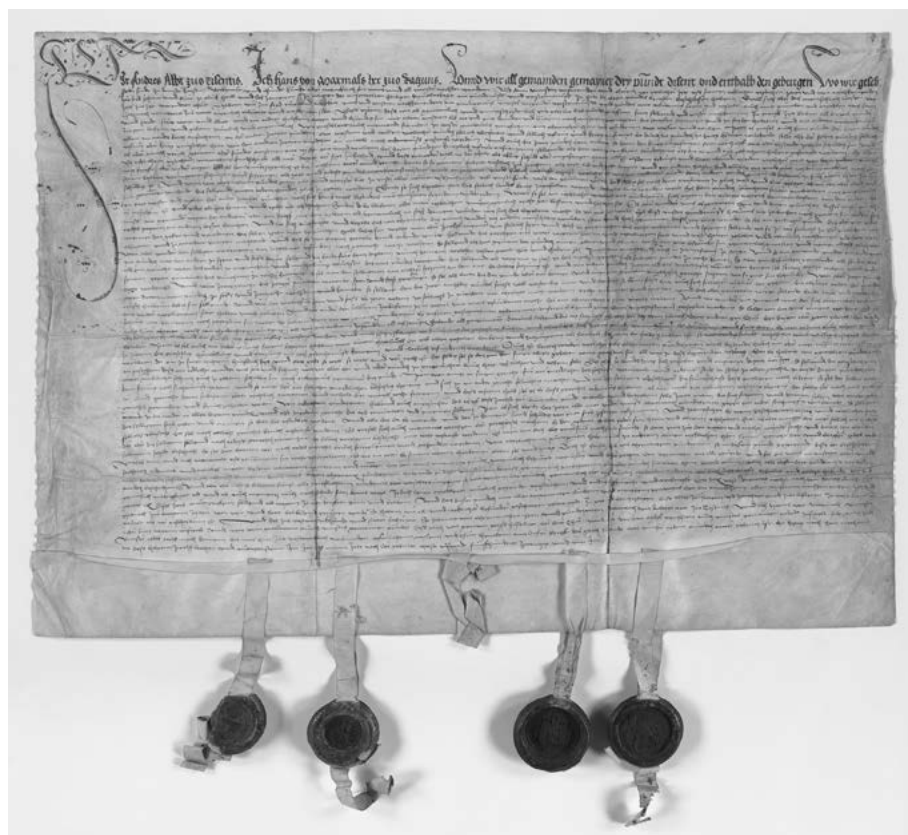


Abb. 1: Der Bundsbrief der Drei Bünde vom 23. September 1524, Staatsarchiv Graubünden, A I/1, Nr. 73. An der Pergamenturkunde hängen die Siegel des Abtes von Disentis sowie des Inhabers der Herrschaft Rhäzüns, Hans von Marmels, ferner der Stadt Chur (für den Gotteshausbund) und des Zehngerichtebundes. Das Siegel des Oberen Bundes ist abgefallen. Die Reihenfolge von links nach rechts entspricht der ständischen beziehungsweise (unter den Bünden) politischen Rangordnung.

sogar ausschliesslich um Verbindungen unter Gemeinden ging. Friedens- und Rechtswahrung nach innen und Bestandeswahrung nach aussen gehörten zu den «staatlichen Aufgaben» per se gerade auch von Gemeinden.²

Voraussetzungen: Bündnisverflechtung im 15. Jahrhundert

Laut dem Bundsbrief von 1524 sollten die älteren Bündnisverträge zwischen den Bünden nun «gar und gennetzlich entkrefftiget, tod unnd ab» sein. Bei diesen älteren Verträgen handelte es sich um eine Reihe von Zusammenschlüssen, die man

² Vgl. dazu Ernst Pitz, *Verfassungslehre und Einführung in die deutsche Verfassungsgeschichte des Mittelalters* (Schriften zur Verfassungsgeschichte, Bd. 75), Berlin 2006, S. 463.

vom Zeithorizont von 1524 zurückblickend als «Teil-» oder «Sonderbündnisse» bezeichnen könnte.³

Der erste Bündnisschluss zwischen einigen Gerichtsgemeinden des Oberen Bundes und solchen des Gotteshausbundes erfolgte bereits 1396, gerade ein Jahr nach der Gründung der «Part Sura» (Kernbereich des Oberen Bundes). Zu weiteren Zusammenschlüssen dieser Art kam es 1406, 1407 und 1440. Als gemeinsame Tagungsorte wurden dabei jeweils Ilanz und Chur bestimmt.

Der Gotteshaus- und der Zehngerichtebund schlossen 1437 ein Bündnis, das sie 1450 erneuerten. Die Bündnisbestimmungen entsprachen weitgehend jenen des Bündnisses von 1406 zwischen dem Oberen und dem Gotteshausbund. Gemeinsame Tagungsorte sollten Chur und Davos sein.⁴ Und schliesslich schlossen 1471 der Obere Bund und der Zehngerichtebund ein Bündnis miteinander.⁵ Als einziger von den drei «Hauptherren» des Oberen Bundes war dabei der Abt von Disentis vertreten. Der Text der Bündnisurkunde von 1471 ist eng an denjenigen des (erneuerten) Bundsbrieves des Oberen Bundes von 1424 angelehnt. Zu Tagungsorten wurden Ilanz und Davos erklärt, und zwar in der Weise, dass jeweils zwei Versammlungen nacheinander in Ilanz und erst dann eine in Davos stattfinden sollten.⁶

Sämtliche zwischen 1396 und 1471 geschlossenen «bilateralen» Bündnisse drehten sich um Friedenswahrung beziehungsweise Konfliktregelung zwischen den Bündnispartnern und gegenseitige militärische Hilfe innerhalb des Gebiets der Bündnispartner. Alle diese Bündnisverträge sollten «immerwährende» Geltung haben, und alle sahen eine periodische Erneuerung des Bundesschwurs vor, meistens in einem Rhythmus von zwölf Jahren, ausnahmsweise (so 1396 und 1471) von zehn Jahren.

Mit dem Zusammenschluss von 1471 zwischen dem Oberen und dem Zehngerichtebund war die Reihe der «bilateralen» Bündnisse abgeschlossen. Jeder der drei Bünde war nun mit jedem der anderen beiden verbündet. Damit war die gemeinbündnerische Bündnis-«Architektur» vollendet. Seit dem frühen 17. Jahrhundert nahm man deshalb in historischer Retrospektive an, dass im Jahr 1471 ein Bündnis zwischen allen drei Bünden geschlossen worden sei. Da aber ein gemeinbündnerischer Bundsbrief von 1471 nicht existierte, zog man als dessen angeblichen Text einfach den Text des Bundsbrieves von 1524 heran (im Wortlaut der erneuerten Fassung von 1544).⁷ Und tatsächlich lehnte sich der Bundsbrief von

3 Für das Folgende vgl. Elisabeth Meyer-Marthaler, Studien über die Anfänge Gemeiner Drei Bünde, Chur 1973, S. 9–25.

4 Vgl. Meyer-Marthaler (wie Anm. 3), S. 9.

5 Meyer-Marthaler, Elisabeth, Landesherrschaft und Bundesrecht (Sammlung Schweizerischer Rechtsquellen, XV. Abteilung: Die Rechtsquellen des Kantons Graubünden, Serie B: Die Statuten der Gerichtsgemeinden, 2. Teil: Der Zehngerichtenbund, 2. Band), 2 Bände, Basel 2008, Bd. II/1, Nr. 469.

6 Vgl. Meyer-Marthaler (wie Anm. 3), S. 21–24.

7 Vgl. Rudolf Jenny, Über den traditionellen Vazeroler Bund von 1471 und das Bündnis zwischen dem Grauen und dem Zehngerichtenbund vom 21. März 1471 im Hinblick auf eine Lan-

1524 inhaltlich sehr eng an den Bündnisvertrag von 1471 zwischen dem Oberen und dem Zehngerichtebund an. Daraus ergibt sich zugleich nochmals, dass die Vertragsbestimmungen von 1524 nicht über diejenigen eines Landfriedensbündnisses aus dem 15. Jahrhundert hinausgehen konnten.

Vorgeschichte: Frühe Aussenbeziehungen und innere Konsolidierung

Nun stellt sich die Frage: Weshalb entstand der trilaterale, gemeinbündnerische Bundsbrief erst 1524 und nicht schon bald nach 1471? Oder: Weshalb erfolgte 1471 nicht anstelle eines letzten bilateralen Bündnisses sogleich der gemeinbündnerische Zusammenschluss? Und wenn 1471 oder unmittelbar danach ein trilaterales Bündnis nicht für erforderlich gehalten wurde, weshalb war dies dann 1524 der Fall? Was veränderte sich in dem halben Jahrhundert zwischen 1471 und 1524? Welche zeitnahen Vorgänge führten zum Abschluss des Bundsbriefs der Drei Bünde vom 23. September 1524?

Die Zeit nach 1471 sah ein gemeinsames politisches Handeln der Drei Bünde, den Aufbau gemeinsamer Aussenbeziehungen und eine gemeinsam vorangetriebene territoriale Expansion. Als gemeinsames Interesse und Integrationsfaktor wirkte zunächst vor allem die Gegnerschaft zum Haus Österreich. Im Jahr 1470 hatten die Habsburger die Territorialherrschaft in sechs Gerichten des Zehngerichtebundes gekauft. Dessen Bündnis mit dem Oberen Bund im folgenden Jahr bildete eine Reaktion auf die Ausdehnung der österreichischen Macht. 1496 gelang den Habsburgern allerdings der Erwerb der Herrschaft über zwei weitere Gerichte im Prättigau.

Nachdem die Habsburger auch die Herrschaft Rhäzüns an sich gebracht hatten, schloss der Obere Bund am 5. April 1497 ein Bündnis mit den sieben eidgenössischen Ständen Zürich, Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden, Zug und Glarus. Auf eidgenössischer Seite nahmen also die «Acht Alten Orte» ohne das weit im Westen gelegene Bern teil. Die Bündnisbestimmungen wirken vertraut: Sie bezogen sich auf solidarisches und koordiniertes Vorgehen im Kriegsfall, auf schiedsgerichtliche Erledigung allfälliger Streitigkeiten zwischen den Bündnispartnern sowie auf die Sicherung des freien Handelsverkehrs.⁸ Bezeichnend ist wohl, dass die militärischen Punkte in diesem Bündnisvertrag oben an standen.

Im Gotteshausbund war unterdessen die Besorgnis über die Ausdehnung der österreichischen Herrschaftsrechte im Unterengadin, im Münstertal und im Vinschgau gewachsen. So schloss am 13. Dezember 1498 auch der Gotteshausbund eine «ewige vnd getrüwe früntschafft vnd pünttnuss» mit den sieben eidgenössischen Orten.⁹ Dabei wurde das Gleiche vereinbart wie im vorjährigen Bündnis des

desfeier 1971, in: Jahrbuch der Historischen Gesellschaft Graubünden 98, 1968, S. 1–127; Hitz/Saulle Hippenmeyer (wie Anm. 1), S. 167–168. Vgl. auch den Beitrag von Reto Weiss in diesem Band.

8 Amtliche Sammlung der ältern Eidgenössischen Abschiede, Serie 1245–1798, bearb. von Josef Eutych Kopp, Anton Philipp Segesser et al., 8 Bände, Zürich 1839–1883, Bd. III/1, Nr. 31.

9 Text der Bündnisurkunde in Jenny (wie Anm. 7), S. 331–334.

Oberen Bundes mit den Eidgenossen. An den beiden Bündnissen von 1497 und 1498 waren ausschliesslich Gemeinden beteiligt, nicht aber die «Hauptherren» des Oberen Bundes beziehungsweise der Bischof von Chur.

Die Spannungen zwischen Bündnern und Eidgenossen auf der einen Seite und den Habsburgern sowie den schwäbischen Reichsständen auf der anderen Seite entluden sich 1499 im Schwabenkrieg (wie ihn die Eidgenossen nannten, während die Bündner vom «Tirolerkrieg» und die Tiroler vom «Engadinerkrieg» sprachen). Beim Friedensschluss von Basel, noch im Jahr 1499, konnten die Bündner ihre Kriegserfolge nicht in politischen Gewinn ummünzen. Es gelang ihnen nicht, die österreichischen Ansprüche auf die Gebietshoheit im Unterengadin und im grössten Teil des Zehngerichtebundes abzuschütteln. Dies änderte sich auch nicht im grundlegenden Friedensvertrag, der 1500 zwischen Österreich und dem Gotteshaus- sowie dem Zehngerichtebund abgeschlossen wurde. Immerhin erhielten die Bündner nun Zollfreiheit in Tirol und den westlichen österreichischen «Vorlanden», während die Habsburger gegen die Zahlung eines «Jahrgeldes» bündnerische Söldner anwerben durften.¹⁰ 1518 schloss sich der Obere Bund diesem Vertrag an, der in der Folge als österreichisch-bündnerische «Erbeinung» bezeichnet wurde.¹¹

Im Jahr 1509 waren die Drei Bünde der Herrschaft Österreich mit dem Erwerb der Herrschaft Maienfeld zuvorgekommen. Die betreffenden zwei Gerichtsgemeinden galten fortan als Untertanenland der Drei Bünde und zugleich – da sie dem Zehngerichtebund angehörten – als mitbeteiligte Herrschaftsträger.¹²

Die Beziehungen zwischen den Drei Bündnen und Österreich schwankten bis in die Mitte des 17. Jahrhunderts zwischen Herrschaftskonkurrenz, Klientelverhältnis und (eingefrorenem, dann wieder ausbrechendem) Konflikt. In den 1620er-Jahren versuchte Österreich, seine strittige Territorialhoheit im Prättigau und Unterengadin noch gewaltsam durchzusetzen; doch 1649–1652 gelang den betroffenen Gerichtsgemeinden die käufliche Ablösung dieser Ansprüche.

Das bündnerische Expansionsstreben war vor allem nach Süden gerichtet. In den «Wormser Zügen» von 1487/88 (nach dem deutschen Namen «Worms» für Bormio) hatten die Bündner ihre Nachbarn im Veltlin, in Bormio und in Chiavenna überfallen, um Vieh zu rauben und den Herzog von Mailand zu Zollvergünstigungen zu nötigen.¹³ Diese etwas episodenhafte Unternehmung bildete immerhin die erste gemeinsame «aussenpolitische» Aktion der Drei Bünde.

In ungleich grösseren Bezügen – nämlich im Kontext der Italienischen Kriege – stand das bündnerische Interesse an den südlichen Nachbargebieten

¹⁰ Eidgenössische Abschiede (wie Anm. 8), Bd. III/2, Beilage Nr. 3.

¹¹ Eidgenössische Abschiede (wie Anm. 8), Bd. III/2, Nr. 39.

¹² Vgl. Paul Gillardon, Geschichte des Zehngerichtebundes. Festschrift zur Fünfhundertfeier seiner Gründung 1436–1936, Davos Platz 1936, S. 124–131.

¹³ Dazu immer noch Fritz Jecklin, Die Wormserzüge der Jahre 1486–1487. Ein Beitrag zur Geschichte des Veltlins, in: Jahrbuch der Historischen Gesellschaft Graubünden 26, 1896, S. 31–128.

in der Zeit um 1500. Am französischen Feldzug nach Neapel 1494/95 hatten Eidgenossen und Bündner mitgewirkt, und 1496 hatte sich der Obere Bund dem eidgenössischen Solddienstvertrag mit dem König von Frankreich angeschlossen. Doch nachdem Frankreich 1499 die Lombardei besetzt hatte, wurden die Eidgenossen und Bündner ihrem französischen Dienstherrn untreu und folgten der «Heiligen Liga», wie eine antifranzösische Allianz zwischen dem habsburgischen Spanien, dem Papst und der Republik Venedig genannt wurde.¹⁴ So sammelten sich im Frühling 1512 eidgenössische Truppen in Chur, um ins Etschland zu ziehen und von dort her die ganze Lombardei aufzurollen. Die Bündner marschierten derweil ins Veltlin und nach Bormio sowie nach Chiavenna und vertrieben da die französischen Besatzer. Von der einheimischen Bevölkerung als Befreier begrüsst, nahmen sie Besitz vom ganzen Gebiet – einschliesslich der Drei Plevlen (d. h. drei Kirchgemeinden: Dongo, Sorico und Gravedona) am oberen Comersee. Zur Verwaltung der neuen Untertanenlande richteten die Drei Bünde acht «Podestaterien» (Landvogteien) ein.¹⁵

Nach dem französischen Sieg in der Schlacht von Marignano 1515 mussten die Eidgenossen die Lombardei aufgeben. Aber schon im Jahr danach schloss der König von Frankreich einen «Ewigen Frieden» mit ihnen: Eidgenossen und Bündner durften ihre neuen Landvogteien im Tessin und im Veltlin behalten; der König wiederum durfte eidgenössische und bündnerische Truppen anwerben lassen. Dafür bezahlte er ein «Jahrgeld» – für jeden der drei Bünde den gleichen Betrag wie für einen eidgenössischen Stand.¹⁶

Inwiefern ist nun der Bundsbrief von 1524 aus dieser Vorgeschichte herzuleiten? Stand die förmliche Verbindung der Drei Bünde überhaupt in einem Zusammenhang mit den friedlichen oder kriegerischen Aussenbeziehungen der Bündner? Sollte der neue Bundsbrief vielleicht die Verteidigungsbereitschaft stärken gegen einen aus der Lombardei drohenden Vorstoss auf die Untertanenlande? Ein naheliegenderes Mittel dazu wäre allerdings die Erneuerung des Bündnisses mit den Eidgenossen gewesen; diese sollten nämlich den Bündnern in den «Müserkriegen» von 1525/26 und 1531/32 am oberen Comersee, in Chiavenna und im unteren Veltlin beistehen. Zu bedenken ist dabei, dass schon das Zusammenwirken mit den Eidgenossen beim Vorstoss nach Süden 1512 keine Erneuerung der Bündnisse von 1497/98, geschweige denn ein Bündnis aller drei Bünde untereinander, erfordert oder herbeigeführt hatte.

Könnte die Entstehung des Bundsbriefs von 1524 vielleicht eher aus den inneren Verhältnissen der Drei Bünde zu erklären sein, aus einer «innenpolitischen»

14 Vgl. hierzu und zum Folgenden die Beiträge im Sammelband Augusta Corbellini und Florian Hitz (Hg.), 1512, i Grigioni in Valtellina, Bormio e Chiavenna. Die Bündner im Veltlin, in Bormio und in Chiavenna. Atti del convegno storico, Tirano e Poschiavo, 22 e 23 giugno 2012. Akten der historischen Tagung, Tirano und Poschiavo, 22./23. Juni 2012, Sondrio 2012.

15 Vgl. Adolf Collenberg, Die Bündner Amtsleute in der Herrschaft Maienfeld 1509–1799 und in den Untertanenlanden Veltlin, Bormio und Chiavenna 1512–1797, in: Jahrbuch der Historischen Gesellschaft Graubünden 129, 1999, S. 1–118.

16 Eidgenössische Abschiede (wie Anm. 8), Bd. III/2, Beilage Nr. 36.

Dynamik? Auffallend ist die zeitliche Nähe des Bundsbriefs zum Ersten Ilanzer Artikelbrief vom 4. April 1524.¹⁷ Diese von den drei Bundshäuptern gesiegelte Urkunde hielt kirchenpolitische Satzungen der Drei Bünde fest. Dabei ging es um eine Disziplinierung der Ortsgeistlichen: Die Pfarrherren sollten ihr Amt selbst ausüben und in der betreffenden Gemeinde residieren (statt sich von schlecht bezahlten Kaplänen vertreten zu lassen). Sie sollten keine anstössige Lebensführung an den Tag legen (durch weltliches Gebaren, etwa Kleiderluxus) und die Seelsorge nicht vernachlässigen. Ohne das Einverständnis der Gemeinden sollten sie ihr Amt nicht an einen anderen übertragen. Das war ein erster Ansatz zur Pfarrerwahl durch die Gemeinden.¹⁸ Im Weiteren verlangte der Artikelbrief, dass in weltlichen Sachen kein geistliches Gericht mehr angerufen werden solle. Damit wurde die Gerichtsbarkeit des Bischofs von Chur eingeschränkt.¹⁹

Deutlich äusserte sich hier die antiklerikale Stossrichtung einer kommunalen Frühreformation. In den Drei Bünden verbreitete sich die Reformation ab dem Jahr 1523. Zunächst setzte sie sich in Chur durch, während der folgenden drei Jahre auch in Fläsch und Malans, in St. Antönien und Klosters, in Flims, Ilanz und Thusis.²⁰

Nur gerade drei Tage nach der Besiegelung des Ersten Ilanzer Artikelbriefs, wurde ein Entwurf des Bundsbriefs aufgesetzt: am 7. April 1524. Bei diesem Entwurf handelte es sich wohl um die Fassung, die damals auf dem Bundstag zu Ilanz verhandelt und anschliessend den Gerichtsgemeinden zur Vernehmlassung zugestellt wurde. Unter den Vertragspartnern figurierte auch der Churer Bischof Paul Ziegler – und zwar mit einiger Selbstverständlichkeit, war der Oberhirte doch sowohl Territorialherr im Bistum Chur und Haupt des «Gotteshauses» (also des Verbandes der Bistumsangehörigen) wie auch ein «Hauptherr» des Oberen Bundes (in seiner Eigenschaft als Inhaber der ehemals saxischen Herrschaften in

17 Vgl. allgemein den Sammelband Jan-Andrea Bernhard und Cordula Seger (Hg.), *Die Ilanzer Artikelbriefe im Kontext der europäischen Reformation* (Zürcher Beiträge zur Reformationsgeschichte, Bd. 28), Zürich 2020; hier besonders Andreas Thier, *Die Ilanzer Artikel in rechtshistorischer Perspektive*, S. 33–62, sowie S. 271–276: Übertragung des Textes des Ersten Ilanzer Artikelbriefs 1524 in modernes Deutsch.

18 Die Literatur sieht hier oft schon das Postulat der freien Pfarrerwahl, so Emil Camenisch, *Bündnerische Reformationsgeschichte*. Im Auftrage der evangel.-rätischen Synode bearbeitet, Chur 1920, S. 186; Albert Fischer, *Reformatio und Restitutio. Das Bistum Chur im Zeitalter der tridentinischen Glaubenserneuerung*. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte der Priesterausbildung und Pastoralreform (1601–1661), Zürich 2000, S. 118. Zutreffender ist es, die Forderung eines «Mitspracherechts» zu konstatieren; vgl. Immacolata Saulle Hippenmeyer, *Pfarrei und Gemeinde in Graubünden 1400–1600* (Quellen und Forschungen zur Bündner Geschichte, Bde. 7–8), 2 Bände, Chur 1997, Bd. I, S. 107. Das freie Pfarrerwahlrecht der Gemeinden war eine Forderung des Zweiten Ilanzer Artikelbriefs vom 25. Juni 1526.

19 Ab 1532 entzogen die Bündner Gemeinden, welche die Reformation angenommen hatten, dem Bischof auch die – dem geistlichen Bereich zugehörnde – Ehegerichtsbarkeit; so zunächst im Zehngerichtebund. Vgl. Florian Hitz, *Fürsten, Vögte und Gemeinden. Politische Kultur zwischen Habsburg und Graubünden im 15. bis 17. Jahrhundert*, Baden 2012, S. 403–409; Adrian Collenberg, «daz es solt ein ee sin.» Ehegerichtsbarkeit im Oberen Bund im 16. Jahrhundert, in: *Bündner Monatsblatt* 2002, S. 3–39.

20 Camenisch (wie Anm. 18), S. 200–203, 209–211, 226–231, 261–263, 308–312, 322–323.

der Surselva). Aufgrund der Beratungen und Abstimmungen in den Gemeinden wurde am 3. Juni 1524 eine weitere, vermeintlich gültige Fassung des Bundsbriefs ausgefertigt. Auch hier trat der Bischof als Urkundenaussteller auf – aber im Unterschied zu den übrigen Bündnispartnern siegelte er die Urkunde schliesslich nicht. In einem erhaltenen Exemplar dieser Fassung vom 3. Juni ist sogar sein Name durchgestrichen. Ganz offensichtlich hatte er sich, nachdem alles vorbereitet war, kurzfristig vom Vertragsschluss zurückgezogen. Um die gleiche Zeit dürfte auch sein Rückzug auf die Fürstenburg im Vinschgau stattgefunden haben. Paul Ziegler, ein habsburgischer Klient, schlug in der tirolischen Nebenresidenz dann sein dauerhaftes Exil auf. Die übrigen Bündnispartner setzten am 23. September – als klar war, dass Bischof Paul nicht mehr zurückkehren würde – die Bündnisurkunde neu auf, ohne Erwähnung des Bischofs. Dafür betonte der Urkundentext, wie schon in der Fassung vom 3. Juni: Von den früheren Vereinbarungen zwischen den Bünden sollten allein «die articklen nüwlich gegen den gaystlichenn [d. h. gegen die Geistlichen] unnd andren gemacht unnd verbriefft» – eben der Erste Ilanzer Artikelbrief – in Kraft bleiben.²¹

In diesem Licht besehen entsprach der Bundsbrief von 1524, parallel zu den Ilanzer Artikeln, einer Verbindlichkeitszunahme, einer Erhöhung der Regelungsdichte unter den Bünden und Gemeinden. Während man sich gemeinsam um eine Kontrolle des Pfarrklerus und um eine Beschneidung der bischöflichen Macht bemühte, empfand man auf einmal das Fehlen eines (bisher nicht vermissten) trilateralen Bundsbrief. Und so wurde diese Lücke nun geschlossen.

Der Bundsbrief als Verfassung des Freistaats der Drei Bünde

In der herkömmlichen Geschichtsschreibung wird der Bundsbrief der Drei Bünde von 1524 gerne als «Verfassung des Freistaats» bezeichnet.²² Diese Auffassung erscheint immer noch vertretbar, sofern berücksichtigt wird, dass es den modernen Verfassungsbegriff im vorkonstitutionellen Zeitalter natürlich noch nicht gab – ebenso wenig wie den modernen Staatsbegriff. Mit «Verfassung» ist hier daher einfach eine legitime Ordnung gemeint, ein Set gültiger Normen, die nicht allesamt als Rechtsregeln kodifiziert sein mussten.²³ In diesem Sinne enthielt der Bundsbrief von 1524 einige Grundnormen des Dreibündestaates, ohne aber dessen wichtigsten Institutionen – gewissermassen die Staatsorgane – genau und abschliessend zu definieren. Andere Bestimmungen der Urkunde wiederum verloren im Lauf der Zeit ihre Bedeutung für die Praxis.

²¹ Hitz/Saulle Hippenmeyer (wie Anm. 1), S. 131.

²² Peter Liver, Die Stellung des Gotteshausbundes in der bischöflichen Feudalherrschaft und im Freistaat Gemeiner Drei Bünde, in: Festschrift 600 Jahre Gotteshausbund, S. 129–183, hier S. 131; Jenny (wie Anm. 7), S. 89, 123, 126–127.

²³ Vgl. etwa Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie [1922], 5., rev. Auflage, hg. von Johannes Winckelmann, Tübingen 1980, S. 27.

Die Verwendung des Verfassungsbegriffs ist hier auch insofern angemessen, als dieser Begriff im 18. Jahrhundert explizit auf den Freistaat der Drei Bünde bezogen wurde, und zwar von eigenen Staatsangehörigen. Im Vorwort zu der 1767 erschienenen Publikation *Graubündnersche Grundgesetze* wird «unsere freye Staatsverfassung» gerühmt, der «Gesäze» als «Hauptsäulen» dienten.²⁴ Zu diesen Gesetzen – oder «Landessatzungen», wie man sie früher genannt hatte –²⁵ zählte vor allem der Bundsbrief von 1524 (der in der erneuten Fassung von 1544 geboten wurde), nebst einigen anderen gemeinbündnerischen Satzungserlassen vor allem aus dem 16. Jahrhundert.

Staatlichkeit und Souveränität

Der Bundsbrief von 1524 wiederholte im Wesentlichen die Bestimmungen der älteren, bilateralen Bündnisse – und erklärte zugleich die bisherigen Bündnisverträge für formal ungültig. Eine zentrale Kompetenz, nämlich das Recht, Bündnisse abzuschliessen, Kriege zu führen und Frieden zu schliessen – kurz: mit anderen Staaten zu interagieren – wurde jedoch auf den Gesamtbund übertragen. Damit entstand ein «Gesamtstaatsrecht».²⁶

Für die politische Entscheidungsfindung im Staatswesen der Drei Bünde sah der Bundsbrief vor, dass sich der dritte Bund dem Willen der beiden anderen Bünde zu «ordnen» habe: «Und alles dess sich zwenn punct verainigenn, sol der drite punth unnd sine botten by iren aydenn ouch volgen unnd geläben.»²⁷

Waren somit die drei Bünde die eigentlichen Gliedstaaten des Dreibündestaates? Zumindest behielten sie auch nach 1524 eine staatsrechtliche Bedeutung.²⁸ Für einen Konflikt zwischen Bünden oder einen Konflikt zwischen Gemeinden, die verschiedenen Bünden angehörten, sah der Bundsbrief Schiedsverfahren vor.²⁹ Auch bei der Beglaubigung von Staatsverträgen wie von inneren Erlassen des Freistaats traten die Bünde in Erscheinung. Solche Schriftstücke wurde nämlich von den drei Bundshäuptern gesiegelt: dem Landrichter des Oberen Bundes, dem Bürgermeister von Chur als Haupt des Gotteshausbundes sowie dem Bundslandammann des Zehngerichtebundes.

Bei solchen Gelegenheiten stellte sich dann allerdings die Frage, welcher der beiden grösseren Bünde – der Obere Bund oder der Gotteshausbund – den «Sieglertritt» oder das «Vorsiegelrecht» haben solle, also das Recht, sein Siegel als erstes an die Urkunde zu hängen. Im 15. Jahrhundert war dieser Vorrang offenbar dem Gotteshausbund zugekommen. Im 16. Jahrhundert hingegen wurde er vom Oberen Bund beansprucht, wie schon die Ilanzer Artikelbriefe von 1524/26, aber

24 Graubündnersche Grundgesetze, Zürich und Chur (Orell, Gessner, Walser und Comp.) 1767, «Vorbericht», S. 6–7.

25 Vgl. den Beitrag von Ulrich Pfister in diesem Band.

26 Dazu Meyer-Marthaler (wie Anm. 3), S. 25–30.

27 Dazu Liver (wie Anm. 22), S. 132 und 159.

28 Dazu allgemein Meyer-Marthaler (wie Anm. 3), S. 112.

29 Dazu Liver (wie Anm. 22), S. 132 und 159.

auch der Bundsbrief von 1524 selbst zeigen. Im Jahr 1550 wurde der Vorrangstreit durch einen Schiedsspruch des Zehngerichtebunds definitiv entschieden, und zwar zugunsten des Oberen Bundes, der sich als der «ältest, obrist und fürnemst» betrachtete.³⁰ Ein gemeinsames Siegel der Drei Bünde wurde erst im frühen 17. Jahrhundert angeschafft.³¹

Doch waren die drei Einzelbünde tatsächlich die konstituierenden Einheiten des Freistaates der Drei Bünde? Innert weniger Jahrzehnte setzte sich vielmehr die Auffassung durch, dass der Status von Gliedstaaten den 48 Gerichtsgemeinden zukomme. Demnach waren eigentlich sie es gewesen, die sich – wenn auch jeweils im Verband ihres betreffenden Bundes – am 23. September 1524 zusammengeschlossen hatten.³² Diese Auffassung wird vom Wortlaut des Bundsbriefs durchaus gestützt.

Die gewandelte Auffassung zeigte sich in der Anwendung des entsprechenden Mehrheitsprinzips: Seit den 1560er-Jahren war für die Willensbildung der Drei Bünde die Mehrheit der Gemeindestimmen massgeblich. Sehr bezeichnend hierfür ist das Abstimmungsverfahren, das im Januar 1565 angewendet wurde in der Frage, ob die bewährte Allianz mit Frankreich zu erneuern oder aber das neue spanische Bündnisangebot vorzuziehen sei. Die Zehn Gerichte waren geschlossen französisch, der Obere Bund überwiegend spanisch gesinnt, der Gotteshausbund jedoch gespalten, mit kleiner französischer Mehrheit. Nachdem die Gemeindeabgeordneten die Frage lange auf dem «Bundstag» debattiert hatten, fiel endlich ein wichtiger Vorentscheid: Man wolle in gemeinsamer Sitzung abstimmen, «man solle in gemein, unverschiedenlich mit einander über sitzen und meeren, und nit ein yeder Pund für sich sälbs handeln».³³ An der Plenarsitzung ergab sich dann eine Mehrheit von dreizehn Stimmen für den König von Frankreich. Allerdings hatten nicht weniger als siebzehn «Ratsboten» die Versammlung vorzeitig verlassen, um die Abstimmung zu verhindern. Ihre Stimmen wurden jedoch mitgezählt, und zwar im Sinne der Ausharrenden – getreu dem Majoritätsprinzip «die Abwesenden

30 Constanx Jecklin (Hg.), *Urkunden zur Verfassungsgeschichte Graubündens*, 2. Heft: Zeit der Reformation, in: *Jahrbuch der Historischen Gesellschaft Graubünden* 13, 1883, S. 73–117, Nr. 42; dazu Friedrich Pieth, *Der Streit zwischen dem Grauen Bund und dem Gotteshausbund um den Vorrang 1549/50*, in: *Bündner Monatsblatt* 1951, S. 355–365; Meyer-Marthaler (wie Anm. 3), S. 111–112; Liver (wie Anm. 22), S. 179.

31 Staatsverträge wurden jedoch weiterhin mit den Siegeln der drei Einzelbünde versehen; vgl. Rudolf Jenny, *Das Wappen des Kantons Graubünden und seine historische Entwicklung*, in: *Wappenbuch des Kantons Graubünden*, bearb. von der Wappenkommission Graubünden im Auftrag des Grossen Rates und der Regierung. Zum 150. Gedenkjahr des Beitritts Graubündens zur Schweizerischen Eidgenossenschaft, Chur 1982, S. 23.

32 Dies betont vor allem Peter Liver, *Die staatliche Entwicklung im alten Graubünden* [1933], in: Peter Liver, *Abhandlungen zur schweizerischen und bündnerischen Rechtsgeschichte*, Chur 1970, S. 320–357, hier S. 320–321, sowie Liver (wie Anm. 22), S. 130–131 und 157.

33 Traugott Schiess, *Bullingers Korrespondenz mit den Graubündnern* (Quellen zur Schweizer Geschichte, Bde. 23–25), 3 Bände, Basel 1904–1906, Bd. II, Nr. 656, S. 560. Der Berichterstatter, der reformierte Churer Stadtpfarrer Johannes Fabricius, sympathisiert selbst mit der französischen Partei.

stimmen mit der Mehrheit». Eine Abstimmung Bund für Bund hätte für die Drei Bünde zweifellos eine noch schwerere Zerzeissprobe bedeutet.

Für eine verfassungsgeschichtliche Betrachtungsweise ergibt sich, dass in den Drei Bünden die Mehrheit der Gemeinden den Willen des Gesamtstaates bestimmte und dass diese Gemeinden-Mehrheit folglich die «Kompetenzkompetenz» besass, also die Souveränität im Freistaat innehatte. Einstimmigkeit war zur Beschlussfassung keineswegs erforderlich, und die einzelnen Gemeinden hatten kein Vetorecht. Diese Grundsätze lassen den Freistaat der Drei Bünde, ungeachtet seiner ausgeprägten Dezentralität, nach allen Kriterien der Staatsformenlehre als Bundesstaat, und nicht etwa als Staatenbund, erscheinen.

Die entsprechende Auffassung wird etwa von Bündner und Schweizer Verfassungshistorikern des 20. Jahrhunderts vertreten,³⁴ sie ist aber auch schon in den Schriften politischer Praktiker und Staatstheoretiker anzutreffen, die um 1700 verstärkt den Souveränitätsgedanken reflektierten. So bemerkte der venezianische Diplomat Vendramino Bianchi (1667–1738), der 1706 für die Serenissima die Allianzen mit Zürich, Bern und den Drei Bünden abschloss, dass keiner der drei rätischen Einzelbünde die Kompetenz habe, selbständig ein Bündnis mit auswärtigen Mächten einzugehen, und dass eben dies die Staatlichkeit der Drei Bünde ausmache – sie bildeten «una sola Repubblica», während es in der Eidgenossenschaft «tante Repubbliche» gebe, «quanti sono i Cantoni». Entsprechend fand der Bündner reformierte Pfarrer und Publizist Johannes Christian Leonhardi (1651–1725), das gemeinsame Gesetzgebungsrecht der Drei Bünde sei «ein Zeichen eines Souverainen, Absoluten und von niemandem anderst als von Gott dependierenden Stands».³⁵

Allerdings besaßen auch die Einzelbünde das *ius legationis*, ja dieses wurde ebenso von den einzelnen Gerichtsgemeinden wahrgenommen. Thomas Maissen verweist darauf, dass im Streit um den Vorrang, den die Gerichtsgemeinden Davos und Chur in ihrem jeweiligen Bund beanspruchten, dem Zehngerichtebund schon 1643 und dem Gotteshausbund 1700 eine souveräne Stellung zugesprochen wurde.³⁶ Damit war natürlich Souveränität innerhalb des Einzelbundes gemeint – und genauso ging es um Souveränität nach innen, wenn es 1703 hiess, dass sogar jede Gemeinde ein «absoluter und Souverainer Stand» sei.³⁷

Mehr noch als die Gesetzgebungskompetenz darf somit das ausschliessliche Recht zur Gestaltung der Aussenbeziehungen als bestimmendes Souveränitätsmerkmal des Freistaats der Drei Bünde angesehen werden.

34 Sehr dezidiert von Liver, Staatliche Entwicklung (wie Anm. 32), S. 324, sowie Peter Liver, Die Graubündner Kantonsverfassung des Jahres 1854 [1954], in: Peter Liver, Rechtsgeschichtliche Aufsätze, neue Folge, hg. zum 70. Geburtstag des Autors von Pio Caroni, Chur 1982, S. 175.

35 Zitiert nach Thomas Maissen, Die Geburt der Republic. Staatsverständnis und Repräsentation in der frühneuzeitlichen Eidgenossenschaft (Historische Semantik, Bd. 4), Göttingen 2006, S. 508 – Bianchis Äusserung von 1708, Leonhardis bereits von 1697 datierend.

36 Maissen (wie Anm. 35), S. 504*. 1643 lautete der Begriff für Souveränität noch «der hohe Gewalt».

37 Zitiert nach Maissen (wie Anm. 35), S. 502.

Institutionen

Die Institutionen und Verfahren des Freistaats werden im Bundsbrief von 1524 nur grob umrissen, kaum näher festgelegt, teilweise gar nicht erwähnt. Bei den wesentlichen gemeinsamen Institutionen handelt es sich um den Bunds- und den Beitag. Die Hochgerichte dienten der Repräsentanz der Gerichtsgemeinden. Das Referendum war das Verfahren, in dem diese ihre Mehrheitsentscheide fällten.

Schon in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts hatte sich auf der Grundlage der Tagsatzungen oder Bundstage der Einzelbünde der gemeinbündnerische Bundstag (*dieta*) herausgebildet.³⁸ Auf diesem Forum versammelten sich die Abgeordneten der Gerichtsgemeinden und stimmten nach deren Instruktion ab. Zu den Aufgaben des Bundstags gehörten, nebst der allgemeinen Rechtswahrung, alle politischen Entscheidungen des Freistaats, insbesondere über Krieg und Frieden, sowie die Verwaltung der Untertanenlande, sowohl als Appellationsinstanz für die Rechtsprechung der Amtleute als auch als Kontrollinstanz für deren Rechnungsführung. Bis zur «Landesreforma» von 1603 war der Bundstag auch die Wahlinstanz für die Podestaten, wobei die Gerichtsgemeinden im Turnus das Vorschlagsrecht hatten. Danach wählten die einzelnen Gemeinden «ihre» Veltliner Amtleute direkt, und der Bundstag besorgte nur noch die formelle Amtseinsetzung.³⁹

Die im Bundsbrief von 1524 festgelegte «Rod» (Reihenfolge) der Versammlungsorte des Bundstags – Ilanz, Chur, Ilanz, Chur, Davos – ging ins 15. Jahrhundert und besonders auf das Bündnis zwischen dem Oberen und dem Zehngerichtebund von 1471 zurück.⁴⁰ Im 16. Jahrhundert wurde diese Regel dahingehend abgeändert, dass diejenigen Bundstage, welche die Amtleute in den Untertanenlanden einsetzten oder deren Rechnung abnahmen, jedes dritte Mal in Davos stattfinden sollten, also ebenso oft hier wie in Chur und Ilanz. Die Begründung dafür lautete, dass gemäss dem Bundsbrief eroberte Gebiete gleichmässig zwischen den drei Bünden zu teilen waren – weshalb eben auch die Verwaltung der Untertanenlande unter drittelsparitätischer Beteiligung erfolgen sollte.⁴¹

38 Für das Folgende Randolph C. Head, Die Bündner Staatsbildung im 16. Jahrhundert. Zwischen Gemeinde und Oligarchie, in: Handbuch der Bündner Geschichte, hg. vom Verein für Bündner Kulturforschung im Auftrag der Regierung des Kantons Graubünden, 4 Bände, Chur 2000, 2. Auflage 2005, Bd. II, S. 85–112, hier S. 102–103, sowie eingehend Randolph C. Head, Demokratie im frühneuzeitlichen Graubünden. Gesellschaftsordnung und politische Sprache in einem alpinen Staatswesen, 1470–1620, hg. vom Verein für Bündner Kulturforschung, Chur, Zürich 2001 (amerikanische Originalausgabe 1995), S. 126–148. Zur Entstehungsgeschichte des Bundstags Meyer-Marthaler (wie Anm. 3), S. 118–126.

39 Vgl. Collenberg (wie Anm. 15), S. 12.

40 Vgl. oben, Abschnitt «Voraussetzungen: Bündnisverflechtung im 15. Jahrhundert». Allgemein zur bündnerischen Tagsatzungs- beziehungsweise Bundstagsrod vgl. Meyer-Marthaler (wie Anm. 3), S. 110 und 119.

41 «Dann was gewunnene Länder/ und darauss entstandene Sachen in gwin und verlurst belangen thut/ gebrauchen sich gemeine drey Pündt/ laut ihres Pündts-Brieffs gleiches vorthails/ und Vorzugs/ wie auch gleicher Rechten.» Fortunat Sprecher von Berneck, Rhetische Cronica/ Oder kurtze und warhafft Beschreibung Rhetischer Kriegs- unnd Regimentssachen [Übersetzung von Pallas Rhaetica, 1617], Chur (Johann Georg Barbisch) 1672, S. 202. Die Einhaltung

Bundtagssitzungen fanden in den ersten gut hundert Jahren des Freistaates unregelmässig, zwei- bis viermal pro Jahr, statt. Ab der Mitte des 17. Jahrhunderts wurde eine einzige jährliche vierzehntägige Session üblich, die am Bartholomäus-tag, 24. August, begann.⁴² Einberufen und geleitet wurden die Bundtagssessionen von den drei Bundshäuptern. Deren Befugnisse blieben jedoch auf das Repräsentative und auf die Vorberatung der politischen Geschäfte beschränkt – wobei Letzteres in der Praxis gewiss nicht unwichtig war.

Zur Diskussion wichtiger Geschäfte zogen die Bundshäupter oft noch drei oder fünf «Boten» aus jedem Bund hinzu. Das entsprechend erweiterte Gremium nannte sich «Beitag». Seine erste Erwähnung in den Schriftquellen geschieht um den Jahreswechsel 1531/32.⁴³ Später wurde der Beitag auch als «Grosser Congress» bezeichnet, im Unterschied zum «Kleinen Congress», den ausschliesslichen Versammlungen der drei Bundshäupter. Die ordentlichen Beitagssitzungen fanden während der Churer Jahrmärkte statt, Ende Januar, Anfang Juni und im November. Daneben kam es zu zahlreichen ausserordentlichen Versammlungen.⁴⁴ Gestützt auf die Kanzlei der Stadt Chur, besorgte der Beitag den offiziellen Schriftverkehr mit den auswärtigen Mächten.⁴⁵ Im Jahr 1761 wurde dazu im Churer Rathaus ein neues gemeinbündnerisches «Landesarchiv» eingerichtet und mit den gemalten Wappen der Drei Bünde verziert.

Eine gewisse Entwicklungsdynamik zeigte die Repräsentanz der Gerichtsgemeinden auf dem Bundtag. Die Gesamtzahl von ursprünglich 48 Gerichtsgemeinden – 21 des Oberen Bundes, 17 des Gotteshausbundes, 10 des Zehngerichtebundes – stieg wegen gemeindeinterner Aufteilungen bis Ende des 18. Jahrhunderts auf 56. Während die meisten Gerichtsgemeinden je einen Vertreter abordneten, sandten die grösseren je zwei, und im Fall von Chur sogar drei. So kamen 27 oder 28 Ratsboten aus dem Oberen Bund, 22 (oder 23 oder 25) aus dem Gotteshaus, 14 (oder 15) aus den Zehn Gerichten.⁴⁶ Schliesslich bestand der Bundtag aus 65

dieses Grundsatzes musste vom Zehngerichtebund öfters reklamiert werden; daher Sprechers, des Zehngerichtebündners, nachdrückliche Formulierung.

42 Vgl. Fritz Jecklin (Hg.), *Materialien zur Ständes- und Landesgeschichte Gem. III Bünde (Graubünden)* 1464–1803, 2 Bände, Basel 1907–1909, Bd. I, passim; Felici Maissen, *Die Drei Bünde im Spiegel ihrer Bundestage und Kongresse von 1660–1662*; in: *Bündner Monatsblatt* 1970, S. 201–247; Felici Maissen, *Graubünden im Spiegel seiner Bundestage und Kongresse von 1662–1664*, in: *Bündner Monatsblatt* 1973, S. 225–264 und 273–308, hier S. 226–228; Head, *Demokratie* (wie Anm. 38), S. 88–97.

43 Jecklin (wie Anm. 42), Bd. II, Nr. 192, S. 172 (27. Dez. 1531 – 5. Jan. 1532). Die Bildung des Gremiums scheint mit dem Zweiten Müsserrieg, der damals im Gang war, zusammenhängen.

44 Besonders in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts, mit Spitzen von 35 oder 40 Sessionen jährlich in den Krisenjahren um 1572 (Planta-Prozess), 1582 (Erneuerung des Soldbündnisses mit Frankreich) und 1603 (Abschluss der Allianz mit Venedig, Projekt eines Bündnisses mit Spanien-Mailand). Vgl. Head, *Demokratie* (wie Anm. 38), S. 132, Abb. 7.

45 Dies war bereits im 15. Jahrhundert so üblich; Meyer-Marthaler (wie Anm. 3), S. 120.

46 Der letzte Versuch einer Übersicht über die «Landeseinteilung des Freistaats Gemeiner Drei Bünde», das heisst einer tabellarischen Zusammenstellung der Gerichtsgemeinden und ihrer Nachbarschaften, in: *Handbuch der Bündner Geschichte* (wie Anm. 38), Bd. IV, S. 280–283 (in Anlehnung an frühere Versuche von Friedrich Pieth beziehungsweise Fritz Jecklin).

Abgeordneten. Diese sassen jeweils nach Bünden aufgeteilt im Ratssaal, stimmten aber nach Köpfen.⁴⁷

Im Zusammenhang mit solchen Repräsentanzfragen wurden die «Hochgerichte» geschaffen. Dabei handelte es sich um Bezirke, die jeweils einer grossen Gerichtsgemeinde entsprachen oder zwei bis drei, höchstens aber vier kleinere zusammenfassten. Anders als die Bezeichnung vermuten lässt, bildeten die Hochgerichte keine Gerichtsinstanz, und sie setzten auch nicht etwa eine mittelalterliche Tradition fort.⁴⁸ Sie waren vielmehr eine allein der Gebieteinteilung des Dreibündestaates dienende Schöpfung des 16. Jahrhunderts. Ihre erste sichere Erwähnung fällt ins Jahr 1574, mit dem Beitagsbeschluss, dass «von yedem Hochgricht» zwei Vertreter an den Bundstag abzuordnen seien.⁴⁹ Ihre Entstehung ging wohl auf die Unterscheidung zwischen grossen und kleinen Gerichtsgemeinden zurück, die sich schon Jahrzehnte früher antreffen lässt. Bereits 1557, als es dem Gotteshaus- und dem Zehngerichtebund aufgefallen war, dass aus dem Oberen Bund überproportional viele Abgeordneten delegiert wurden, hatte der Bundstag die Anzahl der Ratsboten auf je zwei «von einem gerossen gericht» beschränkt.⁵⁰ Der Chronist Ulrich Campell (um 1510–1582) unterschied in seiner topografischen Beschreibung des alpinen Rätien, die er in den frühen 1570er-Jahren niederschrieb, systematisch «grössere» und «kleinere» Gerichtsgemeinden.⁵¹

Während sich in der Gründung der Hochgerichte, wie sie von Bunds- und Beitagen betrieben wurde, ein Bestreben zur Bildung grösserer, zusammenfassender Einheiten äusserte, gab es in den Talschaften die Tendenz, bestehende Gerichtsgemeinden aufzuteilen, ja sogar ganz kleine Gerichtsgemeinden zu bilden, die aber allemal über ihre eigene Gerichtsinstanz verfügten.⁵² Dabei galt es offenbar als ausgemacht, dass solche rein lokalen, dörflichen Gerichtsgemeinden nicht auf dem Bundstag vertreten sein sollten. «Von jegklichem grossen gricht» sei ein

47 Vgl. auch immer noch Peter Conradin von Planta, *Geschichte von Graubünden*. In ihren Hauptzügen gemeinfasslich dargestellt, 3. Auflage, bearb. von Constanz Jecklin, Bern 1913, S. 155–156.

48 Betreffend die ausschliesslich administrative – und nicht jurisdiktionelle – Funktion der Hochgerichte ist sich die Forschung schon seit langer Zeit einig; P[eder] A[nton] Vincenz, *Der Graue Bund*. Festschrift zur fünfihundertjährigen Erinnerungsfeier, Chur 1924, S. 205; Meyer-Marthaler (wie Anm. 3), S. 118; Liver, *Kantonsverfassung* (wie Anm. 34), S. 178, Anm. 2.

49 Beitagsprotokoll vom 16. Nov. 1574; Staatsarchiv Graubünden, AB IV, 1/2, S. 29. Vgl. hierzu Randolph C. Head, *Social Order, Politics and Political Language in the Rhaetian Freestate* (Graubünden), 1470–1620, Ann Arbor MI 1992, S. 210, in Auseinandersetzung mit Meyer-Marthaler (wie Anm. 3), S. 122.

50 Bundstagsabschied vom 18. Jan. 1557; Jecklin (wie Anm. 42), Bd. II, Nr. 278, S. 269.

51 «Iurisdictiones maiores» beziehungsweise «minores»; Ulrich Campell, *Das alpine Rätien*. Topografische Beschreibung von 1573. *Raetiae Alpestris topographica descriptio*, bearb. von Florian Hitz, hg. vom Institut für Kulturforschung Graubünden, 3 Bände lateinisch-deutsch, Zürich 2021, passim.

52 Diese Tendenz ist vor allem im Gotteshausbund zu beobachten; vgl. Liver, *Kantonsverfassung* (wie Anm. 34), S. 182–183 und 190.

Mann abzuordnen – und demnach gar keiner von einem «kleinen» Gericht, so lautete 1539 ein Beschluss des Gotteshausbundes.⁵³

Zunächst bestanden 26 Hochgerichte. Im Lauf der Zeit veränderte sich ihre Zahl wie diejenige der Gerichtsgemeinden. Ihre Zusammensetzung scheint nicht immer einer geografischen Logik zu entsprechen, so vor allem im Gotteshausbund. Das Hochgericht Greifenstein bestand aus den Gerichten Bergün und Obervaz, zwischen die sich jedoch das Gericht Tiefencastel – das dem Hochgericht Oberhalbstein angehörte – schob. Das Hochgericht Remüs-Stalla-Avers vereinte die Gerichte Stalla (Bivio) und Avers im Septimergebiet mit dem im unteren Unterengadin gelegenen Gericht Remüs (Ramosch). Aber gerade die willkürlich anmutende Zusammensetzung zeigt, dass die Hochgerichte nicht von unten gewachsene, sondern von oben her konzipierte (und teilweise improvisierte?) Neugründungen des 16. Jahrhunderts waren.

Der Zweck, dem sie dienten, war die Verteilung von Nutzen und Lasten vom Gesamtstaat auf die Gerichtsgemeinden. Über die Hochgerichte erhielten die einzelnen Gemeinden «ihre» Veltliner Ämter zugeteilt, und ebenso ihren Anteil an den Staatseinnahmen der Drei Bünde; denn die Einnahmen wurden grundsätzlich verteilt. Sie setzten sich zusammen aus den «Kammergeldern» (Fiskaleinkünften), die aus den Untertanenlanden hereinkamen – vor allem durch Gerichtsbussen – sowie aus den «Jahrgeldern» oder «Pensionen», welche die französischen und österreichischen Monarchen den Drei Bünden dafür zahlten, dass sie bei ihnen Soldtruppen anwerben durften. Den hauptsächlichen Einnahmeposten bildeten jedoch die Landeszölle. Im 18. Jahrhundert verpachtete der Freistaat sämtliche Bündner Zölle an Churer Transportunternehmer. Das aus den Pachtzinsen aufgebaute Vermögen legte er bei der Bank of England in Obligationen an.⁵⁴

Über die Hochgerichte lief auch die militärische Aushebung und Truppenstellung der Drei Bünde. Im «Fähnlein» (Kompanie) eines Hochgerichts waren die «Fähnlein» der entsprechenden Gerichtsgemeinden zusammengefasst. Das eigentliche Aufgebot besorgten gemäss alter Sitte die einzelnen Bünde.⁵⁵ Diese hatten zunächst, unabhängig von ihrer verschiedenen Grösse, jeweils gleich viel Kriegsmannschaft aufzubieten, da sie im jeweils gleichen Ausmass von den verteilten Staatseinnahmen profitierten. Diese Regel ging wohl wieder auf den im Bundsbrief festgehaltenen Grundsatz zurück, dass Kriegsbeute gleichmässig unter den Bünden zu teilen sei. Diese Regel, die den relativ kleinen Zehngerichtebund ebenso stark belastete wie begünstigte, wurde im späten 16. Jahrhundert fallengelassen.⁵⁶

⁵³ Jecklin (wie Anm. 42), Bd. II, Nr. 210, S. 195.

⁵⁴ Vgl. Martin Schmid, Beiträge zur Geschichte des Finanzwesens im alten Graubünden mit besonderer Berücksichtigung des 18. Jahrhunderts, in: Jahrbuch der Historischen Gesellschaft Graubünden 44, 1914, S. 1–126.

⁵⁵ Vgl. Meyer-Marthaler (wie Anm. 3), S. 122.

⁵⁶ Planta (wie Anm. 47), S. 157; Hitz (wie Anm. 19), S. 136–144.

Während die bedeutenden Institutionen des Bunds- und des Beitags – die man geradezu als «Staatsorgane» des Freistaats bezeichnen könnte – und die administrative Einrichtung der Hochgerichte im Bundsbrief von 1524 nicht vorkommen, treten da als Bündniskontrahenten und Urkundenaussteller zwei Feudalherren auf. Welche Stellung hatten die «Hauptherren» des Oberen Bundes, der Abt von Disentis und der Inhaber der Herrschaft Rhäzüns, im Freistaat der Drei Bünde? Sie verfügten zunächst noch über je eine Stimme im Bundstag, wie eine (kleine) Gerichtsgemeinde; doch schon bald mussten beide auf ihren Sitz verzichten.⁵⁷

Dritter «Hauptherr» des Oberen Bundes und zugleich Territorialherr im Gebiet des Gotteshausbundes war, wie erwähnt, der Bischof von Chur. Nachdem sich Bischof Paul Ziegler geweigert hatte, am Bundsbrief teilzunehmen, schloss der Zweite Ilanzer Artikelbrief von 1526 alle bischöflichen Amtleute aus den bündnerischen Räten aus, was sich natürlich auch – ja insbesondere – auf den Bundstag bezog. Zwar besiegelte im Jahr 1544 ein einheimischer und beliebter Oberhirte, Luzi Iter aus Chur, den damals neu aufgesetzten Bundsbrief; aber auch er sollte nicht zur Teilnahme am Bundstag zugelassen werden. Im November 1546 kam Bischof Luzi «mit grossem pomp uff den tag gerytten», um «in dem tag ze sytzen; aber man hat inn nit wellen dulden».⁵⁸

Der Wandel der politischen Verhältnisse während der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts war demnach stark genug, um die feudalherrschaftlichen Reminiszenzen des Bundsbriefs vergessen zu machen und zu verhindern, dass solche Bindungen wiederhergestellt wurden, während zugleich freistaatliche Einrichtungen entstanden, an die die Verfasser des Bundsbriefs teilweise noch gar nicht gedacht hatten.

Verfahren

Zur Konfliktregelung im Inneren sah der Bundsbrief von 1524 Schiedsverfahren vor, womit er die Bestimmungen der älteren, bilateralen Bundsbriefe – die eine bewährte Praxis spiegelten und verstärkten – wiederaufnahm. Tatsächlich wurden im Verlauf des 16. Jahrhunderts zahlreiche gemeinbündnerische Schiedsgerichte in Streitigkeiten zwischen Gemeinden, welche verschiedenen Bünden angehörten, eingesetzt. Von der Bedeutung der schiedlichen Konfliktregelung in der Frühphase des Freistaats zeugt der «Landesakten»-Bestand im freistaatlichen Archiv.⁵⁹

Ungleich grössere Bedeutung als das Schiedsverfahren gewann im 17. und 18. Jahrhundert ein anderes gemeinbündnerisches Verfahren, das im Bundsbrief jedoch nicht erwähnt ist: das Referendum. Im Unterschied zu jenem diente es nicht der Friedenswahrung, sondern der politischen Entscheidungsfindung. Es hatte sich aus dem Umstand entwickelt, dass die Bundstagsabgeordneten für

⁵⁷ Meyer-Marthaler (wie Anm. 3), S. 115.

⁵⁸ So sollte Johannes Fabricius Montanus – ab 1557 Comanders Nachfolger als reformierter Churer Stadtpfarrer – rückblickend nach Zürich berichten; Schiess (wie Anm. 33), Bd. I, Nr. 77, S. 103.

⁵⁹ Staatsarchiv Graubünden, A II LA 1.

Fragen und Vorschläge, die in ihren Beratungen neu aufgekomen waren, neue Instruktionen von den Gemeinden einzuholen hatten. Die Ratsboten mussten demnach Abstimmungsvorlagen «hinder sich bringen», wie es in genauer Entsprechung zum lateinischen Terminus *referre* hiess.⁶⁰ Später wurde das Verfahren verschriftlicht: Die Bundshäupter oder der Beitag «schrieben» die Vorlagen an die Gemeinden «aus».

Noch bis um 1600 wurden nur wenige Bundstagsgeschäfte den Gerichtsgemeinden vorgelegt;⁶¹ doch in der Folge verdrängte das Gemeindereferendum die bundstägliche Beschlussfassung weitgehend. Schliesslich war fast jede Entscheidungsfrage dem Referendum unterstellt. Dazu gehörten aussenpolitische Fragen, wie der Abschluss von Staatsverträgen und die Akkreditierung fremder Gesandter oder die Entsendung eigener Diplomaten, aber auch Kondolenzschreiben zum Tod europäischer Monarchen oder Gratulationsschreiben zur Thronbesteigung ihrer Nachfolger. Referenden gab es aber auch im Hinblick auf die Verwaltung der Untertanenlande, etwa über die Genehmigung der Veltliner Talschaftsstatuten oder über die einzelnen «Griden» (Dekrete) der bündnerischen Amtleute, aber auch über kirchenrechtliche Einzelfälle wie Ehescheidungen oder die Legitimation unehelicher Kinder. Im Jahr 1769 stimmten die Bündner Gerichtsgemeinden darüber ab, ob ein bestimmter Veltliner Priester, der ein Gelehrter war, den Professorentitel tragen dürfe. Zu den Untertanengebieten gehörte die Landvogtei Maienfeld, und so wurde auch die Frage der Reparatur von Maienfelder Torkeln (Weinpressen), Zubern und Fässern dem gemeinbündnerischen Referendum unterstellt.

Das «altbündnerische Referendum», das in seiner vollen Ausprägung ein obligatorisches Gesetzes- und Verwaltungsreferendum war, bildete nach einhelliger Forschungsmeinung eine der wichtigsten Einrichtungen des Freistaates und gestattete den Bündnern eine umfassende politische Partizipation.⁶² Es ersetzte eine gemeinbündnerische Landsgemeinde nach dem Modell der Landsgemeindedemokratien wie Glarus und Appenzell. Für eine solch allgemeine Volksversammlung wären die Gemeinden des Freistaates zu zahlreich und vor allem auch das Gebiet des Freistaates zu gross gewesen – bildete hier doch jede Gerichtsgemeinde schon ein eigenständiges «Land» (wie es in den walserischen Gebieten hiess)⁶³ mit eigener Landsgemeinde.

60 Meyer-Marthaler (wie Anm. 3), S. 124–126. Zum Folgenden allgemein Friedrich Pieth, Das altbündnerische Referendum, in: Bündner Monatsblatt 1958, S. 137–153, und seither insbesondere Frank Schuler, Das Referendum in Graubünden. Entwicklung, Ausgestaltung, Perspektiven, Basel 2001.

61 Zu einer Statistik der gemeinbündnerischen Beschlüsse im 16. Jahrhundert Head, Staatsbildung (wie Anm. 38) S. 102–103.

62 Liver, Staatliche Entwicklung (wie Anm. 32), S. 107; Liver (wie Anm. 22), S. 131; Pieth (wie Anm. 60), S. 138; Meyer-Marthaler (wie Anm. 3), S. 125 und 128; zurückhaltender Schuler (wie Anm. 60), S. 620. Im 16. Jahrhundert sorgte das Referendum zumindest für einen «föderalistischen Ausgleich» zwischen Bundstag und Gemeinden; so Head, Staatsbildung (wie Anm. 38), S. 103.

63 Vgl. analog dazu die Begriffe «Landammann» für den Vorsteher der Gerichtsgemeinde und «Landbuch» für ihre Statutensammlung.



Abb. 2: Wappen der Drei Bünde: Oberer Bund, Gotteshausbund, Zehngerichtebund, 1549. Holzschnitt, aus dem Titelblatt der Veltliner Talschaftsstatuten, gedruckt im Auftrag der Drei Bünde bei Dolfino Landolfi in Poschiavo.

Wie lief das Referendum ab? Aufgrund eines Bundstagsentscheids, eines «Abschieds», richtete entweder das Häupterkollegium oder der ganze Beitag ein «Ausschreiben» an die Gerichtsgemeinden. Dieses enthielt den «Fürtrag» (Darlegung des Sachverhalts) und die konkreten «Fragen» oder «Rekapitulationspunkte». Die Gemeinden «mehrten» dann jeweils an einer Landsgemeinde oder auch im Rahmen von Dorfversammlungen und hielten das Ergebnis jeweils in einem eigenen gesiegelten Abschied fest. Dabei konnten die Gemeinde-Voten differenziert ausfallen: Sie mussten nicht einfach nur Ja oder Nein lauten, sondern konnten auch bedingt annehmen oder bedingt ablehnen, Verschiebung wünschen oder sogar neue Anträge stellen, die im Ausschreiben nicht enthalten waren. In gewisser Weise schloss das altbündnerische Referendum demnach sogar ein Initiativrecht in sich. Für die Entscheidungsfindung war eine interpretierende Einordnung der Voten natürlich unentbehrlich. Die nicht immer einfache Aufgabe der Klassifikation der Gemeinde-«Mehren» – in annehmende, bedingt annehmende und ablehnende Stimmen – fiel wiederum den Bundshäuptern und dem Beitag zu. Das Schlussergebnis wurde formell in einem Bundstagsabschied festgehalten.⁶⁴

Der ganze Referendumszyklus vom Ausschreiben bis zur Mehrenklassifikation konnte sehr zügig, innerhalb von drei bis vier Wochen, ablaufen, so im

⁶⁴ Zu den Mehren-Klassifikationen des 18. Jahrhunderts vgl. Johann Andreas von Sprecher, Geschichte der Republik der drei Bünde (Graubünden) im achtzehnten Jahrhundert. Zum erstenmale nach den amtlichen und sonstigen handschriftlichen Quellen bearbeitet, Bd. I: Politischer Teil, Chur 1872, S. 140–141, 175, 185, 205–206, 271, 339, 427, 434–437, 442–443, 512. Hiernach auch das Folgende.

Februar/März 1590, im November/Dezember 1603 oder im Februar/März 1604.⁶⁵ Damals teilte man offiziell dem Verhandlungskontrahenten in Mailand mit: Sobald ein Ausschreiben verschickt sei, könne «über 3 Wochen» das Abstimmungsergebnis verkündet werden.⁶⁶

Dass bei dieser Geschwindigkeit nicht immer alle mithalten konnten oder mitmachen mochten, liegt auf der Hand. Manchmal berief die gerichtsgemeindliche Obrigkeit – Landammann und Rat – gar keine Versammlung ein, sondern beantwortete die Referendumsfragen gleich selbst und nach eigenem Gutdünken. Manchmal wurde die Antwort auch einfach den Häuptern beziehungsweise dem Beitag überlassen. Ausbleibende Stimmen wie auch Leerstimmen wurden ohnehin gern als «zustimmend» klassifiziert. Derartige Abkürzungen des Verfahrens begünstigten zweifellos die Effizienz, beeinträchtigten dafür aber die basisdemokratische Bedeutung des Referendums.

Man begegnet in diesem Zusammenhang auch dem Phänomen der Stimmabstinenz angesichts (allzu) häufiger Abstimmungen. An der erwähnten Abstimmungsrunde vom November/Dezember 1603 nahmen innerhalb des Gotteshausbundes nur gerade acht von siebzehn Gemeinden teil; an derjenigen vom Februar/März 1604 deren zwölf.⁶⁷ Die Unterengadiner Gerichtsgemeinden pflegten in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts auf die Hälfte der Ausschreiben gar nicht einzugehen und liessen damit insgesamt fast drei Viertel der Rekapitulationspunkte unbeachtet. In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts ignorierten sie immerhin noch ein gutes Viertel der Ausschreiben und damit über die Hälfte der Rekapitulationspunkte.⁶⁸

Bündnerisches Staatsbewusstsein in der Frühen Neuzeit

Republikanismus

Nach Peter Blickle haben «kommunalistische Gebilde» – also Gemeinden und Gemeindebünde –, die «in der Verfassung ihres Alltags durch die Institution Gemeinde gleich organisiert» waren, folgerichtig «in dieser Gesellschaft und ihren Institutionen kongeniales Wertesystem hervorgebracht».⁶⁹ Dieses Werte-

65 Die über einen venezianischen Bündnis-Antrag, 6. Februar / Anfang März 1590, Staatsarchiv Graubünden, AB IV 1/7, S. 10, oder die Referenden über das Verhältnis zu Spanien-Mailand, vom 17. November / 3. Dezember 1603 beziehungsweise vom 14. Februar / 11. März 1604, Staatsarchiv Graubünden, AB IV 1/8, S. 216 und 219 beziehungsweise S. 230 und 237.

66 Staatsarchiv Graubünden, AB IV 1/8, S. 224 (17. Dez. 1603).

67 Staatsarchiv Graubünden, AB IV, 1/8, S. 218–219 (2. Dez. 1603) und 233–236 (10. März 1604).

68 Dazu Jon Mathieu, Bauern und Bären. Eine Geschichte des Unterengadins von 1650 bis 1800, Chur 1994, S. 267–268, sowie Jon Mathieu, Gemeinde als sozialer Prozess. Der Freistaat der Drei Bünde 1500–1800, in: Florian Hitz, Christan Rathgeb, Marius Risi (Hg.), Gemeinden und Verfassung. Bündner Politik und Gebietsstruktur gestern, heute, morgen, Chur 2011, S. 35–50, hier S. 41–42.

69 Peter Blickle, Kommunalismus. Skizzen einer gesellschaftlichen Organisationsform, 2 Bände, München 2000, Bd. II, S. VII.

system forderte eine republikanische Staatsform und eine demokratische Regierungsweise.

Wenn gebildete Bündner um 1600 von ihrem Freistaat – in zeitgenössischer Schreibung: von ihrem «freien Stand» oder «gefreiten Stand» – sprachen, dann meinten sie damit eine polyarchische Staatsordnung, ein von Fürstenherrschaft freies Staatswesen. «Freistaat» war somit das genaue Antonym zu «Monarchie». Als Synonym für «Freistaat» kam im 17. Jahrhundert der Begriff «Republik» auf, der vorher – wenigstens nördlich der Alpen – noch einfach «Staat» im Allgemeinen bedeutet hatte.⁷⁰ Die um 1600 gängige Rede vom bündnerischen «Freistaat» entsprach damals offenbar einem modernen Sprachgebrauch. Die Provinzen der Niederlande hatten sich in ihrem Aufstand gegen den König von Spanien, 1579, zunächst noch als «Liga» oder «Bond» bezeichnet. Das englische Unterhaus proklamierte 1649, nach der Hinrichtung des Königs, das Reich zum «Commonwealth and Free State» (wobei der Ausdruck «Commonwealth» wohl eine Übertragung von *res publica* darstellte).⁷¹

Um 1600 verglichen bündnerische Publizisten – Juristen und Theologen – ihren Freistaat gerne mit der direkt ans Untertanenland Veltlin angrenzenden Republik Venedig. Der Vergleich mit der alten und stolzen Schwesterrepublik bereitere ihnen offenbar Genugtuung. «So seyend die Ständ entzwüschend Venedig und den drei pünten gleichförmig. Denn es seynd zwen frye Ständ, und mögind sich desto eher miteinander verglichen», bemerkte der reformierte Pfarrer Bartholomäus Anhorn d. Ä. (1566–1642). Und er nannte noch ein weiteres, ebenfalls ansehnliches Beispiel für die republikanische Staatsform: «Die Niederländer seyend auch ein gefreyter Standt.»⁷²

Republikanisches Denken hatte im damaligen Europa zwangsläufig eine gegen den monarchischen Absolutismus spanischer Ausprägung gerichtete Spitze.⁷³ «Der Königin auss Hispannia seye ein grosser Monarch. Nun seyend alle Monarchen den freyen Ständen feind», stellte Anhorn fest.⁷⁴ Tatsächlich verbanden die dem spanischen Königtum ergebenen Autoren einen «emphatisch-einmaligen Wortsinn von *monarquia*» mit «konfessionell-katholischem Vorkämpfertum».⁷⁵ Die Republik Venedig hinwiederum verkörperte den «Mythos eines Bollwerks gegen Habsburg-Spanien und gegen den Papst». Venezianische Philoprotestanten hatten schon in den 1540er-Jahren eine antihabsburgische

⁷⁰ Hiervon zu unterscheiden ist der von der Aufklärung eingeführte engere «Republik»-Begriff, der sich auf eine gewaltenteilige Repräsentativverfassung bezieht. Vgl. Maissen (wie Anm. 35), S. 73–76.

⁷¹ Wolfgang Reinhard, *Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart*, 2. Auflage, München 2000, S. 254 und 256.

⁷² Bartholomäus Anhorn, *Graw-Pünter-Krieg 1603–1629*. Nach dem Manuscript zum ersten Male hg. von Conradin von Mohr (*Bündnerische Geschichtschreiber und Chronisten*, Bd. 9), Chur 1873, S. 7.

⁷³ Vgl. Maissen (wie Anm. 35), S. 17 und 358–365.

⁷⁴ Anhorn (wie Anm. 72), S. 7.

⁷⁵ Burkhardt, Johannes, *Der Dreissigjährige Krieg* (*Moderne Deutsche Geschichte*, Bd. 2), Frankfurt a. M. 1992, S. 37.

Liga, ein Bündnis mit den lutherischen Reichsfürsten, mit Frankreich und mit England schmieden wollen.⁷⁶ In den Drei Bünden gehörten die reformierten Prediger zu den eifrigsten Anhängern der seit den 1560er-Jahren bestehenden venezianischen Partei. Diese Parteibindung der Prädikanten wurde schliesslich so stark, dass «Hispanismus» als hinreichender Grund für einen Ausschluss aus der evangelischen Synode galt.⁷⁷

Während der Bündner Wirren liess Erzherzog Leopold V. von Österreich das Unterengadin und den Zehngerichtbund überfallen und besetzen, um hier alte Herrschaftsrechte zu vindizieren und eine Rekatholisierung herbeizuführen. Der habsburgische Überfall, so klagten die reformierten Bündner Publizisten, sei offensichtlich «im Spannischen Rath, zu vollnstreckung der lang gesuchten Monarchie, wider diese ehrliche leut, und consequenter wider alle frey Republiken, Stätt und Länder vor langem beschlossen» worden.⁷⁸ Gegen solche «Oesterreichische und Spanische Gewalt» erbaten sie Hilfe von «allen gefreiten Republiken und Ständen, und insgemein der ganzen reformirten Christenheit».⁷⁹

Auf der anderen Seite zeigten die Vertreter des Hauses Österreich tatsächlich eine schroff antirepublikanische Haltung. So äusserte Erzherzog Maximilian III., seit 1602 Gubernator über Tirol und die Vorlande, in Briefen nach Brüssel und Rom seine grosse Sorge über das Beispiel der «democratischen Völckher», das die österreichischen Untertanen zum Aufstand und zum Abfall verleiten könnte.⁸⁰ Was die Entstehung des Freistaats der Drei Bünde betraf, so übernahmen die Habsburger das von Bündner Geschichtsschreibern, vor allem vom reformierten Pfarrer Ulrich Campell (um 1510–1582), entwickelte Modell. Der Jurist Mathias Burglehner (1573–1642), Vizekanzler Erzherzog Leopolds V., referierte es wie folgt: Auch im alpinen Rätien seien die «völcker» ursprünglich «nit freye leüth», sondern «undterthanen» gewesen;⁸¹ doch als im Reich grosse

76 Vgl. Manfred E. Welti, *Kleine Geschichte der italienischen Reformation* (Schriften des Vereins für Reformationgeschichte, Bd. 193), Gütersloh 1985, S. 24–25.

77 Vgl. dazu den Fall von Johannes Pontisella d. J., Pfarrer in Chur (1606); zu diesem Jakob Rudolf Truog, *Die Pfarrer der evangelischen Gemeinden in Graubünden und seinen ehemaligen Untertanengebieten*, in: *Jahrbuch der Historischen Gesellschaft Graubünden* 64/65, 1934/35, S. 1–298, hier S. 38.

78 *Pündtnerischer Handlungen widerholt- und vermehrte Deduction* [...], 1622. – Neuausgabe: *Deduction bündnerischer Handlungen oder Rechtfertigung des Prättigauer Freiheitskampfes vom Jahre 1622*, hg. von Conradin von Moor (Bündner Geschichtsschreiber und Chronisten, Bd. 10), Chur 1877, S. 1. Als (Mit-)Autor dieser anonym erschienenen Schrift dürfte Bartholomäus Anhorn d. Ä. infrage kommen; vgl. Florian Hitz, *Geschichtsschreibung in Graubünden*, in: *Handbuch der Bündner Geschichte* (wie Anm. 38), Bd. IV, S. 231–266, hier S. 237.

79 *Aufruf der Bündner an alle deutsche freie Stände*, vom 22. Mai 1622. – Neuausgabe in: *Reformationsbüchlein. Ein Denkmal des im Jahr 1819 in der Stadt Chur gefeierten Jubelfestes*, hg. von Johann Caspar von Orelli und Jakob Herbst, Chur 1819, S. 94–96, hier S. 94–95. Als Verfasser zeichnen «Obriste, Hauptleut und Kriegsräth des Zehn Gerichten Bundes» (Lautstand und Orthografie der Quelle sind durch die Editoren modernisiert).

80 Dazu Heinz Noflatscher, *Deutschmeister und Regent der Vorlande. Maximilian von Österreich (1588–1618)*, in: Hans Maier und Volker Press (Hg.), *Vorderösterreich in der frühen Neuzeit*, Sigmaringen 1989, S. 93–130, hier S. 123, mit Anm. 140–141.

81 «Yederzeit undterthanen», schreibt der österreichische Autor pointiert.

«dissensiones» herrschten,⁸² da seien jene «mit ewigen bündtnus zusammen in statum democratiae getretenen».⁸³ Ganz offensichtlich (und realistischweise) wurde den rätischen und eidgenössischen Bündnen an habsburgischen Höfen und Kanzleien eine staatsbildende Wirkung zugestanden. Ferner fällt auf, dass die österreichischen Autoren den Ausdruck «Republik» als Bezeichnung für die Drei Bünde oder die eidgenössischen Stände mieden. Stattdessen schrieben sie von «Demokratie», dies aber doch wohl mit einer pejorativen Tendenz.

Um 1700 hatte die «Republic» den Freistaat»im staatstheoretischen Sprachgebrauch ersetzt.⁸⁴ Im diplomatischen Verkehr mit europäischen Monarchien verlangten die Vertreter des Freistaats der Drei Bünde nun folgerichtig eine Titulatur mit dieser Bezeichnung: «lobl. HochRhaetische Republic» oder «Löbl. Graubündnerische Republic» oder «Republic gemeiner 3. Pündten in hohen Rhaetia».⁸⁵ Beim Abschluss der Allianz mit Venedig 1706 betonte man, dass die beiden Bündnispartner «zwey Freye von niemand dependirende, und gantz Souveraine Republicquen» seien, welche gegen die Fürsten (womit nebst den Habsburgern nun auch die Bourbonen gemeint waren) zusammenstehen müssten.⁸⁶

Demokratiebegriff

«Demokratie», also eine auf Mehrheitsentscheidungen beruhende Regierungsweise, genoss in den staatstheoretischen Diskursen der Frühneuzeit allgemein wenig Ansehen – «Volksherrschaft» wurde gern als Pöbelherrschaft diskreditiert. In seinem berühmten Werk *Six livres de la république* von 1576 bezeichnete der Jurist Jean Bodin (1529–1596) föderativ-kommunale Staatsgebilde als «démocratie» oder «estat populaire», verdeutlichend auch als «démocratie populaire». Die reinste und zugleich ärgste («la plus vicieuse») Form solcher «Volks-Staaten» überhaupt sah Bodin in den Drei Bündnen verwirklicht.⁸⁷

Während die reine «Demokratie» in der Frühen Neuzeit allgemein verpönt war, galt die «Aristodemokratie» im Sinne einer Mischverfassung nach Aristoteles eher als akzeptabel.⁸⁸ Nicht zuletzt calvinistische Autoren fanden Gefallen am aristodemokratischen Modell, so Calvin selbst in seinem Hauptwerk *Institutio Christianae Religiois* (Ausgabe letzter Hand, 1559).⁸⁹

⁸² Wohl eine Anspielung auf das spätmittelalterliche Fehdewesen.

⁸³ Matthias Burchleiner, *Raetia Austriaca 1621*, bearb. von Anton von Sprecher, [Maienfeld] 1990, S. 8.

⁸⁴ Vgl. Thomas Maissen, «Die Gemeinden und das Volk als höchste Gewalt unsers freyen demokratischen Stands». Die Erneuerung der politischen Sprache in Graubünden um 1700, in: *Jahrbuch der Historischen Gesellschaft Graubünden* 131, 2001, S. 37–84, hier S. 47 und 71.

⁸⁵ Zitiert nach Maissen (wie Anm. 35), S. 209.

⁸⁶ Zitiert nach Maissen (wie Anm. 35), S. 210.

⁸⁷ Vgl. Maissen (wie Anm. 84), S. 40; Maissen (wie Anm. 35), S. 499.

⁸⁸ Vgl. Hans Conrad Peyer, *Verfassungsgeschichte der alten Schweiz*, Zürich 1978, S. 54. Bei Jean Bodin hiess das: eine aristokratische Verfassung mit demokratischer Regierungsweise; vgl. Pitz (wie Anm. 2), S. 267.

⁸⁹ Dazu Reinhard (wie Anm. 71), S. 110.

Auch nach Bodin schien es ausländischen Beobachtern – ob sie nun mit der monarchistischen Pointe von Bodins Souveränitätslehre sympathisierten oder nicht –, dass die Bündner die demokratische Ausgestaltung ihres Freistaates auf die Spitze getrieben hätten. «Questo Governo in forma di Republica più tosto rusticale che popolare»: So charakterisierte der venezianische Diplomat Giovanni Battista Padavino (1560–1639) das bündnerische Gemeinwesen und dessen Lenkung im Jahr 1603, als er die erste Allianz zwischen den beiden Republiken anbahnte.⁹⁰ Padavinos Denunziation einer «bäurischen» und «pöbelhaften» Form von Republik weist darauf hin, dass die Venezianer ihren eigenen Staat als eine wahrhafte Adelsdemokratie und somit als Verwirklichung der idealen aristotelischen Mischverfassung («*stato misto*») betrachteten.⁹¹

In den Drei Bünden hingegen wurde das Konzept der «Aristodemokratie» kritisiert, und dies aus betont «demokratischem» Standpunkt. Johannes Fabricius Montanus (1527–1566), reformierter Pfarrer an der Martinskirche in Chur, meinte 1558 in einem Schreiben nach Zürich, dass für eine gewisse Schiefelage des bündnerischen Freistaates gerade eine Mischverfassung verantwortlich sei, die sich aus «Demokratie» und «Oligarchie» zusammensetze.⁹² Der Prädikant spielte hier auf den Parteienstreit an, der die Drei Bünde seit der Mitte des 16. Jahrhunderts destabilisierte, wobei die französische und die kaiserliche (später auch die venezianische und die spanische) Faktion eigentliche «Solddienstparteien» bildeten und von reichen Militärunternehmern geführt wurden, die sich ein aristokratisches Ansehen zu geben versuchten. Mit anscheinend gemischten Gefühlen bemerkte Fabricius, dass es nirgendwo sonst eine den Drei Bünden vergleichbare Staatsform gebe.⁹³

Auf durchaus positive und affirmative Weise verwendeten die Bündner im späten 16. Jahrhundert dagegen den Begriff der «Demokratie» allein, ohne Zusatz oder Relativierung – was in der Frühen Neuzeit eine durchaus originelle Auffassung darstellte.⁹⁴ In seiner rätischen Landesbeschreibung weist Campell um 1570 darauf hin, dass in den Drei Bünden vor dem Erlass eines Kriegsaufgebots

90 Bericht vom 28. Juni 1603 nach Venedig; Méry de Vic et Padavino. *Quelques pages de l'histoire diplomatique des Ligues Suisses et Grises au commencement du XVII^e siècle. Etude historique d'après des documents inédits* par Edouard Rott (Quellen zur Schweizer Geschichte, Bd. 5), Basel 1881, S. 239.

91 Vgl. Lars Cassio Karbe, *Venedig oder die Macht der Phantasie. Die Serenissima – ein Modell für Europa*, München 1995, S. 168–169; Reinhard (wie Anm. 71), S. 257.

92 «*Inconstantiae causam dixeris reipublicae formam, quae ex oligarchia et democratia mixitum composita est*»; Schiess (wie Anm. 33), Bd. II, Nr. 82, S. 75.

93 «*Reipublicae forma non est sub coelo hodie talis, qualis apud nos in Rhetia*»; Schiess (wie Anm. 33), Bd. II, Nr. 281, S. 223. Der Ausspruch könnte halb sarkastisch gemeint sein: Fabricius fühlte sich zum Zeitpunkt dieser Äusserung (1561) enttäuscht: Er wolle wegziehen aus Bünden, «da all trüwe dienst, müy und arbeit verloren werind».

94 «Kein staatliches Gebilde des Spätmittelalters und der frühen Neuzeit rühmte sich demokratischer Verhältnisse», sondern habe allenfalls auf seinen «aristodemokratischen Charakter» verwiesen; Peyer (wie Anm. 88), S. 54. Die Drei Bünde bildeten die grosse Ausnahme von dieser Regel.

Abb. 3: Wappen der Drei Bünde, datiert 1794. Umzeichnung eines versilberten Messingschildes, Rätisches Museum, Chur, IX.B197. Das Schild diente offenbar als Brustschild eines Weibels der ausserordentlichen bündnerischen Ständesversammlung von 1794. Die Krone steht für die Souveränität des Freistaates. Die Inschrift gemahnt an die republikanische Tugend, an die auf jener allgemeinen Volksversammlung oft appelliert wurde.



jeweils eine allgemeine Beratung und Beschlussfassung stattfinde, wie dies in einer Demokratie üblich sei, «ut in democratia fieri solet».⁹⁵

Für die Jahre 1616/17, eine unruhige Zeit an der Schwelle zu den Bündner Wirren, lassen sich gleich drei Bündner Autoren zitieren, die ihr Publikum folgendermassen aufklären (die ersten beiden in gedruckten Werken): Gemeine Drei Bünde bilden einen «democratischen stand».⁹⁶ Die Bündner leben unter einem «Democratischen unnd von dem freyen gmeinen Volck geführten Regiment».⁹⁷ Kurz: «Meram habemus Democratiam».⁹⁸ Also eben doch kein «imperium mixtum», keine problematische Vermischung mit aristokratischen Elementen. Fast gleichzeitig, im Jahr 1618, bekräftigte der bekannte, auf Deutsch, Französisch, Italienisch und Englisch publizierte Traktat Grawpündnerische Handlungen: Die «form unsers Regiments» ist «democratisch»; denn sie beruht auf Wahlverfahren in den Gemeinden.⁹⁹

⁹⁵ Campell (wie Anm. 51), S. 936.

⁹⁶ Johannes Guler von Weineck, *Raetia: Das ist/ Ausführliche und wahrhaffte Beschreibung der dreyen Loblichen Grawen Bündten und anderer Raetischen völker*, Zürich (Johann Rudolf Wolff) 1616, Übersichtstafel (unpag.).

⁹⁷ Sprecher (wie Anm. 41), S. IIIr.

⁹⁸ Stephan Gabriel, Prädikant in Ilanz, Schreiben vom 15. Mai 1616 an den Zürcher Theologen Caspar Waser, «Chorherr» und Diakon am Grossmünster; zitiert nach Martin Bundi, Stephan Gabriel. Ein markanter Bündner Prädikant in der Zeit der Gegenreformation. Ein Beitrag zur politischen und Geistesgeschichte Graubündens im 17. Jahrhundert, Chur 1964, S. 76.

⁹⁹ Diese Schrift war als Apologie des gemeinbündnerischen Strafgerichts von Thusis 1618 entstanden; das politische Tribunal war von der venezianischen Partei und von den reformierten Prädikanten gelenkt. Vgl. Head (wie Anm. 49), S. 442; Maissen (wie Anm. 84), S. 44. Die Bündner politische Flugschriftenliteratur um 1620 steht im Zentrum von Randolph C. Heads Untersuchungen: Head (wie Anm. 38 und Anm. 49).

Als Johannes Christian Leonhardi sich um 1700 darum bemühte, das politische System und die politische Kultur der Drei Bünde seiner – wiederum internationalen – Leserschaft nahezubringen, hob auch er die prägenden demokratischen Werte hervor: Die Bündner hätten eine «Democratiche Regierung», da «der Gewalt und die Hochheit [also: die Souveränität] bey den Gmeinden und bey dem Volk stehet.» Die bündnerische Republik ist demokratisch, frei und allein von Gott abhängig, also nach aussen souverän: «Brevis descriptio Democratici, Liberae, et a solo Deo dependentis Rhaetiae Reipublicae.» Kurz: Die Drei Bünde bilden eine «kleine Souveraine Democratiche Republic».¹⁰⁰

Schluss

Der Bundsbrief der Drei Bünde vom 23. September 1524 beruhte inhaltlich und formal auf einer Reihe von bilateralen Bündnissen, welche die drei Bünde seit dem frühen 15. Jahrhundert untereinander geschlossen hatten. Die Bestimmungen dieser Landfriedensbündnisse bezogen sich stets auf Friedens- und Ordnungswahrung nach innen und militärische Hilfe gegen aussen. Das Bündnis zwischen dem Oberen und dem Zehngerichtebund, 1471, bildete gewissermassen den Schlussstein der rätischen Bündnis-«Architektur»: Jeder Bund war nun mit jedem der anderen beiden Bünde verbündet.

Mit dem Bundsbrief vom 23. September 1524 erhielt dieses Bündnisgeflecht endlich seinen Abschluss durch ein trilaterales Bündnis. In der Zwischenzeit hatten die Drei Bünde bereits eine gemeinsame politische Wirksamkeit entfaltet: Sie hatten sich mit den Eidgenossen verbündet und sich gegen die österreichischen Herrschaftsansprüche in ihrem Gebiet gewehrt. Und sie hatten sogar am Rand des Herzogtums Mailand ein eigenes Untertanengebiet den Franzosen entrissen. Die Bündner hatten aber auch Friedens- und Soldbündnisverträge sowohl mit Österreich als auch mit Frankreich abgeschlossen. Dass irgendein Aspekt dieser intensiven und expansiven Aussenbeziehungen zum Abschluss des Bundsbriefs von 1524 geführt hätte, ist allerdings nicht ersichtlich.

Mit grösserer Wahrscheinlichkeit entstand der Bundsbrief im Zuge jener zunehmenden Selbstregulierung der Bünde und Gemeinden, wie sie sich auch im Ersten Ilanzer Artikelbrief, ebenfalls 1524, manifestierte. Mit der erhöhten Kohäsion und Regelungsdichte zwischen den Bünden wurde der Gesamtverband bald als eigenständiges Staatswesen wahrgenommen: als der Freistaat der Drei Bünde (oder verstärkend: Gemeiner Drei Bünde).

Der gemeinbündnerische Bundsbrief von 1524 wollte und konnte indes keine Staatsgründungsakte sein. Er enthielt Grundnormen für die politischen Abläufe im Freistaat, ohne dessen Institutionen und Verfahren genau und abschliessend zu umschreiben.

¹⁰⁰ Zitiert nach Maissen (wie Anm. 35), S. 505.

Die wichtigsten Institutionen waren der Bundstag, die Versammlung der Abgeordneten aller bündnerischen Gerichtsgemeinden, und der Beitag, ein von den drei Bundshäuptern geleitetes geschäftsführendes Gremium. Während der Bundstag seine Wurzeln in der gemeinsamen politischen Praxis des 15. Jahrhunderts hatte, war der Beitag erst nach 1524 entstanden. Eine Neuerung des 16. Jahrhunderts bildeten auch die Hochgerichte, die der Landeseinteilung beziehungsweise der Repräsentanz der Gerichtsgemeinden dienten. Das wichtigste Verfahren der Drei Bünde war das Gemeindereferendum, durch das sich die politische Entscheidungsfindung vollzog.

Das Referendum bildete den Willen der Mehrheit der Gemeinden ab. Dieses Mehrheitsprinzip war entscheidend für das bündnerische Verständnis von Staatlichkeit und Souveränität: Die Drei Bünde waren kein blosser Staatenbund, sondern eben eine wahrhafte Republik, deren Souverän die Gemeindemehrheit bildete.

Bündnerische Autoren vertraten vom späten 16. bis ins 18. Jahrhundert einen dezidierten Republikanismus. Selbstbewusst stellten sie die Staatsform der Republik – bis um 1700 stets als «Freistaat» bezeichnet – der Monarchie entgegen. Darüber hinaus unterstrichen sie die ausgeprägt demokratische Regierungsform der Drei Bünde, die nach ihrer Theorie ganz frei von aristokratischen Beimischungen war – auch wenn es in der Praxis anders aussehen mochte.

Riassunto:

La Carta delle Tre Leghe del 1524: origine, contenuto, ripercussioni

La Carta delle Tre Leghe del 23 settembre 1524 si basava sostanzialmente e formalmente su una serie di alleanze bilaterali che le tre leghe avevano stipulato tra loro sin dall'inizio del XV secolo. Le disposizioni di queste alleanze di pace e di ordine si riferivano sempre alla conservazione della pace e dell'ordine all'interno e all'assistenza militare all'esterno. L'alleanza tra la Lega Superiore e la Lega delle Dieci Giurisdizioni, del 1471, costituiva in un certo senso la chiave di volta dell'«architettura» alleanzistica retica: ogni lega era ora alleata con le altre due.

La Carta delle Tre Leghe del 23 settembre 1524 ha finalmente concluso questo intrico di alleanze con un'alleanza trilaterale. Nel frattempo, le tre leghe avevano già iniziato a esercitare un'influenza politica comune: si erano alleate con i Confederati svizzeri e avevano resistito alle pretese austriache di dominio sul loro territorio. E avevano persino strappato ai francesi un proprio territorio di sudditanza ai confini del Ducato di Milano. Le tre leghe avevano però anche stipulato trattati di pace e di alleanza sia con l'Austria che con la Francia. Ma non è chiaro che aspetto di queste intense e ambiziose relazioni esterne abbia portato alla lettera di alleanza del 1524.

Con maggior probabilità, la Carta delle Tre Leghe nacque nel contesto di un'autoregolamentazione sempre più diffusa tra le leghe e tra i comunità, come si riscontra anche nella Prima carta degli articoli di Ilanz, del 1524. Con l'aumento

della coesione e della regolamentazione tra le leghe, l'intera federazione retica fu presto vista come un'entità statale a sé stante: la Repubblica delle Tre Leghe.

La Carta delle Tre Leghe del 1524 non poteva essere un atto di fondazione dello Stato. Conteneva norme fondamentali per il funzionamento politico della Repubblica, senza però descrivere in modo preciso e definitivo le sue istituzioni e procedure.

Le principali istituzioni erano la Dieta comune, l'assemblea dei rappresentanti di tutti i comuni giurisdizionali della Repubblica, e il Congresso grande, un organo esecutivo presieduto dai tre capi delle leghe. La Dieta aveva radici nella pratica politica comune del XV secolo, mentre il Congresso era stato istituito solo dopo il 1524. Un'altra novità del XVI secolo erano i Comungrandi, che servivano a suddividere il territorio o a rappresentare i comuni giurisdizionali, i propri costituenti della Repubblica. La procedura più importante delle Tre Leghe era il referendum comunale, che rappresentava il processo decisionale politico.

Il referendum esprimeva la volontà della maggioranza dei comuni giurisdizionali. Questo principio di maggioranza era decisivo per la concezione grigionese di Stato e sovranità: le Tre Leghe non erano solo una federazione di Stati, ma proprio una repubblica, la cui sovranità era costituita dalla maggioranza dei comuni.

Gli autori grigionesi, dal tardo XVI secolo fino al XVIII, sostennero un repubblicanesimo deciso. Con sicurezza, essi contrapposero la forma di Stato della Repubblica – sempre definita fino al 1700 come «Freistaat» – alla monarchia. Inoltre, sottolinearono la forma di governo democratica delle Tre Leghe, che secondo la loro teoria era del tutto priva di elementi aristocratici – anche se in pratica non era così.

Le Comuni Tre Leghe nel primo Cinquecento

Da repubblica democratica a principato collettivo, da principato ecclesiastico a federazione di chiese comunitarie

Guglielmo Scaramellini

Il *Bundsbrief* e i *Primi e Secondi Articoli di Ilanz* in Valtellina e Contadi

Nel convegno di Ilanz del 2017 sugli esordi della Riforma nelle Tre leghe, i cui atti sono stati pubblicati nel 2020, ho già affrontato il tema degli effetti che il *Bundsbrief* del 1524, ma anche gli imprescindibili *Primi e Secondi Articoli di Ilanz* (1524 e 1526), ebbero in Valtellina e nei Contadi di Chiavenna e di Bormio, occupati e annessi alle Leghe da poco più di un decennio.¹

Si tratta di atti pubblici fondamentali per le successive vicende politiche, sociali, economiche, religiose delle Tre Leghe, dei quali, ovviamente, la storiografia grigione si è occupata in maniera approfondita, mentre l'italiana li ha quasi del tutto ignorati, anche nei suoi maggiori esponenti.²

Il consolidamento progressivo della statualità delle Tre Leghe consentì infatti una maggiore presa sui territori di recente conquista, col passaggio da una situazione di incertezza istituzionale a una di progressiva soggezione, giunta infine a uno stato di sudditanza politica, sul grado della quale («condizionata» oppure «assoluta») si è aperto un dibattito che finora non ha trovato risposte certe e, forse, non ne troverà mai.

Condizione politica che, però, le istituzioni e l'opinione pubblica locali hanno respinto in passato, reclamando invece uno stato originario di «confederazione» con le Leghe: diatriba che si trascinerà nei secoli e, infine, sfocerà nel traumatico (ma fortunatamente non tragico) distacco del 1797.

Non entrando nel merito della complessa questione,³ noto soltanto che, nell'esito cinquecentesco del processo, un peso particolare ebbero certamente le due

1 I provvedimenti normativi sono i seguenti: Primi Articoli di Ilanz (Artikelbrief Quasimodogeniti, Dieta di Ilanz, 4 aprile 1524); Bundsbrief (Dieta di Ilanz, 23 settembre 1524); Secondi Articoli di Ilanz (Dieta di Ilanz, 25 giugno 1526). Cfr. Guglielmo Scaramellini, *Gli Articoli di Ilanz e i provvedimenti delle Tre Leghe degli anni 1524-1526. Effetti in Valtellina e nei Contadi di Bormio e di Chiavenna*, in Jan-Andrea Bernhard, Cordula Seger (a cura di), *Die Ilanzer Artikelbriefe im Kontext der europäischen Reformation – The Ilanz Articles in the Context of the European Reformation*, Zürich 2020, p. 79-97.

2 Solo Enrico Besta, *Le valli dell'Adda e della Mera nel corso dei secoli. II. Il dominio grigione*, Milano 1964, p. 52-53, fa cenno ai *Primi Articoli di Ilanz*, ma ignora gli altri.

3 Ricordo soltanto i contributi più recenti al dibattito: Florian Hitz, *Signoria sovrana o rapporto contrattuale? La disputa storico-politica tra i Grigioni e i loro sudditi italiani*, in: Clavenna, L., 2011, p. 15-56; traduzione di G. P. Falappi. Inoltre in Augusta Corbellini, Florian Hitz (a cura

Guerre di Musso provocate da Gian Giacomo Medici (1525, 1531–1532), le quali consentirono ai Grigioni di attivare l'alleanza con i Confederati e di rafforzare la presa sulle valli dell'Adda e della Mera, nonché, soprattutto dopo il secondo conflitto, di trovare un *modus vivendi* pacifico col duca di Milano.

Un indizio del clima politico che si stava instaurando era stata la nomina, nel 1523, a Governatore di Valtellina di Gian Travers con poteri eccedenti i consueti e contestati dal Consiglio di Valle, che peraltro lo accetta a patto che ciò non si ripeta in futuro (fatto un passo, è però difficile che il beneficiario receda), ma soprattutto la stipulazione col duca di Milano (cui i Grigioni si erano momentaneamente alleati per combattere il *Medeghino*) di un trattato (7 maggio 1531) che riconosce loro il possesso dei territori occupati nel 1512.⁴

Cessione che però l'Impero, subentrato nel controllo del ducato milanese a Francesco II Sforza (morto senza eredi nel 1535), non accetta, aprendo una stagione di nuove tensioni con le Leghe.

Quanto agli effetti che i provvedimenti del 1524–1526 ebbero su Valtellina e Contadi, nel 2017 avevo indicato i seguenti: in campo religioso maggiore libertà, in seguito all'adesione alla Riforma zwingliana di quote crescenti di comunità (e di popolazione) grigione; l'abolizione dei tribunali ecclesiastici, in specie dell'Inquisizione (diocesana e dal 1544 «Romana»), con la caduta del reato di «eresia» (qualifica poi applicata soltanto ad «ariani», anabattisti, antitrinitari) e dunque non perseguibile in sé, ma soltanto se fosse occasione di reati comuni, come il turbamento dell'ordine pubblico. Si giunge così agli anni Settanta del Cinquecento, ai provvedimenti per la confessionalizzazione e il disciplinamento anche in campo riformato, richiesti proprio dalla componente evangelica ortodossa di Chiavenna.⁵ Processo lento e contrastato, come mostrano gli studi recenti

di), 1512. I Grigioni in Valtellina, Bormio e Chiavenna. Die Bündner im Veltlin, in Bormio und in Chiavenna, Sondrio 2012, si vedano i saggi di Marta Mangini, Con promessa e titolo di confederazione. Documenti e forme della memoria della prima fase di governo delle Tre Leghe in Valtellina, p. 67–91; Ilario Silvestri I., De non habendo communionem cum Valle Tellina. Le relazioni tra Bormio e la Valtellina nei primi decenni di dominio grigione, p. 189–213. Inoltre Guglielmo Scaramellini, A cinquecento anni dai controversi eventi del 1512–1513. Dalle visioni storiografiche tradizionali alle interpretazioni più recenti, in: Bollettino Società Storica Valtellinese, 65, 2013, p. 83–152, edito anche in Jahresbericht der Historisch-Antiquarischen Gesellschaft von Graubünden, 143, 2013, p. 78–129; Olimpia Aureggi Ariatta, Margherita Ariatta, Cause e scopi dell'occupazione grigione del 1512 nelle valli dell'Adda e della Mera, in: Bollettino Società Storica Valtellinese, 66, 2013, p. 47–63.

⁴ Scaramellini, Cinquecento (vedi nota 3), p. 115.

⁵ Il provvedimento in questione è emanato il 27. 1. 1570: Ulrich Pfister, Chiese confessionali e pratica religiosa, in: Storia dei Grigioni, vol. 2: L'età moderna, Coira 2000, p. 209–243; Idem, Konfessionskirchen, Glaubenspraxis und Konflikt in Graubünden, 16.–18. Jahrhundert, Würzburg 2012; Saverio Xeres, Il pretesto della religione. La questione confessionale in Valtellina, Chiavenna e Bormio, 2004, con la collaborazione di Marco Bordonì, www.yumpu.com/it/document/view/14937281/il-pretesto-della-religione-museo-castello-masegra/9, p. 3–110; Giovanni Giorgetta, Le comunità riformate in Valchiavenna, in Georg Jäger, Ulrich Pfister (a cura di), Konfessionalisierung und Konfessionskonflikt in Graubünden, 16.–18. Jahrhundert. Confessionalizzazione e conflittualità confessionale nei Grigioni fra '500 e '700, Zürich 2006, p. 139–162.

di Federico Zuliani, durante il quale i rapporti comunitari risultano tanto forti da ostacolare per decenni le politiche di reciproco *apartheid*. Tre appaiono gli «ambiti in cui la divisione confessionale ebbe difficoltà ad imporsi: quelli del lavoro, dell'amicizia, della parentela», benché «nel corso degli anni e da entrambe le parti, vi fu prima un reiterarsi, e anzi un inasprirsi, degli inviti alla separazione confessionale, specialmente da parte delle autorità ecclesiastiche; [...] per quanto non vi furono, o non si sono conservati, inviti espliciti alla mescolanza, non mancarono casi di indisponibilità, a volte pure di riottosità, a conformarsi a tali solleciti. Anzi, specialmente quando si osservino da una certa distanza, i rapporti tra le due confessioni religiose, le posizioni dei rispettosì, dei tolleranti e degli indifferenti non risultano né occasionali né minoritarie».⁶

In campo socio-culturale ciò comporta l'affidamento ai tribunali civili della persecuzione della stregoneria, ammessa soltanto in caso di maleficio accertato e non più per il fatto in sé e per sé (secondo vecchi principi giuridici, ripresi dalla *Constitutio Criminalis Carolina*, il codice penale e di procedura penale del 1532 valido nell'Impero e in molti territori di lingua tedesca): principi cui seguirono purtroppo applicazioni profondamente o assolutamente difformi, tanto che la persecuzione della stregoneria fu più terribile in Germania che in qualunque altra regione d'Europa (soprattutto dopo che l'inquisizione cattolica, nel corso del '600, temperò la propria azione in conseguenza dei mutati principi teologici e sentimenti popolari).⁷

In campo socio-economico si ebbe una prima, parziale redistribuzione delle terre e una loro migliore messa a coltura dopo la vendita a privati di patrimoni e diritti fondiari di alcune grandi istituzioni ecclesiastiche con sede nel territorio milanese a causa delle difficoltà incontrate, per motivi sia giuridici che religiosi, nel riscuotere i relativi fitti e nel far valere le proprie ragioni (come nei successivi disordini per le decime ecclesiastiche a Sondrio e in Valmalenco, 1570-1572).⁸ Tali

6 Federico Zuliani, «Quelli senza messa». Le comunità protestanti italofone della Rezia, c. 1550-1620 (Forme e percorsi della storia, 15), Alessandria 2024, p. 113-135, citazioni p. 115, 113. Su «La violenza e la sua costruzione», p. 135-153.

7 Giordano Berti, Storia della stregoneria. Origini, credenze, persecuzioni e rinascita nel mondo contemporaneo, Milano 2021, p. 156-170. Un'importante sintesi dei temi giuridici si trova in Olimpia Aureggi Ariatta, La stregoneria nelle Alpi centrali: una lettura giuridica, in: Roberto Andrea Lorenzi (a cura di), Sante medichesse e streghe nell'Arco alpino, Bolzano 1994, p. 89-123, qui p. 111-123. Della persecuzione della stregoneria nei territori svizzeri e delle Tre Leghe facenti parte della diocesi comasca si occupa il recentissimo Valerio Giorgetta, Paolo Portone, Montagne stregate. La lunga caccia alle streghe nell'antica diocesi di Como (XV-XVIII secolo), Roma 2024, in specie alle p. 291-299, 313-377. Nel secolo XVII, infatti, non si sono reperiati processi per stregoneria nel territorio diocesano appartenente allo Stato di Milano, ma diversi casi in cui il tribunale ecclesiastico, sollecitato dagli interessati, interviene su processi tenuti in territorio grigione dai tribunali secolari, richiedendone gli atti ai fini poterli rivedere secondo i nuovi e più corretti principi inquisitoriali. Spesso tali richieste o interventi provocano contrasti interni alle istituzioni locali o incidenti diplomatici con lo Stato confinante.

8 Ulrich Campell, Historia Raetica, a cura di Plac. Plattner, Basel 1890, vol. II, p. 568-581. Si veda anche Luigi Greco, Le decime ecclesiastiche e feudali di Sondrio dopo la rivolta contadina del 1572, in: Bollettino della Società Storica Valtellinese, 44, 1991, p. 95-110.

istituzioni vendono i beni non solo a notabili (come nel caso di quelli dell'arcivescovo di Milano a Teglio, acquistati, nel 1534, da Besta e Guicciardi),⁹ ma anche a gente comune, come avviene per quelli dell'abbazia di S. Abbondio di Como siti in Valchiavenna, che gli stimatori giurati locali, nel 1559-1561, dichiarano oggetto di importanti miglorie colturali già da trent'anni.¹⁰

Peraltro, in ambito agrario il fatto più rilevante fu sicuramente la definizione del nuovo estimo di Valtellina (1531), che abolì gli ultimi privilegi feudali e stabilì l'entità delle rendite fondiari in base a qualità e produttività reali dei terreni, fissate da stimatori giurati espressi dalle comunità locali, e non imposti dall'alto.¹¹

In campo civile, invece, ricadute evidenti si ebbero con la proibizione, contenuta nei nuovi *Statuti* di Valtellina e Contadi, al clero di ingerirsi nelle questioni temporali,¹² ma soprattutto con la ridefinizione *de facto* (cioè senza atti formali rispetto a quelli del 1512-1517) dei rapporti istituzionali e politici fra Grigioni, Valtellina e Contadi, sancendo il passaggio definitivo a una condizione di sostanziale sudditanza.¹³

Alle repubbliche federali conviene avere e mantenere dei sudditi?

Ragionando su quali fossero i rapporti fra le decisioni assunte dalle Tre Leghe negli anni 1524-1526 e l'organizzazione politica, istituzionale, religiosa di Valtellina, Bormio e (soprattutto per quanto concerne questo mio intervento) Chiavenna, ossia sulle ricadute che tali atti ebbero sulla vita pubblica e quindi sulla questione della sudditanza e dei suoi caratteri formali e sostanziali in questi territori, si è presentato alla mente ciò che, in quegli stessi anni, Niccolò Machiavelli stava meditando nelle sue massime opere politiche, i *Discorsi sulla prima deca di Tito Livio* (elaborati nel 1512-1519) e *Il Principe (De principatibus)*, steso quasi di getto nel 1513), entrambi pubblicati postumi, rispettivamente nel 1531 e nel 1532.¹⁴ Non sono certo un esperto del pensiero del segretario fiorentino, ma, memore

9 Diego Zoia, *Estimi e carte in Valtellina dal Quattrocento al Settecento*, in: Archivio Storico Lombardo, CXXXIX, 2003, p. 287-330; Idem, *Gli estimi*, in: Guglielmo Scaramellini, Diego Zoia (a cura di), *Economia e società in Valtellina e Contadi nell'Età Moderna*, Sondrio 2006, vol. I, p. 135-156.

10 Mario Longatti, *L'alienazione di fondi di Sant'Abbondio in Valchiavenna nel XVI secolo*, in: *Clavenna*, LIII, 2014, p. 47-66.

11 Zoia (vedi nota 9); Antonio Boscacci, *Gli estimi del 1531 in Valtellina*, in: *Bollettino Società Storica Valtellinese*, 53, 2000, p. 185-222.

12 Scaramellini, *Articoli* (vedi nota 1).

13 Il tema dell'autenticità dei «Cinque Capitoli di Teglio», che avrebbero sancito un patto di confederazione, è stato dibattuto, di recente, da Hitz (vedi nota 3); Scaramellini, *Articoli* (vedi nota 1), p. 122-126.

14 Niccolò Machiavelli (Firenze 1469-1527) scrisse i due testi qui utilizzati nella sua villa di campagna dopo il rientro dei Medici a Firenze e il suo ritiro forzato dall'attività pubblica; entrambi furono pubblicati postumi, i *Discorsi* a Firenze nel 1531, il *Principe* a Roma nel 1532. Una sintesi stringata della ricezione del pensiero del Machiavelli in area germanica (come nel resto del mondo culturale) è in: Jean-Jacques Marchand, *Niccolò Machiavelli*, in: Giulio Ferroni (a cura

degli studi giovanili di «scienza della politica», credo che una conoscenza dei fondamenti e delle applicazioni ai tempi suoi di tale pensiero sia opportuna, se non per comprendere, almeno per analizzare alcuni processi politici allora attivi o incipienti. Il mio intento non è, naturalmente, esaminare come tali principi si possano applicare al nostro caso di studio, ma soltanto segnalare come i temi enunciati nel titolo di questo intervento (prima che, nel Settecento, si affermasse la considerazione di matrice illuminista che una «repubblica democratica» non potesse avere, per sua stessa natura, dei «sudditi») fossero già stati individuati dal Machiavelli come teoricamente rilevanti proprio quando stavano emergendo nella nostra area di studio. Inoltre l'interesse del pensiero del segretario fiorentino riguardo all'interpretazione delle vicende politiche dell'area retica è accresciuto dal fatto che l'autore, legato della Repubblica di Firenze presso l'imperatore Massimiliano I nel 1507-1508, aveva redatto tre rapporti sulla Germania meridionale (la «Magna») e sull'Impero, datati 1508, 1509 e 1512, nei quali ragiona anche sull'organizzazione istituzionale e sull'azione politica dei Confederati svizzeri, che tanta parte avevano nelle vicende delle Leghe Grigie (che peraltro non menziona mai) e quindi delle nostre valli.¹⁵

Il Machiavelli, infatti, ritirato in campagna dopo la caduta della Repubblica fiorentina (della cui Seconda cancelleria, deputata agli affari esterni, era stato segretario dal 1498 al 1512) e il ritorno dei Medici (alle cui ritorsioni era fortunatamente scampato), si stava dedicando all'indagine sui principi validi «nello ordinare le repubbliche, nel mantenere li stati, nel governare e' regni, nello ordinare la milizia ed amministrare la guerra, nel iudicare e' sudditi, nello accrescere l'imperio» per i quali «non si truova principe né repubblica che agli esempi delli antiqui ricorra», cui non esista, cioè, corrispondenza nella storia antica.¹⁶

Le considerazioni del Machiavelli appaiono di grande interesse poiché trattano il problema cui qui si è alluso, e cioè se una «repubblica» federale, formata cioè da entità politiche autonome consociate (di norma di piccola entità), possa avere e, soprattutto, mantenere dei «sudditi»: l'autore ne trova chiari esempi nell'Antichità, in Etruria e in Grecia, e, ai suoi tempi, «nella Magna», ossia in Svizzera e in Svevia, di cui esamina e illustra sistemi di governo e caratteri delle società. In particolare risponde in maniera negativa alla domanda se esse possano avere dei «sudditi».

Il tema è affrontato esplicitamente nei *Discorsi* [L. II, 4]: l'ampliamento territoriale di una confederazione può avvenire con l'aggregazione dei territori di nuova acquisizione a pari diritti («come in questo tempo fanno i Svizzeri»: almeno

di), Il contributo italiano alla storia del pensiero. Letteratura, Istituto dell'Enciclopedia Italiana, Roma 2018, p. 143-153, qui p. 151.

15 Traugott Schiess, Die Beziehungen Graubündens zur Eidgenossenschaft, besonders zu Zürich, in: Jahrbuch für schweizerische Geschichte, 27, 1902, p. 291-383.

16 *Discorsi*, L. I, Proemio. (Le traduzioni tedesche riportate in questo saggio sono riprese da Nicolò Machiavelli, Politische Betrachtungen über die alte und die italienische Geschichte, übersetzt und eingeleitet von Friedrich von Oppeln-Bronikowski, Projekt Gutenberg, B. I.)

così pensa), oppure conservando, i conquistatori, la primazia politica e la sede ufficiale del potere (come facevano i Romani): forse una soluzione simile a questa sarebbe quella convenuta, secondo le istituzioni di Valtellina e Contadi, nei patti di associazione alle Leghe del 1512–1513.¹⁷

Ma esisterebbe un altro esito a questo processo, a suo avviso, però, impraticabile: le repubbliche che volessero avere dei sudditi, «come fecero gli Spartani e gli Ateniesi» dovrebbero essere tanto potenti di per sé da mantenerli con la forza, oppure aggregare altri soggetti ai quali concedere uno statuto di parità, accrescendo così la propria potenza ma, di fatto, anche i possibili contrasti interni. E infatti quelle repubbliche «non rovinarono per altro, se non per avere acquistato quel dominio che le non potevano tenere. Perché, pigliare cura di avere a governare città con violenza, massime quelle che fussono consuete a vivere libere, è una cosa difficile e faticosa».¹⁸

Inoltre, «Il modo preallegato delle leghe, come viverono i Toscani, gli Achei e gli Etoli e come oggi vivono i Svizzeri è, dopo a quello de' Romani, il migliore modo; perché, non si potendo con quello ampliare assai, ne séguita due beni; l'uno, che facilmente non ti tiri guerra a dosso; l'altro, che quel tanto che tu pigli, lo tieni facilmente. La cagione del non potere ampliare è lo essere una repubblica disgiunta e posta in varie sedie: il che fa che difficilmente possono consultare e deliberare. [...] Governonsi, oltre di questo, per concilio, e conviene che sieno più tardi ad ogni deliberazione, che quelli che abitano drento a uno medesimo cerchio», ossia uno Stato unitario.¹⁹

A suo parere, dunque, le pratiche messe in atto dagli Svizzeri (cui possiamo sicuramente accostare i Grigioni) sono funzionali alla corretta gestione istituzionale e alla sopravvivenza della Confederazione: infatti non accettano «compagni»

17 Machiavelli (vedi nota 16), B. 2, 19.

18 Machiavelli (vedi nota 16), B. 2, 4: «Die zweite Art ist die Erwerbung von Bundesgenossen, wobei jedoch die Oberherrschaft und der Sitz der Regierung der Hauptstadt verbleibt und alle Unternehmungen in ihrem Namen erfolgen. Das war die Art der Römer. Die dritte Art ist, sich unmittelbare Untertanen, nicht Bundesgenossen zu machen. Das taten Sparta und Athen. Von diesen drei Arten ist die letzte ganz wertlos, wie man an den beiden letztgenannten Republiken sieht. Denn sie gingen allein dadurch zugrunde, daß sie ein Gebiet erobert hatten, das sie nicht behaupten konnten. Es ist eine schwierige und mühevoll Sache, Städte mit Gewalt zu regieren, zumal wenn sie an Freiheit gewöhnt waren. Ohne Kriegsmacht, eine starke Kriegsmacht, kann man sie weder beherrschen noch regieren. Dazu aber ist es nötig, sich Bundesgenossen zu schaffen, die zur Erhöhung der eignen Volkszahl beitragen. Da jedoch jene beiden Städte keins von beiden taten, so war ihr Verfahren wertlos.»

19 Machiavelli (vedi nota 16), B. 2, 4: «Nächst der Methode der Römer ist die eines Bundes, wie bei den Etruskern, Achäern, Ätoliern und jetzt bei den Schweizern die beste. Denn daß man sich dabei nicht so weit ausdehnen kann, hat zweierlei Gutes, Erstens wird man nicht so leicht in Kriege verwickelt, und zweitens hält man das einmal Gewonnene mit Leichtigkeit fest. Eine weite Ausdehnung ist nicht möglich, weil der Staat aus verschiedenen Teilen besteht und die Regierung ihren Sitz an verschiedenen Orten hat, was die Beratungen und Beschlüsse erschwert. Solche Staaten sind auch nicht herrschsüchtig, denn da viele Gemeinden an der Herrschaft teilnehmen, schätzen sie eine Eroberung nicht so hoch wie eine einzelne Republik, die sie ganz zu genießen hofft. Außerdem regieren sie sich durch eine Bundesversammlung und müssen daher langsamer in ihren Beschlüssen sein als die, welche innerhalb derselben Ringmauer wohnen.»

oltre il limite ottimale (12–14 entità politiche) né cercano di acquisire sudditi troppo numerosi, non solo perché impossibilitati a mantenerli, ma anche per la mancata convenienza economica ad averli: essendo molti i partecipanti all'utile comune, questo suddiviso fra tutti sarebbe troppo tenue per ciascuno. Perciò, quando si ritengono troppo forti per essere attaccate dall'esterno, queste confederazioni entrano nella politica internazionale offrendo protezione a titolo oneroso a soggetti terzi o militano come mercenari sotto bandiere altrui [L. II, 4]. Professione, quest'ultima, come ben si sa tipica per molti Svizzeri dal tardo Medioevo.²⁰

Democrazia popolare e aristocratizzazione della società grigione

Orbene, l'analisi storica e politologica del Machiavelli riguardo ai comportamenti espansionistici dei Confederati svizzeri (e, per estensione, dei Grigioni), letta e interpretata a cinquecento anni dalla stesura dei *Discorsi*, risulta corretta, ed è quindi confermata, oppure è stata smentita, e dunque non lo era? E, in tal caso, perché e in quale misura?

Un fatto reale, ma poco noto (che, data l'immagine «democratica» attuale dello Stato elvetico, risulta oggi sconcertante, almeno in Italia), è che i singoli Cantoni e la Confederazione avevano dei territori politicamente soggetti, i «baliaggi» individuali e comuni, governati tramite funzionari inviati dai Cantoni sovrani per amministrare la giustizia e svolgere funzioni civili e militari, cui i sudditi erano tenuti a prestare obbedienza, in pace e in guerra.²¹ La stessa cosa è avvenuta presso i Grigioni, non soltanto rispetto a Valtellina, Chiavenna e Bormio, ma anche alla Signoria di Maienfeld (la cui situazione giuridica è però più complessa, com'è noto facendo essa parte anche della Lega delle X Giurisdizioni).²²

Secondo il Machiavelli invece, le repubbliche, soprattutto se federali, possono procurarsi ma non riescono a mantenere dei territori e dei popoli «sudditi»: ma nel caso di Svizzeri (e Grigioni), evidentemente sbaglia. Quali i motivi di tale errata valutazione? O, forse meglio: perché le azioni di Svizzeri e Grigioni non rispondono a ciò che potremmo dire le costanti storiche individuate dal segretario fiorentino?

Non entriamo qui nel merito di tali valutazioni storiografiche, ma è probabile che le sue ridotte conoscenze empiriche sullo «stato della Magna» gli impedissero di comprenderne a fondo le dinamiche (del resto la sua missione presso Massimiliano I era stata breve e limitata ai territori asburgici meridionali). In particolare, la realtà contraddice l'osservazione che «quelle repubbliche dove si è mantenuto

²⁰ Machiavelli (vedi nota 16), B. 2, 4.

²¹ Martin Körner, *Riforme, fratture e crescite (1515–1648)*, trad. di A. Zraggen, in: *Nuova storia della Svizzera e degli Svizzeri*, vol. II, Lugano 1983, p. 7–95, qui p. 35–37.

²² Nel già citato *Storia dei Grigioni*. 2. *L'età moderna* (vedi nota 5) si vedano Randolph Head, *La formazione dello stato grigione nel XVI secolo: tra comune e oligarchia*, p. 91–119, qui p. 100, 104, e Martin Bundi, *Le relazioni estere delle Tre Leghe*, p. 177–207, qui p. 182.

il vivere politico ed incorrotto, non sopportano che alcuno loro cittadino né sia né viva a uso di gentiluomo: anzi mantengono intra loro una pari equalità» [L. I, 55].²³ Ma ciò non risulta dai fatti: in diversi Cantoni non solo sopravvive la nobiltà, ma alcuni soggetti vi aspirano e la conseguono (dall'autorità imperiale, da sovrani stranieri) o si comportano come se appartenessero veramente all'aristocrazia feudale.²⁴

Inoltre, la popolazione rurale sottoposta direttamente all'autorità urbana delle maggiori città aristocratiche (spesso si tratta di territori già appartenuti a signorie feudali acquistate o evinte a feudatari indebitati con le città stesse) gode di minori diritti rispetto a quella di borghi e villaggi dei baliaggi comuni perché questi ultimi hanno mantenuto l'ordinamento giuridico tradizionale, compresi i diversi privilegi ottenuti nel corso del tempo.²⁵ Rispetto che, in effetti, è puntualmente concordato in tutti i documenti di aggregazione alle Leghe (a qualunque titolo giuridico fosse avvenuta) di Valtellina e Contadi che siano giunti fino a noi.²⁶

In effetti i gruppi dirigenti grigioni, forse su ispirazione o per imitazione di quanto fatto dai Confederati, stanno virando verso forme di oligarchia (pur rimanendo, lo Stato, formalmente «democratico»): ma tutto ciò consente loro di pensare se stessi come un'«aristocrazia» e lo Stato come una «signoria» regnante su dei «sudditi». Il tema è stato affrontato in modo esplicito da Jon Mathieu e Hansruedi Stauffacher²⁷ nonché da Silvio Färber,²⁸ giungendo a conclusioni di fatto analoghe.

Mathieu e Stauffacher, comparando Bassa Engadina e Canton Glarona quali casi di «democrazia comunale alpina o signoria aristocratica» (sistemi socio-politico-istituzionali che convivevano nello spazio elvetico), affermano che, nonostante la struttura comunale, queste «democrazie comunali» alpine nell'*Ancien Régime* furono rette e completamente dominate da «aristocratici locali»: alcune, poche famiglie, soprattutto quelle dei maggiori proprietari fondiari e degli imprenditori mercenari, esercitarono le cariche pubbliche come una loro «proprietà privata da spartirsi e da trasmettere in eredità». A parere degli autori, comunque, la prassi politica nello spazio alpino svizzero si distingue un po' dal «pomposo ambiente

23 Machiavelli (vedi nota 16), B. 1, 55: «Zweitens dulden die Städte, die sich eine freie und unverdorbene Verfassung erhalten haben, keine Edelleute bei sich, noch erlauben sie, daß einer ihrer Bürger wie ein Edelmann lebt; ja sie sehen unter sich streng auf Gleichheit.»

24 Körner (vedi nota 21), p. 41.

25 Körner (vedi nota 21), p. 41, 46.

26 Oltre ai testi citati in nota 3, Guglielmo Scaramellini, Nuovi documenti sui fatti del 1512-1513. Anche in Valchiavenna un patto coi Grigioni, in: Clavenna, XXXIV, 1995, p. 149-173.

27 Jon Mathieu, Hansruedi Stauffacher, Alpine Gemeindedemokratie oder aristokratische Herrschaft? Eine Gegenüberstellung zweier schweizerischer Regionen im Ancien Régime, in: Itinera, 1986, 5/6, p. 321-360, qui p. 322-336, propendono per un *Gemeindefeudalismus* e non per una *Gemeindedemokratie*.

28 Silvio Färber, Le forze e gli avvenimenti politici nei secoli XVII e XVIII, in: Storia dei Grigioni. Volume 2. L'età moderna, Chur 2000, vol. 2, p. 121-149, qui p. 123-127; Idem, Die Landesreform von 1603. Vergeblicher Versuch, die Korruption in der Verwaltung der Untertanenlande zu unterbinden, in: Corbellini e Hitz (vedi nota 3), p. 165-168, 175-177.

aristocratico, ad esempio dei governi urbani del Mittelland», e alla domanda conclusiva dell'indagine «Democrazia comunale alpina nell'Ancien Régime?» essi rispondono: se all'idea di democrazia si associano le tendenze egualitarie, ad esempio la parità di opportunità politiche, allora ciò non è mai esistito nei due territori considerati; se invece si richiama l'attenzione «sull'importanza dell'assemblea di Comunità [(Lands-)Gemeinde], sui vincoli che essa imponeva in modo specifico al dominio aristocratico», ci si avvicina alla realtà storica. Dunque, invece «che di democrazia comunale» si potrebbe «altrettanto bene parlare di feudalesimo comunale o di assolutismo comunale». ²⁹

Silvio Färber (che già nel 1983 aveva pubblicato un importante studio sul ceto signorile grigione nel s. XVII), ³⁰ nel 2000 così sintetizza la questione: nel Sei-Settecento «Circa una dozzina di casati, che contemporaneamente formavano una cerchia ristretta di nobili e signori, e tre dozzine di altre famiglie, componenti una cerchia meno influente, poterono dividersi al proprio interno tutto il potere in quei due secoli». Comunque la si definisca, «democrazia, aristodemocrazia, aristocrazia oppure oligarchia strutturata democraticamente», «nella realtà di tutti i giorni, la sovranità politica, che formalmente apparteneva al popolo, si trovava di fronte quasi ovunque la supremazia di un ceto dirigente che, guidato dalla *Realpolitik*, s'ingegnava a mantenere entro le proprie fila gli strumenti del potere e si adoperava ad assoggettare il popolo in una dipendenza di tipo clientelare».

Gli appartenenti a questo ceto dirigente si distribuiscono fra loro tutte le cariche pubbliche in patria e nei paesi sudditi: sempre «la scelta si limitò a una cerchia ristretta di notabili», mentre i «rapporti di dipendenza clientelare» fra magnati e gente comune condizionavano in maniera sostanziale le «elezioni formalmente democratiche», ma dominate «come sempre [da] maneggi e brogli», da «azioni di corruzione elettorale ancora più palesi, per giungere fino all'esplicita contrattazione e al commercio degli uffici più concupiti». ³¹

Perciò, già nei secoli precedenti, ma soprattutto nel Cinquecento (quando nasce lo Stato grigione), decaduta o scalzata la nobiltà feudale dalle comunità rurali, queste ultime si fondono in «entità statali proprie» e autonome. «Però questo processo condusse soltanto formalmente alla costituzione di società e configurazioni statali democratiche» perché legate al «diritto di cittadinanza», nonché per la nascita di nuovi gruppi dirigenti: «strutturato in famiglie, casati, clan», il nuovo ceto dirigente «non fu all'inizio una casta chiusa su se stessa, bensì uno strato sociale ancora del tutto aperto verso il basso», ma nel secolo XVI esso mostra una «chiara tendenza alla chiusura» interna. Così nei ss. XVII–XVIII le varie aree territoriali e istituzionali «erano controllate da oligarchie che agivano

²⁹ Mathieu, Stauffacher (vedi nota 27), p. 322, 354.

³⁰ Silvio Färber, *Der bündnerische Herrenstand im 17. Jahrhundert. Politische, soziale und wirtschaftliche Aspekte seiner Vorherrschaft*, Zürich, 1983, in specie alle p. 151–153 (ambito istituzionale), 325–329 (attività di partito), 358–361 (ambito ecclesiastico).

³¹ Färber (vedi nota 28), p. 123.

in alto grado in base al proprio volere», e non a quello (espresso o ipotetico che fosse) della maggioranza numerica dei cittadini.

«Immediatamente dopo la loro ascesa, gli appartenenti al nuovo ceto dirigente svilupparono concezioni sempre più peculiari di se stessi e consapevolmente le resero manifeste anche all'ambiente circostante. La coscienza di sé si rispecchia in maniera sfaccettata nel loro gusto e stile di vita, nelle modalità di sfruttamento della proprietà, nelle attività politiche e in altre professioni come anche nel comportamento di gruppo, distintamente riconoscibile».

Perché tutto questo avviene? Sembra quasi che nella popolazione grigione, nonostante i mutamenti politico-istituzionali intercorsi negli anni 1524–1526, sia ancora imbevuta di spirito, di umori feudali, che affiorano appena i loro portatori naturali (gli appartenenti ai vecchi e tradizionali ceti signorili) scompaiono o vengono esautorati: chi sta in cima alla scala gerarchica sociale un gradino appena sotto di loro, si fa prontamente avanti, deciso ad occupare lo spazio lasciato libero e adottando spirito, modi, procedure, forme (culturali, sociali, economiche, perfino insediative, architettoniche ed edilizie) ispirate o mutate dai loro predecessori appena scalzati dai loro seggi.

Come si diceva sopra, carattere comune diviene la ricerca dei «diplomi di nobiltà»: «È stupefacente in quale misura il paese da un lato si evolvesse democraticamente e dall'altro si rifacesse aristocratico a breve distanza di tempo. Chi voleva essere qualcuno, doveva possedere un titolo di nobiltà».³²

L'«aristocratizzazione» della società, le esigenze individuali e collettive che ne derivano, le manifestazioni pubbliche di tale processo, spingono dunque i soggetti implicati a perseguire un elevato *status* pubblico (e patrimoniale) tramite un *cursus honorum* che soltanto il disporre di «sudditi» può soddisfare appieno: tramite titoli onorifici (talora nobiliari veri e propri) ed entrate suppletive (rispetto alle ordinarie) ottenibili tramite i proventi leciti (e talora illeciti o al limite della liceità) delle cariche rivestite nei territori soggetti. Operazioni che sarebbero risultate ben più difficili se il *cursus honorum* si fosse limitato alle cariche interne allo Stato sovrano, in cui il controllo dei pari (e degli avversari politici) sarebbe stato ben più attento e incisivo in caso di malversazioni.

Note sui rapporti tra *Dominante* e *sudditi*, tra nobiltà e popolo

In questo quadro parrebbero, però, completamente assenti le popolazioni, le istituzioni, le istanze dei territori occupati nel 1512, emerse dopo le trattative e il primo periodo di faticoso adattamento al nuovo *status* politico seguito all'occupazione e alla stesura dei *capitoli* di aggregazione alle Tre Leghe. Ovviamente non è così: le comunità locali mantennero una continua interlocuzione coi poteri centrali dello Stato, negoziando ogni possibile aspetto dei reciproci rapporti poli-

32 Färber (vedi nota 28), p. 124–125.

tici, istituzionali, giuridici, economici, sociali, nonché di quelli interni ai territori sudditi se e in quanto regolati da norme generali e non locali (com'erano gli *Statuti* e i *privilegi* già vigenti o definiti nel 1512-1517).

Anche questo argomento è stato trattato infinite volte, e dunque non è il caso di soffermarci su un tema non risolvibile in questa sede (e forse in nessun'altra); piuttosto sembra utile richiamare un'interpretazione particolare dei rapporti fra Grigioni e baliaggi subalpini avanzata molto tempo fa e che rinvia tale discusso rapporto alle interazioni stabilite fra le classi dirigenti delle due aree nei suoi anni iniziali (1512-1513) e alla loro evoluzione nei decenni successivi: rapporto che avrebbe portato, *de facto* (quanto *de iure* si discute ancora), a una soggezione (più o meno esplicitamente) contrattata e accettata.

Nel 1991, riflettendo se riguardo all'accettazione di un «rapporto di dominanza-dipendenza» ci fosse stato un «elevato grado di consenso locale», mi chiedevo se veramente si fosse preferito, «per quanto ciò possa sembrare paradossale, un rapporto di soggezione ad uno di confederazione paritaria», come afferma il diplomatico veneziano Giovanni Battista Padavin in una relazione al Senato del 1605. Questi sostiene infatti che i Grigioni (a suo tempo) avessero offerto ai Valtellinesi di accoglierli nelle Leghe «ma essi ricusarono l'offerta, et se ne trovano hora pentitissimi»: gli aristocratici locali temevano che, mettendosi nelle condizioni (apparenti, più che reali) dei Grigioni «senza distinzione alcuna dal rustico al civile», i contadini «divenuti signori et compagni nel governo», avrebbero voluto «forse anco scacciar fuori dal paese totalmente la nobiltà, [...] et de puri coloni diventar assoluti padroni» dei terreni coltivati a colonia. Perciò gli aristocratici «si contentarono piuttosto restar sudditi, che dominanti con la compagnia de' rustici». ³³

Ma è plausibile il rifiuto della parità giuridica da parte aristocratica soltanto per paura, per il desiderio di salvaguardare i privilegi goduti da possibili, futuri rivolgimenti sociali? Poteva tale timore albergare veramente nell'animo degli aristocratici valtellinesi?

In realtà, ricorda Diego Zoia, nobiltà e popolo gestivano assieme i maggiori comuni con proprie, specifiche rappresentanze, senza particolari tensioni e certo senza alcun rischio di prevaricazioni «popolari». Strumento essenziale della vita comunitaria erano, peraltro, gli *Statuti*: «Certo i rapporti di forza erano, allora, come sempre, quelli che alla lunga si imponevano, sia per quanto riguardava la vita all'interno delle Comunità che a livello superiore, così come è innegabile che gli interessi dei ceti dominanti si fecero sentire, spesso pesantemente, sia nella stesura che nella gestione di tali strumenti normativi: è nella logica dei rapporti tra gli uomini e le classi. Ma è certo che in Valtellina gli Statuti comunitari rappresentarono nel loro complesso un essenziale strumento di democrazia, di uguaglianza,

33 Guglielmo Scaramellini, Grigioni e sudditi: una convivenza irrequieta. Considerazioni generali e un caso particolare, in: Quaderni Grigionitaliani, LX, 1991, numero speciale, p. 35-51, qui p. 37.

di difesa degli individui e delle classi più deboli contro le prevaricazioni e gli arbitri» delle altre componenti sociali.³⁴

Inoltre, in alcune località demograficamente più consistenti e socialmente più articolate, esistevano ed erano ufficialmente riconosciute «a livello istituzionale [...] due classi sociali: i «gentiluomini» e i «contadini», che si co-gestivano il potere tramite proprie rappresentanze formali»: così è, ad esempio, a Tirano, Teglio, Ponte, Chiuro, Sondrio, Morbegno...³⁵

«Nella quasi totalità dei casi» comunque «i diritti di tutti i capifamiglia, per quanto riguarda la politica pubblica comunitaria, erano uguali, e le eventuali limitazioni (età, divieto di rielezione ecc.) erano parimenti valide per tutti. Per tutti però, si badi bene, i capifamiglia che facessero parte della Comunità, perché i forestieri avevano ben diverso trattamento», essendo privi di diritti politici in sede locale (anche se provenissero dai comuni contermini).³⁶

Dunque, un quadro sociale e istituzionale tutt'altro che preoccupante per la nobiltà valtellinese, forte e consapevole del proprio potere: nonostante tale stato di equilibrio interclassista di comunità avvezze a bilanciare le diverse esigenze delle varie componenti sociali, mediando e trattando su ogni questione fosse sorta, il prestigio e il potere dell'aristocrazia erano comunque garantiti, in modo formale e, ancor più, sostanziale.

È possibile (e plausibile), perciò, che gli aristocratici valtellinesi temessero veramente l'instaurazione futura di un governo «popolare» che ne limitasse le prerogative e, perfino, ne tramasse l'eliminazione fisica? A mio avviso è un'ipotesi del tutto infondata, un timore tale da non togliere certo il sonno a nessuno dei notabili valligiani.

Il processo di aristocratizzazione in Valtellina e nei Contadi

Piuttosto occorre tornare alla gestione politica e istituzionale dello Stato retico, che, secondo l'efficace formula di Silvio Färber, si può realmente dire un'«oligarchia strutturata democraticamente», in cui la possibilità di adire alle cariche pubbliche (in patria come nei territori sudditi) costituisce, per i notabili grigioni, uno strumento di distinzione sociale rispetto alla gente comune nonché un'occa-

34 Diego Zoia, *Nel passato. Le comunità valtellinesi e i loro ordinamenti*, in: Aurelio Benetti et al., *Uomini delle Alpi. Contadini e Pastori in Valtellina*, Milano 1983, p. 111-159, qui p. 115-116. Di questo tema si è occupato in maniera acuta e approfondita Massimo Della Misericordia in molti saggi; qui segnalo soltanto: *Divenire comunità. Comuni rurali, poteri locali, identità sociali e territoriali in Valtellina e nella montagna lombarda nel tardo medioevo* (Collana Storia Lombarda – Studi e Ricerche, 16), Milano 2006, nonché: *Figure di comunità. Documento notarile, forme della convivenza, riflessione locale sulla vita associata nella montagna lombarda e nella pianura comasca (secoli XIV-XVI)* (Ad fontes), Morbegno 2008, p. 1-119.

35 Zoia (vedi nota 34), p. 122-123; Zoia (vedi nota 9), p. 91-104; Scaramellini, Zoia (a cura di) (vedi nota 8), vol. III, n. 75 (1575), 76 (1670), 77 (1589) p. 247-287.

36 Zoia (vedi nota 34), p. 156-157.

sione di arricchimento personale per i membri dell'aristocrazia repubblicana che si sta strutturando proprio mediante queste prassi socio-politiche.

Prassi che dunque escludono dall'accesso alle massime cariche istituzionali i componenti della classe dirigente indigena: tutte le maggiori toccano ai cittadini delle Leghe, che le distribuiscono secondo criteri che variano nel tempo, ma sempre tramite delle rotazioni (più o meno) oculute tra Comuni sovrani. Soltanto Bormio e Val San Giacomo nominano le loro massime cariche istituzionali, rispettivamente, il Podestà (accanto a quello inviato dalle Leghe) e il Ministrale (cui sono sottratti soltanto i giudizi sui reati «di sangue», riservati al Commissario di Chiavenna).

Per gli esponenti locali rimangono perciò soltanto le cariche in ambito comunale e quelle negli enti territoriali sovra-comunali secondari (Terzieri e Squadre in Valtellina, Giurisdizioni e Contado in Valchiavenna), come quella di Cancelliere dei rispettivi Consigli (di cui sono i veri gestori) e, dopo il 1639, di Assessore nei tribunali: spesso i magistrati grigioni sono digiuni di diritto, specie locale, e dunque necessitano di assistenza tecnica *in loco*. In questo modo (ma era la regola prevalente, tranne rarissime eccezioni, anche in epoca visconteo-sforzesca, quando però le fazioni tradizionali di guelfi e ghibellini erano ancora strumento di affermazione politica e sociale)³⁷ alla nobiltà indigena era preclusa la via delle maggiori cariche pubbliche, ed anzi doveva cedere la primazia socio-politica in casa propria a personaggi esterni, spesso (e a maggior scorno) di condizione sociale inferiore alla propria. Donde grande e profondo il malcontento che si stava sedimentando nell'aristocrazia in specie valtellinese, e che la spingerà a sottrarsi, con un'azione violenta, a questa soggezione.

Anche in Valtellina, dunque, è una questione di ceto o di classe: da un canto, il tentativo di pieno mantenimento dello *status aristocratico* da parte della vecchia nobiltà di origine feudale e, dall'altro, del suo conseguimento da parte di un piccolo ma agguerrito manipolo di *homines novi* che, uscendo dalla parte più elevata, per censo, del ceto contadino, della borghesia artigianale, commerciale, professionale, adisce alla classe dirigente locale e persegue un'ulteriore distinzione dal ceto d'origine mediante la ricchezza mobile, l'incremento della proprietà fondiaria, l'acquisizione di titoli accademici, l'accesso allo *status* nobiliare e al cavalierato per concessione sovrana, fondendosi infine con la vecchia élite feudale, soprattutto per via matrimoniale.

Insomma, anche nei territori sudditi si gioca, e talora si vince, la partita dell'aristocratizzazione, che prevede sì l'accettazione della dipendenza dalle Leghe, ma un ulteriore e più netto distacco degli esponenti della nuova nobiltà dal vecchio ceto popolare di provenienza. Un gioco che non sappiamo se e quanto valesse la candela, ma che i protagonisti del tempo sembra abbiano perseguito e risolto in

37 Massimo Della Misericordia, *Dividersi per governarsi: fazioni, famiglie aristocratiche e comuni in Valtellina in età viscontea (1335-1447)*, in: *Società e storia*, XXII, 1999, n. 86, p. 715-766; Idem, *La «coda» dei gentiluomini. Fazione, mediazione politica, clientelismo nello stato territoriale: il caso della montagna lombarda durante il dominio sforzesco*, in: Marco Gentile (a cura di), *Guelfi e ghibellini nell'Italia del Rinascimento*, Roma 2005, p. 275-389.

un modo forse non ottimale in astratto (e giudicato *a posteriori*), ma certamente in quello che allora pareva loro il migliore possibile.

La religione degli Svizzeri e la sua funzione sociale e politica

Ma c'è un altro aspetto che il Machiavelli mette in evidenza riguardo alla religiosità degli Svizzeri e che qui ci interessa quasi come un preannuncio della Riforma religiosa (allora di là da venire, benché non poche ne fossero le avvisaglie): anzi, per chi legge oggi, quasi un fattore che predisponesse oggettivamente all'accettazione e alla diffusione della Riforma nella versione promossa dal sacerdote, poi divenuto *antistes* della chiesa riformata di Zurigo, Huldrych Zwingli.

Nel *Principe* la visione della religione quale strumento di governo è chiara: scorrendo su come i «Principati nuovi» [«neuen Herrschaften»] vengano acquisiti, l'autore scrive: «per venire a quelli che per propria virtù e non per fortuna sono diventati principi, dico che li più eccellenti sono Moisè, Ciro, Romulo, Teseo e simili. [...] Ma consideriamo Ciro e li altri che hanno acquistato o fondato regni: li troverrete tutti mirabili; e se si considerranno le azioni et ordini loro particolari, parranno non discrepanti da quelli di Moisè, che ebbe sí gran precettore» (essendo egli «uno mero esecutore delle cose che li erano ordinate da Dio»).³⁸ Grandi personaggi storici che avevano fondato i loro «principati» su nuovi «ordini» anche, e talora soprattutto, religiosi, ma con un *caveat*: «Moisè, Ciro, Teseo, e Romulo non arebbono potuto fare osservare lungamente le loro costituzioni, se fussero stati disarmati, come ne' nostri tempi intervenne a Frate Girolamo Savonarola, il quale rovinò ne' suoi ordini nuovi, come la moltitudine cominciò a non credergli, e lui non aveva il modo da tenere fermi quelli, che avevano creduto, nè a far credere i discredenti» [*Principe*, VI].³⁹

Il Machiavelli aveva infatti sperimentato la vita in una repubblica di tendenza teocratica ispirata, appunto, dal domenicano Girolamo Savonarola negli anni 1493–1498, finita tragicamente col rogo del frate, accusato di eresia, e come tale arso pubblicamente in Firenze, con due confratelli, in piazza della Signoria.⁴⁰

38 Nicolò Machiavelli, Das Buch von Fürsten, nach A. W. Rehberg's Uebersetzung, mit Einleitung und Erläuterung neu herausgegeben von Dr. Max Oberbreyer, Projekt Gutenberg, VI. «Aber um auf die zu kommen, welche durch eigne Tapferkeit mehr als durch Glück auf einen Thron erhoben sind, so sage ich, daß Moses, Cyrus, Romulus, Theseus und ähnliche die vorzüglichsten gewesen sind. Von Moses ist hier nicht viel zu sagen, weil er nur ausführte, was ihm von Gott aufgetragen war, und er also nur deswegen bewundert zu werden verdient, weil Gott ihn seiner Aufträge würdigte.»

39 Machiavelli (vedi nota 38), 6: «Moses, Cyrus, Theseus, Romulus hätten ihre Anordnungen nicht lange aufrecht erhalten können, wenn sie nicht Gewalt der Waffen hätten gebrauchen können; so wie es zu unsern Zeiten dem Fra Girolamo Savonarola gegangen ist, der mit sammt seiner neuen Staatsverfassung zu Grunde ging, als das Volk aufhörte ihm zu glauben, und er keine Mittel hatte, seine Jünger beim Glauben festzuhalten, und die Ungläubigen zu überführen.»

40 Luigi Lazzerini, Machiavelli e Savonarola. L'esortazione alla penitenza e il Miserere, in: Rivista

Il pensiero del Fiorentino è sviluppato in maniera più chiara nei *Discorsi* [L. I, 11: «Della Religione de' Romani»], con un esempio antico accostato al contemporaneo: il secondo re di Roma, Numa Pompilio «trovando uno popolo ferocissimo, e volendolo ridurre nelle obediienze civili con le arti della pace, si volse alla religione, come cosa al tutto necessaria a volere mantenere una civiltà; e la costituì in modo, che per più secoli non fu mai tanto timore di Dio quanto in quella repubblica; il che facilitò qualunque impresa che il Senato o quelli grandi uomini romani disegnassero fare»: ⁴¹ «e tutto nasceva perché voleva mettere ordini nuovi ed inusitati in quella città, e dubitava che la sua autorità non bastasse». ⁴²

Venendo, dunque, alla vicenda del frate ferrarese: «E benché agli uomini rozzi più facilmente si persuada uno ordine o una opinione nuova, non è però per questo impossibile persuaderla ancora agli uomini civili e che presumono non essere rozzi. Al popolo di Firenze non pare essere né ignorante né rozzo: nondimeno da frate Girolamo Savonarola fu persuaso che parlava con Dio. Io non voglio giudicare s'egli era vero o no, perché d'uno tanto uomo se ne debbe parlare con riverenza: ma io dico bene, che infiniti lo credevono senza avere visto cosa nessuna straordinaria, da farlo loro credere: perché la vita sua la dottrina e il soggetto che prese, erano sufficienti a fargli prestare fede. Non sia, pertanto, nessuno che si sbigottisca di non potere conseguire quel che è stato conseguito da altri: perché gli uomini, come nella prefazione nostra si disse, nacquero, vissero e morirono, sempre, con uno medesimo ordine». ⁴³

di storia e letteratura religiosa, LXIV, 2008, n. 2, p. 385–402; Michele Lodone, Savonarola e Machiavelli. Una nota su *Discorsi* I 11, in: *Interpres*, XXX, 2011, p. 284–298.

⁴¹ Machiavelli (vedi nota 16), B. I, 11: «Roms erster Gründer war Romulus; ihm hat es wie eine Tochter Geburt und Erziehung zu danken. Doch die Götter hielten seine Einrichtungen für ein so großes Reich nicht für ausreichend und gaben dem römischen Senat ein, den Numa Pompilius zu seinem Nachfolger zu ernennen, damit er ergänzte, was jener verabsäumt hatte. Numa fand ein noch ganz wildes Volk vor und wollte es durch die Künste des Friedens an bürgerlichen Gehorsam gewöhnen. In der Religion erkannte er die notwendigste Stütze der bürgerlichen Ordnung, und er richtete sie so ein, daß jahrhundertlang nirgends größere Gottesfurcht herrschte als in der römischen Republik. Jede Unternehmung des Senats oder der großen Männer Roms wurde dadurch erleichtert.»

⁴² Machiavelli (vedi nota 16), B. I, 11: «Man sieht ja auch, daß Romulus zur Einsetzung des Senats und zu den andern bürgerlichen und militärischen Einrichtungen die Gottesfurcht nicht nötig hatte, wohl aber Numa, der Zusammenkünfte mit einer Nymphe vorgab, die ihn belehrte, was er dem Volke anraten sollte.»

⁴³ Machiavelli (vedi nota 16), B. I, 11: «Zwar lassen sich rohe Menschen leichter zu einer neuen Einrichtung oder Ansicht überreden, aber das schließt nicht aus, daß man auch gebildete Menschen, die sich nicht für roh halten, davon überzeugt. Das Volk von Florenz hält sich weder für roh noch für unwissend, und doch ließ es sich von Bruder Girolamo Savonarola überreden, daß er mit Gott spräche. Ob dies zutraf oder nicht, will ich nicht entscheiden, denn von einem solchen Manne muß man mit Ehrfurcht reden. Aber ich sage, daß unzählige ihm glaubten, ohne irgend etwas Außerordentliches gesehen zu haben, das ihren Glauben rechtfertigte. Denn sein Wandel, seine Lehre, der Gegenstand, den er erfaßte, genügten, um ihm Glauben zu verschaffen. Deshalb verzweifle niemand, das ausführen zu können, was andre ausgeführt haben; denn wie ich in meiner Vorrede sagte, sind die Menschen in Geburt, Leben und Tod stets dem gleichen Gesetz unterworfen.»

Nei *Discorsi* il ragionamento è quindi più complesso e profondo, volendo esso dare un'interpretazione storica generale, non legata a un tempo specifico (il primo '500 del *Principe*, cui si addice una sostanziale strumentalità dei consigli), ma, oltre al (suo) presente, tutto il passato conosciuto e il futuro in cui proiettare gli insegnamenti che la storia umana fornisce: dunque delle norme di comportamento per i governanti e gli aspiranti tali di validità generale – per quanto gli sia possibile individuare.

Chiarissima è infatti la sua idea «Di quanta importanza sia tenere conto della religione, e come la Italia, per esserne mancata mediante la Chiesa romana, è rovinata» [*Discorsi*, L. I, 12]: «Quelli principi o quelle repubbliche, le quali si vogliono mantenere incorrotte, hanno sopra ogni altra cosa a mantenere incorrotte le cerimonie della loro religione, e tenerle sempre nella loro venerazione; perché nessuno maggiore indizio si puote avere della rovina d'una provincia, che vedere dispregiato il culto divino». ⁴⁴ Indipendentemente dal fatto che il «Principe» creda o no in tali principii: del resto sull'atteggiamento del Machiavelli riguardo alla religione si sono versati fiumi d'inchiostro.

«Debbono, adunque, i principi d'una repubblica o d'uno regno, i fondamenti della religione che loro tengono, mantenergli; e fatto questo, sarà loro facil cosa mantenere la loro repubblica religiosa, e, per conseguente, buona e unita» anche sul piano morale, civile, militare. ⁴⁵

Ritenendo, il segretario fiorentino, la Chiesa romana responsabile della frammentazione politica dell'Italia e della sua decadenza non solo morale, ma anche religiosa, scrive che chi volesse averne la prova «bisognerebbe che fusse di tanta potenza che mandasse ad abitare la corte romana, con l'autorità che l'ha in Italia, in le terre de' Svizzeri; i quali oggi sono, solo, popoli che vivono, e quanto alla religione e quanto agli ordini militari, secondo gli antichi: e vedrebbe che in poco tempo farebbero più disordine in quella provincia i rei costumi di quella corte, che qualunque altro accidente che in qualunque tempo vi potesse sorgere» [L. I, 12]. ⁴⁶

Pensiero che ribadisce poco oltre: «Vedesi bene, nella provincia della Magna, questa bontà e questa religione ancora in quelli popoli essere grande; la quale fa

⁴⁴ Machiavelli (vedi nota 16), B. 1, 12: «Monarchien und Republiken, die sich unverdorben erhalten wollen, müssen vor allem die religiösen Bräuche rein und in Ehrfurcht erhalten. Denn es gibt kein schlimmeres Zeichen für den Verfall eines Landes als die Mißachtung des Gottesdienstes. Das ergibt sich leicht, wenn man erkannt hat, worauf sich die Religion, in der ein Mensch geboren ist, gründet. Denn jede Religion hat ihre eigenen Grundlagen und ihr Lebensprinzip.»

⁴⁵ Machiavelli (vedi nota 16), B. 1, 12: «Daraus entstanden die Tempel, die Opfer, die Bitt- und Dankfeste und alle andern Kultgebräuche; denn das Orakel zu Delphi, der Tempel des Jupiter Ammon und andre berühmte Orakelstätten hielten die Welt in Bewunderung und Andacht. Als sie aber später nach dem Willen der Machthaber zu sprechen begannen und die Völker den Betrug merkten, wurden sie ungläubig und zur Störung jeder guten Ordnung geneigt.»

⁴⁶ Machiavelli (vedi nota 16), B. 1, 12: «Wer sich durch eigne Erfahrung von dieser Wahrheit überzeugen wollte, der müßte die Macht haben, den römischen Hof mit allem Ansehen, das er in Italien hat, nach der Schweiz zu versetzen, dem einzigen Lande, wo man heute noch in Religion und Kriegswesen nach den Regeln der Alten lebt. Dann würde er sehen, daß die schlimmen Sitten dieses Hofes in jenem Lande mehr Unordnung hervorrufen würden, als irgendein Unglück dort je hätte anrichten können.»

che molte repubbliche vi vivono libere, ed in modo osservano le loro leggi che nessuno di fuori né di dentro ardisce occuparle» [L. I, 55].⁴⁷

Ma in che modo, a suo avviso, la pratica religiosa delle comunità svizzere ne favorisce la retta gestione politica e l'indipendenza dello Stato? [L. I, 11-13]

Gli esempi antichi riportati dal Machiavelli consistono tutti in plateali inganni ai danni del popolo (escluso Mosè), ma nondimeno l'autore li loda e li considera fondamentali per la formazione, la sussistenza e la potenza dello Stato romano, e perciò di qualunque altro Stato, anche moderno. Ma la sua visione positiva degli Svizzeri si deve forse al fatto che la loro condizione di «montanari» (e come tali più ingenui degli abitanti delle città, oltre che assai lontani dalla Roma papale) li porta forse a maggiore credulità e disponibilità ad accettare principii e precetti religiosi?

Dunque ciò che all'autore sembra fondamentale nella religione, perché capace di stringere i vincoli politici, è ciò che gli storici delle religioni direbbero il «numinoso»,⁴⁸ il misterioso, il tremendo, il fascinoso, cioè l'imperscrutabile all'essere umano, il cui mancato rispetto può avere conseguenze – inattese – letali per l'individuo o lo Stato. Caratteristico delle religioni antiche, non è presente nel Cristianesimo, i cui rapporti trascendenti e le cui regole morali sono ben chiari a tutti i credenti, in una sorta di contratto esplicito tra fedeli e divinità.

Ma questa religiosità, per così dire «antica», è attribuibile agli Svizzeri del tempo? E come si spiega la visione che della loro «religione» ha il Machiavelli (a meno che io l'abbia malamente inteso)?

Ridando la parola al nostro autore: come nell'antica Roma, anche nelle Repubbliche della «Magna» vige questo costume: quando «occorre loro bisogno di avere a spendere alcuna quantità di danari per conto pubblico», i magistrati impongono una tassa proporzionale alle facoltà di ognuno («a tutti gli abitanti della città uno per cento, o due, di quello che ciascuno ha di valsente»); quindi «secondo l'ordine della terra si rappresenta ciascuno dinanzi agli riscotitori di tale imposta; e, preso prima il giuramento di pagare la conveniente somma, getta in una cassa a ciò deputata quello che secondo la coscienza sua gli pare dovere pagare: del quale pagamento non è testimone alcuno, se non quello che paga. Donde si può conietturare quanta bontà e quanta religione sia ancora in quegli uomini» [L. I, 55].⁴⁹

47 Machiavelli (vedi nota 16), B. 1, 55: «In Deutschland dagegen findet man diese Rechtschaffenheit und Frömmigkeit noch in hohem Maße, und deshalb gibt es dort auch viele freie Städte, die derart nach ihren Gesetzen leben, daß kein äußerer oder innerer Feind etwas gegen ihre Freiheit zu unternehmen wagt.»

48 Rudolf Otto, *Das Heilige. Über das Irrationale in der Idee des Göttlichen und sein Verhältnis zum Rationalen*, Breslau 1917, p. 5-12.

49 Machiavelli (vedi nota 16), B. 1, 55: «Brauchen diese Städte nämlich Geld zu öffentlichen Zwecken, so erhebt die Behörde oder der Rat, die dazu befugt sind, von allen Einwohnern der Stadt ein oder zwei Prozent von ihrem Vermögen. Ist nun dieser Beschluß verfassungsmäßig genehmigt, so erscheint ein jeder vor den Steuereinnehmern, leistet einen Eid, die gebührende Summe zu zahlen, und wirft so viel in einen dazu bestimmten Kasten, als er nach seinem Gewissen schuldig zu sein glaubt, ohne ein andres Zeugnis als sein eignes. Hieraus kann man schließen, wieviel Redlichkeit und Frömmigkeit noch bei diesem Volke herrscht. Denn man muß anneh-

«E chi discorrerà infinite azioni, e del popolo di Roma tutto insieme, e di molti de' Romani di per sé, vedrà come quelli cittadini temevano più assai rompere il giuramento che le leggi; come coloro che stimavano più la potenza di Dio, che quella degli uomini» [L. I, 11].⁵⁰

Insomma, pronunciato il giuramento – e quindi impegnata davanti a Dio la propria coscienza e la propria salvezza eterna – il cittadino versa quanto ritiene giusto e doveroso, e nessuno ne dubita. Che tutto avvenga proprio in questo modo non sappiamo; certo sembra lo pensino i cittadini di tali Stati e lo stesso Machiavelli. Dunque il giuramento davanti a Dio è motivo sufficiente perché il debitore paghi il dovuto e gli astanti non ne possano dubitare.

Verosimilmente ciò varrebbe anche dopo l'adesione di molti di loro alla Riforma, non essendo cambiato il rapporto personale fra Dio e individuo umano, anzi esso si fosse addirittura rafforzato con l'eliminazione di ogni mediazione umana fra i due contraenti.

La comunalizzazione della vita religiosa nelle Tre Leghe

Le ragioni di questa compenetrazione fra vita spirituale e vita civile in Svizzera (e nei Grigioni) si spiega con le tendenze (allora in atto già da tempo) alla «comunalizzazione» della vita religiosa, che i decreti del 1524–1526 rafforzano con un modello di gestione che è stato definito «confessionalismo parrocchiale» e che ha portato al totale controllo delle istituzioni religiose locali da parte della comunità civile di base. Del resto Ulrich Pfister scrive che questi primi provvedimenti erano un «repertorio di richieste contadine più che un documento costituzionale»; inoltre gli *Articoli* del 1526 erano più avanzati di quelli del 1524, e che «nella loro direttrice d'attacco, questi erano però preconfessionali e come tali indirizzati contro la diocesi per l'insediamento di una Chiesa di comunità» e all'eliminazione di ogni sovrastruttura gerarchica e istituzionale remota, e come tali oggettivamente favorevoli alla diffusione della Riforma, benché ad essa non direttamente collegati.

In effetti, tale movimento di «comunalizzazione» della vita religiosa era attivo quando ancora la maggioranza dei Comuni e della popolazione locale aderiva alla Chiesa cattolica: quindi il movimento dei contadini, «teso a liberarsi della signoria vescovile, portò a una Chiesa di comunità ancora completamente pre-

men, daß jeder die richtige Summe zahlt; sonst würde ja die Steuer nicht die Summe erreichen, die sie nach den früheren Einnahmen haben müßte. Der Betrug müßte sich also herausstellen, und man hätte dann längst ein andres Verfahren eingeführt. Diese Redlichkeit ist in unsrer Zeit um so mehr zu bewundern, je seltner sie ist; ja sie scheint allein noch in Deutschland zu bestehen.»

50 Machiavelli (vedi nota 16), B. I, 11: «Aus zahllosen Handlungen des gesamten Volkes oder einzelner Römer sieht man, daß die Bürger sich mehr scheuten, ihren Eid zu brechen, als die Gesetze zu übertreten, weil sie Gottes Macht höher achteten als die der Menschen.»

confessionale», nonostante i legami col movimento evangelico che allora si stava sviluppando nell'area germanica meridionale, cui le Leghe erano viepiù legate.⁵¹

La prassi adottata dai Comuni sovrani di decidere democraticamente (con votazione a maggioranza) la scelta del parroco (secondo il programma, per così dire, confessionale dei candidati) li portò a scegliere, caso per caso, fra il mantenimento della vecchia fede o l'adozione della nuova.

Così, poco alla volta, la maggioranza delle comunità civili (e delle corrispettive parrocchie) passò alla Riforma, finché, dopo la metà del Cinquecento, prevalsero numericamente le comunità evangeliche: le istituzioni politiche ne vennero così conformate, raggiungendo un equilibrio (che si mantenne sostanzialmente stabile fino al Novecento) di due terzi di popolazione riformata e un terzo cattolica.⁵²

La struttura democratica e federale dello Stato impedì che nei Grigioni (come nella Confederazione svizzera) la confessione maggioritaria sovrastasse la minoritaria, secondo il principio «Cuius regio, eius religio», vigente invece nei territori confinanti dell'Impero dopo la Pace di Augusta (1555).

I motivi di questa scelta di tolleranza obbligata risultano evidenti nella memoria presentata dal pastore Ulrich Campell al Sinodo retico nel 1577, e che Florian Hitz ha illustrato nel 2010: secondo il ministro engadinese per la maggioranza riformata delle Leghe non solo sarebbe stato lecito, ma perfino doveroso costringere la minoranza cattolica ad abbandonare (per il suo bene futuro) una fede ritenuta deleteria, ma le condizioni politiche della federazione lo rendono impossibile, pena una guerra interna che avrebbe ulteriormente lacerato uno Stato già profondamente diviso.

Costrizione che sarebbe stata ancor più lecita e opportuna nei confronti dei sudditi in gran maggioranza cattolici, ma che non era (allora) praticabile per motivi analoghi: ne sarebbe scaturita una ribellione generale che avrebbe generato una guerra civile e l'intervento certo delle potenze cattoliche dell'area, dalla Spagna insediata a Milano agli Asburgo di Tirolo e Austria ai sette Cantoni svizzeri cattolici.⁵³

51 Pfister, Chiese (vedi nota 5), p. 212. Tale interpretazione è ribadita, con maggior dovizia di informazioni e considerazioni specifiche in: Idem, Konfessionskirchen (vedi nota 5), p. 45-46, 54, 407-408. Sull'ampiezza dell'opzione «comunista» nell'organizzazione ecclesiastica territoriale nel territorio alpino, indipendentemente dall'affermazione della Riforma, Massimo Della Misericordia, *Comune Ecclesie. Chiese e società locali in Valtellina e nelle Alpi lombarde nel tardo medioevo*, Quaderni della Società storica valtellinese, 3, Sondrio 2015, nonché: Il prete del comune e l'ufficio della cura d'anime in diocesi di Como nel tardo medioevo, in Federico Zuliani (a cura di), *Una nuova frontiera nel centro dell'Europa. Le Alpi e la dorsale cattolica (sec. XV-XVII)*, Storia Studi e ricerche, Milano 2020, p. 103-131, in cui definisce il sacerdote così assunto «il funzionario del sacro» (p. 113-120).

52 Pfister, Chiese (vedi nota 5), p. 215-216; Idem, Konfessionskirchen (vedi nota 5), p. 12-13, 45-65, 92-98, 106-114, 408-409, 465-478.

53 Florian Hitz, *Im Veltlin die Reformation durchsetzen: Ein Traktat von Ulrich Campell, 1577*, in: *Jahrbuch der Historischen Gesellschaft von Graubünden*, 140, 2010, p. 5-62; Pfister, Konfessionskirchen (vedi nota 5), p. 127-128; Guglielmo Scaramellini, *L'insurrezione valtellinese contro le Tre Leghe e la strage dei riformati nel 1620: «per rispetto di religione» o per «interes-*

Dunque le Tre Leghe divennero e rimasero per tutto il resto della loro esistenza uno Stato in cui non soltanto le istituzioni politiche e amministrative erano federali, ma lo erano anche quelle religiose ed ecclesiastiche: anche a costo di risultare, sul piano materiale e spirituale, farraginose e alquanto inconcludenti. Ma ogni medaglia ha un rovescio, e l'efficienza difficilmente convive col pluralismo.

Zusammenfassung:

Die Gemeinen Drei Bünde im frühen 16. Jahrhundert. Von der demokratischen Republik zur kollektiven Fürstenherrschaft – vom Kirchenfürstentum zur Föderation der Gemeindekirchen

Die italienische Geschichtsschreibung hat die Ausfertigung und den Inhalt des Bundsbriefs von 1524 ignoriert, obwohl die Konsolidierung der Staatlichkeit der Drei Bünde einen grösseren Zugriff auf die 1512 eroberten südlichen Gebiete ermöglicht und den Übergang von einem Zustand institutioneller Unsicherheit zu einer fortschreitenden Unterwerfung und politischen Unterordnung begünstigt hatte. Eine Kombination von institutionellen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Prozessen begünstigte eine grössere Freiheit im religiösen Bereich und führte dazu, dass sich zwei Drittel der Bündner Bevölkerung der Reformation anschlossen.

Die politische und historiografische Debatte über die Verbündung oder den Grad der Unterwerfung (bedingt oder absolut) hat keine sicheren Antworten gefunden, sondern wurde im 18. Jahrhundert durch die Überlegungen der Aufklärung beendet, dass eine demokratische Republik prinzipiell keine Untertanen haben könne. Zu Beginn des 16. Jahrhunderts war die Frage schon von Niccolò Machiavelli behandelt worden in seinen *Discorsi sulla prima deca di Tito Livio* (1512–1519 verfasst und 1531 veröffentlicht). Seine Ausführungen basierten auf theoretischen Annahmen und genauen geschichtlichen Vorstellungen über die Schweizerische Eidgenossenschaft, die in jenen Jahren zu einer politisch-militärischen Macht von europäischem Rang aufgestiegen war, was auch den mit ihr verbündeten Drei Bünden zugute kam. Machiavelli fragt sich: Kann eine föderale Republik Untertanen haben und auch behalten? Historische Präzedenzfälle in der Antike und in der Neuzeit zeigen ihm, dass Republiken dafür so mächtig sein müssten, dass sie die Untertanen mit Gewalt in die Schranken weisen können. Sie können sich dazu auch mit andern Untertanen zusammentun, denen sie den Status gleichberechtigter Bundesgenossen zugestehen. Das würde aber nicht nur ihre Macht, sondern auch die möglichen inneren Kontraste verstärken. Die Ablehnung solcher Praktiken durch die Schweizer (und die Bündner) diente daher der klugen institutionellen Verwaltung und dem Überleben dieser demokratischen Republik.

se dello stato», in: Archivio Storico Lombardo, CXLVI, 2020, p. 103–153, 111–112, 117–119, 122–125.

Eine zweite Beobachtung von Macchiavelli bezieht sich auf eine spirituelle Dimension: Die Religiosität der Schweizer und ihre soziale und politische Funktion ähnelten denen des antiken Roms, in dem die Bindung an das Göttliche (besiegelt durch den Eid) stärker war als an das Menschliche (die Gesetze des Staates). Diese individuelle und kollektive Beziehung war ein Faktor für das Festhalten und die Ausbreitung der zwinglianischen Reformation, in der die politischen Basiskollektive durch ihre Vergemeinschaftung die gesamte religiöse Frage verwalteten.

Il marchesato di Musso, tallone d'Achille delle Tre Leghe

Espansione territoriale e dinamiche belliche nella stipula della Carta del 1524

Saveria Masa

La Carta della Lega stipulata il 23 settembre 1524 rappresenta il punto d'approdo di un lungo periodo storico, che segnò profondamente le Tre Leghe e le condusse a prendere coscienza della loro esistenza statale. Agli inizi di quel secolo, le Tre Leghe si delineavano come un'entità statale ancora embrionale sia sotto l'aspetto giurisdizionale che nell'attribuzione definita del potere politico, prerogativa ancora spartita, senza confini ben delimitati, tra interlocutori individuali e istituzionali che vantavano a vario titolo diritti di signoria e di sovranità. «Che alla repubblica retica mancassero diversi attributi specifici dello Stato moderno, a quel tempo *in fieri* in tutta Europa, non era nulla di straordinario nel contesto della Confederazione svizzera, ma certo era particolarmente evidente nel Libero Stato».¹ Sul finire del Quindicesimo secolo lo *status* giuridico di alcuni dei comuni delle Tre Leghe era ancora incerto, oscillante tra velleità autonomistiche e antiche appartenenze all'Impero. Una incertezza giuridica che andrà accentuandosi nei primi anni del nuovo secolo, quando le Tre Leghe saliranno alla ribalta della scena internazionale europea anche e soprattutto in relazione alle mire espansionistiche che queste nutrivano da tempo a sud dei loro confini.

Nel vasto quadro delle tematiche trattate in questo volume, dedicato al dibattito sulla storia e sulla cultura della memoria nella formazione della Repubblica delle Tre Leghe, il presente contributo si inserisce come ulteriore sollecitazione riguardo alle ragioni che sottessero al patto d'unione del 1524, conducendo la prospettiva di lettura delle cause di tale esito istituzionale, anche al di fuori o a margine del confine territoriale delle Tre Leghe stesse. Si cercherà pertanto di provare in che misura la conquista delle valli poste a sud dello spartiacque retico verificatasi nel 1512, e gli eventi bellici che ne seguirono di lì a poco per mantenere la posizione di dominio acquisita, abbiano rappresentato un contributo significativo a sollecitare la produzione di una Carta costituzionale che conferisse un ordinamento giuridico e amministrativo più strutturato a uno Stato «nascente» qual era la repubblica delle Tre Leghe.² È possibile infatti ritenere che le vicende

1 Andreas Wendland, *Passi alpini e salvezza delle anime. La Spagna, Milano e la lotta per la Valtellina 1620-1641*, Sondrio 1999, p. 32.

2 Sul tema del ruolo indiretto che le guerre di Musso esercitarono sulle Tre Leghe e la presa di coscienza della necessità di organizzare una struttura statale e di politica estera più solida, il

seguite al 1512 – contraddistinte a fasi alterne da violenti scontri bellici e da alleanze di buon vicinato che misero in relazione le Tre Leghe con il castellano di Musso dal 1523 al 1532 – concorsero ad accelerare la fisionomia politica e statuale che la neonata repubblica retica andava costruendosi, nel delicato equilibrio dei rapporti interni al potere dei comuni giurisdizionali, così come nel suo indiscusso ruolo di potenza strategica del territorio alpino, in grado di incidere sulle dinamiche della politica internazionale?

È noto come le guerre cosiddette di Musso abbiano contribuito a destabilizzare l'organizzazione non ancora definitiva dei territori da poco conquistati da parte delle Tre Leghe e che, solo tramite un'azione sinergica e decisiva delle forze militari retiche, queste ebbero ragione delle forti ambizioni espansionistiche del castellano di Musso, Gian Giacomo Medici. Così com'è altrettanto documentato che il *casus belli* delle guerre di Musso sia stato il tentativo di riconquista dei territori già soggetti al Ducato di Milano che le Tre Leghe si erano affrettate ad occupare nel 1512, venuto meno il dominio francese che dal 1499 governava sull'oramai dissolta signoria milanese, ossia la Valtellina, le due contee di Bormio e Chiavenna e le Tre Pievi sul lago di Como (Sorico, Dongo e Gravedona).³

Per fare luce dunque sulla questione, l'indagine non può esimersi dal rimarcare che cosa abbia rappresentato concretamente per le Tre Leghe la conquista dei territori sul fronte meridionale. L'ampia stagione di studi legata alla storia dell'espansione del dominio grigione a sud delle Alpi Retiche ha posto in evidenza, documentandone ampiamente il fenomeno, quanto i grigioni, con un approccio sostanzialmente pragmatico, mirassero ad estendere i propri domini per motivi prioritariamente economico-commerciali prima ancora che politici.⁴ Le Tre Leghe erano costituite da un territorio montagnoso, in buona parte abitato anche a quote molto elevate, la cui popolazione aveva da tempo trovato una validissima fonte di sopravvivenza che integrasse quella prioritaria dell'allevamento del bestiame, proprio nella particolare conformazione geomorfologica delle sue valli traversate

dibattito è stato sinora piuttosto cauto e sporadico, benché puntuali, al riguardo, siano state le osservazioni di alcuni studiosi come Francesco Bertoliatti, Jürg Stüssi, Martin Bundi, Andreas Wendland, ai quali studi si rimanda nelle note successive.

3. Sulle cause della conquista della Valtellina e delle contee di Bormio e di Chiavenna la storiografia è sufficientemente ampia. In questa sede ci si limiterà a menzionare gli esiti degli studi più recenti, come gli atti del convegno storico realizzato in occasione dei 500 anni dalla conquista della Valtellina e dei contadi da parte dei Grigioni, tenutosi a Tirano e a Poschiavo il 22 e il 23 giugno 2012, pubblicati da Augusta Corbellini e Florian Hitz (a cura di), 1512 I grigioni in Valtellina, Bormio e Chiavenna / Die Bündner im Veltlin, in Bormio und in Chiavenna, Sondrio-Poschiavo 2012. Particolarmente utili sono pure i saggi di Guglielmo Scaramellini, I rapporti fra le Tre Leghe, la Valtellina, Chiavenna e Bormio, in: Storia dei Grigioni. L'età moderna, Bellinzona 2000, vol. II, p. 142-175; Idem, A cinquecento anni dai controversi eventi del 1512-1513. Dalle visioni storiografiche tradizionali alle interpretazioni più recenti, in: Bollettino della Società Storica Valtellinese, 65, 2012, p. 83-152; Olimpia Aureggi Ariatta, Cause e scopi dell'occupazione grigiona del 1512 nelle valli dell'Adda e della Mera, in: Bollettino della Società Storica Valtellinese, 66, 2013, p. 47-63.

4. Martin Bundi, Das Veltlin im Schnittpunkt bündnerischer Verkehrs und Handelspolitik im 16. Jahrhundert, in: Corbellini, Hitz (vedi nota 3), p. 117.

da numerosi valichi e da altrettante vie di transito. Tale sistema viario era costituito da un fitto reticolo di strade che servivano in parte al transito di collegamento infralpino tra le comunità o per l'accesso agli alpeggi, e in parte alla viabilità transalpina, strutturata su tragitti di grande percorrenza che consentivano ai mercanti di superare le Alpi sia verso la Pianura Padana sia verso le valli del Reno e del Danubio.⁵ Il mantenimento di queste vie d'accesso, attraverso la manutenzione delle strade e dei valichi e lo sviluppo di un istituto consorziale di trasporti, chiamato sistema dei Porti, favorirono una grande fonte di guadagno.⁶ Verso la fine del Quindicesimo secolo le Tre Leghe erano oramai ben consapevoli di quanto un'espansione del loro raggio di influenza alle valli adiacenti come la Valtellina, la Valchiavenna e il bormiese, direttamente confinanti con Milano e la Repubblica di Venezia, le avrebbe enormemente avvantaggiate, potendo così abbattere le barriere daziarie ancora esistenti ed esercitare il commercio liberamente e con grandi profitti verso la pianura.⁷ Senza considerare inoltre il vantaggio, sempre in termini economici, di estendere il proprio raggio d'azione su una terra molto florida e ricca come la Valtellina, dalla quale i mercanti grigioni già si servivano per l'acquisto del rinomato vino e di tanti altri prodotti locali.⁸

- 5 La bibliografia sul sistema di transiti e delle vie di comunicazione lungo i valichi delle Alpi Retiche è alquanto ricca e approfondita. Ci si limiterà pertanto, in questa sede, a citare gli studi di più ampio respiro come quello di Rudolf Jenny, *I valichi alpini del Grigioni e la loro importanza economica nella storia con speciale riguardo al Passo del San Bernardino*, in: *Quaderni grigionitaliani*, 32, 1963, p. 247–264; Guglielmo Scaramellini, *I valichi della Alpi Retiche. Cenni di geografia storia*, in: *Atti del XXI congresso geografico italiano, Verbania 13–18 settembre 1971*, Novara 1971, p. 261–291; Martin Bundi, *I primi rapporti tra i Grigioni e Venezia nel secolo XV e XVI*, Chiavenna 1996; Cristina Pedrana, *Sentieri e strade storiche in Valtellina e nei Grigioni. Dalla preistoria all'epoca austro-ungarica*, Sondrio 2004; Guglielmo Scaramellini, *Transiti e comunicazioni*, in: Guglielmo Scaramellini, Diego Zoia (a cura di), *Economia e società in Valtellina e contadi nell'Età Moderna*, Sondrio 2006, p. 237–286; Jean-François Bergier, Gauro Coppola (a cura di), *Vie di terra e d'acqua Infrastrutture viarie e sistemi di relazione in area alpina (secoli XIII–XVI)*, Bologna 2007; Martin Bundi, Christian Collenberg, *Rätische Alpenpässe*, Chur 2016; Saveria Masa, *Montagne confini effimeri. I valichi delle Alpi Retiche dal Medioevo all'Età moderna*, in: *Ospitalità in montagna. Passato, presente e futuro. Atti del convegno*, Novara, 28 gennaio 2023, Novara 2024, p. 11–29.
- 6 Sul sistema corporativo dei Porti istituito lungo le tratte Bregaglia-Sursette, Spluga e San Bernardino si rimanda a Hermann Pfister, *Das Transportwesen der internationalen Handelswege von Graubünden im Mittelalter und Neuzeit*, Chur 1913; Guglielmo Scaramellini, *Vie di terra e d'acqua fra Lario e val di Reno nel medioevo. Nodi problematici e soluzioni pratiche sulle direttrici transalpine del Settimo e dello Spluga*, in: *Vie di terra*, p. 11–64; Bundi e Collenberg (vedi nota 5); Gian Primo Falappi, Guglielmo Scaramellini, Giordano Sterlocchi, *I sei Porti dello Spluga e del San Bernardino. Verbali delle assemblee (1554–1793) trascritti da Thomas Riedi-Brüsch e saggi critici*, Chiavenna 2018.
- 7 Aureggi Ariatta (vedi nota 3), p. 48. Si veda anche Patrizia Mainoni, *Attraverso i valichi svizzeri. Mercati oltremontani e mercati lombardi (secoli XIII–XV)*, in: Gian Maria Varanini (a cura di), *Le Alpi medievali nello sviluppo delle regioni contermini*, Napoli 2004, p. 99–121; ma soprattutto Bundi, *Rapporti* (vedi nota 5).
- 8 Sulla coltivazione del vigneto in Valtellina e Valchiavenna e il commercio del vino in epoca grigione si rimanda a Tullio Bagiotti, *Storia economica della Valtellina e della Valchiavenna*, Sondrio 1958; Guglielmo Scaramellini, *Una valle alpina nell'età pre-industriale. La Valtellina fra il XVII e il XIX secolo. Ricerca di geografia storica*, Torino 1978; Diego Zoia, *Vite e vino*

Forte di questo ruolo di congiunzione tra il nord e il sud delle Alpi grazie al controllo di buona parte dell'apparato viario alpino centrale, il piccolo Stato delle Tre Leghe andò assumendo anche una veste politica significativa all'interno dello scacchiere europeo di quegli anni, cristallizzandosi nei due grossi blocchi contrapposti, l'Impero e la Francia. Impossessandosi della Valtellina, della Valchiavenna e di Bormio, le Tre Leghe posero in atto anche una mossa politica alquanto strategica, se si considera il ruolo cruciale che queste valli costituivano per l'Impero, ossia quello di naturale corridoio di collegamento tra i domini collocati a nord delle Alpi e l'ex Ducato di Milano. Per tale ragione, infatti, ma anche in funzione anti-francese, gli Asburgo ambivano a mantenere il controllo sui valichi alpini valtellinesi.⁹ Alla loro funzione di nodo di transito obbligato, le Tre Leghe affiancavano quella di serbatoio di soldati, essendo la manodopera elvetica ampiamente utilizzata nel reclutamento di contingenti mercenari. La prassi era già stata collaudata con i Visconti fin dalla metà del Trecento e da allora le «picche elvetiche» erano sempre state più ricercate: dal papa ai francesi, dagli Sforza all'imperatore Massimiliano I, tutti facevano a gara ad accaparrarsi truppe mercenarie. Nell'offrire a questo o all'altro contendente truppe e alleanze temporanee, le Tre Leghe acquisirono di volta in volta un notevole potere contrattuale. Il che rafforzò indubbiamente la loro determinazione nell'espandere il proprio raggio d'influenza sui territori posti oltre il loro confine meridionale.¹⁰

V'è poi da considerare il palese interesse di natura giurisdizionale e il tornaconto capitalistico esplicitamente perseguiti dai soggetti direttamente coinvolti nella campagna di conquista della Valtellina e dei contadi, prioritariamente da parte del gruppo dirigente delle Tre Leghe. I comandanti della campagna militare del 1512 appartenevano ciascuno a famiglie di spicco delle Tre Leghe: Hartmann II. Capaul di Flims, balivo vescovile e già supremo comandante militare nella guerra di Svevia (1499), Conradin Beeli di Belfort, landamano di Davos e capo della Lega delle Dieci Giurisdizioni, e Conradin von Planta di Zuoz, landamano dell'Alta Engadina, anch'esso capitano vescovile, nominato poi primo governatore della Valtellina. A quest'ultimo successe nella carica Rodolfo, signore di Marmorera, ancor più direttamente interessato ad ampi margini di potere sulle terre conquistate, essendo imparentato, per parte materna e di consorte, con i Beccaria, signori di Sondrio.¹¹ Come ha osservato Florian Hitz, l'occupazione,

in Valtellina e Valchiavenna. La risorsa di una valle alpina, Sondrio 2004; Scaramellini e Zoia (vedi nota 5); Guglielmo Scaramellini, Coltura della vite, produzione e commercio del vino in Valtellina (secoli IX–XVIII), in: *Territoires du vin*, 6, 2014, <http://preo.ube.fr/territoiresduvin/index.php?id=829>.

9 Aureggi Ariatta (vedi nota 3), p. 48.

10 Andrea Gamberini, Il ducato di Milano e gli Svyceri. Uno sguardo d'insieme, in: *Bollettino della Società storica locarnese*, 16, 2013, p. 28. Sul tema si veda anche Arnold Esch, *Mercenari, mercanti e pellegrini. Viaggi transalpini nella prima Età moderna*, Bellinzona 2005. In particolare, per l'utilizzo di mercenari nella gestione della politica estera delle Tre Leghe, si veda Ettore Mazzali, Giulio Spini, *Storia della Valtellina e della Valchiavenna*, Sondrio 1968, vol. I, p. 195.

11 Rodolfo Marmorera, signore dell'omonimo feudo in Val Sursette, era cognato di Antonio Beccaria feudatario di Sondrio, avendone sposato la sorella Maddalena. I fratelli Antonio, Agostino

e nel 1487, i grigioni avevano invaso la Valtellina da Bormio e la Valchiavenna, ritirandosi solo in seguito a una pace molto onerosa per il duca di Milano.¹³ L'occasione propizia si era poi presentata con la disfatta delle truppe francesi battute dalla Lega Santa di papa Giulio II e la loro ritirata definitiva dallo Stato di Milano nella primavera del 1512. In un momento di vuoto di potere (in cui l'erede Francesco II Sforza non si era ancora insediato a Milano), nel giugno di quell'anno le Tre Leghe occuparono pacificamente la Valtellina e le due contee di Bormio e di Chiavenna, con le Tre Pievi sul lago di Como.

Le Tre Leghe alla prova con il governo dei popoli soggetti

L'acquisizione di queste valli anticipa, dunque di poco, la stipula della Carta della Lega ed è senz'altro interessante osservare come l'impatto di questa conquista abbia generato maggiori ripercussioni sulle stesse Leghe che non sui territori conquistati. Per questi ultimi, il nuovo dominio dovette apparire relativamente vantaggioso, dopo un periodo di turbolenze, disordini, vessazioni nei confronti della popolazione, quale fu quello dell'occupazione francese, «a causa della sfrenatezza dei francesi allora giunti in ogni senso all'eccesso», come afferma il Romegialli rifacendosi a diverse cronache anche coeve e a ricostruzioni storiche successive.¹⁴ Se a ciò si aggiunge il pesante fardello fiscale imposto in epoca milanese, sembrerebbe plausibile che la popolazione locale abbia finito per accogliere con favore i liberatori, al motto di «Viva i Grisoni», come scrisse Fortunat Sprecher.¹⁵

Benché non tutta la popolazione valtellinese si dimostrò coesa nell'accettare favorevolmente l'occupazione retica: in quegli anni la Valtellina era ancora politicamente attraversata da contrasti fra i tradizionali partiti politici dei «guelfi», più filo-francesi, distribuiti in prevalenza sulla bassa valle fino a Sondrio e dei «ghibellini» più vicini ai Visconti e agli Sforza, presenti soprattutto in media e alta valle.¹⁶ Si trattava di tensioni che, pur non sfociando in vere e proprie conflittualità armate, erano nondimeno in grado di condizionare la politica locale dei comuni valtelinesi, raggruppati in «aree di influenza e di autogoverno» piuttosto compatte.¹⁷

¹³ Gamberini (vedi nota 10), p. 27.

¹⁴ Un racconto dettagliato si trova in Giuseppe Romegialli, *Storia della Valtellina e delle già Contee di Bormio e Chiavenna, Sondrio* 1834, p. 304-307 e in Giovanni Battista Crollanza, *Storia del Contado di Chiavenna, Milano* 1867, p. 153-156. Si veda anche Guglielmo Scaramellini, *Cinquecento* (vedi nota 3), p. 101-104.

¹⁵ Fortunat Sprecher, *Historia motuum et bellorum, postremis hisce annis in Rhaetia excitatorum et gestorum, Coloniae Allobrogum* 1629, p. 12.

¹⁶ Ugo Cavallari, Battista Leoni, *Le cronache del Silva e del Merlo II*, in: *Bollettino della Società Storica Valtellinese*, 14, 1960, p. 13-24; ma anche Scaramellini, *Cinquecento* (vedi nota 3), p. 102-103.

¹⁷ Sul tema si rimanda all'ampia trattazione di Massimo Della Misericordia, *Divenire comunità Comuni rurali, poteri locali, identità sociali e territoriali in Valtellina e nella montagna lombarda nel tardo medioevo*, Milano 2000, p. 627-640.

Tuttavia, se i grigioni presero coscienza alquanto precocemente che non tutta la popolazione era coesa nell'accettare benevolmente la loro occupazione, questo rappresentava solo uno dei fattori che pose in evidenza quanto il governare questo territorio non sarebbe stato cosa semplice. Il limite sostanziale, come osserva Wendland, non stava tanto nell'adoperarsi a sottomettere i valtellinesi e gli abitanti delle due contee, quanto nella effettiva incapacità delle Leghe a governarli. Per evidenti difficoltà amministrative e ancor più giuridiche, essendo le Tre Leghe fino a quel momento pur sempre tre associazioni indipendenti, che si riunivano sporadicamente per questioni di natura per lo più bellica.¹⁸ Secondo Olimpia Aureggi Ariatta, la stessa struttura giuridica della Repubblica delle Tre Leghe, fondata sull'autorità sovrana dei 48 comuni giurisdizionali, poneva come problematico l'ampliamento dello Stato Retico stesso attraverso l'annessione di nuovi territori i quali, secondo il principio democratico su cui si fondavano queste leghe di comuni, avrebbero dovuto essere immessi in una situazione paritetica, condividendo quindi poteri e prerogative. Una condivisione dei poteri di sovranità con le terre conquistate che mai, tuttavia, sarebbe stata accettata dai comuni delle Tre Leghe, in considerazione del fatto che le comunità valtellinesi e delle due contee, demograficamente alquanto popolose, avrebbero finito con il turbare gli equilibri politici, giuridici e sociali della loro Repubblica, qualora fossero divenute parte di una eventuale quarta lega.¹⁹ L'unica strada percorribile fu dunque quella, regolata anche dal diritto comune, di escludere le popolazioni dei territori acquisiti dal governo dello Stato, ponendole in una condizione di inferiorità e di sudditanza.²⁰

Per tale motivo fu presto evidente che una piccola repubblica formata dall'unione di comuni poco popolosi e scarsamente produttivi, quali erano la maggior parte dei comuni giurisdizionali che formavano e che governavano le Tre Leghe, si trovò a dominare e quindi ad organizzare la gestione politica e amministrativa di comuni demograficamente molto più popolosi, come quelli valtellinesi e delle due contee, che da decenni avevano raggiunto un discreto livello di autogestione del governo locale e una maggiore produttività economica e commerciale.²¹

Che non si trattò di un inizio facile lo conferma la stessa proroga nell'inseguire il primo capitano di Valle in Valtellina, nomina che avvenne solo più avanti; poco dopo, inoltre, tra il 1515 e il 1518, diverse vicende costrinsero le Tre Leghe a difendere i territori appena conquistati, come le sollevazioni filofrancesi verificatesi a Caspiano e a Traona, nella bassa Valtellina, la nuova occupazione francese delle Tre Pievi, poi riprese dai grigioni, o l'urgenza di abbattere fortezze e torri

18 Wendland (vedi nota 1), p. 22. Sulla eterogeneità della situazione politica delle Tre Leghe prima della Carta costituzionale del 1524 si veda inoltre Florian Hitz, Immacolata Saulle Hippenmeyer, *Der Bundsbrief vom 23. September 1524*, Chur 2024, p. 88–108.

19 Aureggi Ariatta (vedi nota 3), p. 48–50.

20 Ibidem, p. 53.

21 La stima della popolazione delle terre suddite sul finire del secolo Quindicesimo si aggira a circa 90000 persone, mentre per i Grigioni si stima che gli abitanti non fossero più 75000. Wendland (vedi nota 1), p. 47–48, ma anche Atlante storico dei Grigioni 1524–2024, Locarno 2024, p. 23.

per scongiurare che potessero immediatamente scivolare loro di mano. Come ricorda il notaio sondriese Stefano Merlo nella sua cronaca coeva ai fatti, questa urgenza di neutralizzare le fortificazioni valtelinesi, senz'altro sintomatica della difficoltà per le Tre Leghe di governare, si concretizzò in fasi diverse: nel 1513, immediatamente dopo la conquista, le Tre Leghe fecero abbattere il castello di Piattamala a Tirano, il castello di Tresivio, che rappresentava il simbolo del potere ducale in Valtellina, e la torre di Olonio. Successivamente furono distrutte le mura del castello di Chiavenna, il castello de Piro del Grumello di Sondrio e quasi tutte le altre fortezze della Valtellina e dei contadi, ad eccezione del Castel Masegra di Sondrio, dimora dei Beccaria, dove prese a risiedere il governatore di Valle a partire da Rodolfo Marmorera.²²

Le guerre di Musso per il mantenimento dei territori conquistati

Nel frattempo, sul fronte meridionale delle Leghe, ossia nel Ducato di Milano, si stava verificando una fase di contrapposizione tra diversi poteri concorrenti. La dinastia legittima, quella sforzesca, pur essendo rientrata in possesso del ducato espellendo i francesi, non aveva per nulla in mano le redini del governo del territorio: vaste parti del dominio erano state perdute, come i baliaggi che oggi costituiscono il Canton Ticino e che furono occupati dagli svizzeri, con gravi ripercussioni su Como, che vide perduta un'ampia porzione del proprio contado, e le alte valli, come la Valtellina, la Valchiavenna e Bormio oramai nelle mani delle Tre Leghe. Agli inizi del 1523 una guarnigione francese controllava ancora il castello di Musso sul lago di Como, un nodo particolarmente «caldo» a livello geopolitico, se si pensa alla sola ubicazione del castello le cui mura facevano da confine materiale con le Tre Leghe.²³

Ed è in questa particolare fase di vuoto di potere a sud e di debolezza politica a nord che si inserisce la vicenda del capitano di ventura Gian Giacomo Medici, detto il Medeghino, il quale indusse, in breve, le Tre Leghe ad armarsi e a reagire compattamente come uno Stato unitario per difendere i propri confini.²⁴ Il 4 marzo

22 Cavallari, Leoni (vedi nota 16), p. 18-22; sul tema si veda anche Mazzali, Spini (vedi nota 10), vol. I, p. 192; Guido Scaramellini, *Le fortificazioni sforzesche in Valtellina e Valchiavenna*, Sondrio 2000, p. 21-27, 337-339; Hitz, Vorgänge (vedi nota 11), p. 64; Bundi, Veltlin (vedi nota 4), p. 118.

23 Valerio Peverelli, *Conflitti di parte nelle guerre d'Italia. Il caso del Marchesato di Musso all'alba del XVI secolo*, Tesi di dottorato, Università di Torino, Ciclo XXIV, p. 146-147.

24 Vasta è la bibliografia su Gian Giacomo Medici; ci si limiterà pertanto, in questa sede, a menzionare gli studi più completi a partire da quello più antico di Marc'Antonio Missaglia, *Vita di Giovanni Jacomo Medici marchese di Marignano*, Milano 1605 a quelli successivi di Solone Ambrosoli, *Giangiacommo de Medici castellano di Musso (1525-1532)*, Milano 1895; Rinaldo Beretta, *Gian Giacomo de Medici in Brianza (1527-1531)*, in: *Archivio Storico lombardo*, XLIII, 1916, p. 53-120; Don Santo Monti, *Gian Giacomo de Medici castellano di Musso*, in: *Lario*, Como, I, 1912; Mario Fara, *Gian Giacomo de Medici detto il Medeghino, saggio sulla sua vita dagli inizi al 1529*, in: *Periodico della Società storica comense*, XL, 1957-1959; Vitantonio Palmisano,

di quell'anno Gian Giacomo Medici, dissimulando evidenti ambizioni personali con una legittima restituzione di questi territori al Duca di Milano, espugnò la fortezza di Musso autoproclamandosi castellano. Nel frattempo, nel settembre di quell'anno, i francesi avevano di nuovo invaso il ducato, con un esercito che era massicciamente composto da mercenari assoldati alle Tre Leghe; indirettamente dunque queste ultime divennero alleate della Francia contro il Ducato di Milano.

Il duca Francesco II Sforza, dal canto suo, pur non essendo ufficialmente in guerra con le Tre Leghe, anche se il posizionamento internazionale dei grigioni era palesemente ostile e filofrancese, non aveva certo intenzione di riconoscere l'occupazione della Valtellina, delle due contee e delle Tre Pievi, ed era chiaramente interessato a riprendersi quei territori. E il Medeghino, pur non avendo ricevuto ordini ufficiali, ma sicuramente facendosi interprete anche degli interessi dei ghibellini comaschi di riprendersi il contado, ma soprattutto consapevole dello stato di tensione tra il Ducato e i Grigioni, diede inizio autonomamente a una guerra contro le Tre Leghe, tentando già nell'inverno del 1523 una prima occupazione delle Tre Pievi che si rivelò tuttavia di breve durata, ma che servì comunque al Medeghino stesso per esibire apertamente la propria aggressività e le sue intenzioni bellicose.²⁵ Nelle fonti elvetiche, infatti, non si fa mai riferimento a una guerra tra le Tre Leghe e il Ducato di Milano, ma si parla invece di «prima guerra di Musso», identificando pertanto il nemico non nel duca Francesco II, ma in Gian Giacomo Medici, il quale di fatto aveva acquisito il controllo dei traffici del lago di Como, prerogativa che manterrà sino al 1532 con forti ripercussioni bellico-strategiche ai danni delle Leghe.²⁶

L'esercito del castellano di Musso, da una piccola banda di armati era infatti cresciuto numericamente, apprestandosi a fronteggiare le Tre Leghe, le quali sulle Tre Pievi avevano posto una guarnigione alquanto esigua e del tutto incapace di reagire di fronte all'eventuale aggressione di un esercito. In uno spazio di tempo assai breve il Medici acquisì il controllo navale-militare e di conseguenza dei traffici commerciali sul lago di Como, riuscendo in tal modo ad impedire i movimenti per via d'acqua dei grigioni.²⁷ Il controllo esercitato dalla rocca di Musso agevolava le mosse rallentando i movimenti dei nemici e controllava i traffici mercantili penalizzando il commercio retico che delle rotte lariane aveva da sempre fatto un perno imprescindibile per l'approvvigionamento di merci essenziali quali i grani. Il Medici dimostrava infine agli abitanti delle Tre Pievi di essere «l'unico in

Gian Giacomo de Medici Marchese di Marignano, Melegnano 2006; sino alla già menzionata tesi di dottorato di Valerio Peverelli (vedi nota 23).

25 Peverelli (vedi nota 23), p. 162.

26 Si veda in particolare Bundi, Rapporti (vedi nota 5), p. 77-87; Jürg Stüssi, La prima guerra di Musso, in: *Rivista militare della Svizzera italiana*, 69, 1997, p. 39-60; Fara (vedi nota 24), p. 36-37.

27 Nel maggio del 1524 il Medeghino aveva sottratto ai nemici le navi normalmente utilizzate per discendere il lago, impedendo loro inoltre il passaggio da Musso. Cavallari, Leoni (vedi nota 16), p. 23-24.

grado di garantire la sicurezza del traffico lacuale, e che i Grigioni, in mancanza di una flotta, non erano in grado di farlo», acquisendone perciò vasto consenso.²⁸

A riprova di questa strategia di forza, nello stesso inverno del 1523 il Medeghino giunse a sbarrare la strada ai contingenti mercenari grigioni comandati da Dietegano Salis, scesi da Chiavenna e diretti a Como per portare supporto militare al re di Francia, costringendoli così a marciare per giorni lungo i valichi montani tra la Valtellina e la Valsassina.²⁹

Di fatto – come osserva Peverelli – tra il 1523 e il 1524 Gian Giacomo Medici faceva le veci delle forze armate statali lungo la frontiera nord-occidentale del Ducato di Milano e svolgeva un ruolo dissuasivo fondamentale verso i guelfi filo-francesi comaschi.³⁰ Per contro, abbiamo motivo di ritenere che la strategia basata sulla forza attuata dal Medici abbia in qualche modo indotto le Tre Leghe a reagire e a prendere coscienza del reale pericolo ma, soprattutto, abbia contribuito ad accelerare il processo di organizzazione più solida e strutturata della politica militare, di difesa e della politica estera di cui le Tre Leghe fino a quel momento difettavano.

Fu anche per questo che il duca di Milano iniziò a guardare al Medeghino come a un alleato militare utile, un potenziale elemento di forza, dacché le Tre Leghe persistevano nel rimanere – come si è detto – decisamente filo-francesi e una guerra «ufficiale» tra il Ducato e i Grigioni era sempre plausibile.³¹

La conquista delle Tre Pievi ebbe luogo nell'aprile del 1524 iniziando a Dongo, dove l'azione del Medeghino portò a una sollevazione popolare contro i grigioni, che da lì si estese anche a Gravedona e a Sorico. Secondo lo storico chiavennasco Crollanza, il Medeghino fu festeggiato come il restauratore della libertà storica delle Tre Pievi.³² Da qui partì la sua offensiva, puntando su entrambe le valli, Valtellina e Valchiavenna. Su quest'ultima egli condusse personalmente il proprio esercito espugnando Chiavenna e penetrando a lungo nella Val Bregaglia, mettendola a ferro e fuoco, e dove lui stesso riportò gravi ferite. Il fatto fu narrato dallo Sprecher e poi ripreso fedelmente dagli storici valtelinesi.³³ Il Crollanza scrive a tale proposito: «Intendendo il Medici a sempre più recar danno ai grigioni, lo spinse ad una correria nella vicina Pregallia, ove tutto pose a scompiglio e a rovina riportandone copioso bottino, principalmente di armenti che furono utilissimi per l'esercito ogni dì crescente di soldati». ³⁴ È forse in questo contesto che si inserisce l'incendio e la distruzione della fortezza di Castelmur?

28 Stüssi (vedi nota 26), p. 42.

29 Romegialli (vedi nota 14), p. 46; Mazzali, Spini (vedi nota 10), p. 198–199; Stüssi (vedi nota 26), p. 42.

30 Peverelli (vedi nota 23), p. 164.

31 Ibidem, p. 163.

32 Crollanza (vedi nota 14), p. 171–172.

33 Fortunat Sprecher, *Pallas Retica armata et togata*, Leida 1633, vol. IV, p. 282–282; Pietro Angelo Lavizzari, *Storia della Valtellina in dieci libri descritta*, Capolago 1838, p. 185–189; Romegialli (vedi nota 14), p. 49–52.

34 Crollanza (vedi nota 14), p. 175.

36.01

Guerre di Musso: campagne militari, battaglie e scontri, 1525/26 e 1531/32

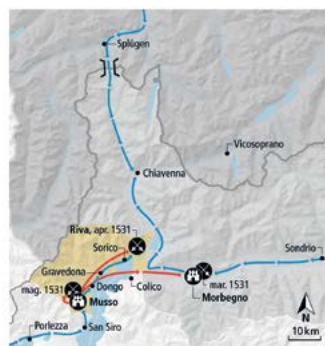
Nel 1525 gli uomini di Musso assalirono le Tre Pievi, occuparono la città e la fortezza di Chiavenna e avanzarono in Val Bregaglia e in Valtellina. I grigionesi vinsero a Talamona, Morbegno, Betto, Riva e Delebio. Conquistarono la città di Chiavenna e poi attaccarono la fortezza con cannoni provenienti da Mesocco. Nel 1531 conquistarono Morbegno, che prima era stata espugnata e fortificata dagli uomini di Musso. I confederati batterono gli uomini di Musso a Riva e assediaron la loro fortezza.

Campagne militari
 ■ delle truppe di Musso
 ■ di grigionesi e confederati

■ territorio delle Tre Pievi
 ● fortezza
 ⊗ luogo di battaglia



Prima guerra di Musso, 1525/26



Seconda guerra di Musso, 1531/32

Fig. 2a–b: *Dinamica delle due guerre di Musso (a. La prima guerra di Musso 1524/26, b. La seconda guerra di Musso 1531/32). Nel 1524/26 il Medeghino con il suo esercito attaccò le Tre Pievi, occupò la città di Chiavenna, spingendosi in Val Bregaglia e in Valtellina. I Grigioni lo sconfissero in Valtellina nella battaglia di Delebio (1525) e riguadagnarono Chiavenna. Nel 1531 le Tre Leghe riconquistarono Morbegno, dopo il tentativo del Medeghino di invadere nuovamente la Valtellina, costringendo il castellano di Musso a ripiegare definitivamente entro i confini della fortezza che egli contrallava dal lago. Atlas zur Geschichte Graubündens 1524–2024, https://kulturforschung.ch/storage/atlasgr/seiten/36_kriege-und-konflikte.pdf.*

Per l'attacco sulla Valtellina si avvalse delle truppe del conte di Arco governatore di Como che subirono tuttavia un'immediata battuta d'arresto con la battaglia di Mezzola del gennaio 1525. Non soddisfatto, nel settembre di quell'anno il Medeghino si spinse a sequestrare i dodici ambasciatori grigioni diretti a Milano a stipulare una tregua con il duca, ponendo su di loro un riscatto: fu questa un'ulteriore dichiarazione di guerra per la quale il Medeghino radunò un contingente di 5000 uomini, reclutati come mercenari anche in Tirolo e molti tra i ghibellini valtelinesi, approntandosi ad attaccare nuovamente la Valtellina e a rinforzare la Valchiavenna. La vicenda è ben narrata da Gian Travers di Zuoz ne *La Chianzun della guerra dagl chiastè da Müs*, una preziosa cronaca politica scritta in romancio dal condottiero e politico grigione, già governatore della Valtellina, composta nel 1527 a commento delle vicende belliche dei grigioni di quegli ultimi tre anni e, in particolare, della «prima guerra di Musso». Gian Travers figura pure nel gruppo di quegli ambasciatori imprigionati dal Medeghino.³⁵

La guerra si risolse tuttavia in una grave sconfitta per il castellano di Musso: i grigioni, riunite tutte le forze disponibili, a cominciare dagli 8000 soldati della leva che era stata immediatamente estesa a tutti gli uomini tra i 15 e i 50 anni, scesero con le loro truppe retiche dallo Spluga, dalla Bregaglia e dal Bernina,

35 *La Chianzun* fu tradotta per la prima volta in lingua italiana da Renato Stampà, *La chianzun dalla guerra dagl chiaste da Müs* di Gian Travers e pubblicata nei Quaderni Grigionitaliani, 45, 1976, p. 183–194.

vincendo sul Medeghino nella celebre battaglia di Delebio, ponendo così fine alla sua invasione della Valtellina. Anche il castello di Chiavenna fu riconquistato e i grigioni lo distrussero immediatamente per impedire che si ripetessero gli avvenimenti precedenti.³⁶ Con la pace sottoscritta a Ilanz il 15 agosto 1526, le Tre Leghe dovettero rassegnarsi tuttavia alla perdita delle Tre Pievi e a sborsare una cifra molto onerosa per la liberazione degli ostaggi.³⁷ Il Medici dal canto suo dovette accettare di percepire solo il dazio usuale e di lasciar transitare sul lago di Como le merci provenienti dalle Tre leghe e a loro destinate.³⁸

Si trattò di una sconfitta «dignitosa» per il Medeghino poiché i grigioni si limitarono di fatto a scacciare le sue truppe dalle due valli, non riuscendo a loro volta a riconquistare Colico, Olonio e le Tre Pievi, territori che furono così irrimediabilmente perduti. Una perdita «fatale» che definì una volta per tutte la frontiera meridionale delle Tre Leghe, privandole dello sbocco sul Lario e che segnò anche la loro storia futura, poiché un secolo più tardi, su quegli stessi territori, gli spagnoli dominatori del Ducato di Milano vi costruirono la fortezza di Fuentes, da dove diedero inizio alla conquista della Valtellina e della Valchiavenna.

L'esperienza dell'assedio di Chiavenna, in particolare del suo castello, aveva inoltre evidenziato anche agli occhi delle Tre Leghe l'impreparazione della loro artiglieria e la loro scarsa esperienza nella moderna guerra d'assedio. Una guerra che peraltro si era dimostrata onerosissima per i grigioni, sia in termini di vite umane, sia finanziari. Inoltre la contemporanea ribellione ghibellina di alcune comunità valtelinesi, soprattutto nella Valle del Bitto e nella zona di Morbegno, che fu repressa nel sangue dai grigioni, era preoccupante per le Tre Leghe, così come la facilità con cui il Medeghino era stato in grado di espugnare fortificazioni, mentre esse non avevano modo di riprenderle o di conquistare quelle tenute dal nemico.³⁹ Questi combattimenti avevano avuto infine un'importante conseguenza strategica anche a livello internazionale, poiché la guerra intentata dal castellano di Musso aveva costretto le Tre Leghe a richiamare il loro contingente di mercenari dal campo francese, abbandonando di fatto il re di Francia che fu, anche per questa ragione, clamorosamente sconfitto al castello di Pavia nel febbraio 1524.⁴⁰ Questa «diversione» è stata ritenuta il più importante risultato militare del Medeghino, riconosciutogli anche dalla storiografia italiana più celebre, come documenta la menzione al Castellano di Musso che Francesco Guicciardini dedicò nella sua *Storia d'Italia*.⁴¹ Inoltre, il duca di Milano, essendosi impegnato a concedere al

36 Cavallari, Leoni (vedi nota 16), p. 22.

37 Ibidem, p. 21. A quanto riferisce il Merlo nella Cronaca il costo dell'intera prima guerra di Musso dovette aggirarsi attorno agli 80000 ducati.

38 Stüssi (vedi nota 26), p. 48; ma anche Mazzali, Spini (vedi nota 10), p. 203-204.

39 Peverelli (vedi nota 23), p. 79.

40 Una delle più importanti guerre d'Italia è la battaglia combattuta nel parco del castello di Pavia, dove lo stesso re di Francia Francesco I fu catturato e costretto dall'imperatore Carlo V a firmare qualsiasi rinuncia a ulteriori pretese territoriali in Italia, Stüssi (vedi nota 26), p. 45; Peverelli (vedi nota 23), p. 166.

41 Francesco Guicciardini, *Storia d'Italia*, vol. III, Bari 1929, p. 1752. A tale riguardo Peverelli os-

Medeghino tutti i territori che fosse riuscito a strappare ai grigioni, che alla fine della guerra si ridussero comunque alle sole Tre Pievi, nell'aprile del 1525 concesse al Medici la castellania di Musso, giungendo a nobilitarlo in tal modo per meriti di guerra.⁴²

Non si può tralasciare infine che la prima guerra di Musso si verificò proprio in concomitanza con la stipula della Carta della Lega, il che può indurre a ritenere che anche questa gravosa esperienza bellica abbia contribuito ad incalzare i grigioni nel far fronte all'urgenza di provvedere a un riordinamento dello Stato, che fosse soprattutto in grado di governare una politica estera che si andava profilando sempre più minacciosa e onerosa. Una bozza della Carta della Lega era già stata inviata ai comuni nella primavera del 1524 perché ne prendessero visione ed esprimessero un loro parere;⁴³ possiamo presumere che i fatti di Musso abbiano accelerato la pratica, la quale si concretizzò solo il 23 settembre, quando ormai la guerra con il Medeghino era già in pieno scontro.

Consolidamento della fisionomia statale e della politica estera

La situazione internazionale, di nuovo mutata nel frattempo, vedeva il sorgere di un'ampia coalizione antiimperiale: la lega di Cognac, dove la Francia questa volta era alleata del papa, con Venezia, il Ducato di Milano e altre potenze minori tra cui le Tre Leghe e lo stesso Medeghino. Interessa qui notare come, in questa nuova fase, le Tre leghe abbiano guardato al Medeghino come a un potenziale alleato. Il trattato di Ilanz del 1526 era stato infatti sottoscritto con lui e non con il duca di Milano. Con ciò e agli occhi degli Stati internazionali del tempo, che avevano interesse ad affermare i propri domini sull'Italia centro-settentrionale, il Medeghino aveva dimostrato non solo il potere di fare la guerra ma anche e soprattutto di stipulare la pace, creando così le premesse fondamentali per aspirare a diventare un signore autonomo. Le Tre Leghe lo avevano dovuto riconoscere non come un semplice castellano ducale bensì come vera e propria potenza sovrana.⁴⁴ Egli

serva che «nella valutazione strategica della diversione valtellinese va messo in conto non solo il ritardo con cui i grigioni raggiunsero il campo francese, e la loro anticipata partenza, ma anche la mancata partecipazione di altre migliaia di uomini, che rimasero per tutta la guerra (soprattutto d'estate) bloccati sulla loro frontiera meridionale o trattenuti dalla minaccia del Medeghino sulla Bregaglia, la Mesolcina e le altre valli meridionali della confederazione». Peverelli (vedi nota 23), p. 166, nota 20.

⁴² Ibidem, p. 167.

⁴³ Hitz/Saulle Hippenmeyer (vedi nota 18), p. 112-115.

⁴⁴ Con il Trattato di Ilanz, il castellano e i grigioni si erano infatti impegnati a «restare buoni amici et vicini in ogni tempo». Gian Giacomo si impegnava a rinunciare ad ogni piano di conquista dei territori grigioni, ricevendo uguale rassicurazione per i territori (Tre Pievi, Colico, Olonio ecc.) che aveva conquistato. Rinunciava anche alla ricostruzione della torre di Piattamala, che però rimaneva nelle sue mani. Doveva poi rinunciare ai rincari da lui posti sulle merci che transitavano per il valico di Olonio o la dogana di Musso e permettere ai mercanti, «maxime» se grigioni, di transitare liberamente nei suoi territori. Fara (vedi nota 24), p. 133-134; Peverelli (vedi nota 23), p. 178-186.

controllava effettivamente un nodo cruciale del territorio di passaggio delle Alpi dei territori grigioni, un luogo di transito obbligato tra i centri di reclutamento di mercenari in Svizzera e la Pianura Padana. Successivamente alla pace del 1526, il Medici avrà un ruolo decisivo anche come reclutatore di fanterie elvetiche per conto della Lega di Cognac e, anche questo, «fu una dimostrazione a livello internazionale della sua forza, anche finanziaria, delle sue capacità organizzative e dell'importanza geostrategica di Musso come punto di contatto tra la Lombardia e la Rezia e la Svizzera. Le Tre Leghe lo avevano quindi dovuto riconoscere di fatto e di diritto».⁴⁵

Pochi anni più tardi, con la stipula della pace tra il papa e Carlo V nel 1529, il duca di Milano rientrando in possesso del suo dominio e temendo proprio l'espandersi del potere del Medeghino sui suoi territori, stipulerà nel 1531 un'alleanza con le Tre Leghe e alcuni cantoni svizzeri protestanti, anche se questa risoluzione comporterà per Milano la concessione del definitivo riconoscimento alle Leghe del possesso sugli ex territori soggetti. Il Medeghino, approfittando di questo rovesciamento di alleanze a suo danno, si affrettò ad assoldare truppe avvicinandosi all'arciduca d'Austria con l'obiettivo di conquistare nuovamente la Valtellina. Egli diede così inizio incidentalmente alla «seconda guerra di Musso», definita da Francesco Bertoliatti, «il primo conflitto di uno Stato giustificato e propagandato anche su basi confessionali, come guerra contro l'eresia riformata a beneficio della fede».⁴⁶ Il diffondersi della Riforma in alcuni cantoni elvetici e nelle Tre Leghe, negli anni precedenti il secondo conflitto avevano già fatto insospettire alcune mosse del Medici in chiave di propaganda religiosa, quali il tentativo di far nominare vescovo di Coira suo fratello Giovanni Angelo, arciprete di Mazzo in Valtellina, e che in seguito salirà al soglio pontificio con il nome di Pio IV, oppure quello, ammantato poi nel corso del tempo da un velo di leggenda, di costruire una nuova fortezza a Tirano all'imbocco della Valposchiavo, mascherata da edificio religioso.⁴⁷ La questione era ancora più dirimente nei confronti della Confederazione, dato che il marchese di Musso allacciava ottimi rapporti con i cantoni cattolici proprio nel momento in cui si andava combattendo un primo ciclo di guerre confessionali: si presume che il Medeghino sia intervenuto in aiuto dei cattolici nella prima guerra di Kappel, mentre la «seconda guerra di Musso» viene letta come il *casus belli* della seconda guerra di Kappel, poiché i cantoni cattolici, rifiutandosi di aiutare gli alleati delle Tre leghe, già in guerra con il Medeghino,

⁴⁵ Ibidem, p. 198.

⁴⁶ Francesco Bertoliatti, *La guerra di Musso e i suoi riflessi sui baliaggi*, Como 1947, p. 45, 145-148.

⁴⁷ Si tratta di un episodio piuttosto singolare come viene riportato dal Romegialli, secondo cui il Medeghino, deciso a far costruire una fortezza nel cuore della Valtellina grigione, ossia a Tirano, profittando del fatto che nel 1526 era nuovamente scoppiata un'epidemia di peste, mandò nel borgo aduano alcuni dei suoi uomini travestiti da monaci affinché esortassero la popolazione a erigere un tempio a San Rocco, protettore della peste, cosa che riuscirono a fare senonché le mura costruite, prendendo via via le sembianze di una torre difensiva più che di una chiesa, richiamarono l'attenzione del governatore retico il quale, smascherando l'iniziativa, pose fine agli intenti del Castellano di Musso. Vedi Romegialli (vedi nota 14), p. 62-63.

lasciarono soli in guerra i protestanti, tradendo così i patti confederati.⁴⁸ I cantoni protestanti e le Tre Leghe – osserva Peverelli – sopravvalutando in maniera preconcetta le politiche, peraltro apertamente espansionistiche del Medeghino a danno dei grigioni, pensando addirittura di trovarsi di fronte a uno strumento del demonio, un anticristo, come lo definì Zwingli, svilupparono una vera e propria paranoia nei suoi confronti, ritenendolo la *longa manus* del potere papale o imperiale, comunque agente di un complotto cattolico. Anche quando poi la guerra scoppiò, i riformati continuarono a utilizzare argomentazioni religiose e providenziali per giustificare il conflitto e spiegare le loro vittorie.⁴⁹

La «seconda guerra di Musso», nel 1531, portò alla totale disfatta del Medeghino, egli stesso fu costretto alla resa. Con la fine di questo conflitto la Valtellina e le due contee rimasero confermate ai grigioni, mentre il castello di Musso e quindi le Tre Pievi rientrarono pienamente nei possedi del Ducato di Milano.

La stagione mussiana è tuttavia da considerarsi importante perché provoca l'effettivo riconoscimento, oltre che militare, anche giuridico, della signoria retica sulla Valtellina e sulle contee di Bormio e di Chiavenna, non solo da parte della Francia e di Venezia, ma anche da parte del duca di Milano.⁵⁰ Mentre nella storiografia e nella narrazione italiana l'esistenza del Marchesato di Musso rappresenta, tutto sommato, un evento secondario, per le Tre Leghe i rapporti vissuti con il vicino Gian Giacomo Medici assunsero un'importanza non trascurabile, perché «servì a segnalare l'insufficienza della politica di difesa ed estera delle Tre Leghe».⁵¹ Secondo Martin Bundi il patto federativo stipulato il 24 settembre 1524 fu sottoscritto anche per difendersi dalle possibili invasioni del castellano di Musso, stabilendo il voto a maggioranza per le questioni militari e diplomatiche e trasferendo tutta la politica estera alla federazione e non più alle singole leghe o alle diete.⁵² Secondo Bertoliatti, inoltre, la prima guerra di Musso rappresentò una delle poche guerre difensive sostenute dalle Tre Leghe nel XVI secolo, evento che le costrinse a riformare la propria «costituzione».⁵³ Nell'assumere altresì un ruolo attivo nel processo che condusse – come si è accennato – alle due guerre di Kappel tra i cantoni cattolici e quelli riformati e misti, alleandosi con il fronte cattolico, il Medeghino rappresentò una minaccia costante e concreta per le Tre Leghe. Bertoliatti è dunque uno dei primi storici elvetici ad intuire la rilevanza che questa vicenda assunse nell'accelerare presso le Tre Leghe il processo di costituzione unitaria, così come in relazione alla storia della Riforma in Svizzera e soprattutto nelle Tre Leghe, concludendo come la «seconda guerra di Musso», contemporanea e causa della seconda guerra di Kappel, fu anche un conflitto confessionale.

⁴⁸ Bertoliatti (vedi nota 46), p. 74.

⁴⁹ Peverelli (vedi nota 23), p. 223.

⁵⁰ Mazzali, Spini (vedi nota 10), p. 203.

⁵¹ Bundi, Rapporti (vedi nota 5), p. 77.

⁵² Ibidem.

⁵³ Bertoliatti (vedi nota 46), p. 133.

Con la conclusione delle guerre di Musso, le Tre Leghe risultarono indubbiamente più coese sia sul piano politico che militare e solo da quel momento in poi furono in grado di consolidare il proprio dominio sui territori conquistati. La loro facoltà di legiferare divenne effettiva solo a partire dal 1524–1526, dopo essersi costituite come un'organizzazione statale più solida, dando avvio ad una politica estera unitaria.⁵⁴ Ciò si concretizzò nei baliaggi, sia nell'approntare una logica di governo più coerente, sia sul piano giuridico nel rafforzare gli istituti di governo centrale e periferico, potendo così gestire questi territori in modo più organico e strutturato, favorendo un processo di modernizzazione nella vita sociale, politica ed economica dei popoli soggetti.⁵⁵

Zusammenfassung: Die Markgrafschaft von Musso als Achillesferse der Drei Bünde: Territoriale Expansion und Kriegsdynamik als Bestimmungsfaktoren des Bundsbriefs von 1524

Der Bundsbrief vom 23. September 1524 stellt den Höhepunkt einer langen historischen Periode dar, die die Drei Bünde tiefgreifend prägte und sie dazu brachte, sich ihrer Staatlichkeit bewusst zu werden. Neben den zahlreichen Gründen für den Bundesvertrag von 1524 wird hier eine bisher weniger erforschte Interpretationsperspektive vorgeschlagen, die auch exogene Einflüsse oder Einflüsse von den Rändern der Drei Bünde selbst einbezieht. Dies soll zeigen, inwieweit die Eroberung der Täler südlich der rätschen Wasserscheide – das Veltlin, die Grafschaften Bormio und Chiavenna sowie die Drei Gemeinden (Tre Pievi) am oberen Comersee, die 1512 dem Herzogtum Mailand entrissen wurden – und die anschließenden Kriege zur Erhaltung der errungenen Herrschaftsposition beitrugen und zugleich den Prozess der Staatsbildung der Drei Bünde beschleunigten.

Ausgangspunkt dieser Studie ist die Südfront der Drei Bünde, wo Gian Giacomo Medici, genannt Medeghino, Markgraf und Kastellan von Musso am Comer See, zwischen 1524 und 1532 die Rückeroberung des Veltlins und des Valchiavenna anstrebte. Die beiden sogenannten Müsserkriege erschütterten die Herrschaft der Drei Bünde in den erst 1512 eroberten Gebieten. Nur durch ein gemeinsames und entschlossenes militärisches Vorgehen konnten die Drei Bünde die Expansionsbestrebungen des Medeghino stoppen. Sie errangen einen militärischen Sieg, konnten sich die dauerhafte Herrschaft über das Veltlin, Bormio und die Valchiavenna sichern, verloren aber die Drei Gemeinden am oberen Comersee, die für ihre wirtschaftlichen Expansionsbestrebungen wichtig gewesen wären.

Der erste Müsserkrieg fiel in die Zeit der Unterzeichnung des Bundsbriefs der Drei Bünde. Das legt die Vermutung nahe, dass die Kriegserfahrung dazu

⁵⁴ Bundi, Veltlin (vedi nota 4), p. 117.

⁵⁵ Scaramellini, Cinquecento (vedi nota 3), p. 116.

beitrug, dass die Bündner den Staat umgestalteten, um den aussenpolitischen Herausforderungen besser begegnen zu können. Die Müsserkriege endeten mit der tatsächlichen militärischen und rechtlichen Anerkennung der rätischen Herrschaft über das Veltlin und über die Grafschaften Bormio und Chiavenna sowohl durch Frankreich und Venedig als auch durch den Herzog von Mailand. Mit dem Ende der Müsserkriege gewannen die Drei Bünde zweifellos an politischem und militärischem Zusammenhalt, und erst von da an konnten sie ihre Herrschaft über die eroberten Gebiete konsolidieren. Die turbulenten Ereignisse, die die Drei Bünde von 1523 bis 1532 mit dem Kastellan von Musso in Kontakt brachte, trugen wesentlich dazu bei, die politische und staatliche Physiognomie der rätischen Republik so zu definieren, dass die Machtverhältnisse im inneren und in den internationalen Beziehungen nachhaltig geregelt waren.

Acquisto e mantenimento del dominio lariano di Gian Giacomo Medici sul lago di Como

Vita e carriera di un nemico dei Grigioni nelle guerre europee del Cinquecento

Franco Minonzio

Premessa

La minaccia esterna costituita dall'iniziativa politico-militare di Gian Giacomo Medici, non meno dei disordini interni al Libero Stato, fu senz'altro uno dei fattori propulsivi che spinsero ad una nuova federazione e alla stipula della Carta Federale delle Tre Leghe nel 1524: anno nel quale, non a caso, si compì, da parte del Medici, la prima occupazione (ne seguirono altre) del territorio delle Tre Pievi.¹ Il «castellano di Mus», come sempre e solo lo chiamò Guicciardini,² restò anche negli anni successivi – giocati da filofrancese o da filoimperiale – una spina nel fianco dei Grigioni fino all'epilogo della «guerra di Musso» (1531-1532),³ con la pace stipulata nel febbraio 1532 e la distruzione della piazzaforte sull'alto Lario, corrispettivo materiale e simbolico della scomparsa del Medeghino dal quadro politico della Lombardia settentrionale. Sulla parte svolta dal Medici intorno al terzo decennio del secolo XVI, al di qua e al di là delle Alpi, tuttavia, permangono ampie aree di incertezza. Alla sua fuoruscita dal Lario, come avviene ad ogni cambio di regime, Medici bruciò nei camini di Musso la maggior parte dei documenti che avrebbero potuto risultare compromettenti: il particolare è segnalato in una lettera di Fabio Coppallato al Duca Francesco Sforza⁴ nonché in una di Alessandro Bentivoglio al medesimo.⁵ Sulla sua azione politica e militare ho pubblicato due volumi: *L'altro Medici. Come il Medeghino s'insignorì del*

1 Benedetto Giovio, *Historiae patriae libri duo*, a cura di Francesco Fossati, Como 1982, p. 158.

2 Francesco Guicciardini, *Storia d'Italia*, a cura di Silvana Seidel Menchi, 3 vol., Torino 1971, qui XVII, 4 (vol. III, p. 1725).

3 Galeazzo Capra, *De bello Mussiano, Argenterati, apud Cratonem Mylium*, 1538, apparsa in appendice alla prima edizione dei *Commentarii*, per i quali cfr. infra n. 14. Per una recente edizione del testo latino, tradotto e commentato, cfr. infra, n. 6. L'identificazione del conflitto 1531-1532 come, *tout court*, «guerra di Musso» è già presupposta da questa, postuma, *editio princeps* del breve trattato di Capra. Chi lo considera come «seconda guerra di Musso», identifica la prima con l'insieme delle ostilità che videro protagonista il Medici sull'alto lago nel biennio 1525-1526.

4 Fabio Coppallato al Duca Francesco Sforza (Archivio [ASMi], Fondo Autografi, 208, fasc. 4, s. d. ma databile febbraio 1532).

5 Alessandro Bentivoglio al Duca Francesco Sforza (ASMi, Sforzesco da Como, 1353, 7 marzo 1532).

Lario,⁶ che contiene le edizioni dell'inedita *Vita Iacobi Medices* di Giulio Giovio e del *De bello Mussiano* di Galeazzo Capra, e la monografia *La «mala guerra». Da Medeghino a Marignano: come si diventa ciò che si è*,⁷ centrata sul secondo tempo, successivo al 1532, della carriera del Medici, nel quale operò da generale di Carlo V su diversi scenari di guerra in Italia e in Europa. Scrivendo *L'altro Medici* mi sono trovato di fronte a quello che Francesco Bertoliatti, in esordio al suo volume *La guerra di Musso e i suoi riflessi sui baliaggi*,⁸ ha chiamato «un tessuto nel quale mancano quasi tutte le maglie», o, con differente metafora, «una radiografia tutta di zone opache». Se permangono più numerose, ancorché non univoche, testimonianze sul mantenimento del dominio lariano da parte sua (1523–1532), del tutto sporadica, discontinua e spesso incoerente è la documentazione che afferisce alla «lunga marcia» del Medici dalla condizione di esiliato e poi di fuoruscito, fino all'acquisizione del forte di Musso, nei primi mesi del 1523 e oltre: segmento temporale che, al di là dell'interesse meramente biografico, può gettare luce su aspetti successivi di collocazione e di strategia politica. Così per la fase dell'ascesa è stato giocoforza fondarmi, oltre a pochi documenti in prevalenza conservati all'Archivio di Stato di Milano, su una selezione dei fatti che aggalla tra una storiografia a focalizzazione locale, prevalentemente d'area comasca (Francesco Muralto,⁹ Benedetto Giovio,¹⁰ Francesco Magnocavallo),¹¹ ma episodicamente anche valtellinese (Stefano Merlo),¹² ed una storiografia che riguarda le vicende della Lombardia settentrionale da un più alto e aperto punto di vista concettuale (Galeazzo Capra: nel *De bello Mussiano*),¹³ perché i *Commentarii*¹⁴ si occupano di lui a partire dal 1525, tra le insidie di una tradizione biografica apertamente filomedicea (Marcantonio Missaglia 15),¹⁵ quando non smaccatamente cortigiana e panegiristica (Ericio Puteano):¹⁶ biografi, storici e cro-

6 *L'altro Medici*. Come il *Medeghino* s'insignori del *Lario*, a cura di Franco Minonzio, Milano, 2013; Giulio Giovio, *Vita Iacobi Medices* (p. 47–73); Capra (vedi nota 3), *De bello Mussiano*, p. 87–113.

7 Franco Minonzio, *La «mala guerra». Da Medeghino a Marignano: come si diventa ciò che si è*, Lecco 2020.

8 Francesco Bertoliatti, *La guerra di Musso e i suoi riflessi sui baliaggi*, Como 1947, p. 12.

9 Annalia Francisci Murali, a Petro Aloisio Doninio nunc primum edita et exposita, Mediolani 1861.

10 Benedetto Giovio, cit. supra, n. 1.

11 Francesco Magnocavallo, *Memorie Antiche di Como 1518–1559*, a cura di Elena Riva, con la collaborazione di Antonio Battaglia, Como 1999.

12 Stefano Merlo, *Cronica*, in *Croniche inedite di Beltramo de Selva e di Stefano Merlo*, in: *Periodico della Società Storica per la Provincia e antica Diocesi di Como*, I, 1878, vol. 1, p. 239–252.

13 Tuttavia, nella dedicatoria, Capra, *De bello Mussiano*, § 1, p. 89, dichiara di averne scritto «nella forma più concisa possibile, per non innalzare di importanza una cosa piccola».

14 *Commentarii Galeacii Capellae, de rebus gestis pro restitutione Francisci Sfortiae II, Mediolani Ducis, Argentorati, apud Cratonem Mylium*, 1538. L'edizione alla quale citerò è invece: Venetis, in aedibus Petri de Nicolinis de Sabio, sumptis vero nobilis viri domini Octaviani Scoti, 1535.

15 *Vita di Giangiacomo Medici Marchese di Marignano di Marcantonio Missaglia*, con note di Massimo Fabi, Milano 1854.

16 Erici Puteani *Historiae Cisalpinae libri duo. Res potissimum circa Lacum Larium a Io. Iacobo Mediceo gesta*, Mediolani, Apud Ioannem Baptistam Bidellium, 1629.

nisti dei quali ho tentato di infoltire le schiere rintracciando ed editando più asciutti lacerti di una tradizione biografica di minore impegno narrativo, rimasta finora inedita o tradita in redazioni inedite (la Vita Iacobi Medices di Giulio Giovio,¹⁷ e l'anonima Descrizione della vita di Gio: Iacopo de' Medici,¹⁸ di area toscana). Oggi riprendo le fila di quel lavoro, declinandone l'impiego alla selettiva ricerca di «punti morti» delle interpretazioni, delle suture mal connesse, e nel farlo devo preventivamente dichiarare una duplice parzialità: (i) il criterio assiologico con il quale saranno individuati aporie e silenzi della tradizione, fondato sulla riconosciuta intelligenza dei testimoni, e (ii) l'impossibilità – senza uno studio, qui non proponibile, di fonti svizzere e grigione – di fuoriuscire dall'ottica «italiana» dei miei due libri, ma su questo punto oso pensare che tale «alterità», tale sguardo di necessità «lariocentrico», non sia, nella presente occasione, del tutto privo di significato. In quel libro sulla fase lariana del Medici, chiaro è il giudizio storico: «La fine virtuale della libertà italiana, alla caduta di Firenze (1530), nelle mani di un blocco imperial-pontificio votato alla conservazione, si spiega bene grazie all'emergere di figure quali il Medici, abile architetto di costruzioni effimere, tattico spregiudicato, oggi si direbbe privo di un'idea d'Italia (e, sugli aspetti etici, «parole non ci appulcro»)».¹⁹ Ma in un'azione che fu tragicamente parte della patologia d'Italia, egli si rivelò dotato – in contrasto con l'imbelle spocchia di larga parte dell'aristocrazia italiana – della machiavelliana virtù dell'industria, e della capacità di combinare il radicamento territoriale con l'intuizione delle dinamiche nazionali ed europee. Tanto, almeno, va riconosciuto a questo «saltimbanco tra gli abissi della storia». E tuttavia in questa fase «aurorale» v'è di più che le premesse di una futura collocazione o strategia politica: il mio libro *La «mala guerra»*, del quale riprenderò qui le conclusioni, ha dimostrato che molteplici sono i fattori di continuità tra le due fasi della sua carriera, nella transizione da una violenza come logica interna all'esercizio del comando militare ad una violenza come altra faccia di una *libido serviendi*, e tanto basta a giustificare in questa sede uno sguardo sugli sviluppi successivi.

Precoce omicida, fuoriuscito sull'alto Lario

Inizierei con una puntualizzazione anagrafica: la data di nascita del Medici è 13 febbraio 1498, non 1495, come è accreditata da Missaglia e come ci si ostina a considerare sulla base della data del monumento funebre in Duomo a Milano: tale si deve ritenere perlomeno in base alla data di matrimonio di Bernardino Medici e Cecilia Serbelloni, che si colloca dopo il 10 novembre 1496, quando fu stipulato

17 Giulio Giovio (vedi nota 6), la prima biografia sul Medeghino, scritta vivente il Medici.

18 Anonimo, Descrizione della vita di Gio: Iacopo de' Medici Marchese di Maignano, in: Minonzio (vedi nota 7), p. 195–204.

19 Minonzio (vedi nota 7), p. 17.

il contratto di nozze.²⁰ Questione non poi così irrilevante, ed anzi strettamente implicata con la prima fase dell'apprendistato militare sul quale il Medici eresse la sua carriera successiva. Il Medici uscì da Milano una prima volta per rifugiarsi nei territori intorno al Lario dopo avere ucciso un coetaneo, Paolo Pagnano (il nome è indicato dal Puteano, non dal Missaglia).²¹ La data di questo omicidio non risulta da alcun documento, ma dalla testimonianza di Missaglia, ch  il Medici lo avrebbe commesso all'et  di sedici anni: «Ora dominando i Francesi, essendo pervenuto Gio. Giacomo all'et  di sedici anni in una brigata ammazz  un suo nemico, e buona parte del tempo dell'esilio suo pass  sul Lago di Como, dove essendo allora due gran capi di parte (come in quel tempo il misero dominio milanese n'era ripieno) s'accost  all'uno, e di necessit  si fece amici e nemici in quelle montagne e riviere».²² Se   corretta la data di nascita 1498, avrebbe commesso il delitto nel 1514: data impossibile, «per la contraddizion che nol consente»: se Medici uccise il Pagnano a sedici anni ci  non pot  avvenire sotto i Francesi, se (come credo) avvenne sotto i Francesi, egli non poteva avere 16 anni (ed io propendo per questa ipotesi). Poich  i Francesi riprendono Milano dopo il 14 settembre 1515, con la vittoria a Marignano, al tempo in cui il Medici commise l'omicidio doveva avere almeno 17 anni, e la data di esso sar  dunque da collocare all'ultima parte del 1515, o all'inizio del 1516, quando il ritorno dei Francesi segna il crollo della posizione sociale del padre Bernardino Medici, che si vide privato di ogni appalto. Se Medici fosse nato nel 1495, peraltro, trattandosi di un ventenne Missaglia non avrebbe avuto motivo di notare la precocit  dell'azione delittuosa e del suo inserimento nelle dinamiche di fazione nell'alto Lario.

Dove precisamente si rifugi  l'esule Medici dopo l'omicidio Pagnano e, soprattutto, accompagnandosi a chi? Nel passo citato, Missaglia si limita ad indicare il lago di Como, e non meglio precisate «montagne e riviere»:²³ formalmente, non v'  alcun riferimento al territorio grigione, come vorrebbe Mario Fara,²⁴ n  Missaglia – da cui Fara dipende – offre alcuna pezza d'appoggio a riguardo. Tuttavia, per un esule che si fosse macchiato di omicidio, appare scontata l'ipotesi, in quel torno di tempo, di una fuga in territori sottratti alla giurisdizione francese: e tali erano il Chiavennasco e la val Bregaglia. Un'attestazione positiva di una giovanile presenza del Medici in territorio grigione, come garzone di stalla in Bregaglia,   in effetti rintracciabile nell'epistolario di Vadiano,²⁵ come segnala

20 ASMi Notarile, notaio Bernardino Bossi, filza 3143, c. n. n.: documento fondamentale per la cronologia della vita del Medici. Esso   citato, come altri dei quali ci siamo avvalsi, nello studio di Mario Fara, Gian Giacomo Medici detto il Medeghino. Saggio sulla sua vita, dagli inizi fino al 1529, in: *Periodico della Societ  Storica Comense*, XL, 1957-1959, p. 13-150, qui p. 16 e p. 114, n. 5.

21 Puteano (vedi nota 16), p. 7; Missaglia (vedi nota 15), p. 15.

22 Missaglia (vedi nota 15), p. 15.

23 Ibidem.

24 Fara (vedi nota 20), p. 21.

25 Die Vadianische Briefsammlung der Stadtbibliothek St. Gallen, V, I. H lfte 1531-1535, II. H lfte 1536-1540, a cura di Emil Arbenz e Hermann Wartmann, St. Gallen 1903.

Bertoliatti: «Il Vadiano afferma, con una certa verosimiglianza, che G. Giacomo fu garzone di stalla in Bregaglia».²⁶ Questa circostanza permetterebbe di rendere conto di un fatto altrimenti inesplicabile: Medici parlava correntemente il tedesco (per altri, si trattava di un dialetto svizzero), circostanza che – come la capacità di parlare la «semplice lingua Milanese, et più tosto a plebea che la nobile»²⁷ – gli tornò utile più volte nel corso della sua vita: difficile ipotizzare che egli l'abbia potuta apprendere più tardi, tra le vicende convulse della vita militare. Del resto se – come sottolinea Benedetto Giovio²⁸ – nel novembre 1516 i Grigioni avevano ceduto ai Francesi le Tre Pievi per conservare Chiavenna e la Valtellina, essi si erano presto rimangiato l'accordo invadendo Dongo e ponendovi propri magistrati, sicché l'acquisizione linguistica poté avvenire anche in tale territorio conteso ai Francesi, che rispetto alla Val Bregaglia appare meglio identificabile con quel generico «Lago di Como» cui accenna Missaglia. Chi era poi quel «gran capo» al quale il giovane Medici, secondo Missaglia, «s'accostò»? Nel 1517 i Grigioni, dopo aver denunciato l'accordo con i Francesi, fiancheggiavano la banda di Antonio Matto da Brenzio, alla quale Benedetto Giovio, nel passo poc'anzi citato,²⁹ conferisce una caratterizzazione politica decisamente antifrancese («cui nihil aequae ac gallicum nomen exosum erat, adversae praesertim factionis studio»): e se del primo Matto non tace la violenta rozzezza naturale («Erat Antonius agresti genere, sed manu promptus»),³⁰ Benedetto sottolinea che le azioni criminali insistevano su un territorio controllato dai francesi («contractis paucis satellitibus, proximas Gallorum regiones infestat») e prendevano come bersagli precisamente gli esponenti del partito filofrancese («diversae factionis homines capit et pecunia multat»):³¹ al punto tale che, in modo non sorprendente, per unire le Tre Pievi a Musso e ad un contempo punire la protervia dei Grigioni e del Matto, intervenne il rappresentante ufficiale del partito filofrancese in Italia, Giangiacomo Trivulzio,³² che tuttavia fece fare ad altri (a Tornaschi e Menaggini) il «lavoro sporco» di eliminarlo (ciò che avvenne nel settembre 1517). Non è d'ostacolo ad una ascrizione del Medici alla banda di Antonio Matto, trovando in essa la sua iniziazione, il fatto che risalga al 1518 il primo documento che riferisce genericamente il Medici ad una di queste bande, una grida emessa dei francesi contro certi ribelli o ritenuti tali,³³ nella quale il nome di Giangiacomo figura insieme a quello che sarà in seguito suo sodale,

26 Bertoliatti (vedi nota 8), p. 13 e p. 133, n. 4.

27 Missaglia (vedi nota 15), p. 160.

28 Benedetto Giovio (vedi nota 1), p. 132–133.

29 Ibidem, p. 133.

30 Ibidem.

31 Ibidem.

32 Letizia Arcangeli, Gian Giacomo Trivulzio, marchese di Vigevano, e il governo francese nello stato di Milano (1499–1518), in: Giorgio Chittolini (a cura di), Vigevano e i territori circostanti alla fine del Medioevo, Milano 1997, p. 15–80.

33 ASMi, Panigarola 26, f. 281 (5 novembre 1518); ASMi Notarile Panigarola Liber Bannitorum, n. 2 p. 141.

e poi traditore, Martino da Mondonico. Medici a questa data è un fuoruscito, esplicitamente identificato con anagrafica precisione: «Jo. Jacobus de Medicis, filius domini Bernardini».

Apprendistato di guerriglia sotto Giovanni Matto e militanza antifrancese

La certezza che Medici abbia militato sotto Antonio non l'abbiamo, ma è certo invece che abbia militato sotto il figlio di costui, Giovanni Matto, la cui iniziativa antifrancese era ancora più accentuata rispetto a quanto le fonti attribuiscono al padre. Alla data del primo – poc'anzi citato – bando (1518) nel quale figura il Medici, Giovanni Matto aveva già raccolto l'eredità paterna. Che Medici gli si fosse unito lo affermano sia Missaglia³⁴ sia Puteano³⁵ (il quale è il solo che trasforma la comune milizia in una amicizia dalle forti implicazioni personali): due che avrebbero avuto tutto l'interesse *a posteriori* a convalidare, del Medici, l'irreprensibilità. La caratterizzazione politica, e in direzione antifrancese, assegnata all'azione di Giovanni Matto è esplicita anche nella testimonianza di Benedetto Giovio.³⁶ Nel quadro di una strategia imperiale contro i Francesi che ancora controllavano la Lombardia, finalizzata a proclamarlo Duca di Milano, Francesco Sforza agì inizialmente per mezzo di fuorusciti, sempre giocando la carta della sorpresa («ut Gallos nihil tale metuentes de improvviso primo quoque tempore exulum quique audacissimi»):³⁷ in particolare nel 1521 un'azione di Giovanni Matto su Como, che poi gli costò la vita, avrebbe dovuto essere fulminea, avvalendosi di una quinta colonna interna alla città. Anche dalle *Memorie Antiche di Como* di Francesco Magnocavallo, che principiano dal 1520, apprendiamo la disfatta della banda nel corso di quell'assalto (25 giugno 1521)³⁸ e soprattutto la conferma di una precisa finalità politica antifrancese (tanto politico, l'assalto, che vi prende parte, e troverà la morte, Manfredo Pallavicino).³⁹

Tale caratterizzazione in Benedetto, riconoscimento del peso esercitato dalle lotte di fazione, è in obiettivo contrasto con quella degli *Annalia* di Francesco Muralto,⁴⁰ che nel 1520 invece terminano, e che del Matto iunior accennano i tratti palesemente briganteschi, sì che dagli *Annalia* possiamo apprendere qualcosa della composizione e della prassi criminale delle bande tra le quali spiccava quella di Giovanni Matto. Nessuno di loro (Benedetto Giovio, Muralto, Magnocavallo)

34 Missaglia (vedi nota 15), p. 15.

35 Puteano (vedi nota 16), p. 7.

36 Benedetto Giovio (vedi nota 1), p. 137.

37 Ibidem.

38 Magnocavallo (vedi nota 11), p. 35–36.

39 Ibidem. Cfr. Marino Sanuto, I Diarii, a cura di Rinaldo Fulin et al., 58 tt., Venezia, Visentini, 1879–1903, vol. 31, p. 23.

40 Muralto (vedi nota 9), *Annalia*, XXXVII, 4 (214); XXXVIII, 1 (215), 2 (216); 3 (218); XXXIX, 2 (222–225).



Fig. 1: Frontespizio de: Marc'Antonio Missaglia, *Vita di Gio. Iacomo Medici, marchese di Marignano valorosissimo, & inuittissimo Capitan Generale, In Milano, per Pietromartire Locarni, & Girolamo Bordonì, 1605, Biblioteca Nazionale Braidense: IT-IT-MI0185. Su concessione del Ministero della Cultura – Pinacoteca di Brera – Biblioteca Nazionale Braidense, Milano.*

accenna alla presenza del Medeghino tra gli effettivi di Giovanni Matto. In un quadro più complesso e plurale delle bande che agivano nell'area quale è tracciato da Muralto, tuttavia, il Medici poteva anche essersi mosso autonomamente, come uno di quei rivoltosi, cui si riferisce una grida del 16 aprile 1521, nella quale si denuncia in Brianza un furto di cavalli con granaglie lungo la strada che portava a Barzanò.⁴¹ La *ratio* di queste bande è estorsiva, al netto dell'attività di appropriazione furtiva: si rapisce, si chiede un riscatto, l'incolumità del rapito è spesso violata fino alla morte come mostra un passo di Muralto,⁴² impressionante per efferatezza, che riferisce l'uccisione di un bimbo in ostaggio, nonostante il pagamento del riscatto. Come si disse, non sappiamo se il Medeghino abbia preso parte all'impresa della tentata conquista di Como, dunque ancor meno possiamo

⁴¹ Citato in Fara (vedi nota 20), p. 22, senza collocazione archivistica.

⁴² Muralto (vedi nota 9), Annalia, XXXVIII, 4 (221).

sapere se fosse tra coloro che, alla disfatta di Giovanni Matto (25 giugno 1521), vista la «mal parata», se la filarono («quidam latebris et fuga, praesertim Comenses, hostiles manus evaserunt»)⁴³. Tuttavia, che il Medici fosse tra gli scampati di quell'impresa non è impossibile, a stare alle date di tre grida in serrata continuità, tra agosto e settembre 1521, citate da Fara,⁴⁴ che – in modo quasi assillante – ne rimarcano la qualificazione di fuoruscito. Cosa può avere imparato il Medeghino alla «scuola» di Giovanni Matto? Non è facile, entro tali brigate, separare aspetti di criminalità comune da motivazioni apparentemente politiche o nazionalistiche. Di quell'esperienza dovette essergli rimasta ad esempio l'attitudine alla guerriglia, ad una guerra guerreggiata per agguati, simulazioni, avanzate e ritirate: che restò anche in seguito un terreno nel quale egli fu ferratissimo, e non era materia che si apprendesse nei manuali di tattica militare. Del resto esiste, già pubblicato nell'Ottocento, ed io lo ripubblicai ne *La «mala guerra»*,⁴⁵ un *Discorso del Marchese di Marignano sopra la guerra di Siena* conservato presso la Biblioteca Ambrosiana di Milano, nel quale tutte le problematiche relative allo studio della geomorfologia del territorio in funzione tattica sono esplicitate con grande lucidità. Del sequestro a scopo di estorsione, praticato con grande frequenza dai due Matti di Brenzio, non occorre documentare l'assiduità nel profilo militare del Medici, con poste assai elevate.

Da fuoriuscito al servizio dello Sforza a sicario esiliato dallo Sforza

Stando a Benedetto Giovio,⁴⁶ i resti della schiera guidata da Giovanni Matto si erano riposizionati con funzioni direttive nell'ambito dell'armata sforzesco-imperiale. Quello che è certo è che, un anno più tardi, o giù di lì, dopo il sacco di Torno (11 giugno 1522),⁴⁷ terra espugnata e data alle fiamme dalle milizie spagnole tra le quali militava Domenico, il fratello di Giovanni Matto, i Tornaschi filo-francesi tentarono una rivalsa su Bellagio, difesa da un contingente di imperiali comandato proprio dal Medici, che così patì una chiara sconfitta: «Neque tamen Turnenses inulti patriam amisere. Nam, cum partim Menasium, partim Leucum accessissent, paulo post expeditores reversi Bellasio applicuerunt, quem Ioannes Iacobus e Medicis cum militum manu tuebatur. Turnenses in ripam exilientes, inimicos statim fuderunt, partaque victoria, vicum illum directum incenderunt».⁴⁸ La difesa di una terra sul Lario presuppone per il Medici un ruolo di comando di qualche rilievo, ancorché subalterno. Qualche mese più tardi, all'inizio dell'au-

43 Ibidem.

44 ASMi, Panigarola, 26, 583v (14 agosto 1521); 587v (29 agosto 1521); 593v (3 settembre 1521).

45 *Discorso del Marchese di Marignano sopra la guerra di Siena*, in: Minonzio (vedi nota.), *La «mala guerra»*, p. 211–212.

46 Benedetto Giovio (vedi nota 1), p. 137.

47 Ibidem, p. 150–153.

48 Ibidem, p. 152.

tunno 1522, il governatore di Como Alessandro Balbiani⁴⁹ si accingeva ad una *expeditio Leucensis*, una resa dei conti su Lecco, alla quale Medici avrebbe preso parte, se Corsino, capitano dei Francesi, non avesse consegnato la fortezza di Lecco, offrendosi di vendere la flotta per cinquecento scudi d'oro allo Sforza (che non volle o non poté comperarla) e poi ai Grigioni, che invece l'acquistarono. Ma tra i due eventi, quello reale e quello solo progettato, si verificò a Milano (4 luglio 1522) l'evento che spiega la successiva presa di Musso: l'assassino di Astore Visconti,⁵⁰ già filofrancese, aderente dell'ultima ora al partito dello Sforza, figura assai controversa, che aveva minacciato di morte Morone, protettore del Medici. Il coinvolgimento del Medici nell'omicidio è accertato, ed anche biografi certo non sfavorevoli, quali i disponibili Missaglia e Puteano,⁵¹ non lo negano, solo restando il dubbio se il delitto fosse stato commissionato dal Morone, o piuttosto direttamente dallo Sforza.

Seconda fuga sul Lario nel cambio tra Francesi e Sforzesco-imperiali

È azione che, in ogni caso, lo Sforza non poteva lasciare impunita: il nome del Medici come esecutore dell'assassinio di Astore Visconti compare per la prima volta nella grida (è la terza) del 3 ottobre 1522,⁵² omicidio politico che causò una nuova, e assai più pericolosa, fuga del Medici verso l'alto lago. Impressiona che, diversamente da Giulio Giovio,⁵³ il quale ne parla esplicitamente come di una azione del Medici ordinata dal Morone, il padre Benedetto Giovio⁵⁴ la passi completamente sotto silenzio. Tra le zone della Lombardia a «macchia di leopardo» ancora nelle mani dei Francesi, spiccava la rocca di Musso, rimasta – come ammette Benedetto – alla famiglia Trivulzio: «Mussii saxus in Trivultiorum potestate remanserat». Se Giulio Giovio aveva giustificato la concessione al Medici del castello di Musso, poco prima occupato dagli Spagnoli, da parte di Morone come di un espediente per sottrarlo alla vendetta della famiglia Visconti (l'ipotesi della concessione del Morone dettata da opportunità trova una variante che l'individua come ricompensa),⁵⁵ Benedetto Giovio non giustifica in alcun modo l'affidamento, presentandolo come l'esito di un «normale» episodio di guerra (ipotesi dell'espugnazione con funzione di comandante):⁵⁶ «L'anno dopo [*scil.* 1523], non essendosi arresi quei del castello di Musso, intenti a bottinare («*praedas agentibus et deditionem facere recusantibus*»): strana espressione: come facevano

49 Ibidem, p. 153.

50 Fara (vedi nota 20), p. 25–28.

51 Missaglia (vedi nota 15), p. 19–21; Puteano (vedi nota 16), p. 24–27.

52 ASMi, Panigarola, 26 (HH), ff. 719, 733; Notarile, Panigarola, Condanne, filza 144.

53 Giulio Giovio (vedi nota 6), § 1, p. 47.

54 Benedetto Giovio (vedi nota 1), p. 154.

55 Giulio Giovio (vedi nota 6), § 1, p. 47.

56 Benedetto Giovio (vedi nota 1), p. 154.

i Francesi a «bottinare», essendo assediati?), il duca Francesco mandò lassù una compagnia di Spagnuoli con dell'artiglieria, i quali, ai primi colpi, atterrirono i nemici che posarono l'armi. Tutti, meno Biagio Malacrida,⁵⁷ furono licenziati, e lasciati come castellano ducale il milanese Giangiacomo Medici, si partirono nel mese di marzo (*scil.* del 1523)». Strano anche questo, se al medesimo mese data un atto notarile rogato a Bellano il 4 marzo 1523,⁵⁸ che parla del Medici come «magnifico castellano del fortilizio del Sasso di Musso». Dovunque si volga lo sguardo, le versioni della presa di Musso sono contrastanti e problematiche: Francesco Magnocavallo⁵⁹ colloca addirittura nel 1522 l'espulsione del Malacrida e la sua sostituzione con un emissario dello Sforza (*scil.* Giovanni Battista Visconti): «Fu anche il medesimo anno tolto il castello di Muso a messer Biaso Malacrida e menato de Spagnoli pregione in casa nostra». Accogliere il dato – irrefutabile – dell'omicidio del Monsignorino, e accettare che Medici, inseguito da un bando di cattura, pochi mesi dopo si vedesse assegnare da chi lo cercava il comando dell'assedio di Musso, o l'investitura a cose fatte da altri, è un totale non senso.

Più che un'ipotesi sulla presa di Musso nel vuoto di potere della transizione

Vi è una ipotesi diversa, basata su Missaglia,⁶⁰ il cui merito va attribuito a Mario Fara: «Il Medici d'ordine del Morone con la maggior segretezza che poté partì da Milano et andò a Musso, luogo, che come giurisdizione di Gio. Iacomo Trivultio, era ancora tenuto da' Francesi, et era combattuto da' Spagnuoli [...] Qui giunto il Medici, con l'industria et l'ardir suo, et con la pratica che haveva del paese, in pochissimo tempo si hebbe il castello; et veduto che i Spagnuoli stavano mal volentieri in quello horrido e sterile luogo, havuti certi denari da' suoi amici vecchi paesani, gli diede loro, et essi havuti i denari se ne partirono subito, lasciando il castello in mano del Medici, il quale da indi in poi si chiamò castellano di Musso». Ai primi del 1523, Musso era ancora in mani francesi: circostanza buona per il Medici, che fuggiva ad un mandato di cattura emesso dagli sforzesco-imperiali. Tanto poco pensava lo Sforza ad affidare al Medici la castellania di Musso che ne aveva investito Sebastiano da Novara (raccomandato dal Marchese di Pescara) con lettera datata 6 gennaio 1523⁶¹ ed aveva nominato, con lettera datata 9 gennaio 1523,⁶² Nicolò Trautmannsdorf, castellano di Trezzo, a comandante delle truppe spagnole destinate all'espugnazione di Musso. Si metteva male per il Medici, che –

⁵⁷ Ibidem, p. 154.

⁵⁸ ASMi Notarile, notaio Alessandro Manni, filza 6108 (Bellano, 4 marzo 1523).

⁵⁹ Magnocavallo (vedi nota 11), p. 39.

⁶⁰ Fara (vedi nota 20), p. 28–32; Missaglia (vedi nota 15), p. 23.

⁶¹ ASMi, Reg. Ducali, 71 f. 145.

⁶² ASMi, Reg. Ducali, 94, f. 143v.

dobbiamo immaginare – alla presa del forte (7 febbraio, secondo Stefano Merlo:⁶³ data confermata dall'ordine ducale del 9 febbraio)⁶⁴ dovette sloggiare anch'egli come i «molti rebelli et inimici», che a Musso, a stare alla lettera dello Sforza, si radunavano. Missaglia sembra alludere⁶⁵ ad un suo ruolo nella presa del forte, ma è escluso che un fuoruscito si fosse messo alla testa dei soldati cui spettava di arrestarlo. Come questa situazione di scacco apparente si sia volta a beneficio del Medici, sulla scorta di Fara,⁶⁶ è così ipotizzabile, riconoscendo che molto si spiega grazie alla confusione di una fase di trapasso. Ancora assente il castellano nominato Sebastiano da Novara, rientrato alla base dopo la presa del forte il comandante Trautmannsdorf, «il castello doveva essere presidiato da pochi spagnoli, il cui comandante fungeva da castellano interinale in attesa di truppe regolari ducali»: vecchi soldati senza soldi, senza viveri. Rimasto nei paraggi, il Medici si procurò denaro sonante: può darsi abbia millantato agli spagnoli una sua nomina (temporanea o meno), ma certo l'argomento più persuasivo per far sloggiare il presidio fu portare le paghe a gente che non ne aveva viste di recente, e sempre le riceveva in arretrato. Il rogitto di Bellano del 4 marzo cui si accennava è il riconoscimento da parte del Medici di un prestito di 80 scudi d'oro senza interesse che un tale Alberico di Rezzonico gli aveva fatto: e così tutto torna. Non so tuttavia se sia sostenibile quanto ipotizza Fara,⁶⁷ cioè che in quello stesso mese di febbraio, entro un evidente vuoto di potere, il Medici abbia concepito l'ardito piano di impadronirsi anche di Lecco, come parrebbe suggerire una strana missiva dello Sforza al pretore di Lecco,⁶⁸ nella quale gli si intima di vietare ad un «nominatum medicum» (non «physicum») l'accesso al borgo e alla giurisdizione lecchese: ma se «medicus» è il Medici, la chiusura rientra in una precoce ipersensibilità ad una azione che in seguito prese proprio quella direzione.

Agire per lo Sforza e agire per sé

Aporia profonda è quella che verte sul ruolo giocato, nella primavera del 1524, da Gian Giacomo Medici nell'ostacolare la discesa di 5000 mercenari Grigioni che Renzo da Ceri conduceva a Lodi a congiungersi con Federico da Bozzolo.⁶⁹ Il Medici avrebbe requisito tutte le imbarcazioni utili al passaggio lungo l'Adda, costringendo l'Anguillara ad una lunga e faticosa diversione in Valsassina, durante la quale Medici avrebbe trovato modo di ostacolarlo in più modi. Il contingente dei Grigioni, passato poi nella bergamasca, fu fermato da Giovanni delle Bande

63 Merlo (vedi nota 12), Cronica, p. 246.

64 ASMi, Missive 220, f. 166.

65 Missaglia (vedi nota 15), p. 23.

66 Fara (vedi nota 20), p. 32-33.

67 Fara (vedi nota 20), p. 33.

68 ASMi, Missive 220, f. 190v.

69 Fara (vedi nota 20), p. 36; 117, n. 46.

Nere nei pressi di Caprino Bergamasco, e tornò indietro. Francesco Guicciardini,⁷⁰ ignora il Medici e rende conto solo dell'epilogo, banale nello scarto tra le promesse di Renzo da Ceri e la loro osservanza: «Incontro a questi mandò il duca di Milano Giovanni de' Medici con cinquanta uomini d'arme trecento cavalli leggieri e tremila fanti; il quale, unitosi con trecento uomini d'arme trecento cavalli leggieri e quattromila fanti de' viniziani, si accostò agli inimici venuti alla villa di Cravina (*scil.* Caprino Bergamasco) tra i fumi dell'Adda e del Brembo, e lontana otto miglia da Bergamo; e corse con una parte delle genti insino a' loro alloggiamenti: i quali, il terzo dì dappoi querelandosi non avere trovato a Cravina né danari né cavalli né altri fanti, come dicevano essere stato promesso da Renzo, ritornorno al paese loro». Se Missaglia⁷¹ e Benedetto Giovio⁷² ignorano la circostanza, trascorrendo immediatamente ai fatti connessi con la battaglia di Pavia, è interessante che Stefano Merlo⁷³ ne trasmetta la prima parte, la requisizione delle imbarcazioni, e la connetta, quindici giorni dopo, ad un velleitario ed effimero tentativo mediceo di conquista delle Tre Pievi e della Valtellina, apparentemente una prova generale – perlomeno nelle intenzioni – di quanto avvenne agli inizi del 1525 con la presa di Chiavenna: «Nel maggio 1524 il Castellano di Mussio a nome del Duca tolse tutte le navi da Mussio a Sorico, le condusse a Lecco, da lì a 15 giorni ritornò e prese le terre da Mussio sino a Sorico che erano dei Grigioni, quindi voleva venire anche a pigliar Valtellina, ma il capitano di essa Gio. Traverso de Sozzo Grigione, uomo accorto e d'ingegno, riunì subito la gente di Valtellina, e andò incontro, e riprese le terre insino al sasso di Mussio». È la medesima ricostruzione, al netto della svagata indeterminatezza del panegirico, offerta da Ericio Puteano,⁷⁴ epicizzando una requisizione di barche e qualche scaramuccia («Medicaeus igitur, nullam rei bene gerendae occasionem negligens, infesta hostes classe, & milite vexare coepit, commeatum avertere, manum conserere, damna inferre; putares totum hic iam bellum geri»), ma con la variante, rispetto a Merlo, di rendere quasi simultanea, per maggior gloria dell'astuto Medici, la diversione verso le terre grigione («Vix Bellano hostes discesserant, & cohortes ille suas educens, fines Rhaetorum fulminis instar simul & terret, & invadit: Triplebem occupat, vallemque totam populatur»),⁷⁵ smorzando poi il nulla di fatto conclusivo. Merlo scrive che il Medici agì per ordine del Duca:⁷⁶ ma egli era un usurpatore che aveva fatto trovare lo Sforza di fronte al fatto compiuto. Più logico pensare che il Medici abbia agito di sua iniziativa, per crearsi una benemerenzza che favorisse una rappacificazione con lo Sforza. E, a giudicare dagli effetti, si direbbe che il Medici abbia colto nel segno: è di due mesi più tardi, il 16 luglio 1524,⁷⁷ l'ordine del Duca agli abitanti della val

70 Guicciardini (vedi nota 2), XV, 8, vol. III, p. 1436.

71 Missaglia (vedi nota 15), p. 24.

72 Benedetto Giovio (vedi nota 1), p. 155.

73 Merlo (vedi nota 12), p. 247-248.

74 Puteano (vedi nota 16), p. 33-34.

75 Ibidem.

76 Merlo (vedi nota 16), p. 248.

77 ASMi, Missive 222, f. 64v.

Porlezza di versare le tasse annuali al «nobile Joanne Jacobo de Medici, castellano nostro del castello di Musso». Nomina di cui manca qualsiasi prova documentale: buon viso a cattiva sorte di fronte all'utilità, per la causa sforzesca, di avere, in alto Lario, un uomo come il Medici.

La presa di Chiavenna: tattica antifrancese o mire personali?

Tuttavia l'incursione alla volta della Valtellina, a maggior ragione se fosse stata subitanea, consentirebbe di leggere sotto una luce nuova l'episodio dell'occupazione di Chiavenna nei primi giorni del 1525 e della sua conseguenza, con il ritiro dei seimila grigioni dal campo francese di Pavia. Se è fondato ciò che Merlo⁷⁸ e Puteano⁷⁹ riferiscono alla primavera del 1524, l'occupazione di Chiavenna degli inizi del 1525 non fu un espediente tattico suggerito dallo Sforza (come sembra insinuare Puteano) o allo Sforza proposto da Medici stesso (come suggerito da Missaglia e da Giulio Giovio),⁸⁰ né una decisione repentina frutto della lettura da parte del Medici di un complesso di circostanze favorevoli. L'occupazione della Val Chiavenna era una direttrice alla quale il Medici guardava da tempo, e la defezione dei Grigioni dal campo francese una circostanza per lui sfavorevole, non una tattica filo-imperiale. Occorre dire che né presentando l'impresa di Chiavenna, né narrandone lo svolgimento, Galeazzo Capra⁸¹ nei *Commentarii* accenna in alcun modo alla intesa preventiva fra il Medici e lo Sforza, o se si vuole ad un via libera dato dal secondo all'azione del primo. Capra appare piuttosto preoccupato di alludere al mondo di sospetti di parte imperiale nei quali avevano dovuto operare lui e lo Sforza. Anche se, forse, passare quale ispiratore della brillante diversione del Medeghino non gli avrebbe certo nuociuto. Interessante anche la contraddittoria versione della decisione di parte grigiona di richiamare i mercenari. Diversamente da Giulio Giovio,⁸² che sottolinea il conflitto di Tegano con i comandanti francesi, Galeazzo Capra⁸³ riconduce la decisione alle pressioni ricevute in patria: «havendoli minacciati di confiscare loro i beni, li feceno tutti a casa tosto tornare», e insiste sul motivo del ricatto che i Grigioni esercitarono nei confronti dei loro colleghi aggregati al campo francese. Ovviamente questo motivo, ove accertato, avrebbe ben poco a che fare con la temibile pericolosità del Medici.

⁷⁸ Merlo (vedi nota 12), p. 49.

⁷⁹ Puteano (vedi nota 16), p. 34.

⁸⁰ Missaglia (vedi nota 15), p. 24; Giulio Giovio (vedi nota 6), § 2, p. 47.

⁸¹ Capra (vedi nota 3), *Commentarii* 1535, p. 128-129.

⁸² Giulio Giovio (vedi nota 6), § 5, p. 49.

⁸³ Capra (vedi nota 3), *Commentarii* 1535, p. 129.

Da castellano di Musso a Marchese di Musso: una sommaria sintesi

La nomina del Medici a castellano a vita di Musso venne in data 17 aprile 1525, seguita da altre assegnazioni quali la nomina a podestà di Val Porlezza e la giurisdizione militare su Musso e Chiavenna: era l'effetto delle operazioni condotte contro Chiavenna e la Valtellina, che avevano acceso nello Sforza il desiderio di rivendicare nuovamente quei territori al ducato di Milano. I convulsi anni successivi, fino all'assedio fallito posto a Lecco, portarono al Medici nuove acquisizioni, quali Monguzzo, lungo una linea verticale di espansione del suo dominio interrotta dalla sconfitta inflittagli da Antonio de Leyva a Carate Brianza. Il punto di svolta avvenne con gli accordi di Pioltello firmati il 31 marzo 1528:⁸⁴ spinto dalle necessità del conflitto, il de Leyva, come puntigliosamente sintetizza Fara «aveva elevato a marchesato tutti i territori che il Medeghino già occupava e cioè Musso, il castello e la torre di Olonio con le loro pertinenze, le Tre Pievi, il lago fino a dieci miglia dalla città di Como, val d'Intelvi, Osteno, Valsolda, il contado di Porlezza, Menaggio e la val Arzonica, il lago sopra la riviera, Valsassina, Valmadrera, Monguzzo, Pieve di Incino, Corte di Casale e Vallassina. Inoltre lasciava al Medici il borgo di Lecco in dono, col circondario e il ponte, e gli perdi batter moneta».⁸⁵ Era un marchesato imperiale: fu anche un marchesato effettivo? Carlo V, pur informato, non lo ratificò (forse per non pregiudicare le prerogative dello Sforza, che perdonò a Bologna nel 1530), né lo fece il senato milanese,⁸⁶ che richiamava l'impossibilità di ritagliare – con una cessione di sovranità – uno Stato indipendente dal territorio del ducato, l'esito rovinoso di una sottrazione al fisco di introiti daziari e l'inevitabile lesione di diritti di privati cittadini quale si sarebbe realizzata a mezzo di esproprio. Una posizione alla quale il de Leyva, deciso a rispettare i termini dell'accordo con il Medici, rispose più volte, e da ultimo con un documento⁸⁷ che conteneva una falsa ricostruzione della presa di Musso da parte del Medici. Questi, sommariamente riassunti, gli eventi compresi fra la nomina del Medici a castellano di Musso a quella di Marchese di Musso, ma ciò difficilmente può bastare. La, assai controversa, nuova identità istituzionale, se non statutale, del suo dominio *de facto* impone qui di esaminare più da vicino gli anni 1525–1528, nei quali di esso si sviluppa una embrionale organizzazione economica, forme di amministrazione della giustizia, episodi di monetazione, che proprio in tale intervallo trovano il loro spazio germinale: *disiecta membra* di uno Stato virtuale, soggette anch'esse, ad «aporie e silenzi» non meno imbarazzanti.

84 Fara (vedi nota 20), p. 96–98.

85 Fara (vedi nota 20), p. 97.

86 Fara (vedi nota 20), p. 99–100, 135–149.

87 ASMi, Feudi Camerali, cart. 406.

Da castellano di Musso a Marchese di Musso: *l'affaire Morone e il cambio di alleanze*

Dopo la presa di Chiavenna ai primi di gennaio 1525, le successive ostilità, dall'esito assai alterno, ebbero comunque l'effetto – nei confusi equilibri politici successivi alla battaglia di Pavia – di rinsaldare i rapporti fra Medici e lo Sforza, che il 17 aprile 1525 lo nominò castellano di Musso a vita.⁸⁸ Ciò non significava tra di loro una intesa effettiva: gli interessi del Medeghino in alto lago non coincidevano con quelli dello Sforza, e si levarono vibranti proteste dei Grigioni – il duca non poteva ignorarle – contro le violazioni del diritto delle genti perpetrate dal Medici, che aveva arrestato a Musso, e fatto arrestare a Chiavenna, loro ambasciatori.⁸⁹

Ma, nuovamente, locale e globale nelle vicende del Medici si intersecarono. Il Medici fu salvato dall'*affaire Morone*,⁹⁰ che scoppiò proprio allora, il 15 ottobre 1525, con l'arresto a Novara del ministro dello Sforza, accusato dagli imperiali di tradimento, e il conseguente accelerarsi delle iniziative politico-militari per formare una coalizione, la Lega di Cognac, che si contrapponesse all'Imperatore, dopo Pavia ormai padrone ed arbitro d'Italia. Medici sfruttò la situazione che vedeva il Morone e lo Sforza in grande difficoltà, e negoziò separatamente con Grigioni e Svizzeri,⁹¹ ottenendo un riscatto per il rilascio degli ambasciatori e la conservazione delle Tre Pievi da lui in precedenza occupate.

Da castellano di Musso a Marchese di Musso: una linea verticale di espansione dalla presa di Monguzzo all'assedio di Lecco

Formalmente legato alle sorti dello Sforza e al suo mutato orientamento politico, il Medici si trovò a poco a poco a transitare dallo schieramento spagnolo a quello anti-imperiale. E proprio qui Medici seppe giocare una difficile partita, muovendosi – per così dire – lungo il confine che separava i due schieramenti.

Al peggioramento dei rapporti tra lo Sforza e gli Imperiali, il Medici accentuò la propria autonomia d'azione, ciò che accrebbe la sua pericolosità agli occhi degli Spagnoli. Sul Lario – nel maggio del 1526 – si consumò infatti, perpetrato da quest'ultimi, un tentativo di sottrargli con l'inganno la rocca di Musso e di catturarlo, cui Medici replicò sanguinosamente e, secondo Giulio Giovio,⁹² l'episodio segnò il vero inizio della supremazia lacustre del Medici.

88 ASMi, Reg. Ducali 70, f. 59; Missive, 220 A f. 27 (18 aprile 1525); Missive 222, f. 153 (18 aprile 1525); Reg. Ducali 70v, f. 64v, 71, f. 187; Missive 220 A f. 43 (23 maggio 1525), in: Fara (vedi nota 20), p. 117, n. 6.

89 Giulio Giovio (vedi nota 6), § 8, p. 51.

90 Carlo Giodà, Girolamo, Morone e i suoi tempi, Torino 1887, p. 230-231.

91 Fara (vedi nota 20), p. 45.

92 Giulio Giovio (vedi nota 6), § 11, p. 53-54. Rinaldo Beretta, Gian Giacomo de' Medici in Brianza (1527-1531), in: Archivio storico lombardo, XLII, 1916, p. 53-120.

Ma lungo l'asse verticale, nord-sud, si aprì un altro fronte d'impegno per il Medici: mentre lo Sforza era assediato dagli Spagnoli nel Castello Sforzesco, e il popolo milanese spontaneamente insorse contro le supercherie e le violenze degli imperiali, Medici si dichiarò pronto ad accogliere a Musso quanti profughi della città lombarda si fossero rivolti a lui, mostrando così l'intento di trarre benefici politici, poiché indicava la sua signoria come l'unica prospettiva percorribile per gli Italiani.⁹³ Che gli imperiali l'abbiano compreso, è dimostrato dall'episodio dell'eccidio di Canzo, perpetrato intorno alla metà di giugno del 1526 dal generale spagnolo Antonio de Leyva che sguinzagliò Giovanni d'Urbina con i suoi fucilieri sulle tracce di giovani reclute ingaggiate a Milano per conto del Medici dal Pellizzone, valente capitano.⁹⁴ Un eccidio particolarmente vivido nelle parole del Missaglia, originario di Canzo e dunque senz'altro attendibile:⁹⁵ un eccidio consumato sotto una pioggia dura, fredda, incessante, che sembra tratto dalle pagine di Garcia Marquez, da una delle guerre, tutte rigorosamente perdute, del colonnello Aureliano Buendia.

La direzione lungo la quale l'espansione del Medici muoveva era dunque – sul finire del 1526 – verso sud: lago o terraferma che fosse, ciò era agevolmente spiegabile. In politica non esiste il vuoto pneumatico. La partenza verso Roma delle truppe di lanzi guidate da Borbone, le difficoltà degli imperiali rimasti in Lombardia incalzati dalle truppe veneto-sforzesche, spinsero Medici a spostare a sud il centro della sua iniziativa, sospendendo l'interesse per una nuova espansione in direzione della Valtellina. Si impadronì, ai primi di luglio del 1527, del castello di Monguzzo, e tale presa gli spalancava la strada verso Monza e Milano. Forte di contingenti di Svizzeri e Grigioni assoldati dal re di Francia, con oltre tremila fanti mosse di lì in direzione di Monza. Fu fermato nel luglio 1527 dalle truppe del de Leyva a Carate:⁹⁶ sconfitta che mise in luce nel Medici una certa propensione alla fuga, ma non gli arrecò altri danni, poiché il de Leyva non era allora in condizione di trarne profitto.

La sconfitta di Carate, tuttavia, fu salutare. Medici si rese conto che la lotta tra la lega di Cognac e gli imperiali era ad un punto di stallo, ciò che apriva davanti a lui impensate opportunità. In chiave difensiva, poiché Medici comprese che avrebbe potuto tutelare il suo nido impervio di Musso solo conservando il controllo navale sul Lario, impensabile senza la presa di Lecco, e questo spiega l'accanimento con il quale Medici si impegnò nel tentativo di espugnazione del forte, a partire dall'autunno 1527. In chiave offensiva, perché le difficoltà crescenti della lega di Cognac acuivano contrasti già manifesti alcuni mesi prima (l'alleato Medici aveva catturato ambasciatori veneti, e non li aveva liberati se non dopo un riscatto), e ciò poneva il problema dello schieramento in una veste più libera e spregiudicata. Le vicende dell'assedio di Lecco, la condotta del Medici e quella

93 Fara (vedi nota 20), p. 54-56.

94 Luigi Bignami, *Una spada brianzola del secolo XVI: Nicolò Pellizzone*, Milano 1937.

95 Missaglia (vedi nota 15), p. 25-27.

96 Giulio Giovio (vedi nota 6), §§ 22-23, p. 63-65.

dello Sforza, mettono in evidenza uno stato di rapporti al limite della rottura. La cattiva prova delle truppe veneziane ad Olginate, e la diffidenza verso il Medici, incontestabilmente alimentata dal contegno del Medici stesso, avevano alla fine prodotto la rotta degli assediati intorno a Lecco, e la ritirata di Giangiacomo. Era il preludio di un mutamento di alleanze: un accordo realizzato dopo lunga trattativa, e che venne firmato il 31 marzo 1528 a Pioltello, tra il Medici e il de Leyva.⁹⁷ Ancora una volta le informazioni raccolte dal Medici e la comprensione da parte sua dei rapporti fra il dentro e il fuori, fra locale e globale, originarono allora la sua condotta. Vi eran stati il Sacco di Roma, il rovesciamento delle alleanze da parte di Andrea Doria passato dai Francesi agli imperiali, la disgregazione dell'armata francese nel Napoletano, l'isolamento della Firenze antimedicea. Sarebbe stato stolto non sbarazzarsi della ormai spinosa amicizia con lo Sforza e passare risolutamente nel campo dei vincitori. D'altro canto, agli occhi degli imperiali, un'alleanza con il Medici era resa auspicabile dalla sua supremazia navale, a dispetto della sconfitta di Carate e del recente scacco subito nell'assedio di Lecco, supremazia le cui ragioni sono bene illustrate da un passo di Giulio Giovio.⁹⁸ Ancora una volta una differenza di approccio umano nel reclutamento spiega fattori d'ordine tattico-militare. I marinai del Medici erano veri uomini di lago, i marinai degli spagnoli, riluttanti e paurosi contadini. Il Medici badava all'essenziale: via le scialuppe (anche per togliere ai soldati qualsiasi alibi di fuga) e in cambio, più bocche di fuoco; dunque navi agili, leggere, ben manovrabili. Gli Spagnoli calarono in acqua un galeone, simile ad una rocca: dunque una tattica inadeguata al nemico che avevano di fronte, e nei fatti solo scenografica. L'aspetto più interessante degli accordi di Pioltello, per il Medeghino, era l'innalzamento a marchesato di tutti i territori presentemente occupati da lui, cui si aggiungeva Lecco, con la clausola che una eventuale intesa circa il ducato di Milano tra l'Imperatore e Francesco Sforza non avrebbe toccato i termini del presente accordo. In cambio il Medici sarebbe passato al servizio dell'Impero, sciogliendosi dai precedenti impegni. Essi furono per il Medici la consacrazione di una iniziativa politico-militare nella quale la ricerca di autonomia era finalizzata alla creazione di una signoria sul Lario.

Dagli accordi di Pioltello alla guerra di Musso: il fallimento di una linea orizzontale di espansione

Con questi accordi, e un dominio lariano ora incardinato sui due forti inespugnabili e fra loro complementari, Musso e Lecco, sembrò al Medici di essersi costituito il retroterra per un mutamento di strategia, un asse orizzontale dell'espansione politico-militare. Dopo il castello di Civello, preso già nel settembre 1527, Medici

⁹⁷ Fara (vedi nota 20), p. 96-98.

⁹⁸ Giulio Giovio (vedi nota 6), § 32, p. 71.

aveva ricevuto in dono Domodossola dal de Leyva, passato da acerrimo avversario a caldissimo sponsor. Ma tutto lasciava presagire che la congiuntura politica gli offrisse un'occasione ancor più strategica. Scrive Missaglia⁹⁹ che all'avanzata in Italia dell'armata francese di François de Bourbon, conte di Saint-Pol, il de Leyva si accordò con il Medici, verosimilmente nella seconda metà del 1528, di concedergli la presa di Como in cambio di aiuti finanziari e militari. Il de Leyva vi era costretto dalle circostanze, ma per il Medici la prospettiva era allettante.¹⁰⁰ Non solo al presente. Nell'eventualità che lo Sforza fosse morto nel frattempo, di fronte al presumibile stallo negli accordi tra Carlo V e Francesco I, egli sarebbe apparso ai principi italiani come un'accettabile soluzione di compromesso o, in via subordinata, come una sorta di male minore.¹⁰¹ Al Medici, tuttavia, non riuscì la presa di Arona, per la fedeltà sforzesca del cognato Giberto Borromeo. La sconfitta del Saint-Pol a Landriano, il 21 giugno 1529, inoltre, venendo a sancire la definitiva caduta della minaccia francese, fu la fine dei castelli in aria del Medici. Ma che questa, e non altra, fosse l'ambiziosa strategia da lui delineata, si può intuire dalla reazione del fratello Battista de' Medici alla notizia della disfatta francese, testimonianza notevole perché raccolta da un testimone oculare: «Ricordomi di avere inteso da un servitore vecchio del marchese, il quale alle nuove della presa di San Polo si trovava in Monguzzo, che dicendo a Battista de Medici, suo fratello, se si doveva fare allegrezza per così gran vittoria, egli non potendo coprire il dolore che aveva di cotal presa, con volto sdegnoso disse che non vi era polvere da gettare invano». ¹⁰² Castelli in aria: come s'è detto, farsi accettare dal de Leyva era stato più facile che persuadere delle sue buone intenzioni il Senato di Milano, che lo aveva conosciuto nemico implacabile, e che infatti si rifiutò di ratificare gli accordi. Un'aporia che andrebbe indagata è per quali ragioni, al di fuori di quelle personali, de Leyva si era spinto fino a mentire in un comunicato (31 ottobre 1528)¹⁰³ e poi in una lettera all'Imperatore (8 novembre 1528), attribuendo al Medeghino benemeritenze inesistenti. In ogni caso, notevole resta in questi mesi, tra il 1528 e il 1530, il suo tentativo di «mettere le barbe», come avrebbe detto Machiavelli,¹⁰⁴ con una spregiudicata politica di alleanze su base matrimoniale: la sorella Margherita sposò Giberto Borromeo, conte di Arona, mentre la sorella Clara sposò Wolf Dietrich von Hohenems, appartenente ad una famiglia di reclutatori di mercenari recentemente imparentata con Ferdinando d'Asburgo. Tuttavia, giunto a incassare i frutti più cospicui del suo potere di interdizione, con il passaggio agli imperiali esso gli si svalutò tra le mani in modo repentino. Si vide subito con il perdono accordato allo Sforza dall'Imperatore durante l'incontro

99 Missaglia (vedi nota 15), p. 53-54. Rinaldo Beretta, Domodossola e Gian Giacomo Medici (1529-1531), in: Archivio Storico Lombardo, XLII, 1915, fasc. 4, p. 669-680.

100 Ibidem, p. 54.

101 Ibidem, p. 55.

102 Ibidem, p. 56.

103 ASMi, Feudi Camerali, cart. 406.

104 Niccolò Machiavelli, Il principe, VII.



Fig. 2: Ritratto di Gian Giacomo Medici detto il Medeghino, olio su tela, cm 113 × 96, sec. XVI, ambito lombardo: Sistema Museale Urbano Lecchese (Si. M. U. L.), Collezioni d'Arte, Villa Manzoni, Museo Manzoniano, Ambito lombardo (Catalogo generale: 00031181). Si ringrazia la Raccolta d'arte della Galleria Comunale d'Arte dei Musei Civici di Lecco.

di Bologna (1530).¹⁰⁵ Appena ne ebbe sentore, il Medeghino vi accorse anch'egli, ma non fu ricevuto, e poté solo rendersi conto di essere stato tagliato fuori. Era rimasto con un marchesato di legno in mano, perché tra lui e lo Sforza, anche su

¹⁰⁵ Emilio Pasquini e Paolo Prodi (a cura di), *Bologna nell'età di Carlo V e di Guicciardini*, Bologna 2002; Missaglia (vedi nota 15), p. 60.

pressioni pontificie, l'Imperatore non aveva avuto esitazioni nella scelta. Fu qui che Medici comprese che la fine del suo dominio sarebbe stata solo questione di tempo: stretto tra lo Sforza a sud e i Grigioni a nord, non avrebbe avuto scampo. Dopo il fallimento al convegno di Bologna il Medici, «sicuro di avere la guerra dal duca»,¹⁰⁶ avviò i preparativi per batterlo sul tempo. Lo Sforza, d'altro canto, appena riguadagnata la benevolenza di Carlo V, sapeva che non avrebbe avuto un'altra possibilità, se fosse stato battuto dal Medeghino.

Fu la guerra di Musso (1531-1532), dove il Medici mise in campo tutte le sue carte, riuscendo alla fine a strappare, grazie anche all'intervento dell'Imperatore, un accordo onorevole e la salvaguardia dei frutti della sua decennale iniziativa. Scatenata dalla presa di Morbegno (13 marzo 1531),¹⁰⁷ propiziata dall'uccisione ad opera di sicari del Medici dell'ambasciatore grigione Martino Bovollino¹⁰⁸ di ritorno da Milano, la guerra di Musso vide l'inconsueta alleanza tra lo Sforza, i Grigioni e i Cantoni svizzeri (una alleanza che il Medici si era illuso di scongiurare appellandosi alla guerra religiosa in atto in territorio elvetico), quasi per intero sostenuta economicamente dal duca, aggravando la pesante crisi finanziaria determinata dagli oneri imposti dall'accordo di Bologna con Carlo V. Fu una vera partita a scacchi. La strategia del Medici era diventata quella di una guerra di lunga durata, basata su due caposaldi: l'inespugnabilità di Musso e di Lecco e la supremazia navale sul Lario. Lo Sforza, viceversa,¹⁰⁹ tendeva sul territorio a prosciugare l'area di manovra del Medici togliendogli le basi più lontane: dapprima Domodossola, poi Monguzzo. E se la perdita di quest'ultimo tolse al Medeghino l'avamposto dal quale poteva controllare il Comasco e minacciare Milano, gli assedi stretti attorno alle fortezze di Musso e di Lecco non portarono ad alcun risultato per la coalizione sforzesco-grigiona. Il Medici mostrò, ancor più che in passato, un vero e proprio controllo navale del Lario: del quale, occorre dire, pagarono lo scotto le popolazioni civili rivierasche. La tattica lacustre dello Sforza¹¹⁰ era inevitabilmente costretta a tenerne conto: non potendo fronteggiare la supremazia navale del Medici, si tendeva a sfruttare la dispersione della sua flotta impegnata a far razzie e, facendo perno su Menaggio, munitissima con truppe terrestri e artiglierie, attaccare le navi del Medici ogniqualvolta si fossero staccate dal resto dello schieramento. Vi era però interdipendenza tra le due tattiche, terrestri e lacustre, dello Sforza, e la mancata presa di Monguzzo aveva rallentato l'avvio della tattica navale.¹¹¹ Quando avvenne la presa (2 luglio 1531), avvertito dell'iniziativa diplomatica del Medici presso Carlo V per porre onorevolmente termine al conflitto, lo Sforza adottò una tattica più aggressiva, per replicare, sulla costa orientale del lago, quanto si era fatto con successo a

106 Missaglia (vedi nota 15), p. 61.

107 Capra (vedi nota 3), De bello Mussiano § 6, p. 93.

108 Ibidem, § 5, p. 91-92.

109 Ibidem, §§ 13-14, p. 99-100.

110 Ibidem, § 15, p. 101.

111 Ibidem, § 16, p. 101-102.

Menaggio: Vistarini avrebbe tentato di intercettare da Mandello i convogli del Medici.¹¹² Lo spostamento a sud della tattica degli sforzeschi era funzionale ad un attacco portato direttamente al forte di Lecco, probabilmente ritenuto meno imprendibile rispetto a Musso. Sforza mandò Crivelli a precludere al Medici vetovagliamenti in Brianza (sulla pagina di Capra si profila un convitato di pietra del conflitto, la carestia),¹¹³ mentre diede i suoi frutti la tattica di sbarramento del Vistarini da Mandello:¹¹⁴ vi persero la vita il fratello del Medici, Gabriele, e il Borsieri, forse il più valente comandante navale del Medici. Ciononostante, il Medici avrebbe potuto impegnare il nemico ancora a lungo, e lo prova l'andamento inconcludente e per gli Sforzeschi dell'assedio di Lecco.¹¹⁵ Ma era giunto il momento di monetizzare la propria resistenza, di fronte ad un avversario estenuato, che lo stesso Carlo V invitava ad accedere ad un accordo.¹¹⁶ Ancora una volta fu il quadro politico esterno, con la necessità per l'Imperatore di avere le mani libere nella lotta contro i Turchi,¹¹⁷ a pendere a favore del Medeghino, che pose fine al conflitto spuntando un accordo vantaggioso.¹¹⁸

Marchese di Marignano, generale imperiale: ambizioni più ristrette ma più concrete

L'intesa conclusa nel febbraio 1532, grazie alla quale il Medeghino, in cambio della cessione delle sue piazzeforti di Musso e di Lecco, incassò la buonuscita di 35 000 scudi e il titolo di Marchese di Marignano, «cadendo in piedi» dalle rovinose implicazioni di un guerra che non poteva vincere, fu per lui l'abbrivio di una nuova esistenza politica e militare: meno leggendaria, certo più «sporca», ma capace di far crescere e proiettare la sua identità su scenari ben più importanti di quanto fosse avvenuto fino ad allora, quand'era tenacemente abbarbicato al suo «ridotto» lariano. E tuttavia lo studio di questo secondo tempo della carriera politico-militare del Medici mostra anche fortissimi fattori di continuità, che in questa sede non intendiamo lasciar cadere. Già si facevano avanti con nettezza le potenze interessate ad avvalersi delle abilità tattiche così brillantemente sfoggiate dal Medici nel recente decennio. Al rinnovarsi del conflitto franco-imperiale, nel 1536,¹¹⁹ troviamo il Medici inizialmente al servizio del duca di Savoia, e poi, nello stesso anno, nell'esercito imperiale, alle dipendenze del suo antico protettore Antonio de Leyva. Il rinsaldarsi in questo modo dei rapporti con la corte imperiale, e la riaffermazione della sua fedeltà, furono tuttavia drammaticamente

112 Ibidem, § 20, p. 105.

113 Ibidem, § 26, p. 111.

114 Ibidem, §§ 26–27, p. 111.

115 Ibidem, § 27, p. 1131.

116 Ibidem, §§ 28–29, p. 113.

117 Paolo Giovio, *Historiarum tomi secundi pars prior*, curante Dante Visconti, Roma 1964, p. 237.

118 Capra (vedi nota 3), *De bello Mussiano*, § 29, p. 113.

119 Paolo Giovio (vedi nota 117), p. 367.

messe in questione allorquando a settembre di quell'anno, alla morte del de Leyva, nella funzione di capitano generale delle forze imperiali in Lombardia subentrò Alfonso d'Avalos, Marchese del Vasto,¹²⁰ per il quale l'ascesa politica del Medici sulla scena milanese prefigurava senz'altro un rivale. Così il 26 dicembre del 1536 Gian Giacomo e il fratello Giovan Battista furono arrestati con l'accusa di tradimento, e rimasero per diciotto mesi in carcere. L'ampio e prestigioso fronte che si mobilitò per la liberazione del Medici (fra gli altri, papa Paolo III e l'arciduca d'Austria, Ferdinando d'Asburgo) attesta che egli aveva saputo «mettere le barbe sua» anche presso le corti dell'Italia unificata sotto le insegne imperiali. Certo, non era più considerato il *parvenue* che si era fatto strada vestendo i panni del bandito del Lario. Non poco gli costò la libertà: versò 20 000 scudi, più della metà del denaro che gli aveva fruttato la cessione di Musso e Lecco allo Sforza.

Sia stato il desiderio di allontanarsi da Milano, dove il contrasto con d'Avalos poteva riaccendersi, ovvero l'effetto di uno stato di necessità di Carlo V, negli anni successivi le abilità di tattico del Medici furono spese sullo scacchiere europeo: dapprima nelle Fiandre (1539), alle dirette dipendenze di Carlo V per reprimere una rivolta a Gand¹²¹ (qualche anno più tardi, seguì l'imperatore anche nel 1544, nella campagna della Marna), poi in Ungheria contro i Turchi,¹²² campagna che gli valse la nomina a Generale dell'armata del Danubio.

La sua efficace presenza in remoti scenari militari europei non ne attenuò le ambizioni, seppur discrete, verso il Milanese, e le terre dalle quali, vent'anni prima, era partita la sua ascesa. Acquistò, per 3000 scudi, le Tre Pievi lariane di Gravedona, Sorico e Dongo, né egli tralasciò di acquistare la rendita sui dazi delle merci in entrata nello Stato di Milano. Ciò spiega perché, nel 1547, richiesto un parere, avesse fermato la sua attenzione sulla Valtellina, già teatro a più riprese dell'iniziativa militare del Medici «lariano»: è di quest'anno (1547) il *Discorso del Marchese di Maregnano sopra l'impresa della Valtellina*.¹²³ Nel 1548, inoltre, sarebbe avvenuta la sua cooptazione in quel Senato di Milano che lo aveva avversato vent'anni prima.

Ad analoghe preoccupazioni, di rafforzamento del rango, corrispose, nel 1545, la strategia matrimoniale che, in piena sintonia con le relazioni del fratello Gian Angelo, si orientò verso un più stretto legame con casa Farnese. Sposò Marzia Orsini di Pitigliano, cognata del figlio del papa, Pier Luigi Farnese, stringendo un'unione che, per la nota lesione inguinale riportata dal Medici, non poteva originare una discendenza.¹²⁴

120 Federico Chabod, *Lo stato e la vita religiosa a Milano nell'epoca di Carlo V*, Torino 1971, p. 143-184, qui p. 150.

121 Minonzio (vedi nota 7), *La «mala guerra»*, p. 41.

122 Ibidem, p. 43.

123 Ibidem, p. 169, n. 23.

124 Ibidem, p. 47, 56-58.

La guerra di Siena

La resa dei conti di Carlo V con la Lega di Smalcalda a Mühlberg (24 aprile 1547), battaglia nella quale il Medici rivestì la funzione di generale di artiglieria, lo riposizionò con forza ancora maggiore al centro dei progetti di casa Asburgo. Una successiva campagna in Boemia (1547-1548) al servizio di Ferdinando lo propose nuovamente all'attenzione, ma seppe avvalersi anche di più pacifiche strategie relazionali, in particolare rivolte verso le nuove leve del potere imperiale: nel 1549 ospitò nel suo castello di Melegnano Filippo d'Asburgo, il futuro Filippo II. Alla partecipazione del Medici alla guerra di Parma (1551-1552)¹²⁵ tenne dietro la sua presenza all'assedio di Metz, durato tre mesi e concluso con uno scacco per gli imperiali. La concatenazione tra i due eventi è evidente: portare la guerra in territorio francese era contraccambiare l'espansionismo francese in terra emiliana. L'abilità mostrata a Metz dal Medici, a dispetto dell'esito dell'assedio, gli valse la nomina da parte di Cosimo de' Medici a comandante dell'armata impegnata nelle ostilità contro Siena (1554-1555).¹²⁶ Una guerra, nella quale il Medeghino non si mostrò tanto abile quanto spietato: di fronte ad un esercito popolare (seppur fiancheggiato dai Francesi), che aveva chiamato tutti, giovani e anziani, uomini e donne, alla difesa della propria libertà, che – per dirla con Machiavelli – contava più sulle milizie proprie che su quelle ausiliarie, il Medeghino conobbe più di un pesante rovescio, ed anzi la crudeltà mostrata nei confronti dei civili fu una delle ragioni di tale ostinata, eroica, resistenza dei Senesi, che impressionò a tal punto l'Imperatore da indurlo a pattuire con loro una pace onorevole. L'ultima iniziativa del Medeghino fu l'assunzione del comando dell'armata imperiale che, nel 1555, si mosse in Piemonte contro i francesi, ma ebbe poco tempo per agire: la malattia lo spinse l'8 novembre 1555.

Carlo V poteva compiacersi che Tiziano l'avesse ritratto come un eroe classico, a cavallo, mentre brandiva una lancia, ma ciò in tanto era possibile in quanto vi fosse qualcuno ad occuparsi del «lavoro sporco», un duro e spietato comandante militare che per esperienza giovanile non arretrasse dinnanzi al sangue, dei propri soldati così come di quello degli «altri». Così la figura storica del Medici rimase consegnata alle crudeli, determinate, azioni (soprattutto i massacri, le impiccagioni e le mutilazioni inflitte a civili inermi) condotte nel corso della guerra di Siena al servizio di Cosimo de' Medici per estinguere quanto restava in Italia della libertà repubblicana.

¹²⁵ Ibidem, p. 47-51.

¹²⁶ Ibidem, p. 79-100.

Come si diventa ciò che si è

Nella pigra efferatezza del Marchese, traguadata dalla guerra di Siena, si mescolavano parecchie componenti, ma nella proclività del Marignano alle atrocità si intravedono aspetti che più direttamente la connettono al primo tempo, quello «lariano», della sua esperienza politica e militare. Innanzitutto per lui, nato da una famiglia di nobiltà decaduta, ma pur sempre di nobiltà, segnalerei il disprezzo verso le plebi contadine: gli ambienti urbani alimentano ancora nel Cinquecento una visione del lavoratore della terra che ne accentua i tratti di durezza vendicativa, di incapacità di comprensione solo mitigata da una atavica astuzia, da una rozza e brutta sensualità animalesca. Il Medeghino aveva più volte saccheggiate le plebi contadine del Lario e della Brianza, privandole degli scarsi mezzi con i quali fronteggiare la fame, prima nel corso dell'azione per il possesso di Monguzzo, e poi nella guerra di Musso. Il sentimento della propria nobiltà immeritatamente conculcata induceva in lui un duplice sentire: una sconfinata ammirazione verso la grandezza e un rabbioso disgusto verso quel piano della realtà (la fame, l'indigenza, l'inferiorità sociale) entro il quale era stato *pro tempore* costretto a maccarsi, vedendo impedita e trattenuta la sua energia protesa alla conquista di una posizione eminente.

In secondo luogo, aggiungerei il disprezzo del Medeghino verso le repubbliche e dunque verso le libertà repubblicane. Nato nella Milano sforzesca, a lungo rimpiainta sotto il dominio francese, divenuto Marchese di Musso, Conte di Lecco (quantomeno e solo *in pectore*), da ultimo Marchese di Marignano, l'ambizione di feudo e l'acquisizione di uno *status* principesco erano stati il suo motivo ispiratore. Della costituzione materiale di una libera repubblica di origine comunale, nella quale il potere dei rappresentanti è elettivo, la cui validità è a tempo, soggetto sempre all'autorità dei giudici e temperato da altre istituzioni, nulla doveva piacergli, nulla doveva sembrare «giusto». Dell'età comunale si può ritenere gli fosse rimasta, mediata dalle tradizioni familiari, l'idea di una distruttiva e lacerante lotta di fazione, ricomposta solo con il passaggio alle istituzioni signorili e ai principati. Del resto a Milano la transizione dal potere visconteo a quello sforzesco era avvenuta attraverso la velleitaria creazione di una repubblica – la Repubblica Ambrosiana (1447–1450) – paralizzata dai conflitti. Anche altri lombardi, ad esempio Paolo Giovio, avevano maturato un'avversione alle lotte di fazione medievali e al contesto istituzionale che le rendeva possibili.

L'indifferenza del Marignano alla «buona guerra» si fonda sui quei «termini de la guerra reale» entro i quali riteneva che la conduzione della guerra dovesse tenersi. L'opposizione «buona» vs «reale» è ancora leggibile grazie a Machiavelli, a quel cruciale capitolo *Il Principe*,¹²⁷ dove in opposizione al contegno di chi «voglia fare in tutte le parte professione di buono», al quale inevitabilmente accadrà che

127 Machiavelli, XV.

«rovini infra tanti che non sono buoni», il Segretario fa valere l'esigenza di preferire «andare dritto alla verità effettuale della cosa, che alla immaginazione di essa».

Nella fase ascendente della sua carriera, a dispetto di una spietatezza criminale, gli era occorso di mostrare «grandezza dell'animo»: ogni ostacolo pareva piccolo, il desiderio di rivalsa personale aveva davanti a sé un lungo corso. L'ambizione di infeudamento dissimulava in lui il disprezzo verso le plebi e le libertà repubblicane. In seguito, con mire ridimensionate ma ad un contempo più concrete, volendo e dovendo apparire grande nel difendere l'Impero, il ricorso a crudeli misure estreme – il lavoro «di bassa macelleria», peraltro lautamente remunerato – divenne puntiglioso mezzo di acquisizione di credito, provvida occasione di messa in valore di sé, per non rivelarsi piccolo di fronte all'ostacolo. Infine, giunto al vertice dell'onore, questo risultò solo uno dei suoi tanti ruoli da efficace, adeguato, sottoposto.

Zusammenfassung:

Erwerb und Aufrechterhaltung der Herrschaft von Gian Giacomo Medici am Comersee: Leben und Karriere eines Feindes der Bündner in den europäischen Kriegen des 16. Jahrhunderts

Der Artikel verknüpft die Geschichte der Gründung der Republik der Drei Bünde mit der Biografie und Karriere des italienischen Söldnerführers Gian Giacomo Medici, der durch seine politisch-militärischen Interventionen in den bündnerischen Untertanengebieten zwischen 1524 und 1532 dazu beigetragen hat, dass die drei Bünde sich mit dem Bundesvertrag von 1524 enger zusammenschlossen. Der Essay rekonstruiert aufgrund zeitgenössischer Quellen und Druckwerke, erstens, den «langen Marsch» des Medici vom Exilanten und Banditen zum Söldnerunternehmer und zur Einnahme (1523) der Festung Musso; und, zweitens, die Sicherung und Ausdehnung seiner Herrschaft am Comersee in den Jahren zwischen 1523 und 1532. Damals war sein Handeln durch die machiavellianische Tugend des Fleisses geprägt und durch die Fähigkeit, nationale und europäische Dynamiken zu erkennen und im eigenen Gebiet umzusetzen. Es gibt Kontinuitäten und Unterschiede zwischen der ersten, oft mythisch verklärten Phase seiner Karriere und der zweiten, weniger schmeichelhaften Phase, in der er zwischen 1532 und 1555 die Rolle eines treuen und rücksichtslosen kaiserlichen Generals auf den Kriegsschauplätzen Europas und Italiens bekleidete. Letztere zeigen sich am Übergang von einer Gewalt als innerer Logik der Befehlsausübung des Kriegsunternehmers zu einer Gewalt als grenzenloser Lust am Dienen (*libido serviendi*).

II Herrschaft der Gemeinen Drei Bünde (16.–18. Jahrhundert)

Politische Kultur und Verfassung in der Eidgenossenschaft und den Drei Bünden (ca. 1500–1700)

Andreas Würigler

Der venezianische Botschafter Giovanni Battista Padavino (1560–1639), der sich zu Beginn des 17. Jahrhunderts längere Zeit in der Eidgenossenschaft und in den Drei Bünden aufgehalten hatte, beschrieb sowohl die Eidgenossenschaft als auch Graubünden als monströse Gebilde. Damit meinte er nicht sagenhafte Drachen und ähnliches, nach welchen Wissenschaftler in den Alpen noch hundert Jahre später suchten.¹ Vielmehr bezog er sich auf die politische Konstruktion der beiden Gebilde, die er, wie damals üblich, mit Körpermetaphern beschrieb. In Bezug auf die Eidgenossen unterstrich er deren Vielgestalt: «Da sich ein solches Beispiel anderswo nicht findet, wundern sich die meisten, dass so viele Völker, ungleich an Stärke, Interessen, Freunden und Grenzen, mit verschiedenen Gesetzen, Verstand und Religion, sich miteinander vertragen können, und für eine lange Zeit imstande gewesen sind, einen gut geeigneten Kopf zu erfinden, um einen Körper von verschiedenen unverhältnismässigen und monströsen Gliedern zu regieren und zu führen.»² Während die Eidgenossenschaft mit ihren dreizehn Kantonen immerhin einen Kopf, nämlich die Tagsatzung, für das Monster entwickelt hatte, so blieben die Bündner, gemäss Padavino, kopflos: «Das Unklarste von allem, das kann ich wahrheitsgemäss behaupten, ist die Sache mit der verwirrten und ungeordneten Regierung [...], die nach der Reformation unförmig und monströs geworden ist. Auch erlaubt es mein Verstand nicht, ihr eine angemessenere Definition zu geben als die der reinen Anarchie, das heisst des Fehlens einer Regierung. Es handelt sich um einen Körper von vielen unverhältnismässigen Gliedern ohne Kopf [...]. Ein Pöbel mit dem Szepter in der Hand [...]. Und wahrlich, man kann sie eine Republik der privaten Neigungen und Leidenschaften oder eine gesetzlose Freiheit nennen. In der Summe ein Labyrinth von tausend Irrtümern, vielleicht ohne

1 So fragte etwa der berühmte Zürcher Alpenforscher Johann Jakob Scheuchzer 1699, «ob es auch geflügelte Drachen gebe» in den Bergen, zitiert in: Simona Boscani Leoni, unter Mitarbeit von Jon Mathieu und Bärbel Schnegg (Hg.), «Unglaubliche Bergwunder». Johann Jakob Scheuchzer und Graubünden. Ausgewählte Briefe 1699–1707, Chur 2019, S. 47, Frage 166.

2 Giovanni Battista Padavino, *Del governo e stato dei signori Svizzeri. Relazione fatta l'anno 1606* [d. i. 1608], hg. von Vittorio Ceresole, Venedig 1874, S. 1: «Non trovando esempio simile, più di tutto si meravigliano, che tanti popoli, disuguali di forze, d'interessi, d'amici e confini, con leggi, intelligenza e religione diversa, possano comportarsi insieme, e per lunga successione de' tempi abbiano saputo, ad un corpo di varie membra sproportionate e mostruose, inventar capo ben accomodato per reggerlo e guidarlo.»

antikes oder modernes Beispiel.»³ Padavino kleidet seine Schwierigkeiten, ein ihm fremdes System zu verstehen, in heftige Ablehnung. Immerhin hatte er beide so weit verstanden, dass es ihm gelang, erstmals Bündnisse Venedigs mit Graubünden (1603)⁴ beziehungsweise mit Zürich und Bern (1615/18)⁵ auszuhandeln. Um diese beiden «Monster» besser zu verstehen, sollen im Folgenden zunächst die Begriffe Verfassung und politische Kultur vorgestellt werden. Der zweite Teil widmet sich dann dem Vergleich der eidgenössischen und der bündnerischen Verfassung, der dritte Teil schliesslich den Beziehungen zwischen den beiden und der vierte den politischen Kulturen der föderativen Republiken.

Verfassung, politische Kultur

Für die Beschreibung der politischen Kultur und der Verfassung⁶ der Eidgenossenschaft und der Drei Bünde von ca. 1500 bis 1700 ist ein deskriptiver und materieller Verfassungsbegriff hilfreich. Denn moderne Verfassungen im Sinne eines (einzigen) normativen Dokuments, das alle fundamentalen, auf den Staat bezogenen Regeln – Verteilung von Rechten und Pflichten, Kompetenzen und Befugnissen – inklusive universeller Menschenrechte umfasst, entstanden erst am Ende des 18. Jahrhunderts. Der Verfassungsbegriff, wie er in Verfassungsrecht und Verfassungsgeschichte aktuell verwendet wird, ist jedoch zeitlich und formal allgemeiner. Danach besteht die Essenz der modernen Verfassung darin, ein «anspruchsvolles normativ-institutionelles Arrangement zur Rationalisierung der Politik mit dem Mittel des Rechts» bereit zu stellen. Insofern lässt sich auch für die vorkonstitutionelle Epoche sinnvoll von Verfassung sprechen.⁷ Im Gebiet der heutigen Schweiz verteilten sich die staatlichen Funktionen des werdenden Staates der Frühen Neuzeit auf drei

3 Relazione del segretario Padavino, ritornato dal paese de' Signori Grisoni [1605], hg. von A. Giussani, in: *Periodico della Società Storica Comense* 15 (1903), S. 163–212, hier S. 175: «La più oscura di tutte posso con verità affermare essere la materia del governo confuso, et disordinato [...] dopo la riforma [...] divenuto informe, et monstuoso. Nè mi basta l'animo darle più propria diffinitione, che di pura anarchia, cioè privatione di governo, corpo di molti membra tra se sproportionati senza capo [...]. Un popolazzo avendo lo scetno in mano [...]. Et veramente si può chiamarla Republica bressaglio di affetti, et passione private, overo libertà senza legge. In somma labirinto di mille errori forse senza essemplio antico, o moderno.»

4 Martin Bundi, *Die Aussenbeziehungen der Drei Bünde*, in: *Handbuch der Bündner Geschichte*, Bd. 2: Frühe Neuzeit, Chur 2000, S. 173–202, hier S. 185–186.

5 Richard Feller, *Geschichte Berns*, Bd. 2: Von der Reformation bis zum Bauernkrieg 1516–1653 (1953), 2., korr. Auflage, Bern 1974, S. 475–477.

6 Grundlegende Literatur zur Verfassung: Hans Conrad Peyer, *Verfassungsgeschichte der alten Schweiz*, Zürich 1978; Andreas Würzler, *Geschichte des schweizerischen Verfassungsrechts vor 1798*, in: Oliver Diggelmann, Maya Hertig Randall, Benjamin Schindler (Hg.), *Verfassungsrecht der Schweiz – Droit constitutionnel suisse*, 3 Bände, Zürich etc. 2020, Bd. I, S. 31–56. Für Einzelfragen: *Historisches Lexikon der Schweiz (HLS)*, 13 Bände, Basel 2002–2014, auch online: www.hls-dhs-dss.ch.

7 Oliver Diggelmann, Maya Hertig, Benjamin Schindler, *Verfassung*, in: Oliver Diggelmann, Maya Hertig Randall, Benjamin Schindler (Hg.), *Verfassungsrecht der Schweiz – Droit constitutionnel suisse*, 3 Bände, Zürich etc. 2020, Bd. I, S. 3–30, hier S. 5.

Ebenen eigenen Rechts: die kommunale, die kantonale und die eidgenössische für das *Corpus Helveticum*. Im Bündnerland waren es gar vier Ebenen, die kommunale (nachbarschaftliche), gerichtsherrschaftliche, einzelbündische und dreibündische.⁸ In historischer Perspektive interessieren aber nicht nur die in den Bündnissen oder im Bundsbrief festgelegten rechtlichen Regeln der bündischen Organisation der Herrschaft, sondern auch die konkreten Praktiken der politischen Entscheidungsfindung. Diese Regeln und Praktiken machen die politische Kultur aus, die als integraler Bestandteil jeder Verfassung bedeutsam ist und in vorkonstitutioneller Zeit noch wichtiger war, insofern der Verschriftlichungs- und Kodifizierungsgrad politischer Handlungen vergleichsweise geringer ausfiel. Diese Regeln sind oft nur in den Handlungen der Akteure zu erkennen beziehungsweise aus ihnen abzuleiten.⁹

Die Territorien der Eidgenossenschaft und der Drei Bünde waren bis 1648 formal Glieder des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation. Allerdings hatte eine gewisse Distanzierung, wenn auch noch nicht Loslösung schon um 1500 eingesetzt, weil die Eidgenossen und die Bündner der Reichsreform von 1495 (Reichsteuer, Reichsgericht, Reichskreise) fernblieben und sich diese Distanzierung nach dem Schwaben- oder Schweizerkrieg, beziehungsweise Tiroler oder Engadinerkrieg im Frieden von Basel 1499 auch vom deutschen König und späteren Kaiser Maximilian von Habsburg anerkennen liessen.¹⁰ Sowohl die Eidgenossenschaft als auch Graubünden sind komplex zusammengesetzte Bündnissysteme.

Verfassungsstrukturen im Vergleich

Für den politisch-konstitutionellen Strukturvergleich der Schweiz und Graubündens oder präziser der alten Eidgenossenschaft und der Drei Bünde in Rhätien werden die Vergleichskriterien Staatsform, Zusammensetzung der Mitglieder und Bevölkerung gewählt und, wo möglich, mit einer Aussenperspektive ergänzt.

Staatsform: Republik und *Confoederatio*

Beide politische Einheiten, die Schweiz und Graubünden, waren in der frühen Neuzeit unbestritten Republiken im Sinne Machiavellis, das heisst Nichtmonarchien. Für diese Epoche ist dies eher ungewöhnlich, denn die vorherrschende Staatsform war die Monarchie: Kaiser, Könige und Fürsten bildeten die Varianten

⁸ Würgler (wie Anm. 6), S. 34.

⁹ Andreas Würgler, Die Tagsatzung der Eidgenossen. Politik, Kommunikation und Symbolik einer repräsentativen Institution im europäischen Kontext 1470–1798, Epfendorf 2013, S. 51–55; Würgler (wie Anm. 6).

¹⁰ Florian Hitz, Entstehung und Entwicklung der Drei Bünde, in: Florian Hitz, Immacolata Saulle Hippenmeyer, Der Bundsbrief vom 23. September 1524. Beitrag zum Jubiläum «500 Jahre Freistaat der Drei Bünde, Chur 2024, S. 15–43, hier S. 38–39. Zu 1499: Peter Niederhäuser, Werner Fischer (Hg.), Vom «Freiheitskrieg» zum Geschichtsmythos. 500 Jahre Schweizer- oder Schwabenkrieg, Zürich 2000; Bernhard Stettler, Die Eidgenossenschaft im 15. Jahrhundert. Die Suche nach dem gemeinsamen Nenner, Zürich 2004, S. 309–350.

des vorherrschenden monarchischen Standardmodells. Allerdings häuften sich die Republiken im Alpenraum und in Oberitalien, blieben aber selbst in diesen Räumen Ausnahmen: Neben den dreizehn Kantonen, den Drei Bünden und dem Wallis zählten dazu auch die italienischen Beispiele Venedig (die älteste, grösste und berühmteste der Republiken), Genua, Lucca, San Marino und, östlich der Adria, zeitweilen Ragusa (Dubrovnik). Im Norden gesellten sich dazu im späten 16. Jahrhundert die Vereinigten Provinzen der nördlichen Niederlande, die im 17. Jahrhundert zur mächtigsten Republik mit grossem Kolonialreich aufstiegen. Nur kurze Zeit dauerte hingegen das republikanische Intermezzo in England unter Cromwell (1649–1653/60).¹¹

Im Hinblick auf die Schweiz war jedoch strittig, um wie viele Republiken es sich handelte. Der französische Jurist, Erfinder des Souveränitätsbegriffs und Wegbereiter des Absolutismus, Jean Bodin (1529/30–1596), beharrte mit seiner Definition darauf, dass die Eidgenossenschaft ein Bündnis von dreizehn Republiken und nicht *ein* Staat sei. Bodin nannte alle souveränen Staaten, ob Monarchie (Herrschaft des Einen), Aristokratie (Herrschaft der Besten) oder Demokratie (Herrschaft des Volkes) gleichermaßen «République»: «Plusieurs sont en mesme erreur, que les Suisses n'ont qu'une Republique: & neantmoins il est bien certain qu'ils ont treize Republiques, qui ne tiennent rien l'une de l'autre: ains chacune a sa souueraineté diuisee des autres.»¹² Im selben Jahr wie Bodin (1576), aber ohne ihn zu kennen, bezog der Zürcher Theologe und Historiker Josias Simler (1530–1576) eine etwas weniger klar ausgeprägte Position. Er sprach den Kantonen die Staatlichkeit zu und nannte diese «Regiment», «Regierung» oder «Commun», während die Genfer Übersetzung ins Französische von 1577 schon den «neuen» Begriff «République» verwandte.¹³ Im Gegensatz zu Bodin, fand er aber, es gebe genug Gemeinsamkeit und Zusammenarbeit zwischen den Kantonen, um von *einem* Staat sprechen zu können. «Ob gleych vffs subteylst zuo reden nit ein Commun ist / mag doch ein gemeine lobliche Eydgnoschafft für ein Commun vnd ein Regierung gehalten vnnd genennt werden / vnnd hat diss Commun nun ob zwey hundert jaren gewaert / auch sin fryheit mit grosser einigkeit mit einanderen erhalten.»¹⁴ Diese divergierende Einschätzung tradierte sich bis ins 18. Jahrhundert, als, wenig überraschend, die Pariser *Encyclopédie* (1751) nur die Position Bodins,¹⁵ das Zedler'sche *Universal-Lexicon* (1743) auch jene Simlers anführte.¹⁶

11 Thomas Maissen, *Die Geburt der Republic. Staatsverständnis und Repräsentation in der frühneuzeitlichen Eidgenossenschaft*, Göttingen 2006; Sarah Rindlisbacher Thomi, *Between the Great Powers: Early Modern Swiss Diplomacy*, in: Dorothee Goetze, Lena Oetzel (Hg.), *Early Modern European Diplomacy. A Handbook*, Berlin 2024, S. 333–352.

12 Jean Bodin, *Les Six Livres de la République*, Paris 1576, I/7, S. 79.

13 Vgl. dazu Maissen (wie Anm. 11).

14 Josias Simler, *Regiment Gemeiner loblicher Eydgnoschafft*, Zürich 1576, fol. 10v.

15 Louis de Jaucourt, *Suisse*, in: *Encyclopédie ou Dictionnaire raisonné des sciences, des arts et des métiers*, Bd. 15, Paris 1765, S. 646–649, hier S. 648.

16 Anon., «Schweitzer-Land», in: Zedler, *Universal-Lexicon aller Wissenschaften und Künste*, Bd. 36, Halle, Leipzig 1743, Sp. 365–366.

Die Drei Bünde wurden seit der Mitte des 16. Jahrhunderts als Freier Stand (das heisst: Nichtmonarchie) bezeichnet.¹⁷ Bodin behauptete, die «ligues des Grisons [...] sont les plus populaire, & gouvernées plus populairement que Republiques qui soient».¹⁸ Die Bündner selber übersetzten die Wendung «ambe le repubbliche» in der Allianz mit Venedig von 1603 mit «beide Herrschaft und Regiment».¹⁹ Erst um 1700 scheint das Wort Republik auch im Deutschen geläufig geworden zu sein.²⁰ Der Republikbegriff wurde von aussen, das heisst von Diplomaten aus den Niederlanden (Petrus Valkenier 1690),²¹ Venedig (Vendramino Bianchi alias Arminio Dannebuchi 1708)²² und England (Abraham Stanyan 1714)²³ in der Regel auf die Gesamtheit der Drei Bünde angewendet und nicht auf die einzelnen Bünde oder die Gerichtsgemeinden bezogen.²⁴ Allerdings gab es auch Stimmen, die in den Gerichtsgemeinden die eigentlichen Träger der Souveränität – analog zu den Kantonen der Eidgenossenschaft –²⁵ sahen. So schrieb etwa der päpstliche Nuntius Ranuccio Scotti in seiner 1647 publizierte *Helvetia profana e sacra* über den «Stato de' Grisoni»: «Es gibt so viele Republiken wie (Gerichts-)Gemeinden. Jede regiert sich selbst; aber wenn man den ganzen (Staats-) Körper betrachtet, sind es Glieder einer ganzen Republik, und in wichtigen und allgemeinen Angelegenheiten stimmen sie alle überein»²⁶ – eine Ansicht, die auch der Bündner Johann Christian Leonhardi (oder Jan Christian Linard, 1655–1725) in seiner 1711 auf Englisch in London erschienenen Schrift über Graubünden vertrat: «every Community may in a certain Sense be look'd upon as an absolute Common-Wealth»,²⁷ wobei er das englische «Common-Wealth» für Republiken

17 Florian Hitz, Fürsten, Vögte und Gemeinden. Politische Kultur zwischen Habsburg und Graubünden im 15. bis 17. Jahrhundert, Baden 2012, S. 126.

18 Bodin (wie Anm. 12), II/7, S. 280.

19 Thomas Maissen, «Die Gemeinden und das Volck als höchste Gewalt unsers freyen demokratischen Stands». Die Erneuerung der politischen Sprache in Graubünden um 1700, in: Jahrbuch der Historischen Gesellschaft Graubünden 131, 2001, S. 37–84, hier S. 46.

20 Hitz (wie Anm. 17), S. 126–127; Maissen (wie Anm. 11).

21 Maissen (wie Anm. 19) 71; Maissen (wie Anm. 11).

22 Arminio Dannebuchi [= Vendramino Bianchi], *Relazione del Paese de' Svizzeri e Griggioni, e loro alleati*, 2. Auflage, Venedig 1719 [1708], S. 178: «Repubblica de' Grigioni».

23 Abraham Stanyan, *An Account of Switzerland*, London 1714, S. 220: «The Republick of the Grisons. Their Country was called Rhaetia by the Romans; and now consists of the three Provinces, joyn'd for their common Defence in a Foederal Union, like that of the United Provinces, and forming one state, under the Title of The Republick of the Three Leagues of the Grisons».

24 Maissen (wie. Anm. 11), S. 508.

25 Explizit: Dannebuchi (wie Anm. 22), S. 162.

26 Ranuccio Scotti, *Helvetia profana e sacra. Relatione fatta da Monsignor Scotti vescovo del Borgo di S. Donino governatore della Marca*, Lugano 1991 [Macerata 1642], S. 77: «Tante sono Repubbliche, quante Communità, governandosi ciascheduna da se medesima»; doch er fährt fort: «ma se si mira à tutto 'l corpo, sono membra d'vna intiera Republica, e nelle cose graui, e generali tutte caminano d'accordo».

27 John Leonhardi, *An Account of the Grisons or, A Description of the Free and Independent Common-Wealth of the Three Rhaetish Leagues*, London 1711, S. 7. Aber auch: «The Republick of the Grisons», S. 16, 17.

wie Venedig, die Eidgenossenschaft und die Niederlande brauchte.²⁸ Der Malanser Spruch von 1700 der Vermittler aus Zürich und Bern, die «in der Lobl. Rhaetischen Republiq» die Ruhe aufrechterhalten sollten, sah dagegen die Souveränität im Gotteshausbund, nicht in den einzelnen Gemeinden.²⁹

Diese Diskussion verweist auf das zweite Charakteristikum der Schweiz und Graubündens in der Frühen Neuzeit. Beides sind Bündnissysteme. Während der deutsche Name Eidgenossenschaft den Eid betonte, unterstrichen die französische (*Confédération*), italienische (*Confederazione*) und romanische Bezeichnung (*Confederaziun*) den föderativen Charakter. Die französischen Namen «*Corps helvétique*» vom lateinischen «*Corpus helveticum*» oder «*Les Lignes suisses*» (im Plural) betonen die heterogene bündische Qualität der Eidgenossenschaft ebenso wie die Bezeichnungen «*Les Lignes rhétiques*», «*Les Lignes grises*» oder «*Les Trois Lignes*» für die Drei Bünde. Alle diese Bezeichnungen deuten unterschiedlich stark auf den zusammengesetzten Charakter dieser beiden politischen Gebilde hin. Alle diese eidgenössischen und bündnerischen Bündnisse waren – im Prinzip und bei allen Unterschieden im Detail – mit Eid beschworene wechselseitige Nachbarschafts-, Schutz- und Hilfsbündnisse, wie sie im Rahmen der Landfriedensbewegung zur Eindämmung von Gewalt und Krieg beziehungsweise zur Sicherung von Frieden und Recht im Spätmittelalter weit verbreitet waren.³⁰

Heterogene Komponenten: Mitglieder, gemeine Herrschaften, Untertanengebiete

Die Eidgenossenschaft bestand seit 1513 aus dreizehn souveränen und weitgehend gleichberechtigten Kantonen oder Republiken. Die Zeitgenossen unterschieden in Anlehnung an die aristotelische Tradition der Regierungsformen (Monarchie, Aristokratie, Demokratie) drei Typen: die sechs Landsgemeindekantone galten als Demokratie (Volksherrschaft, Popularstand), weil die in der Landsgemeinde versammelten Männer den Souverän verkörperten. Die vier patrizischen Stadtkantone (Bern, Luzern, Freiburg, Solothurn) galten als Aristokratien, weil hier eine seit dem 17. Jahrhundert erblich abgeschlossene, kleiner werdende Anzahl von Familien, die exklusiv über die Sitze im Grossen und Kleinen Rate verfügte, das Sagen hatte. Anstelle der unter den Kantonen fehlenden Monarchie setzte die Historiografie oft die Mischform der Aristodemokratie. Damit waren die Städte Zürich, Basel und Schaffhausen gemeint, in denen die Herrschaft nicht nur beim kleinen Kreis der Räte, sondern auch bei den Zünften lag, die Vertreter in den

28 Leonhardi (wie Anm. 27), S. 16: «the Common-wealth of Venice, Switzerland and the Netherlands».

29 Maissen (wie Anm. 19), S. 61.

30 Vgl. Andreas Würzler, Eidgenossenschaft, in: HLS, Version vom 8. 2. 2012, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/026413/2012-02-08>, konsultiert am 10. 12. 2024; André Holenstein, Corpus helveticum, in: HLS, Version vom 1. 3. 2005, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/009824/2005-03-01>, konsultiert am 14. 4. 2025; André Holenstein, Landfrieden, in: HLS, Version vom 20. 5. 2010, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/008951/2010-05-20>, konsultiert am 14. 4. 2025.

Rat wählen konnten, nicht aber bei der Gemeinde beziehungsweise beim Volk: daher die Mischung zwischen Aristokratie und Demokratie.³¹

Graubünden seinerseits setzte sich aus den drei verschiedenen Bündnissen, dem Grauen oder Oberen Bund, dem Gotteshausbund und dem Zehngerichtebund zusammen. Diese drei Bünde wiederum bestanden aus insgesamt rund 50 Gerichtsgemeinden mit etwas über 60 Stimmen. Den Gerichtsgemeinden standen (in der Regel) das Hoch- und Niedergericht zu, die Beschickung der Bundstage und die Selbstorganisation. Die Gerichtsgemeinden konnten, je nach Grösse, einen oder zwei Boten an die Bundstage delegieren, wo sie nach Köpfen abstimmten.³² Diese Boten wurden von den einzelnen Nachbarschaften oder Lokalgemeinden nach einem bestimmten Verteilschlüssel gewählt. In der Gerichtsgemeinde Suot Tasna im Unterengadin zum Beispiel kam die Nachbarschaft Ftan jedes fünfte Jahr zum Zug, das heisst, nur alle fünf Jahre stand ein Sitz zur Wahl beziehungsweise zum Kauf. In den übrigen vier Jahren wurden die Boten je zur Hälfte in den etwas grösseren Nachbarschaften Scuol und Sent bestimmt. Dieses System verhinderte Wahlkämpfe zwischen den Nachbarschaften, die im konkreten Falle wohl selten von Ftan als kleinster Gemeinde zu gewinnen gewesen wären. Kompetitive Wahlen hätten wohl auch die Preise für das Mandat in die Höhe getrieben.³³ Der venezianische Diplomat Bianchi alias Dannebuchi beschrieb die Gerichtsgemeinden, die er «Comunità», «Drittture» oder «Giudizii» nannte, auch als «Gemeinden der Art wie die kleinen Kantone, jede von der anderen unabhängig, regieren sie sich mit ihren eigenen Räten.»³⁴ Allerdings könnten nur die Drei Bünde gemeinsam, nicht aber ein Bund oder eine Gerichtsgemeinde Bündnisse mit anderen Mächten schliessen.³⁵ Das Gewicht des Adels erscheint in den einzelnen Gerichtsgemeinden sehr verschieden ausgeprägt, doch führte dies nicht zur Ausformung verschiedener Verfassungstypen auf dieser Ebene – im Unterschied etwa zur Eidgenossenschaft mit den Landsgemeinde- und den Stadtkantonen.

Beide Bündnissysteme umfassten katholische, reformierte oder konfessionell gemischte Mitglieder – also Kantone oder Gerichtsgemeinden. Während sich jedoch die konfessionelle Spaltung der Eidgenossenschaft rasch (zwischen 1524 und 1531) gemäss dem später «cuius regio, eius religio» genannten Prinzip etablierte, entschied sich der Übergang zum neuen beziehungsweise das Festhalten am alten Glauben in Graubünden gemeindeweise per Mehrheitsvotum.

31 Simler (wie Anm. 14), fol. 158r: «also dreyerley formen der Regimenten sind / dass eintweders von einem König oder von Rehten / oder von der Gmeinde söliches geführt wirt.» Die modernere Terminologie in der französischen Übersetzung, Josias Simler, *La République des Suisses*, Genève 1577, S. 340: «Par ainsi il y a trois sortes de Republicques, a savoir la Monarchie, l'Aristocratie, & la Democratie». Für die Historiografie Peyer (wie Anm. 6), S. 54.

32 Hitz (wie Anm. 10), S. 159–174, hier S. 161–163.

33 Jon Mathieu, Bauern und Bären. Eine Geschichte des Unterengadins 1650–1800, 2. Auflage, Chur 1987, S. 265–268.

34 Dannebuchi (wie Anm. 22), S. 162: «Comunità a guisa de' piccoli Cantoni indipendenti una dall'altra, si governano co' proprj Magistrati».

35 Dannebuchi (wie Anm. 22), S. 163.

Gestützt auf den vom Bundstag verabschiedeten Zweiten Ilanzer Artikelbrief von 1526 konnte jede Gemeinde zwischen den beiden Konfessionen wählen, während das Täuftertum und andere «Irrlehren» verboten wurden.³⁶ In der Praxis führte das kommunale Pfarrwahlrecht dazu, dass sich die Reformation je nach Nachbarschaft oder Pfarrgemeinde bis gegen 1620 langsam ausbreitete oder auch nicht. Um 1800 waren 59 % der Pfarreien reformiert, 35 % katholisch und 6 % gemischt oder paritätisch. In den Untertanenlanden erfolgte nach dem Veltliner Protestantenmord 1620 und den Bündner Wirren durch das Mailänder Kapitulat von 1639 eine nachhaltige Rekatholisierung.³⁷ In der Eidgenossenschaft dagegen bestimmten die Kantone die Konfession – ausser in Appenzell und Glarus: Dort entschieden, wie im Bündnerland, die Gemeinden mit der Folge, dass im Laufe des 16. Jahrhunderts zwei konfessionell gemischte Kantone entstanden, von denen sich einer, Appenzell, 1597 in einen katholischen und einen reformierten Halbkanton aufspaltete.³⁸

Zur Eidgenossenschaft gehörten auch die sogenannten gemeinen Herrschaften oder gemeinen Vogteien. Das waren unter anderem die Gebiete, die von mehreren – aber nie allen – Kantonen gemeinsam beherrscht und verwaltet wurden vor allem im heutigen Aargau, Thurgau und Tessin sowie in Teilen Sankt Gallens. Der Rechtsstatus der Bevölkerung dieser gemeinen Herrschaften war jenem der Untertanen der Stadtkantone ähnlich.³⁹ Die Drei Bünde nannten ihre gemeinsamen italienischen Eroberungen – das Veltlin, Chiavenna und Bormio – nicht gemeine Herrschaften, sondern Untertanenlande. Alle gehörten – im Gegensatz zur Eidgenossenschaft – allen Drei Bünden zu gleichen Teilen. Im Oberen Bund und im Zehngerichtenbund waren auch alle Gerichtsgemeinden zu gleichen Teilen berechtigt, während der Gotteshausbund mit dem sogenannten Kompartensystem eine hierarchische Verteilung der Ämter an die Gerichte nach ihrer Wichtigkeit vorsah. Die Verwaltung wurde über rotierende Amtleute oder Vögte organisiert, die bis 1603 vom Bundstag, danach von den Gerichtsgemeinden gewählt und vom Bundstag bestätigt wurden.⁴⁰ Wobei hier wie für die Eidgenossen gilt, dass vor allem die entsandten individuellen Amtsträger, weniger die Allgemeinheit beziehungsweise der Staat von der fiskalischen Ausbeutung der eroberten Gebiete profitierten.⁴¹

36 Zweiter Ilanzer Artikelbrief, 25. Juni 1526, in: Jan-Andrea Bernhard, Cordula Seger (Hg.), *Die Ilanzer Artikelbriefe im Kontext der europäischen Reformation*, Zürich 2020, S. 283–289; Art. 1 und 13, S. 283 und 286; Ulrich Pfister, *Konfessionskirche und Glaubenspraxis*, in: *Handbuch der Bündner Geschichte*, Bd. 2: Frühe Neuzeit, Chur 2000, S. 203–236, hier S. 207–208.

37 Pfister (wie Anm. 36), S. 208–210; Ulrich Pfister, *Konfessionskirchen, Glaubenspraxis und Konflikt in Graubünden, 16.–18. Jahrhundert*, Würzburg 2012, S. 61–69.

38 Caroline Schnyder, *Reformation*, in: HLS, Version vom 29. 1. 2013, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/013328/2013-01-29>, konsultiert am 14. 4. 2025.

39 Dazu Würzler (wie Anm. 30); André Holenstein, *Untertanengebiete*, in: HLS, Version vom 5. 3. 2013, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/009816/2013-03-05>, konsultiert am 31. 1. 2025; André Holenstein, *Gemeine Herrschaften*, in: HLS, Version vom 21. 9. 2021, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/009817/2021-09-21>, konsultiert am 6. 4. 2025.

40 Hitz (wie Anm. 10), S. 162. Zum Kompartensystem Mathieu (wie Anm. 33), S. 268–269.

41 Randolph C. Head, *Shared Lordship, Authority and Administration. The Exercise of Domi-*

Tab. 1: *Bevölkerung in der Schweiz und den gemeinen Herrschaften sowie in Graubünden und den Untertanenlanden*

Jahr	CH	GH	GH in % der CH	GR	UL	UL in % der GR	GR in % der CH
1500	800 000			75 000	70 000	93	9
1600	900 000			100 000			11
1700	1 200 000			88 000			7
1798	1 600 000	265 000	17	73 000	82 000	112	5

CH = Eidgenossenschaft (heutige Grenzen); GH = gemeine Herrschaften der Eidgenossen; GR = Drei Bünde (heutige Grenzen); UL = Untertanenlande (Chiavenna, Veltlin, Bormio) der GR.

Quellen: Georg Kreis (Hg.), *Die Geschichte der Schweiz*, Basel 2014, S. 129 (Luigi Lorenzetti), S. 267 (Danièle Tosato-Rigo), S. 312 (André Holenstein); *Handbuch der Bündner Geschichte*, Bd. 2: *Frühe Neuzeit*, Chur 2000, S. 17 (Jon Mathieu), S. 145–146 (Guglielmo Scaramellini); Florian Hitz et al., *Graubünden*, in: HLS, Version vom 29. 8. 2023, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/007391/2023-08-29>, konsultiert am 13. 4. 2025, Kapitel 3.4 (Bollier).

Bevölkerung

Zum Vergleich gehört auch ein Blick auf die Bevölkerungsverhältnisse (Tab. 1): Um 1500 lebten rund 10 % der Bevölkerung der Schweiz (in den heutigen Grenzen) im Gebiet der Drei Bünde (ohne Veltlin). Um 1800 waren es nur noch 5 %, heute sind es noch 2,3 %. Aufschlussreich ist zudem das Verhältnis der Bevölkerungen der dreizehn Kantone und der Drei Bünde zu ihren gemeinen Untertanengebieten: Während in den Veltliner Untertanengebieten in der Frühen Neuzeit etwa gleich viel Menschen lebten wie im Gebiet der Drei Bünde, machte die Bevölkerung der gemeinen Herrschaften um 1798 nur 17 % derjenigen der dreizehn Kantone aus. Die Untertanengebiete waren also von erheblich grösserem relativem Gewicht im Dreibündenstaat als die gemeinen Herrschaften in der Eidgenossenschaft. Geografisch gesehen, waren jedoch die gemeinen Herrschaften etwa im Aargau und in der Ostschweiz, aber auch jene der Westschweiz, wesentliche Elemente zur Arrondierung des eidgenössischen Territoriums, während es sich im Bündner Fall – abgesehen von der Bündner Herrschaft Maienfeld im Rheintal –⁴² vor allem um eine Süderweiterung handelte.

nion in the Gemeine Herrschaften of the Swiss Confederation, 1417–1600, in: *Central European History* 30 (1998), S. 489–512; Randolph C. Head, *Modes of Reading, Community Practice and the Constitution of Textual Authority in the Thurgau and Graubünden*, 1520–1660, in: Wim Blockmans, André Holenstein, Jon Mathieu (Hg.), *Empowering Interactions. Political Cultures and the Emergence of the State in Europa 1300–1900*, Farnham 2009, S. 115–129.

42 Diese waren seit 1509 zugleich Untertanengebiete der Drei Bünde und Mitglieder des Zehngerichtebundes, Adolf Collenberg, *Maienfeld (Herrschaft)*, in: HLS, Version vom 22. 10. 2009, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/015287/2009-10-22>, konsultiert am 14. 4. 2025.

«Zugewandt»? Die Beziehungen zwischen der Eidgenossenschaft und den Drei Bünden

Graubünden galt als zugewandter Ort oder um genauer zu sein: die Drei Bünde waren drei zugewandte Orte der Eidgenossenschaft, wie etwa auch die Städte St. Gallen, Biel, Rottweil, Mülhausen und bedingt auch Genf, die Monarchien Fürstabtei St. Gallen, Fürstentum Neuenburg, Fürstbistum Basel sowie das Wallis. Allerdings waren die Bündner, im Unterschied zu anderen Orten, gleichberechtigte Partner.⁴³ Diese zugewandten Orte standen in unterschiedlich enger Beziehung zu einigen oder allen der dreizehn Kantone, wurden aber in Europa (Friedensverträge, Landkarten) gemeinhin zur Schweiz gezählt.⁴⁴ Auffallend ist hier, dass Graubünden zu den zugewandten Orten der Eidgenossenschaft gerechnet wurde, während die Drei Bünde keine zugewandte Orte kannten. Der Status als Bündnispartner basierte auf den Bündnissen des Grauen Bundes (1497) und des Gotteshausbundes (1498) mit den sieben Orten der Eidgenossenschaft (ohne Bern), zu denen sich 1602 auch eine Allianz von Bern mit den Drei Bünden gesellte (Tab. 2). Dieses Rechtsverhältnis führte zur Praxis, dass Bündner Boten vor allem im 16. Jahrhundert regelmässig an den eidgenössischen Tagsatzungen anwesend waren (Abb. 1). Wenn aber umgekehrt eidgenössische Tagherren ins Bündnerland reisten, dann nicht als Teilnehmer der Bunds- oder Beitage, sondern als Vermittler in innerbündnerischen Konflikten (etwa in Davos 1550,⁴⁵ Chur 1607,⁴⁶ für den Waser'schen 1644⁴⁷ oder Malanser Spruch 1700⁴⁸). Militärischer Beistand wurde wechselseitig angefragt und teilweise geleistet, etwa 1531 von den reformierten Orten sowie Freiburg und Solothurn im Müsserkrieg oder 1620 von Zürich und Bern im Veltlin und ebenfalls 1620 von den Innerschweizern in spanischem Sold

43 Für die Zusammenhänge Würigler (wie Anm. 30); Würigler (wie Anm. 6). Eine Karte leicht online zugänglich in Holenstein (wie Anm. 39).

44 Andreas Würigler, Zugewandte Orte, in: HLS, Version vom 26. 2. 2014, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/009815/2014-02-26>, konsultiert am 19. 3. 2025; Andreas Würigler, Which Switzerland? Contrasting Conceptions of the Early Modern Swiss Confederation in Minds and Maps, in: Beat Kümin (Hg.), Political Space in Pre-Industrial Europe, Farnham, Burlington 2009, S. 197–213; Andreas Würigler, Die Konstruktion der «natürlichen» Schweizergrenzen an der Wende vom 17. zum 18. Jahrhundert: Politik, Diplomatie und Kartographie, in: André Holenstein, Claire Jaquier, Timothée Lécho, Daniel Schläppi (Hg.), Politische, gelehrte und imaginierte Schweiz. Kohäsion und Disparität im Corpus helveticum des 18. Jahrhunderts, Genf 2019, S. 127–141.

45 Randolph C. Head, Early Modern Democracy in the Grisons. Social Order and Political Language in a Swiss Mountain Canton, 1470–1620, Cambridge 1995, S. 163–164.

46 Silvio Färber, Politische Kräfte und Ereignisse im 17. und 18. Jahrhundert, in: Handbuch der Bündner Geschichte, Bd. 2: Frühe Neuzeit, Chur 2000, S. 113–140, hier S. 131.

47 Färber (wie Anm. 46), S. 136. Es geht um das Ende des Privilegs des Davoser Landamanns, gleichzeitig Bundslandammann des Zehngerichtebundes zu sein. Angeblich eine demokratische Forderung (Amt zugänglich für alle), steht dahinter das Interesse der von Salis, sich Zugang zu diesem Amt zu verschaffen. Vgl. Maissen (wie Anm. 19), S. 48–49: «Compromiss», und den ähnlichen Streit im Gotteshausbund 1694 und 1697 gegen den automatischen Vorsitz von Chur, ebd., S. 49–51.

48 Maissen (wie Anm. 19), S. 52.

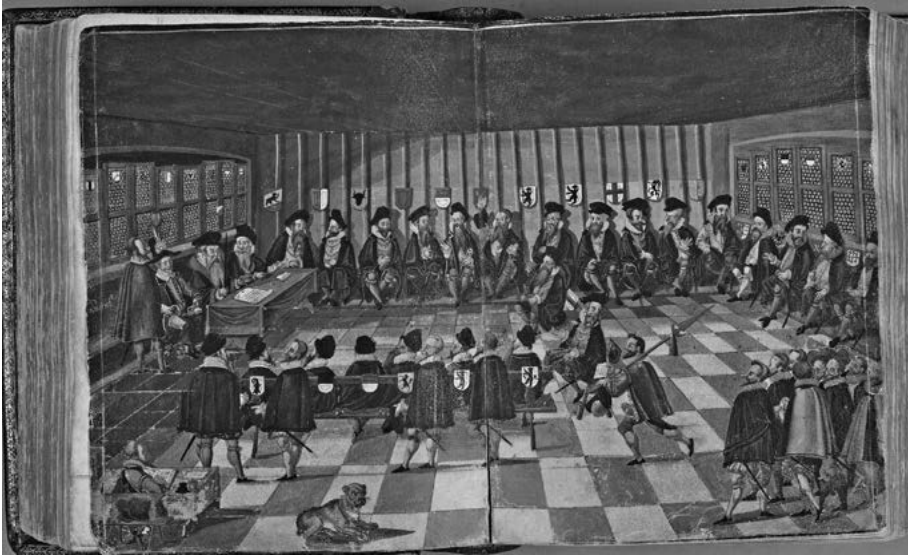


Abb. 1: *Die Tagsatzung zu Baden*, in: Andreas Ryff, *Circkell der Eidtgnoschaft*, [1597], Handschrift, Musée Historique Mulhouse, MH MS 1, fol. 173v–174r. Im Badener Tagsatzungssaal sitzen die Zürcher Gesandten mit dem französischen Ambassador links am Tisch. Die Tagsatzungsboten der dreizehn Orte bilden den inneren Kreis, die zugewandten Orte den äusseren, darunter auch die drei Vertreter der Drei Bünde hinten rechts. Eine bildliche Darstellung des Bundtags aus der Frühen Neuzeit ist nicht bekannt.

im Oberen Bund. Dagegen intervenierten weder die reformierten noch die katholischen Orte im Prättigaueraufstand gegen Österreich 1622.⁴⁹

Dass die Drei Bünde den Frieden von Basel unterzeichneten, war eine Folge der kurz zuvor geschlossenen Allianzen mit den sieben Orten der Eidgenossenschaft. Danach figurieren die Bündner immer an der Seite der eidgenössischen Orte in den europäischen Friedensverträgen, insbesondere im ewigen Frieden (1516) und in der Soldallianz mit Frankreich (1521), wobei hier bei der Festlegung der Pensionsgelder jeder der Drei Bünde wie ein eidgenössischer Ort behandelt wurde bis sie 1663 die Erneuerung mit Ludwig XIV. nicht mehr beschworen. In anderen wichtigen europäischen Verträgen waren die Bündner als zugewandte Orte der Eidgenossen aufgelistet (Cateau-Cambrésis 1559; Vervins 1598; Ryswik 1697; Utrecht 1713; Baden 1714).⁵⁰

Die Korrespondenz zwischen den Bündnern und den Eidgenossen wurde auf Deutsch geführt, obwohl beide Bündnissysteme dreisprachig waren. In der Eidgenossenschaft dominierten demografisch und politisch die alemannischen Dialekte. Deutsch war die Sprache der Herren, Französisch oder Italienisch hin-

49 Head (wie Anm. 45), S. 64 (Müsserkrieg 1531); Hitz (wie Anm. 17), S. 582–585 (1622).

50 Vgl. Würgler, Zugewandte (wie Anm. 44); Würgler, Switzerland (wie Anm. 44), für um 1600; Würgler, Konstruktion (wie Anm. 44), für um 1700.

Tab. 2: *Bündnisse zwischen den Drei Bünden und den dreizehn eidgenössischen Orten – ergänzt durch den Frieden von Basel 1499*

Jahr	Grauer Bund	Gotteshaus-bund	Zehngerichte-bund	ZH	BE	LU	UR	SZ	UW	ZG	GL	BS	FR	SO	SH	AP	VS
1400	X										X						
1418		X		X													
1497	X			X		X	X	X	X	X	X						
1498		X		X		X	X	X	X	X	X						
1499	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X		X	X			
1590			X	X							X						
1600	X	X	X														X
1602	X	X	X		X												
1707	X	X	X	X													

ZH: Zürich; BE: Bern; LU: Luzern; UR: Uri; SZ: Schwyz; UW: Unterwalden; ZG: Zug; GL: Glarus; BS: Basel; FR: Freiburg; SO: Solothurn; SH: Schaffhausen; AP: Appenzell; VS: Wallis (zugewandter Ort)

Quellen: Florian Hitz et al., Graubünden, in: HLS, Version vom 29. 8. 2023, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/007391/2023-08-29>, konsultiert am 13. 4. 2025.; Martin Bundi, Grauer Bund, in: HLS, Version vom 14. 1. 2010, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/017158/2010-01-14>, konsultiert am 13. 4. 2025.; Martin Bundi, Gotteshaus-bund, in: HLS, Version vom 19. 12. 2007, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/017154/2007-12-19>, konsultiert am 13. 4. 2025.; Martin Bundi, Zehngerichtenbund, in: HLS, Version vom 25. 1. 2015, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/017163/2015-01-25>, konsultiert am 13. 4. 2025.; Martin Bundi, Die Aussenbeziehungen der Drei Bünde, in: Handbuch der Bündner Geschichte, Bd. 2: Frühe Neuzeit, Chur 2000, S. 173–202, hier S. 174.

gegen jene der Untertanen. An den Tagsatzungen waren die Diskussionen, die Korrespondenz und die Aktenführung auf Deutsch.⁵¹ Nur drei der dreizehn Kantone waren zweisprachig. Während in Freiburg auch ein Teil der Elite das Französische als Muttersprache kannte, waren die Berner Patrizier von Geburt her deutschsprachig, praktizierten aber aus kulturellen und politischen Gründen immer mehr auch das Französische. Ein Grund dafür war die 1536 erfolgte Eroberung der Waadt, deren Bewohner und Bewohnerinnen nur «Welsch», das heisst Französisch beziehungsweise Frankoprovenzalisch verstanden. Als Untertanen hatten diese jedoch keinen Zugang zur politischen Entscheidungsfindung auf kantonaler oder eidgenössischer Ebene. Der Kanton Uri schliesslich war deutschsprachig, doch waren die Untertanen im Livinental (Leventina), circa ein Drittel der Bevölkerung des Kantons, ebenso italienischsprachig wie die Untertanen der übrigen «ennetbirgischen Vogteien» im heutigen Tessin, die von zweieinhalb (Bellinzona, Blenio, Riviera) oder zwölf Kantonen (Lugano, Locarno, Mendrisio, Vallemaggia) regiert wurden und ebenfalls keinen Zugang zu politischen Ämtern in Uri oder in der Eidgenossenschaft hatten.⁵²

⁵¹ Würzler (wie Anm. 9), S. 24–25.

⁵² Würzler (wie Anm. 9), S. 268–276, hier S. 332.

Im Bündnerland redete die Mehrheit bis ins 19. Jahrhundert verschiedene rätoromanische Dialekte. Deutsch wurde nur in und um Chur und in den Walsersiedlungen gesprochen. Politisch dagegen war Deutsch die Sprache des Bischofs und der Churer Eliten und somit auch der politischen Kommunikation an den Bunds- und Beitägen und deren Korrespondenzen mit den Gerichtsgemeinden. In den Südtälern (Puschlav, Bergell, Misoix und Calancatal) sowie in den Untertanenlanden (Chiavenna, Veltlin, Bormio) dominierten italienische, alpinlombardische Dialekte. Die Bündner Eliten mussten mehrsprachig sein,⁵³ um mit ihren Gerichtsgemeinden mehrheitlich romanisch, aber auch italienisch oder deutsch und am Bundstag deutsch kommunizieren zu können. Im Gegensatz zur deutsch dominierten Eidgenossenschaft signalisiert in den Drei Bünden die Sprache keinen politischen Status.⁵⁴

Politische Kulturen: demokratisch, aristokratisch, föderalistisch

Die politischen Kulturen der beiden Bundesgeflechte sollen anhand der Bündnisstrukturen, den Entscheidungsverfahren, der Konfessionalisierung und der Konfliktkulturen verglichen werden.

Bündnisstruktur und Einstimmigkeit

Die Bündnisstruktur der Eidgenossenschaft war einerseits komplizierter andererseits einfacher als jene der Drei Bünde. Komplizierter waren die Zahl und Gestalt der Bündnisse. Die Eidgenossenschaft war ein «Bundesgeflecht»⁵⁵ aus mindestens 15 Bundesbriefen mit einer je unterschiedlichen Anzahl Unterzeichner. Nur der letzte, der Appenzellerbund von 1513, trägt die Siegel aller dreizehn Kantone. Diese Bündnisse blieben alle nebeneinander in Kraft. Sie enthielten zwar im Kern ähnliche Bestimmungen, konnten jedoch in Einzelheiten divergieren. Insbesondere unterscheidet man die symmetrischen (1291, 1315, 1332, 1351 und 1353) von den asymmetrischen (1352, 1481, 1501, 1513), in denen die neuen Kantone leicht eingeschränkte Rechte hatten und zum Beispiel keine Bündnisse ohne Zustimmung der anderen schliessen durften. Die Eidgenossen schufen nach dem Stanser Verkommnis von 1481 (mit Ausnahme des kurzlebigen Pensionenbriefs 1503 und des Defensionale 1647) keine gemeinsame Fundamentalgesetze mehr. Dagegen einigten sich die Drei Bünde für die damals noch 48 Gemeinden oder Gerichte 1524 auf einen gemeinsamen Bundsbrief, der alle vorangegangenen Bündnisse

53 Randolph C. Head, A Plurilingual Family in the Sixteenth Century: Language Use and Linguistic Consciousness in the Salis Family Correspondence, 1580–1610, in: *The Sixteenth Century Journal* 26, 1995, S. 577–593.

54 Ricarda Liver, Rätoromanisch, in: HLS, Version vom 19. 6. 2012, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/024594/2012-06-19>, konsultiert am 14. 4. 2025; Florian Hitz et al., Graubünden, in: HLS, Version vom 29. 8. 2023, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/007391/2023-08-29>, konsultiert am 13. 4. 2025, Kap. 5.4.3 (Georg Jäger).

55 Peyer (wie Anm. 6), S. 21; Würzler (wie Anm. 9).

zwischen zwei oder den drei Bünden aufhob.⁵⁶ Damit gab es ein gemeinsames Fundament für die Bündner Institutionen und Verfahren. Zum Beispiel wurde die Aussenpolitik (Bündnisse, Krieg und Frieden) dem Gesamtbund übertragen. Seither wurden zum Beispiel Allianzen mit fremden Mächten von allen drei Bünden mit Mehrheitsentscheid gemeinsam geschlossen; es gab kaum mehr Alleingänge eines einzelnen Bundes. Dennoch siegelten die drei Bünde Staatsverträge einzeln, selbst als im frühen 17. Jahrhundert ein gemeinsames Siegel angeschafft wurde. Ab 1560 jedoch setzte sich die Zählung der Stimmen der Gerichtsgemeinden durch.⁵⁷ Ebenfalls 1524 sowie 1526 entstanden die Ilanzer Artikel, die den staatlichen Zugriff auf bischöfliche und kirchliche Rechte festschrieben. Einfacher gestalteten die Bündner die Verwaltung der eroberten Gebiete: während die gemeinen Herrschaften der Eidgenossen zwei, zweieinhalb, drei, sieben, acht oder zwölf, nie aber allen dreizehn Kantonen gehörten, besaßen die Drei Bünde die südalpinen Untertanenlande und Maiental zu mehrheitlich gleichen Teilen und verwalteten sie gemeinsam.

Da in der Eidgenossenschaft eindeutig die Kantone souverän waren, konnten deren Vertreter an der mehrmals pro Jahr versammelten Tagsatzung in innen- wie aussenpolitischen Angelegenheiten nur einstimmige Entscheide treffen. Denn kein Kanton hätte sich einer Mehrheitsentscheidung der Tagsatzung gefügt. Berieten die Tagherren aber in ihrer Funktion als Besitzer der gemeinen Herrschaften, so bildeten sie eine Regierung und mussten konkrete Probleme lösen, wie etwa Zollstreitigkeiten schlichten, eine Appellation beantworten und dergleichen mehr. In dieser Funktion entschieden die Kantonsvertreter nach dem Mehrheitsprinzip.⁵⁸

Eidgenössisches und Bündner Referendum

Das eidgenössische Referendum bezog sich auf den ersten Fall der Behandlung von Bundesangelegenheiten oder eidgenössischen Fragen. Hier mussten die Tagsatzungsgesandten, weil sie nur über ein imperatives Mandat verfügten, auch einstimmig gefällte Beschlüsse *ad referendum* heimbringen, das heisst ihren Auftraggebern – je nach Kanton und Fall dem Kleinen Rat, dem Grossen Rat, dem Landrat, der Landsgemeinde – zur Ratifikation vorlegen. In den demokratischen Landsgemeindekantonen war das Volk – präziser: die wehr- und ehrfähigen Männer ab 14 oder 16 Jahren mit Landrecht – in die politische Entscheidungsfindung prozedural eingebunden.⁵⁹ Bis zu Beginn des 17. Jahrhunderts traf dies bei wichtigen Fragen wie Reformation, Bündnisse mit Frankreich oder der Entscheidung über Krieg und Frieden auch auf die Stadtkantone Zürich und Bern zu. Mit

⁵⁶ Neue Edition: Hitz/Saulle Hippenmeyer (wie Anm. 32), S. 126–133. Vgl. zur Einordnung Peter Blickle, Kommunalismus und Republikanismus in Oberdeutschland, in: Helmut Koenigsberger (Hg.), Republiken und Republikanismus im Europa der Frühen Neuzeit, München 1988, S. 57–75, hier S. 66–69.

⁵⁷ Hitz (wie Anm. 10), S. 159, 161.

⁵⁸ Andreas Würzler, Tagsatzung, in: HLS, Version vom 25. 9. 2014, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/010076/2014-09-25>, konsultiert am 14. 4. 2025.

⁵⁹ Würzler (wie Anm. 9), S. 297–302.

Plebisziten, in der Forschung bekannt als Volks- oder Ämteranfragen, holten die Regierungen die Meinung der Landschaft ein, um diese dann nach Gutdünken in ihre Entscheidung zu integrieren oder auch nicht: Bern liess von 1524 bis 1528 sechsmal über Fragen zur Reformation abstimmen, bis das gewünschte Resultat da war. Diese Volksanfragen gingen im Dreissigjährigen Krieg vergessen. Auch in den Länderorten gelangten immer weniger Geschäfte an die Landsgemeinde. Jedoch wehrten sich diese seit der Mitte des 17. Jahrhunderts (Appenzell, Schwyz, im 18. Jahrhundert auch Zug) gegen ihre schleichende Entmachtung, ebenso wie die Grossen Räte in den Städten (Bern 1680er-Jahre, 1710; Basel 1691, Zürich 1713). Doch die pragmatischen Argumente der Effizienz und Geheimhaltung verlagerten trotzdem immer mehr Geschäfte zu den (Geheimen) Räten.⁶⁰

Das sogenannte altbündnerische Referendum hingegen war eine schriftliche Anfrage des Beitags im Auftrag des allgemeinen Bundstages an die Gerichtsgemeinden. Sie gelangte per Ausschreiben (Brief) in jedes Gericht, wo sie dann, je nach lokalem Brauch, von den versammelten Gemeinden oder stellvertretend vom Landammann und dem Rat besprochen und von diesen oder in Form des Mehrens, eines Handmehrs aller anwesenden mindestens 14 Jahre alten Bündner (seit dem 17. Jahrhundert vermehrt 16 Jahre alten Bündner) beantwortet wurde. Der Beitag oder Bundstag zählte die Mehren aus den einzelnen Gerichtsgemeinden, die entsprechend den Stimmen am Bundstag ein- oder zweifach (Chur dreifach) gewichtet wurden, und stellte die Zustimmung oder Ablehnung fest. Im 16. Jahrhundert fielen offensichtlich nur wenige Geschäfte unter die Notwendigkeit eines Referendums. Eigentlich hatte der Bundsbrief von 1524 festgelegt, dass das Mehr auf der Ebene der einzelnen Bünde zu bilden sei, sodass mit dem Ergebnis 3:0 oder 2:1 zu rechnen wäre. Doch schon seit der Mitte des 16. Jahrhunderts wurden die Stimmen der Gerichtsgemeinden addiert, unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu einem der Drei Bünde. Dies wurde als Rückschlag für die Staatsbildung auf Bundesebene gewertet. Doch der Mehrheitsentscheid an sich blieb ein starker Ausdruck der Gemeinsamkeit der 52 Gerichtsgemeinden in den Drei Bünden.⁶¹ Die dreizehn Kantone gaben jedenfalls der Mehrheit auf eidgenössischer Ebene nie derart viel Raum. Zwar kannten auch sie ein verkapptes Mehrheitsprinzip in eidgenössischen Angele-

⁶⁰ Renato Morosoli, Kaspar Michel, Harten- und Lindenhandel, in: HLS, Version vom 14. 10. 2009, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/017204/2009-10-14>, konsultiert am 14. 4. 2025; Fabian Brändle, Demokratie und Charisma. Fünf Landsgemeindekonflikte im 18. Jahrhundert, Zürich 2005; Andreas Würzler, Städtische Unruhen, in: HLS, Version vom 16. 2. 2012, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/025758/2012-02-16>, konsultiert am 14. 4. 2025.

⁶¹ Head (wie Anm. 45), S. 104–109; Randolph C. Head, Die Bündner Staatsbildung im 16. Jahrhundert: Zwischen Gemeinde und Oligarchie, in: Handbuch der Bündner Geschichte, Bd. 2: Frühe Neuzeit, Chur 2000, S. 85–112, hier S. 102–103; Hitz (wie Anm. 10), S. 161–164. Zum Variantenreichtum der Partizipationsformen (Mehren, Repräsentation, Los, Kauf) vgl. Jon Mathieu, Formen «demokratischer» Politik im neuzeitlichen Graubünden, in: René Roca (Hg.), Die Landsgemeinde und der Freistaat der Drei Bünde – ihre Bedeutung für die Entwicklung der direkten Demokratie in der Schweiz. Die Kantone Glarus und Graubünden, Oberrohrdorf 2023, S. 123–135.

genheiten (also jenseits der Verwaltung der gemeinen Herrschaften): Falls eine nur kleine Minderheit dringende Geschäfte blockierte, setzte man sich einfach über sie hinweg, man «vermächtigte» sie.⁶²

Umgekehrt wurde auch die Bedeutung des Bündner Referendums von Randolph Head relativiert. Obwohl in den Jahren 1570–1580 der Bundstag nur 25 % der Geschäfte beriet und entschied, der Beitag hingegen rund 75 %, wurden nur 40 von 1500 Fällen dem Referendum unterstellt.⁶³ Dies belief sich aber immer noch auf vier Referenden pro Jahr.⁶⁴ Im 17. Jahrhundert jedoch nahmen die Entscheide per Referendum gegenüber jenen per Bundtagsbeschluss zu. Auch verlagerte sich die Bestellung der Verwalter für die Untertanenlande vom Bundstag in die Gerichtsgemeinden. Dies führte zu einer hohen Referendumshäufigkeit und traf zu Beginn auf eine gewisse Stimmabstinenz, die nach einer Eingewöhnungszeit abflachte.⁶⁵

Konfessionelle Konferenzen und *Corpus catholicum*

Zwar erlebten beide Bündnissysteme eine konfessionelle Spaltung, doch waren deren Auswirkungen auf die politischen Institutionen deutlich verschieden. In der Eidgenossenschaft etablierte sich die Glaubensspaltung auf der Ebene der Kantone innerhalb weniger Jahre (1524–1531) und war begleitet von den konfessionellen Kappelerkriegen, von denen der erste noch im Feld verhindert werden konnte, der zweite hingegen mit einem militärischen Sieg der katholischen Innerschweizer gegen das reformierte Zürich Zwinglis endete. Der zweite Kappelerfrieden (1531) etablierte die katholische Vormachtstellung, die im ersten Villmergerkrieg (1656) zementiert wurde und sich auch in den Versammlungen manifestierte. Seit 1524 und bis 1712 tagten die konfessionellen Lager deutlich häufiger getrennt als vereint: Sie trafen sich an 1621 katholischen und 577 evangelischen Konferenzen gegenüber 801 gemeineidgenössischen Tagsatzungen (Grafik 1).⁶⁶

Die Angaben zur Versammlungsfrequenz der Bündner Institutionen liegen nur für die Zeitspanne von 1500 bis 1620 vor. In diesen 120 Jahren wurden im Durchschnitt knapp ein Bundstag pro Jahr (116) und etwas mehr als 2 Beitage pro Jahr (264) durchgeführt. Der Charakter von 100 Versammlungen (knapp eine pro Jahr) bleibt unbestimmt. Insgesamt sind 480 Treffen (4 pro Jahr) nachgewiesen.⁶⁷

Da sich der konfessionelle Entscheidungsprozess in Graubünden auf der Ebene der (Pfarr-)Gemeinden vollzog und erst in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts zum Abschluss kam,⁶⁸ prägte erst die Gegenreformation die religiöse und dementsprechend spät auch die politische Konfessionalisierung. Bei den Fak-

62 Würbler (wie Anm. 9), S. 304–306.

63 Head (wie Anm. 45), S. 106.

64 Head (wie Anm. 45), S. 106; Head (wie Anm. 61), S. 102.

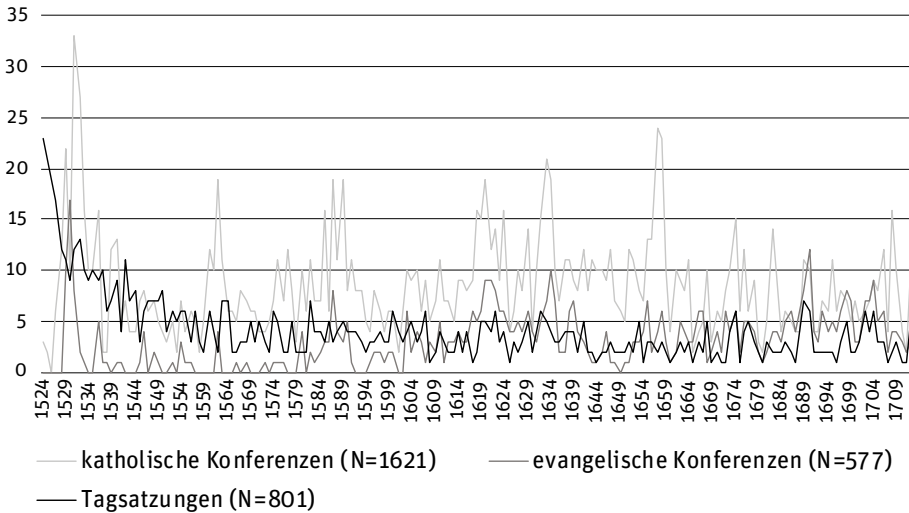
65 Mathieu (wie Anm. 33), S. 267–268; Hitz (wie Anm. 10), S. 162–164; Mathieu (wie Anm. 61), 129–130.

66 Würbler (wie Anm. 9), S. 171–184, hier S. 182.

67 Head (wie Anm. 45), S. 95–99, hier S. 98.

68 Pfister (wie Anm. 37), S. 61–65, 73.

Grafik 1: *Tagsatzungen und konfessionelle Konferenzen in der Eidgenossenschaft 1524–1712* (N = 2999)



tionskämpfen und (ausser)politischen Parteien spielten im 16. Jahrhundert konfessionelle Zugehörigkeiten kaum eine Rolle.⁶⁹ Erst mit der konfessionellen Aufladung in den 1640er-Jahren, so scheint es, entwickelte sich eine Zusammenarbeit der katholischen Eliten mit dem Bischof von Chur im Rahmen des sogenannten *Corpus catholicum*, während die entsprechenden Treffen der reformierten Ratsboten als evangelische Session bezeichnet wurden. Allerdings bleibt die Forschung dazu vage. Es handelt sich beim *Corpus catholicum* um eher informelle Treffen führender katholischer Politiker mit dem Domkapitel und dem Bischof, die wohl, wie die evangelische Session, auch ausserhalb der Bunds- und Beitage und an anderen Orten stattfinden konnten. Im Vergleich zur Eidgenossenschaft erfolgte die Institutionalisierung spät – die Protokolle setzen erst im letzten Drittel des 17. Jahrhunderts ein – und das genaue Verhältnis des *Corpus* und der Session zueinander und zum Bunds- und Beitag ist nicht detailliert untersucht.⁷⁰

69 Färber (wie Anm. 46), S. 120.

70 Vgl. zum aktuellen Stand Pfister (wie Anm. 36), S. 208: «Corpus catholicum und Corpus evangelicum» (darauf bezieht sich auch Sandro Liniger, *Gesellschaft in der Zerstreuung. Soziale Ordnung und Konflikt im frühneuzeitlichen Graubünden*, Tübingen 2017, S. 38). Dagegen nur noch das *Corpus catholicum* bei Pfister (wie Anm. 37), S. 167–171, 384, 394–395. Vgl. auch das Sachregister, S. 539, das nur den Eintrag *Corpus catholicum*, nicht aber *Corpus evangelicum* enthält. Dagegen spricht Sur Felici Maissen, *Die Zeit der Unruhen von der Religionspazifikation 1647 bis 1657*, Aarau 1966, S. 19–55 (und Index), von *Corpus catholicum* und *Corpus evangelicum*, ohne dass aber deren Konstituierung und Funktionen näher erläutert würden. Jakob Rudolf Truog, *Aus der Geschichte der evangelisch-rätischen Synode 1537–1937*, Chur 1937, S. 95, verwendet neben dem Begriff des *Corpus catholicum* auch den für den deutschen Reichstag bekannten der *Itio in partes*. Das *Corpus evangelicum* heisst bei ihm evangelische

In der Eidgenossenschaft erfasste die konfessionelle Spaltung auch die Aussenbeziehungen. Während die Erbeinung mit Habsburg-Österreich (1474, 1511) und der Friede mit Frankreich (1516) noch alle Kantone integrierte, kam es seit den 1560er-Jahren zu konfessionell exklusiven Allianzen. So schlossen allein die katholischen Kantone mit Savoyen (1560, 1577), dem Papst (1565) oder Spanien-Mailand (1587) Bündnisse, während die beiden⁷¹ reformierten Kantone Zürich und Bern Burgrechte mit Genf (1584) und Strassburg (1588) sowie Bündnisse mit dem Markgrafen von Baden (1612) und der Republik Venedig (1615) eingingen.⁷²

In den Drei Bünden dagegen hatten die Gerichtsgemeinden 1524 die Gestaltung der Aussenbeziehungen zentralisiert und an den Bundstag delegiert. Dadurch wurden Alleingänge der einzelnen Bünde oder auch Gerichtsgemeinden verhindert. Wenn die Bündner trotzdem Bündnisse mit verschiedenen, sogar verfeindeten Mächten wie etwa Frankreich und Spanien unterzeichneten, dann waren erstens alle drei Bünde dabei und zweitens waren diese Verträge meist nicht gleichzeitig in Kraft, sondern lösten sich gegenseitig ab, je nachdem, welches Königreich gerade mehr Einfluss hatte.⁷³

Konfliktkulturen: Unruhen und Strafgerichte

Die politische Kultur eines Gemeinwesens manifestiert sich nicht nur in Verfassungen und Institutionen, sondern auch in Aktionsformen und Aushandlungsdynamiken. Beide Bündnissysteme entstanden unter anderem mit dem Ziel, innere Zwiste statt mit blutigen Fehden und Rachespiralen lieber friedlich – durch Verhandeln, Mediation oder (Straf-)Gericht – zu lösen.⁷⁴ Für die Eidgenossenschaft unterscheiden sich die politischen Handlungsoptionen auf der bereits erwähnten föderalen (oder nationalen) Ebene der Tagsatzungen und Konferenzen von jenen in den jeweiligen Kantonen. Hier spiegelten die verschiedenen Typen sozialer Pro-

Session. Die Protokolle der beiden konfessionellen Gruppen finden sich nicht im Staatsarchiv Graubünden, sondern in den jeweiligen kirchlichen Archiven, Rudolf Jenny, *Das Staatsarchiv Graubünden in landesgeschichtlicher Schau*, 1974, S. 189, 363.

71 Basel und Schaffhausen durften laut Bundesbrief von 1501 keine Bündnisse mit fremden Mächten schliessen ohne die Zustimmung der Mehrheit der Orte, Würgler (wie Anm. 30), Kapitel 3.

72 Andreas Würgler, *Politique et confession. Les Liges Suisses et les guerres de Religion en France (1564–1614)*, in: *Bulletin de l'Association des historiens modernistes des universités françaises*, <https://journals.openedition.org/bahmuf> [Herbst 2025].

73 Bundi (wie Anm. 4).

74 Für die Eidgenossenschaft Würgler (wie Anm. 9), S. 314–331. Vgl. auch André Holenstein, *Händel – Schiedsgerichte – Vermittlungen. Konflikte und Konfliktlösungen in der Alten Schweiz*, in: Peter Rauscher, Martin Scheutz (Hg.), *Die Stimme der ewigen Verlierer? Aufstände, Revolten und Revolutionen in den österreichischen Ländern (ca. 1450–1815)*, Wien 2013, S. 387–413; Liniger (wie Anm. 72), S. 67–69.

teste den verfassungsrechtlichen Rahmen, wiewohl einige Ursachen unabhängig vom Typ in allen Kantonen vorkamen.⁷⁵ Dazu gehört insbesondere der Zugang zu Entscheidungsprozessen und Ämtern.

In den laut Bodin und Simler demokratischen Länderorten spielten sich diese Kämpfe auf der Bühne der Landsgemeindeversammlungen ab, zu denen alle politisch Mündigen Zutritt hatten. Dieser wurde im Laufe der Zeit und im Zuge der Oligarchisierung immer stärker auf die abnehmende Zahl an Familien, die bereits im Rat sassen, eingeschränkt. Obschon alle Mandatsträger an der Landsgemeinde gewählt wurden, konnten sich nur die Mitglieder einflussreicher Geschlechter eine solche Wahl leisten, denn sie war mit Ausgaben – wie Stimmenkauf, Abgaben für das Amt, repräsentative Auftritte – verbunden. Insbesondere aber mussten die Gewählten abkömmlich sein und über ein gewisses Mass an Bildung, Mobilität und (mehrsprachige) Redegewandtheit verfügen. Diese Qualifikationen erwarben Söhne von Ratsherren viel einfacher. Bei den Harten- und Lindenhandel genannten Konflikten kämpften meist soziale Emporkömmlinge mit Hilfe des Volkes gegen Korruption und Vetternwirtschaft der Eliten. Diese Konflikte setzten in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts ein und wurden vor allem typisch für das 18. Jahrhundert.

In den aristokratischen Stadtrepubliken führten parallele Oligarchisierungsprozesse zur Abschliessung des Zugangs zu den Ratssitzen. Diese wurden nicht in freier Wahl, sondern meist durch Kooptation bestellt. Das heisst, die Mitglieder des Rates wählten aus den infrage kommenden Bürgern ihre zukünftigen Kollegen aus. Diese Wahlprozeduren waren oft sehr komplexe, mehrstufige Verfahren, die seit dem 17. Jahrhundert – oft nach venezianischem Vorbild – Elemente der Loswahl enthielten. Dabei wurden einerseits die Zahl der wählenden Ratsmitglieder durch ein Losverfahren reduzierte, andererseits die Zahl der Kandidaten oder Nominierten ebenfalls durch das Los verkleinert.⁷⁶ Auch in den aristodemokratischen Städten Zürich, Basel und Schaffhausen, wo die Bürger bei den Wahlen beteiligt wurden, kam es zu Einschränkungen. So wurde der Zugang zum Bürgerrecht erschwert, das Wahlalter (passiv und aktiv) erhöht und dergleichen mehr. Diese Prozesse führten, parallel zu den Landsgemeindeorten, nach der Mitte des 17. und vermehrt im 18. Jahrhundert zu Oppositionsbewegungen der ausgeschlossenen Bürger.⁷⁷

75 Pierre Felder, Ansätze zu einer Typologie der politischen Unruhen im schweizerischen Ancien Régime 1712–1789, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 26, 1976, S. 324–389; Rudolf Braun, Das ausgehende Ancien Régime in der Schweiz. Aufriss einer Sozial- und Wirtschaftsgeschichte des 18. Jahrhunderts, Göttingen 1984, S. 256–309; Mario König, Andreas Würzler, Soziale Konflikte, in: HLS, Version vom 8. 1. 2013, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/025757/2013-01-08>, konsultiert am 14. 4. 2025.

76 Andreas Würzler, Prendre des décisions dans l'ancienne Confédération, in: Antoine Chollet, Alexandre Fontaine (Hg.), Expériences du tirage au sort en Suisse et en Europe (XVI^e–XXI^e siècles) / Erfahrungen des Losverfahrens in der Schweiz und in Europa (16.–21. Jahrhundert), Bern 2018, S. 123–141.

77 Würzler (wie Anm. 9 und 60).

Einen anderen Konflikttyp stellen die Untertanenrevolten dar.⁷⁸ Auch diese waren – mit Ausnahme des Schweizerischen Bauernkrieges von 1653 – lokal oder regional begrenzte Konflikte. Drehten sie sich im 16. Jahrhundert oft um die Mitwirkung an aussenpolitischen Entscheidungen und der Beteiligung an den Pensionengeldern oder um die Ablösung der Leibeigenschaft, so richteten sie sich im 17. Jahrhundert vor allem gegen den zunehmenden staatlichen Zugriff auf die Landgemeinden und die damit verbundenen Steuerforderungen – immer auch begleitet vom Streben nach Bewahrung der Autonomie beziehungsweise vermehrtem Einbezug in Entscheidungen auf territorialer Ebene. Während die Konflikte vor 1653 oft durch das Aushandeln von Verträgen zwischen den Beteiligten – meist mit Mediation – gelöst werden konnten, so setzte sich seit dem Bauernkrieg ein militärisch und strafrechtlich repressiveres Vorgehen durch, nicht selten gestützt durch Nachbarschaftshilfe aus anderen Kantonen.⁷⁹

Auch im Bündnerland waren die Posten, welche den Zugang zu Entscheidungsprozessen und einträglichen Ämtern eröffneten, in den Händen einer abnehmenden Zahl von Familien oder Familienverbänden konzentriert. Diese reiche, mehrsprachige, mobile, gebildete Elite konnte die Ämter kaufen, die Wahlen mit Geschenken beeinflussen und die Entscheidungen dank ihrem Informationsvorsprung zu ihren Gunsten beeinflussen.⁸⁰ Allerdings generierte die spezielle Verfassungssituation in den Drei Bünden eine spezifische Konfliktform – ähnlich nur aus dem Wallis unter dem Namen «Mazze» bekannte –,⁸¹ nämlich den «Fähnli-lupf». Wie der Name sagt, versammelten sich dabei die Wehrfähigen unter dem Banner des Gerichts, um den angestauten Unmut gegen Entscheidungen oder Verhaltensweisen (Korruption) der «grossen Hansen» in Form eines Strafgerichts zu entladen. Die Fähnlein versuchten andere Gerichte mit ihren Fahnen zu mobilisieren, um ein im Prinzip rechtliches Verfahren gegen suspekte Mandatsträger zu initiieren. Darin manifestierte sich die Souveränität der Gerichtsgemeinden und die politische Berechtigung der Gemeindegossen. Silvio Färber schreibt dazu: «Im Dreibündenstaat kam die höchste und abschliessende strafgerichtliche Gewalt allein den Gerichtsgemeinden zu. Eine übergeordnete Justizinstitution fehlte. Für die Beurteilung von Strafrechtsfällen, die mehrere Gerichtsgemeinden, ganze Talschaften oder das gesamte Graubünden betrafen, musste deshalb in jedem Streitfall neu eine Entscheidungsinstanz in Form eines sogenannten

78 Niklaus Landolt, Ländliche Unruhen, in: HLS, Version vom 24. 3. 2011, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/025759/2011-03-24>, konsultiert am 14. 4. 2025.

79 Andreas Würzler, Mediation der Gravamina. Politische Lösungen sozialer Konflikte in der Schweiz (15.–18. Jahrhundert), in: Cecilia Nubola, Andreas Würzler (Hg.), Praktiken des Widerstandes. Suppliken, Gravamina und Revolten in Europa 1400–1800, Bologna 2006, S. 51–80; Andreas Würzler, Formen der Konfliktlösung im Vergleich. Unruhen in Schwaben und in der Schweiz (1650–1800), in: Wolfgang Wüst (Hg.), Mitregieren und Herrschaftsteilung in der Frühen Neuzeit, Erlangen 2016, S. 147–169.

80 Färber (wie Anm. 46), S. 116–123.

81 Arthur Fibicher, Mazze, in: HLS, Version vom 24. 11. 2009, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/016548/2009-11-24>, konsultiert am 14. 4. 2025.

unparteiischen Gerichts, des Strafgerichts, geschaffen werden.»⁸² Obwohl der Bundstag das bewaffnete Zusammenlaufen unter der Fahne 1574 verbot, fanden auch danach wieder solche Aufläufe statt, die sich zu Beginn des 17. Jahrhunderts auch stärker konfessionalisierten und nicht selten von den Eliten und sogar von fremden Mächten instrumentalisiert wurden. Diese oft bedeutende aussenpolitische Komponente machte die versuchte Konstituierung übergeordneter Strafgerichte zur gesamtbündnerischen Angelegenheit, selbst wenn wohl nie alle Gerichte zugleich mobilisiert wurden.⁸³ Somit unterscheidet sich dieser Konflikttyp wesentlich von den Unruhen in der Eidgenossenschaft, die fast immer lokal begrenzt blieben.

Bilanz

Der politische Status der Bewohner der Drei Bünde war deutlich egalitärer als jener der Bewohner der Eidgenossenschaft: Alle Mitglieder der Bündner Nachbarschaften hatten im Prinzip eine Stimme, die über den gewählten Delegierten und das Bündner Referendum bis zum Bundstag reichte, was in der Eidgenossenschaft nur auf die Minderheit der Landsgemeindekantone zutraf.

Die optimistische Darstellung der Verhältnisse gab der Bündner Johann Christian Leonhardi 1698 wieder: «Obschon das Pündtnerland sehr gebürgicht / so hat es doch vil lustige / fruchtbare und Volkreiche Thäler; und (was das vornehmste ist) ungemeine grosse leibliche und geistliche Freyheit; also dass kein Land solche Freyheiten hat wie das Land: Dann es kann ein jeder Pundt / ein jedes Gericht und Halbhochgericht seine Regenten selber setzen oder absetzen; und ein jeder / auch der geringste und ärmste / mag sein Stimm und mehrten / so wol bey der besezung der Grichtsämteren / der Amtsleuthen in den Underthanen Landen / und der Rahtsbotten oder Abgesandten auf Bey- und Pundstagen / geben/ als der vornehmste / reichste/ und Edleste.»⁸⁴

Während man ähnliche Schilderungen auch für die Verhältnisse in den Landsgemeindeorte anführen könnte,⁸⁵ hatte in den Stadtkantonen der Eidgenossenschaft die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung innerhalb und vor allem

82 Silvio Färber, Strafgericht, in: HLS, Version vom 26. 11. 2013, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/017185/2013-11-26>, konsultiert am 14. 4. 2025.

83 Färber (wie Anm. 82); Head (wie Anm. 45), S. 148–149; Färber (wie Anm. 46), S. 124–132; Martin Bundi, Dreisieglerbrief, in: HLS, Version vom 5. 3. 2015, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/017186/2015-03-05>, konsultiert am 14. 4. 2025; Liniger (wie Anm. 70), S. 207–208, verweist auf die Fälle 1565, 1573, 1582, 1603, 1607, 1616 und 1618. Vgl. auch Mathieu (wie Anm. 61).

84 Johann Christian Leonhardi, Dreyer Reysenden als Eines Feinds / eines Verräthers [!] / und eines Liebhabers der Freyheit des Pundtnerlandes / über dessen Freyheit und Regierung / Ernstliche und wolmeinende Discoursen, [o. O.] 1698, S. 7.

85 Stanyan (wie Anm. 23), S. 108–111.

ausserhalb der Mauern der Hauptstadt nach dem Einschlafen der Ämteranfragen zu Beginn des 17. Jahrhunderts nichts mehr zu sagen gehabt.

Doch gibt es zur Bündner Realität auch die kritische Einschätzung der englischen Gesandten Abraham Stanyan, der 1714 auf die Risiken der Bündner Demokratie hinwies: «Thus it appears, that the Sovereignty resides intirely in de Body of the People: However, as the Communities generally chuse the ablest Men for their Deputies, it seldom happens, that any Communitiy, upon the Report of its Deputy, gives its Vote contrary to his Opinion; so that in Effect, this Republick is govern'd by a few Leading Men. Yet such of them, as have engaged the People in bad, or (which is all one with the Multitude) in unsuccessful Measures, have often paid for it with their Heads [...]».⁸⁶

Riassunto:

Cultura politica e Costituzione nella Confederazione e nelle Tre Leghe (ca. 1500–1700)

L'articolo mette a confronto le Costituzioni e le culture politiche della Confederazione e delle Tre Leghe. Le Costituzioni sono intese come accordi giuridico-normativi e istituzional-procedurali volti a regolare i conflitti politici, mentre la cultura politica ne indica l'attuazione concreta nella pratica. Entrambi i sistemi confederati si distinguevano nell'Europa monarchica del XVI e XVII secolo come repubbliche e, in quanto alleanze federaliste, contrastavano la tendenza verso uno Stato territoriale centralizzato. La Confederazione era composta da 13 cantoni aventi più o meno gli stessi diritti e da signorie amministrate in comune. Le Tre Leghe, invece, erano composte da circa 50 comuni, organizzati in tre leghe (Lega Superiore o Grigia, Lega Caddea e Lega delle Dieci Giurisdizioni), che dal 1524, con la Carta della Lega, perseguivano una politica estera comune.

La popolazione della Confederazione era più di dieci volte superiore a quella delle Tre Leghe; circa il 17 % viveva in signorie comuni. Nei Grigioni, il numero degli abitanti dei territori soggetti era all'incirca pari a quello delle Tre Leghe stesse. A partire dal 1500, le relazioni tra i due sistemi confederati si intensificarono grazie a trattati bilaterali e alla pace di Basilea del 1499. Solo nel 1602 anche Berna aderì all'alleanza. I rappresentanti delle Tre Leghe parteciparono fino al XVII secolo alla Dieta federale in qualità di Stati associati, mentre gli inviati federali fungevano da mediatori nei conflitti grigionesi, ma non partecipavano alle riunioni delle Leghe. Entrambi i sistemi erano trilingui in modo diverso.

⁸⁶ Stanyan (wie Anm. 23), S. 225–226. Dazu auch Randolph C. Head, «Es ist mit unseren groosen Hansen vergebens ...». Familiennetzwerke als Machtgrundlage und Störfaktor in den Drei Bünden um 1600, in: André Holenstein, Georg von Erlach, Sarah Rindlisbacher (Hg.), Im Auge des Hurrikans. Eidgenössische Machteliten und der Dreissigjährige Krieg, Baden 2015, S. 154–169.

Nella Confederazione, la Dieta federale era governata dal principio di unanimità, ad eccezione dell'amministrazione delle signorie comuni. Nelle Tre Leghe prevaleva invece il principio di maggioranza. Entrambi i sistemi confederati erano bicconfessionali. Nella Confederazione, la Riforma portò alla divisione in cantoni cattolici, riformati e misti, nonché a conferenze confessionali separate e a tre guerre di religione. Nei Grigioni, le singole comunità (ecclesiastiche) decidevano autonomamente la propria confessione, il che portò a un lungo processo decisionale. Solo a partire dal 1640 si formarono organi consultivi separati per confessione attorno alla Dieta delle Leghe.

I conflitti sociali nella Confederazione rimasero per lo più limitati a livello locale, come i disordini nei cantoni urbani o le lotte tra partiti nei cantoni con assemblea popolare. Nelle Tre Leghe, conflitti come i «Fähnliupfe» avevano spesso ripercussioni sovraregionali, coinvolgevano diversi tribunali o Leghe e miravano spesso a combattere la corruzione tramite tribunali speciali. Nel complesso, la cultura politica delle Tre Leghe era più partecipativa ed egualitaria, soprattutto rispetto ai cantoni della Confederazione dominati dalle città. Come nei cantoni con *Landsgemeinde*, anche nei Grigioni queste strutture egualitarie erano limitate dalla disuguaglianza sociale, dalla corruzione e dalla concentrazione del potere nelle mani di poche famiglie.

Welcher Bundsbrief?

Die Nutzung der Fundamentalsatzungen in den konfessionellen Konflikten der Drei Bünde im 17. Jahrhundert

Ulrich Pfister

Wozu war der Bundsbrief von 1524 gut? Wie haben die Bündner Gemeinden und die drei Einzelbünde diesen Vertrag in den rund zwei Jahrhunderten nach seiner Entstehung konkret genutzt?

Einen erhellenden Einstieg in die Beantwortung dieser Fragen bietet der Konflikt um die Neubeschwörung des Bundsbriefs in den Jahren 1649 und 1650. Anfang 1649 kam es in Maienfeld zu Protesten. Angehörige dieser Herrschaft besetzten die Brücken der Strassen, die in die Eidgenossenschaft und nach Chur führten. Auch stachelten sie die Prättigauer auf, sich ihnen anzuschliessen. Konkret forderten sie die Beseitigung politischer Missstände und die Neubeschwörung des Bundsbriefs. Mehrere Monate später, im November 1649, beschloss ein Bundstag dann tatsächlich die Beschwörung des Bundsbriefs den Gemeinden zur Stellungnahme vorzulegen. Die Begründung lautete, dass die in den vorangegangenen Bündner Wirren erfolgte Invasion fremder Heere nicht stattgefunden hätte, wenn die Satzungen der Altvorderen beachtet worden wären. Der Bundsbrief sei «ein Fundament und Grundfeste unseres Stands». Dem grössten Teil der Bevölkerung sei dessen Inhalt nicht mehr bekannt. Es sei deshalb unerlässlich, dass er bei den Gemeinden «erfrischt» und seine «Steifhaltung» beschworen werde. Der Bundsbrief sei inskünftig jährlich an den Versammlungen der Gerichtsgemeinden zu verlesen.¹

Das Unterfangen erwies sich jedoch aufgrund religiöser Vorbehalte, die mit der Beziehung des Bundsbriefs mit einem anderen zeitgenössischen Dokument – den Ilanzer Artikeln – zusammenhängen, als nicht durchführbar. Bereits im April 1649 hatte der für Graubünden zuständige päpstliche Nuntius dem Bischof von Chur deutlich gemacht, dass dieser Brief nicht beschworen werden dürfe, falls er mit dem Glauben unvereinbare Artikel enthalte, und kurz darauf kam aus Rom die Anweisung, den Eid unter keinen Umständen zu leisten. In der Folge wiesen die katholischen Gemeinden den Beschlussvorschlag des Bundstags zur Neubeschwörung des Bundsbriefs zurück, und auf dem Bundstag im April 1650 lehnten die katholischen Ratsboten nach Konsultation mit dem Bischof die Beschwörung mit einer schriftlichen Stellungnahme ab. Die evangelischen Ratsboten reagierten zornig und mit Protest auf diese Eingabe; so würde das Mehr der Gemeinden, die

¹ Felici Maissen, Die Drei Bünde in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts in politischer, kirchengeschichtlicher und volkskundlicher Schau, Aarau 1966, S. 65–80, Zitate S. 68.

damals zum überwiegenden Teil protestantisch waren, verfälscht. Die katholischen Boten reagierten mit Gegenprotest, und der Bundstag löste sich in einem Tumult auf. Die Stimmung wurde auch durch die Anwesenheit zahlreicher protestantischer Pfarrer in Chur aufgeheizt, die eigens wegen der Beschwörungsfrage in die Stadt gekommen waren. Befürchtungen, dass es nun zu einem allgemeinen Konflikt unter den Konfessionsparteien kommen würde, erwiesen sich zum Glück als unbegründet. Auf dem nächsten Bundstag im Herbst 1650 waren die Ratsboten vor allem mit der Frage eines Bündnisabschlusses mit Frankreich beschäftigt und fanden nicht die Zeit, sich mit der Frage der Beschwörung des Bundsbrieves zu befassen.

In der Folge verschwand dieses Thema zwar zunächst von der politischen Agenda der Drei Bünde. Allerdings wurde es bis zum Ende des 17. Jahrhunderts im Zusammenhang mit Konflikten zwischen den beiden Konfessionsgruppen noch mehrfach virulent. Bekannt sind Episoden in den Jahren 1653, 1665–1666, 1671–1674 und 1682–1685. Der Vorgang lief dabei jeweils ähnlich ab: Auf der Seite der Protestanten wurde die Forderung erhoben, den Bundsbrief zu beschwören, was von den Katholiken spätestens nach einigem Zögern abgelehnt wurde. Kurzfristig verstärkte dies die konfliktreiche Spaltung der Drei Bünde entlang von konfessionellen Linien, aber nach einiger Zeit verlief die Angelegenheit immer im Sand. Nach den 1690er-Jahren verschwand die Nutzung des Bundsbrieves als Mittel zur Austragung von Konfessionskonflikten gänzlich aus der Bündner Politik.²

Formale Struktur und politische Nutzung des Bundsbrieves

Wie konnte es dazu kommen, dass der Bundsbrief im 17. Jahrhundert nicht als Kitt des bündnerischen Gemeinwesens, sondern eher als Moment der Verschärfung konfessioneller Konflikte wirkte, obwohl er aus der Zeit vor der Reformation stammte? Die Hauptgründe liegen in der sachlichen und zeitlichen Offenheit des Bundsbrieves sowie in der spezifischen Art seiner politischen Nutzung. Anders ausgedrückt: Einzelne Bestimmungen des Bundsbrieves konnten in der konkreten Situation handlungsrelevant sein, aber woraus der Bundsbrief eigentlich bestand, war nicht klar. Mindestens ebenso wichtig wie der Inhalt war deshalb der Sachverhalt, dass er beschworen werden konnte: Er wirkte als Anker für die rituelle Herstellung des bündnerischen Gemeinwesens als Personenverband von durch den Eid miteinander verbundenen Männern, der zugleich ans Jenseits rückgebunden war; 1524 wurde der Bund bei Gott und den Heiligen beschworen (Artikel 32).³

2 Maissen (wie Anm. 1), S. 117–130; Felici Maissen, Der Streit um die Neu-Beschwörung des Bundes- und des Artikelbrieves 1683–1697, in: Bündner Monatsblatt 1957, S. 353–370; Felici Maissen, Davart igl engirament della brev dellas Treis Ligias (1650–1674), in: Annalas 72, 1959, S. 5–19; Ulrich Pfister, Konfessionskirchen, Glaubenspraxis und Konflikt in Graubünden, 16.–18. Jahrhundert, Würzburg 2012, S. 417–427.

3 Alle Verweise auf den Wortlaut des Bundsbrieves beziehen sich auf Florian Hitz, Immacolata

Ausgangspunkt für diese Wirkung des Bundsbriebs war Artikel 25, der die Neubeschwörung in Abständen von zwölf Jahren vorsah. Aus der Folgezeit gibt es Hinweise, dass 1573, 1574, 1588, 1601, 1602, 1605 und 1607 Beschwörungen des Bundes angeordnet und zum Teil auch sicher durchgeführt wurden.⁴ In allen diesen Fällen war die Massnahme eingebettet in die Bewältigung gravierender innerer oder äusserer politischer Krisen. Die Erneuerung des Bundesschwurs hatte somit die Funktion, durch die rituelle Vergegenwärtigung einer politischen Gemeinschaft inneren Frieden herzustellen und wenigstens scheinbaren Konsens zu erzielen. Die Relevanz des Bundsbriebs als Anker für ein wichtiges politisches Ritual rechtfertigt eine eingehendere Betrachtung, wie sie in diesem Band auch im Beitrag von Manfred Veraguth erfolgt. Aus den Jahrzehnten nach dem frühen 17. Jahrhundert sind dagegen nur noch die gescheiterten Anläufe zur Neubeschwörung bekannt, die oben schon erwähnt wurden.

Um den Schwur auf den Bund zu leisten, muss man den Inhalt des Bundsbriebs nicht unbedingt kennen. Es reicht zu wissen, dass es die Urkunde des Bundsbriebs als materiellen Bezugspunkt irgendwo grundsätzlich gibt. Diese primäre Funktion des Bundsbriebs als Anker eines politischen Ritus vermag zu erklären, weshalb Bemühungen zur Verbreitung seines Inhalts selten blieben. Die schon erwähnte Feststellung von 1649, dass der Inhalt des Bundsbriebs in der Bevölkerung kaum bekannt sei, verwundert daher nicht. Aber auch den Mitgliedern der Elite war er alles andere als geläufig. Der Höhepunkt der Ignoranz wurde im Konflikt um die Störung einer katholischen Prozession durch das protestantische Vuorz/Waltensburg im Jahr 1682 erreicht. Es ging das Gerücht um, dass die Einwohner des nahegelegenen katholischen Breil/Brigels zu den Waffen greifen wollten, um die Waltensburger für den Übergriff zu bestrafen. Von protestantischer Seite wurde dies als eine Schwächung des Bundsbriebs (so die damalige Wendung) empfunden. Um diese zu heilen, wurde zu einer allgemeinen Neubeschwörung des Bundsbriebs aufgerufen. Das Vorhaben wurde mit allgemeiner Zustimmung beschlossen. Allerdings hielt man es für angebracht, bei dieser Gelegenheit auch den Bundsbrief zu verlesen. Hier zeigte sich das Problem, dass man gar keinen Bundsbrief zu Hand hatte. Erst nach langer Suche wurde man in einem Archiv fündig. Nun entspann sich aber wieder ein Disput darüber, welcher Text konkret zu beschwören war. Der sich daraus entwickelnde konfessionspolitische Gegensatz erwies sich wie schon

Saulle Hippenmeyer (Bearb.), Der Bundsbrief vom 23. September 1524. Beitrag zum Jubiläum «500 Jahre Freistaat der Drei Bünde», Chur 2024, S. 126–131. Zur Relevanz des Eids als Mittel der politischen Vergemeinschaftung siehe Paolo Prodi, *Das Sakrament der Herrschaft. Der politische Eid in der Verfassungsgeschichte des Okzidents*, Berlin 1997; André Holenstein, *Die Huldigung der Untertanen. Rechtskultur und Herrschaftsordnung (800–1800)*, Stuttgart 1991; bezogen auf die Drei Bünde Randolph C. Head, *Demokratie im frühneuzeitlichen Graubünden. Gesellschaftsordnung und politische Sprache in einem alpinen Staatswesen, 1470–1620*, Zürich 2001, S. 37, 39, 125, 147; Florian Hitz, *Fürsten, Vögte und Gemeinden. Politische Kultur zwischen Habsburg und Graubünden im 15. bis 17. Jahrhundert*, Baden 2012, S. 521–542.

4 Jacob Bott (Hg.), *Hans Ardüers Rätische Chronik*, Chur 1877, S. 105, 208, 225, 360, 525, 583; Hitz/Saulle Hippenmeyer (wie Anm. 3), S. 166.

1650 als unlösbar. Nur die Verschiebung der politischen Aufmerksamkeit zu noch drängenderen Themen liess den Konflikt bis in die 1690er-Jahren einschlafen; die 1684 von katholischer Seite und 1697 von den evangelischen Geistlichen erstellten Denkschriften zum Thema blieben ohne Wirkung.⁵

Ausgangspunkt für diese Auseinandersetzungen um den Inhalt und die Abgrenzung des zu beschwörenden Textes ist die sachliche und zeitliche Offenheit des Bundsbriefs von 1524. Zwar haben einige Forscher zu Recht betont, dass sich die Drei Bünde mit dem Bundsbrief Elemente einer staatlichen Verfassung gaben. Dies zeigt sich besonders darin, dass die Rechte, Bündnisse abzuschliessen, Kriege zu führen sowie Frieden zu schliessen, auf den Gesamtbund übertragen wurden. Auch dass die Rechtsvorbehalte von Kaiser und Papst nicht genannt wurden, stellt eine wichtige Etappe auf dem Weg zur staatlichen Eigenständigkeit dar.⁶ Allerdings ist der Bundsbrief keine Verfassung im modernen Sinne eines Satzes von Normen, die den Staatsaufbau und die Grundprinzipien eines Gesellschaftsvertrags regeln. Das starke Gewicht von Normen zur Schlichtung von Konflikten im Bundsbrief verweist ihn vielmehr in den Zusammenhang von Zusammenschlüssen kommunaler Instanzen zur Sicherung des Landfriedens, wie sie im Spätmittelalter verbreitet vorkamen. Die begrenzte sachliche Reichweite zeigt sich nicht zuletzt darin, dass die in einzelnen Bündnen bestehenden Rechte von Herren, Gemeinden und Gerichten erhalten blieben, mithin nicht durch gesamtbündisches Recht ersetzt wurden (Artikel 28). Das alte Herkommen wurde als altes und damit gutes Recht geschützt.

Die zeitliche Offenheit des Bundsbriefs von 1524 erweist sich durch die Festlegung, dass die in ihm enthaltenen Bestimmungen je nach Bedarf verbessert, erläutert, vermindert und vermehrt werden können (Artikel 29). Aus einer modernen Sicht würde man darin eine Revisionsklausel sehen. Tatsächlich wurde der Bundsbrief aber nie revidiert, sondern es wurden lediglich zusätzliche Sammlungen von Artikeln beschlossen. Daraus erwuchs mit der Zeit ein Konvolut an Dokumenten, das im 17. Jahrhundert als Landsatzungen der Drei Bünde bezeichnet wurde. Die Artikel von Zizers (1619) führten neben dem Bundsbrief den Pensionenbrief (1500), die beiden Ilanzer Artikel (1524/26), den Kesselbrief (1570), die Artikel von Chiavenna (sogenannte Clevner Artikel, 1585) und die Landesreform von 1603 als massgebliche Normen auf und fügten ihnen weitere Bestimmungen hinzu. Der erstmalige Druck des Bundsbriefs erfolgte 1620 als Teil einer Sammlung von Landsatzungen. Die für die Zeitgenossen bestehende Schwierigkeit, den Bundsbrief von 1524 dingfest zu machen, schlägt sich darin

5 Maissen, Streit (wie Anm. 2); vgl. auch Thomas Maissen, «Die Gemeinden und das Volck als höchste Gewalt unsers freyen demokratischen Stands». Die Erneuerung der politischen Sprache in Graubünden um 1700, in: Jahrbuch der historischen Gesellschaft von Graubünden 131, 2001, S. 37–84, hier S. 57, 60.

6 Peter Liver, Die staatliche Entwicklung im alten Graubünden, in: Zeitschrift für Schweizerische Geschichte 13, 1933, S. 206–248, hier S. 207; Martin Bundi, Zur Dynamik der frühen Reformbewegung in Graubünden. Staats-, kirchen- und privatrechtliche Erlasse des Dreibündestaates 1523–1526, in: Zwingliana 38, 2011, S. 1–34, hier S. 10–13.

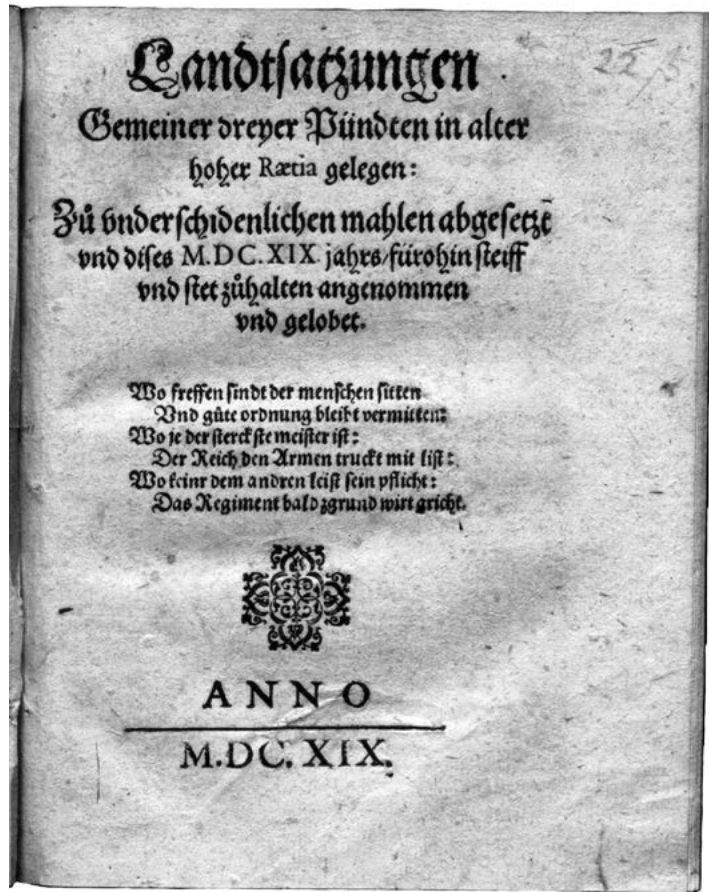


Abb. 1: Der erste Druck des Bundsbriefts in den Landsatzungen der Drei Bünde (1619). (Landsatzungen, wie Anm. 7, Bl. 5 und 14 des verwendeten Digitalisats)

nieder, dass die Schrift das Dokument auf 1471 datiert, tatsächlich aber eine Fassung von 1544 verwendet (Abb. 1).⁷

⁷ Landsatzungen Gemeiner dreyer Bündten [...], Zürich 1620, www.deutsche-digitale-bibliothek.de. Die Zizerser Artikel ebd., Bl. 10–11; weitere Dokumente in Constanz Jecklin (Hg.), Urkunden zur Verfassungsgeschichte Graubündens, Heft 2: Zeit der Reformation (bis zum Ende des 16. Jahrhunderts), Chur 1884, S. 74–78 (Pensionenbrief), 78–83 (Ilanzer Artikel 1524), 89–95 (Ilanzer Artikel 1526), 113–115 (Kesselbrief), 116–117 (Clevner Artikel); zum Kontext siehe Head (wie Anm. 3), S. 168, 197–198, 208, 226–230, 303–304. Weitere Drucke der Landsatzungen sind für 1660 (unverändert) und 1711 (um Landesreformen von 1684 und 1694 erweitert) bezeugt. Der Hintergrund dieser Neuauflagen scheint bislang nicht erforscht; konkrete Anlässe sind auf Anhieb nicht ersichtlich. Die 1767 als Graubündnerische Grundgesetze publizierte Schrift erweiterte die Sammlung von 1711 marginal. Vgl. Hitz/Saulle Hippenmeyer (wie Anm. 3), S. 167–168, 172–1733, und den Beitrag von Florian Hitz in diesem Band.

Nun sind alle diese Artikel keineswegs abstrakte staatsrechtliche Normen, sondern konkrete Vorschriften, die spezifische politische Konfliktlagen zu bewältigen suchen. Auf die einzelnen Ereignisse kann hier nicht eingegangen werden. Allgemein lässt sich feststellen, dass sie meist im Zusammenhang mit sogenannten Fähnliupfen entstanden, also Revolten der Bevölkerung oder des gemeinen Mannes gegen das zunehmend als selbstherrlich empfundene Gebaren einer immer reicher und mächtiger werdenden Elite.⁸ Dies schlägt sich auch in der Gestaltung der Titelseite der Landsatzungen von 1619 nieder: Das steife und stete Halten dieser Normen wird als Mittel gegen den Verfall des Regiments (das heisst der staatlichen Ordnung) dargestellt, das aus der allgemeinen Sittenverderbnis und der Bedrückung der Armen durch die Reichen folgt. Diese Schrift ist somit keineswegs als amtlicher Druck im modernen Sinn, sondern eher als politisches Traktat anzusehen. Tatsächlich ist sie von der Forschung einer vor allem von evangelischen Pfarrern getragenen radikalpopulistischen Bewegung zugeordnet worden.⁹ Jenseits der Bedeutung des Bundsbriefts von 1524 als Anker für den politischen Ritus der Bundesbeschwörung diente er als inhaltlich offener Anknüpfungspunkt, um Argumente in politischen Auseinandersetzungen zu entwickeln.

Der inhaltliche Kontext des Bundsbriefts und das Scheitern der Neubeschwörungen in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts

Stand die politische Nutzung des Bundsbriefts im späten 16. und frühen 17. Jahrhundert im Zusammenhang mit den Spannungen zwischen dem gemeinen Mann und einer entstehenden aristokratischen Elite, so folgte im Zuge der Bündner Wirren (ca. 1618–1639) eine Einordnung in konfessionspolitische Auseinandersetzungen. Diese Umdeutung und Umnutzung des Bundsbriefts von 1524 durch die Zeitgenossen wirft gleichzeitig ein Schlaglicht auf wichtige Umstände seiner Entstehung in den 1520er-Jahren. Darüber hinaus zeigen sich spätestens hier die erheblichen Unterschiede zwischen den Drei Bünden und der Eidgenossenschaft hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Konfession sowie den Grundlagen politischer Gemeinschaft. In der Eidgenossenschaft hörten nach 1526 Bundesbeschwörungen auf, weil sich die konfessionellen Lager nicht auf eine gemeinsame Eidesformel einigen konnten. Die protestantischen Orte verlangten die Tilgung des Passus «und den Heiligen», was die katholischen Orte ablehnten.¹⁰ Obwohl wie erwähnt der Bundsbrief von 1524 bei Gott und den Heiligen beschworen wurde, bildete die Eidesformel in den Drei Bünden weder bei den Bundesbeschwörun-

8 Siehe nochmals Head (wie Anm. 3), Kap. 4–6, sowie Silvio Färber, *Der bündnerische Herrenstand im 17. Jahrhundert. Politische, soziale und wirtschaftliche Aspekte seiner Vorherrschaft*, Diss. Zürich 1983.

9 Head (wie Anm. 3), S. 303–304.

10 Andreas Würigler, *Die Tagsatzung der Eidgenossen. Politik, Kommunikation und Symbolik einer repräsentativen Institution im europäischen Kontext (1470–1798)*, Göttingen 2013, S. 391.

gen im späten 16. und 17. Jahrhundert noch in den ab den 1640er-Jahren um sie geführten Auseinandersetzungen einen Stein des Anstosses.

Was ein Teil der politisch massgeblichen Akteure im 17. Jahrhundert als Landsatzungen bezeichnete, beinhaltet wie erwähnt auch die sogenannten Ilanzer Artikel von 1524 und 1526. Tatsächlich enthielt schon der Bundsbrief von 1524 die Bestimmung, dass zwar alle früheren Abkommen der Drei Bünde aufgehoben seien, aber die im selben Jahr gegen die Geistlichen erlassenen Artikel, also die ersten Ilanzer Artikel, ihre Gültigkeit bewahren würden (Artikel 31). Nach dem im 17. Jahrhundert dominierenden Verständnis bezog sich der Bundesschwur somit nicht nur auf den Bundsbrief selber, sondern auch auf weitere Bestandteile der Landsatzungen. Tatsächlich führten mindestens die 1573 und 1604 gefassten Beschlüsse zur Neubeschwörung des Bundes neben dem Bundsbrief auch weitere Artikelsammlungen auf.¹¹

Unmittelbarer Hauptgrund für das Scheitern der Beschwörung des Bundes in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts war, dass die protestantische Seite die beiden Ilanzer Artikelbriefe als integralen Bestandteil des den Bundsbrief ausmachenden Korpus an Normen betrachtete, während die katholische Seite jene als im Widerspruch zum Kirchenrecht stehend ablehnte.¹² In der Episode um die Prozessionsstörung in Waltensburg von 1682 beispielsweise folgte auf das Auffinden des Bundsbriefs von 1524 eine Erörterung der Frage, ob die Artikelbriefe von 1524 und 1526 in die beschlossene Bundesbeschwörung eingeschlossen seien, und hier schieden sich die Geister. Man konnte somit in Streit darüber geraten, was den Bundsbrief überhaupt ausmachte.

Die beiden Ilanzer Artikel von 1524 und 1526 standen in einem engen zeitlichen und sachlichen Zusammenhang mit der Ausarbeitung des Bundsbriefs von 1524. Unter anderem schränkten sie die Zuständigkeit des bischöflichen Gerichts auf rein geistliche Belange ein, übertrugen das Recht der Pfarrwahl auf die Gemeinden und forderten die Auflösung von Klöstern sowie Stiftungen zur Ausrichtung von Seelenmessen für Verstorbene. Schliesslich schränkten sie die weltlichen Rechte des Bischofs und von Klöstern – vor allem solche zum Bezug bäuerlicher Leistungen – stark ein.¹³ Der sich in den Ilanzer Artikeln niederschlagende Konflikt zwischen den Drei Bünden und ihren Gemeinden einerseits und dem Bischof auf der anderen Seite bildet einen wichtigen Grund dafür, dass Letzterer an der Schlussredaktion des Bundsbriefs nicht mehr beteiligt war, aus seiner Churer Residenz floh und nicht mehr dahin zurückkehrte.¹⁴

¹¹ Bott (wie Anm. 4), S. 360, 583.

¹² Belege für prägnante Quellenstellen bei Maissen (wie Anm. 1), S. 65–66; Maissen, Streit (wie Anm. 2), S. 360–362.

¹³ Übersicht und Einordnung in die Forschung bei Pfister, Konfessionskirchen (wie Anm. 2), S. 76–84; neuere Studien in Cordula Seger und Jan-Andrea Bernhard (Hg.), *Die Ilanzer Artikelbriefe im Kontext der europäischen Reformation*, Zürich 2020.

¹⁴ Monografische Darstellung bei Oskar Vasella, *Abt Theodul Schlegel von Chur und seine Zeit, 1515–1529*, Freiburg 1954, insbesondere S. 97–116.

Bezüge zu Themen, die den religiösen Glauben betreffen, kommen in den Ilanzer Artikeln allenfalls am Rand vor; sie etablierten in erster Linie eine zunächst noch vorkonfessionelle Gemeindekirche.¹⁵ Zwar entwickelten sich in Graubünden von der zweiten Hälfte der 1520er-Jahren bis ins frühe 17. Jahrhundert getrennte Glaubensgemeinschaften von Protestantinnen und Protestanten sowie Katholikinnen und Katholiken, aber die Ilanzer Artikel wurden in den Bundesbeschwürungen in dieser Zeit nie zum Problem. Dies war nicht zuletzt deshalb der Fall, weil nicht nur Protestanten, sondern auch Katholiken das lokale Kirchenleben und das Verhältnis zum Bischof überwiegend im Sinn der Ilanzer Artikel gestalteten. Insbesondere bestimmten auch Katholiken ihre Pfarrer selber.

Dies änderte sich in der Zeit der Bündner Wirren im Zuge der temporären Besetzung weiter Teile Graubündens durch österreichische Truppen ab 1620 und mit der Besiegelung der veränderten Machtverhältnisse im Lindauer Vertrag (1622) zwischen Habsburg und den beiden verbliebenen Bünden (dem Oberen Bund und dem Gotteshausbund; das Gebiet des Zehngerichtenbunds hatte unter habsburgische Herrschaft zurückzukehren). In diesen Vertrag wurde die Bestimmung aufgenommen, dass der Bischof von Chur in alle vor den Ilanzer Artikeln von 1524/26 besessenen Rechte wieder einzusetzen sei. Gestützt darauf erreichte der päpstliche Nuntius nach zähen Verhandlungen mit den Bünden die nach ihm benannten Scappischen Artikel (1623). Sie hoben die Ilanzer Artikel auf und stellten das kirchliche Leben wieder unter die Leitung des Bischofs. Dazu zählte nicht zuletzt die Einsetzung von Pfarrern und die Kontrolle über das ihnen gewährte Einkommen.¹⁶

Mit der französischen Besetzung der Drei Bünde Ende 1624 erfolgte ein erneuter Umschwung der Machtverhältnisse, der zur Folge hatte, dass die Scappischen Artikel zunächst kaum vollzogen wurden und mittelfristig nur für die katholischen Gemeinden in beschränktem Umfang Wirkungen entfalteten. Zwar bildeten sie eine wichtige Grundlage dafür, dass in den nicht von der Reformation erfassten Gebieten die Glaubenspraxis allmählich im Sinn der Beschlüsse des Konzils von Trient (1563) umgestaltet wurde, sodass sich im zweiten Viertel des 17. Jahrhunderts in den Drei Bünden die zwei Glaubensgemeinschaften zu getrennten konfessionellen Milieus entwickelten. Allerdings blieb die Autonomie der Gemeinden stark ausgeprägt: Gegen das Kirchenrecht und immer noch im Sinn der Ilanzer Artikel bestellten viele Pfarreien ihre Seelsorger ohne Zutun des Bischofs durch Gemeinde-

¹⁵ Pfister (wie Anm. 2), S. 84.

¹⁶ Abdruck einer deutschen Übersetzung der im Original italienischen Scappischen Artikel in Johann Franz Fetz, *Geschichte der kirchenpolitischen Wirren im Freistaat der Drei Bünde, vom Anfang des 17. Jahrhunderts bis auf die Gegenwart*, Chur 1875, S. 350–355. Darstellungen bei Men Dosch, *Der Lindauer Vertrag 1622 und die Gegenreformation in Graubünden. Zur Geschichte der Kirchenpolitik*, Diss. Freiburg i. Ü. 1970, S. 34–45, 74–78; Albert Fischer, *Reformatio und Restitutio. Das Bistum Chur im Zeitalter der tridentinischen Glaubenserneuerung – zugleich ein Beitrag zur Geschichte der Priesterausbildung und Pastoralreform (1601–1661)*, Zürich 2000, S. 262–267.

wahl. Dabei entschieden sie sich oft auch für Ordensgeistliche, insbesondere für Kapuziner, die ausserhalb der Kontrolle des Bischofs standen.¹⁷

Das Scheitern der Bundesbeschwörungen in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts war somit allenfalls teilweise Folge eines Konflikts um die Geltung konkreter Normen¹⁸ beziehungsweise der Konkurrenz zwischen kanonischem Recht und dem entstehenden staatskirchlichen Recht der Drei Bünde. Wichtiger wog, dass mit dem Begehren einer Neubeschwörung des Bundsbriefts und dem Streit darüber ein lokal begrenzter sachlicher Konflikt in einen grundlegenden Wertekonflikt transformiert werden konnte, der grundsätzlich alle Bündner anging. Packte man den Gegner beim durch die Vorväter geschworenen Eid, so stellte man die Grundlage der politischen Gemeinschaft auf die Probe. Schon 1644 antworteten die Protestanten auf das Argument der Katholiken, die Ilanzer Artikel wären durch Gewalt zustande gekommen, dass der eigentliche gewaltsame Umsturz der Verhältnisse wohl doch Anfang der 1620er-Jahre mit dem Lindauer Vertrag erfolgt sei und schliesslich die Vorväter der Katholiken die alten Satzungen der Drei Bünde mitgestaltet hätten.¹⁹

Der Aufruf zur Neubeschwörung des Bundsbriefts und der Streit darüber war somit ein Mittel zur Eskalation von Konflikten zwischen den zwei sich gegenüberstehenden konfessionellen Milieus. Zusammen mit anderen Faktoren führte der normative Grundkonflikt um den Gehalt des Bundsbriefts die Drei Bünde zwischen der Mitte des 17. und dem Beginn des 18. Jahrhunderts mehrfach an den Rand eines bewaffneten Bürgerkriegs. Dass es nicht dazu kam, war der Vermittlung durch die Eidgenossenschaften, den über die konfessionellen Grenzen hinweg bestehenden Loyalitäten innerhalb der Bündner Elite und der unsteten Aufmerksamkeitsstruktur der Bundstage, die sich rasch von konfessionellen Fragen weg zu anderen Themen verschieben konnte, zu verdanken.²⁰

Der Wandel der politischen Sprache um 1700 und das Verschwinden der Neubeschwörung des Bundsbriefts aus der politischen Agenda

Wie schon erwähnt verschwand das Thema der Neubeschwörung der Bundsbrieft am Ende des 17. Jahrhunderts weitgehend aus der politischen Agenda der Drei Bünde, was seinerseits einen Beitrag zur Deeskalation und zum schlussendlichen

¹⁷ Pfister (wie Anm. 2), S. 41–44, 164–165; monografische Darstellung bei Fischer (wie Anm. 16).

¹⁸ Arne Karsten und Hillard von Thiessen (Hg.), Normenkonkurrenz in historischer Perspektive, Berlin 2015.

¹⁹ Pfister (wie Anm. 2), S. 418 und die dort angeführten Belege; zum Interpretationsansatz siehe Ulrich Pfister, Konfessionskonflikte in der frühneuzeitlichen Schweiz. Eine strukturalistische Interpretation, in: Schweizerische Zeitschrift für Religions- und Kulturgeschichte 101, 2007, S. 257–312.

²⁰ Gesamtdarstellung der Bündner Konfessionskonflikte bei Pfister (wie Anm. 2), Kap. 7, zum eben skizzierten Argument insbesondere Abschnitt 7.4.

Verschwinden von Konfessionskonflikten leistete. Worin lag der Grund für diesen Bedeutungsverlust des Bundsbriebs für den politischen Betrieb der Drei Bünde?

Die wichtigste Erklärung für diese Entwicklung besteht darin, dass um 1700 Konzepte der Theorie des souveränen Staates, die sich unter anderem ausgehend von den Werken von Machiavelli und Bodin gebildet hatte, in die politische Sprache der Drei Bünde Eingang fanden. Gemäss dieser Auffassung bestand der Staat als eigenständige Einheit unabhängig von konkreten Akteuren. Politische Gemeinschaft konstituierte sich demnach bereits durch die in einem bestimmten Moment bestehende Gesellschaft, sodass sie nicht durch eine Schwurgemeinschaft erst hergestellt und im Jenseits verankert werden musste. In Territorien, die von Fürsten regiert wurden, erfuhr deshalb der Untertaneneid im 18. Jahrhundert einen deutlichen Relevanzverlust, und das weitgehende Verschwinden von Erörterungen zur Neubeschwörung des Bundsbriebs in den Drei Bünden spiegelt diese allgemeine Entwicklung. Umgekehrt wird das Bewusstsein einer staatlichen Identität durch die Bezeichnung der Drei Bünde als Republik und dem Aufkommen erster Vorformen des Kantonswappens erkennbar, bei denen die Einzelwappen der Bünde nicht nur verknüpft, sondern manchmal in der Gesamtheit mit einer Krone – als Zeichen der Souveränität – überwölbt wurden.²¹

Der souveräne Staat bedarf auch der Tradition nicht mehr, denn diese würde eine Einschränkung der Souveränität bedeuten. Die Satzungen der Altvorderen und das in Artikel 28 des Bundsbriebs genannte alte Herkommen, das ein schützenswertes Rechtskorpus begründete, verloren deshalb an Bedeutung. Dies wird besonders anhand der im Umfeld des Malanser Spruchs (1700) geführten politischen Debatten deutlich. Es handelt sich dabei um die Lösung eines Konflikts um die Stellung der Stadt Chur im Gotteshausbund. Zwar wurde dieser Streit mit einer traditionellen Technik gelöst, nämlich mittels der Schlichtung durch die verbündeten Stände Bern und Zürich. Die dabei vertretenen Argumente stützten sich aber bereits auf Konzepte der Theorie des souveränen Staats. Besonders aussagekräftig ist die Kommentierung eines Verweises auf einen früheren Spruch des Oberen Bundes und des Zehngerichtenbundes in einer ähnlich gelagerten Angelegenheit aus dem Jahr 1529: Dieser sei unerheblich, weil der Gotteshausbund nur Gott über sich als Richter habe. Das Konzept staatlicher Souveränität erlaubt somit die Regeln des politischen Zusammenlebens nach Bedarf ohne Rücksicht auf herkömmliche Ansprüche und Traditionen jederzeit neu festzulegen.²²

Der Wandel der politischen Sprache um 1700 trug folglich insgesamt dazu bei, dass der Bundsbrief von 1524 aus dem Deutungshorizont der politischen Entscheidungsträger weitgehend verschwand, und er legte eine wichtige Grundlage dafür, dass in Graubünden ähnlich wie in der restlichen Schweiz ab 1803 relativ umstandslos moderne Kantonsverfassungen entstanden, insbesondere im Vergleich

21 Dies und das Folgende gestützt auf Maissen, *Die Gemeinden und das Volck* (wie Anm. 5), S. 71–72; allgemein Holenstein (wie Anm. 3), S. 481–503.

22 Maissen, *Die Gemeinden und das Volck* (wie Anm. 5), S. 49–51, 61; der Spruch von 1529 ediert in Jecklin (wie Anm. 7), S. 98–99.

zum übrigen Europa. Gleichzeitig führte er zu einer langen Pause zwischen der aktiven politischen Nutzung des Bundsbriefts in den ersten zwei Jahrhunderten der Neuzeit und der im 19. Jahrhundert einsetzenden Erinnerung an ihn.

Schluss

Der Bundsbrief von 1524 stellte im 16. und im 17. Jahrhundert erstens einen Anker für eine rituelle Handlung dar, bei der sich die Genossen, also erwachsene Männer, mittels eines Schwurs zu einer Gemeinschaft verbanden. Durch die Anrufung göttlicher Gewalten in der Eidesleistung wurde diese politische Gemeinschaft zugleich im Jenseits verankert. Neubeschwörungen des Bundes der Drei Bünde erfolgten deshalb bis ins frühe 17. Jahrhundert typischerweise im Zusammenhang mit der Bewältigung politischer Konflikte und Bemühungen in einer Krisensituation einen wenigstens scheinbaren Konsens wiederherzustellen.

Zweitens bildete der Bundsbrief den Ausgangspunkt für die Entwicklung allgemeiner Normen, die im 17. Jahrhundert in ihrer Gesamtheit als Landsatzungen bezeichnet wurden. Allerdings blieben die genaue Zusammensetzung der Landsatzungen und das Verhältnis des Bundsbriefts zu den anderen Dokumenten ungeklärt. Dies leistete ab den 1640er-Jahren einer konfessionspolitischen Umdeutung der Landsatzungen Vorschub. Im Kern folgte sie daraus, dass der Bundsbrief die fortwährende Gültigkeit der Ilanzer Artikel von 1524 festschrieb, die die weltlichen und kirchlichen Befugnisse des Bischofs erheblich einschränkten. Im Zuge der katholischen Reform wurden die Ilanzer Artikel als zum kanonischen Recht im Widerspruch stehend wahrgenommen, sodass die katholischen Gemeinden den Bundesschwur verweigerten. Der Aufruf zur Neubeschwörung des Bundsbriefts entwickelte sich deshalb zu einem Mittel, um einen zunächst meist lokalen Konflikt um Sachfragen zu einem allgemeinen Normenkonflikt zwischen Protestanten und Katholiken eskalieren zu lassen.

Um 1700 fand allmählich die politische Theorie des souveränen Staats Eingang in die Sprache der politischen Entscheidungsträger in den Drei Bünden. Ein politisches Gemeinwesen musste nun nicht mehr durch Eid begründet und aktualisiert werden, und das an Vermittlung und Tradition orientierte Verständnis von politischen Verbänden verlor an Bedeutung. Folglich verschwanden der Bundsbrief und seine Neubeschwörung um diese Zeit weitgehend von der politischen Agenda der Drei Bünde. Gleichzeitig trug der Bedeutungsverlust des Bundesschwurs zum allmählichen Verschwinden von Konfessionskonflikten bei.

Riassunto:

Quale Carta della Lega? L'uso degli statuti fondamentali nei conflitti confessionali delle Tre Leghe nel XVII secolo

Il capitolo esamina il modo in cui la Carta della Lega del 1524 fu utilizzata nella politica delle Tre Leghe nel XVI e XVII secolo. Emergono i seguenti risultati: in primo luogo, la Carta della Lega costituiva un punto di riferimento per un atto rituale in cui i compagni, ovvero gli uomini adulti, si univano in una comunità mediante un giuramento. Invocando le forze divine nel giuramento, questa comunità politica veniva allo stesso tempo legata all'aldilà. Pertanto, fino all'inizio del XVII secolo, le nuove invocazioni della confederazione delle Tre Leghe avvenivano tipicamente in relazione alla risoluzione di conflitti politici e agli sforzi per ripristinare un consenso almeno apparente in una situazione di crisi.

In secondo luogo, la lettera federale costituì il punto di partenza per lo sviluppo di norme generali che nel XVII secolo furono denominate nel loro insieme «statuti del territorio» (*Landsatzungen*). Tuttavia, la composizione esatta degli statuti del territorio e il rapporto tra la Carta della Lega e gli altri documenti rimasero poco chiari. Ciò favorì, a partire dal 1640, una reinterpretazione confessionale degli statuti del territorio. In sostanza, ciò derivava dal fatto che la Carta della Lega sanciva la validità permanente degli articoli di Ilanz del 1524, che limitavano notevolmente i poteri secolari ed ecclesiastici del vescovo. Nel corso della Riforma cattolica, gli articoli di Ilanz furono percepiti come contrari al diritto canonico, cosicché le comunità cattoliche rifiutarono il giuramento federale. L'appello a rinnovare il patto federale divenne quindi un mezzo per trasformare un conflitto inizialmente locale su questioni concrete in un conflitto normativo generale tra protestanti e cattolici.

Intorno al 1700, la teoria politica dello Stato sovrano entrò gradualmente nel linguaggio dei responsabili delle decisioni politiche delle Tre Leghe. Una comunità politica non doveva più essere fondata e aggiornata tramite un giuramento e una concezione delle associazioni politiche orientata alla mediazione e alla tradizione perse importanza. Di conseguenza, la Carta della Lega e la sua rievocazione scomparvero in gran parte dall'agenda politica delle Tre Leghe in questo periodo. Allo stesso tempo, la perdita di importanza del giuramento federale contribuì alla graduale scomparsa dei conflitti confessionali.

«Der Reif, durch den das sprichwörtliche Fass zusammengehalten wird»

Inszenierungen und Bedeutung von Schwuranlässen in den Drei Bünden

Manfred Veraguth

Im Rätischen Museum in Chur wird ein anonymer Holzstich aus dem Jahre 1589 aufbewahrt, der den Drei Bünden gewidmet und in drei Sprachen verfasst ist: auf Griechisch, Latein und Deutsch. Der Deutsche Titel lautet *Was der Pündten Gottsaelig waesen Erhalt magst wol in dem spruch laesen*, und im Text wird betont, dass Bündens *dreyfalte Einigkeit / Gründt ist in Gottes guetigkeit*. Der dreisprachige Spruchtext ist von einer interessanten Bildsprache umgeben: Oben mittig sieht man drei Männer mit Schwertern, die mit erhobenen Fingern einen Eid schwören – sie erinnern an die drei Eidgenossen.¹ Auf der linken und rechten Seite sowie unten in der Mitte sieht man die Banner des Oberen Bundes, des Zehngerichtebundes und des Gotteshausbundes, die jeweils von einem Puto gehalten werden und das Fundament sowie die Säulen der Darstellung bilden. Insgesamt blicken wir auf ein Bild, das die Drei Bünde als Schwurgemeinschaft darstellt (Abb. 1).

Eine Schwurgemeinschaft benötigt zweifellos eine Schwurgrundlage, auf die sie schwören kann. Mit dem Schwurvorgang wird die Gemeinschaft ermächtigt und mächtig. Schwuranlässe sind demnach auch Inszenierungen der Macht. Wenn ich im Folgenden auf solche Inszenierungen der Macht in den Drei Bünden hinweise, so meine ich damit szenische Vorgänge² im Umfeld machtkonstituierender Ereignisse, das heisst Ereignisse, welche inszeniert werden, um die herrschaftliche Macht zur Schau zu stellen, diese zugleich darzustellen und damit auch zu festigen.

1 Ab der Mitte des 16. Jahrhunderts gab es eine bildliche Tradition der drei Eidgenossen, vgl. Georg Kreis, Art. Drei Eidgenossen, in: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), 13 Bände, Basel 2002–2014, hier Bd. 3, S. 792–793. So kann man zum Beispiel eine Abbildung der drei schwörenden Eidgenossen in Johannes Stumpfs Chronik von 1548 bewundern, vgl. Johannes Stumpf, Gemeiner loblicher Eydgnoschafft Stetten, Lande und Völckeren Chronick würdiger Thaaten Beschreybung ..., Zürich 1548, S. 686 (4. Buch, Von Heluetia, S. 329).

2 Zum Begriff der szenischen Vorgänge vgl. Andreas Kotte, Theaterwissenschaft. Eine Einführung, Köln 2005, S. 15–61; Andreas Kotte, Schau Spiel Lust. Was szenische Vorgänge bewirken (Theatrum Helveticum, Bd. 20), Zürich 2020, S. 410–432.



Abb. 1: «Was der Pündten Gottsaelig waesen / Erhalt magst wol in dem spruch laesen». Holzstich mit Spruch über die Drei Bünde, 1589. (Rätisches Museum, Chur, H 1975.990)

Inszenierungen der Macht in der Frühen Neuzeit

Die Darstellung von Macht und Herrschaft spielte in der Frühen Neuzeit in ganz Europa eine wichtige Rolle, unabhängig davon, welche Machtstruktur in einem sozialen Gebilde vorherrschte, allerdings je nach Herrschaftsform in unterschiedlicher Weise.³ Die «kulturelle Seite» der Machtausübung und der Herrschaftspraxis bildete dabei symbolhafte Visualisierungen wie etwa bildliche Darstellungen, Herrschaftszeichen, aber auch Repräsentationsbauten.⁴ Als Herrschaftszeichen in Republiken und Gemeinden galten unter anderem Stab, Siegel und Schlüssel; weiter markierten auch heraldische Zeichen, Kleidung und rituelle Handlungen die Herrschaft im öffentlichen Raum.⁵ Ein eindrückliches Bündner Beispiel für ein autonomes Herrschaftsverständnis bietet eine Schwurformel im Landbuch von Avers aus dem 17. Jahrhundert, wo es heisst:

3 Wolfgang Reinhard, *Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart*, München 1999, S. 16.

4 Florian Hitz, *Fürsten, Vögte und Gemeinden. Politische Kultur zwischen Habsburg und Graubünden im 15. bis 17. Jahrhundert*, Baden 2012, S. 434.

5 Andreas Würzler, Art. Herrschaft, in: HLS (wie Anm. 1), Bd. 6, S. 313–314.

«Wier haben von Gotes gnaden eine schöne freyheit; wir haben Eigene Macht und Gewalt zu setzen und zu entsetzen; wir haben Eygen Stab und Sigel, Stock und Galgen; Wir sind Gotlob keinem frömden Fürsten und Herren nichts schuldig, noch unterworfen, den allein dem Almächtigen Got.»⁶

Der Galgen wird hier explizit als Machtinstrument genannt, neben Stab, Siegel und Stock. «Stock und Galgen» verwiesen auf die Hoch- und Blutgerichtsbarkeit, wobei Stock den Halseisenstock, Galgen die Richtstätte meinte.⁷

All diese Herrschaftszeichen wurden als Mittel zur Machtinszenierung eingesetzt. Diese sichtbaren, öffentlichen Zurschaustellungen der herrschenden Autorität waren auch deshalb notwendig, weil in «einer von Mündlichkeit und körperlicher Anwesenheit bestimmten Face-to-Face-Gesellschaft» schriftliche Aufzeichnungen zwar ihre Wichtigkeit hatten, aber «Beachtung und Akzeptanz der darin enthaltenen Satzungen und Vereinbarungen [...] nur durch öffentliche Präsentation zu erreichen» waren. «Recht, Politik und der Konsens der Gemeinschaft mussten inszeniert werden».⁸ Dies galt nicht zuletzt für Schwuranlässe: Der Schwurvorgang war ein unverwechselbarer kommunikativer Akt, «der auf Schriftlichkeit prinzipiell verzichten konnte und somit in oralen und teil-oralen Kulturen seine besondere Bedeutung erhielt.»⁹ All diese Inszenierungen fanden durch symbolische Rituale, feierliche Zeremonielle und ritualisierte Abläufe bestimmter Ereignisse statt,¹⁰ oder genauer und gemäss Andreas Kotte durch Zeigehandlungen, Ritualia und Magica.¹¹

Solche Inszenierungen lassen sich auch in den Gemeinen Drei Bünden feststellen. Weil es sich beim Freistaat um ein strukturell von unten nach oben orientiertes Machtgefüge handelte, gab es auf dem Land eine Kultur der Machtinszenierung, die sich anders manifestierte als in zentralistisch organisierten Machtstrukturen mit einzelnen Herrschern an der Spitze. In den Drei Bünden

6 Zitiert nach Rudolf Jenny, Wissenschaftliche, kultur- und geistesgeschichtliche Bedeutung des Handschriftenbestandes aus Privatbesitz, in: Rudolf Jenny, Handschriften aus Privatbesitz im Staatsarchiv Graubünden. Repertorium mit Regesten, Chur 1974, S. 17–73, hier S. 47.

7 Anne-Marie Dubler, Art. Gerichtswesen, in: HLS (wie Anm. 1), Bd. 5, S. 302–307, insbesondere S. 302; Adolf Collenberg, Art. Dretgiras, in: Lexicon Istoric Retic (LIR), 2 Bände, Chur 2010–2012, hier Bd. 1, S. 291–295.

8 Heidy Greco-Kaufmann, Zuo der Eere Gottes, vfferbuwung dess mentschen vnd der statt Lucern lob. Theater und szenische Vorgänge in der Stadt Luzern im Spätmittelalter und in der Frühen Neuzeit. Historischer Abriss (Theatrum Helveticum, Bd. 11), Zürich 2009, S. 240.

9 André Holenstein, Rituale der Vergewisserung. Der Eid als Mittel der Wahrheitsfindung und Erwartungsstabilisierung im Mittelalter und in der frühen Neuzeit, in: Edgar Bierende, Sven Bretfeld, Klaus Oschema (Hg.), Riten, Gesten, Zeremonien. Gesellschaftliche Symbolik in Mittelalter und Früher Neuzeit (Trends in Medieval Philology, Bd. 14), Berlin 2008, S. 229–250, hier S. 234.

10 Reinhard (wie Anm. 3), S. 91; Kotte, Theaterwissenschaft (Anm. 2), S. 159.

11 Bei diesen Begriffen handelt es sich um «Kernhandlungen» von Darstellungsakten (Zeigehandlungen), Bestätigungshandlungen (Ritualia) und Übertragungshandlungen (Magica), die sich besser analysieren und festmachen lassen als unscharfe Begriffe wie Zeremonie oder Ritual; Andreas Kotte, Ritualia, Magica und Zeigehandlungen als szenische Vorgänge. Zur Differenzierung von Kernhandlungen und Handlungskomplexen, in: Bierende/Bretfeld/Oschema (wie Anm. 9), S. 21–39.

hielten sich Prunk und Pomp meistens in Grenzen, jedoch war die Inszenierung von Macht auch im Freistaat ein wichtiger Bestandteil des politischen Wirkens. Dies geschah auf verschiedenen Ebenen: auf Ebene der Gemeinschaft der Drei Bünde, auf Ebene der einzelnen Bünde und auf Ebene der Gerichtsgemeinden und Gemeinden. Deshalb wurde die ländliche Bevölkerung regelmässig Zeuge von Praktiken der Schaustellung von Macht respektive von Inszenierungen von Herrschaft – so zum Beispiel beim Schwören von Eiden.

Schwur und Eid

Grundsätzlich bildet eine Beschwörung eine eidliche Bekräftigung, man kann zum Beispiel ein Recht oder eine Satzung beschwören.¹² So wurde ein Schwur oder ein Eid in der Frühen Neuzeit zur «Begründung und Stabilisierung politisch-herrschaftlicher Beziehungen» eingesetzt, je nach politischem System «vertikal-herrschaftlich» oder «horizontal-genossenschaftlich». Festzuhalten gilt, dass «Einungen, Bünde und Eidgenossenschaften» alle «auf dem Schwur ihrer Angehöriger» fussten.¹³

Ein Eid bedeutete aber mehr als eine rein formelle Bekräftigung. Es war ein «rechtlich-religiöser Akt»,¹⁴ weil mit ihm Gott angerufen und damit eine Verankerung ins «Transzendente» hergestellt wurde.¹⁵ Damit einher ging eine «bedingte Selbstverfluchung des Schwörenden», denn «Meineid und Eidbruch bedeuteten die selbstverantwortete Verfluchung des sündigen Menschen und damit die Verstossung aus der christlichen Heilsgemeinschaft».¹⁶

Diese metaphysische Bedeutung des Schwurs lässt sich auch aus Bündner Quellen erfassen und bestätigen, so zum Beispiel aus den Beschreibungen des katholischen Geistlichen Gion Chrest Caduff (1661–1707)¹⁷ aus Siat in der Surselva. Seine Erklärungen im Werk *Testamen dell'olma*¹⁸ von 1705 helfen, die Bedeutung des Schwörens und der damit verbundenen Inszenierungen zu verstehen. Caduff widmet sich dabei unter anderem der Frage, was ein Eid sei und wie

12 Schweizerisches Idiotikon. Wörterbuch der schweizerdeutschen Sprache, Frauenfeld seit 1881, Bd. 9, S. 2122 (b[e]schweren).

13 Holenstein (wie Anm. 9), S. 232–233. Statt zwischen vertikal und horizontal geschworenen Eiden wird auch zwischen asymmetrischen Eiden zwischen Herren und Untertanen (Huldigung) und symmetrischen Eiden in der Assoziation (Einung, Eidgenossenschaft, Verschwörung) unterschieden. Andreas Würzler, Art. Herrschaft, in: HLS (wie Anm. 1), Bd. 6, S. 313–314.

14 André Holenstein, Seelenheil und Untertanenpflicht. Zur gesellschaftlichen Funktion und theoretischen Begründung des Eides in der ständischen Gesellschaft, in: Peter Blickle (Hg.), Der Fluch und der Eid. Die metaphysische Begründung gesellschaftlichen Zusammenlebens und politischer Ordnung in der ständischen Gesellschaft (Zeitschrift für historische Forschung, Beiheft 15), Berlin 1993, S. 11–63, hier S. 12.

15 Holenstein (wie Anm. 9), S. 234.

16 Holenstein (wie Anm. 14), S. 12.

17 Zu Caduff vgl. Manfred Gross, Art. Caduff, Gion Chrest, in: LIR (wie Anm. 7), Bd. 1, S. 130.

18 Gion Chrest Caduff, *Testamen dell'olma*, ù, Kunst da ventireivlameing viver à beadameing murir [...], mess giu enten Ramonsch della Ligia grischa digl Gion Christ Caduff, Panaduz 1705.



Abb. 2: Christiauna declaraunza dalla obligatiun dal saramaint, 1705. Das Flugblatt vom Ardezer Lehrer Jon Dutschessa Clagliuna aus dem Jahre 1705 erläutert schriftlich und bildlich, was ein Schwur bedeutet. (Kantonsbibliothek Graubünden, Chur, Ag 811:21)

dieser geschworen werden solle. Er erklärt also sowohl die Symbolik wie auch die Praxis der Eidesleistung. Gemäss Caduff wird ein Eid mit drei aufgehobenen Fingern (Daumen, Zeige- und Mittelfinger) der rechten Hand geschworen. Dabei symbolisiert der Daumen Gott den Vater, während mit dem Zeigefinger Gott der Sohn und mit dem Mittelfinger Gott der Heilige Geist versinnbildlicht wird – die erhobenen Finger repräsentieren demzufolge die Dreifaltigkeit. Die zwei anderen Finger, die eingezogen und damit verborgen bleiben, symbolisieren die Seele und den Körper in Gefangenschaft. Personen, die den Schwur einhalten, werden bei ihrem Tod Körper und Seele aus dieser Haft befreien. Falls eine Person den geschworenen Eid aber bricht, wird sie in eine noch schlimmere Gefangenschaft geraten, nämlich in diejenige der ewigen Flammen der Hölle.¹⁹ Soweit die Ausführungen des katholischen Geistlichen. Auf reformierter Seite wurde die Symbolik in etwa gleich interpretiert. Auf einem Flugblatt mit dem Titel *Christiauna*

¹⁹ Caduff (wie Anm. 18), S. 426–427.

declaraunza dalla obligatiun dal saramaint,²⁰ das zur selben Zeit wie Caduffs Buch gedruckt wurde und vom Ardezer Lehrer Jon Dutschessa Clagluna stammt, wird die Symbolik der zum Schwur erhobenen Hand ausserdem visuell vorgeführt (Abb. 2). Auch Clagluna weist auf die schwerwiegenden Folgen eines Meineids oder Eidbruchs hin, indem er erklärt:

«A quel chi jüra faus, non vain la plagia ad ir davent da sia chiasa, quai ais tuot ilg temp da sia vita, nun vain el ad havair vantüra sur terra, & alla fin vain el al grond Deis, ilg qual nun lascha far beffa d’el à stuair render ün greif quint.»²¹

Die von Caduff und Clagluna erklärte Symbolik lässt keinen Zweifel an der Bedeutung des Schwurs offen.²² Schwören ist eng mit Gott verknüpft, das Erheben der Hand ist nicht sinnentleert, sondern die erhobenen und die eingezogenen Finger haben je ihre Bedeutung. Der Schwurvorgang selbst ist mit dem eigenen, körperlichen und seelischen Schicksal verbunden. Der Meineid oder der Eidbruch hat deshalb entsprechende Konsequenzen. Auf diese metaphysische Bedeutung des Schwörens weisen im Übrigen auch die in vielen Kirchen zu sehenden Weltgerichtsdarstellungen mit einem schwörenden Gott hin, welche die Bevölkerung bei jedem Kirchgang auf die Bedeutsamkeit des Eides aufmerksam machten.²³

Wegen der transzendenten Bedeutung des Eides und des Schwörens war es von enormer Wichtigkeit, dass die vorgeschriebene Handlungsfolge, der «Vollzug vorgeschriebener Gesten und Gebärden [...] und das exakte Nachsprechen der vorgesprochenen Eidesformel» peinlich genau eingehalten wurde.²⁴ Die Gesten und die gesprochenen Worte wurden zum Gestus.²⁵

Schwuranlässe in den Drei Bünden

Die politische Struktur der Drei Bünde mit den Gerichtsgemeinden, den einzelnen Bünden und dem Bund der Drei Bünde forderte ganz verschiedene Arten von Schwuranlässen.²⁶ So wurde unter anderem bei Wahlen und Amtseinführungen

20 Kantonsbibliothek Graubünden, Ag 811:21, Christiauna declaraunza dalla obligatiun dal saramaint ... componü tras Ion Dutschessa Klalgüna, Strada 1705.

21 «Demjenigen, der falsch schwört, wird die Wunde nicht von seinem Haus weichen, das heisst die ganze Zeit seines Lebens wird er kein Glück auf Erden finden, und am Schluss kommt er zum grossen Gott, der sich nicht verspotten lässt und eine schwerwiegende Rechnung ausstellen wird.» Christiauna declaraunza (wie Anm. 20).

22 Entsprechende Darstellungen von Eideslehren, die zur «Unterrichtung und Belehrung» des Volkes gedacht waren, finden sich natürlich auch in anderen Regionen, so etwa im Luzernischen; vgl. Holenstein (wie Anm. 14), S. 33–40, hier S. 33.

23 Vgl. dazu auch Holenstein (wie Anm. 14), S. 35–37.

24 Holenstein (wie Anm. 9) S. 234.

25 Kotte (wie Anm. 11), S. 36.

26 Es gibt meines Wissens bisher noch keine tiefer greifende Studie über Schwureremoniellen und Beschwörungen in den Drei Bünden, die auch die Komplexität der Anlässe und die verschiedenen Schwur- und Handlungsebenen aufgreift – eine solche Forschungsarbeit wäre ein Desiderat. Eine erste Untersuchung der Thematik findet sich bei Manfred Veraguth, Theatergeschichte

geschworen. Als Beispiele sollen Praktiken aus der Stadt Chur und der Surselva dienen.

In der Stadt Chur mussten die Obrigkeit und die Amtsleute bei ihrer Wahl einen Eid leisten. Im Churer Stadtrecht des 18. Jahrhunderts sind die Eidesleistungen genau beschrieben und für jedes Amt ist eine eigene Formel notiert.²⁷ So gab es einen Eid für den Bürgermeister, den Stadtvogt, den Stadtrichter, den Profektrichter, den Oberzunftmeister, den Stadtammann, den Seckelmeister, den Baumeister, für die Rats- und Gerichtsherren sowie, zu guter Letzt, für die ganze Bürgerschaft und alle Einwohner der Stadt. Diese mussten als letzte «alle gemeinlich schwehren, Einem Herren Bürgermeister, und ganzer Ehrsammer Oberkeit, zu Jeder Zeit, in allem was Ihnen auferlegt, gebotten und verboten werde alle getreue gehorsame zu leisten».²⁸ An diesem Beispiel sieht man die Komplexität der Handlung: Die Amtspersonen schwören im Beisein der männlichen Bevölkerung einen Amtseid, die Bevölkerung ihrerseits schwört einen Huldigungseid zugunsten der in die Ämter gewählten Personen.²⁹ Der Bürgermeister sprach dann: «Also wolle Ein Jeder, an seiner rechten Handt dreÿ Finger aufheben, und mir nachsprechen: Alles was Jenige, was mir fürgelesen – auch mit Worten fürgehalten worden ist, dasselbig will ich getreulich halten, und deme nachkommen, zu guter Treuen, ohne alle Böse gefehrte, darzu helfff mir Gott und die heilige Dreifaltigkeit Amen!»³⁰

Dieses Vorgehen in der Stadt Chur ist im Übrigen kein Phänomen des 18. Jahrhunderts, denn bereits der Engadiner Pfarrer und Chronist Ulrich Campell (um 1510–1582)³¹ erwähnte sowohl den Amtseid der Obrigkeit als auch den Bürgereid. Gemäss Campell hielten die Churer diesen «Brauch, sich gegenseitig die Leistung eines Eides abzuverlangen» als «nicht die schlechteste Haupttriebfeder, das Staatswesen zu erhalten, und für den festesten und vorzüglichsten Reif,

der Drei Bünde. Schaustrafen und Fastnachtsbräuche, Konfessionstheater und Wanderbühnen, Zürich 2023, S. 31–43.

27 Dieses Stadtrecht ist zum Beispiel mit den Zeremonialbüchern der Stadt Luzern vergleichbar, die «eine Art Szenar» der Wahl der Ratsstellen, wo ebenfalls die Eidschwörung, das heisst das Vorlesen, Nachsprechen und Schwören des Eides der Gewählten, genau umschrieben sind, Greco-Kaufmann (wie Anm. 8), S. 241–244, hier S. 241.

28 Stadtarchiv Chur, AB III/V 04.01 (Churer Stadtrecht 1740–1840), S. 3–8, hier S. 7.

29 Den Huldigungseid umschreibt Holenstein folgendermassen: «Das politische Ritual der Huldigung stellte den Untertanen die Frage, ob sie ihre Obrigkeit als legitime Herrschaft anerkennen und ihr Treue und Gehorsam versprechen wollten, gleichzeitig hielt es die Obrigkeit zur feierlichen Erklärung an, das lokale Herkommen, die Freiheiten und Rechte der schwörenden Gemeinden als rechtmässige Grundlage der eigenen Herrschaftsgewalt respektieren und schützen zu wollen.» André Holenstein, «Vermeintliche Freiheiten und Gerechtigkeiten». Struktur- und Kompetenzkonflikte zwischen lokalem Recht und obrigkeitlicher «Policey» im bernischen Territorium des 16./17. Jahrhunderts, in: Heinrich R. Schmidt, André Holenstein, Andreas Würgler (Hg.), Gemeinde, Reformation und Widerstand. Festschrift für Peter Blickle zum 60. Geburtstag, Tübingen 1998, S. 72.

30 Stadtarchiv Chur, AB III/V 04.01 (Churer Stadtrecht 1740–1840), S. 8.

31 Zu Campell vgl. Conradin Bonorand, Art. Chiampell [Campell], Durich, in: LIR (wie Anm. 7), Bd. 1, S. 191.

durch den das sprichwörtliche Fass zusammengehalten wird».³² Der Eid wird also als Voraussetzung und Garant für die Einhaltung von Bündnissen gewertet.

Solche öffentlichen Schwurereignisse gab es nicht nur in der Stadt Chur, sondern auch in den einzelnen Bündner Gerichtsgemeinden, etwa bei der feierlichen Amtseinführung der Bannerträger. Der Bannerherr des Gerichtes Ilanz/Foppa musste schwören, bei einem Brand «adina la Bandiera, avont ca vossa Rauba, ner Dunna ner uffonts scharmigiar».³³ Er durfte sein Leben lang die Fahne nicht verlassen, sollte lieber das Leben lassen, als sie zu verlieren und wenn notwendig den Stoff vom Holz abreißen und die Fahne verstecken, etwa in einem Schuh. Das Ziel war es, in jedem Fall «puder cunsalvar e muntaner la Bandiera».³⁴ Es wurde sogar verlangt, dass der Bannermeister in einer Schlacht die Fahne bis zum allerletzten Atemzug bewachen sollte. Falls die Arme verletzt würden, sollte er die Fahne mit den Füßen verteidigen, und wenn nicht mehr anders möglich, die Fahne mit den Zähnen fassen und sie nicht verlassen, solange er am Leben sei.³⁵ Aber nicht nur der Inhalt solcher Schwurformeln war beeindruckend, sondern zuweilen auch die Darbietung des Schwurzeremoniells. So musste der Bannerherr des Hochgerichts Disentis den Schwurakt auf den Knien vollziehen, genauer, «en schanuglias sin ina suppia cun tene si 3 dets el maun senier et cul Meun Dreitg tegn el il banner» – jedenfalls ist dies so für das 17. Jahrhundert dokumentiert.³⁶

Die Bundsbriefe des Oberen oder Grauen Bundes und des Zehngerichtebundes

Bei den vorgängig beschriebenen Schwuranlässen in Chur und in der Surselva handelte es sich um Anlässe auf Lokal- oder Kreisebene. Geschworen wurde aber auch auf der Stufe der einzelnen Bünde. Der Bundsbrief des Oberen Bun-

32 Ulrich Campell, *Das Alpine Rätien. Topographische Beschreibung von 1573. Raetiae alpestris topographica descriptio*, hg. vom Institut für Kulturforschung Graubünden, bearbeitet von Florian Hitz unter Mitarbeit von Otto Ackermann, Paul Eugen Grimm, Max Hilfiker, Georg Jäger, Peter Jäger, Silvio Margadant, Jon Mathieu, Christian Toggwiler, 3 Bände, Zürich 2021, S. 85.

33 «Immer die Fahne, vor euren Sachen, oder Frau oder Kinder, zu schützen», Jacob Casutt, *Fuorma dilg dreig civil a criminal, sco quel ven manaus enten ilg ludeivel Cumin da Lgiont a da la Foppa, sco era enten ilg lud. Singiuradi da Sax. Ansembl cun las Fuormas dilg Sarament ca ven daus ad ün Mistral ad Oberkeit. Mess enten uordan a fitau ora cun anchinas Emblemas ner Figuras*, Tras J. de Casutt, a Sagoing. A squitschau a Cuera, Tras ils hartavels dad Andrea Pfeffer. Anno 1731, S. 39.

34 «die Fahne bewahren und erhalten zu können», Casutt (wie Anm. 33), S. 39–40.

35 Casutt (wie Anm. 33), S. 40.

36 «auf den Knien auf einem Stuhl drei Finger der linken Hand emporhebend und mit der rechten Hand hält er das Banner». Diese Beschreibung entstammt einem Regulativ vom 30. Mai 1686; zitiert nach Baseli Berther, *Ils Bannerherrs della Cadi. Cun Notizias ord la historia dil Cumin della Cadi*, Mustér 1920, S. 40. Weitere Beispiele von Machtszenierungen in den Drei Bünden in Veraguth (wie Anm. 26), S. 27–90.



Abb. 3: Der Schwur zu Truns, 1424; Le jurement à Trun, 1424. Die Aquatintaarbeit (1840–1850) zeigt den Schwur unter dem Ahorn in Trun von 1424. (Rätisches Museum, Chur, H 1967.32)

des,³⁷ der 1424 unter dem Ahorn von Trun statuiert wurde (Abb. 3), sah eine Neubeschwörung mehr oder weniger alle zehn Jahre vor. Dies ist an sich keine Besonderheit, denn die Erneuerung oder die Neubeschwörung von Bündnissen war zu dieser Zeit eine gängige Praxis. In der Eidgenossenschaft etwa pflegte man seit Mitte des 14. Jahrhunderts Bündnisse regelmässig neu zu beschwören, so etwa beim «Zürcherbund», einem Bund zwischen Zürich, Uri, Schwyz und Unterwalden vom 1. Mai 1351, wo festgehalten ist, «das man ye ze zehen iaren uff ingenden meyen, davor oder darnach, an geverde, [...] bi unsern eiden diese gelubt und buntniss erluchten und ernuwarn sullend mit wortten, mit geschrift und mit eiden».³⁸ Auch sind zwischen 1393 bis 1520 sechzehn Zeremonien zur Erneuerung von Eidgenössischen Bündnissen während den Eidgenössischen Tagsatzungen dokumentiert.³⁹ In den Drei Bünden bedeutete die Fixierung der

37 Der Obere Bund und der Zehngerichtebund hatten beide einen eigenen Bundsbrief.

38 Zitiert nach William E. Rappard, *Du renouvellement des pactes confédéraux (1351–1798)* (Zeitschrift für schweizerische Geschichte, Beiheft 2), Zürich 1944, S. 11–12.

39 Rappard (wie Anm. 38), S. 30.

Eidserneuerung ebenfalls keine Neuheit. Bereits im Bündnis von 1406 zwischen dem Oberen Bund und dem Gotteshausbund ist eine zwölfjährige Frist für die Neubeschwörung festgehalten. In früheren Bündnissen mit Beteiligung einer der Drei Bünde gab es aber auch fünf- oder zehnjährige Erneuerungsfristen: Das Bündnis von 1395 (Grauer Bund) sieht eine Erneuerung alle fünf Jahre vor; das Bündnis von 1396 (Rheinwald) wie auch der Glarner Bund von 1400, das Bündnis des Obern Bundes mit dem Zehngerichtebund von 1471 sowie das Burgrecht des Gotteshauses Chur mit Zürich legen eine Erneuerung alle zehn Jahre fest.⁴⁰ So ist es nicht erstaunlich, dass nach der Gründung des Oberen Bundes eine periodische Erneuerung dieses Bündnisses vorgesehen war. Angaben zur Durchführung dieser Bündniserneuerungen sind aber spärlich.⁴¹ Belegt sind solche Beschwörungen lediglich für die Jahre 1553, 1716, 1756 und 1778.⁴² Es fällt aber auf, dass gerade dann, als die Bündniserneuerungen des Bundsbriefs der Drei Bünde im 18. Jahrhundert keine grosse Rolle mehr spielten,⁴³ die Beschwörungen des Bundsbriefs des Grauen Bundes wieder vermehrt stattfanden. Dies steht womöglich auch im Zusammenhang mit dem Druck der Landsatzung des Oberen Bunds im Jahre 1718. Am Ende des *Articul der Land-Satzungen und Statuta des lobl. Obern Grauen Pundts* steht, der Bund «solle von allen unseren Gmeinden geschworen werden, damit die aufkommende Mannschaft und so wohl jederman sich zeverhalten wisse».⁴⁴

Für die letztgenannte Bundsbeschwörung des Grauen Bundes vom 6. Mai 1778 in Trun gibt es eine zeitgenössische Beschreibung. Obwohl man zu diesem Zeitpunkt Bundsbeschwörungen als nicht mehr ganz zeitgemäss empfand – was auch im Zusammenhang mit den Änderungen in der Funktion des Eides in der Herrschaftspraxis Alteuropas zu sehen ist –,⁴⁵ wurden doch einige Anstrengungen für die Inszenierung des Schwuranlasses unternommen. In der Zeitschrift *Der Mannigfaltige* wurde der Ablauf detailliert beschrieben. Die Bundsversammlung wurde von der paradierenden Knabenschaft des Ortes durch Salvenschüsse begrüsst, dann wurden die Glocken der Pfarrkirche geläutet. Es folgte der Auszug aus der Klosterkapelle zur Wiege des Grauen Bundes, zum Ahorn, wobei eine genaue Umzugsordnung beachtet wurde. Die Jungmannschaft zog mit den Gewehren voran, es folgten der Bundsweibel im Mantel mit den Bundesfarben, dann die Häupter der drei Herrschaften (Abt von Disentis, Repräsentant der Herrschaft Rhäzüns, Repräsentant der Herrschaft Sax), sodann der abtretende und der neugewählte Landrichter, paarweise gefolgt von den Ratsboten und dem Bundsschreiber. Unter dem Ahorn wurde unter Paukenschlägen, Trompetenschall

40 Elisabeth Meyer-Marthaler, Studien über die Anfänge Gemeiner Drei Bünde, Chur 1973, S. 13.

41 Meyer-Marthaler (wie Anm. 40), S. 35, Anm. 34.

42 Karl Fry, Der Trunser Ahorn. Die Geschichte eines Kronzeugen, Chur 1928, S. 6.

43 Siehe dazu den Beitrag von Ulrich Pfister.

44 Kantonsbibliothek Graubünden Ad 28 (2), Statuta und Articul des lobl. Obern Grauen Punds ec. erleutheret ..., Bonaduz 1745, S. 42.

45 Holenstein (wie Anm. 14), S. 14–20.

und Abfeuerung des grossen und kleinen Geschützes Platz genommen. Dann hielt der abtretende Landrichter eine Rede. Danach «las der Herr Bundschreiber den Bundsbrief vom Jahr 1424 ab, wodann sämtliche Hochlobl. Bundsversammlung denselben aufs Neue wieder eidlich bekräftigte».⁴⁶ Auffallend ist die Rolle der Knabenschaft, die mit militärischem Schaugepränge auftrat. Sowohl die Salven als auch die Glocken waren in der ganzen Gemeinde zu hören, der Umzug der Bundsversammlung durch das Dorf war sicherlich ein Publikumsmagnet, die Umzugsordnung widerspiegelte die Machtstruktur sehr genau. Das Feierliche wie das Festliche sind aus der Beschreibung deutlich herauszulesen.

Die periodische Erneuerung des Bundes, das heisst die regelmässige Beschwörung der Bundsurkunde, die dazu verlesen werden musste, war beim Zehngerichtebund seit 1436 ein bestimmender Faktor.⁴⁷ Bei diesem Bund hatte die jeweilige Bundserneuerung einen wichtigen innenpolitischen und einigenden Inhalt. Die Bündniserneuerung war alle zwölf Jahre vorgesehen,⁴⁸ doch trotz der Souveränität in der Landespolitik waren die Bewohner des Zehngerichtebunds territorialrechtlich österreichische Untertanen. Es gelang dem Bund erst 1649–1652, durch Loskauf völlige Unabhängigkeit zu erlangen.⁴⁹ Bis dahin waren Huldigungsseide gegenüber dem Herrscher notwendig. Dieser öffentliche Akt, der einen Treue- und Gehorsamseid umfasste, wurde jeweils bei Regierungsantritt eines neuen Herrschers notwendig.⁵⁰ Speziell für die Acht Gerichte war, dass nie ein österreichischer Landesherr die Huldigung persönlich entgegengenommen hat.⁵¹ Dass hier die Bundsbeschwörungen auf den eigenen Bundsbrief ein Ausdruck der Zusammengehörigkeit und auch der Selbständigkeit war, ist evident.⁵²

46 Geschichte der Bundsbeschwörung des Lobl. obern oder grauen Bundes. Desselben Erneuerung und Beschwörung den 6. May. 1778, in: *Der Mannigfaltige* 19/1778, S. 148–150, hier S. 150.

47 Elisabeth Meyer-Marthaler, *Rechtsquellen und Rechtsentwicklung im Gotteshausbund*, in: *Festschrift 600 Jahre Gotteshausbund. Zum Gedenken an die Gründung des Gotteshausbundes am 29. Januar 1367. Mit Unterstützung des Kantons Graubünden und der Gemeinden des einstigen Gotteshausbundes hg. unter dem Patronat der Historisch-antiquarischen Gesellschaft des Kantons Graubünden*, Chur 1967, S. 91–128, hier S. 95.

48 Paul Gillardon, *Geschichte des Zehngerichtenbundes. Festschrift zur Fünfhundertfeier seiner Gründung 1436–1936*, Davos 1936, S. 28–29.

49 Martin Bundi, *Art. Lia da las Diesch Dretgiras (LDD)*, in: *LIR* (wie Anm. 7), Bd. 1, S. 542–543.

50 Hitz (wie Anm. 4), S. 522–523.

51 Hitz hat die fünf Huldigungen von 1521 bis 1623 zusammengetragen und kommentiert, vgl. Hitz (wie Anm. 4), S. 525–535.

52 Im Gotteshausbund war die Lage etwas anders, hier fehlt die Beschwörung auf einen Bundsbrief aus mehreren Gründen. Erstens gab es kein eigentliches Gründungsdokument, zweitens war beim «Umfang und der Selbständigkeit der kommunalen Gesetze im Gotteshause» keine Rechtsvereinheitlichung zu erzielen – die grundlegenden Dokumente lagerten in den einzelnen Talschaften, vgl. Meyer-Marthaler (wie Anm. 47), S. 126–127. Bei verschiedenen Bündnissen des 15. Jahrhunderts treten tatsächlich die Gemeinden oder Talschaften als Bündnispartner auf, wo auch periodische Erneuerungen und Beschwörungen vorgesehen sind. Das hatte auch für den Gotteshausbund direkte Konsequenzen: «Dass hier nur die Gemeinden beteiligt sind, gibt diesem Akt das besondere Gepräge und wirkt auch grundlegend auf die Gestaltung des Staatswesens», Meyer-Marthaler (wie Anm. 47), S. 107.

Die Beschwörungen des Bundsbriefs der Drei Bünde von 1524

Betrachtet man die Schwuranlässe in den Bündner Gerichtsgemeinden und in den einzelnen Bünden, so ist es sicherlich richtig zu behaupten, dass für die Republik der Drei Bünde selbst öffentliche, formalisierte und ritualisierte Bekundungen zum gemeinsamen Bundsbrief von besonderer Bedeutung waren⁵³ und dass diese eine wichtige Komponente bildeten, um die herrschaftlichen Verhältnisse zu regeln, zu erneuern oder erhalten zu können.

Im Bundsbrief vom 23. September 1524 ist im Artikel 25 festgesetzt, dass jeder Bund alle zwölf Jahre zwei Männer wählen solle, die innerhalb der Drei Bünde von Gemeinde zu Gemeinde ziehen und in jedem Gericht «die ayd ernuweren und innemen» sollen.⁵⁴ Wie man sich eine solche Bundsbeschwörung vorstellen muss, beschreibt der Chronist Hans Ardüser (1557–1614).⁵⁵ Seine Schilderung einer Bündniserneuerung von 1605 lautet folgendermassen:

«Zuo Anfang dises Jars hand sich die Grawpündter bemüet, ir alte lobliche Pündtnus zuo ernüwren, und sich widrum mit eidspflicht als trüwe punzlütt gegen einandren verbinden. Und hatt im ganzen loblichen Obren grauwen Punnd us bevälch gemeiner 3 Pündten der edel, gestreng, hochgeacht, ansechlich, wys und wolerfahren Herr Lanzhoptman Johann Guler von Wyneck, landtamman uf Davas mit sampt Herren Stattfendrich Andris Bawier uff alen gmeinden obgedachten punts den Punzbrief zuo hallten schweren lassen, wie dann hie Tusiser Gericht mit dem gschüz, Fändlinen, trummen und pyffen zuo Caz versamlet gewäsen, da hochgedachter frommer Herr Lannzhoptman Guler ein herrliche Oration gehalten mit lieplichen verstantlichen worten, die nuzbarkeit, ruom und eer sampt ursprung und harkommen unser habenden Pündtnuss dermassen erclärt, das er ein stund geret hat, und hat warhafftig, diewyl er gerett, die Sonn heiss geschinen, so doch vor und nach gar kalt gewäsen.»⁵⁶

Ardüser berichtet detailliert über die Umstände der Bundsbeschwörung, bei der die herrschaftliche Symbolik mit Geschütz, Banner, Trommler und Pfeiffer sowie mit einer patriotischen Rede voll ausgeschöpft wurde. Der von den Drei Bünden beauftragte Johann Guler von Wyneck unternahm zusammen mit dem Fähndrich Andris Bawier eine Rundreise durch die Gerichtsgemeinden des Oberen Bundes. Ardüser, der zu dieser Zeit in Thusis wohnte, erlebte die ganze Veranstaltung als sehr eindrücklich. Er berichtet, dass sogar das Wetter genau zum Zeitpunkt der

⁵³ Friedrich Pieth, Bündnergeschichte, Chur 1945, S. 109–110.

⁵⁴ Der Bundsbrief vom 23. September 1524 in der Originalsprache, in: Florian Hitz, Immacolata Saulle Hippenmeyer, Der Bundsbrief vom 23. September 1524. Beitrag zum Jubiläum «500 Jahre Freistaat der Drei Bünde», Ennenda/Chur 2024, S. 130. Hitz weist darauf hin, dass bei Neubeschwörungen die Fassung des Bundsbriefs von 1544 vorgelesen wurde. Sie war identisch mit dem Bundsbrief von 1524, allerdings wurde der Bischof von Chur in den Vertrag einbezogen; Hitz (wie Anm. 4), S. 125.

⁵⁵ Zu Hans Ardüser vgl. Alfred Wyss, Art. Ardüser, Hans, in: LIR (wie Anm. 7), Bd. 1, S. 34.

⁵⁶ Jacob Bott (Hg.), Hans Ardüser's Rätische Chronik, hg. auf Veranstaltung der bündnerischen naturhistorischen Gesellschaft. Nebst einem historischen Commentar, Chur 1877 (Neudruck Wiesbaden 1973), S. 208.

patriotischen Rede seine sonnige Seite an einem eigentlich kalten Tag zeigte. Es waren Manifestationen zur Sicherung und Wahrung des Bundes, die Eindruck hinterliessen.

Gemäss Bundsbrief sollte eigentlich auf diese Art alle zwölf Jahre geschworen werden. Allerdings war dies nicht die gängige Praxis. Und wenn doch geschworen wurde, bildete nicht etwa der Bundsbrief von 1524 die Schwurgrundlage, sondern ein sich mit der Zeit veränderndes Konvolut an Dokumenten, die im 17. Jahrhundert Landsatzungen genannt wurden,⁵⁷ im 18. Jahrhundert dann Grundgesetze.⁵⁸ In diesen Grundgesetzen ist nicht der Bundsbrief von 1524 abgedruckt, sondern dessen revidierte Fassung von 1544.⁵⁹ Auch dort wird festgehalten, dass der Bund alle 12 Jahre durch einen Schwuranlass erneuert werden soll.⁶⁰ Bereits im Jahre 1573 sah sich der Bundstag aber dazu aufgefordert, die Schwurtradition zu reaktivieren, weil sogar betagte Leute nichts mehr vom Bundsbrief wüssten. Immerhin sind für das 16. und für den Beginn des 17. Jahrhunderts einige Beschwörungen des Bundsbriefs bekannt, so etwa diejenigen von 1567 in Poschiamo oder die gesamtbündnerischen Anlässe in den Jahren 1573/74, 1588 sowie 1602 beziehungsweise 1605.⁶¹ Im 17. Jahrhundert wird es dann vor allem aus konfessionellen Gründen immer schwieriger, solche gesamtbündnerischen Schwuranlässe zu organisieren. Erstens weil die Frage, auf welchen Bundsbrief geschworen werden sollte, immer virulenter wurde. Zweitens weil genau diese Frage in einer Zeit der konfessionellen Auseinandersetzungen zu einer Zuspitzung der Lage hätte führen können. Im 18. Jahrhundert verloren staatskonstituierende Schwuranlässe im Allgemeinen immer mehr an Bedeutung, was sich auch im Freistaat der Drei Bünde widerspiegelt.⁶²

Allerdings heisst dies nicht, dass der Bundsbrief der Drei Bünde ab dem 17. Jahrhundert bedeutungslos wurde. Als die Gemeinde Samnaun in den 1630er-Jahren beschlossen hatte, sich wieder den Drei Bünden anzuschliessen, wurden Hauptmann Conradin Planta und Kastellan Rudolf von Planta ins Tal geschickt, um die Lage abzuklären. Falls die Samnauner «sich wüderumb zu Gmeinen Dreÿ Pündten reincorporieren» wollten, sollten sie «daruff den Pundtsbrief, gleich wie alle andren Rhaetischen Gmeinden jüngstlich auch gethan habend, schwören».⁶³ Die Beschwörung des Bundsbriefs galt als Voraussetzung, um sich den Drei Bünden anschliessen zu können.

Eine periodische Beschwörung des Bündnisses von allen Bündnispartnern, wie es der Bundsbrief vorsieht, lässt sich aber nicht feststellen. In den Bundstags-

⁵⁷ Siehe dazu den Beitrag von Ulrich Pfister.

⁵⁸ Kantonsbibliothek Graubünden, Bd 27: Graubündnersche Grundgesetze, Zürich und Chur 1767.

⁵⁹ Grundgesetze (wie Anm. 58), S. 37–50.

⁶⁰ Grundgesetze (wie Anm. 58), S. 44–45.

⁶¹ Der Bundsbrief als Verfassung des Freistaates, in: Hitz/Saulle Hippenmeyer (wie Anm. 54), S. 159–166, hier S. 166.

⁶² Cf. den Beitrag von Ulrich Pfister, der diese Thematik ausführlich darstellt.

⁶³ Staatsarchiv Graubünden, AB IV/01.018, S. 353.

protokollen findet man lediglich hie und da Einträge, welche die Beschwörungen des Bundsbrieft thematisieren.⁶⁴ Als Beispiel soll hier das Jahr 1712 dienen, wo in einem Ausschreiben vom 7. Oktober verlangt wird, dass «der Pundst-Brieff (ob schon selbiger auf ewig verbindtlich ist gleich wohl zu erfrischung der Gedächtnus und Erhaltung der ohnschätzbahnen Freyheit, Liebe und Union in unserer Republic) auss disen und vilen andern betrachtungen geschworen [...] werden» soll.⁶⁵ Der Puschlaver Podestà Massella wies aber darauf hin, dass seine Gemeinde den Bundsbrieff nicht schwören könne, diese sei «dem Herrn Bischoffen zu Como in geistlichen Sachen underworfen, welcher an dem Pundtsbrieff keinen Theil habe». Er schlug deshalb vor, «eintzig und allein den Pundtsbrieff nur allein quo ad mere politica» zu schwören und dass ihm «deswegen ein attestat zu seinem erforderlichen beweistumb dessen aus dem protocoll gegeben werde», was gewährt wurde.⁶⁶ Einen profaneren Grund, die Neubeschwörung des Bundsbrieftes nicht durchführen zu können, gaben die Münstertaler an: Man hatte den Bundsbrieff von 1544 «under uns nicht finden» können und folglich «auch dessen Inhalt eigentlich nit wüssen können».⁶⁷ Das Argument, dass kein Bundsbrieff gefunden werden konnte, steht im Widerspruch zu den vielen romanischen Abschriften des Bundsbrieftes, die man im Staatsarchiv und in der Chesa Planta ausmachen kann. Georges Darms geht von mindestens 30 Handschriften aus, die den Text der «Charta da la Lia», also des Bundsbrieftes, enthalten.⁶⁸ Bundsbrieft hätten also auch in romanischer Sprache genügend vorhanden sein sollen. Das Beispiel von 1712 steht aber für viele andere, die zwar die Bemühungen, Bundsbeschwörungen zu organisieren, dokumentieren, die aber auch zu erkennen geben, dass Beschwörungen auf den Bundsbrieff von 1524 auf dem ganzen Gebiet der Drei Bünde aus verschiedenen Gründen ab der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts äusserst selten waren.

Klar scheint aber, dass der Bundsbrieff von 1524 bei Beschwörungen gar nicht allein im Fokus stand, sondern dass es sich mit der Zeit um ein ganzes Ensemble von Vereinbarungen handelte. Dies unterstreicht auch ein letzter Versuch am Ende des 18. Jahrhunderts, die Neubeschwörung des Bundsbrieftes durchzuführen. 1794 gab es ein Ausschreiben der Drei Bünde an die Gemeinden, das sich

64 Diese Erkenntnis wurde anhand einer digitalen Suche mit dem Stichwort «Beschwörung» in den PDFs der Registereinträge zu den Bundstagsprotokollen (Staatsarchiv Graubünden, CB II 1360 a 01 bis CB II 1360 a 05) gewonnen, ohne die Einträge in den Protokollen selbst zu überprüfen. Thematisiert werden Beschwörungen des Bundsbrieftes in den Protokollbüchern der Jahre 1570–1574, 1617–1619, 1623–1625, 1630–1633, 1649/50, 1683, 1684/85, 1708, 1712/13, 1713/14, 1729–1731 sowie 1794. Zwischen 1731 und 1794 sind dort lediglich Beschwörungen der Landesreformen von 1684 und 1694 erwähnt.

65 Kantonsbibliothek Graubünden, Be 1503:111, [Ausschreiben der Häupter und Ratsboten der Drei Bünde vom 7. Oktober 1712], [geben den 26. Septemb./7. Octobr. 1712].

66 Staatsarchiv Graubünden, AB IV/01.074.01-05/167f., 24. 9/5. 10. 1712.

67 Staatsarchiv Graubünden, AB IV/01.074.01-05/159f., 24. 9/5. 10. 1712.

68 Georges Darms, Chartas da la Lia en rumantsch, in: Annalas da la Societad Retorumantscha 133, 2020, S. 7–32, hier S. 8–9.

auf die Erneuerung des Bundsbriebs bezog. Der 31. Punkt dieser Ausschreibung lautet folgendermassen:

«Die feierliche Erneuerung des Bundsbriebs ist auf alle 12. Jahre festgesetzt. Die Länge dieses Zeitraums veranlasste gänzliche Unterlassung, und mithin Vergessenheit unserer heilsamen Grundgeseze. Diesem vorzubeugen, finden wir nöthig, wenn ihr verordnet, alle Pfingstmontage soll in allen Gemeinden gemeiner dreier Bünde, der allgemeine Bundsbrief, der Kesselbrief, die Reforma von 1684. und 1694., und was ihr noch dem beizufügen belieben werdet, vor allem Volke öffentlich verlesen werden, und dann sollen allemahl die Herren Häupter, welche im fünften Jahre nach allgemeiner Beschwörung dieser Grundgeseze im Amte sind, in bundstägl. Abscheiden die Ehrh. Räte und Gemeinden erinnern, dass im nächstfolgenden 6ten Jahre der allgemeine Bundstag von jedem Bund 2. Mann auf alle Gemeinden aussenden werden, zur Einnahme der Eide, laut Bundsbrief – im Fall der Unterlassung sollen die Häupter und der ganze Bundstag verantwortlich seyn, und darum abgestraft werden.»⁶⁹

Auch hier wird erkennbar, dass der Bundsbrief lange nicht erneuert wurde, dass er sogar in Vergessenheit geraten war und deshalb neu jedes Jahr an Pfingstmontag vorgelesen werden sollte – und dass der Bundsbrief von 1524 alleine nicht als Schwurgrundlage reichte. Der Zusatz «und was ihr noch dem beizufügen belieben werdet» bestätigt, dass man sich nicht sicher war, welche Erlasse zur Beschwörung des Bündnisses der Drei Bünde eigentlich von Nöten und allgemein akzeptiert waren.

Fazit

Das zu Beginn des Textes vorgestellte Bild mit der Allegorie der Drei Bünde als Schwurgemeinschaft aus dem Jahre 1589 ist eine Idealisierung. Diese Schwurgemeinschaft wurde zwar mit dem Bundsbrief der Drei Bünde vom 23. September 1524, der alle zwölf Jahre neu beschworen werden sollte, besiegelt. Bei einer genaueren Betrachtung lässt sich allerdings festhalten, dass diese Neubeschwörungen vielmehr eine Wunschvorstellung als eine für die Drei Bünde gültige Praxis darstellten. Es gelang den Drei Bünden nicht, die regelmässige Beschwörung des Bundsbriebs von 1524 auf lange Sicht durchzusetzen. Ein ähnliches Problem der Durchsetzung gesamtbündnerischer Anliegen lässt sich etwa bei der Organisation von Harnischschauen beobachten: Auch dies war eine der wenigen Aufgaben, die den Drei Bünden selbst oblag und damit ein eigentliches Anliegen der Bündner Obrigkeit darstellte. Dennoch wurde der Anspruch, regelmässig Musterungen und Waffenschauen durchzuführen, nicht eingelöst.⁷⁰ Für die Neubeschwörungen des Bundsbriebs kam erschwerend hinzu, dass das Dokument von 1524 aus kirchen-

69 Kantonsbibliothek Graubünden, Be 1503:653, [Ausschreiben der Drei Bünde an die Räte und Gemeinden, vom 5. Mai 1794, betr. verschiedene Geschäfte] [geben Chur, den 5ten Mai 1794], S. 9.

70 Zu den Harnischschauen in den Drei Bünden vgl. Veraguth (wie Anm. 26), vor allem S. 47–54.

politischen Gründen dafür ungeeignet war. Wenn neu geschworen wurde, dann auf das Bündnis von 1544 sowie auf Erweiterungen, Ergänzungen und Zusätze des Bündnisses. Insofern könnte man sogar behaupten, dass der Bundsbrief von 1524 keinen geeigneten Bündnisvertrag für den langfristigen Zusammenhalt der Drei Bünde darstellte, denn das Dokument bezeugte vielmehr ein in den turbulenten 1520er-Jahren geschlossenes Bündnis, das nur dank Anpassungen in den darauffolgenden Jahrzehnten und Jahrhunderten zu einem für den Freistaat der Drei Bünde tauglichen Fundament werden konnte. Da es sich aber um ein ewiges Bündnis handelte,⁷¹ verlor es seine Gültigkeit auch ohne regelmässige Neubeschwörung nicht. Eine Schwurgemeinschaft waren die Drei Bünde dennoch, weil auf ihrem Gebiet auf ganz verschiedenen Ebenen Schwuranlässe durchgeführt wurden. Diese bildeten den «Reif, durch den das sprichwörtliche Fass zusammengehalten» wurde, waren also der Garant einer funktionierenden Bündnisform. Die Inszenierungen der Macht und der Machtverhältnisse fanden in den einzelnen Gerichtsgemeinden und Bünden bis zum Ende des 18. Jahrhunderts statt; die Drei Bünde wurden dort indirekt mitbeschworen.

Riassunto:

«Il cerchio che tiene insieme il proverbiale barile». Messa in scena e significato delle cerimonie di giuramento nelle Tre Leghe

Nel primo periodo dell'età moderna, la rappresentazione del potere e della sua gestione rivestiva un ruolo importante in tutta Europa, sebbene in modi diversi a seconda della forma di governo. Il «lato culturale» dell'esercizio del potere e della pratica del dominio era costituito, tra l'altro, da visualizzazioni simboliche come rappresentazioni figurative, emblemi di potere, ma anche edifici rappresentativi. Segni di potere nelle repubbliche e nei comuni erano, tra l'altro, il bastone, il sigillo e la chiave, mentre i simboli araldici, gli abiti e i rituali esprimevano il dominio nello spazio pubblico. Tra questi figurano non da ultimo i giuramenti solenni. Tali rappresentazioni del potere, intese qui come eventi scenici nell'ambito di avvenimenti che costituivano il potere stesso, erano occasioni per mettere in mostra il potere signorile, rappresentarlo e quindi anche consolidarlo. Poiché lo Stato libero delle Tre Leghe era una struttura di potere orientata dal basso verso l'alto, nelle campagne esisteva una cultura della sua rappresentazione che si manifestava in modo diverso rispetto alle strutture di potere organizzate in modo centralistico con singoli sovrani al vertice. Lo sfarzo e il fasto erano più limitati nelle Tre Leghe, ma anche qui la messa in scena del potere costituiva una componente importante dell'attività politica. Ciò avveniva a diversi livelli: a livello della comunità delle Tre Leghe, a livello delle singole Leghe e a livello dei comuni giurisdizionali.

⁷¹ Meyer-Marthaler (wie Anm. 40), S. 9.

Per questo motivo, la popolazione rurale era regolarmente testimone di pratiche di ostentazione del potere o di rappresentazioni del dominio, come ad esempio durante il giuramento. Mentre a livello locale e regionale si prestava giuramento regolarmente – due esempi tra tanti sono la cerimonia di giuramento durante l'insediamento dei rappresentanti eletti della città di Coira o il trasferimento delle funzioni dei signori delle bandiere nei comuni della Surselva – i giuramenti della Confederazione erano relativamente rari, sia a livello delle singole leghe che a livello delle Tre Leghe, anche se tutte le carte federali prevedevano un rinnovo periodico. Proprio la Carta della Lega del 23 settembre 1524, spesso considerata la base dello Stato libero, non fu quasi mai rinnovata. In base ad essa, ogni dodici anni due uomini provenienti da una Lega diversa avrebbero dovuto recarsi da un comune all'altro per rinnovare l'alleanza delle Tre Leghe. Quando ciò avveniva, si giurava comunque sull'alleanza del 1544, compresi gli emendamenti, poiché la Carta della Lega del 1524 si era rivelata inadeguata per diversi motivi. Lo Stato libero delle Tre Leghe era comunque una comunità basata sul giuramento, poiché in esso si svolgevano cerimonie di giuramento a livelli molto diversi. Le dimostrazioni di potere e i rapporti di forza si svolgevano piuttosto nei singoli comuni giurisdizionali e nelle singole Leghe.

Der Kataster als Mittel und Produkt moderner Staatsbildung: Graubünden im Vergleich

Jon Mathieu

Im klassischen Sinn ist der Kataster ein Liegenschaftsregister, das auf der Vermessung aller Grundstücke eines Bezirks und ihrer massstäblichen kartografischen Darstellung beruht. Diese Form der öffentlichen Erfassung kam in mehreren europäischen Staaten in der Frühen Neuzeit auf und diente vor allem der Steuererhebung. Sie kannte verschiedene Vorläufer wie zum Beispiel einfache Güterverzeichnisse einer Gemeinde ohne Vermessung und Kartierung. Heute steht beim Katasterwesen in der Schweiz der Begriff «amtliche Vermessung» im Vordergrund. So gibt es im Bundesamt für Landestopografie die Fachstelle Eidgenössische Vermessungsdirektion. Auf Französisch nennt sie sich aber Direction fédérale des mensurations cadastrales und auf Italienisch Direzione federale delle misurazioni catastali. Dies weist darauf hin, dass die Registrierung den Westen und Süden des Landes in einer früheren Phase erfasste als den deutschsprachigen Landesteil. Eine wichtige Aufgabe der eidgenössischen Erfassung ist die Eigentumsabsicherung der Liegenschaften, die mit dem Eintrag im Grundbuch hergestellt wird.

Der vorliegende Text befasst sich mit dem Zusammenhang zwischen Kataster und Staatsstruktur in der Geschichte der europäischen Alpen. In Graubünden gab es lange nur sporadische, lokale Liegenschaftsregister, während andere Alpenregionen wesentlich früher systematisch und flächendeckend in die moderne Verwaltungspraxis einbezogen wurden. Das bekannteste Beispiel ist das Herzogtum Savoyen, wo der Kataster 1733 fertiggestellt war und 1738 Gesetzeskraft erlangte. Als ich vor Jahren bei einer vergleichenden Untersuchung zur alpinen Staatsbildung auf diesen Umstand stiess und mich über die Bündner Verhältnisse ins Bild setzen wollte, erklärte mit der Kantonsgeometer, hierzulande rechnet man mit einem Abschluss der Arbeiten im Jahr 2005. Tatsächlich sollte es noch eine Weile dauern. Die Feier zur «Flächendeckung» in Graubünden fand am 11. Januar 2023 statt, fast dreihundert Jahre nach Abschluss des cadastre savoyard. Der Regierungsrat lobte bei dieser Gelegenheit die Zusammenarbeit zwischen Bund, Kanton und Gemeinden und sagte: «Durch zuverlässige Daten mit Raumbezug und die darauf aufbauenden Systeme sind die meisten Entscheide in der Wirtschaft und der Politik einfacher, schneller und sicherer.»¹

¹ Persönliche Auskunft von Kantonsgeometer Erwin Müller vom 29. 4. 1997; vgl. Jon Mathieu, Geschichte der Alpen 1500–1900. Umwelt, Entwicklung, Gesellschaft, Wien 1998, S. 160; zur Abschlussfeier vgl. Hans Andrea Veraguth, Geschichte der amtlichen Vermessung in Graubünden. Festschrift zu den Feierlichkeiten anlässlich der flächendeckenden Vermessung vom

Als territoriale politische Gebilde haben Staaten definitionsgemäss einen Raumbezug. Die Erfassung der inneren Raum- und Eigentumsstrukturen und die Benutzung der erhobenen Daten in der Verwaltungspraxis stehen in einem engen Verhältnis zu den sozialen Kräften und Interessen, welche den jeweiligen Staat prägen. Die Geschichte der Kataster und der Staatsbildung sollten sich also gegenseitig erhellen. Das ist die Prämisse, die den folgenden Ausführungen zugrunde liegt. Im Mittelpunkt steht der Freistaat der Drei Bünde und der daraus hervorgehende schweizerische Kanton Graubünden. Als Vergleichsfolie benutze ich das Herzogtum Savoyen in den Westalpen (Teil des piemontesischen Staats) und das Herzogtum Kärnten in den Ostalpen (Teil der Habsburger Monarchie). Bis zur Trennung der südlichen Untertanenlande vom bündnerischen Freistaat 1797 waren die drei Regionen mit 10 000–11 000 Quadratkilometern von ähnlicher Grösse und können als Exempel für fürstliche, adlige und kommunale Formen der Staatsbildung gelten.

Im Unterschied zur lokalen oder regionalen Historiografie ist die allgemeine Literatur zum Kataster in Europa überschaubar. Sie sei hier anhand einiger Werke kurz beschrieben. Roger J. Kain und Elizabeth Baigent, spezialisiert auf historische Geografie und Kartografie, publizierten 1992 *The Cadastral Map in the Service of the State: A History of Property Mapping*. Das Werk schliesst die meisten europäischen Länder samt den nordamerikanischen Siedlungskolonien ein und geht – entsprechend der Fachperspektive – stark vom Karten- und Quellenmaterial aus, wie auch die vielen Illustrationen deutlich machen. Doch auch die praktische Entstehungs- und Nutzungsgeschichte wird nicht vernachlässigt. Kain und Baigent zeigen vielmehr, wie unterschiedlich die Katastergeschichte verlief und dass es auf dem Weg in die Moderne nicht überall zu einer landesweiten Erfassung der Liegenschaften kam. Auf einen einzigen Nenner lassen sich die Beweggründe nicht bringen. Ausschlaggebend seien die jeweiligen Machtverhältnisse: «As an instrument of power, the cadastral map can be understood only in the context of the balance of power and balance of interests in each area and in each period.»²

Die Historikerin Antonella Alimento legte 2001 eine Studie zur Katasterbewegung des 18. Jahrhunderts im Spannungsfeld zwischen Verteilungsgerechtigkeit und Wirtschaftsentwicklung vor. Sie ist Spezialistin für die Geschichte der Wirtschaftsideen in Europa und behandelt das Thema nicht vom Kartenmaterial, sondern von den Argumenten und Debatten her, mit welchen das Ringen um die Einführung allgemeiner Kataster ausgetragen wurde. Das 18. Jahrhundert war eine Zeit des Experimentierens; das 19. Jahrhundert eine Zeit der Normalisierung und praktischen Verbreitung. Die Historikerin stellt die Frage, wie einschneidend die allgemeine Zäsur um 1800 in dieser Hinsicht war und entscheidet sich mehrheitlich

11. Januar 2023 (PDF online). Für verschiedene Hilfeleistungen danke ich Martín Camenisch, Arno Lanfranchi und Hans Andrea Veraguth.

2 Roger J. Kain, Elizabeth Baigent, *The Cadastral Map in the Service of the State. A History of Property Mapping*, Chicago 1992, S. 344.

für die Kontinuität. Noch im späten 19. Jahrhundert sei der mailändische Kataster von 1718–1760 als Prototyp der modernen Kataster betrachtet worden, was die tiefe Verankerung der Moderne im Ancien Régime unterstreiche.³ Alimentos Studie war auch eine Übersicht, mit welcher sie ein Dutzend Aufsätze zu diesem Thema einleitete. Die Aufsätze befassen sich mit Italien, Frankreich und Spanien (ein Land, das bei Kain und Baigent fehlt). Die Aufsatzsammlung entstand im Kontext eines kollektiven Projekts, das einige Jahre später drei weit ausholende Bände zu verschiedenen Epochen unter dem Titel *De l'estime au cadastre en Europe* hervorbrachte. Sie können bis heute als Standardwerk gelten.⁴

Nochmals aus anderer Perspektive erscheint die Katasterbewegung in allgemeinen Studien zur Staatsbildung in Europa. Das umfangreichste Forschungsunternehmen zu diesen Fragen ging von der European Science Foundation aus und mündete von 1995 bis 2000 in die siebenbändige Buchreihe *The Origins of the Modern State in Europe, 13th to 18th Centuries*, mit Wim Blockmans und Jean-Philippe Genet als Generalherausgebern. Angesichts der zeitlichen, räumlichen und thematischen Spannweite erstaunt es nicht, dass die Katasterbewegung nur beiläufig und hauptsächlich unter ökonomischen Perspektiven angesprochen wird.⁵ Nützlich sind dagegen allgemeine Gesichtspunkte. Die Staatsbildung erscheint in diesem Kollektivwerk in grösserer Vielfalt als in früheren Ansätzen. Anstatt nur wenige Machtstaaten als Modell zu nehmen, gewährt es unterschiedlich gearteten, grossen und kleinen Staaten Raum. Diese inklusive Perspektive scheint die neuere Historiografie stark geprägt zu haben.⁶

Die Frage, was einen modernen Staat genau ausmacht, wird damit komplizierter. Im Bereich des Katasterwesens wird etwa darauf hingewiesen, dass das Vereinigte Königreich, das im 19. Jahrhundert für seine ökonomischen und kolonialistischen Erfolge gefeiert wurde (freilich auf Kosten vieler), ohne einheitlichen nationalen Kataster auskam. Dies suggeriert, dass die zeitliche Distanz von dreihundert Jahren zwischen dem *cadastre savoyard* und der bündnerischen Flächendeckung nicht so erstaunlich ist, wie sie auf den ersten Blick erscheint. In der Kataster- und Vermessungsgeschichte kann man Fortschrittlichkeit und Rückständigkeit vielleicht noch weniger über einen Kamm scheren als in anderen Bereichen. Auf den zweiten Blick zeigt sich, dass der jeweilige Kontext eine

3 Antonella Alimento, *Entre justice distributive et développement économique: la lutte pour la création de cadastres généraux au 18^e siècle*, in: Luca Mannori (Hg.), *Kataster und moderner Staat in Italien, Spanien und Frankreich* (Jahrbuch für europäische Verwaltungsgeschichte 13), Baden-Baden 2001, S. 1–27.

4 Ministère de l'Économie, des Finances et de l'Industrie (Hg.), *De l'estime au cadastre en Europe*, 3 Bände, Paris 2006–2008, mit den Untertiteln: *Le Moyen Âge*, *L'époque moderne*, *Les systèmes cadastraux aux XIX^e et XX^e siècles*; ein Hinweis zur betreffenden Arbeitsgruppe in Bd. 2, S. 1–2.

5 Richard Bonney (Hg.), *Economic Systems and State Finance (The Origins of the Modern State in Europe, 13th to 18th Centurie, Theme B)*, Oxford 1995, S. 302–310, 479–485.

6 Vgl. zum Beispiel Wim Blockmans, André Holenstein, Jon Mathieu (Hg.), *Empowering Interactions. Political Cultures and the Emergence of the State in Europe 1300–1900*, Farnham 2009; Jan Hansen et al., *The European Experience. A Multi-Perspective History of Modern Europe, 1500–2000*, Cambridge 2023, S. 261–426.

grosse Rolle spielt und sich die Ungleichzeitigkeit auch umkehren kann. Um einen differenzierten Massstab zu erhalten, wenden wir uns zuerst zwei Herzogtümern im Westen und Osten des Alpenbogens zu.

Zwei Herzogtümer

Savoyen

Am 9. April 1728 befahl der König von Sardinien-Piemont mit gesiegeltem Brief vom Turiner Hof an seinen Generalintendanten in Savoyen eine allgemeine Katastervermessung, die der Intendant drei Wochen später per Manifest im Herzogtum bekannt machte: «De tous les Avantages plus essentiels et de plus de durée que le Roy veut faire ressentir à ses Sujets; un des Principaux est de reparer les abus qui peuvent s'être glissés dans les tems passés, par une distribution inégale des Tributs, tant Ordinaires qu'Extraordinaires, causés par le défaut des Notices justes et fideles, sur la qualité et bonté de chaque Territoire.» Aus diesem Anlass und mit diesem löblichen Ziel des Steuerausgleichs, solle nicht nur jedes einzelne Gebiet, sondern auch jedes einzelne Grundstück nach Umfang und Qualität genau erfasst werden. Daher sei allen Städten, Gemeinden und Bodenbesitzern befohlen, «d'assister à ladite Mensuration avec toute l'attention possible, en ce qui regarde leurs obligations respectives, afin que cette Opération puisse être accomplie et perfectionnée avec toute l'exactitude possible, lorsqu'ils seront assignés par celui qui sera par Nous délégué».⁷

Der direkte Zugriff des Fürsten auf die Gemeinden hatte im 16. Jahrhundert begonnen, als sein Haus noch im Herzogsrang stand. Die Gemeinden dienten als Steuereinheit und ihre Finanzlage wurde zunehmend zu einer öffentlichen Angelegenheit. Seit dem Spätmittelalter waren Steuern nur sporadisch bei bestimmten Anlässen erhoben worden; 1559 setzte der Herzog aber die permanente, jährliche Besteuerung durch. Wenig später fand in Savoyen auch die letzte Versammlung der drei Stände statt, mit denen er bisher über diese Angelegenheit verhandelt hatte. Vor diesem Hintergrund begannen einige Gemeinden, selber Kataster anzulegen. Am Anfang waren es nur wenige, die ihr Gebiet Parzelle für Parzelle vermessen liessen. Mit der Zeit summierten sie sich und in den 1640er-Jahren sowie 1700er-Jahren kamen besonders viele neu dazu. Damit verfügte schon fast die Hälfte des Herzogtums über lokale Kataster.⁸

7 Zitiert nach Max Bruchet, *Notice sur l'ancien cadastre de Savoie, Annecy 1896*, S. 65–66; seit dieser klassischen Studie ist der savoyische Kataster wiederholt behandelt worden, etwa von Paul Guichonnet, *Le cadastre savoyard de 1738 et son utilisation pour les recherches d'histoire et de géographie sociales*, in: *Revue de Géographie Alpine* 43, 1955, S. 255–298; er erscheint auch in Regionalgeschichten, etwa bei Roger Devos, Bernard Groperrin, *La Savoie de la Réforme à la Révolution française*, Rennes 1985; seit 2000 gibt Dominique Barbero die Katastermaterialien gemeindeweise elektronisch heraus.

8 Laurent Perrillat, *Les cadastres en Savoie au XVII^e siècle*, in: *De l'estime au cadastre en Europe. L'époque moderne* (wie Anm. 4), Bd. 2, Paris 2007, S. 11–41.

Als im Frühling 1728 der königliche Befehl zum landesweiten Kataster aus Turin eintraf, fehlte es in der Region also nicht an Erfahrung. Zur treibenden Kraft des grossen Vorhabens wurden die Geometer. Sie waren in Gruppen eingeteilt und standen unter Leitung eines Delegierten. Dieser hatte vom Generalintendanten den Auftrag, die Befehle des Königs in den Gemeinden auszuführen. Sobald er in einer Ortschaft ankam, musste er die Einwohner ins Bild setzen und sie dazu auffordern, «Hinweiser» (*indicateurs*) und «Schätzer» (*estimateurs*) zu stellen, um unter Eid alle notwendigen Informationen über die Besitzer und die Qualität der Grundstücke zu erhalten. Der Delegierte teilte den Geometern seiner Gruppe verschiedene Bezirke des Gemeindegebiets zu. Viele von diesen hatten schon bei Katastererhebungen in der Lombardei und im Piemont mitgewirkt. Ihre Arbeit wurde vom Eigentümer beaufsichtigt, der mit Vorteil anwesend war, sonst verlor er sein Einspruchsrecht. Anschliessend kam die Kontrolle durch den Delegierten, der bei ungenügender Qualität der Arbeit Lohnabzüge verfügen konnte. Den Geometern wurde dringend empfohlen, zur Erhebung ihrer Pläne einen Messtisch zu benutzen, wie er sich seit längerem eingebürgert hatte.⁹

Zum Schluss erstellten die Beamten mehrere Dokumente, Originale und beglaubigte Kopien, die teils in den Gemeinden blieben und teils an die zentrale Verwaltung gingen. Neben einer lokalen Übersichtskarte und dem grossen Katasterplan im Massstab 1:2400 waren dies Schriften, in denen jede Parzelle mit Nummer, Eigentümer, Grösse, Bodenqualität in drei Abstufungen, Jahresproduktion, Bodenwert und Steuerbetrag festgehalten war. Nach fünf Jahren waren die Feldarbeiten bereits abgeschlossen. Weitere fünf Jahre vergingen mit Korrekturen und Jüstierungen, um eine flächendeckend ausgewogene Verteilung der Lasten zu erreichen. Obwohl dieses Ziel nach Ausweis der Historiker klar verfehlt wurde, war der *cadastre savoyard* schon zu seiner Zeit und über Generationen hinweg ein Erfolg: Bis ins 20. Jahrhundert wurde er manchmal als Eigentumsausweis benutzt.¹⁰

Was der königlichen Regierung bei diesem Grossunternehmen misslang, war die Erhebung der auf vielen Grundstücken lastenden Zehnt- und Zinsrechte von Kirche und Adel. Der Adel bezog zwar nicht Abgaben in der Höhe der staatlichen Steuern, doch seine herrschaftlichen Ansprüche waren weit verzweigt und gelegentlich stark ausgeprägt. Sie reichten bis zur Leihherrschaft mit dem Recht auf den Boden von abhängigen Bauern ohne direkte Erben. Zur Zeit des Katasters bildete die Noblesse des Landes eine kleine, kastenähnliche Gruppe, die ihre Privilegien hartnäckig verteidigte. Als Sprachrohr für adlige Anliegen dienten vor allem der Senat und die Rechnungskammer; beide von der Noblesse beherrscht und in Chambéry domiziliert. Ganz allgemein förderte der herrschende Zentralismus mit dem Glanz der Residenzstadt urbane Lebensmodelle. Sie waren ein Grund für die ungleiche Verteilung des savoyischen Adels. Zu Beginn des

9 Bruchet (wie Anm. 7), S. 15–17.

10 Guichonnet (wie Anm. 7), S. 268.

18. Jahrhunderts wohnten schon fast dreissig Prozent der vornehmen Familien in Chambéry. Viel weniger Adlige sah man dagegen in abgelegenen Bergregionen.¹¹

Die Noblesse lebte mehrheitlich von ihrem privaten Bodenbesitz und anderen Ressourcen, gab ihre feudalherrschaftlichen Bezugsrechte aber nicht aus der Hand. Seit dem frühen 17. Jahrhundert schmiedete man in Turin Pläne zu ihrer Ablösung, um diese Konkurrenz zum staatlichen Herrschaftsanspruch loszuwerden. Weil der Adel auch eine Stütze des Herzogtums bildete, blieb die Frage lange in der Schwebe. Nach der Katastererstellung und vermehrten individuellen Auskäufen kam dann Bewegung in die Sache. Ein Edikt von 1762 brachte die Ablösung aller leibherrlichen Rechte, ein zweites Edikt von 1771 ordnete die Ablösung aller wirtschaftlichen Herrschaftsrechte an. Diese Emanzipation von oben wurde weithin bekannt und galt bei Aufklärern im benachbarten Frankreich als vorbildlich. Die Ablösung war jedoch teuer und ging nur schleppend voran. Ihr tatsächliches Ende kam mit der Französischen Revolution. 1792 besetzten französische Revolutionstruppen Savoyen und setzten dort eine Nationalversammlung ein.¹²

Kärnten

Im Herzogtum Kärnten, das wir als zweites Vergleichsgebiet beiziehen, erfolgte die Ablösung der Feudalabgaben erst mit der sogenannten Grundentlastung im Gefolge der bürgerlichen Revolution von 1848. Während das Herzogtum Savoyen in der Frühen Neuzeit vom Fürsten dominiert wurde, der dem Gebiet ab 1728 eine allgemeine Katasterordnung aufnötigte, blieb der Adel im Herzogtum Kärnten lange eine entscheidende Kraft. Nicht von ungefähr liess der zentralstaatliche Kataster hier noch hundert Jahre auf sich warten.

Das Land Kärnten in den Ostalpen war Teil der Habsburgermonarchie, seit die Dynastie das Herzogsamt innehatte. Das Amt erlaubte es den Fürsten, vom Adel bestimmte Kontributionen zu verlangen. Das war jedoch kein automatischer Vorgang, sondern musste jeweils in besonderen, manchmal langwierigen Verhandlungen erwirkt werden. Der Kärntner Landadel residierte in seinen verstreuten Grundherrschaften und war in den Landständen organisiert. Nachdem der Kaiser ihnen 1518 die Stadt Klagenfurt als Eigentum zugesprochen hatte, errichteten sie dort repräsentative Bauten für ihre Tagungen. Gegenüber den Bauern hatte der Adel in seinen Grundherrschaften eine starke Stellung. War der Boden als Freistift vergeben, so mussten die Untertanen ihren Feudalherren eine sehr namhafte «Verehrung» abtreten, um Hof und Hube im Erbgang in der Familie behalten zu können.¹³

11 Jean Nicolas, *La Savoie au 18^e siècle. Noblesse et bourgeoisie*, 2 Bände, Paris 1978, vor allem Kap. I, IV.

12 Jerome Blum, *The End of the Old Order in Rural Europe*, Princeton 1978, S. 216–218, 356.

13 Neben der Freistift gab es im Herzogtum auch das Kaufrecht, das den Bauern die Vererbung von vornherein zugestand, besonders wenn das (gekaufte) Recht dokumentiert war; einen vergleichenden Überblick mit Hinweisen auf die ältere Literatur zu Kärnten bietet Helfried

Der kaiserliche Hof in Wien hatte keinen direkten Zugriff auf die Bauern. Die Abgaben wurden in den Grundherrschaften erhoben und nach Massgabe ihrer Grösse in die ausgehandelte Landessteuer eingespiessen. Vor dem Hintergrund des steigenden Finanzbedarfs für militärische und andere Zwecke begann eine Herrschaft nach der anderen mit der Straffung ihrer Verwaltung. Die herkömmlichen summarischen Urbare wurden präziser abgefasst und durch fortlaufend geführte «Ehrungsbücher» ergänzt. Die flächendeckende Katastererhebung ging jedoch von Wien aus und verlief zuerst ganz unterschiedlich. In ihrem lombardischen Herzogtum initiierten die habsburgischen Statthalter 1718 die Anlegung eines vermessenen und kartierten Katasters, der (wie wir gesehen haben) zu einem Modell für andere Regionen wurde. In ihren österreichischen Erbländen waren die feudalen Grundherrschaften aber zu stark für ein solches Vorgehen. Hier waren mehrere Anläufe erforderlich. In den 1750er-Jahren brachte die theresianische Steuerregulierung eine gesamtstaatliche Erhebung in der Tradition der Hubenordnung. Neu wurde jetzt auch der «dominikale» und nicht nur der «rustikale» Besitz erfasst und besteuert, allerdings zu einem niedrigen Satz. Der josephinischen Kataster von 1787/88 sollte eine gerechtere Verteilung der Grundlasten herbeiführen und den herrschaftlichen Anteil am Agrarprodukt beschränken. Dazu wurde der Boden erstmals vermessen. Auf eine Kartierung konnte sich das umstrittene, hastig und teilweise von den Bauern selbst durchgeführte Unternehmen nicht einlassen. Realisierbar wurde die Erstellung einer vermessenen und kartierten Version erst im 19. Jahrhundert. Im Herzogtum Kärnten erfolgten die Aufnahmen für den nach dem amtierenden Kaiser benannten «Franziszischen Kataster» in den Jahren 1823–1828.¹⁴

Für dieses Grossunternehmen baute die Monarchie einen eigenen Verwaltungszweig auf. Wie Helmut Rumpler, Leiter eines einschlägigen Forschungsprojekts, schreibt, stiess das Unternehmen weiterhin auf Widerstand: «Wer sich um den Dienst als Geometer, Partieführer, Adjunkt, Vermessungsdiurnist oder Übersetzer bewarb, musste wissen, dass er im Auftrag der zentralstaatlichen Finanzverwaltung in ein Terrain einbrach, das von Rechts wegen der ständisch-grundherrlichen Autonomie vorbehalten war. Was das im Extremfall an Gefahren für Leib und Leben bedeutete, illustrieren Ansuchen der Geometer um eine

Valentinitsch, Gutsherrschaftliche Bestrebungen in Österreich in der frühen Neuzeit. Unter besonderer Berücksichtigung der innerösterreichischen Länder, in: Jan Peters (Hg.), Gutsherrschaft als soziales Modell. Vergleichende Betrachtungen zur Funktionsweise frühneuzeitlicher Agrargesellschaften, München 1995, S. 279–297; regionalgeschichtlich zusammenfassend Alexander Hanisch-Wolfram, Geschichte Kärntens, Bd. 3.1: Die Neuzeit, Klagenfurt 2015.

14 Kain/Baigent (wie Anm. 2), S. 191–203; Werner Drobesh, Bodenerfassung und Bodenbewertung als Teil einer Staatsmodernisierung. Theresianische Steuerrektifikation, Josephinischer Kataster und Franziszischer Kataster, in: Geschichte der Alpen 14, 2009, S. 165–183; Vincenc Rajšp, «Landesaufnahmen» und Katastralvermessungen vom «Censimento Milanese» bis zur Franzisko-Josephinischen Grundbuchordnung, in: Werner Drobesh (Hg.), Kärnten am Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft. Fallstudien zur Lage und Leistung der Landwirtschaft auf der Datengrundlage des Franziszischen Katasters (1823–1844), Klagenfurt 2013, S. 43–47; für den gesamtstaatlichen Rahmen vgl. Pieter M. Judson, The Habsburg Empire. A New History, Cambridge MA 2016.

angemessene Bewaffnung.»¹⁵ Technisch neu war die Anbindung des Katasterwerks an die moderne Triangulation der Kartografie. Vor Beginn der Detailvermessung erfolgte die Begehung der Gemeindegrenzen durch eine gemischte Kommission. Die Eigentümer wurden aufgefordert, ihre Grundstücke durch Steine und andere Marken «auszupflocken». Nach einer weiteren Überprüfung begann die genaue Vermessung, begleitet von der Herstellung einer Feldskizze, die man nachher auf dem Messtisch präzisierete. Parallel dazu wurden die schriftlichen Unterlagen angefertigt.¹⁶ So entstand ein akkurates, repräsentatives Werk. Anders als in Savoyen, wo der Kataster schon früh historisches Interesse auf sich zog, ist dieses Interesse in Kärnten relativ jung. Neulich befasste sich aber ein grossangelegtes Forschungsprojekt intensiv damit. Der Franziszeische Kataster wurde digitalisiert und georeferenziert. Er ist jetzt im Internet zugänglich und wird sogar wieder für gewisse Verwaltungsaufgaben gebraucht.¹⁷

Der Freistaat der Drei Bünde

Wie schon am Beispiel der Herzogtümer Savoyen und Kärnten ersichtlich, lohnt es sich, die Geschichte des Katasters im Alpenraum unter dem Aspekt der Diversität zu betrachten. Der zentralistische Fürstenstaat Sardinien-Piemont konnte in Savoyen – inspiriert vom mailändischen Kataster – früh eine landesweite Erfassung des Bodens durchsetzen, was der starke Kärntner Landadel in seinen Grundherrschaften bis ins frühe 19. Jahrhundert zu verhindern wusste. Die Gebirgsgestalt scheint die Unternehmen kaum beeinflusst zu haben; in den Westalpen ist das Terrain vielerorts schwieriger als in den Ostalpen. Die bisherigen Ausführungen dienen dazu, die Besonderheiten des Freistaats der Drei Bünde im Zentrum des Alpenbogens besser sichtbar zu machen, wo die lokalistische Staatsstruktur eine Entsprechung in der sporadischen und kommunal beschränkten Bodenerfassung fand. Auch der Adel hatte andere Existenzbedingungen als in den beiden Herzogtümern. Er behielt einen wenig formalisierten Charakter und musste sich zwecks Machtgewinn auf die Gerichte und Gemeinden orientieren, wo die Ämter vergeben wurden. Wer im herrschenden Freistaat und seinen südlichen Untertanenlanden Veltlin mit Chiavenna und Bormio regelmässig zu Ämtern kommen wollte, brauchte kommunalen Rückhalt. Familien mit Ressourcen und politischem Ehrgeiz bemühten sich daher um Bürgerrechte an möglichst vielen Orten.¹⁸

15 Helmut Rumpler, Das Forschungspotential des Franziszeischen Katasters als Quelle für die Wirtschafts-, Sozial-, Kultur- und Verwaltungsgeschichte, in: Drobisch, Kärnten (wie Anm. 14), S. 93–112, hier S. 99.

16 Walter Liebhart, Vermessung und Landesbeschreibung, in: Helmut Rumpler (Hg.), Der Franziszeische Kataster im Kronland Kärnten (1823–1844), Klagenfurt 2013, S. 19–31.

17 <https://kagis.ktn.gv.at/Geodaten/Datenthemen> und <https://gis.ktn.gv.at/webgisviewer/atlas-mobile/map/Basiskarten/Franziszeischer%20Kataster> (Zugriff 14. 12. 2024).

18 Jon Mathieu, Die ländliche Gesellschaft, in: Handbuch der Bündner Geschichte, hg. vom Verein für Bündner Kulturforschung, Bd. 2: Frühe Neuzeit, Chur 2000, S. 11–54, hier S. 46–51.

Die Untertanenlande

Während der Frühen Neuzeit blieb die Bodenerfassung im ganzen Bündner Staatswesen mit wenigen Ausnahmen auf dem Niveau von unkartierten Güters verzeichnissen. Im Unterschied zu den herrschenden Landen waren die Verzeichnisse in den Untertanenlande jedoch systematisch und flächendeckend. In den Archiven lagern Hunderte von einschlägigen Schriften. Diego Zoja hat die Entwicklung dieser *estimi* (Schätzungen) zusammenfassend umrissen, unter anderem anhand der Quelleneditionen von Tarcisio Salice und Antonio Boscacci.¹⁹ Der Gebrauch von «Estimi» als Mittel der Verteilung öffentlicher Kosten und Abgaben an die Herrschaft setzte sich im Spätmittelalter durch, als diese Südtäler noch zur Lombardei gehörten. Vorbild waren die neuen Erfassungsmethoden, die von den grossen Städten Italiens ausgingen.²⁰ Zuerst fand der Estimo Eingang in einzelnen Gemeinden, nachher in Form eines *estimo generale* in grösseren Verwaltungseinheiten. Im Allgemeinen scheinen die Schätzungen von ausgewählten Vertrauenspersonen vorgenommen worden zu sein und nicht von den Besitzern selbst. Nachdem die Bündner die Herrschaft im Süden übernommen hatten, initiierten sie von 1523 bis 1531 die Überarbeitung des allgemeinen Estimo in den wichtigsten Landesteilen. Neben der Aktualisierung der Listen mit den Besitzern und ihren Vermögenseinschätzungen ging es vor allem um eine Vereinfachung (Ausklammerung von mobilen Werten) und um die Abschaffung gewisser Privilegien. Obwohl später bei Gelegenheit lokale Veränderungen vorgenommen wurden, blieb diese Eigentumsordnung bis zum Ende der Bündner Herrschaft von 1797 massgebend.²¹

Alles deutet also darauf hin, dass die Estimi im Untertanengebiet nicht fundamental von den Drei Bünden geprägt wurden. Sie waren bereits etabliert, als Bündner Hauptleute 1512 die Herrschaft im Süden übernahmen. Die Aufsicht bei der anschliessenden Überarbeitung trug zur Stärkung der Kohäsion in der Elite des Freistaats bei. Eine wirkliche Neugestaltung des Estimo lag seitens der Herrschaft weder im Bereich des Möglichen noch drängte sie sich wirklich auf. Ein erheblicher Teil der staatlichen Abgaben an die Bündner hing nämlich nicht vom Estimo-System ab, sondern von Gerichtsbussen. Davon mussten die Amtsinhaber einem Drittel der Landeskasse abtreten, zwei Drittel konnten sie selbst beanspruchen. So wurden die Auslagen, welche die Amtsinhaber den Gemeinden

19 Diego Zoja, Gli estimi, in: Guglielmo Scaramellini, Diego Zoja (Hg.), *Economia e società in Valtellina e contadi nell'Età moderna*, Bd. 1, Sondrio 2006, S. 135–156; Tarcisio Salice (Hg.), *Estimi della Valchiavenna*, Chiavenna 1967; Antonio Boscacci, Gli estimi del 1531 in Valtellina, in: *Bollettino della Società Storica Valtellinese* 53 (2000), S. 185–222; allgemein: Guglielmo Scaramellini, Die Beziehungen zwischen den Drei Bünden und dem Veltlin, Chiavenna und Bormio, in: *Handbuch der Bündner Geschichte*, hg. vom Verein für Bündner Kulturforschung, Bd. 2: Frühe Neuzeit, Chur 2000, S. 141–171.

20 Dazu auch mehrere Beiträge in: *De l'estime au cadastre en Europe. Le Moyen Âge*, Paris 2006 (wie Anm. 4).

21 In einzelnen Gemeinden kam es im 18. Jahrhundert darüber hinaus zur Anlegung von kartierten Katastern, vgl. Martin Camenisch, Gutsherren, Rebmeister und Tagelöhner. Akteure und Diskurse der Bündner Weinbaugeschichte, Basel 2024, S. 64–67, 405.

für die zweijährige Herrschaftsausübung bezahlen mussten, (über)kompensiert. Und diese Einkünfte trugen ihrerseits dazu bei, dass die Bündner Kommunen keine regelmässigen Steuern erheben mussten.²²

Die herrschenden Bünde

Damit sind wir bei der Gütererfassung im Freistaat selbst, welche die historische Literatur bisher nicht als eigenständiges Thema behandelt hat. Es gibt dazu aber eine ganze Reihe von lokalen Materialien, die an dieser Stelle etwas eingehender untersucht werden sollen. Die Untersuchung stützt sich auf folgende Dossiers: (1) eigene Erhebungen zum Unterengadin und später zu weiteren Bündner Landschaften, mit Archivquellen und Literatur, (2) die Bündner Bände der schweizerischen Rechtsquellensammlung, (3) die Rätoromanische Chrestomathie und (4) digitale Abfragen der Bestände des Staatsarchivs Graubünden.²³ Von einer möglichen Vollständigkeit sind die zusammengetragenen Daten weit entfernt. Immerhin enthalten sie (verschiedenartige) Angaben zu mehreren Dutzend Gemeinden, was für den angestrebten Überblick genügen dürfte.

«Scuol, im Jahr des Herrn 1799, am 8. November» – notierte der amtierende Schreiber in rätoromanischer Sprache vorne in einen handlichen Folianten: «Da der gegenwärtige unglückliche Krieg unserer Gemeinde grosse Auslagen verursacht hat, so wurde durch allgemeine Zustimmung beschlossen, vier Männer aus jedem Dorfteil zu wählen, um eine generelle Einschätzung [Estim general] der Häuser und des Bodens von allen Bürgern und Hintersässen zu machen. Sie sind vereidigt worden mit dem Befehl, nach bestem Wissen Gerechtigkeit walten zu lassen ohne die geringste Berücksichtigung der Qualität der Personen. Auch wurden alle Bürger und Hintersässen angewiesen, per Eid ihren ganzen Besitz anzugeben. Hoffen wir, dass dies auch geschehen ist, und falls einer wider Erwarten gegen die auf öffentlichem Platz gegebene Anweisung betrogen hätte, so soll er abgestraft werden.» Darauf folgen die Namen der sechzehn Schätzer. Der Schreiber gehörte selbst dazu und bemerkte, sie hätten die Häuser und den Boden jedes einzelnen geschätzt, das Fazit auf ihre Zettel geschrieben und zur besseren

22 Das komplexe und variable System der Abgaben an die Drei Bünde ist bisher unzureichend erforscht; vgl. Martin Schmid, Beiträge zur Geschichte des Finanzwesens im alten Graubünden mit besonderer Berücksichtigung des 18. Jahrhunderts, in: Jahresbericht der Historisch-Antiquarischen Gesellschaft von Graubünden 44, 1914, S. 1–126; Aldo Lardelli, Die Steuerhoheit der Selbstverwaltungskörper im Kanton Graubünden, Affoltern a. A. 1951, S. 61–82; Jon Mathieu, Eine Region am Rand: das Unterengadin 1650–1800, 2 Bände, Universität Bern 1980/83, hier Bd. 2, S. 213–214, 417–419, 426–428; «Öffentliche Finanzen», in: Atlas zur Geschichte Graubündens, hg. vom Institut für Kulturforschung Graubünden, Zürich 2024, S. 176–179.

23 Mathieu (wie Anm. 22), Bd. 1, S. 479–488; Mathieu (wie Anm. 18), S. 23–25; Sammlung Schweizerischer Rechtsquellen, Kanton Graubünden: www.ssrq-sds-fds.ch/online/cantons.html#GR; Rätoromanische Chrestomathie, hg. von Caspar Decurtins, 15 Bände, Chur 1982–1986 (1888–1912); Staatsarchiv Graubünden, www.gr.ch/DE/institutionen/verwaltung/ekud/afk/sag. Unter den Editionen von Güterlisten nenne ich die neuste von Arno Lanfranchi, L'estimo del Comune di Poschiavo del 1624 e il «libro di memorie Andreossa», in: Quaderni grigionitaliani 92 (2023), S. 93–139.

Sicherheit in diesem Buch protokolliert. «Mit der Bitte an die göttliche Güte, sie möge aus Gutmütigkeit und Milde diese grosse Plage von uns und unserem ganzen Vaterland fernhalten und das Land gnädig in der alten Freiheit belassen, damit dieser Estim uns nicht für weitere langwierige Belastungen dienen muss.»²⁴

Niemand scheint sich in Scuol an eine frühere Gütererfassung und Steuer erinnert zu haben. Normalerweise reichten der Gemeinde die Einnahmen aus Holzverkauf, Weidetaxen, Bussen und vor allem aus den Ämtergeldern. Bei den Letzteren fielen die Einnahmen aus den einheimischen Ämtern wesentlich höher aus als für die Posten in den Untertanenlanden. Diese waren zwar sehr teuer, doch die einzelnen Gemeinden kamen im Rotationssystem nur selten an die Reihe.²⁵ Es ist anzunehmen, dass die Besitzer auf ihren Zetteln den Schätzern eine Liste mit ihren Äckern und Wiesen vorlegten unter Angabe des Orts und der Grösse nach den gängigen Erfahrungswerten: Menge Saatgut für die Äcker, Zahl der Heufuder für die Wiesen. Vermessungen brauchte es dazu nicht. Im Protokollbuch erschienen dann die Besitzer mit Namen und Titel in der üblichen Reihenfolge der Dorfteile, dazu der geschätzte Gesamtwert in der Recheneinheit Bündner Rheinisch Gulden, romanisch *R(ensch)*. Zum Beispiel: «Herr Rechtsprecher Not G. Gaudenz R. 8053; die Waisen von Rechtsprecher Gisep T. Büsatz R. 1006; Herr Jachian N. Büsatz R. 3740». Eine Liste orientiert zudem über den Anteil der Häuser an diesen Summen und Nachträge bis 1813 deuten an, dass die Bitte des Schreibers um Verschonung vor weiteren Kosten nicht sofort in Erfüllung ging.

Die rätoromanische Bezeichnung *estim* stammte zweifellos vom italienischen *estimo*. Im deutschsprachigen Teil der Drei Bünde sprach man meistens von einem *Schnitz*. Dies legte den Akzent mehr auf die Kostenverteilung als auf die Schätzung.²⁶ Sporadische Steuern gab es mindestens seit dem 15. Jahrhundert für verschiedenste Zwecke: Kriegskosten, besondere Aufwendungen bei Naturkatastrophen, Erwerb von politischen Rechten usw. Angesprochen werden Extrasteuern auch in offiziellen Dokumenten. So verfügte der Bundsbrief von 1524 mit Blick auf einen ordentlichen Landkrieg, «dass ain jedlicher unnder uns stür unnd schnitz, wie von allter har unnd jeder pundth in gewonlichem bruch hatt, uszrichten unnd gebenn sölle». Die geistlichen Güter seien dabei ebenfalls «ain billicher schnitz ouch ze gebenn schuldig».²⁷ Unklar bleibt bei den allgemeinen Regelungen, wie die Abgaben in den einzelnen Gerichten und Gemeinden erhoben wurden. Dies wird erst mit dem Einsetzen der hier untersuchten lokalen Quellen deutlich.

24 Gemeindearchiv Scuol, C 15/7 Cudesch d'estim (Original Rätoromanisch).

25 Zur Gemeindeökonomie vgl. Andri N. Vital: Tschient ans da vita ed economia della (hon.) coe munità da Scuol, 1727–1827, in: Fögl d'Engiadina 1927, Nr. 66–1928, Nr. 26; quantifiziert für die Nachbargemeinde Ftan: Mathieu (wie Anm. 22), Bd. 2, S. 214 und 428.

26 Schweizerisches Idiotikon. Wörterbuch der schweizerdeutschen Sprache, Bd. 9, Frauenfeld 1929, Sp. 1410–1411.

27 Florian Hitz, Immacolata Saulle Hippenmeyer, Der Bundsbrief vom 23. September 1524. Beitrag zum Jubiläum «500 Jahre Freistaat der Drei Bünde», Chur 2024, S. 83–89, hier S. 86–87.

Ein gutes Beispiel ist das Gericht Langwies im Schanfigg, Teil des Zehngerichtebunds. Zwischen 1526 und 1652 sind im Archiv sechs Schnitzrödel überliefert. Bis zum letzten Rodel sind sie einfach gehalten: Name der Besitzer und monetäre Schätzung ihrer Vermögen. 1652 musste die Summe für den Auskauf der österreichischen Herrschaftsrechte aufgebracht werden. Diese Aufzeichnung ist sehr detailliert. Sie nennt Wiesen und anderen Boden, Weidrechte, Vieh, Haus, Hausrat, Schulden und Guthaben der Besitzer.²⁸ Einen eigentlichen Schub der Vermögenserfassung brachten die hohen Kriegskosten in napoleonischer Zeit. So erstellte man in Ruschein in der Surselva am 23. November 1800 eine Besitzliste der Bürger und Einwohner zur Festsetzung der Kriegssteuer. Sie erfasste – vielleicht wegen der gebotenen Eile – nur die mobilen Vermögensteile (Vieh, Geld).²⁹ In Vaz/Obervaz wurde dagegen 1806 eine sehr ausführliche «Schnitz-Ordnung» in einem Folianten aufgezeichnet, auf gut zweihundert Seiten, mit einem alphabetischen Register zum leichteren Nachschlagen: Äcker, Wiesen, Bergwiesen, Gärten, einzeln aufgezählt mit Ort, Umfang (in Saatgut beziehungsweise Heufudern) und Geldbewertung; des Weiteren die Häuser und Wirtschaftsgebäude auf verschiedenen Stufen, das Horn- und Schmalvieh und schliesslich die Gesamteinschätzung.³⁰ Drei Jahre später musste Savognin im Oberhalbstein eine solche Aufnahme erstellen. Hier wurde sogar zwischen vier Wiesensorten unterschieden: Fettwiesen, Magerwiesen, Maiensäswiesen und Alpwiesen. Heute verfügen wir nur noch über die Eingaben der Besitzer. Das Protokollbuch mit der Übertragung und dem Einschätzungsfazit fehlt. Gleichwohl ist auch dieser *Estim* eine wichtige Quelle für historische Rekonstruktionen.³¹

Wie die Beispiele zeigen, erfassten die *Estims*/Schnitze je nach Ort und Anlass verschiedene Vermögensbestandteile.³² Dabei konzentrierten sie sich auf die intensiv bewirtschaftete, private Flur und betrafen nicht das gesamte Gemeindeterritorium. Die extensiv genutzten kommunalen Teile (Wälder, Weiden, unproduktives Gelände) blieben ausgespart, ausser in den Fällen, in denen es gewisse private Rechtsansprüche gab wie in Langwies. Auch die Bewertungsmethoden variierten erheblich. Wurde der Boden an einem Ort nach einem einzigen Massstab ein-

28 Die Rechtsquellen des Kantons Graubünden. Der Zehngerichtenbund. Gericht Langwies, bearbeitet von Elisabeth Meyer-Marthaler, Aarau 1985, S. 412–474; die Herausgeberin spricht von einem «jährlichen Schnitz», hat jedoch keine wirklichen Belege dafür (S. XXVII); es dürfte aber tatsächlich Orte mit jährlichen Steuern gegeben haben, etwa wenn sich eine kleine Kirchgemeinde selbständig machte und den Pfarrer bezahlen musste.

29 StAGR, DV/IB Pli 13 Dauerdepositum Peterelli-v. Toggenburg, 1800–1805, Kriegskontributionen in Ruschein (4 Aktenstücke).

30 Gemeindearchiv Vaz/Obervaz, Schnitz-Ordnung, Reg. 40.

31 Gemeindearchiv Savognin, Akten, Covert Nr. 5, Güterverzeichnisse & Schnitzlisten 1731–1815; dazu Handbuch der Bündner Geschichte, Bd. 4, Chur 2000, S. 148–149.

32 Sehr detailliert bezüglich Vermögensbestandteilen ist eine Schnitzordnung von Laax 1640: Die Rechtsquellen des Kantons Graubünden. Der Obere Bund. Die Gerichtsgemeinden der Surselva, bearbeitet von Adrian Collenberg, Basel 2012, S. 1075.

geschätzt, so differenzierte man an anderen Orten nach Flurbezirk oder sogar innerhalb der Flurbezirke je nach Parzelle.³³

Eine Besonderheit in dieser buntscheckigen Landschaft bildete das Oberengadin mit einigen umliegenden Gemeinden. Hier gab es in der Frühen Neuzeit regelmässig erneuerte serielle *Estims*. Der bekannteste Fall ist Zuoz, wo die periodischen Aufzeichnungen im 16. Jahrhundert begannen, und zuerst alle sechs, später alle zwölf Jahre erfolgten. Diese Praxis entstand im Zusammenhang mit der Alpwirtschaft, die sich ab den 1520er-Jahren auf den Export von Hartkäse konzentrierte (anders als in den meisten übrigen Bündner Talschaften, die bis ins 20. Jahrhundert Magerkäserei betrieben).³⁴ Der Zusammenhang zeigt sich schon daran, dass es in Zuoz in einer ersten Phase zwei *Estims* gab: einen für die Kühe beziehungsweise Kuhrechte, der andere für das Vermögen.³⁵ Es handelte sich um eine monetäre Form der Winterungsregel, wie sie andernorts in der Naturalform des Heuertrags beachtet wurde: Auf den kommunalen Alpen waren nur Tiere zugelassen, die mit eigenem Heu überwintert wurden. Hier diente der *Estim* also nicht bloss der sporadischen Steuererhebung, sondern auch der regelmässigen Zuteilung von Alprechten und vielleicht weiteren Vorteilen.³⁶

Die Kartierung beginnt

Keine der bisher angesprochenen Formen der Gütererfassung erforderte eine Vermessung der Grundstücke. Die herkömmliche, approximative Abschätzung an bäuerlichen Arbeitsprozessen genügte. Neben dem Saatgut und dem Heuertrag galten in gewissen Regionen auch die Pflugzeit und die Heumahd als Referenzen. Gleichwohl gab es schon lange Einzelpersonen, die besonders wichtige oder alle ihre Güter vermessen oder vermessen liessen. In der familiären Vererbung war ein solches Vorgehen normalerweise entbehrlich, bei kommerziellen Handänderungen hingegen nicht. Auf ähnlich individuelle Art scheint auch die Kartierung begonnen zu haben. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit nenne ich einige mir bekannte Beispiele.

Im Winter 1772/73 kehrte der Leutnant Martin P. Schmid aus Ftan im Unterengadin dem Solddienst in Frankreich vertragswidrig den Rücken und lebte fortan wieder in seinem Heimatdorf. Sein Vater war eben verstorben, er wohnte zusammen mit seinem Bruder und dessen kleiner Familie. Schmid hatte in Frankreich auch geometrische, planimetrische und andere Studien betrieben. In Ftan begann er mit chronikalischen Aufzeichnungen aller Art. Mit der anstehenden Erbtei-

33 Mathieu (wie Anm. 22), Bd. 1, S. 482.

34 Gion Gaudenz, Der Humanist Jachiam Bifrun beschreibt 1556 die Käseherstellung im Oberengadin, in: Bündner Monatsblatt 1993, S. 445–451; Richard Weiss, Das Alpwesen Graubündens. Wirtschaft, Sachkultur, Recht, Älplerarbeit und Älplerleben, Erlenbach-Zürich 1941.

35 Paolo Boringhieri, Geschlechter und Gesellschaft des alten Zuoz im Spiegel der *Estims* des 16. Jahrhunderts, in: Bündner Monatsblatt 1983, S. 165–198.

36 Anhaltspunkte für eine künftige breitere *Estim*-Forschung in dieser Region bei Paolo Boringhieri: Pussaunza, ricchezza e povertà a Zuoz 1521–1801, in: Annalas da la Società Retorumantscha 102, 1989, S. 79–201.

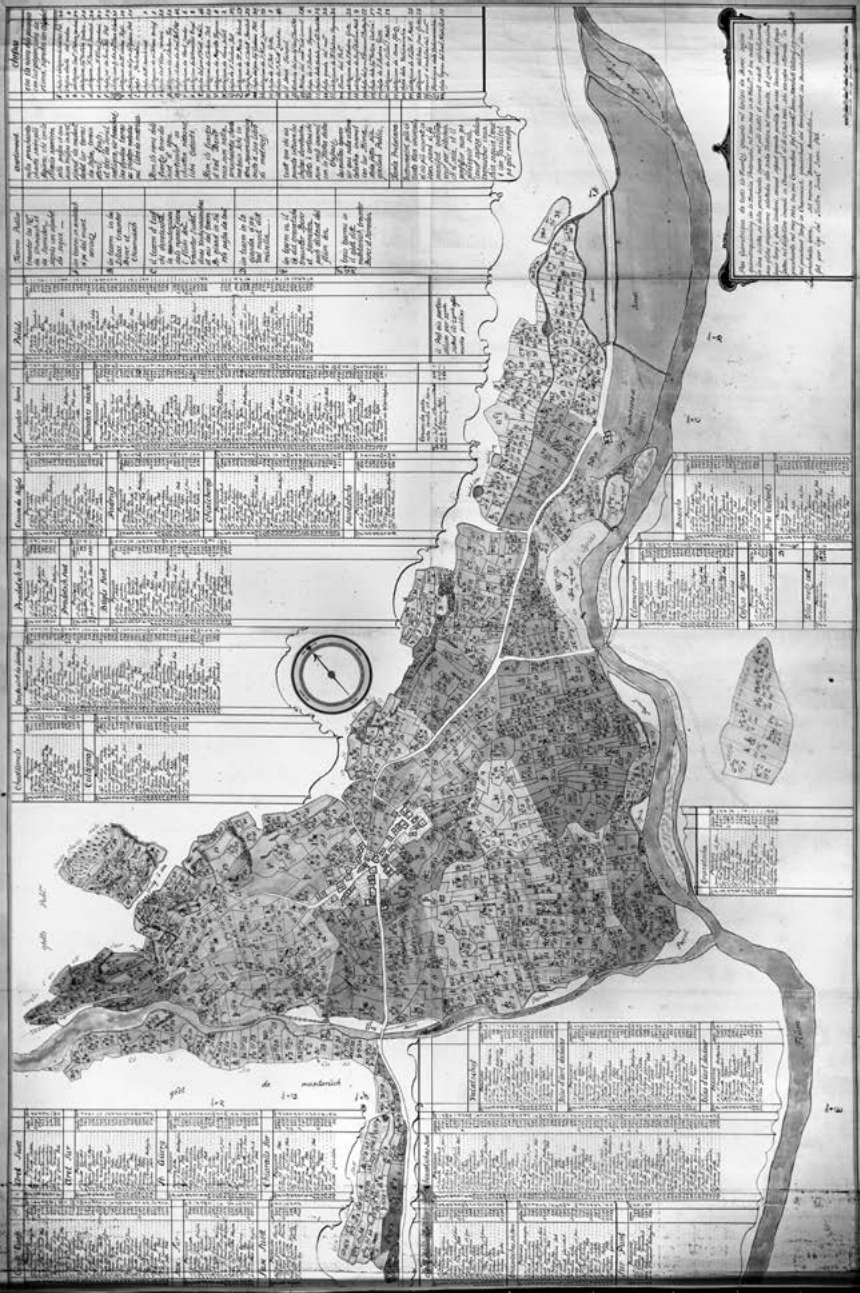


Abb. 1: Katasterplan von Bever von Conradin Colani 1804. Gemeindearchiv Bever, Reproduktion Gammeter Media.

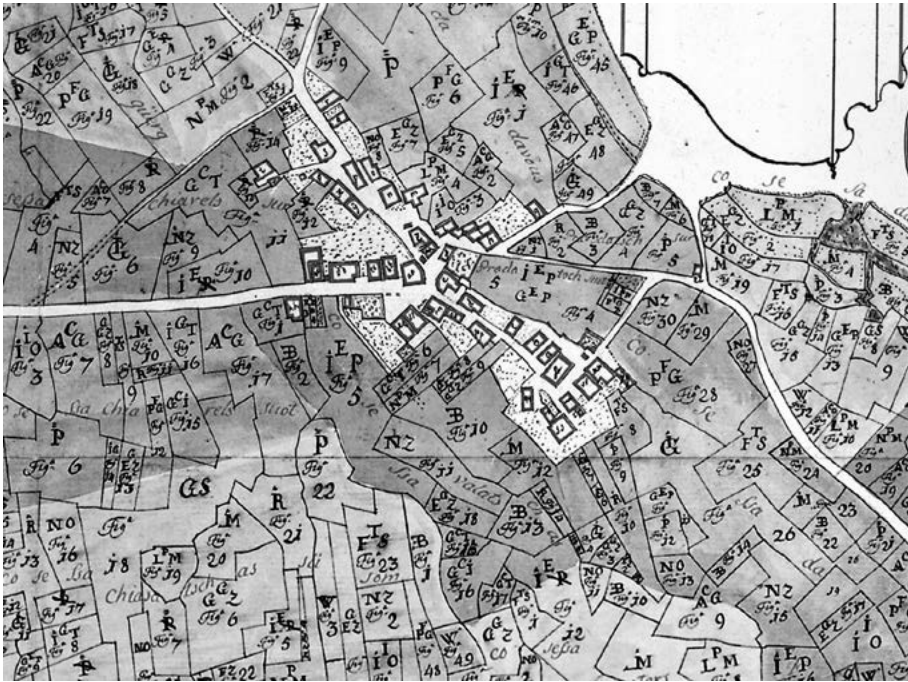


Abb. 2: Ausschnitt aus dem Katasterplan von Bever 1804: das Dorf.

lung gerieten die vielen von seiner Familie verpachteten Äcker und Wiesen in seinen Interessenbereich. Im Sommer 1774 erstellte er neunzig Pläne für diese Parzellen, «geometrisch aufgenommen, gezeichnet und koloriert», wie er auf Rätoromanisch schrieb. Anders als in solchen Erbteilungen vorgesehen, erhob er auch das Flächenmass in Feldklattern (*pass da fuond*). Diese ungewöhnliche Initiative irritierte die Familie und war einer der Gründe, dass man ihm wenig später eine Zeit lang die Schriften wegnahm.³⁷

Während der Leutnant offensichtlich von seinen französischen Erfahrungen zehrte, könnte eine allgemeine, professionellere Initiative in Celerina in der Nachfolge des Mailänder Katasters entstanden sein. Angesprochen wird sie in einer fast zeitgenössischen Dorfbeschreibung: «Hr. Amtmann Anton Frizzoni (gestorben 1796, im 76. Jahr) führte die verbesserte Feldmesskunst im Engadin ein, und unterrichtete mehrere unentgeltlich in derselben. In seinem 70. Jahr, 1791/92, bemühte er sich, alle angebaute Gegenden seiner Gemeinde zu messen, und in genauen Riss zu bringen. Jedes Stük Wiese wurde numerirt, und die Besitzungen jeder Familie besonders kolorirt. So kann jeder die Lage, Grösse und Begränzung seines Guts sogleich finden, kein Habsüchtiger kann seine Gränzen unrechtmässig

³⁷ Mathieu (wie Anm. 22), Bd. 1, S. 489–493; Fundaziun Planta, Samedan, Al 1, Chiantun verd in *chronographia rhetica*, Sp. 184, 295, 672. 774; dazu Pläne in der ersten Hälfte des Bandes.

erweitern, und bei Kauf und Verkauf wird der Feldmesserlohn erspart.» Obwohl ohne Vergütung durchgeführt, stand offenbar auch dieses Unternehmen nicht unter einem guten Stern, sondern war laut Text dem «Gespötte der Dummheit» ausgesetzt.³⁸

Ungeachtet dessen machte die Feldmesskunst im Engadin bald einen weiteren Schritt. Ob Conradin Colani (1751–1816) von Chamues-ch zu den Schülern von Frizzoni gehört hatte, wissen wir nicht. Man kannte ihn jedenfalls sowohl als Kunstschreiner als auch als Geometer oder «agrimensor», wie er sich selbst bezeichnete. Von ihm stammt ein vermessener und kartierter Kataster von Bever, den er im Auftrag eines reichen Handelsherrn von Bever in den Jahren 1801–1804 aufnahm. Dieser wollte offenbar in politisch unruhigen Zeiten auch seinen Besitz absichern; schon nur in Bever besass er 72 Wiesen. Der Kataster umfasst die gesamte private Flur der Gemeinde und ist auch im Dorf detailgetreu. Verzeichnet sind neben Strassenzügen sowie Wohn- und Wirtschaftsgebäuden auch die gewerblichen und kollektiven Einrichtungen: Mühle mit Färberei, Schmiede, Backhaus, drei Brunnen (Abb. 1 und 2). Der auf Leinwand aufgezeichnete Gesamtplan misst 1380 × 935 Millimeter. Der Kataster wurde später nachgeführt und begründete in Bever eine eigene Tradition der geometrischen Vermessung.³⁹

Die Stadt Chur hatte um 1800 nur gut doppelt so viele Einwohner:innen wie die grössten Dörfer des Freistaats, doch sie verfügte zu dieser Zeit über ein beachtliches Weinbauareal. Als sehr intensive Form der Landnutzung mit hohen Bodenpreisen war der Weinbau prädestiniert für eine frühe Erfassung der Grundstücke. Seit Beginn des 18. Jahrhunderts lässt sich in Chur das Amt eines obrigkeitlich beeidigten Feldmessers nachweisen. Bei Handänderungen war seine Tätigkeit unerlässlich. Darüber hinaus entstand in aufgeklärten Kreisen das Bedürfnis nach genauen Eigentumsnachweisen. Johann Baptista von Tschanner, politischer Anführer und leidenschaftlicher Weingutsbesitzer, legte seit 1791 ein «Urbarium» seiner Güter an, in welchem er zahlreiche Karten des Churer Feldmessers Johann Melchior Bösch (1751–1835) aufnahm. Diese Dokumente bildeten eine Grundlage für die angestrebte Verbesserung seines Betriebs. Laut Steuerordnung von 1808 sollte in Chur dann erstmals ein vollständiger kommunaler Kataster erstellt werden. Aus unbekannten Gründen fand diese Vermessung aber erst 1827 bis 1831 unter dem Nachfolger von Bösch statt.⁴⁰

38 Thomas Fizzoni, Beschreibung der Gemeinde Cellerina, im Oberengadin, in: Der neue Sammler 2, 1806, S. 291–322, hier S. 312–313; fast zur selben Zeit skizzierte Francesco Zoppi die im *Estimo* erfassten Güter des Weilers Monticello von San Vittore in der Mesolcina; es handelte sich aber nicht um eigentliche Pläne, vgl. Cesare Santi: La mappa catastale di Monticello del 1793, in: Quaderni grigionitaliani 62, 1993, S. 149–159.

39 Silke Redolfi, Bever. Die Geschichte eines Engadiner Dorfes, Bever 2007, S. 24–31, 99–101, 306–309; Lexicon Istorico Retic, Bd. 1, Chur 2010, S. 201.

40 Camenisch (wie Anm. 21), S. 61–62, 469–481, 489; Ulf Wendler, Chur in Klafter und Schuh. Der Kartograph Peter Hemmi (1789–1852) und sein Werk, Chur 2008, S. 25, 45.

Der Kanton Graubünden

Der Kanton Graubünden entstand in napoleonischer Zeit mit dem Anschluss an die Eidgenossenschaft 1803. Abgelöst wurden die drei Bünde erst Jahrzehnte später bei der Gründung des schweizerischen Bundesstaats. Die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts bildete also eine Übergangszeit. Dementsprechend haben wir im vorigen Abschnitt auch Güterverzeichnisse aus dieser Periode mitberücksichtigt. Hier soll nun in kurzer Form die ereignisreiche Zeit bis zur Flächendeckung der amtlichen Vermessung skizziert werden. Für die wesentlichen Etappen dieser Entwicklung liegen bereits mehrere Studien vor.

Von Interesse für unsere Fragestellung ist der Wandel von Staatsstruktur sowie Macht- und Abhängigkeitsverhältnissen in der modernen Schweiz, die sich vor allem in der Beziehung zwischen Bund, Kanton und Gemeinden manifestieren. Der neue Bundesstaat von 1848 engagierte sich stark im Militärbereich und war für innere Angelegenheiten vorerst nicht sehr wichtig. Die Bundesverwaltung umfasste lediglich achtzig Personen, die Ausgaben lagen noch unter jenen des Kantons Berns. Zentralisierung war bei dieser Konföderation von souveränen Staaten schwierig.⁴¹ Im Anschluss an die alte Form der Konkordate intensivierten die Kantone ihre Zusammenarbeit. 1868 genehmigte der Bund ein Geometerkonkordat, dem Graubünden neun Jahre später beitrug. Die Ausgangssituation für die Katastererstellung war uneinheitlich: Während die Westschweiz und das Südtessin teilweise an der Entwicklung der Nachbarländer partizipiert hatten, waren die Vermessungen in der deutschen Schweiz weit weniger fortgeschritten. Bedeutsam für Graubünden wurde die nationale, speziell für das «Hochgebirge» erlassene Forstgesetzgebung von 1876. Sie schlug einen gebieterischen Ton an und gehörte zu den ersten interventionistischen Akten des Bundesstaats.⁴² Parallel dazu entstand mit der Siegfriedkarte eine genaue topografische Aufnahme des Landes, im Berggebiet allerdings nur im Massstab 1:50000. Die Bündner Blätter der Karte erschienen nach und nach in den letzten drei Dezennien des 19. Jahrhunderts.

Weil die Zölle und verschiedene Regaleinnahmen neu an die Eidgenossenschaft gingen, musste Graubünden ab 1856 zum ersten Mal in seiner Geschichte direkte kantonale Steuern erheben. Damit wurde die SelbstdeklARATION der approximativen Bodenmasse und Bodenpreise in der Tradition der früheren *Estims*/Schnitze zu einer flächendeckenden Praxis.⁴³ Initiativen zur Vermessung und

41 Daniel Speich, Die Schweizer Bundesstaatsgründung von 1848: ein überschätzter Bruch?, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 62, 2012, S. 405–423.

42 Jakob Baltensperger, 25 Jahre Schweizerische Grundbuchvermessung, hg. vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement und vom Schweizerischen Geometerverein, Bern 1937, S. 10; Jon Mathieu, Schweizer Kolonialgeschichte: Erkundungen im Landesinneren, in: Mélanges Laurent Tissot. Une passion loin des sentiers battus, hg. von Francesco Garufo, Jean-Daniel Morerod, Neuchâtel 2018, S. 271–280.

43 Peter J. Barblan, Der Staatshaushalt des Kantons Graubünden seit dem Beitritt zum eidgenössischen Bund bis zur Einführung der direkten Steuern im Jahre 1856, in: Jahresbericht der Historisch-Antiquarischen Gesellschaft von Graubünden 39, 1909, S. 59–199.

Kartierung blieben aber weiterhin eine individuelle Angelegenheit. So hielt der Churer Seminardirektor Anton Philipp Largiadèr 1862 einen Vortrag vor der Naturforschenden Gesellschaft *Ueber Katastervermessungen*. «Die Vermessung gewährt dem Landwirth die unentbehrliche Grundlage für einen rationellen Betrieb seiner Oekonomie und zwar in der allersichersten Weise.» Heutzutage genüge es nicht mehr, den Boden nach der Art der Väter zu bebauen. Man müsse rechnen und genau planen. Die Vermessung mache auch die Steuererhebung gerechter und das Kreditwesen mit der Verpfändung von Boden sicherer. Drei Jahre später publizierte Largiadèr eine *Praktische Geometrie. Anleitung zum Feldmessen, Höhenmessen und Nivelliren*, die insgesamt vier Auflagen erlebte. Damit verfolgte er auch einen sozialpolitischen Zweck. Die Anleitung eröffne den Lehrern in ihren langen Sommerferien eine lohnende und standesgemässe Erwerbsmöglichkeit.⁴⁴ Vereinzelt kam es tatsächlich zu richtigen Vermessungen. Im Falle von Flerden am Heinzenberg sollte ein Geometer die ganze Aufnahme nach genau geregelten Bedingungen von 1886 bis 1888 erstellen. Die Gemeinde befand sich mit dem Strassenbau und der neuen Wasserversorgung auch sonst in einer Modernisierungsphase.⁴⁵

Als wichtige Zäsur im schweizerischen Kataster- und Vermessungswesen gilt die Einführung des nationalen Zivilgesetzbuchs ZGB mit Rechtskraft ab 1912. Es ging hauptsächlich um die Sicherheit des Grundeigentums mit Blick auf eine geregelte bürgerliche Eigentumsordnung und den Immobilienverkehr. Zentral war die Beziehung zwischen Vermessung und Grundbuch. Wenige Artikel regelten das Verhältnis zwischen Bund und Kantonen sowie die Kostenverteilung. Wie in anderen Fällen hiess dies, dass der Bund eine personell möglichst gering ausgestattete Verwaltungsstelle eröffnete und den Kontakt mit den Gemeinden den Kantonen überliess. Der Zeithorizont für das Unternehmen wurde zuerst optimistisch auf einige Jahrzehnte geschätzt und bald mehr oder weniger explizit offengelassen. Den Hauptteil der praktischen Arbeit sollten frei erwerbende Geometer und nicht Beamte übernehmen.⁴⁶ Im Vergleich mit Nachbarstaaten wird die Besonderheit dieses Vorgehens augenfällig. Im Habsburger Reich datierte das Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch zum Beispiel schon von 1812 und der anschliessende Franziszeische Kataster wurde, wie erwähnt, mit einem eigenen Verwaltungszweig in überschaubarer Zeit erstellt. In der Schweiz benötigte man bei den Vorarbeiten zum ZGB auch erstmals eine Übersicht über den Stand der Vermessungen. In Graubünden galten gut zwei Dutzend Gemeinden (von insgesamt 224) als vermessen: sieben im Oberengadin, sechs im Domleschg und eine

44 Anton Philipp Largiadèr, *Ueber Katastervermessungen*, in: Bündner Monatsblatt 1862, S. 55–59, 70–71, Zitat S. 57; Anton Philipp Largiadèr, *Praktische Geometrie. Anleitung zum Feldmessen, Höhenmessen und Nivelliren*, Zürich 1875 (erste Auflage 1866), für die sozialpolitische Absicht das Vorwort der ersten Auflage daselbst, S. V–VI.

45 Emilio Zuan, *Chronik der Gemeinde Flerden*, Flerden 1984, S. 131–132.

46 Baltensperger (wie Anm. 42).

in der Surselva. Um die Dinge auf den rechten Weg zu bringen, stellte man 1911 einen ersten Kantonsgeometer an.⁴⁷

Im 20. Jahrhundert wurde die Vermessung von technologischen Innovationen geprägt, die sich in zunehmend schnellem Rhythmus einstellten. Seit der Siegfriedkarte gehörte die Anbindung an die Triangulation zum allgemeinen Standard. Die Flugtechnologie eröffnete durch den Blick von oben ganz neue Möglichkeiten. Der eidgenössische Vermessungsdienst arbeitete zuerst mit der Luftwaffe und erwarb 1929 ein eigenes Vermessungsflugzeug. Zusammen mit modernen Fotoapparaten entwickelte sich die Fotogrammetrie – das Messen mit Bildern – zu einer eigenen Disziplin. Im Gebirge war sie besonders wichtig, denn auch die Alpweiden, steilen Geländepartien und Gipfelregionen gehörten ins Grundbuch.⁴⁸ Ihre Ausdehnung hatte man bisher nur partiell und approximativ an der Zahl der Viehbestossung abgeschätzt. Seit den 1970er-Jahren revolutionierten elektronische Geräte die Distanzmessung. Mit der Satelliten-Telemetrie und der Digitalisierung kamen später weitere grundlegende Technologien dazu. Für die Bevölkerung konnten sie auch eine Entsinnlichung bewirken. Die letzte Generation von Grundstückvermarkungen in Graubünden ist im Feld nicht immer sichtbar: Die Marksteine sind manchmal für die maschinelle Bewirtschaftung im Boden versenkt. Auffinden lassen sie sich mittels GPS-Geräten, welche von Satellitendaten geleitet sind.⁴⁹

Während Graubünden und andere Bergkantone bei der Einführung des ZGB nicht merklich hinter dem Flachland der deutschen Schweiz zurückstanden, wurde diese Differenz nach der Jahrhundertmitte deutlich. Ein Grund dafür lag bei den Güterzusammenlegungen, die im Berggebiet vielerorts später an die Hand genommen wurden. Für die Aufnahmen wartete man jeweils, bis die neue Grundstückordnung festgelegt war.⁵⁰ Einen Schub erfuhr die Vermessung dagegen durch die neue, ökologisch mitbeeinflusste Landwirtschaftspolitik. Zur Förderung der Nutzung von Lagen mit erschwerten Produktionsbedingungen und für die Pflege der Kulturlandschaft richtete der Bund ab 1980 Bewirtschaftungsbeiträge aus. Dazu mussten vorher notfallmässig die landwirtschaftlich genutzten Flächen in den unvermessenen Gemeinden ermittelt werden. In Graubünden erhoben die Geometer innert dreier Jahre 12 500 Hektar Landwirtschaftsfläche mit gut 41 000 Parzellen in 54 Gemeinden ohne Fotokataster. So kamen mehrere tausend Bergbauern in den Genuss der neuen Beiträge aufgrund von Daten, die zwar nicht perfekt waren, aber fürs Erste genügen mussten.⁵¹

47 Abgelesen an der Karte in Baltensperger (wie Anm. 42), S. 10; dazu zeigt die Karte über achtzig Forstvermessungen in Graubünden; diese waren seit dem eidgenössischen Forstgesetz von 1876 obligatorisch; zu den Kantonsgeometern vgl. Veraguth (wie Anm. 1), S. 22–23.

48 Baltensperger (wie Anm. 42), S. 23, 48, 51.

49 Erfahrung des Autors in Ramosch, Unterengadin, 2021; die amtliche Absicht ist aber weiterhin, dass die Grenzmarken sichtbar sind.

50 Amtliche Vermessung Schweiz 1912–2012, hg. vom Bundesamt für Landestopografie swisstopo, Bern 2012, S. 50.

51 Veraguth (wie Anm. 1), S. 11.

Zum hundertjährigen Jubiläum der amtlichen Vermessung der Schweiz veröffentlichten die Beteiligten 2012 eine Festschrift. Dank der Beschleunigung in den letzten Jahrzehnten sei das Ziel der Flächendeckung in greifbare Nähe gerückt, hiess es.⁵² Ein Hindernis für den Abschluss des Unternehmens bildeten die frühen, nicht mehr als genügend beurteilten Vermessungen in der Westschweiz. Gleichzeitig hatten sich die Ansprüche an Raumdaten stark verändert und differenziert. Die Landwirtschaft, die am Anfang ein Hauptthema gebildet hatte, beschäftigte nur noch wenige Prozent der berufstätigen Bevölkerung. Auf der Zielgeraden unternahm gerade Graubünden einen besonderen Effort. Bei der Feier zur Flächendeckung vom 11. Januar 2023 betonte der Regierungsrat, dieses Ziel sei lange vor anderen vergleichbaren Kantonen erreicht worden. Er führte dies auf den Umstand zurück, dass man in Chur nicht alles fernsteuern wolle, sondern den Gemeinden viel Verantwortung überlasse. Dadurch entstehe «ein gesundes Misstrauen gegenüber allem, was von einer höheren staatspolitischen Ebene kommt». Dass es auf diese Weise überhaupt gelungen sei, die «Idee von Bern» einer Grundbuchvermessung durchzuführen, grenze freilich an ein Wunder.⁵³

Schluss

Wie lassen sich vereinzelte und nicht sehr auffällige Vorgänge in einer Region historisch besser sichtbar machen? Um die Erstellung von Güterverzeichnissen im Freistaat der Drei Bünde in ihrer Bedeutung einzuschätzen, haben wir sie vor den Hintergrund prominenter Staatsunternehmen gestellt, die in anderen alpinen Regionen stattfanden. Im Herzogtum Savoyen war der landesweite Kataster 1733 fertiggestellt, im Herzogtum Kärnten beendigte man die Aufnahmen für den Franziszeischen Kataster 1828. In Graubünden kam es dagegen nur sporadisch zu lokalen Gütererhebungen, bis ins 19. Jahrhundert praktisch immer ohne Kartierung. Flächendeckend vermessen war die Region erst 2023. Diese Entwicklungen sind Ausdruck von unterschiedlichen Formen und Wegen moderner Staatsbildung. Man kann sie als fürstlich-zentralistisch (Savoyen), adlig-grundherrschaftlich (Kärnten) und kommunal-lokalistisch (Graubünden) bezeichnen.⁵⁴

Auch wenn die Modernisierung von Staat und Gesellschaft präzise Raumdaten erfordert, so fallen in der *longue durée* doch die zeitlichen Differenzen auf. In Graubünden gab es keinen Anlass für «fortschrittliche», repräsentative Katasterwerke. Regelmässige Steuern, für die solche Werke hergestellt wurden, wurden hier erst ab 1856 erhoben. Ausserdem profitierten die Drei Bünde bis 1797 in bestimmtem Mass von Abgaben, die über Ämtergelder aus den Unter-

⁵² Amtliche Vermessung (wie Anm. 50), S. 62–64.

⁵³ Veraguth (wie Anm. 1), S. 2.

⁵⁴ Für eine allgemeine Einordnung, die bei der Politik als Differenzierungsfaktor ansetzt und auf Kontingenz beziehungsweise Pfadabhängigkeit verweist, Mathieu (wie Anm. 1), S. 187–188.

tanengebieten Veltlin mit Chiavenna und Bormio in die Gemeindekassen flossen. Andererseits wurden Feudalabgaben im Freistaat seit dem 16. Jahrhundert zunehmend eingestellt, während ihre Abschaffung in Savoyen und Kärnten erst mit den Revolutionen von 1792 und 1848 erfolgte. Ohne viel Aufhebens nahm man also wichtige Entwicklungen anderer Regionen voraus. Und als 1980 die letzten Bündner Landwirtschaftsflächen notdürftig vermessen waren, geschah dies nicht zur Steuererhebung, sondern um den Bauern staatliche Flächenbeiträge für ihre Bewirtschaftung zu zahlen.

Riassunto:

Il catasto come mezzo e prodotto della formazione dello Stato moderno: i Grigioni a confronto

Gli inventari locali dei beni per la riscossione sporadica delle imposte nello Stato delle Tre Leghe furono i precursori dei catasti misurati e mappati. Nell'area italiana e romancia si parlava di *estimi* o *estims*, mentre nella parte germanofona dello Stato si usava il termine *Schnitz*. A seconda del luogo e dell'occasione, venivano registrati diversi elementi patrimoniali dei terreni privati coltivati in modo intensivo; le parti comunali utilizzate in modo estensivo (foreste, pascoli, terreni improduttivi) rimanevano escluse, tranne nei casi in cui esistevano determinati diritti legali privati. Anche i metodi di valutazione variavano notevolmente.

Per valutarne meglio l'importanza, presentiamo qui gli elenchi dei beni grigionesi nel contesto di importanti operazioni catastali statali che hanno avuto luogo in altre regioni alpine. Nel Ducato di Savoia il catasto statale fu completato nel 1733, nel Ducato di Carinzia si conclusero i rilevamenti per il catasto francescano nel 1828. Nei Grigioni, invece, i suddetti censimenti locali dei beni si verificarono solo sporadicamente, fino al XIX secolo praticamente sempre senza mappatura. La regione fu misurata per intero solo nel 2023. Questi sviluppi sono espressione di diversi percorsi di formazione statale. Possono essere descritti come principeschi-centralistici (Savoia), nobili-feudali (Carinzia) e comunali-localistici (Grigioni).

Se la modernizzazione dello Stato e della società richiede ovunque dati spaziali precisi, nella *longue durée* si notano tuttavia notevoli differenze temporali. Nei Grigioni non c'era motivo di creare opere catastali rappresentative e «avanzate». Le imposte regolari, per le quali tali opere venivano prodotte, iniziarono qui solo nel 1856. Inoltre, fino al 1797 le Tre Leghe beneficiarono in una certa misura di tasse che, attraverso la vendita degli uffici dei territori soggetti confluivano nelle casse comunali. D'altra parte, i tributi feudali nello Stato libero furono progressivamente aboliti a partire dal XVI secolo, mentre in Savoia e in Carinzia la loro abolizione avvenne solo nel XVIII e XIX secolo. Senza tante declamazioni, si anticiparono quindi anche importanti sviluppi delle altre regioni.

III Erinnerungsgeschichte und Geschichtskultur (19.–21. Jahrhundert)

Der lange Weg zum 500-Jahr-Jubiläum Graubündens im Jahr 2024

Reto Weiss

In der frühen Neuzeit waren Jubiläen vorwiegend eine Angelegenheit des kirchlichen Bereichs, wobei gelegentlich auch Universitäten die 50. oder 100. Wiederkehr ihrer Gründung festlich begingen. Seit dem 19. Jahrhundert wurde es zunehmend üblich, auch die Gründung, Entstehung oder Errichtung staatlicher Gebilde und Organisationen mit festlichen Jubiläumsaktivitäten in Erinnerung zu rufen. Die Feiern hatten meist einen patriotischen Charakter und sollten die Identifikation mit der zu feiernden Einheit fördern.¹

Das Gebiet des Kantons Graubünden bildete keine Ausnahme. Die Feiern der Einzelbünde, aus denen Graubünden in der frühen Neuzeit bestanden hatte (Oberer Bund/Grauer Bund, Gotteshausbund und Zehngerichtebund), setzten anfangs des 19. Jahrhunderts ein und fanden im 20. und 21. Jahrhundert ihre Fortsetzungen. Der Graue Bund beging erstmals 1824 das damals 400-jährige Jubiläum seiner Gründung und im Jahr 2024 feierte er bereits zum dritten Mal ein Jubiläum: 600 Jahre Grauer Bund. Was aber erstaunen mag, ist die Feststellung, dass im Jahr 2024 das erste Mal ein Jubiläum des aus den erwähnten drei Bünden bestehenden frühneuzeitlichen Gesamtstaates, des Freistaats Gemeiner Drei Bünde, gefeiert wurde, obwohl es sich bei diesem Freistaat um den Vorgänger des heute bestehenden Kantons Graubünden handelt.

Dieser Beitrag soll erläutern, wie es zu diesem Rückstand kam, indem die Vorgeschichte des Bündner 500-Jahr-Jubiläums von 2024 dargestellt wird. Dabei gerät eine Anforderung in den Blick, die sich bei jedem Jubiläum stellt: Auf was für ein Datum sollen sich die Feiern beziehen? Die Entstehung von Staaten oder gar Nationen ist ein komplexer Vorgang, der sich meist nicht eindeutig datieren lässt. Für Jubiläumsw Zwecke ist aber eine solche Datierung erforderlich.

¹ Vgl. zur Geschichte des Jubiläums Winfried Müller, Das historische Jubiläum. Zur Karriere einer Zeitkonstruktion, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jahrgang 70, Nr. 33/34, 2020, S. 10–16, www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/313643/jahrestage-gedenktage-jubilaen/, abgerufen am 9. 5. 2025. Im Schweizer Kontext sind besonders auch Gedenktage für Schlachten und kantonale Jubiläumsfeiern des Beitritts zur Eidgenossenschaft von Bedeutung, siehe dazu Georg Kreis, Gedenkfeiern, in: Historisches Lexikon der Schweiz (HLS), Version vom 20. 11. 2006, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/027281/2006-11-20>, abgerufen am 9. 5. 2025.

Das Gründungsdatum: 1471 oder 1524?

Nach den ersten medialen Ankündigungen der Aktivitäten zum 500-Jahr-Jubiläum des Freistaats gelangte eine Anfrage aus dem Publikum an das Staatsarchiv Graubünden, das an der Organisation der Feierlichkeiten beteiligt war. Die Verfasserin, die im lokalen Heimatmuseum engagiert ist und ihrer Schwiegertochter bei einem Referat über die Entstehung des Kantons Graubünden helfen wollte, war verunsichert: Ist wirklich 1524 das Gründungsdatum des Freistaats? In den Schulbüchern werde das Jahr 1471 genannt. Und auf dem Regierungsplatz in Chur stehe auf dem einschlägigen Denkmal ebenfalls 1471 als Datum der freistaatlichen Gründung, die beim Weiler Vazerol² stattgefunden habe. Die Verfasserin schreibt weiter: «Vazerol ist für viele Einheimische ein Begriff und wichtig. Können Sie mir erklären, weshalb man da nicht erläuternd informiert? Wenn man als gewöhnlicher Bürger, Bürgerin in Archiven suchen muss, um heraus zu finden, wie ein Jubiläumsdatum zustande kommt, ist das unverständlich.»³

Die Anfrage veranlasste das Staatsarchiv, auf der Website zu den Jubiläumsfeierlichkeiten in der Chronologie den gewünschten klärenden Eintrag zu 1471 hinzuzufügen.⁴ Die Anfrage von M. C. veranlasste den Schreibenden aber auch zu einem Blick in die Schulbücher: Zuerst in das 2008 publizierte Lehrmittel für die 5. und 6. Klasse *Leben in Graubünden*, das im Fach Räume, Zeiten, Gesellschaften eingesetzt wird. Auf vier Seiten wird unter dem Titel «Die drei Bünde» prägnant über die Entstehung der Einzelbünde und dann über den Freistaat berichtet. Der Anlass des 500-Jahr-Jubiläums wird folgendermassen beschrieben: «1524 schliessen sich alle Gemeinden der drei Bünde zum ersten Mal gleichberechtigt zusammen. Am 23. 9. 1524 geben sie sich mit dem Bundesbrief eine gemeinsame Verfassung: die Geburtsstunde des Freistaats der Drei Bünde!» Es folgt eine Abbildung des Bundesbriefs. Die Verfasser:innen haben offensichtlich das Handbuch

2 Heute Gemeinde Albula/Alvra GR, bis 2015 Brienz/Brinzauls, an der oberen Strasse (Julierstrasse) unweit des geografischen Zentrums Graubündens gelegen.

3 Anfrage M. C., Davos vom 13. 2. 2024, Staatsarchiv Graubünden (StAGR), Akten zum 500-Jahr-Jubiläum.

4 <https://500.gr.ch/chronologie>, abgerufen am 22. 4. 2025: «1471. Bündnis zwischen dem Oberen Bund und dem Zehngerichtebund, Bilaterales Bündnis. Nach den bilateralen Bündnissen zwischen dem Oberen Bund und dem Gotteshausbund (1406) sowie zwischen dem Gotteshaus- und dem Zehngerichtebund (1450) schlossen 1471 auch noch der Obere Bund und der Zehngerichtebund miteinander ein Bündnis. Damit war jeder Bund mit jedem der beiden anderen direkt verbündet – und die «Architektur» der Drei Bünde war vollendet. Seit dieser Zeit hielten die Drei Bünde auch schon gemeinsame Bundstage ab. Tagungsort war öfters Vazerol. Der Weiler bei Brienz/Brinzauls war zentral gelegen: im Zehngerichtebund, aber ganz nahe an der Grenze zum Gotteshausbund und auch unfern vom Oberen Bund. Weil 1471 das dritte und letzte zweiseitige Bündnis geschlossen worden war, entstand der «Mythos von Vazerol»: Man glaubte, in Vazerol sei damals ein dreiseitiger Bund beschworen worden. Dieser unhistorischen Ansicht verdankt das Vazerol-Denkmal auf dem Regierungsplatz in Chur (ein dreiseitiger Obelisk) seine Existenz.»

der Bündner Geschichte studiert und die Angaben in pädagogisch vertretbarer Art vereinfacht und heruntergebrochen.⁵

Das Vorgängerlehrbuch, auf das sich auch die eingangs erwähnte Zuschrift bezog, wurde vom ehemaligen Direktor des Lehrerseminars Martin Schmid verfasst und erschien 1964, ebenfalls für die 5. und 6. Klasse: *Schweizer Geschichte für Bündner Schulen*. Im Hauptkapitel «Die Geschichte der Rätischen Bünde» wird über die Vereinigung der drei Bünde berichtet. Die Bündner fühlten sich bedroht vom Expansionsdrang des habsburgischen Herzogs Sigmund von Tirol: «Nicht nur die Eidgenossen mussten auf der Hut vor den Österreichern sein, auch die Bündner [...] In dieser Ungewissheit beschlossen die Bünde zusammenzukommen und sich zu vereinigen. Das geschah zu Vazerol im Jahre 1471. [...] Der Bischof Ortlieb von Brandis war da, der Abt von Disentis, und viele andere edle Herren waren gekommen und Boten aus allen Tälern Graubündens.» Daraufhin werden in vereinfachter Form einige wesentliche Punkte des Bundesvertrags, wie er urkundlich 1524 vorliegt, aufgezählt. Das Fazit des Autors: «[...] alle Bünde umfasste nun ein treues Band. Man sprach und schrieb jetzt von den Dryen pündt, wenn man Graubünden meinte. Der Weiler Vazerol ist das Bündner Rütli. Der Fremde, der im Auto vorbeirast, dem schönen Engadin entgegen, weiss nichts davon. Ihr aber müsst es wissen: Da ist geweihter Boden, geweiht durch den Schwur der Ahnen.»⁶

Der Freistaat wurde also gemäss Martin Schmid 1471 gegründet. Was aber meinte er zum Jahr 1524? Im Hauptkapitel über die Reformation heisst es: «Der Ilanzer Bundesbrief von 1524 erneuerte den Bund von Vazerol. Er ist das älteste, noch erhaltene Landesgesetz. Es ziemt sich also, kurz von ihm zu reden.» Dann werden kurz einige Inhalte aufgezählt. Da der Bundsbrief im Kontext der Reformation verfasst wurde, wird erwähnt, dass «die Artikel über die Geistlichkeit, die an Ostern [1524] aufgestellt wurden»,⁷ bestehen bleiben (in diesen Artikeln hatte die Drei Bünde die Pflichten der Pfarrer genauer geregelt, unter anderen die Wohnsitzpflicht in ihren Gemeinden). Der Bischof habe sich geweigert, den Bundsbrief zu siegeln.⁸

Die Geschichte vom Bündner Rütli hat Schmid weitgehend vom Vorgängerlehrmittel übernommen, der *Schweizer Geschichte für Bündner Schulen* von Friedrich Pieth, die 1919 (zweiter Teil) und 1926 (erster Teil) erschien. Überhaupt

5 Leben in Graubünden: Lehrmittel zu Geografie, Geschichte und zu lebenskundlichen Themen, Bd. 1, Chur 2008, Zitat S. 96 (erschieden auch italienisch: *Vivere nei Grigioni*, und rätoromanisch: *Viver en il Grischun*); Handbuch der Bündner Geschichte, hg. vom Verein für Bündner Kulturforschung, 4 Bände, Chur 2000.

6 Martin Schmid, *Schweizer Geschichte für Bündner Schulen*, Chur 1964, Bd. 1, Zitate S. 120 und 121 (erschieden auch italienisch: *Storia Svizzera per le scuole del Grigioni italiano*, und rätoromanisch: *Vallader, Istorgia svizra per las scoulas grischunas*).

7 Damit sind die ersten sogenannten Ilanzer Artikel vom 4. April 1524 gemeint, siehe Martin Bundi, Ilanzer Artikel, in: HLS, Version vom 22. 1. 2008, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/017173/2008-01-22>, abgerufen am 15. 4. 2025.

8 Martin Schmid, *Schweizer Geschichte für Bündner Schulen*, Chur 1965, Bd. 2, Zitate S. 86 und 87.

beruht das Werk von Schmid überwiegend auf diesem Lehrmittel. Schmid's Beitrag besteht hauptsächlich in der sprachlichen Vereinfachung und Verkürzung. Pieth schreibt zu Vazerol: «Vazerol ist für jeden Bündner ein ehrwürdiger Name. Hier ist das Herz, der Mittelpunkt des Landes. Es ist die denkwürdige Stätte, wo die Boten aller drei Bünde zuerst zusammenkamen, um Rat zu halten. Es ist der Ort, wo sie sich im Jahre 1471 versammelten, um durch einen feierlichen Eid die Vereinigung der drei Bünde zu einem Staate zu beschwören.» Den Bundsbrief von 1524 beschreibt er wie Schmid als Erneuerung und erwähnt, dass er noch erhalten und für fast 300 Jahre das wichtigste Gesetz des Dreibündestaates gewesen sei.⁹

Wir sehen: In der Schulbuchtradition wird die Entstehung des Freistaats noch bis Ende des 20. Jahrhunderts auf 1471 festgelegt. War es also falsch, im Jahr 2024 ein 500-Jahr-Jubiläum des Freistaats und damit Graubündens zu feiern? Wenn wir in die Standardwerke der Bündner Geschichte blicken, können wir Entwarnung geben. Friedrich Pieth selbst schreibt in seiner Bündner Geschichte, die 1945 erschien und immer noch ein brauchbares Standardwerk ist, dass die Überlieferung die Vereinigung der Drei Bünde ins Jahr 1471 verlege, wofür aber «einwandfreie urkundliche Belege fehlen». Sicher sei, dass Boten der drei Bünde schon 1461 auf Vazerol zusammengetreten seien und so werde sich die Vereinigung «entsprechend dem politischen Bedürfnis, ganz allmählich, ohne feierlichen Akt und Bundesschwur vollzogen haben». Er verweist weiter auf den urkundlich belegten Zusammenschluss zwischen dem Oberen Bund und den Zehn Gerichten vom Jahr 1471 und betont, damit seien alle Bündner bilateral miteinander verbunden gewesen. Deshalb dürfe das Jahr 1471 als das Datum ihrer Vereinigung zum Freistaat Gemeiner Drei Bünde angenommen werden. Pieth erwähnt aber auch, dass eine verfassungsmässige Grundlage erst 1524 geschaffen worden sei, ohne dass darin fundamental Neues enthalten gewesen sei. Man darf insgesamt davon ausgehen, dass Friedrich Pieth sowohl mit einer 500-Jahr-Feier im Jahr 1971 wie auch mit der Feier im Jahr 2024 gut hätte leben können.¹⁰ In den Jahrzehnten nach Pieth hat sich die Geschichtsschreibung ziemlich eindeutig für 1524 als das richtige Gründungsjahr entschieden, wie beispielsweise die Periodisierung der Bündner Geschichte im Kantonsartikel Graubünden des historischen Lexikons der Schweiz zeigt.¹¹

Es ist immerhin bemerkenswert, dass sowohl Pieth wie auch Martin Schmid, der Pieths Werk ja zweifellos genau kannte, in ihren Schulbüchern wider besseres Wissen anschaulich einen Eid auf der Wiese bei Vazerol beschreiben und diese zum Bündner Rütli verklären, während Vazerol im Schulbuch 2008 nicht einmal

9 Friedrich Pieth, *Schweizer Geschichte für Bündner Schulen*, Chur 1926 (erster Teil für die 5. bis 7. Klasse, nachdem der zweite Teil bereits 1919 für die 8. und 9. Klasse erschienen war; 1933 in leicht angepasster Form auch italienisch erschienen: *Storia Svizzera per le Scuole dei Grigioni*), Zitat S. 165, zum Bundsbrief von 1524 siehe S. 279–280.

10 Friedrich Pieth, *Bündnergeschichte*, Chur 1945, S. 84–85, Zitat S. 84.

11 Artikel Graubünden im HLS, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/007391/2023-08-29>, abgerufen am 18. 4. 2025.

mehr erwähnt wird. «Kinder brauchen Geschichten»,¹² war wohl die Position von Pieth und Schmid, wobei sie unterschätzten, dass die schulischen Erzählungen auch das Geschichtsbild der Erwachsenen nachhaltig prägen, wenn sie sich später nicht mehr mit geschichtlichen Fragen befassen.

In der professionelleren Geschichtsschreibung gab es schon lange vor Pieth starke Zweifel an einem feierlichen Bundesschwur zu Vazerol. Bereits Conradin von Mohr, dessen quellenbasierte Bündner Geschichte von 1869 bis 1874 erschien, äusserte solche Zweifel; und bereits von Mohr vermisste schmerzlich eine entsprechende Urkunde, die als Beleg hätte dienen können. Es fällt ihm auch auf, dass nirgends eine solche Urkunde zwischen 1471 und 1524 erwähnt werde. Für ihn – wie auch für heutige Historiker:innen – ist aber offensichtlich, dass die drei Bünde schon vor 1524 zusammenarbeiteten, und mindestens einzelne Bundstage auch in Vazerol abhielten. Und auch er weiss vom Bündnis des Zehngerichtebundes mit dem Grauen Bund vom März 1471, mit dem «das letzte Glied der Kette hinzugeschmiedet [wurde], welche als starkes Band den rätischen Staatskörper umschlingen sollte». Entscheidend für die Organisation des Freistaats ist für ihn jedoch die Urkunde von 1524, die er in vollem Wortlaut zitiert.¹³

Ganz aufgeben will Mohr die Hoffnung auf weitere Erkenntnisse zu Vazerol nicht, denn «wie nicht anders zu erwarten, hat die bevorstehende Bundesfeier viele Federn in Bewegung gesetzt». Mohr bezieht sich dabei auf die geplante Säkularfeier von 1871.¹⁴

Die Vazeroler Feier 1871

Der Mythos vom Vazeroler Schwur war im 19. Jahrhundert noch so stark verbreitet, dass eine allfällige Feier ausgehend vom Jahr 1524 im Jahr 1824 – parallel zum Schwur unter dem Trunser Ahorn –¹⁵ überhaupt kein Thema war. Erst auf das Jahr 1871 hin sollte eine Jubiläumsfeier «400 Jahre Freistaat», ausgehend vom Vazeroler Schwur organisiert werden; genau zu der Zeit also, als Conradin von Mohr Zweifel an der Realität des Schwurs bekundete.¹⁶

¹² So der Titel mehrerer pädagogischer Bücher, Blogs usw., wohl häufig in Anlehnung an den Bestseller von Bruno Bettelheim, *Kinder brauchen Märchen*, deutsch erstmals Stuttgart 1977.

¹³ Conradin von Mohr, *Geschichte von Currätien und der Republik Graubünden*, 1. Band, Chur 1869, S. 386–387, Zitat S. 386. Text der Urkunde von 1524: Conradin von Mohr, *Geschichte von Currätien und der Republik gemeiner drei Bünde*, 2. Band, Chur 1871, S. 65–72.

¹⁴ Von Mohr, 2. Band (wie Anm. 13), Kapitel «Der Bundsbrief von 1524», S. 60–74, Zitat S. 74.

¹⁵ 1424 war der Obere oder Graue Bund gegründet worden und 1824 fand in Trun eine entsprechende Jubiläumsfeier statt (siehe unten).

¹⁶ Eine gute, etwas trockene Darstellung der Jubiläumsfeierlichkeiten von 1871 beziehungsweise der entsprechenden Planungen liefert Paul Gillardon, *Notizen zur Entstehungsgeschichte des Vazeroler Denkmals in Chur (1869–1882) und zur Aufstellung des Gedenksteins in Vazerol (1880–1881)*, in: *Bündnerisches Monatsblatt. Zeitschrift für Bündner Geschichte, Landes- und Volkskunde*, Nr. 4, 1928, S. 97–111. Die Archivquellen zum Jubiläum 1871 finden sich heute unter den folgenden Signaturen: StAGR, B 1382, Akten betr. das Jubiläumsfest und die Errichtung

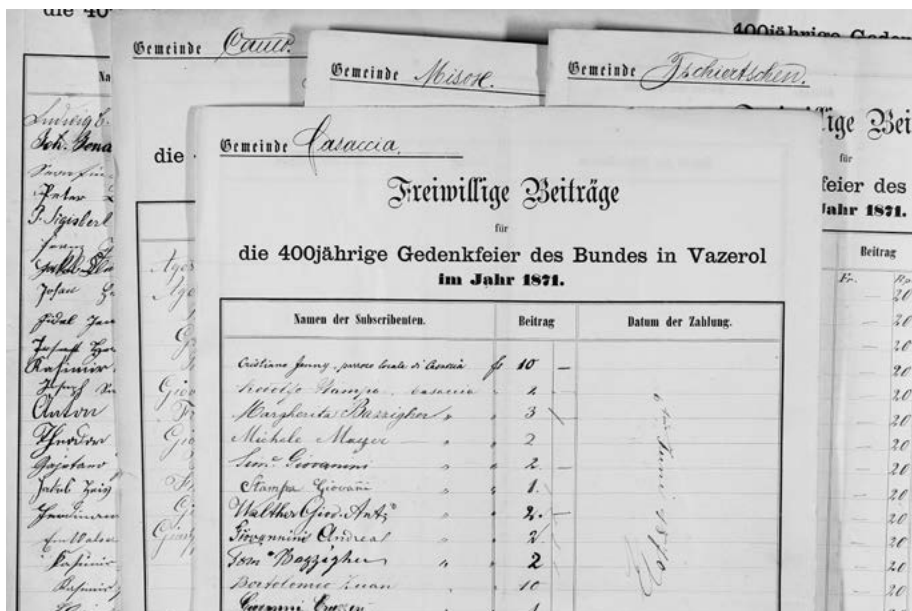


Abb. 1: Subskriptionsbogen zur geplanten 400-Jahr-Feier von 1871 (Schwur von Vazerol) aus dem Jahr 1870. (StAGR, XII 33a)

Um es gleich vorwegzunehmen: Wenn man nach einem Beispiel für eine gescheiterte Jubiläumsplanung mit tragikomischen Zügen sucht, dann findet man hier ein sehr eindrückliches. Kantonsschulrektor Bott beschrieb die Ursprünge so: «Von Sänger- und Schützengelagen ausgegangen und auf festlichen Rednerbühnen unter dem stürmischen Wiederhall des obligaten dreimaligen Hoch in die Mitte des Volkes hinausgetragen, gelangte das Projekt an den Grossen Rat, der [...] demselben seinen Beifall zollte [...].»¹⁷ Ein erstes Organisationskomitee wurde vom Kleinen Rat (der dreiköpfigen Bündner Regierung) am 8. Oktober 1869 eingesetzt. Beim Sammeln privater Beiträge an die Gedenkfeier des Bundes zu Vazerol war es recht erfolgreich, es kamen stolze 5629 Franken zusammen, aus allen Teilen des Kantons. Das ist in Relation zum ursprünglich vorgesehenen Budget von 18000 Franken ein stattlicher Betrag und zeigt, dass zu dieser Zeit der Schwur von Vazerol noch zum Allgemeinwissen gehörte und dass sich breite Kreise eine Feier gewünscht hätten. Weniger erfolgreich als beim Geldsammeln war das Komitee bei der Planung der Feiern; das Festprogramm und das definitive

des Vazerol-Denkmal, 1869–1880. Aus dem Besitz von Regierungsrat Paul Janett; StAGR, XII 33 a) Vazerol 1871, 1870–1874 (hier sind insbesondere die Subskriptionsbögen der Gemeinden mit den Spenden für das Jubiläum zu finden); Protokolle des Kleinen Rates, CB V/3.

¹⁷ Jakob Bott, Der angebliche Bund von Vazerol vom Jahre 1471, Chur 1880, S. 1. Zur Person von Bott siehe Lexicon Istoric Retic (LIR), Art. Bott, Jakob (1815–1883), e-LIR, <http://e-lir.ch/index.php?id=381&lemma=bott&chavazzin=&lang=r>, abgerufen am 25. 4. 2025.



Abb. 2: Der Regierungplatz in Chur mit dem Vazerol-Denkmal in seiner Umfriedung, um 1900. (Foto Lienhard & Salzborn, StAGR, FN IV 13/18 C 351)

Budget wollten und wollten nicht zustande kommen. Ende 1870 kam die Anfrage der Regierung, ob man das für 1871 vorgesehene Fest verschieben wolle. Das Komitee stimmte geradezu erleichtert zu. Verschiedene Gründe wurden angeführt: die erbitterten Auseinandersetzungen um die Revision der Bundesverfassung 1874, der Deutsch-Französische Krieg und seine Auswirkungen sowie die Last drückender Steuern. Ein weiterer wichtiger Grund für die getrübbte Festfreude war wohl die temperamentvoll geführte Debatte, ob 1871 überhaupt das richtige Ausgangsjahr für eine Jubiläumsfeier sei. Nach der ersten Verschiebung folgte 1871 die zweite, und 1872 wurden die Festlichkeiten sang- und klanglos abgesagt.

Mittlerweile war aber ein zweites Festkomitee an der Arbeit, und es realisierte mit dem gesammelten Geld immerhin ein Denkmal. Der Churer Bildhauer Augusto Bianchi schuf aus Splügener Marmor einen dreiseitigen Obelisk, der auf jeder Seite im Relief das Wappen eines der drei Bünde zeigte: Oberer Bund, Gotteshausbund und Zehngerichtebund. Es war aber vorerst unklar, wo das Denkmal aufgestellt werden sollte: zu Vazerol oder in der Hauptstadt Chur? Und wenn in Chur, wo genau? In dieser Situation wurde der Obelisk 1874 vorerst im Zeughaus untergebracht, wo er jahrelang lagerte. Kantonsschulrektor Bott schreibt 1880: «Sollte Jemand nach dem Vazeroler Denkmal wundern, so sei ihm hiermit kund und zu wissen gethan, dass ein solches, soll eine Art Obelisk sein, wirklich besteht und im Zeughause zu Chur in Gesellschaft alter Waffen, Lanzen, Bogen, Speere, Streitäxte, Pulverwagen etc. liegt und den Schlaf des Gerechten ruht [...]».¹⁸ Im Jahr 1880, sechs Jahre nach der Einlagerung kam aber, nicht zuletzt durch kritische Zeitungsartikel angeregt,¹⁹ Bewegung in die Angelegenheit. Anfangs Mai schrieb die Regierung an die Gemeinde Brienz/Brinzauls, zu welcher der Hof Vazerol gehörte, und fragte sie an, ob sie den Churer Obelisk oder «einen schönen grossen Felsblock, als echtes Kind unserer Berge, mit der angemessenen Gedenktafel»²⁰ in Vazerol aufgestellt sehen wolle. Es wurde schliesslich beschlossen, auf Vazerol einen schlichten Felsblock mit eingelassener gusseiserner Tafel zu setzen, während der Obelisk in Chur zur Geltung kommen sollte. Im Herbst 1881 konnte der Gedenkstein in Vazerol errichtet werden und Ende 1881 kam der Obelisk endlich auf den Churer Regierungsplatz zu stehen. Es fehlte noch die damals offenbar als zwingend notwendig erachtete Einfriedung mit einem Zaun und eine ansprechende Bepflanzung. Endgültig abgeschlossen wurde die Gestaltung 1882. Ein Nachweis für eine Einweihungsfeier des Obelisk und des Vazeroler Steins findet sich weder in den Akten des Staatsarchivs noch in denjenigen des Stadtarchivs Chur; vielleicht würde eine ausgedehnte Zeitungsrecherche zu Ergebnissen führen. Hohe Wellen haben die Einweihungen jedenfalls sicher nicht geschlagen.

Die erste grosse gesamtkantonale Jubiläumsfeier gelang in Graubünden erst 1899. Sie erinnerte an den Sieg der Bündner und der mit ihnen verbündeten

¹⁸ Bott (wie Anm. 17), S. 4.

¹⁹ Zum Beispiel im Bündner Volksblatt, Nr. 20, 1879.

²⁰ Zitiert nach Gillardon (wie Anm. 16), S. 107.



Abb. 3: Der Gedenkstein bei Vazerol, im Mai 2024: «ein schöner grosser Felsblock als echtes Kind unserer Berge». (Foto Reto Weiss, Mai 2024)

Eidgenossen in der Calvenschlacht im Jahr 1499, die während des Schwabenkriegs geschlagen wurde. Nun kam alles zustande, was damals zu einem würdigen Jubiläum gehörte: Umzüge mit Trachtengruppen, ein Festspiel, eine Festschrift und Denkmäler. Der Obelisk wurde Teil einer Churer *via triumphalis* an der Grabenstrasse, mit Denkmälern für Benedikt Fontana, Johann Gaudenz von Salis-Seewis und einem Brunnen für Duonna Lupa aus Tschlin, die ihr Dorf im Schwabenkrieg mit einer List vor der Plünderung und Einäscherung durch österreichische Soldaten gerettet haben soll.²¹

²¹ Vgl. dazu Peter Metz, Geschichte des Kantons Graubünden, Bd. 2 (1848–1914), Chur 1991, Kapitel «Festlicher Ausklang» (des 19. Jahrhunderts), S. 535–544. Metz gibt einen kurzen Überblick über die – gescheiterte – Vazeroler Feier und schildert dann detailliert die Calvenfeier 1899. Er zeigt auf, dass auch hier das Gelingen keineswegs von vorneherein feststand. Nach der Feier 1899 folgte etwas später noch die Errichtung des Fontanadenkmals 1903, das ebenfalls an die Calvenschlacht erinnert (S. 546–547). Zur Churer «Via Triumphalis» Luzi Dosch, Zur städtebaulichen und architektonischen Entwicklung der Stadt Chur im 19. und 20. Jahrhundert, in: Churer Stadtgeschichte, hg. von der Stadt Chur, Chur 1993, S. 216–218, Abschnitt «Denkmäler». Siehe auch die Einschätzung von Georg Jäger, Graubündens Integration in die Schweiz, in: Handbuch der Bündner Geschichte, Bd. 3 (wie Anm. 5), S. 319–321. Fontana habe als schweizerischer Nationalheld des Schwabenkriegs alle anderen lokalen Befreier überstrahlt. Die Parallelen zwischen der Schweizer Gründungstradition und der bündnerischen sind mit Händen zu greifen (zum Beispiel gleicht der Schwur zu Vazerol dem Rütli Schwur und Benedikt Fontana stirbt ähnlich wie Winkelried). Inwiefern es sich um bewusste Plagiate handelt, wäre genauer zu untersuchen. Der Bündner Historiker Peter Röthlisberger hat dem Thema einen spöttischen Artikel gewidmet: «Graubünden will ein Matterhorn. Erst den Winkelried, dann das Rütli – und jetzt auch noch den Berg der Berge. Kopieren hat in der Ferienecke der Schweiz Tradition, und das seit über 100 Jahren», in: Die Weltwoche, 8. 8. 2002.

Die Denkmäler in Vazerol und Chur in der Gegenwart

Geblichen sind von den Bemühungen um eine Jubiläumsfeier 1871 zur Gründung Graubündens zwei Denkmäler.²² Sie stehen heute, im Jahr 2024, immer noch unverseht an ihren in den 1880er-Jahren zugewiesenen Plätzen auf Vazerol und in Chur. Der Hof beziehungsweise Weiler Vazerol liegt direkt neben der Kantonsstrasse zwischen der Lenzerheide und Tiefencastel, also historisch an der Oberen Strasse, nahe beim geografischen Mittelpunkt Graubündens. Vazerol gehört zur ehemaligen Gemeinde Brienz/Brinzauls (seit 2015 Gemeinde Albula/Alvra), deren Wappen sich auf Vazerol bezog und den Zusammenschluss der Drei Bünde symbolisch darstellte: In blau drei ineinandergehängte goldene Ringe.²³ Der Weg zum Denkmal ist beinahe zugewachsen, Besuche sind offenbar selten. In tiefem Frieden ruht der Gedenkstein unter einer Winterlinde. Neben ihm verläuft die Mauer der schlecht dokumentierten «Casa scolare», eines Schulgebäudes, das schon im 18. Jahrhundert eine Ruine war. In der umgebenden Wiese wachsen Leimkraut, Wiesensalbei und viele weitere Blumen. Kuhglocken läuten, und ein Kuckuck ruft. Was erstaunt, ist ein verlassenes Bienenhäuschen unmittelbar unterhalb des Denkmals. Sein Betrieb förderte dessen Besuch wohl nicht gerade. Die gusseiserne Tafel orientiert kurz und sachlich, aber nur auf Deutsch: «ZUR ERINNERUNG AN DIE VEREINIGUNG DES OBEREN BUNDES DES GOTTESHAUSBUNDES UND DES ZEHNGERICHTENBUNDES ZU VAZEROL 1471». Das sympathische Denkmal ist in einem Kulturwegführer der Gemeinde Brienz/Brinzauls recht ausführlich beschrieben. Eine gewisse Enttäuschung, dass Vazerol mittlerweile als Ort der Vereinigung der Drei Bünde entthront ist, merkt man dem Führer an: Zwar sei es nicht quellenmässig belegt, dass Vazerol der Ort der Vereinigung sei,

22 Steckbriefartige Beschreibungen der Denkmäler: Leza Dosch et al., Bündner Bautenverzeichnis 1800–1970, Chur 2004; Vazerol mit Verzeichnis-Nr. 342, der Obelisk in Chur mit Verzeichnis-Nr. 734. Zum Obeliken siehe auch Christian Hössli-Mutti, Das «weisse Band»: von der alten Splügenpass-Strasse und einem Marmorsteinbruch, in: Bündner Kalender 147, 1988, S. 83–85 (insbesondere die Ergänzung der Redaktion: Das Vazerol-Denkmal in Chur ist ein Werk aus Splügner Marmor, S. 85). Zum Denkmal von Vazerol siehe auch Gemeinde Brienz/Brinzauls, Kulturweg Brienz/Brinzauls, Wegweiser, Brienz 2007/10, S. 19–21, <https://angebote.paerke.ch/uploads/6f/6fc2efd33a83f87131353doc13f93c5a.pdf>, abgerufen am 19. 4. 2025. Der Besuch auf Vazerol fand an einem sonnigen Tag im Mai 2024 statt, den Obeliken hat der Schreibende täglich vor Augen.

23 Wappenbuch des Kantons Graubünden, hg. von der Standeskanzlei Graubünden, Chur 1982, S. 167. Das Wappen von Brienz/Brinzauls wurde erst im 20. Jahrhundert geschaffen. Da der Schwur von Vazerol damals bereits als Mythos und nicht mehr als geschichtliche Tatsache galt, verzichtete man auf die ursprünglich vorgesehenen Schwurhände und begnügte sich mit drei ineinander verflochtenen Ringen, genauer sogenannten borromäischen Ringen. Schneidet man einen der drei auf, sind die beiden anderen ebenfalls frei. Damit ist symbolisch dargestellt, dass es für den Gesamtstaat zwingend alle drei Bünde braucht. Die borromäische Verflechtung entspricht allerdings nicht der historisch 1471 entstandenen Situation, in der jeder der drei Bünde mit den anderen zwei bilateral verbunden war. Präzise wäre eine Darstellung der drei Ringe als dreigliedrige geschlossene Kette.

aber es sei auch nicht gelungen, nachzuweisen, wo denn die Vereinigung sonst stattgefunden habe.²⁴

Der Churer Obelisk seinerseits steht mitten auf dem Regierungsplatz, spätestens seit der Neugestaltung des Platzes 1994 ohne Einfriedung und ohne Bepflanzung. Man kann also mit dem Denkmal auf Tuchfühlung gehen.²⁵ Auf einer Bodenplatte steht ein Sockel aus Albulagranit, darauf ist der Obelisk aus weissem Splügner Marmor montiert. Sowohl der Obelisk als auch der Sockel haben drei Seiten. Jede der drei Seiten des Obeliskens zeigt das Wappenrelief eines der drei Bünde. Der Sockel hingegen präsentiert auf seinen drei Seiten an Urkundentexte angelehnte Inschriften, die erst kurz vor der Aufstellung im Jahr 1881 definiert worden waren. Man würde nun erwarten, dass auch beim Sockel jede Seite einem der drei Bünde gewidmet worden wäre. Auf zwei Seiten ist das auch so. Auf derjenigen mit dem Wappen des Oberen oder Grauen Bundes auf dem Obeliskens wird im Sockel das Gründungsdatum 1424 genannt, dann folgt im Oberländer Romanischen der Satz: «LA LIGIA DENTER ILS NOBELS ED IL LIBER PIEVEL A TRUN. NUS LEIN ESSER E RESTAR FIDEIVELS BUNS CONFEDERAI, SCHI DITG SCO CUOLMS E VALS STATTAN.»²⁶ Ebenso wird beim Zehngerichtebund das Jahr 1436 genannt und dazu die frühneuhochdeutsch anmutende Erinnerung: «BÜNDNISS DER X GERICHTE ZU DAVOS. DIE X GERICHTE HABEN GELOBT UND GESCHWOREN DASS SIE EINANDERN BEHOLFEN SOND SEIN.» Nun ergab sich aber ein Problem: Wo sollte man denn über die dreiseitige Vazeroler Verbindung, beziehungsweise den Vazeroler Schwur des Jahres 1471, der doch der eigentliche Anlass für die Aufstellung des Denkmals war, informieren? Man entschied sich, dies auf der Seite des Gotteshausbundes zu tun. Sein Gründungsdatum war ohnehin unklar und wurde erst später auf 1367 festgelegt. Und so liest man unter dem Wappen des Gotteshausbundes in Italienisch, der dritten Kantonssprache: «UNIONE ETERNA FRA LE TRE LEGHE DELLA REZIA SUPERIORE A VAZEROL. GUERRA NON FIA, SE GUERRA NON VOGLIONO UNANIME LE TRE LEGHE.»²⁷ Der Gotteshausbund ist also nur im Wappen präsent und muss auf eine Inschrift verzichten. Es ist erstaunlich, dass diese Gestaltung in Chur, im Hauptort des Gotteshausbundes, nicht für mehr Aufsehen beziehungsweise Stirnrunzeln gesorgt hat und sorgt. Den historisch Gebildeten unter den Denkmalbetrachter:innen, wie etwa Christian Ruch, der

24 Kulturweg Brienz/Brinzauls (wie Anm. 22), S. 20.

25 Vgl. zur Platzgestaltung Armon Fontana, Chur: der Stadtführer, Chur 2003, S. 60, und INSA, Inventar der neueren Schweizer Architektur 1850–1920, Biel, La Chaux-de-Fonds, Chur, hg. von der Gesellschaft für Schweizerische Kunstgeschichte, Bern 1982, S. 297–298. Akten im StAGR, VIII 5 b 1, und beim Hochbauamt Graubünden.

26 Der Bund zwischen den Edlen und dem freien Volk zu Trun. Wir wollen sein und bleiben treue gute Bundesgenossen, so lange Grund und Grat stehen (so die formelhafte Wendung im Deutschen; das bedeutet auf ewige Zeiten).

27 Frei übersetzt: Ewiges Bündnis zwischen den Drei Bünden in Oberrätien zu Vazerol. Es soll kein Bund einen Krieg ohne Wissen und Willen der anderen beginnen. Dies war in der Folge eine der wichtigsten Bestimmungen des Bundsbrieves von 1524, die hier sozusagen zurückdatiert wird (siehe auch unten).

2023 in der Bündner Woche den Obelisk vorstellte, fällt vor allem Vazerol und 1471 auf, was «Fake News aus Stein» seien.²⁸

Es hätte auch andere Möglichkeiten für Inschriften gegeben. Ein eher satirisch gemeinter Vorschlag des Bündner Volksblattes gegen Ende 1881 lautete: «An die Riesentafeln unseres Alpentempels ist der ewige Urbrief der Freiheit geheftet. Freies Bündnervolk, geniesse würdig das freie Erbe!» Realisiert wurden aber die oben vorgestellten Inschriften in den drei Kantonssprachen, weil dies im Publikum vielfach gewünscht worden sei. Bissig kommentierte das Volksblatt: «Diesem Vorschlag [also dem realisierten] können gewiss auch die Todfeinde der romanischen Sprache beipflichten und dafür mitwirken, dass diese, wenn sie dem Untergange geweiht werden soll, doch wenigstens auf einem Monument aus Erz und Stein verewigt bleibe.»²⁹

Während der Gedenkstein zu Vazerol und das «Bündner Rütli» heute im Dornröschenschlaf versunken sind, wird der Obelisk auf dem Regierungsplatz durchaus beachtet. Im Jahr 2019 wurde er restauriert, sodass der weisse Marmor wieder strahlt und die Inschriften goldgelb leuchten. Der Obelisk ist fester Bestandteil jeder Churer Stadtführung und bietet Gelegenheit, die Gründungsgeschichte Graubündens zu erzählen. Aus Anlass des 2024 gefeierten Jubiläums wurde beschlossen, dem Obelisk gegenüber Informationstafeln aufzustellen, die den Schwur von Vazerol als Mythos und 1524 als das korrekte Gründungsdatum des Freistaats der Drei Bünde und damit Graubündens überhaupt bezeichnen.

Die Debatte um Vazerol

Wie oben ausgeführt, scheiterte die 1871 geplante Jubiläumsfeier. In der langen Zeit zwischen ihrer Lancierung bis zur Aufstellung der Denkmäler im Jahr 1881 entspann sich eine lebhafteste Historikerdebatte. Beteiligt waren der bereits zitierte Kantonsschulrektor und Pfarrer Jakob Bott, der Regierungsrat und Jurist Friedrich Wassali, sowie der Redaktor und Politiker Florian Gengel.³⁰

Kaum war mit der grossen Versammlung im Kasinosaal von Chur am 28. Juni 1869 die Jubiläumsfeier lanciert worden, startete Jakob Bott eine Vortragsreihe unter dem Titel: «Der angebliche Bund von Vazerol vom Jahre 1471», mit der er den Mythos von Vazerol ein für alle Mal zertrümmern wollte. Seine Anforderungen an eine Jubiläumsfeier formulierte er so: «Eine geschichtliche Feier darf der historischen Grundlage in keiner Weise entbehren. Das Volk verlangt, wenn es sich begeistern soll, nach Realitäten und begnügt sich nicht mit blossen Phantasmagorien; Thatsachen will es, die für alle Zukunft von wohlthätiger Wirkung

28 Christian Ruch, Fake News aus Stein?, in: Bündner Woche, Nr. 35, 30. 8. 2023, S. 28–29.

29 Bündner Volksblatt, Nr. 49, 1881, S. 3–4.

30 Zu Friedrich Wassali (1820–1882) und Florian Gengel (1834–1905) siehe die Personenartikel im HLS, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/005299/2012-12-19> und <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/003569/2009-12-02>, beide abgerufen 25. 4. 2025; zu Jakob Bott siehe LIR (wie Anm. 17).

gewesen sind; es fordert nicht weniger auch Orientierung über Zeit und Ort, da dieselben geschahen, weil sichere Kenntnis des Wann und Wo im gegebenen Fall sehr geeignet sind, die Phantasie zu fesseln, das Herz zu erheben, die Gegenwart in die Vergangenheit und diese in jene zu versetzen.»³¹

Man darf vermuten, dass neben dem Kampf für die historische Wahrheit beim ausserordentlichen Engagement des Jakob Bott gegen den angeblichen Bund von Vazerol auch etwas Abneigung gegen die festfrohen, aber ignoranten Sänger- und Schützenkreise mitgespielt hat, aus deren Kreisen die Initiative für eine Jubiläumsfeier gekommen war. Wie auch immer, seine Aktivität war sicher sehr ungünstig für das geplante Jubiläum und trug zum Scheitern bei.

Zu den differenzierten und detaillierten Ausführungen Botts gehört die Zusammenstellung der chronikalischen Notizen zum Bund von Vazerol. Es ist amüsant zu lesen, wie nach der ersten Erwähnung des Bundesschwurs als Tatsache bei Fortunat Sprecher anno 1617 schon bald klar wird, wer die Teilnehmer waren. Und schliesslich weiss Nicolin Sererhard um 1740 genau, wie die Tagboten aussahen und berichtet von einer Säule, an der sie ihre Proviantssäcklein aufgehängt hätten. Diese Säule soll Besuchern noch lange gezeigt worden sein. Heute ist sie nicht mehr aufzufinden.³²

Regierungsrat Friedrich Wassali versuchte das Jubiläum zu retten. Seine Schrift erscheint allerdings erst 1882. Er macht als Jurist auf eine Schiene der Überlieferung aufmerksam, die Bott vollständig ignoriert, nämlich auf die frühen Veröffentlichungen von Landsatzungen. Erstmals wurden solche 1619 gedruckt,³³ es folgten weitere Publikationen von Landsatzungen im 17. und 18. Jahrhundert. Zur Zusammenstellung gehörte ganz selbstverständlich auch der Bundsbrief von Vazerol. Der Text entsprach praktisch vollständig demjenigen des Bundsbriefs von 1524. Friedrich Wassali schreibt dazu: «Wenn in den oben angeführten Landessatzungen, die sich als amtliche Zusammenstellungen und gedruckte Publikationen der bestehenden Landesgesetze qualifizieren, ausdrücklich der älteste Bundsbrief als anno 1471 erlassen erklärt wird [...], so kann ein gerechter Zweifel in die Richtigkeit der Jahreszahl 1471 für den ersten Bundesbrief nicht aufkommen und behauptet werden».³⁴

Florian Gengel machte sich ebenfalls für das Jubiläum stark. Er erinnerte daran, dass nach dem urkundlich belegten Zusammenschluss des Zehngerichtebundes mit dem Grauen Bund vom 21. März 1471 alle Bünde miteinander verbunden waren. Und da es erwiesen war,³⁵ dass die Zusammenarbeit der Drei Bünde lange vor 1524 begann, plädierte er dafür, die Feier auf dieser Tatsache

³¹ Bott (wie Anm. 17), S. 4.

³² Bott (wie Anm. 17), S. 21–29.

³³ Landsatzungen Gemeiner dreier Pündten in alter hoher Raetia gelegen, [o. O.] 1619. Darin: II., Die Artickel dess Puntsbriefs im 1471. Jahr zu Vazerol uffgericht und sythar mehrmahlen erneuweret (ohne Seitenzahlen).

³⁴ Friedrich Wassali, Der Bund von Vazerol. Ein Beitrag zur Geschichte der drei rhätischen Bünde, Chur 1882, S. 22–23.

³⁵ Dies wird auch heute so gesehen, vgl. die Darstellung der Vorgeschichte des Bundsbriefs von

zu basieren. Ab 1471 begannen die Drei Bünde gemeinschaftliche Abschiede zu erlassen, dies ist für ihn der entscheidende Punkt. Zudem heisse es ja im Bundsbrief von 1524 selbst, er sei lediglich eine Erneuerung bestehender Bündnisse. Die entsprechende Passage im Bundsbrief 1524 war, nebenbei bemerkt, für praktisch alle Historiker im 19. Jahrhundert der Beleg dafür, dass es einen früheren Bundsbrief aller drei Bünde gegeben haben müsse. Heute sieht man das differenzierter und ist der Ansicht, der Bundesbrief habe generell «die älteren Bündnisse in der Region bekräftigt und ersetzt», ohne dass es einen exakten Vorläufer gegeben habe.³⁶ Gengel sieht verschiedene Anknüpfungspunkte für eine Bundesfeier, am passendsten sei aber 1471, weil ab diesem Datum der Dreibündestaat funktioniert habe, ob in Vazerol gegründet oder nicht. Denn «das ist eine europäische Tatsache, dass in Hohenrhätien der erste für die Dauer und auf Volksfreiheit gegründete Bundesstaat entstanden ist. Das ist an der rhätischen Freiheitsgeschichte das wahrhaft zu feiernde. Und nicht der Brief, der Fetzen Papier, ist zu feiern, sondern die Volkstat, die solches geschaffen, der ausdauernde republikanische Volkssinn, der es durch alle dräuenden Gefahren des Krieges und der diplomatischen Künste grosser und kleiner Mächte erhalten.»³⁷

Im 20. Jahrhundert musste der Mythos von Vazerol nochmals zertrümmert werden. Auf Anfrage der Regierung verfasste Staatsarchivar Rudolf Jenny 1968 ein ausführliches Gutachten, in dem er unzählige Male betonte, dass der Schwur von Vazerol nicht stattgefunden habe – worauf die Regierung fand, die Voraussetzungen für eine Bündner 500-Jahr-Feier im Jahr 1971 seien nicht gegeben. Sozusagen im Kleingedruckten betonte Jenny zwar, dass man durchaus die Tatsache feiern könnte, dass ab 1471 alle drei Bünde bilateral verbunden waren. Ebenso meinte er, eher nebenbei, dass man eventuell 1974 auf der Basis des Briefs von 1524 feiern könnte, «wenn man bereit sei, die Feste zu feiern, wie sie fallen». Ein 450-Jahr-Jubiläum zu begehen, schien ihm offenbar nicht rund genug.³⁸ Und so kam es, dass erst 2024 das erste Mal die Gründung des Freistaats Gemeiner Drei Bünde und damit Graubündens überhaupt gefeiert wurde – basierend auf einem Originalpergament, das als «verfassungsrechtliche Krönung»³⁹ der vorangegangenen Bemühungen um die Zusammenarbeit der Drei Bünde angesehen werden darf.

1524 bei Florian Hitz, Immacolata Saulle Hippenmeyer, Der Bundsbrief vom 23. September 1524 (Edition mit Kommentar), Chur 2024.

36 Florian Gengel, Das Bundesfest von 1871, in: Volksblatt (Bündnerisches Monatsblatt), Nr. 7, 8 und 9, 1870; S. 52–54, 60–62 und 70–72. Zur heutigen Sicht Florian Hitz, Immacolata Saulle Hippenmeyer, Der Bundsbrief vom 23. September 1524 (wie Anm. 35), Zitat S. 44.

37 Gengel (wie Anm. 36), S. 72.

38 Rudolf Jenny, Der traditionelle Vazeroler Bund von 1471 und das Bündnis zwischen dem Grauen und dem Zehngerichtenbund vom 21. März 1471, Chur 1969, Zitat S. 126.

39 Jenny (wie Anm. 38), S. 124.

Die Jubiläen der einzelnen Bünde

Wie eingangs erwähnt, feierten in Graubünden in den letzten beiden Jahrhunderten auch die Einzelbünde Jubiläen beziehungsweise Zentenar- oder Säkularfeiern. Im Rahmen dieses Beitrags müssen knappe Hinweise zu deren Geschichte genügen.

Bereits dreimal wurde die Gründung des Oberen oder Grauen Bundes begangen: 1824, 1924 und 2024. 1824 wurde das erste Mal überhaupt ein derartiges Staatsjubiläum gefeiert; schon vollständig ausgestattet mit den Elementen, die auch heute noch zu einer Jubiläumsfeier gehören: Festumzug, Festspiel, Festschrift, Ansprachen und Erinnerungsorte. Im Fall des Grauen Bundes handelte es sich bei letzteren um den legendären Ahorn, unter dem die Beschwörung des Bundes gemäss der Überlieferung stattgefunden hatte, und den dazugehörigen Ehrenhof (Curtin d'honor) mit der Kapelle St. Anna. Die Jubiläumsfeier von 1824 knüpfte in der Form an die letzte Beschwörung des Grauen Bundes im ehemaligen Freistaat an, die 1778 stattgefunden hatte. Im Handbuch der Bündner Geschichte wird die Feier von 1824 in den Kontext der schweizerischen nationalen Identitätsstiftung gestellt, in der derartige Jubiläen neben Schützen-, Turner- und Sängereisen eine bedeutende Rolle spielten. Wie bei jeder Feier, die einen Zusammenschluss feiert, kann man sich allerdings fragen, ob ein solcher Anlass nicht auch ausschliessende Wirkungen hat, nämlich auf diejenigen, die nach dem Zusammenschluss nicht zum neuen Gebilde gehörten. In welchem Masse die Feiern der einzelnen Bünde zum Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb Graubündens und darüber hinaus zur nationalen Identitätsstiftung beitrugen, müsste eine vertiefte Analyse der Feierlichkeiten zeigen.⁴⁰

Professionelle Historiker:innen neigen heute dazu, das Jahr 1395 als ebenso wichtig wie das Jahr 1424 für die Entstehung des Grauen Bundes anzusehen; von 1395 stammt die erste Urkunde (allerdings nur als Kopie erhalten), die einen Zusammenschluss im Gebiet des Grauen Bundes bescheinigt. Entsprechend fand dann 1995 eine schlichte 600-Jahr-Feier in Ilanz statt, es erschien eine Festschrift und ein Jubiläumsbeitrag im Bündner Monatsblatt. Darin plädiert Felici Maissen zwar klar für 1395 als wissenschaftlich relevantes Entstehungsdatum, schliesst seinen Beitrag aber versöhnlich: «Beide Bundesschwüre [Ilanz 1395 und Trun

⁴⁰ Vgl. zu den Jubiläen und zur Erinnerungskultur im Grauen Bund Pieder Antoni Vincenz, *Der Graue Bund, Festschrift zur fünfshundertjährigen Erinnerungsfeier*, erschienen zusammen mit dem Festspiel, Chur 1924, S. 235–245. Im letzten Kapitel «Der graue Bund seit der Helvetik bis zu seinem Ende» erinnert Vincenz daran, dass einzelne Aspekte des Freistaats auch im Kanton Graubünden weiterlebten; zum Beispiel setzte sich weiterhin die Regierung, der Kleine Rat, aus je einem Vertreter der drei Bünde zusammen. Der wirklich letzte Bundstag wurde im Grauen Bund erst 1814 abgehalten. Marc Antoni Nay, Sandro Decurtins, *Die Cuort Ligia Grischa und der Graue Bund*, Bern 2024, S. 14; Jäger, *Graubündens Integration in die Schweiz*, in: *Handbuch der Bündner Geschichte* (wie Anm. 21), Bd. 3, S. 314–316; Felici Maissen, *Die Gründung des Grauen Bundes in Tradition und Wissenschaft*, in: *Bündner Monatsblatt*, Nr. 4, 1995, S. 319–333. Nützlich für alle Erinnerungsfeiern im 20. Jahrhundert sind die regelmässig erscheinenden chronikalischen Notizen im Bündner Monatsblatt (*Grauer Bund* 1924, *Zehngerichtebund* 1936, *Gotteshausbund* 1967).

Tab. 1: *Übersicht über die Bundesjubiläen*

<i>Bund</i>	<i>Referenz- datum</i>	<i>Referenzdokument / Referenzereignis</i>
Gotteshausbund / Lia da la Chadé / Lega Caddea	1367	Urkunde vom 29. 1. 1367, Chur (Original, Edition in: Bündner Urkundenbuch VI, Nr. 3575)
Oberer Bund / Lia Sura / Lega Superiore (ab dem 16. Jahrhundert meist: Grauer Bund / Lia Grischa / Lega Grigia)	1395	Urkunde vom 14. 2. 1395, Ilanz (nur abschriftlich erhalten, Urkundensamm- lung Scandolera 1659, Edition in: Bündner Urkundenbuch VIII, Nr. 4809)
Oberer Bund / Lia Sura / Lega Superiore (ab dem 16. Jahr- hundert meist: Grauer Bund / Lia Grischa / Lega Grigia)	1424	Urkunde vom 16. 3. 1424, Trun (Original, Regest in: Rudolf Jenny, Urkun- den-Sammlungen im Staatsarchiv Graubünden, Nr. 61)
Zehngerichtebund / Lia da las Diesch Dretgiras / Lega delle Dieci Giurisdizioni	1436	Urkunde vom 8. 6. 1436, Davos (Original verloren oder vernichtet, zahlreiche Abschriften, Edition in: Elisabeth Meyer-Mar- thaler, Rechtsquellen Zehngerichtenbund 2/2, Stück Nr. 459.
Freistaat Gemeiner Drei Bünde / Repubblica da las Trais Lias / Repubblica delle Tre Leghe	1471	Zusammenschluss der Drei Bünde durch den mythischen «Schwur von Vazerol» (keine Urkunde, aber im gleichen Jahr Ver- bindung des Oberen Bundes mit dem Zehn- gerichtenbund, 21. 3. 1471, Regest in: Rudolf Jenny, Urkundensammlungen im Staatsarchiv Graubünden, Nr. 184)
Freistaat Gemeiner Drei Bünde / Repubblica da las Trais Lias / Repub- blica delle Tre Leghe	1524	Bündnisurkunde vom 23. 9. 1524 (Original, Edition in: Florian Hitz, Immacolata Saulle, Der Bundsbrief vom 23. 9. 1524, Regest in: Rudolf Jenny, Urkundensammlungen im Staatsarchiv Graubünden, Nr. 459).

Zitierte Werke (Tabelle)

Elisabeth Meyer-Marthaler (Bearb.), Die Rechtsquellen des Kantons Graubünden, Der Zehngerichtenbund, Landesherrschaft und Bundesrecht, Zweiter Band, 2. Hälfte, hg. von der Rechtsquellenstiftung des Schweizerischen Juristenvereins, Basel 2008.

Bündner Urkundenbuch, hg. vom Staatsarchiv Graubünden, Bände VII (Chur 2010) und VIII/2 (Chur 2018).

Rudolf Jenny, Urkundensammlungen im Staatsarchiv Graubünden, 1. Teil, Chur 1975.

Florian Hitz, Immacolata Saulle Hippenmeyer, Der Bundsbrief vom 23. September 1524, Beitrag zum Jubiläum «500 Jahre Freistaat der Drei Bünde», Chur 2024.

<i>Daten der Jubiläumsfeiern</i>	<i>Art des Jubiläums</i>
1967	Dezentrale Jubiläumsfeiern mit typischen dazugehörigen Elementen in Zernez, Chur, Tiefencastel. Professionelle historische Festschrift mit verschiedenen Autoren. Zur 650-Jahr-Feier 2017 erscheinen zwei wissenschaftliche Beiträge.
1995	Schlichte Zusammenkunft, 7. 10. 1395 in Ilanz, Festdokument, Erinnerungsplakette am Rathaus. Wurde kombiniert mit Ehrung für den Dichter Donat Cadruvi.
1824, 1924, 2024	Jubiläumsfeiern mit den typischen dazugehörigen Elementen. 1924 ausführliche historische Festschrift, zusammen mit Festspiel herausgegeben.
1836, 1936	Jubiläen mit allen typischen Elementen. sowohl 1836 wie 1936 mit Freischiessen. 1936 professionelle historische Festschrift.
1871	Eine Feier fand nicht statt, aber mit Verspätung wurden 1881 zwei Denkmäler aufgestellt, in Vazerol und Chur. Zudem erinnert das Wappen der ehemaligen Gemeinde Brienz/Brinzauls an den Schwur.
2024	Jubiläumsfeier mit allen typischen Elementen, dezentral an verschiedenen Orten im Kanton Graubünden.

1424] ergänzen sich, sind aufeinander angewiesen gewesen.»⁴¹ Man darf davon ausgehen, dass weiterhin die Trunser Feier die weitaus stärkere Marke sein wird, um es werbetechnisch auszudrücken. Die Jubiläumsfeier 2024 in Trun war jedenfalls ungleich eindrücklicher als diejenige von 1995 in Ilanz.⁴²

Zweimal feierte bisher der Zehngerichtebund ein Jubiläum, 1836 und 1936, ausgehend vom bisher unbestrittenen Gründungsdatum 1436, das mit einer in vielen Abschriften – aber nicht im Original – erhaltenen Urkunde verbürgt ist. Ein wesentlicher Teil des Festes von 1836 war ein mehrtägiges Freischiessen. Als Erinnerungsort darf das für die 1836er-Feier erstellte Gemälde von Louis Kühenthal im Rathaus Davos gelten. 1936 erschien eine substanzielle Festschrift des Historikers und Staatsarchivars Paul Gillardon. Und wiederum wurde ein grosses «Calvenschiessen» abgehalten.⁴³

Ähnlich wie beim Freistaat der Drei Bünde und beim Grauen Bund ist es auch beim Gotteshausbund nicht ganz einfach, ein Gründungsdatum festzulegen. Lange glaubte man, die Gründungsurkunde – die nie existierte – sei verloren gegangen. Im 20. Jahrhundert etablierte sich 1367 als Gründungsjahr und so konnte der Gotteshausbund 1967 sein erstes Zentenar-Jubiläum feiern. Obwohl die Festschrift den Untertitel *Zum Gedenken an die Gründung des Gotteshausbundes am 29. Januar 1367* trägt, ist den beitragenden Historikern bewusst, dass es sich bei der Referenzurkunde vom 29. Januar 1367 eher um einen Herrschaftsvertrag als um die Gründungsurkunde eines Bundes handelt. Die Urkunde von 1367 regelte die Beziehungen zwischen dem Bischof einerseits und den Ständen des Gotteshauses andererseits: den Ministerialen, dem Domkapitel und den Talgemeinden. Die Historiker liessen es sich trotzdem nicht nehmen, eine Festschrift zum Jubiläum herauszugeben.⁴⁴

41 Maissen (wie Anm. 40), S. 330.

42 Vgl. die Website zum Jubiläum: 600 Jahre Grauer Bund – Jahrhundertfest Sut igl ischi 2024, www.ischi2024.ch, abgerufen am 23. 4. 2025. Zum Anlass in Ilanz am 7. 10. 1995 siehe 600 Jahre Grauer Bund: wenig Volk an Gedenkfeier, in: Bündner Zeitung, 9. 10. 1995, S. 3. Nicht einmal in den sehr ausführlichen chronikalischen Notizen des *Bündner Monatsblatts* von 1995 wird die Feier erwähnt. Die Festschrift von Felici Maissen: *Scartira commemorativa 600 onns Ligia Grischa: 1395–1995, Ilanz 1995*.

43 Paul Gillardon, *Geschichte des Zehngerichtenbundes*, Davos 1936; *Zur Fünfhundertfeier des Zehngerichtenbundes*, Sonderheft der Davoser Revue, Nr. 8/9, Mai/Juni 1936, darin unter anderem ein Artikel von Landammann Dr. Branger, *Die Jahrhundertfeiern des Zehngerichtenbundes 1836 und 1936 auf Davos*, S. 183–188, mit Abbildungen der Gedenkmünzen von 1836 und 1936; Jäger (wie Anm. 40), S. 315.

44 Historisch-antiquarische Gesellschaft (Hg.), *Festschrift 600 Jahre Gotteshausbund. Zum Gedenken an die Gründung des Gotteshausbundes am 29. Januar 1367*, Chur 1967. Siehe darin zur Gründungsdebatte besonders das Vorwort, S. V–VII, sowie den Beitrag von Oskar Vasella, *Bischof Peter Gelyto und die Entstehung des Gotteshausbundes*, S. 43–90. Zum 650-Jahr-Jubiläum des Gotteshausbundes erschienen 2017 zwei Publikationen, die den aktuellen Stand der Forschung wiedergeben: Conradin von Planta, *Zur Gründung des angeblichen Gotteshausbundes: im Jahr 1367 – Der Churer Landtag vom 29. Januar 1367 und der Prager Herrschaftsvertrag vom 28. September 1367 zwischen den Ständen des Hochstifts Chur und ihrem Landesherrn*, in: *Historische Gesellschaft Graubünden (Hg.), Jahrbuch auf das Jahr 2018*, S. 7–34;

Jubiläen als Chancen für die Geschichtsschreibung

Wie eingangs erwähnt, muss sich ein Jubiläum auf möglichst genaue Daten beziehen. Für komplexe Entwicklungen wie die Entstehung von staatlichen Gebilden ist diese Anforderung unweigerlich mit Vereinfachungen verbunden. Und es besteht die Gefahr einer übermässigen Fokussierung, ja Fetischisierung, bestimmter Orte, Dokumente oder einzelner kleinteiliger Geschehnisse beziehungsweise Handlungen. Um dem entgegenzuwirken, ist im Handbuch der Bündner Geschichte mit einer Tabelle zu spätmittelalterlichen Bündnissen viel Mühe darauf verwendet worden, die Bedeutung einzelner Urkunden, «denen man rückblickend staatsbildende Bedeutung zuspricht», zu relativieren und zu zeigen, dass die Zeitgenossen im 14. und 15. Jahrhundert in regelrechte Geflechte von Bündnissen eingespannt waren.⁴⁵ Dennoch ist es durchaus legitim, die seit dem 19. Jahrhundert bis heute im Wesentlichen unbestrittene kulturelle Praxis von Jubiläumsfeiern für die Förderung der historischen Forschung und der Verbreitung historischen Orientierungswissens zu nutzen, wie das auch beim 500-Jahr-Jubiläum des Bündner Freistaats versucht wurde. Dieses Jubiläum wurde, um dies abschliessend noch einmal festzuhalten, aus guten Gründen im Jahr 2024 gefeiert.⁴⁶

Riassunto:

Il lungo cammino verso il 500° anniversario dei Grigioni nel 2024

Mentre nei primi tempi dell'età moderna si celebravano prevalentemente anniversari di carattere ecclesiastico e universitario, a partire dal XIX secolo anche le organizzazioni statali iniziarono a organizzare festeggiamenti per commemorare la loro «fondazione», «nascita» o «istituzione». Questo avvenne anche nei Grigioni. Le Tre Leghe che costituivano il precedente Stato libero dell'odierno Cantone organizzavano regolarmente celebrazioni giubilari. La prima fu quella della Lega Superiore o Grigia nel 1824, che commemorava la sua fondazione nel 1424. La festa del 1824 comprendeva già gli elementi essenziali che ancora oggi caratterizzano una celebrazione di questo tipo: corteo, festival, pubblicazione commemorativa, discorsi e simboli o luoghi commemorativi.

Immacolata Saulle Hippenmeyer und Thomas Bruggmann, 650 Jahre Gotteshausbund, in: Bündner Monatsblatt, Nr. 1, 2017, S. 6–25.

45 Tabelle Spätmittelalterliche Bündnisse (1350–1500), Handbuch der Bündner Geschichte (wie Anm. 5), Bd. 4, S. 269–279.

46 Siehe zum Jubiläumsgeschehen im Jahr 2024 die Website <https://500.gr.ch> (abgerufen am 23. 4. 2025) und den Beitrag über das 500-Jahr-Jubiläum in diesem Band. Reflexionen zur Rolle und Funktion von Jubiläen gerade auch im Spannungsfeld von wissenschaftlicher Geschichtsschreibung und öffentlich-politischer Erinnerungskultur bieten Paul Münch (Hg.), Jubiläum, Jubiläum ... Zur Geschichte öffentlicher und privater Erinnerung, Essen 2005, sowie die Nummer 33/34 der Zeitschrift *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Jahrgang 70, 2020, zum Thema Jahrestage, Gedenktage, Jubiläen.

Nel 1871 fu organizzata una grande festa per celebrare l'unione delle Tre Leghe nello «Stato libero delle Tre Leghe». La celebrazione si riferiva all'anno 1471, quando a Vazerol (comune di Albula/Alvra) le Tre Leghe avrebbero giurato eterna fedeltà. Tuttavia, non esiste alcuna prova documentale a sostegno di questa affermazione. Inizialmente l'entusiasmo per la festa era particolarmente forte tra i tiratori e i cantanti. Ben presto però i preparativi si arrestarono a causa di circostanze sfavorevoli (guerra franco-prussiana, discussioni sulla revisione della Costituzione federale), ma anche a causa di un dibattito storico sulla data esatta della fondazione. Gli oppositori erano dell'opinione che una celebrazione giubilare non dovesse basarsi su un mito, ma su fatti storici documentati. I sostenitori sottolineavano che dal 1471 le Tre Leghe erano legate da accordi bilaterali e che vi erano forti indizi dell'esistenza di una Carta della Lega di Vazerol. Pertanto, a loro avviso, nel 1871 era lecito celebrare la nascita dello Stato libero, presentato come il primo Stato federale in Europa fondato sulla libertà popolare. Non ci furono celebrazioni, ma furono eretti due monumenti: un obelisco a Coira, che esiste ancora oggi e che indica il 1471 come data di fondazione dello Stato libero, e un masso con una targa commemorativa sul cosiddetto Rütli grigionese presso Vazerol.

Il mito di Vazerol continuò a vivere nei libri scolastici e nella popolazione fino alla fine del XX secolo. Al punto tale che nel 1968 il governo commissionò una perizia per valutare l'opportunità di organizzare nel 1971 una celebrazione per i «500 anni dei Grigioni». La perizia sottolineò ancora una volta che il giuramento di Vazerol era un mito, per cui si rinunciò alla celebrazione. Almeno dall'inizio del XXI secolo, anche i libri di scuola riconoscono il 1524 come «data di fondazione» dello Stato libero. Si fa riferimento al documento originale, siglato da tutte e tre le confederazioni il 23 settembre 1524. Nella perizia per il Consiglio di Stato, esso è stato definito «coronamento costituzionale» dei precedenti sforzi di collaborazione.

Su questa base, nel 2024 è stato possibile organizzare il 500° anniversario dello Stato libero delle Tre Leghe. Si è cercato di sfruttare le opportunità offerte dalla pratica culturale delle celebrazioni giubilari per promuovere la ricerca storica e la trasmissione di conoscenze di orientamento storico.

Die Feierlichkeiten des Jubiläumsjahrs 2024

Florian Hitz

Kernelemente und Grundgedanken

Als wissenschaftlicher Beitrag von bleibendem Wert zum 500-Jahr-Jubiläum des Freistaats war zunächst ein *Atlas zur Geschichte Graubündens 1524–2024* vorgesehen. Dieses Projekt ging auf eine Anregung von Staatsarchivar Reto Weiss zurück und war bereits 2018 in einer Vorstudie von Jon Mathieu konkretisiert worden. Im Frühling 2020 genehmigte die Regierung den wesentlichen Finanzierungsbeitrag an das unter der Federführung des Instituts für Kulturforschung Graubünden in Partnerschaft mit dem Staatsarchiv Graubünden zu erarbeitende Werk.¹

Seit Herbst 2019 war indessen – auch nach einem Treffen des Kirchenrats der evangelisch-reformierten Landeskirche Graubünden mit Regierungsrat Jon Domenic Parolini, Vorsteher des Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartements (EKUD) – der Gedanke verstärkt aufgekommen, im Rahmen des Jubiläums auch der Gründungsphase und der Eigenart des bündnerischen Freistaats sowie nicht zuletzt der Rolle seiner Gründer und Träger, der (Gerichts-) Gemeinden, zu gedenken.²

Laut Regierungsbeschluss vom 22. August 2022 sollten tatsächlich die Gemeinden im Mittelpunkt der Jubiläumsaktivitäten stehen, sei doch 1524 «vor allem ein Zusammenschluss von weitgehend souveränen Einheiten, den Gerichtsgemeinden, zu einem grossen Ganzen» geschehen. Gemäss dem von der Regierung gutgeheissenen Grobkonzept eigne sich das Staatsjubiläum zudem gut, «um verschiedene Aspekte von ‹Staatlichkeit› zu thematisieren».³

Grundsätzlich sollte das Jubiläum «mit einer Reihe von Veranstaltungen und Aktivitäten gefeiert werden und dazu beitragen, Identität und Geschichtsbewusstsein in Graubünden zu stärken.» Dabei biete sich zugleich eine Gelegenheit, «den Kanton Graubünden nach aussen in seiner historisch gewachsenen Eigenart zu präsentieren».⁴

1 Regierungsbeschluss (RB) 223/2020 vom 17. März 2020.

2 Orientierende Aktennotiz von R. Weiss an J. D. Parolini, Regierungspräsident, S. Bott, Departementssekretär EKUD, B. Gabrielli, Amtsleiterin Amt für Kultur 9. 9. 2019.

3 RB 670/2022 vom 22. August 2022.

4 Ebd.

Grobkonzept

Das Grobkonzept war von Staatsarchivar Reto Weiss nach Gesprächen mit den Spitzen des Amtes für Gemeinden, des Amtes für Tourismus, der Standeskanzlei sowie des Churer Stadtarchivs entwickelt worden.⁵ Mit dem reformierten Kirchenrat hatte man sich inzwischen darüber verständigt, dass das auf den Bundsbrief vom 23. September 1524 bezogene Staatsjubiläum nicht geradezu kurzgeschlossen werden solle mit dem Gedenken an den Ersten Ilanzer Artikelbrief vom 4. April 1524 und seinem «staatskirchenrechtlichen» Gehalt – zumal der am 6. Juni 1526 aufgesetzte Zweite Ilanzer Artikelbrief ungleich bedeutender war als der Erste Ilanzer Artikelbrief.

Die Leitgedanken des Grobkonzepts bezogen sich auf die allgemeine Kontingenz politischer Einheiten (mit der Denkmöglichkeit, dass Graubünden in einem benachbarten Territorialfürstentum oder im Churer Bischofsstaat hätte aufgehen können) und zugleich auf die tatsächliche Kontinuität politischer Grenzen (der Gerichtsgemeinden und der Drei Bünde). Die kommunalen und freistaatlichen Strukturen und Interessen erwiesen sich somit – bei aller im rätschen Raum gegebenen kulturellen Diversität – als bemerkenswert stark und stabil. Das führt zur Frage: «Wieviel Souveränität muss durch Bündnisse und Zusammenarbeit in grösseren Verbünden aufgegeben werden, um souverän bleiben zu können? Diese Frage hat sich damals den einzelnen Gerichtsgemeinden und den Einzelbünden gestellt, später bei der Angliederung Graubündens an die Schweiz (vorerst gegen den Willen der Bündner) und heute stellt sie sich im Verhältnis zu Europa.»

Die zu thematisierenden «Aspekte von <Staatlichkeit>» wurden im Grobkonzept ausgehend von den «Motiven des Bundsbriefts» folgendermassen bestimmt:

- «– gemeinsam frei / selbstbestimmt (historisch: gegenseitige Bestandesgarantie, Garantie des je eigenen Rechts);
- Leben in Frieden und Sicherheit (historisch: Friede und Schirm, Garantie des sicheren Handels und Wandels über die Pässe);
- Regeln für Konflikte (historisch: Rechtswahrung zwischen den Bünden und ihren Gemeinden, Rechte und Pflichten der Feudalherren); Unterstützung, Solidarität, Teilhabe, Ausgleich (historisch: Rat und Beistand)
- Bedeutung von Grenzen (historisch im Bundsbrief: Hilfskreise)
- Bedeutung von Verträgen, Bündnissen und <Bünden> (historisch z. B. Friedenssicherung gegenüber Dritten, militärische Hilfsverpflichtungen).»

Auf dieser Grundlage wurden die Elemente des Jubiläumsjahrs 2024 entwickelt. Als wichtigstes Element sah das Grobkonzept Veranstaltungen in ausgewählten Gemeinden vor, «die man in Anlehnung an die historischen Bundstage im Freistaat <Bundstage> nennen könnte». Dabei sollte der Kanton die zentrale Kommuni-

⁵ Erstellt am 10. Juni 2022, Beilage 2 zum RB 670/2022 vom 22. August 2022. Hiernach die folgenden Zitate.



Abb. 1: *Am «Bundstag» von Poschiavo, 14. September 2024: Szene aus dem Einakter Tre Leghe per la vita. (Foto Mathias Nut)*

kation und Koordination besorgen, während die konkrete Ausgestaltung den Gemeindebehörden, lokalen Tourismusorganisationen und Vereinen zu überlassen war. Die Auswahl der Veranstaltungsorte sollte sich an historischen und aktuell-geografischen Kriterien orientieren. Bereits prädestiniert waren Ilanz, Davos und Chur als Sessionsorte der geschichtlichen Bundstage, an denen die Abgeordneten der Gerichtsgemeinden abwechselnd zusammengekommen waren.

Detailkonzept

Auf der Basis des Grobkonzepts arbeitete eine vom Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement eingesetzte externe Projektleitung ein Detailkonzept mit Programm, Terminplan und Kostenvoranschlag aus. Mit der Projektleitung war Daniel Camenisch, Inhaber und Geschäftsleiter der Vinavant AG, Agentur für «Marketing & Kommunikation»⁶ in Landquart, betraut.

Zu den Zielsetzungen des Detailkonzepts⁷ gehörte es, dass das Jubiläum möglichst «im ganzen Jahr 2024 präsent» sei, dass sich also die Jubiläumsaktivitäten über das ganze Jahr verteilten. Sie sollten «konsequent in den drei Kantons-

⁶ Inzwischen: «Strategie & Kommunikation».

⁷ Vinavant AG, 500 Jahre Freistaat der Drei Bünde 1524–2024. Jubiläumsaktivitäten 2024 – Konzept, 16. August 2023. Auszugsweise zitiert in RB 694/2023 vom 29. August 2023.

sprachen umgesetzt» werden und «den Zusammenhalt im dezentralen Kanton» stärken. Inhaltlich gesehen, sollten die Aktivitäten «staatliches Handeln auf allen Ebenen» thematisieren und das «Verständnis» dafür fördern. Und darüber hinaus sollten sie sogar den «Bündnerstolz» fördern, «indem möglichst viele Bündnerinnen und Bündner zu Beteiligten gemacht werden».⁸

Nebst den «Bundstagen» sah das Detailkonzept bereits einige weitere – von der Projektleitung als «Teilprojekte», von der Kantonsregierung jedoch als «Begleitmassnahmen» bezeichnete – Manifestationen und Publikationen vor: eine Edition des Bundsbriefts von 1524 mit neusprachlicher Übertragung des historischen Textes und einer Darstellung von dessen Entstehungs- und Wirkungsgeschichte;⁹ eine Wanderausstellung, die «durch möglichst alle Regionen des Kantons ziehen und das Geschichtsbewusstsein stärken» sollte;¹⁰ sowie ein «Schulprojekt», nämlich ein Lehrmittel für die Volksschule nach Lehrplan 21, welches bewirken sollte, «dass auch die nächste Generation in Graubünden über ein grundlegendes Geschichtsbewusstsein verfügt».¹¹

Als Motto für das Jubiläumsjahr kreierte die Agentur den Slogan «Drei Bünde fürs Leben – Trais Lias per la vita – Tre Leghe per la vita», mit einer kofferwortartigen Verwendung von «Bund» in der doppelten Bedeutung von «(Gemeinde-) Bündnis» und «Ehebund» – ein kleines Wortspiel, das allerdings nur auf Deutsch perfekt funktioniert.¹² Jedenfalls ermutigt dieses Motto zur «Fortführung der traditionellen Werte von Gemeinschaft und Zusammenarbeit, um die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft zu bewältigen».¹³

Das Corporate Design des Jubiläumsprojekts beruhte gemäss dem Detailkonzept vor allem auf der Verwendung einer bestimmten Hauptfarbe: Dunkelrot. «Dieser Farbton symbolisiert die Stärke, Tradition und Geschichte des Freistaats. Es ist ein tiefes und intensives Rot, das Aufmerksamkeit erregt und eine gewisse Eleganz ausstrahlt.»¹⁴

Die Regierung genehmigte das Detailkonzept am 29. August 2023.¹⁵ Schon ein Jahr zuvor, am 22. August 2022, hatte sie im Sinne eines Kostendachs für die gesamten Jubiläumsfeierlichkeiten einen kantonalen Beitrag von maximal zwei Millionen Franken beschlossen.¹⁶

8 Ebd., S. 9. «Bündnerstolz» erscheint schon im Original in Anführungszeichen.

9 Ebd., S. 4 und 17.

10 Ebd., S. 4 und 20.

11 Ebd., S. 5. Vgl. S. 22: «... über grundlegende Kenntnisse der Bündner Geschichte verfügt».

12 Auf Rätoromanisch beziehungsweise Italienisch lautet der zweite Begriff *uniun matrimoniala* beziehungsweise *unione* (oder *vincolo*) *coniugale*.

13 Detailkonzept, S. 26.

14 Ebd., S. 25.

15 RB 694/2023.

16 RB 670/2022.



Abb. 2: *Das Bühnenhaus des Festspiels 1524 von Giovanni Netzer in der Rolle eines Landschaftswahrzeichens. Blick nach Nordosten zum Dorf Lantsch/Lenz, im Hintergrund Lenzerhorn und Piz Linard. (Foto Origen, Benjamin Hofer)*

Durchführung¹⁷

Dem Gesamtprojektleiter Daniel Camenisch gelang es im Lauf des Jahres, eine Vielzahl von interessierten Mitwirkenden und Organisationen zu koordinieren.

Das Teilprojekt Wanderausstellung gehörte zu den Jubiläumselementen, die das ganze Jahr über präsent waren. Auf seiner Tournee durch den Kanton machte das in einem Schiffscontainer untergebrachte Tiny Museum zwölfmal Station, um im Spätjahr gewissermassen in den Zielhafen einzulaufen: Seine wesentlichen Ausstellungsstücke wurden in die Sonderausstellung des Rätischen Museums «verbündet und verbunden – 500 Jahre Freistaat der Drei Bünde» einbezogen. Bei den erwähnten Objekten handelte es sich um insgesamt 160 Leihgaben, welche Besucher:innen der Wanderausstellung an den verschiedenen Tourneestopps vorbeigebracht hatten. Diese «Bündner Schätze» sollten jeweils den persönlichen Graubünden-Bezug der Leihgeber:innen symbolisieren.

¹⁷ Das Folgende in Anlehnung an den Abschlussbericht der Gesamtprojektleitung.

Den Auftakt zum Reigen der sieben «Bundstage» machte die Gemeinde Ilanz/Glion am 1. Juni. Unter dem Motto «Brücken schlagen» organisierte sie ein dichtes, vielseitiges und erlebnisreiches Festprogramm, zu dem die Aufführung des eigens für den Anlass geschriebenen Freilichtspiels *Mercenario* gehörte.

Am 20. Juli folgte der «Bundstag» von Davos, der mit einer Podiumsdiskussion und mit dem Einsatz diverser historischer Verkehrsmittel im sehr langen Festumzug auf der Promenade das Thema «Mobilität» reflektierte

Die am 1. August in Roveredo und San Vittore abgehaltene «Dieta» hatte einen sakralen Einschlag dank einer Prozession, an der auch hohe kirchliche Würdenträger teilnahmen. Die mitgeführten Reliquien des hl. Niklaus von Flüe, des Schutzpatrons der Schweiz, evozierten die Verbindung zum eidgenössischen Staatsverband, wie dies dem Nationalfeiertag angemessen war.

Der eigentliche «Bundstag der Kirchen» fand indessen einen Monat später, am 1. September, in Samedan statt. Der von den beiden Landeskirchen getragene und gestaltete Anlass umfasste ausser einem ökumenischen Gottesdienst auch die szenische Dorfführung *Spassageda tres il Trabichamp*, die Premiere der kabarettistischen Darbietung *Deus in Burnout* und die Eröffnung der Wanderausstellung *Glaube – Fede – Cretta*.

Zum «Bundstag» in Chur vom 7. September gehörte eine «Stadtversammlung» in der Martinskirche, an der über den Zusammenschluss der Drei Bünde debattiert wurde. Diese Inszenierung war von Felix Benesch verantwortet. Neben bekannten Schauspielern und lokalen Laiendarsteller:innen nahm auch das Publikum interaktiv an der Diskussion teil, nachdem es von der Spielleitung zum Mitreden oder vielmehr Zwischenrufen aufgefordert worden war.

An der «Dieta» vom 14. September in Poschiavo war ebenfalls eine Theateraufführung zu geniessen, nebst allen anderen «Bundstag»-üblichen Elementen wie Festumzug, Ansprachen, Vorträgen, Konzerten, Ausstellungen, Markt und Festwirtschaft. Unter den Besucher:innen waren hier viele (Ehren-)Gäste aus dem benachbarten Veltlin.

Auch die am 6. Oktober in Valchava abgehaltene «Dieta» der Val Müstair umfasste die genannten Elemente, samt Theaterraufführung. Sie integrierte darüber hinaus auf geschickte Weise eine seit bald zwanzig Jahren bestehende regionale Tradition: die Festa da raccolta Val Müstair, das jährliche Münstertaler Erntedankfest.

Wissenschaftlichen Charakter hatte dagegen die internationale Tagung zum Bundsbrief von 1524, die am 8. und 9. Juni Hotel Maloja Palace stattfand. Der im grosszügigen Ambiente des zentralen Ballsaals stattfindende Austausch zwischen bündnerischen, weiteren schweizerischen sowie italienischen Historiker:innen zog ein lebhaft interessiertes Publikum an.

Ein sehr grosser Publikumserfolg, verbunden mit der entsprechenden Medienaufmerksamkeit, wurde dem Beitrag von Giovanni Netzer zuteil. Der Intendant des bekannten, insbesondere dem Bühnenschaffen verpflichteten Kulturfestivals Origen hatte selbst ein Festspiel 1524 verfasst, das unter seiner Regie auf einer Freilichtbühne in der weiten, offenen Landschaft unterhalb



Abb. 3: Auf der Bühne des Theaters Chur, vor ebenso voll besetzten Zuschauerrängen: zahlreiche Beiträger:innen des Atlas zur Geschichte Graubündens 1524–2024, zusammen mit den Verleger:innen und Regierungsrat Jon Domenic Parolini anlässlich der Buchvernissage vom 20. September 2024. (Foto Yvonne Bollhalder)

von Lantsch/Lenz, «in unmittelbarer Nachbarschaft zum geschichtsträchtigen Vazerol» aufgeführt wurde. Das in modularer Bauweise unter dem Aspekt der Wiederverwendbarkeit aus einheimischem Holz erstellte Bühnenhaus erlebte nicht nur zwölf ausverkaufte musikalisch-tänzerisch-pantomimische Vorstellungen, sondern es wurde am 21. September auch zum Schauplatz des offiziellen Jubiläumsempfangs der Bündner Regierung, an dem Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider und zahlreiche weitere Ehrengäste aus den Nachbarkantonen und -ländern begrüsst wurden.

Fazit aus den Veranstaltungen

Am 11. Dezember hielten der EKUD-Vorsteher, der Staatsarchivar und der Gesamtprojektleiter an einer Medienkonferenz Rückschau auf das Jubiläumsjahr mit seinen 400 Veranstaltungen. An den sieben «Bundstagen» hatten 60 000 Personen teilgenommen. Das Budget war eingehalten worden.¹⁸

¹⁸ Das Folgende angelehnt an das Sprechtext-Handout der Standeskanzlei Graubünden zur Medienkonferenz «500 Jahre Freistaat der Drei Bünde», 11. 12. 2025.

Es handle sich um «ein breites Spektrum von Jubiläumsaktivitäten, die mit grossem Engagement und Herzblut in allen Sprachregionen unseres Kantons organisiert und durchgeführt» worden seien, hob Regierungsrat Jon Domenic Parolini hervor. Bestimmt hätten diese Anlässe «nachhaltig» dazu beigetragen, «das Geschichtsbewusstsein in Graubünden zu stärken – ein zentrales Ziel unserer Jubiläumsfeierlichkeiten». Die Veranstaltungen seien dezentral organisiert worden, wobei «alle Regionen sowie die drei Kantonssprachen» einbezogen worden seien. «Unser erklärtes Ziel, eine breite Beteiligung und aktive Mitwirkung zahlreicher Bündnerinnen und Bündner aus den Bereichen Kultur, Wirtschaft, Religion sowie aus Gemeinden und Tälern zu fördern», sei erreicht worden.

Reto Weiss bestätigte, dass der Kanton «passend zur Gründung von <unten>» das Jubiläum ebenfalls «aus einer breiten Basis heraus organisieren» wollte, «unter Mitwirkung der Gemeinden, der Landeskirchen und weiteren Organisationen der Zivilgesellschaft». Die Mitwirkungsbereitschaft in der Bevölkerung sei gross gewesen, «und so ist ein vielfältiges, vielstimmiges Jubiläumsjahr entstanden. Es haben so viele Menschen Beiträge geleistet und sind miteinander in Kontakt getreten, dass nur schon dadurch das Jubiläumsziel einer Stärkung der Bündner Identität sicher erreicht worden ist.»

Der Partizipationswille der Gemeinden und Vereine war in der Tat so gross, dass das im Grob- und Detailkonzept festgehaltene Vorhaben, an den <Bundstagen> jeweils bestimmte Aspekte von <Staatlichkeit> verhandeln zu lassen, schliesslich nur zu einem geringen Teil verwirklicht wurde. Laut Konzept hätten ein «Tag der Freiheit / Selbstbestimmung», ein «Tag des Rechts», ein «Tag der Sicherheit», ein «Tag des Glaubens», ein «Tag der Solidarität und Teilhabe», ein «Tag der Grenzen», ein «Tag der Bündnisse» und ein «Tag des Handels und Wandels» realisiert werden sollen.¹⁹ Dies erfüllte sich jedoch allein für den von den Landeskirchen verantworteten «Tag des Glaubens» in Samedan; anderswo setzten sich lokale Präferenzen und Prioritäten durch.

Publikationen

Zu den bleibenden Erzeugnissen des Jubiläumsjahrs zählen die Publikationen, die sich mit dem Bundsbrief von 1524, den Strukturen und dem Funktionieren des Freistaats sowie allgemein mit den staatlich-politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungen der letzten 500 Jahre in Graubünden befassen.

Der Bundsbrief vom 23. September 1524 bildet das eigentliche Motiv und den geschichtlichen Anker des 2024 gefeierten Jubiläums. Zwei Mitarbeitende des Staatsarchivs, Immacolata Saulle Hippenmeyer und Florian Hitz, haben die im Staatsarchiv bewahrte Urkunde in privatem Auftragsverhältnis ediert und

¹⁹ Detailkonzept (wie Anm. 7), S. 14–16.

kommentiert. Die Transkriptionen des frühneuhochdeutschen Originaltextes und seiner zeitgenössischen Übersetzungen ins Rätoromanische und Italienische werden von Übertragungen in die modernen Sprachvarianten flankiert. Dazu erörtern historische Darstellungen die Entstehungs- und die Wirkungsgeschichte des Dokuments, von der Gründung der drei Einzelbünde über ihren förmlichen Zusammenschluss bis hin zur (schwachen) institutionellen Ausgestaltung des Dreibündestaats. Auch die modernen, wissenschaftlichen Texte werden in allen drei Kantonssprachen geboten. Der ohnehin reich bebilderte Band enthält als separate Beigabe eine fotografische Reproduktion der Urkunde in Originalgrösse.

Die zentrale Quelle zur Geschichte des Bündner Freistaats sind die für den Zeitraum von 1567 bis 1797 überlieferten Protokolle des Bundstags. Das Staatsarchiv hat sie zusammen mit der Schweizerischen Rechtsquellenstiftung ausführlich verzeichnet (Bearbeitung: Adrian Collenberg und Jessica Meister) und digitalisiert. Die Datensätze zu den Traktanden aller Bundstagssitzungen sind online im Archivinformationssystem, unter der Beständegliederung, zu finden. Sie sind dort jeweils mit dem Faksimile des Original-Protokolleintrags verlinkt. Ausgewählte Traktanden werden Ende 2026 in Transkription und mit Kommentar in einem Band der Rechtsquellenstiftung ediert. Zwar nicht ein Jubiläumsprojekt im eigentlichen Sinn, passt die Erschliessung der Bundstagsprotokolle inhaltlich doch bestens zum Freistaatsgedenken, und so erfolgte die Onlinestellung pünktlich zum Beginn des Jubiläumsjahres. Das Projekt wurde dann in Chur, Ilanz, Davos und Roveredo vorgestellt.

Die Aprilausgabe 2024 der Zeitschrift Terra Grischuna war ganz dem Thema «500 Jahre Freistaat der Drei Bünde» gewidmet. Von der Gründung des Freistaats über sein Wesen und Funktionieren bis hin zum Ende seiner Selbständigkeit und zu seinem verfassungsgeschichtlichen Erbe bietet das Sonderheft viel Wissenswertes in kompakter und leicht verständlicher Darstellung. Ausserdem stellt es die wichtigsten Jubiläums-Teilprojekte vor.

Zu den gelungenen und nachhaltigen Produkten darf auch die «Chronologie» auf der offiziellen Website des Jubiläums gezählt werden. Für dieses chronikartige Informations- und Datengerüst zeichnete Florian Hitz als historischer Berater der Gesamtprojektleitung verantwortlich.²⁰

Didaktische Vermittlung im eigentlichsten Sinne leistet schliesslich das Lernarrangement mit dem Titel «Auf den Spuren der Drei Bünde», welches das Amt für Volksschule und Sport anlässlich des Freistaatsjubiläums im Rahmen des Lehrmittels *EinBlick Graubünden* herausgegeben hat. Das Lehrmittel ist digital in allen acht Bündner Schulsprachen verfügbar.

Nicht allein zur Verwendung im Schulunterricht ist der bedeutendste historisch-wissenschaftliche Jubiläumsbeitrag gedacht: der *Atlas zur Geschichte Graubündens 1524–2024*, den das Institut für Kulturforschung Graubünden in Zusammenarbeit mit dem Staatsarchiv herausgegeben hat (Redaktion: Karin

²⁰ <https://500.gr.ch/chronologie>. Vgl. diese Website auch für das Folgende.

Fuchs). In 300 visuellen Darstellungen (Karten, Diagrammen, Infografiken) werden 50 Themen aus den Bereichen Siedlung, Wirtschaft, Gesellschaft, Politik, Gemeinwesen, Bildung und Kultur jeweils über die ganze «longue durée» der fünf Jahrhunderte dargestellt. Der Atlas ist in drei Sprachausgaben auf Deutsch, Italienisch und Rätoromanisch erschienen. Notwendige Voraussetzung für die Realisierung des monumentalen Werks war das Engagement, mit dem das ikg ein ausgedehntes Netzwerk von Historiker:innen aktiviert hatte.

Einen zeitlichen Längsschnitt bietet auch der Jubiläumsbeitrag der Historischen Gesellschaft Graubünden: Ihr Sammelband *Bündner Gerichtsfälle seit 1500* enthält 24 Falldarstellungen aus den verschiedenen Bündner Regionen, die insgesamt einen Bogen von der Entstehung des bündnerischen Freistaates bis in die Epoche des modernen Kantons spannen. Gerichtsbarkeit war einst der wichtigste Pfeiler von Staatlichkeit; dies gerade auch im Freistaat der Drei Bünde mit seinen fünfzig (oder zuletzt: 56) Gerichtsgemeinden. Über den Bereich von Justiz und Staatlichkeit hinaus gewähren die Beiträge des Bandes vielfältige Einblicke in die Wirtschafts- und Sozialgeschichte wie auch in die Kultur- und Mentalitätsgeschichte Graubündens während der letzten 500 Jahre.

Schliesslich erschien als Beitrag zum Staatsjubiläum eine Sammlung historischer Rezepte aus dem Staatsarchiv, als Broschüre und online publiziert vom Verein graubündenVIVA.

Das vermittelte Geschichtsbild

Im Rahmen der an der Medienkonferenz vom 11. Dezember gehaltenen Rückschau charakterisierte Staatsarchivar Reto Weiss die Jubiläumsfeierlichkeiten von 2024 als «locker» im Vergleich mit vergleichbaren früheren Anlässen. «Dieses Jahr war weniger Pathos und mehr Humor als auch schon zu verzeichnen.»²¹ Während früher der Fokus «stärker auf der mit dem Blut der Vorfäter erkämpften Freiheit und Unabhängigkeit» lag, wurde 2024 «vor allem die Gemeinsamkeit, die Problemlösung im Verbund und die demokratische Mitnahme eines grossen Teils des Volkes» in den Vordergrund gestellt.

Auf der anderen Seite hätten jedoch «besorgte Stimmen» schon früh, nämlich bald nach der Bekanntgabe der kantonalen Feierabsichten, gemahnt, «man dürfe aber die negativen und düsteren Seiten der Bündner Geschichte keinesfalls ausblenden». Der Rückgang des patriotischen Pathos scheint somit einherzugehen mit einer wachsenden Bereitschaft, die Bündner Geschichte (auch) kritisch zu betrachten.

Dies zeigt sich vielleicht am besten anhand von Texten, die im Zusammenhang mit dem Jubiläum mündlich vorgetragen wurden. Die mündlichen Textbeiträge könnte man generell einteilen in «Allokutionen» (behördliche Grussworte und

²¹ Sprechtext-Handout (wie Anm. 18).

Ansprachen), «Didaktika» (Vorträge) und «Dramen» (szenische Aufführungen, Theater und Hörspiel). Zwischen den ersten beiden dieser Kategorien gibt es fließende Übergänge; die dritte ist eine Gattung für sich.

In seiner Eröffnungsansprache zur Aprilsession 2024 des Grossen Rats wies der seinerzeitige Bündner Landespräsident Franz Sepp Caluori wiederholt darauf hin, «dass Freiheit im Sinn von Selbstverwaltung und politischer Mitbestimmung in Graubünden eine jahrhundertealte Tradition hat». Einzuräumen sei allerdings, dass es sich dabei um eine «kollektive Freiheit» gehandelt habe. «Nicht sehr ausgeprägt waren im Freistaat hingegen die individuellen Rechte [...] So war der Umgang mit den Nichtbürgerinnen und Nichtbürgern in den Gemeinden aus heutiger Sicht recht ruppig.» Individualrechte waren in Graubünden eben «eher wertvolles ausländisches Importgut als Eigengewächs».²²

Der Unterengadiner Regionalhistoriker Paul Eugen Grimm hob in seinem am 4. Mai in Scuol gehaltenen Vortrag «Der Bundsbrief aus Engadiner Sicht» die Rolle der sich aristokratisch gebärdenden Bündner Führungsschicht hervor. Martin Peider Schmid von Ftan (der sich selbst das Adelsprädikat «de Grüneg» zulegte) habe im voluminösen Werk *Chiantun verd* (also «Grüneck»), das er in den 1770er-Jahren niederschrieb, die politische Ordnung des Freistaats bezeichnenderweise als «Aristo-democratica Griso-Rhaetica» charakterisiert.

Der Zürcher Militärhistoriker Jürg Stüssi betonte in seinem am 22. Mai in Grüsch gehaltenen Vortrag «Hand in Hand – Raetia und Helvetia 1497–1842», dass die bündnispolitische Anlehnung der Bündner an die Eidgenossen und die 1499 gemeinsam errungenen militärischen Siege der Gründung des bündnerischen Freistaats vorausgegangen seien – und als deren Voraussetzung gewirkt hätten.

Mit Staatsjubiläen historisch eng verbunden ist die Praxis der Festspiel-Aufführung und so hat auch das Freistaatsjubiläum einige Theaterstücke hervorgebracht. Diese sind vor allem im Rahmenprogramm von «Bundstagen» zur Aufführung gelangt, so in Ilanz, Roveredo, Samedan, Chur, Poschiavo und Valchava. Zu erwähnen ist ausserdem das auf neun bündnerischen Kleinbühnen aufgeführte Erzähltheater *Üna Grischuna da nom e da pom* von Annina Giovanoli, das um historische Frauenbiografien kreist, welche nur allzu lang geringgeachtet wurden. Oder *Deus in Burnout. Rettet Graubünden die Welt?*, ein «satirisch-philosophisches Kabarett über Macht und Spiritualität» von Luca Maurizio, mit einem vor allem zeitkritischen Ansatz. Oder das in den drei Kantonssprachen aufgezeichnete und ausgestrahlte Hörspiel *Der letzte Drache* von Thomas Kaiser – dessen Inhaltsumschreibung der Autor selbst mit folgenden Worten beginnt: «Krieg. Folter. Pest. So viel Schreckliches ereignete sich im Freistaat der Drei Bünde.»²³

Kriege und Machtkämpfe, Partikularinteressen und Parteienstreit, Ungleichheit und Korruption (abgesehen von allen Unbilden des Daseins in vormoderne(r) Zeit): Diese wenig heiteren Faktoren beziehungsweise Motive kommen in

22 Grossratsprotokolle (GRP) 5/2023–2024, S. 704–705.

23 Im Abschlussbericht der Gesamtprojektleitung.

den Jubiläums-Theaterstücken keineswegs zu kurz. Das Ilanzer Freilichtspiel *Mercenario* von Susan Rupp und David Flepp thematisiert einen frühen Soldatendienst Skandal. Giovanni Netzers grosse Lenzer Freilichtinszenierung 1524 erzählt von der «politischen Zerrissenheit der Bündner Täler» und «vom europäischen Spiel der Mächte». ²⁴ Diese «sichern ihre Interessen im Passland Graubünden mit grosszügigen Pensionen, die das Land spalten und die Korruption befördern.» ²⁵ Den Zeitgenossen von 1524 wird darob ein geschärftes Krisenbewusstsein, ja eine düstere Weltsicht zugeschrieben: «Die Welt ist ein grosses, zerbrechliches Kartenhaus, das jederzeit einstürzen kann.» ²⁶ Ein am 31. Dezember 2024 veröffentlichter, das gesamte Jubiläumsjahr bilanzierender Zeitungskommentar hält diesem Schauspiel zwar «eine gute Dosis Geschichtsklitterung» und das Vorherrschen von «Gewalt in allen Formen» vor, zeigt sich aber beeindruckt von der Reflektiertheit des ahnungsvollen Satzes, der über dem Schluss des Spiels steht: «Es werden dunkle Zeiten kommen.» ²⁷ Ein bloss um eine zaghafte Nuance zuversichtlicheres Echo ertönt im Titel des Münstertaler Spiels: *Spranza che vegnan megladers temps* – «Hoffnung auf bessere Zeiten». Das in Valchava aufgeführte Stück geht mit den anderen darin einig: Wenigstens die Zeiten des Freistaats waren geprägt von Kriegsläufen und mannigfacher Drangsal.

Das Bild liesse sich mit Fug auch in helleren Farben malen. Es sind wohl nicht zuletzt die Bündner Wirren – die rückblickend beliebteste, weil dramatischste Phase der Bündner Geschichte –, die den Gesamteindruck wesentlich verdunkeln. Doch der Freistaat verwirklichte zeit seines Bestehens immerhin eine republikanische Staatsform mit (im Grundsatz) basisdemokratischer Regierungsweise. Die Partizipation breiter Bevölkerungskreise war nicht erst ein Kennzeichen des Freistaatsjubiläums, sondern bereits ein Merkmal des Freistaats.

Auch in Bezug auf die bündnerischen Untertanenlande Veltlin, Bormio und Chiavenna verlangt eine inzwischen geläufige, forciert kritische Einschätzung ihrerseits nach Revision. In einem am Churer «Bundstag» gehaltenen Vortrag wurden die Untertanenlande geradezu als «Kolonien» der Drei Bünde bezeichnet. Und der vorhin zitierte feuilletonistische Gesamtberichterstatter kreidete es dem grossen Lenzer Schauspiel an, dass es «das korrupte Wirken der Bündner in einer fast drei Jahrzehnte [lies: Jahrhunderte] lang dauernden kolonialistischen Herrschaft im Veltlin nicht thematisiert». ²⁸ Dazu ist zu bemerken, dass es im frühneuzeitlichen Europa noch manch andere Gebietsannexion und daraus folgende (neue) Untertanenverhältnisse gab, die aber normalerweise nicht mit Kolonialismus – überseeischer Landnahme und rigider Unterwerfung, Vertrei-

²⁴ Ebd.

²⁵ Nova Fundaziun Origen, 1524. Medienbeilage. Mit fast identischem Wortlaut auch unter dem Titel «Freiheit ist ein kostbares Gut» in Terra Grischuna 2/2024, S. 50.

²⁶ Abschlussbericht der Gesamtprojektleitung.

²⁷ Chasper Pult, «Es werden dunkle Zeiten kommen ... Der Kanton Graubünden hat sich in diesem Jahr selbst gefeiert – mit dem Jubiläum «500 Jahre Freistaat der Drei Bünde». Manches war gut, anderes gut gemeint. Versuch einer Bilanz, in: Südostschweiz vom 31. 12. 2024, S. 9.

²⁸ Ebd.

bung, Vernichtung der indigenen Bevölkerung – in eins gesetzt werden. «Auch wir hatten Kolonien», in dieser Selbstbeziehung oder dieser Anklage gegen die Vorfahren scheint sich ein rückwärtsgewandter ethischer Rigorismus, wo nicht gar eine Art historischer Sündenstolz zu äussern. Aber beruhte die soziale und wirtschaftliche Ungleichheit im frühneuzeitlichen Veltlin nicht vor allem auf der Ausbeutung von Veltliner:innen durch Veltliner:innen (nämlich von Pächtern durch Grossgrundbesitzer)? Und hätten die Veltliner:innen, wären sie Untertan:innen des (seinerseits von fremden Mächten beherrschten) Stato di Milano geblieben, nicht viel drückendere Steuern zahlen müssen denn als Untertanen des bündnerischen Freistaats? Die historische Forschung im Veltlin selbst ist jedenfalls zur Einschätzung gelangt, dass die «institutionellen» Beziehungen zwischen Veltliner:innen und Bündner:innen zumindest in einer ersten Phase, in der Frühzeit des Freistaats, recht gut waren.²⁹

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Von der Tendenz, die Vergangenheit in allzu positivem Licht darzustellen, die man Jubiläen gern – und oft nicht ganz grundlos – unterstellt, ist an den Bündner Festivitäten von 2024 kaum etwas zu spüren gewesen. Im Gegenteil, die tatsächlich positiven und in die Zukunft weisenden Elemente des eigentümlichen Bündner Freistaats sind eher zu wenig gewürdigt worden. Es kamen doch nach 1524 bei weitem nicht nur dunkle Zeiten ...

Riassunto: I festeggiamenti dell'anno giubilare 2024

Nel 2024 ricorre il 500° anniversario della firma della Carta della Lega dei Grigioni del 23 settembre 1524. I preparativi per questo anniversario sono iniziati più di cinque anni prima e si sono concretizzati man mano che la data si avvicinava. Secondo la decisione del governo, l'anniversario doveva essere celebrato in modo decentralizzato e raggiungere il maggior numero possibile di persone. L'obiettivo era quello di rafforzare l'identità e la consapevolezza storica nei Grigioni. Allo stesso tempo, si voleva presentare all'esterno il cantone con le sue peculiarità storiche. Sulla base di un progetto di massima, una direzione di progetto esterna incaricata dal Dipartimento dell'istruzione, della cultura e della protezione dell'ambiente ha elaborato un progetto dettagliato con programma, calendario e preventivo. La direzione del progetto è stata affidata alla Vinavant AG, agenzia di marketing e comunicazione con sede a Landquart.

Come motto per l'anno giubilare, l'agenzia ha creato lo slogan «Drei Bünde fürs Leben – Trais Lias per la vita – Tre Leghe per la vita», con un riferimento

²⁹ Vgl. Diego Zoia, La «luna di miele» tra Grigioni e Valtellinesi nei primi decenni del Cinquecento. Le relazioni istituzionali, in: Augusta Corbellini und Florian Hitz (Hg.), 1512. I Grigioni in Valtellina, Bormio e Chiavenna. Die Bündner im Veltlin, in Bormio und in Chiavenna. Atti del convegno storico, Tirano e Poschiavo, 22 e 23 giugno 2012. Akten der historischen Tagung, Tirano und Poschiavo, 22./23. Juni 2012, Sondrio 2012, S. 139–161.

all'«unione (matrimoniale) per la vita». Il motto incoraggiava a «portare avanti i valori tradizionali della comunità e della collaborazione per affrontare le sfide del presente e del futuro». Il governo ha deciso un tetto di spesa di due milioni di franchi per il contributo cantonale e ha approvato il programma dettagliato delle celebrazioni per l'anniversario nell'agosto 2023.

Più di un anno dopo, l'11 dicembre 2024, il consigliere di Stato responsabile, l'archivista di Stato e il responsabile generale del progetto hanno tenuto una conferenza stampa per fare il punto sull'anniversario e tracciare un bilancio positivo. Nel corso dell'anno si sono svolti 400 eventi. A sette «Diete» hanno partecipato 60 000 persone. Il budget è stato rispettato. L'archivista di Stato ha definito le celebrazioni del 2024 meno formali rispetto a eventi simili del passato. «Quest'anno c'è stato meno pathos e più umorismo». Mentre in passato l'attenzione era «più focalizzata sulla libertà e l'indipendenza conquistate con il sangue dei padri fondatori», nel 2024 è stato messo in primo piano «soprattutto lo spirito di comunità, la risoluzione dei problemi attraverso la collaborazione e il coinvolgimento democratico di gran parte del popolo».

Geschichte, Gesellschaft und Wissenschaft

Kommentare und Fragen zu «500 Jahre Freistaat der Drei Bünde» aus wissenschaftlicher Sicht

Jon Mathieu

In diesem Schlusskapitel sollen einige Aspekte der Bündner Historie, Erinnerungskultur und Geschichtspolitik zusammengeführt und zur Diskussion gestellt werden. Den Anlass für den vorliegenden Band bildete die Jubiläumsfeier von 2024, begangen zur Erinnerung an 500 Jahre Bündner Bundsbrief, der heute üblicherweise als erste Verfassung des Kantons betrachtet wird. Die offizielle, von der kantonalen Regierung initiierte Feier gab die Anregung und finanzielle Grundlage für die internationale Tagung in Maloja am 8./9. Juni 2024 unter dem Titel «Der Bundsbrief der Drei Bünde von 1524 in der Geschichte und Erinnerungskultur Graubündens und seiner Nachbarn. Regionale, nationale und europäische Perspektiven». Anders als die meisten anderen Anlässe im Rahmen der gross angelegten Feier von 2024 verfolgte die Tagung in erster Linie wissenschaftliche Absichten.

Wie die daraus hervorgegangenen, hier versammelten Beiträge zeigen, verband die Tagung verfassungs-, politik- und sozialhistorische Forschungen mit solchen, die sich auf die Erinnerungskultur der vergangenen fünf Jahrhunderte beziehen. Die erstgenannten Beiträge können zur «Geschichte ersten Grades» gezählt werden (Historiker:innen erforschen ein bestimmtes Ereignis in der Vergangenheit), während die Zweitgenannten eine «Geschichte zweiten Grades» bilden (Historiker:innen untersuchen den gesellschaftlichen Umgang mit einem Ereignis bis in die Gegenwart). In Wirklichkeit kann man die beiden Gattungen nicht streng trennen; sie sind schon methodisch aufeinander angewiesen. Um das Ausmass der Übereinstimmung oder Abweichung einer öffentlichen Erinnerung vom erinnerten Ereignis abzuschätzen, müssen zum Beispiel beide Zugänge verbunden werden.

Dieses Kapitel sollte sich idealerweise auf viele wissenschaftliche Meinungen zum Fragenkomplex «500 Jahre Freistaat der Drei Bünde» stützen. Wichtig war den Herausgebern dieses Bandes aber auch die Machbarkeit. Daher beschlossen wir, nur alle aktiv an der Tagung von Maloja beteiligten Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen anzuschreiben und nach ihrer Einschätzung zu fragen.¹ Erwartungsgemäss trafen von diesem Dutzend Personen nicht viele Antworten ein. Die Erfahrung zeigt, dass sich Forschende häufig nur ungern mit

¹ Nicht alle von ihnen nahmen mit einem eigenen Vortrag an der Tagung teil; wir richteten uns bewusst auch an die Präsidenten der regionalen Geschichtsvereine und gaben zudem die Möglichkeit, anonymisierte Meinungen einzubringen. Davon machte niemand Gebrauch.

geschichtspolitisch-normativen Äusserungen in der Öffentlichkeit exponieren und in einigen Fällen fehlte wohl auch der unmittelbare Bezug zum kantonalen Geschehen. Immerhin erhielten wir einige substanzielle Antworten, die ein breites Spektrum abbilden und im Folgenden zur Sprache kommen werden. Zusätzlich haben sich die Herausgeber natürlich auch selbst eine Meinung gebildet. Bevor wir mit diesen Erläuterungen beginnen, sollen aber einige Punkte der allgemeinen wissenschaftlichen Debatte über Jubiläum und Erinnerung in Europa angesprochen werden.

Jubiläum und Erinnerung in der wissenschaftlichen Debatte

Mit ihrem Sammelband *The Invention of Tradition* prägten die britischen Historiker Eric Hobsbawm und Terence Ranger 1983 eine sehr erfolgreiche Formel der internationalen Geschichts- und Kulturwissenschaft der letzten Generation. Der Titel deutete an, dass Traditionen bestimmter Gruppen oft jünger und stärker konstruiert sind als gemeinhin angenommen. Diese Neuschöpfungen können an reale oder fiktive Begebenheiten anknüpfen, offiziell oder inoffiziell sein und in unterschiedlichen politischen oder sozialen Rahmen erfolgen. Als Beispiele für offizielle Erfindungen nannten die Autoren etwa neue, im Zuge des *Nationbuilding* des 19. und 20. Jahrhunderts entstandene Staatsfeiertage, die sich dezidiert in alte Kleider hüllten.² Im intellektuellen Klima der Jahrtausendwende, das zum methodischen Konstruktivismus tendierte, fiel die Formulierung auf offene Ohren. Sie wurde aber auch kritisch diskutiert. Bereits die Häufigkeit der Verwendung regte zur Umkehrung an («Tradition von Erfindungen»), die ebenfalls anregend und für viele, nicht zuletzt frühneuzeitliche Fälle plausibel war.³

Fast gleichzeitig mit dem Werk der britischen Historiker begann in Frankreich die fulminante Karriere des siebenbändigen, zwischen 1984 und 1992 erschienen Werks *Les lieux de mémoire* des Historikers, Verlegers und Publizisten Pierre Nora. *Lieu de mémoire* wird im Deutschen als «Erinnerungsort» übersetzt, doch das Konzept von Nora war weit und – von der Alltagssprache her betrachtet – metaphorisch. Erinnerungsorte waren nicht nur konkrete Orte wie historische Denkmäler, sondern auch und vor allem zeitgenössische und nachträgliche Deutungen aller möglichen sinnstiftenden Phänomene von der Marseillaise (revolutionäre Nationalhymne) über Descartes (Philosoph) bis zum (französischen) Wein. Die kritische Seite dieses Konzepts unterstrich – ähnlich wie Hobsbawm und Ranger – die Gemachtheit und Wandelbarkeit der Erinnerung. Doch anders als bei den Briten hatte das Konzept zugleich eine nationalkonservative Seite und

2 Eric Hobsbawm, Terence Ranger, *The Invention of Tradition*, 20. Auflage, Cambridge 2012 (zuerst 1983).

3 Andreas Suter, Nationalstaat und die «Tradition von Erfindung» – Vergleichende Überlegungen, in: *Geschichte und Gesellschaft* 25, 1999, S. 138–161.

trug zur Festschreibung einer französischen Identität bei.⁴ In der Folge wurde das Konzept in zahlreichen Ländern adaptiert und auf Regionen und andere räumliche Zusammenhänge übertragen. Die lauter wertende Kritik richtete sich vor allem auf die erwähnte Ambivalenz und Vagheit des Konzepts. Genaue Studien zeigten, dass Geschichtsbilder sehr viel komplexer und im Einzelnen schwer zu fassen sind. Laut Umfragen hielten und halten sich die meisten Leute nicht an den jeweiligen Kanon der Erinnerungsstudien.⁵

Das zeittypische Interesse an (erfundenen) Traditionen, Erinnerungsorten und anderen Gedächtnisphänomenen führte seit dem ausgehenden 20. Jahrhundert auch zu einer zunehmenden Erforschung von historischen Jubiläen. An dieser Stelle seien nur drei Publikationen aus dem deutschsprachigen Raum genannt. In einem Sammelband von 2004 konnte Winfried Müller noch schreiben, dass das historische Jubiläum zu jenen Selbstverständlichkeiten gehört, «die allseits akzeptiert und praktiziert und gerade deshalb selten hinterfragt werden». Die Routine, mit welcher solche Jubiläen organisiert werden, enthebe diese einer tieferen Begründung. Dabei führe die Verwendung der Vergangenheit mit Blick auf die intendierten Ziele dazu, «dass Jubiläen in weitaus geringerem Masse darüber informieren, wie es einmal gewesen ist, sondern vor allem etwas über die Erinnerungssituation und den in ihr praktizierten Zugriff auf die Geschichte aussagen».⁶ Müller interessiert sich in erster Linie für die *longue durée* und skizziert die langsame Herausbildung der modernen Jubiläumskultur, von der Einführung der «Heiligen Jahre» anno 1300 über die Zentenarfeiern der protestantischen Universitäten seit dem späten 16. Jahrhundert bis zur massiven Vermehrung und Vervielfältigung solcher Anlässe im 19. Jahrhundert. Die genannte Jubiläumsroutine ist also neueren Datums und fiel in die Zeit einer allgemeinen Beschleunigung und Ausdehnung von Technik, Verkehr und Wirtschaft.⁷

Ein von Paul Münch 2005 herausgegebener Band zu historischen Jubiläen ist das wissenschaftliche Nebenprodukt eines grossen, multiplen Jubiläums in der Stadt Essen und unterstreicht vielleicht gerade deshalb den Unterschied zwischen akademischer Geschichtsrekonstruktion und öffentlicher Gebrauchsgeschichte: «Diese Interessengegensätze öffnen eine tiefe Kluft zwischen der professionellen, akademischen Geschichtswissenschaft und der Erinnerungskultur im öffentlichen und privaten Raum. Die Historikerzunft gerät immer mehr in Bedrängnis, ohne

4 Cornelia Siebeck, Erinnerungsorte, *Lieux de Mémoire*, Docupedia Zeitgeschichte, 2. 3. 2017, <https://doi.org/10.14765/zzf.dok.2.784.v1> (28. 4. 2025).

5 Für die Schweiz, mehrheitlich kritisch: Michael Blatter, Sandrine Schilling, Erinnerungsorte? Ein Test. Wie sich Einwohnerinnen und Einwohner Luzerns erinnern, Zürich 2003; Georg Kreis, Erinnerungsorte der Schweiz. Aus dem Speicher der Swissness, Zürich 2010; Jonas Briner, Milchsuppe oder Blutbad? Die Reformationskriege in der Zuger Erinnerungskultur, Zürich 2013.

6 Winfried Müller, Das historische Jubiläum. Zur Geschichtlichkeit einer Zeitkonstruktion, in: ders. (Hg.), Das historische Jubiläum. Genese, Ordnungsleistung und Inszenierungsgeschichte eines institutionellen Mechanismus, Münster 2004, S. 1–75, hier S. 1, 3.

7 Müller (wie Anm. 6), S. 9–65.

diesen Verlust ihrer öffentlichen Bedeutung in seiner ganzen Tragweite wahrzunehmen.» Erschwerend komme dazu, dass der Konstruktionscharakter jeder Historiografie, auch der akademischen, in der theoretischen Debatte gegenwärtig stark betont werde.⁸ Eine Spur entspannter geben sich die Herausgeber:innen des jüngsten, 2022 erschienenen Bandes mit dem Titel *Historische Jubiläen: Zwischen historischer Identitätsstiftung und geschichtskultureller Reflexion*. Auch sie weisen darauf hin, dass es innerhalb der Geschichtswissenschaft aus guten Gründen eine beträchtliche Skepsis gegenüber der selektiven Agendasetzung durch Jubiläen gibt. Doch stärker als Münch unterstreichen sie auch den Beitrag des Jubiläumsgeschäfts auf einen von ihnen indizierten «allgemeinen Geschichtsboom», vom dem die ganze Branche profitiere.⁹

«500 Jahre Freistaat der Drei Bünde» – Eine selbstverständliche Jubiläumsfeier?

Die Bündner Jubiläumsfeier von 2024 rief in der Bevölkerung fast durchgehend eine gute Resonanz hervor. Die Regierung zog am Ende des Jahres eine positive Bilanz. Wie Florian Hitz in seinem Beitrag zeigt, löste das Jubiläum viele und vielfältige Veranstaltungen aus (siehe das vorangehende Kapitel in diesem Band). Natürlich gab es einige kritische Stimmen, doch eine Kluft zwischen der staatlich initiierten Erinnerungskultur und der akademischen Geschichtswissenschaft wie im erwähnten Fall der Stadt Essen wurde nicht sichtbar. Eine solche erschien viel eher zwischen den kritisch-mahnenden Theateraufführungen und den Anlässen mit festlichem Charakter, die gemäss Projekt auch eine nationalpädagogische Absicht verfolgten, ausgedrückt im Stichwort «Bündnerstolz».

Eine gewisse Spannung zwischen Wissenschaft und ihrer Popularisierung war allerdings unvermeidlich. Florian Hitz, wohl bewandert in allen Raetica, liess uns in seiner Eigenschaft als Präsident der Historischen Gesellschaft Graubünden (HGG) folgenden zusammenfassenden Kommentar zum Jubiläum 2024 zukommen:

«Staatsjubiläen» wie dieses sind seit dem 19. Jahrhundert eine «im Wesentlichen unbestrittene kulturelle Praxis» (Reto Weiss, auch HGG-Vorstand). In der Öffentlichkeit besteht die Erwartung, dass solche Feierlichkeiten offiziell angesagt werden: wann und warum sie «fallen» bzw. eben fällig sind. Die Initiative und der Lead gebührt hier unbestrittenermassen dem Staatsarchiv/Amt für Kultur. Historische Vereine haben bei solchen Anlässen die Gelegenheit, historisches Wissen zu vermitteln. In der Vermittlung von Wissen zur «Bündner Landesgeschichte» liegt geradezu der statutarische

8 Paul Münch, Einleitung, in: ders. (Hg.), *Jubiläum, Jubiläum ... Zur Geschichte öffentlicher und privater Erinnerung*, Essen 2005, S. 7–25, hier S. 8–9.

9 Christine Gundermann, Habbo Knoch, Holger Thünemann, Einleitung: Öffentliche Jahrestage als geschichtskulturelles Phänomen, in: dies. (Hg.), *Historische Jubiläen. Zwischen historischer Identitätsstiftung und geschichtskultureller Reflexion*, Bern 2022, S. 7–18, hier S. 8.

Hauptzweck der HGG. Bei der Vermittlung historischen Wissens an ein breites Publikum gibt es einen zweifachen – und schon im Ansatz paradoxen – Anspruch: Wissenschaftsgemässheit: die vermittelten Inhalte müssen dem aktuellen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis entsprechen; sie dürfen nicht auf unterkomplexe Art und Weise «vermarktet» werden. Popularität: die Inhalte sollen auf «gemeinfassliche» Art vermittelt werden; sie müssen in ihrer Komplexität ein Stück weit reduziert werden. Die Jubiläumsaktivitäten 2024 haben die doppelte Herausforderung in aller Regel bewältigt:

- Die beiden Forschungspublikationen *Atlas* und *Bundsbrief-Edition* sind durch ihre gute Struktur, die gute Lesbarkeit ihrer Texte und die gute visuelle Gestaltung für ein breites Publikum zugänglich.¹⁰
- In den bewusst populären, ja volksfestartigen Elementen der Bundstage – Festumzüge, Mittelaltermärkte etc. – wurden der historischen Authentizität allerdings beträchtliche Kompromisse abgenötigt. (Der Festumzug des Davoser Bundstags hat zum Teil bewusst den gut dokumentierten Festumzug der Zentenarfeier des Zehngerichtebunds 1936 zitiert – womit aber wieder eine Art von Historizität oder zumindest von historistischer Geschichtskultur gegeben ist.) Dem Publikum ist indessen klar, dass es sich hier nicht um Geschichtsvermittlung, sondern um Folklore handelt, die in stilisierten Formen vorgeführt und von den betreffenden Vereinen (die keine historischen Vereine sind, oder höchstens Burgenvereine) auf mehr oder weniger routinierte Art produziert wird.
- Die HGG hat mit ihrem eigenen Jubiläumsbeitrag, der Publikation *Bündner Gerichtsfälle seit 1500*, bewusst und methodisch versucht, jenem doppelten Anspruch gerecht zu werden. Wissenschaft im Inhalt: relevante Fragestellung (Gerichtbarkeit als Aspekt von Staatlichkeit und als Mittel zur Regelung gesellschaftlicher Konflikte); konsequent sehr quellennahe Darstellungen. Popularität in der Form: Vielzahl von kurzen Texten; starke Gliederung; intensive Bebilderung.¹¹

Ein wichtiges Ergebnis der wissenschaftlichen Tagung in Maloja betrifft die langfristige Erinnerungsgeschichte des Bundsbriefs von 1524, der den Bezugspunkt der Jubiläumsfeier bildete. Wie vor allem aus den Beiträgen in diesem Band von Ulrich Pfister und Manfred Veraguth hervorgeht, wurde der Bundsbrief in der Frühen Neuzeit selten beschworen. Aus einigen Berichten wird sogar deutlich, dass er in mehreren Gebieten zu verschiedenen Zeiten ganz aus dem Gedächtnis und den Archiven verschwand. Ein Grund für diese spärliche Erinnerungskultur war die Verbindung des Bundsbriefs mit den antibischöflichen Ilanzer Artikeln von 1524. Mit der Glaubensspaltung und den zunehmenden konfessionellen Gegensätzen wurde die Beschwörung des Briefs für die katholische Seite zunehmend proble-

¹⁰ *Atlas zur Geschichte Graubündens 1524–2024*, hg. vom Institut für Kulturforschung Graubünden, in Zusammenarbeit mit dem Staatsarchiv Graubünden, Zürich 2024; Florian Hitz, Immacolata Saulle Hippenmeyer (Hg.), *Der Bundsbrief vom 23. September 1524. Beitrag zum Jubiläum «500 Jahre Freistaat der Drei Bünde»*, Chur 2024.

¹¹ *Bündner Gerichtsfälle. Ein Beitrag zum Jubiläum «500 Jahre Freistaat der Drei Bünde»*, hg. von der Historischen Gesellschaft Graubünden, Chur 2024.

matisch. Erschwerend kam dazu, dass mindestens seit dem 17. Jahrhundert die erste Verbindung der Drei Bünde auf das Jahr 1471 zurückdatiert wurde. Dieser sogenannte Bund von Vazerol, einem kleinen Weiler zwischen der Lenzerheide und Tiefencastel, stand in der populären Geschichtsliteratur lange für den wirklichen Anfang des Bündner Staatswesens. Als die Jubiläumskultur im 19. Jahrhundert allenthalben an Intensität zulegte, plante man in Graubünden eine Zentenarfeier auf das Jahr 1871. Sie scheiterte, wie Reto Weiss in seinem Beitrag schildert, aus diversen Gründen. Andere Gedenkfeiern hatten mehr Erfolg: so die Zentenarfeiern für den Grauen Bund 1824 und den Zehngerichtebund 1836 sowie als gesamtkantonalen Anlass die legendäre Calvenfeier von 1899 in Erinnerung an die gewonnene Schlacht der Drei Bünde gegen den Schwäbischen Bund von 1499.¹² War es vor diesem Hintergrund selbstverständlich, dass Graubünden 2024 eine gross angelegte Feier für den Bundbrief durchführte? Anders als bei den neuen Kantonen der Schweizerischen Eidgenossenschaft sind Gründungsfeiern bei den alten Kantonen nicht allgemein verbreitet. Dies hat natürlich auch mit ihrer heterogenen Entstehung zu tun. Das eidgenössische Bündnissystem erhält dagegen sehr wohl festliche Zuwendung und hatte lange mit einem ähnlichen Datierungsproblem zu ringen wie Graubünden.¹³

Wichtig für den vorliegenden Fall war sicher, dass der Bundsbrief von 1524 im Laufe des 20. Jahrhunderts gegenüber anderen Erinnerungsdaten an Prominenz gewann. Ein Name, der in diesem Zusammenhang genannt werden muss, ist Peter Liver. Der Rechtshistoriker und Jurist war seit der Zwischenkriegszeit eine sehr bedeutende Stimme auf diesem Gebiet: Er promovierte in Geschichte 1929 und Rechtswissenschaft 1931; später war er für einige Jahre Regierungsrat, dann Professor für Rechtsgeschichte an der ETH Zürich und für viele Jahre an der Universität Bern. In seinem viel zitierten Aufsatz *Die staatliche Entwicklung im alten Graubünden* hielt er 1933 fest, die Eidgenossenschaft sei nur durch einzelne Verträge und nicht durch einen allgemeinen Vertrag zusammengehalten worden: «Der Freistaat Gemeiner III Bünde dagegen hat durch den Bundesvertrag vom 23. September 1524 eine einheitliche Organisation erhalten. Durch diesen Vertrag haben sich die sämtlichen Gemeinden (Gerichtsgemeinden) der Drei Bünde zum Freistaat Gemeiner III Bünde zusammengeschlossen. Die einzelstaatlichen Glieder waren also nicht die Bünde, sondern die Gemeinden.»¹⁴ Diese – wie Liver betont – «staatsrechtliche Ansicht» war ein starkes Votum für 1524, dem sich andere anschlossen. Dazu kam 2024 natürlich die Magie der grossen, runden Zahl: 500 Jahre sind im modernen Dezimalverständnis eine Marke von hohem Rang.

12 Claudio Willi, Calvenschlacht und Benedikt Fontana, Chur 1971, S. 198–217; Peter Röthlisberger, Benedikt Fontana lebt! Die Calvenfeier von 1899 und ihre Auswirkungen auf das Geschichtsverständnis, Chur 1999.

13 Lange galt 1307 und nicht 1291 als das eidgenössische Gründungsjahr, vgl. Georg Kreis, Bundesfeier, in: Historisches Lexikon der Schweiz, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/017438/2011-03-16> (3. J. 2025).

14 Peter Liver, Die staatliche Entwicklung im alten Graubünden, in: Zeitschrift für schweizerische Geschichte 13, 1933, S. 206–248, hier S. 206.

Und nicht zuletzt brauchte es die richtigen Personen in den richtigen Positionen, um die Feier in Gang zu setzen. Alles deutet zuvorderst auf den Staatsarchivar Reto Weiss.¹⁵

Ein Punkt, der auch an der Tagung in Maloja kaum erörtert wurde, ist die Frage, ob die staatsrechtliche Ansicht von Liver einer historischen Prüfung standhält. Der «Bundsbrief» wurde, wie schon der Titel andeutet, von den drei Bünden besiegelt, nicht von den nahezu fünfzig Gerichtsgemeinden. Dass Letztere bei diesem Anlass die Hauptakteure waren, bleibt eine Hypothese, die mit dem Text selber nicht zu belegen ist. Dort treten die Bünde und Bundsgenossen weit häufiger auf als die Gemeinden und Gerichte.¹⁶ Die Ansicht macht aus dem Dreibündenstaat eine fixe Grösse, die praktisch *ab ovo* aus einem Vertrag entsprang und während der ganzen Frühneuzeit in diesem Zustand verharrte. In Wirklichkeit gibt es viele Anzeichen, dass die Gemeinden später zusammenwuchsen und an Macht gewannen: Während Abstimmungen zu Beginn nach Bünden erfolgten, ging man um 1570 zum allgemeinen Gemeindemehren über; fast gleichzeitig bürgerte sich das Referendum ein, mit welchem die Meinungen der Gemeinden zu Bundesbeschlüssen eingeholt werden mussten; seit 1603 wurden die Ämter der Untertanenlande nicht mehr durch den Bundstag, sondern durch die Gemeinden vergeben; die kommunale Dynamik zeigte sich bis zum Ende des Freistaat auch an Teilungen von Gerichten und Kirchgemeinden. In der ersten umfassenden Verfassung Graubündens von 1814 (in Kraft 1820) wird diese bedeutende Stellung der Gemeinden gerade am Anfang betont. Die Souveränität liege bei ihrer gemeinsamen Willensäusserung, während die Bünde nur eine Verwaltungseinheit bildeten.¹⁷ Alles in allem scheint Livers staatsrechtliche Ansicht mehr dem Text von 1814 als demjenigen von 1524 zu entsprechen – eine Frage, die man auch mit Blick auf künftige Anlässe genauer diskutieren sollte.¹⁸

15 Festbericht von Florian Hitz in diesem Band.

16 Hitz/Saulle Hippenmeyer (wie Anm. 10), S. 116–156.

17 Verfassung des eidgenössischen Standes Graubünden [vom 11. November 1814 durch Beschluss des Grossen Rates vom 19. Juni 1820 für gültig erklärt], S. 6, www.gr-lex.gr.ch/app/de/change_documents/12181.

18 Entsprechend der kommunalen Lektüre des Bundsbriefs stellte der Regierungsbeschluss vom 22. 8. 2022 dezidiert die Gemeinden ins Zentrum des Jubiläums von 2024, vgl. Festbericht von Florian Hitz in diesem Band.

***Principato collettivo* – Das frühneuzeitliche Kollektivfürstentum**

Über die historischen Umstände rund um die Abfassung und Besiegelung des Bundsbriefs von 1524 weiss man wenig. Sicher ist jedenfalls, dass er einige Bestimmungen zur kollektiven Kriegsführung enthält.¹⁹ Eine militärisch gefährliche Situation herrschte damals im Süden, wo die Drei Bünde seit einem Dutzend Jahren nach einem erfolgreichen kriegerischen Auszug die Herrschaft im Veltlin und in den Grafschaften Chiavenna und Bormio für sich beanspruchten. Am Comersee hatte sich aber mit Gian Giacomo Medici auch ein anderer *Warlord* eingenistet, der diese junge Herrschaft bedrohte. Es ist eine plausible, bisher von der kantonalen Geschichtsschreibung zu wenig genutzte Hypothese, diese militärische Situation mit den Bemühungen zur Organisation der Drei Bünde in Verbindung zu bringen. Von der italienischen Forschung zur Situation vor Ort und zu seinem Hauptprotagonisten berichten in diesem Band ausführlich Saveria Masa und Franco Minonzio.

Die frühneuzeitliche Herrschaft der Drei Bünde von 1512 bis 1797 (mit Unterbruch zwischen 1620 bis 1639) gehört zu den schwierigsten und problematischsten Themen der Bündner Geschichte. Im Jubiläumsjahr 2024 wurde sie fast ganz ausgeklammert. Vom Text des Bundsbriefs leitete das Grobkonzept zur Gestaltung der Feier zum Beispiel allgemeine Motive ab wie «gemeinsam frei / selbstbestimmt», «Leben in Frieden und Sicherheit», «Regeln für Konflikte».²⁰ Wäre sie wahrgenommen worden, so hätte die militärisch etablierte Herrschaft im Süden auch andere Motive und Ableitungen denkbar gemacht. Dies umso mehr als sich die wissenschaftliche Geschichtsschreibung über das Verhältnis der herrschenden Lande zu den Untertan:innen in den letzten Jahrzehnten stark verändert hat. Massimo Della Misericordia, Professor für mittelalterliche Geschichte an der Università degli Studi di Milano-Bicocca und Vizepräsident der Società Storica Valtellinese hat uns mit Blick auf 1524 folgenden Kommentar zukommen lassen:

L'interesse specifico della Società Storica Valtellinese nel sostenere ed essere presente alle Giornate di studio dedicate al patto federale del 1524 e al costituirsi della repubblica delle Tre Leghe si sviluppa nel solco di un'attività che ha caratterizzato l'ultimo trentennio della vita del sodalizio. Proprio la recente ricorrenza del centenario della fondazione (1921–2021) ha offerto un'opportunità significativa per ripensare la sua storia ormai secolare. Ebbene, nell'alveo della cultura patriottica degli anni fra la Prima Guerra Mondiale e l'avvento del fascismo, la prospettiva storica privilegiata agli inizi era stata quella dell'appartenenza della Valtellina e della Valchiavenna alla storia italiana, che non poteva non condurre ad un'interpretazione riduttiva della fase di soggezione al cosiddetto, allora, «giogo grigione». Il clima cominciò a mutare dopo la Seconda Guerra Mondiale, ma è solo con il convegno dedicato nel 1997 alla fine del governo grigione in Valtellina, Valchiavenna e Bormio che è iniziato un

19 Hitz/Saulle Hippenmeyer (wie Anm. 10), Artikel 6, 7 und 22, S. 127, 130.

20 Vgl. Festbericht von Florian Hitz in diesem Band.

lavoro collettivo, sviluppato in collaborazione con gli altri istituti di ricerca storica, grigion e italiani, sulle tappe fondamentali di una storia comune: il 1512, il 1620, il 1797. Dall'affermazione del governo delle Tre Leghe sulle valli dell'Adda e della Mera all'aggregazione di queste ultime alla Repubblica Cisalpina, sono stati così ripercorsi, in occasione degli anniversari, gli snodi storici più duraturi nella memoria pubblica nelle terre italiane, dalla quale, invece, il 1524 è ancora assente.

Tale ricerca multi-prospettica è stata preziosa soprattutto al fine di superare le posizioni più dipendenti dagli assunti nazionalistici: ciò che è stato scritto sui patti del 1512, non esistenti o esistenti e traditi dai signori, sulla posizione originariamente di parità o asservimento delle valli dell'Adda e della Mera, sulla rivolta del 1620 e i suoi motivi politici e religiosi, ha talvolta tradito una sostanziale incomprensione degli effettivi assetti del tardo medioevo e dell'età moderna, soprattutto quando ancora dominava la logica della «dominazione straniera». Non isolata dal contesto territoriale e dalla più vasta cornice europea, la vicenda valtellinese e valchiavennasca viene meglio intesa come una forma di soggezione negoziata, con margini di autonomia nel riconoscimento dell'autorità superiore, momenti di collaborazione e invece di rottura, fino alla radicale rivendicazione del diritto di resistenza dei sudditi. Nelle Leghe, come altrove, terre suddite si inserivano all'interno di domini molto compositi, in cui la gerarchia del potere riconosceva spazi di giurisdizione particolare entro costituzioni intrinsecamente plurali, aggregate dal basso da accordi e non solo ordinate dall'alto, che lo studio del patto fondativo del 1524 e delle sue condizioni potrà approfondire, senza chiudersi nel recinto di una consolatoria ma limitante «eccezionalità alpina», bilanciando il riconoscimento dei connotati peculiari e addirittura unici di tale realtà come degli elementi condivisi con i profili più generali dell'Antico Regime europeo.²¹

21 In deutscher Übersetzung: Das besondere Interesse der Società Storica Valtellinese, die Tagung zum Bundsbrief von 1524 und zur Gründung der Republik der Drei Bünde zu unterstützen und daran teilzunehmen, entwickelt sich im Rahmen einer Aktivität, die das letzte Drittel des Bestehens der Società geprägt hat. Gerade ihr kürzlich gefeiertes 100-Jahr-Jubiläum (1921–2021) bot eine gute Gelegenheit, die nunmehr lange Geschichte der Società zu überdenken. Im Rahmen der patriotischen Kultur der Jahre zwischen dem Ersten Weltkrieg und dem Aufkommen des Faschismus war die bevorzugte historische Perspektive diejenige der Zugehörigkeit des Veltlins und des Valchiavenna zur italienischen Geschichte. Das führte unweigerlich zu einer beschränkten Interpretation der Phase der Unterwerfung unter das sogenannte «Bündner Joch». Das Klima begann sich nach dem Zweiten Weltkrieg zu ändern, aber erst mit der Konferenz von 1997, die dem Ende der Bündner Herrschaft in der Valtellina, der Valchiavenna und in Bormio gewidmet war, begann eine kollektive Arbeit zusammen mit anderen historischen Forschungsinstituten, bündnerischen und italienischen. Sie befasste sich mit den grundlegenden Etappen einer gemeinsamen Geschichte: 1512, 1620, 1797. Anlässlich der Jahrestage wurden diese historischen Wendepunkte von der Durchsetzung der Herrschaft der Drei Bünde über die Täler der Adda und der Mera bis zur Vereinigung dieser Täler mit der Cisalpinischen Republik in der öffentlichen Erinnerung der italienischen Gebiete nachgezeichnet. Das Jahr 1524 war bei unserer Arbeit noch nicht präsent ist. Diese multiperspektivische Forschung war vor allem wertvoll, um die Positionen zu überwinden, die am stärksten von nationalistischen Annahmen abhängig waren. Diskutiert wurden die Verträge von 1512, ob sie existierten oder nicht und ob sie von den Bündner Herren verraten wurden, also ob die Täler der Adda und Mera ursprünglich gleichberechtigt oder unterworfen waren. Zur Debatte standen ferner der Aufstand von 1620 und seine politischen und religiösen Motive; hier zeigte sich, dass die frühe-

Dass die Veltliner Forschung dem Bundsbrief bisher keine Beachtung schenkte, ist wenig erstaunlich, hat dieses Dokument ja auch in Graubünden bisher nicht viel wissenschaftliches Interesse auf sich gezogen. Bezeichnenderweise ist die für das Jubiläum von 2024 erschienene kommentierte Neuedition die erste eigenständige Buchpublikation zu diesem Thema.²² Der von Della Misericordia skizzierte historiografische Trend von der (nationalen) Logik der Fremdherrschaft zur (gesellschaftlichen) Logik der verhandelten, komplexen Unterordnung mit Spielräumen und unterschiedlichen Akteuren ist ein Trend, den man auch in vielen anderen Regionen beobachten kann, etwa im Verhältnis der Eidgenossenschaft zu den Tessiner Vogteien oder im Verhältnis der Berner Herrschaft zu den Untertan:innen im Waadtland.²³

Guglielmo Scaramellini, der die Literatur sowohl in den ehemals untertänigen als auch in den ehemals herrschenden Landen bestens kennt, spricht in seinem Beitrag von einem *principato collettivo*, einem Kollektivfürstentum, das die Drei Bünde im Süden errichtet hatten. Um zu prüfen, wie die Herrschaft von Zeitgenossen betrachtet wurde, referiert er die Gedanken von Niccolò Machiavelli über Untertanenverhältnisse von föderalen Republiken. Diese bezogen sich vor allem auf das nötige Potenzial an politischer Macht für den Erwerb und die dauerhafte Beherrschung von Untertan:innen. Die Frage, ob Republiken prinzipiell – aus ethisch-normativen Gründen – Untertan:innen haben können, beschäftigte die Staatstheorie erst seit dem 17./18. Jahrhundert in den aufklärerischen Debatten über Republik, Monarchie und Demokratie.²⁴ So wurde es immer erklärungsbedürftiger, dass eine föderal-lokalistische oder eben demokratische Republik wie die Drei Bünde Herrschaft über Untertan:innen ausübte.

re Logik der «fremden Herrschaft» den tatsächlichen Gegebenheiten des Spätmittelalters und der Neuzeit nicht gerecht werden kann. Die Geschichte des Veltlins und des Valchiavenna sollte nicht vom territorialen Kontext und vom grösseren europäischen Rahmen isoliert werden. Sie wird besser verstanden als eine Form der ausgehandelten Unterwerfung, mit Spielräumen der Autonomie in der Anerkennung der höheren Autorität, mit Momenten der Zusammenarbeit wie auch des Bruchs, bis hin zur radikalen Forderung nach dem Recht auf Widerstand der Untertanen. In den Drei Bünden wie anderswo waren Untertanengebiete in sehr komplexe Machtssysteme eingegliedert, in denen die Herrschaft besondere rechtliche Zuständigkeiten innerhalb von inhärent pluralistischen Verfassungen anerkannte. Sie waren sowohl von der Herrschaft als auch von den Untertanen bestimmt. Das Studium des Gründungsvertrags von 1524 und seiner Bedingungen wird diese Phänomene vertiefen können, ohne sich auf eine tröstliche, aber einschränkende «alpine Außergewöhnlichkeit» zu berufen. Vielmehr gilt es die besonderen und sogar einzigartigen Aspekte dieser historischen Realität mit den allgemeinen Profilen des europäischen Ancien Régime in Einklang zu bringen.

22 Hitz/Saulle Hippenmeyer (wie Anm. 10).

23 Raffaello Ceschi (Hg.), *Storia della Svizzera italiana. Dal Cinquecento al Settecento*, Bellinzona 2000; François Flouck et al. (Hg.), *De l'Ours à la Cocarde. Régime bernois et révolution en pays de Vaud (1536–1798)*, Lausanne 1998.

24 Randolph C. Head, *Early Modern Democracy in the Grisons. Social Order and Political Language in a Swiss Mountain Canton, 1470–1620*, Cambridge 1995; Thomas Maissen, *Die Geburt der Republic. Staatsverständnis und Repräsentation in der frühneuzeitlichen Eidgenossenschaft*, Göttingen 2006.

Die Bündner Historiker gaben sich deshalb lange Mühe, diese Herrschaft nachträglich als leicht und wenig einschneidend darzustellen. Etwa zur selben Zeit, als Intellektuelle aus der heutigen Provinz Sondrio ihre Kritik an den *Signori Grigioni* milderten, wurden die Bündner Intellektuellen aber selbstkritischer und begann die historische Ausbeutung und Machtpraxis stärker zu betonen. Das mag ironisch klingen, bildete aber sicher eine Reaktion auf dieselben internationalen Trends des späten 20. Jahrhunderts. Generell lief dies auf eine Annäherung der Standpunkte hinaus. Im Einzelnen tat man vielleicht auch manchmal zuviel des Guten, wie dies in solchen emotionalen Momenten nicht unüblich ist.²⁵ Nüchtern hervorzuheben ist leider der Umstand, dass die Forschung zu den genauen finanziellen, gerichtlich-politischen und privaten Formen der Machtausübung weiterhin nicht sehr weit fortgeschritten ist (wie Jon Mathieu in seinem Beitrag über die Kataster kurz anmerkt).

Wie immer man die Bündner Herrschaft im Veltlin und in den beiden Grafschaften einschätzt, wir können sie nicht ungeschehen machen. Heute eine gute Nachbarschaft zu pflegen, wäre dagegen möglich. Hätten die Organisatoren der Jubiläumsfeier 2024 in diesem Sinn nicht zumindest eine der vielen Veranstaltungen in der Provinz Sondrio planen können? Schliesslich gehörten diese Täler in der Zeit des gefeierten Bundsbrieves unzweifelhaft zum Freistaat. Das hätte vielleicht die Möglichkeit eröffnet, in konzentrierter Form über eine zwar problematische, aber auch geteilte Geschichte zu diskutieren und die Tatsache weiter zu verarbeiten, dass der vierte Bund, von dem in der Veltliner Historiografie manchmal die Rede ist, in der Geschichte nie realisiert wurde. Selbst wenn dieser Bund nur einer vagen Andeutung oder einer bewussten Erfindung entsprang, drückte er doch auch den Wunsch nach Gemeinschaft aus.²⁶

Wie feiern? Wie forschen?

Feiern erfordern in der Regel einen positiven Bezugspunkt zur Hervorbringung einer guten Atmosphäre. Forschen erfordert dagegen einen offenen Blick, auch für negativ bewertete Phänomene, die zu kritischen Diskussionen und Missstimmung Anlass geben können. Besteht zwischen Feiern und Forschern somit ein fester Gegensatz oder lassen sie sich verbinden? Der oben zitierte Professor aus der

25 Ohne stichhaltige Evidenz bezeichnete Diego Zoia den Beginn der Bündner Herrschaft zum Beispiel als «Honeymoon», vgl. ders., La «luna di miele» tra Grigioni e Valtellinesi nei primi decenni del Cinquecento. Le relazioni istituzionali, in: Augusta Corbellini und Florian Hitz (Hg.), 1512. I Grigioni in Valtellina, Bormio e Chiavenna. Die Bündner im Veltlin, in Bormio und in Chiavenna, Sondrio 2012, S. 139–161.

26 Laut dem Festbericht von Florian Hitz in diesem Band gab es einen «Bundstag» in Poschiavo, zu dem auch Gäste aus dem Veltlin eingeladen waren; dass man keine weitergehende Geste durchführte, hing möglicherweise auch mit der Tatsache zusammen, dass die Gestaltung der Feier einer Werbe- oder Kommunikationsagentur überlassen wurde, die sich sonst kaum in diesem historischen Feld bewegt.

Stadt Essen im Ruhrgebiet, schaute mit Besorgnis auf den Unterschied zwischen Wissenschaft und Jubiläumsfeiern. Er öffnete «eine tiefe Kluft zwischen der professionellen, akademischen Geschichtswissenschaft und der Erinnerungskultur im öffentlichen und privaten Raum». Die Historikerzunft gerate so immer mehr in Bedrängnis, ohne ihren Bedeutungsverlust wirklich wahrzunehmen.²⁷

Für die frische Bergluft Graubündens sieht Andreas Würzler, Professor für ältere und neuere Schweizergeschichte an der Universität Genf, eine andere Möglichkeit. Unter dem Haupttitel «Offizielle Feiern historischer Ereignisse» liess er uns folgenden Kommentar zukommen:

«Öffentliches Interesse. Politisch: Graubünden, die Schweiz und ...

- Über die – immer selektive – Erinnerung an historische Ereignisse werden Debatten über politische Werte und Orientierungen der Gegenwart ausgetragen.
- Wichtig dabei ist: die historische Faktentreue muss auf dem wissenschaftlichen Stand sein, sonst werden die Diskussionen beliebig und ideologisch statt historisch und sinnvoll.
- Das bedeutet nicht, dass man ein und dasselbe Ereignis nicht auf verschiedene Weisen interpretieren könnte, aber man sollte dazu nicht historische Ereignisse «erfinden».
- Beispiel 1524 und Graubünden und Europa:

A. Eine Interpretation A könnte sein: wir sind stolz auf unsere Tradition als seit 1524 geeintes Land mit spezifischer Verfassung und politischer Kultur und wollen diese auf immer bewahren.

B. Das «Ereignis» 1524 lehrt uns (Interpretation B), dass jeder einzelne der drei Bünde bzw. die Gerichtsgemeinden damals sich vorausschauend verhalten haben, indem sie sich zu etwas Grösserem zusammengeschlossen haben. Dadurch haben sie wahrscheinlich das «Überleben» als eigenständiges Territorium mit eigener politischer Kultur erst ermöglicht.

Aus A könnte man politisch ableiten: Wir ehren das Erbe von 1524, wenn wir keine neuen Bündnisse, Zusammenschlüsse etc. eingehen (EU nie).

Aus B könnte man ableiten: Wir handeln im Geist von 1524, wenn wir uns in veränderten Zeitumständen, wie die Bündner damals, mit Gleichgesinnten zusammenschliessen, um langfristig zu überleben – so wie sich die Gerichtsgemeinden zu Bünden, die drei Bünde zu Graubünden und Graubünden mit der Eidgenossenschaft verbunden haben (über die Zwischenstufen Helvetische Republik und Mediation). Das geht nicht ohne Abstriche an der Autonomie, aber könnte mehr Partizipation bewahren als das Abseitsstehen (EU sofort).

Es gibt sicher auch Positionen zwischen A und B ...

²⁷ Wie Anm. 8.

Marketing: Zur Frage des Erinnerungszyklus: wie häufig soll 1524 gefeiert werden?

- Klassische Zyklen (100 oder 50 Jahre) oder 25 Jahre (katholisches Jubeljahr, auch aufgegriffen von der Eidgenossenschaft 2023 (175 Jahre Bundesverfassung): sehr langfristig.
- Jährlich (wie 1. August ...): sehr aufwändig.
- Mittelweg: für jede Generation, jedes Lebensalter: alle 10 Jahre (Dezimalsystem), alle 12 Jahre (im Bundsbrief 1524 vorgesehener Rhythmus der Bundesbeschwörungen) oder alle 11 Jahre (Schnapszahl; originell und als «Gag» zu vermarkten).
- Mit einem 10- bis 12-jährigen Turnus kann die Erinnerung in den jeweiligen Altersstufen gepflegt werden (Kindheit, Jugend, Erwachsene etc.).

Wissenschaftliches Interesse

- Wissenschaftlich sind Jubiläen interessant, weil sie eine periodische Diskussion über ein Thema lancieren und oft auch finanzieren.
- Jubiläen betonen Einzelereignisse, die in der Regel Kristallisationspunkte darstellen für langwierige, komplexe Entwicklungen, aber selten «alleine» verantwortlich sind für Veränderungen oder Stabilisierungen.
- Wenn öffentliches Interesse besteht, können daraus Aufträge für Historiker:innen in Form von wissenschaftlicher Forschung (Projekte, Tagungen, Vorträge), Quellenschiessung (Archive) oder Ausstellungen (Museen) resultieren.
- Ein 10- bis 12-jähriger Rhythmus scheint nötig, um neue wissenschaftliche Ergebnisse (Dissertationen, Forschungsprojekte etc.) in einem Ausmass zu generieren, das eine neue Diskussion lohnend erscheinen lässt.
- Solcherart initiierte Forschung kann auch vergleichende Bezugnahmen auf Graubünden fördern, denn die spezifischen Charakteristika der politischen Kultur Bündens sind in der (europäischen) historischen Forschung wenig präsent.»

Statt sich von der Erinnerungs- und Jubiläumskultur vereinnahmen zu lassen, sollte die wissenschaftliche Forschung also mehr unternehmerische Initiative zeigen. Die interessante Vergangenheit Graubündens ist in der allgemeinen Geschichtswissenschaft zu wenig bekannt. Wiederkehrende Bundsbriefjubiläen, vielleicht im Rhythmus von zehn bis zwölf Jahren, wären ein idealer Motor für die historische Forschung – wenn nicht für die nächsten 500 Jahre, so doch für die überblickbare Zukunft. Nichts soll uns davon abhalten, das Land auf diese Weise unter die Leute zu bringen.

Riassunto:

Storia, società e scienza. Commenti e domande su «500 anni di Libero Stato delle Tre Leghe» in prospettiva scientifica

A differenza della maggior parte degli eventi organizzati per celebrare l'anniversario dei Grigioni nel 2024, il convegno di Maloja aveva principalmente finalità scientifiche. Come dimostrano i contributi raccolti in questo volume, esso ha combinato ricerche di storia costituzionale con altre relative alla cultura della memoria degli ultimi cinque secoli. Questo capitolo conclusivo offre una retrospettiva sul convegno e sull'anniversario. A tal fine abbiamo anche raccolto le opinioni degli studiosi che hanno partecipato a Maloja. Il capitolo è suddiviso in quattro sezioni: (1) Anniversario e memoria nel dibattito scientifico; (2) «500 anni di Libera Confederazione delle Tre Leghe»: una celebrazione scontata? (3) Il «Principato collettivo» nell'età moderna; (4) Come festeggiare? Come ricercare?

Un risultato importante del convegno di Maloja riguarda la storia della memoria della Carta della Lega del 1524, che ha costituito il punto di riferimento della celebrazione dell'anniversario. Come emerge dai contributi, nella prima età moderna la Carta è stata raramente invocata e alcune fonti indicano addirittura che a volte è stata completamente dimenticata. Una delle ragioni di questa scarsa cultura della memoria era il suo legame con gli articoli anti-vescovili di Ilanz del 1524. Dopo la scissione religiosa, invocare la lettera divenne sempre più problematico per la parte cattolica. A complicare le cose, il primo legame tra le Tre Leghe fu fatto risalire al 1471. Questa cosiddetta Lega di Vazerol è stata a lungo considerata nella letteratura storica popolare come il vero inizio dello Stato grigionese. Quando nel XIX secolo la cultura del giubileo acquistò intensità in Europa e in Svizzera, si progettò una celebrazione del centenario dei Grigioni per il 1871, che però fallì per vari motivi.

Era quindi scontato che il Cantone organizzasse una grande celebrazione per la Carta della Lega nel 2024? Sicuramente era importante che nel corso del XX secolo la Carta avesse acquisito importanza rispetto ad altre date commemorative. Un contributo significativo in tal senso è stato dato dallo storico del diritto e giurista Peter Liver. A ciò si aggiunse nel 2024 la magia del numero tondo: 500 anni sono una marca importante nella concezione decimale moderna. E, non da ultimo, occorre le persone giuste al posto giusto per dare il via ai festeggiamenti.

Alcuni ritengono che esista una forte contrapposizione tra celebrazioni e ricerca e che le commemorazioni danneggino piuttosto la ricerca storica. Qui si sostiene un punto di vista diverso: invece di lasciarsi coinvolgere dalla cultura della memoria e delle ricorrenze, la ricerca dovrebbe mostrare più iniziativa imprenditoriale. L'interessante passato dei Grigioni è troppo poco conosciuto nella scienza storica. Le ricorrenze della Carta della Lega sarebbero un motore ideale per la ricerca storica, se non per i prossimi 500 anni, almeno per il futuro prevedibile...

Autor:innen

Florian Hitz, Dr. phil., ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Kulturforschung Graubünden und am Staatsarchiv Graubünden in Chur. Er studierte Allgemeine Geschichte an der Universität Zürich sowie Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Heidelberg. Sein Forschungsfeld ist die Politik-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte Graubündens – mit Ausblicken auf die Nachbargebiete – in Mittelalter, Neuzeit und Moderne. Dazu verschiedene Publikationen.

florian.hitz@sag.gr.ch

Saveria Masa, laureata in lettere, indirizzo storico, all'Università di Milano (1993), è storica e genealogista accreditata presso la Società svizzera di studi genealogici e autrice di numerosi studi di storia sociale e religiosa valtellinese, e di storia dei rapporti e delle vie di comunicazione tra Valtellina e Grigioni, tra i quali si ricorda in particolare Il Passo del Muretto tra Valtellina e Grigioni. Storia di una via dimenticata. Dal 2012 al 2019 è stata direttrice dell'Ecomuseo della Valmalenco. Dal 2022 lavora come collaboratrice culturale e scientifica per la Pro Grigioni italiano e dal 2025 è direttrice editoriale dei «Quaderni grigionitaliani».

saveria.masa@pgi.ch

Jon Mathieu ist emeritierter Geschichtsprofessor an der Universität Luzern. Er war Gründungsdirektor des Istituto di Storia delle Alpi an der Tessiner Universität, lehrte Umweltgeschichte an der ETH Zürich und amtierte im Forschungsrat des Schweizerischen Nationalfonds. Er hat mehrfach über die Geschichte Graubündens, der Alpen und der Berge allgemein publiziert. Sein letztes Buch: Mount Sacred. Eine kurze Globalgeschichte der heiligen Berge seit 1500 (2023).

jon.mathieu@bluewin.ch

Franco Minonzio. Filologo classico, storico della scienza, studia la mediazione rinascimentale della scienza antica e l'impianto metodologico della storiografia cinquecentesca (Giovio, Guicciardini, Varchi, Vasari). Su Giovio ha pubblicato, tra l'altro, l'edizione in traduzione italiana degli Elogia: Elogi degli uomini illustri, Torino, Einaudi, 2006 e l'edizione critica del Dialogus: Dialogo sugli uomini e le donne illustri del nostro tempo, 2 voll., Torino, Arago. Su Giangiacomo Medici ha pubblicato per Polyhistor Edizioni: L'altro Medici. Come il Medeghino s'insignorì del Lario (2013); La «mala guerra». Da Medeghino a Marignano: come si diventa ciò che si è (2020).

franco.minonzio1955@gmail.com

Ulrich Pfister hat an der Universität Zürich 1984 promoviert und 1991 habilitiert. 1996–2024 war er an der Universität Münster Professor für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Neueren und Neusten Zeit; derzeit ist er Seniorprofessor. Seine wichtigsten Arbeitsgebiete betreffen die historische Demographie, die Entwicklung regionaler Exportgewerbe bis zur Industrialisierung, die Religionsgeschichte, die Geschichte des ländlichen Raums und das Wirtschaftswachstum in langfristiger Perspektive. Er ist unter anderem Autor von Konfessionskirchen, Glaubenspraxis und Konflikt in Graubünden, 16.–18. Jahrhundert (2012).
pfister@uni-muenster.de

Guglielmo Scaramellini è stato docente di Geografia economica e di Geografia presso le Università di Torino, Modena e Milano. I suoi studi riguardano la geografia e i viaggi in Età moderna, i sistemi urbani e metropolitani, la montagna italiana ed europea, in specie le Alpi. Accanto a quelli strettamente disciplinari ha coltivato interessi storici, come i rapporti italo-svizzeri, in specie politici e confessionali (Economia e società in Valtellina e Contadi nell'Età Moderna, co-curatore, 3 voll., 2006), nonché la nutrizione quale espressione geo-culturale (Mangia come parli! Alimentazione e cucina italiana: geografie e storie di un mito gastronomico, 2017).
guglielmo.scaramellini@unimi.it

Hannes Siegrist, Prof. em. Dr. phil., Studium der Geschichte, Soziologie und Publizistik an der Universität Zürich (1967–76), Habilitation für Neuere Geschichte und Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Freien Universität Berlin (1992), Forschungs- und Lehrtätigkeiten u.a. in Zürich, Bielefeld, Berlin, Florenz, Uppsala, Paris und Budapest. Von 1997 bis 2013 Professor für Vergleichende Kultur- und Gesellschaftsgeschichte Europas an der Universität Leipzig. Seit 2021 Vorstandsmitglied der Società Storica Bregaglia. Zuletzt veröffentlichte er u.a. Expanding Intellectual Property. Copyrights and Patents in Twentieth-Century Europe and Beyond, Budapest, CEU Press 2017 (Hg. zus. mit Augusta Dimou).
siegrist@rz.uni-leipzig.de

Manfred Veraguth arbeitet als Dokumentalist beim Institut dal Dicziunari Rumantsch Grischun in Chur. Von 2018 bis 2021 hat er beim Institut für Kulturforschung Graubünden eine Theatergeschichte der Drei Bünde verfasst (Publikation 2023). Er studierte Geschichte, Theaterwissenschaft sowie Wissenschaftstheorie und Wissenschaftsgeschichte an der Universität Bern und promovierte dort 2013 mit einer Theatergeschichte der Stadt Bern um 1900. Diverse Publikationen, vor allem zur Bündner (Kultur-)Geschichte.
manfred.veraguth@bluewin.ch

Reto Weiss, lic. phil., ist seit 2012 Staatsarchivar des Kantons Graubünden. Er war massgeblich an der Organisation des Jubiläums «500 Jahre Freistaat der Drei Bünde» beteiligt. Seine Publikationen betreffen Fragen der Archivistik und der Archivgeschichte sowie die regionale Geschichte Graubündens und Zürichs, wo er früher tätig war.

Reto.Weiss@sag.gr.ch

Andreas Würgler, Prof. Dr. phil., ist ordentlicher Professor für ältere Schweizergeschichte am Departement für allgemeine Geschichte der Universität Genf. Forschungsschwerpunkte: Konfliktforschung, politische Kulturen und Medien-geschichte der Eidgenossenschaft im europäischen Vergleich. Seine Publikationen umfassen u.a. die Monografien: Medien in der Frühen Neuzeit (2009); Die Tag-satzung der Eidgenossen. Politik, Kommunikation und Symbolik einer reprä-sentativen Institution im europäischen Kontext 1470–1798 (2013).

Andreas.Wuergler@unige.ch

Register

- Aargau 144
 Abt von Disentis 42, 43, 57, 182, 217
 Adel 80, 143, 195, 198, s.a. Feudaladel
 Adelsbrief 78
 Albula/Alvra 224
 Alimento, Antonella 192
 Alpen, Alpenraum 16, 92–94, 104, 140, 191, 198
 Alpwirtschaft 203–204
 Alvra s. Albula
 Ämteranfragen 151
 Ämterhandel 16, 143, 155–156, 199, 201, 210
 Amtliche Vermessung s. Kataster, Vermessung
 Amtseid 178–180
 Amtseinführung 178
 Anarchie 137
 Andreas, Abt von Disentis 42, 43
 Angelo, Giovanni 104
 Anguillara, Renzo degli 119
 Anhorn d. Ä., Bartholomäus 61
 Antike 73
 Appenzell 58, 144, 148
 Archiv 54, 110, 163, 199–200, 236, s.a. Staatsarchiv Graubünden
 Arco, Graf von 101
 Ardez 177–178
 Ardüser, Hans 184
 Aristodemokratie 63–64, 77, 81, 142, 155, 245
 Aristokratie, aristokratisch 65, 67, 76–77, 140, 142, 245
 Aristokratisierung 78, 80, 166
 Arona 126
 Athen 74
 Atlas zur Geschichte Graubündens 243, 253
 Aufklärung 196
 Augsburger Religionsfrieden (1555) 87
 Aureggi Auriata, Olimpia 97
 Ausstellung, historische 239
 Avalos, Alfonso d' 130
 Avers 56, 174
 Baden 147, 154
 Baigent, Elizabeth 192–193
 Balbiani, Alessandro 117
 Banner, Gerichtsbanner 180
 Basel 46, 146, 148, 155
 Bauernkriege (1525) 18
 Baume-Schneider, Elisabeth 241
 Bavier, Andreas 184
 Beccaria, Familie 94, 98
 Beeli, Conradin 94
 Beitag 54, 67
 Bellano 118–119
 Bellinzona 148
 Benesch, Felix 240
 Bentivoglio, Alessandro 109
 Bergamo 119
 Berge, Bergler 85, 92, 198, 209, s.a. Alpen
 Bergell s. Bregaglia
 Bergün/Bravuogn 56
 Bern 45, 52, 138, 148, 170, 210
 Bernina 101
 Bertoliatti, Francesco 104–105, 110, 113
 Besta, Familie 72
 Bever 204–206
 Bevölkerungszahl 145
 Bianchi, Augusto 222
 Bianchi, Vendramino 52, 141, 143
 Biel 146
 Bischof von Chur 17, 46, 48, 57, 104, 153, 161, 167, 217, 232
 Bischof von Como 186
 Blenio 148
 Blickle, Peter 60
 Blockmans, Wim 193
 Bodin, Jean 63–64, 140–141, 155, 170
 Böhmen 131
 Bologna 122, 126, 128
 Borbone, Kommandant 124
 Bormio 46–47, 81, s.a. Untertanenlande
 Borromeo, Giberto 126

- Borromeo, Margherita 126
 Borsieri, Kommandant 129
 Boscacci, Antonio 199
 Bösch, Johann Melchior 206
 Bott, Jakob 220, 226–227
 Bourbon, François de 126
 Bovollino, Martino 128
 Bozzolo, Federico da 119
 Brandis, Ortlieb von, Bischof 217
 Bravuogn s. Bergün
 Bregaglia/Bergell 7–8, 100–101, 112, 149
 Breil/Brigels 163
 Brianza 132
 Brienz/Brinzauls 222–224
 Brigels s. Breil
 Brinzauls s. Brienz
 Brüssel 62
 Buendia, Aureliano 124
 Bundesamt für Landestopografie 191
 Bundeshäupter 50, 54
 Bundesjubiläen (Einzelbünde) 229–232
 Bundesstaat 52
 Bundi, Martin 105
 Bündner Wirren 20, 62, 144, 166, 168, 246,
 s.a. Dreissigjähriger Krieg
 Bündnerstolz 238, 252
 Bundsbrief (1512) – Allgemein 7–9, 41 –
 Beschwörung 42–43, 161–171, 184–
 187 – Entstehung 15, 43–49, 96, 103,
 109, 149, 217, 255 – Inhalt 42–43 –
 Offenheit 162, 164 – Publikationen
 69, 242–244, 253, 258 – Überliefe-
 rung/Erinnerung 163, 186–187, 249 –
 Wirkung 49–52, 66–67, 91
 Bundstag 51, 53–54, 67, 161, 237–238,
 240–241, 243
 Burglehner, Mathias 62
 Caduff, Gion Chrest 176–178
 Calanca 149
 Caluori, Franz Sepp 245
 Calvenschlacht (1499) 22, 223, 254
 Calvin, Jean 63
 Camenisch, Daniel 237, 239
 Campell, Ulrich 55, 62, 64, 87, 179
 Canzo 124
 Capaul, Hartmann II. 94
 Capra, Galeazzo 110, 121
 Caprino Bergamasco 120
 Carate Brianza 122, 124
 Carolina, Strafgesetzbuch 71
 Caspano 97
 Castelmur, Burg 100
 Cazis 184
 Celerina 205
 Ceri, Renzo da 119–120
 Chambéry 195
 Chamues-ch 206
 Chiavenna 46, 47, 70, 98–100, 102, 121,
 s.a. Untertanenlande
 Chiuro 80
 Christentum 85
 Chur 42–44, 47–48, 52–54, 149, 162, 179,
 206, 221–222, 225, 240, s.a. Bischof
 von Chur
 Civello 125
 Claglöna, Jon Dutschessa 177–178
 Colani, Conradin 204, 206
 Colico 102
 Collenberg, Adrian 243
 Comersee 47, 98–99, 102, 109, 112–113,
 124, 128, 256
 Como, Comasco 72, 101, 117, 122, 128
 Coppelato, Fabio 109
 Corpus Helveticum 139, 142
 Corte di Casale 122
 Crivelli, Lucrezia 129
 Crollanza, Giovanni Battista 100
 Cromwell, William 140
 Dannebuchi, Arminio s. Bianchi, Vendra-
 mino
 Darms, Georges 186
 Davos 42, 43, 52, 53, 225, 232, 240
 Delebio, Schlacht von 102
 Della Misericordia, Massimo 256, 258
 Demokratie, demokratisch 61–66, 73,
 75–77, 87, 97, 140, 142, 244, 246, 258,
 s.a. Aristodemokratie
 Denkmal, historisches 216, 221–226, 231,
 250
 Descartes, René 250
 Deutschland 71, s.a. Römisch-deutsches
 Reich, Süddeutschland

- Domleschg 208
Domodossola 128
Donau 93, 130
Dongo s. Tre Pieve
Doria, Andrea 125
Drachen 137
Drei Bünde – Allgemein 7 – Beschreibung 52, 137 – Bevölkerung 145 – Bündnisse 148 – Entstehung/Entwicklung 16, 66, 226 – Verfassung 17, 19, 137–158 – Vergleiche 14, 137–158, 166 – s.a. Bundeshäupter, Bundsbrief, Bundstag, Referendum, Untertanenlande
Drei Pleven s. Tre Pieve
Dreibündenstaat s. Drei Bünde
Dreifaltigkeit 177, 179
Dreissigjähriger Krieg 19, 151, s.a. Bündner Wirren
Dubrovnik s. Ragusa
Duonna Lupa (Tschlin) 223
Eid, Schwören 86, 142, 169–170, 173, 176, 181, 195, 200, s.a. Huldigungseid, Schwuranlass, Schwurgemeinschaft
Eidbruch 176, 178
Eidgenossenschaft 7, 15, 20, 46–47, 63, 73–75, 84, 101, 128, 137–158, 181, 245, 254
Engadinerkrieg s. Schwabenkrieg
England 13, 14, 56, 61–62, 140
Erbeinigung (1474, 1511) 154
Erinnerungskultur 7, 10, 21, 251–253, 260–261
Erinnerungsorte 22, 250, 251
Essen 251–252, 260
Estimo, Estim (Vermögensschätzung) 72, 199–202, 207, s.a. Schnitz
Etrurien 73
Europa 13, 14, 19, 61, 91, 171, 193, 236, 260–261
Ewiger Frieden (1516) 147, 154
Fähnliilupf 156, 166
Fara, Mario 112, 118–119, 122
Färber, Silvio 76–77, 80, 156
Farnese, Pier Luigi 130
Feldmesser s. Geometer
Ferdinand I., Kaiser 126, 130–131
Feudalabgaben 196, 211
Feudaladel, Feudalherrschaft 57, 76–77, 196
Fiskaleinkünfte s. Staatsfinanzen
Flandern 130
Flepp, David 246
Flerden 208
Flims 48
Florenz 73, 82–83, 111
Fontana, Benedikt 223
Frankreich 13, 14, 19, 47, 51, 56, 61–62, 99, 102, 112, 118, 124–125, 154
Franz I., König 10, 15, 100, 126
Französische Revolution 196
Franziszischer Kataster 197–198, 208
Freiburg, eidgenössischer Stand 148
Freiheit 70, 88, 100, 137, 201, 228, 242, 244–245
Freistaat 61, 66, 141, 245, 254, s.a. Republik
Freistaat der Drei Bünde s. Drei Bünde
Frizzoni, Anton 205
Ftan 143, 203
Fuchs, Karin 243–244
Fürsten, Fürstenstaat 12–14, 61, 84, 139, 170
Fürstenburg (Vinschgau) 49
Galgen 175
Gand 130
Gedächtnis s. Erinnerung
Gegenreformation 152–153
Gemeinden s. Gerichtsgemeinden
Gemeine Herrschaften 47, 75, 144, 148
Genet, Jean-Philippe 193
Genf 146, 154
Gengel, Florian 226–228
Genua 140
Geometer 191, 195, 197, 203, 206–2089
Gericht, Gerichtswesen 42, 48, 53, 81, 154, 167, s.a. Strafgericht
Gerichtsgemeinden 42, 51–52, 54–56, 66, 141, 143–144, 149–151, 254–255
Geschichtsbewusstsein 238, 242
Geschichtspolitik 7, 10, 21, 250

- Geschichtsschreibung, populäre 216–218, 252–254
 Geschichtsvereine 8, s.a. Historische Gesellschaft Graubünden, Società Storica Valtellinese
 Geschichtswissenschaft 7–11, 21, 193, 219, 229, 249–261
 Ghibellinen/Guelfen (Welfen) 81, 96
 Giovanolli, Annina 245
 Giovio, Benedetto 110, 113–114, 117, 120
 Giovio, Giulio 110–111, 117, 121, 123, 125
 Giovio, Paolo 132
 Glarus 45, 58, 76, 144, 148
 Glion s. Ilanz
 Gott 86, 162, 166, 170, 173–176, 178–179
 Gotteshausbund – Allgemein 7, 52, 54 – Bündnisse 43, 182 – Entstehung 17, 44, 225, 232 – Jubiläum 229–232 – Verfassung 143–144, 170 – Wappen 59, 225
 Graubünden, Kanton 7–8, 11, 207–211, s.a. Drei Bünde
 Grauer/Oberer Bund – Allgemein 7, 51, 54 – Bündnisse 43, 45–46, 53, 66, 182 – Entstehung 44, 180–181 – Jubiläum 215, 229–232, 254 – Verfassung 143–144 – Wappen 59, 225
 Gravedona s. Tre Pieve
 Greifenstein, Hochgericht 56
 Griechenland 73
 Grimm, Paul Eugen 245
 Grundentlastung, österreichische 196
 Grundgesetze 185, 187, s.a. Landsatzungen
 Guelfen s. Ghibellinen
 Guicciardi, Familie 72
 Guicciardini, Francesco 102, 109, 120
 Guler von Wyneck, Johann 184
 Güterschätzung s. Estimo
 Güterzusammenlegung 209
 Habsburg 18, 45–46, 61, 87, 131
 Habsburgermonarchie 154, 192, 196, 208
 Handelsverkehr 45
 Head, Randolph 152
 Heilige Liga 47, 96
 Herrschaftsrechte 18, 174, 195, 202, 246
 Herrschaftszeichen 175, s.a. Staatsrepräsentation
 Hexenverfolgung 71
 Historische Gesellschaft Graubünden 252–253
 Hitz, Florian 9, 10, 41, 87, 94, 235, 242–243, 252
 Hobsbawm, Eric 250
 Hochgerichte 55–56, 67
 Hohenems, Clara von 126
 Hohenems, Wolf Dietrich von 126
 Holland s. Niederlande
 Huldigungsseid 179, 183
 Identität s. Politische Identität
 Ilanz/Foppa, Gericht 180
 Ilanz/Glion 42, 43, 48, 53, 99, 103, 229–232, 240
 Ilanzer Artikel (1524, 1526) 22, 42, 48, 50, 57, 144, 149–150, 161, 164, 167, 236
 Incino 122
 Italien, Italiener 84, 124, 140, 199
 Italienische Kriege 46
 Iter, Luzi, Bischof 57
 Jenatsch, Jörg 22
 Jenny, Rudolf 228
 Jubiläum, historisches 215, 226–227, 229–233, 251, 254, 261, s.a. Bundesjubiläen
 Jubiläumsjahr ‚500 Jahre Freistaat der Drei Bünde‘ (2024) 8, 22, 215, 233, 235–247, 249, 253
 Julius II., Papst 96
 Kain, Roger J. 192–193
 Kaiser, Thomas 245
 Kappelerkriege 104–105, 152
 Karl V., Kaiser 10, 15, 104, 110, 122, 126, 128, 130–131
 Kärnten 192, 196–198, 210–211
 Kartografie, Kartierung 198, 203, 207, s.a. Vermessung
 Kataster, Katasterbewegung 191–211
 Katasterplan 195
 Katholisch s. Konfession
 Katholische Eidgenossenschaft 87
 Katholische Kirche 84–86

- Kirchenpolitik 48
 Kirchenrat s. Landeskirche
 Klagenfurt 196
 Klientelismus 15–16, 155, 245
 Klosters 48
 Knabenschaft 182–183
 Kolonialismus 246–247
 Kommunalisierung 17
 Konfession, Konfessionskonflikt 15, 71,
 86, 143–144, 152, 161–163, 166, 185
 Konfessionalisierung 17, 20, 70, 152, 168
 Konzil von Trient 168
 Krieg 45, 50, 53, 142, 150, 200–201,
 245–246, 256, s.a. einzelne Kriege
 Kriegsbeute 56
 Kyros, König 82
 Landesarchiv s. Archiv
 Landeskirchen 236, 240, 242, s.a. Katholi-
 sche Kirche
 Landesreforma (1603) 53, 164
 Landfriedensbündnis 42, 43, 50, 66, 164
 Landolfi, Dolfino 59
 Landriano 126
 Landrichter (Grauer Bund) 182–183
 Landsatzungen 164–166, 171, 182, 185,
 227, s.a. Grundgesetze
 Landsgemeinde 58, 77, 151, 155
 Langwies 202
 Lantsch/Lenz 239, 241
 Largiadèr, Anton Philipp 208
 Lecco 119–120, 122, 124–125, 129–130
 Lenz s. Lantsch
 Lenzerheide 224, s.a. Vaz/Obervaz
 Leonhardi, Johannes Christian 66, 141,
 157
 Leopold V., Erzherzog 62
 Leventina 148
 Leyva, Antonio de 122, 124, 126, 129
 Lieux de mémoire s. Erinnerungsorte
 Liga von Cognac 103–104, 123
 Lindauer Vertrag (1622) 168
 Liver, Peter 254–255
 Locarno 148
 Lodi 119
 Lombardei 16, 47, 104, 109, 130, 195
 Lucca 140
 Lugano 148
 Luzern 45, 148
 Macchiavelli, Niccolò 10, 72–75, 82,
 84–86, 131–132, 139, 170, 258
 Macht s. Herrschaft
 Magnocavalllo, Francesco 110, 114, 118
 Maienfeld 46, 58, 75, 145, 150, 161
 Mailand 60, 96, 110, 112–113, 116, 124,
 126, 128, 132
 Mailand, Herzog(tum) 15, 18, 46, 70, 87,
 92–94, 96, 98–100, 102, 104, 154, 247
 Mailänder Kapitulat (1639) 20
 Mailändischer Kataster 193, 205
 Maissen, Felici 229
 Maissen, Thomas 14, 52
 Malacrida, Biagio 118
 Malans 48
 Malanser Spruch (1700) 142, 146, 170
 Maloja 8, 240, 249, 253
 Mandello, Vistarini da 129
 Marignano, Markgraf von 132
 Marignano, Schlacht von 47, 129, 132
 Markgraf(schaft) von Musso 99, 105,
 109–127
 Marmels, Hans von 42, 42
 Marmels, Rudolf von 94 98
 Marne 130
 Marquez, Garcia 124
 Masa, Saveria 10, 91, 256
 Massella, Bernardo 186
 Mathieu, Jon 9, 10, 13, 76, 191, 235, 249,
 259
 Matto, Antonio 113, 116
 Matto, Giovanni 114, 116
 Maurizio, Luca 245
 Maximilian I., Kaiser 73, 75, 94, 196
 Maximilian III., Erzherzog 62
 Mazzo 104
 Medici, Battista de 126, 130
 Medici, Bernardino 111–112
 Medici, Cosimo de 131
 Medici, Familie 73
 Medici, Gabriele 129
 Medici, Gian Giacomo 70, 92, 98,
 100–101, 103, 105, 109–127, 256

- Mehren, Mehrheitsprinzip 51–52, 59, 87,
 143, 150–152
 Meister, Jessica 243
 Melegnano 131
 Menaggio 113, 122, 128
 Mendrisio 148
 Menschenrechte 138
 Merlo, Stefano 98, 110, 119–121
 Mesolcina 149
 Metz 131
 Mezzola, Schlacht von 101
 Milano s. Mailand
 Militär, Militärtaktik 56, 116, 129
 Minonzio, Franco 10, 109, 256
 Misox s. Mesolcina
 Missaglia, Marcoantonio 110–114,
 117–118, 120–121, 124–126
 Mohr, Conradin von 219
 Monarchie 61–63, 67, 139–140, 142, 258
 Mondonico, Martino da 114
 Monguzzo 122, 124, 126, 128, 132
 Montanus, Johannes Fabricius 64
 Monza 124
 Morbegno 80, 102, 128
 Morone, Girolamo 117, 123
 Moses 82, 85
 Mühlberg 131
 Mülhausen 146
 Müller, Winfried 251
 Münch, Paul 251–252
 Münstertal s. Val Müstair
 Muralto, Francesco 110, 114–115
 Müsserkriege 18, 47, 70, 92, 99, 103–105,
 128, 132, 146
 Musso 91, 129–130, s.a. Markgrafschaft
 Neapel, Neapolitaner 47, 125
 Netzer, Giovanni 239–240, 246
 Neuenburg 146
 Niederlande 13, 14, 61, 140–141
 Niklaus von der Flüe 240
 Nora, Pierre 250
 Novara 123
 Novara, Sebastiano da 118
 Numa Pompilius 83
 Nuntius, päpstlicher 141, 161, 168
 Oberengadin 203, 208
 Oberer Bund s. Grauer Bund
 Oberhalbstein 56
 Obervaz, Gericht 56, s.a. Vaz/Obervaz
 Olginate 125
 Olonio 98, 102, 122
 Origen, Kulturfestival 240
 Orsini, Marzia 130
 Osmanisches Reich 14
 Osteno 122
 Österreich 45, 56, 62–63, 87
 Padavino, Battista 64, 79, 137–138
 Pagnano, Paolo 112
 Pallavicino, Manfredo 114
 Papst 61, 85, 103–104, 130, 154, s.a.
 einzelne Päpste
 Parma 131
 Parolini, Jon Domenic 235, 241–242
 Parteien, Parteienstreit 64, 153, 245
 Patronage s. Klientelismus
 Paulus III., Papst 130
 Pavia 102, 121
 Pavia, Schlacht von 123
 Pellizzzone, Hauptmann 124
 Pescara 118
 Peverelli, Valerio 100, 105
 Pfarrer, protestantische 162, 164, 166
 Pfarrwahlrecht 48, 87, 144
 Pfister, Ulrich 9, 86, 161, 253
 Philipp II., König 131
 Piemont 131, 195
 Pieth, Friedrich 217–218
 Pioltello 125–126
 Planta, Conradin von, Guvernator (1512)
 94
 Planta, Conradin von, Hauptmann (um
 1630) 185
 Planta, Rudolf von 185
 Poebene 93, 104
 Politische Identität 41, 170, 229, 235, 242,
 251–252
 Politische Inszenierung 173–188, 223,
 229–232, 236–241
 Politische Kultur 7, 149–157, 261
 Politische Sprache 169–171, s.a. Sprachen,
 offizielle
 Politischer Mord 22, 117, 144

- Ponte 80
 Porlezza 121–122
 Poschiavo 59, 149, 185, 237, 240, s.a.
 Valposchiavo
 Prättigau 45–46, 161
 Prättigaueraufstand (1622) 147
 Protestantisch s. Konfession
 Puschlav s. Poschiavo
 Puteano, Ericio 110, 112, 114, 117,
 120–121
 Ragusa 140
 Ramosch 56
 Ranger, Terence 250
 Rätoromanisch 149, 200–201, 226, 244
 Ratsboten 58
 Rechtsquellen 243
 Rechtsprechung s. Gericht
 Referendum, bündnerisches 53, 57–59, 67,
 151–152, 255
 Referendum, eidgenössisches 150
 Reformation 48, 70, 82, 86–87, 104, 137,
 162, 217
 Reformiert s. Konfession
 Regierungsrat, bündnerischer 238, 241
 Reich s. Osmanisches Reich,
 Römisch-deutsches Reich
 Reichsreform (1495) 139
 Religion 10, 82–86, 161
 Republik 52, 61–66, 73–74, 84, 132,
 139–141, 170, 186, 258
 Republik der Drei Bünde s. Drei Bünde
 Republikanismus 60, 67
 Rezzonico, Alberico di 119
 Rhäzüns 43, 45, 57, 182
 Rheintal 93
 Riviera, Vogtei 148
 Rom, Römer 74, 83, 85, 124–125, 161
 Romandie 207, 210
 Romegialli, Giuseppe 96
 Römisch-deutsches Reich 18, 73, 91, 94,
 139
 Römische Kirche s. Katholische Kirche
 Romulus 82
 Rottweil 146
 Roveredo 240
 Ruch, Christian 225
 Rumpler, Helmut 197
 Rupp, Susan 246
 Ruschein 202
 Russland 14
 Ryff, Andreas 147
 Säkularfeier s. Jubiläum
 Salice, Tarcisio 199
 Salis-Seewis, Johann Gaudenz von 223
 Salis, Dietegen 100
 Samnaun 185
 San Marino 140
 San Polo 126
 San Vittore 240
 Sankt Gallen 144, 146
 Sant' Abbondio, Kloster 72
 Saule Hippenmeyer, Immacolata 242
 Savognin 202
 Savonarola, Girolamo 82–83
 Savoyen, Herzog(tum) 129, 154, 191–192,
 194–196, 210–211
 Savoyen-Piemont, Königreich 192,
 194–196
 Sax, Herrschaft 48, 182
 Scappische Artikel (1623) 168
 Scaramellini, Guglielmo 9, 69, 258
 Schaffhausen 148, 155
 Schiedsgericht 42, 50, 57
 Schmalkaldischer Bund 131
 Schmid, Martin 217–218, 245
 Schmid, Martin Peider 203
 Schnitz, Schnitzrödel 201–202, 207, s.a.
 Estimo
 Schulbücher 216–218, 243
 Schwaben 73
 Schwabenkrieg 46, 94, 139, 223
 Schweiz 138–139, 146, 170, 207–211, 236,
 260, s.a. Eidgenossenschaft
 Schweizerkrieg s. Schwabenkrieg
 Schweizerischer Bauernkrieg (1653) 156
 Schwuranlass 173–188, s.a. Eid
 Schwurgemeinschaft 170, 173, 187,
 217–218, s.a. Eid
 Schwyz 45, 148
 Scotti, Ranuccio 141
 Scuol 143, 200–201
 Sent 143

- Serbelloni, Cecilia 111
 Sererhard, Nicolin 227
 Sforza, Familie 10, 94, 96
 Sforza, Francesco II. 70, 96, 99, 109, 114,
 116–118, 125
 Siat 176
 Siegel, Siegel 43, 50–51, 150, 175
 Siegfriedkarte 207, 209
 Siegrist, Hannes 7
 Siena 131–132
 Sigismund von Tirol, Herzog 217
 Simler, Josias 140, 155
 Società Storica Valtellinese 256
 Solddienst 16–20, 46, 64, 94, 99–100, 104,
 119, 203, 246
 Solothurn 148
 Sondrio 71, 80, 98
 Sondrio, Provinz 7, 11, 259
 Sorico s. Tre Pieve
 Souveränität 52, 63–64, 66, 97, 140, 142,
 150, 156, 170–172, 207, 236, 255
 Spanien 13, 14, 19, 20, 47, 51, 61, 87, 118,
 123
 Sparta 74
 Splügen 101
 Sprachen, offizielle 147–149, 226,
 237–238, 243–244
 Sprecher, Fortunat 96, 227
 St. Antönien 48
 Staat, moderner 11, 85, 91, 193
 Staatsarchiv Graubünden 186, 216, 235,
 243, 252
 Staatsbegriff 140, 170
 Staatsbezeichnungen 141–142, 170
 Staatsbildung 7, 12, 14, 91–92, 106,
 191–211, 215, 233, 250
 Staatsfinanzen 16, 56, 156, 191, 194–195,
 197, 207–208, 247, s.a. Zölle
 Staatsrepräsentation 13–14, 174, 236, 242
 Stadt 12, 76, 199
 Städterepublik 12
 Stadtkantone, eidgenössische 143–144,
 157
 Stalla (Bivio), Gericht 56
 Standesversammlung (1794) 65
 Stanser Verkommnis (1481) 149
 Stanyan, Abraham 141
 Stauffacher, Hansruedi 76
 Steuern s. Staatsfinanzen
 Strafgericht 156–157, s.a. Gericht
 Strafgesetz s. Carolina
 Strassburg 154
 Stüssi, Jürg 245
 Süddeutschland 16, 73
 Suot Tasna 143
 Surselva 49, 209
 Tagsatzung, eidgenössische 15, 137,
 146–148, 153, 181
 Tagung s. Beitag, Bundstag
 Tagungsort 43, 53, 237
 Täufertum 144
 Tegano, Kommandant 121
 Toglio 72, 80
 Tessin 47, 98, 144, 207
 Tessiner (ennetbirgische) Vogteien s.
 Gemeine Herrschaften
 Theater 239–241, 245
 Theseus 82
 Thurgau 144
 Thusis 48, 184
 Tiefencastel 56, 224
 Tirano 80, 98, 104
 Tirol 16, 87, 101
 Tirolerkrieg s. Schwabenkrieg
 Tizian, Maler 131
 Torino s. Turin
 Torno 113, 116
 Toscana 74
 Traona 97
 Trautmannsdorf, Nicolò 118
 Travers, Gian 70, 101, 120
 Tre Pieve (Dongo, Gravedona, Sorico) 10,
 47, 92, 96–97, 99–100, 102–103, 113,
 120, 130
 Tresivio 98
 Trezzo 118
 Trient s. Konzil von Trient
 Trivulzio, Giangiacomo 113, 118
 Trivuzio, Familie 117
 Trun 181–182, 219, 225, 229–232
 Tscharner, Johann Baptista von 206
 Tschlin 223

- Turin 194–195
 Türken 129–130
 Ungarn 130
 Universität 215, 251, 256, 260
 Unterengadin 45–46, 60, 62, 76, 143, 200
 Untertanen 69, 73, 97, 144, 170, 183, 258
 Untertanenlande (Veltlin, Chiavenna, Bormio) 7, 10, 14, 18, 66, 69, 75, 79, 92, 144, 199–201, 246
 Unterwalden 45, 148
 Urbina, Giovanni 124
 Uri 45, 148
 Vadian, Joachim 112
 Val Arzonica 122
 Val d'Intelvi 122
 Val Müstair/Münstertal 45, 186
 Val Porlezza 122
 Val San Giacomo 81, 95
 Valchava 240
 Valchiavenna 112, 121
 Valkenier, Petrus 141
 Vallassina 122
 Valle del Bitto 102
 Vallemaggia 148
 Valmadera 122
 Valmalenco 71
 Valposchiavo 104
 Valsassina 100, 119, 122
 Valsolda 122
 Vasto, Marchese del 130
 Vaz/Obervaz 202
 Vazerol, Bund von (1471) 44, 217–222, 226
 Vazerol, Denkmäler 221–226
 Vazerol, Hof/Weiler 222–224
 Veltlin – Adel 80 – Ämter 53, 56, 80–81, 152, 255 – Ausbeutung 247, 253 – Bevölkerung 145 – Eroberung 46–47, 94, 99, 120, 130, 199 – Revolte 144 – Statuten 58, 72, 79 – Vierter Bund 69, 259, s.a. Untertanenlande
 Venedig 16, 19, 47, 52, 61–64, 93, 125, 137–138, 140–141
 Veraguth, Manfred 9, 163, 173, 253
 Vereinigtes Königreich 193, s.a. England
 Verfassung Graubündens (1814/1820) 255
 Verfassungsbegriff, Verfassungsgeschichte 7, 21, 49–50, 138–145, 164
 Vermessung, amtliche 191, 194, 198, 208
 Villmergerkriege 152
 Vinschgau 45, 49
 Visconti, Astore 117
 Visconti, Familie 94, 96
 Visconti, Giovanni Battista 118
 Vuorz/Waltensburg 163, 167
 Waadt 148, 258
 Wahl, Wahlprozedur 155, 178, s.a. Mehren
 Wallis 140, 146, 148, 156
 Waltensburg s. Vuorz
 Walther, Gian Andrea 23
 Wappen 54, 59, 65, 170, 224–225
 Waser'scher Spruch (1644) 146
 Wassali, Friedrich 227
 Wein, Weinbau 206, 250
 Weiss, Reto 9, 215, 235–236, 242, 244, 252, 254–255
 Welfen s. Ghibellinen
 Wendland, Andreas 97
 Werdenberg-Sargans, Graf von 95
 Westfälischer Frieden 20
 Wien 197
 Wiener Kongress 21
 Wormser Züge (1487/88) 46
 Würgler, Andreas 9, 137, 260
 Zehngerichtebund – Allgemein 7, 51, 54, 62 – Beschwörung 183 – Bündnisse 43, 45, 53, 66 – Entstehung 46 – Jubiläum 229–232, 254 – Verfassung 143–144 – Wappen 59, 225, 230–232
 Ziegler, Paul, Bischof 48, 57
 Zivilgesetzbuch, schweizerisches 208
 Zoia, Diego 79, 199
 Zoll, Landeszölle 46, 56, 102, 150, 207
 Zug 45, 148
 Zugewandte Orte 146
 Zuliani, Federico 71
 Zuoz 101, 203
 Zürcherbund (1351) 181
 Zürich 45, 52, 82, 138, 148, 155, 170
 Zwingli, Huldrych 82, 105, 152